C 21734 D

Studenten-Parlaments-Wahlen: Linke im Vormarsch S. 20

Arbeiterkampf

Jg. 7 Nr. 98 7.2.77 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 1,–



Es bleibt dabei:

Am 19.2. in Brokdorf!

Am 19. Februar werden erneut AKW-Gegner aus ganz Norddeutschland, aus allen Teilen der Bundesrepublik und aus dem Ausland, am Bauplatz gegen das geplante Atomkraftwerk Brokdorf demonstrieren. Nahezu einstimmig bestätigte am 6. Februar die Landeskonferenz der Bürgerinitiativen in Wilster nach dem provokatorischen Auszug einer Reihe von Delegierten entsprechende frühere Beschlüsse. Die Demonstration am 19. Februar in Brokdorf wird aller Voraussicht nach an Teilnehmern die letzte Demonstration am Bauplatz (30.000 Menschen) noch übertreffen.

★

Vorausgegangen waren massive Spaltungsmanöver der bürgerlichen Parteien, der CDU-Landesregierung von Schleswig-Holstein und der Bundesregierung, um auf jeden Fall eine Demonstration in Brokdorf am 19.2. zu verhindern. Diese Manöver haben erreicht, daß eine Minderheit von Bürgerinitiativen, die zudem nur für einen Bruchteil der Bewegung repräsentativ sind, zu einer Gegenveranstaltung am 19.2. in Itzehoe aufrufen wollen. Diese Leute, größtenteils direkt Politiker der bürgerlichen Parteien, werden nun in der Presse als die „eigentlichen" Vertreter der betroffenen Bevölkerung dargestellt.

Unterstützt werden diese Manöver gegen die Anti-AKW-Bewegung durch massive Drohungen der Landesregierung und der Bundesregierung: Diejenigen, die am 19.2. in Brokdorf demonstrieren wollen, werden als „Terroristen" hingestellt und für die bereits eingeplanten Verletzten (und möglicherweise auch Toten) verantwortlich gemacht.

Die Drohungen sind tatsächlich massiv. Stoltenberg hat Einheiten des „Bundesgrenzschutz" angefordert und droht mit noch „umfassenderen Schutzmaßnahmen" und mit „möglicherweise bösen Folgen für die Unversehrtheit von Menschen". CDU-Rechtsaußen Dregger hat am 21. Januar vorm Bundestag in einer blutrünstigen Rede den Einsatz von „Maschinenpistolen, Handgranaten und leichten Maschinengewehren" in Brokdorf gefordert.

Die bürgerlichen Politiker wollen am 19. Februar in Brokdorf ein Gemetzel. Dabei ist nach der gerichtlichen Verhängung eines vorläufigen Baustopps die totale „Unverhältnismäßigkeit" des Polizeieinsatzes offensichtlicher denn je. Welches „Rechtsgut" wird eigentlich in Brokdorf unter zynischer Kalkulation auf hunderte von Verletzten und möglicherweise sogar Tote noch geschützt? Offensichtlich gibt es dort gar nichts anderes mehr zu „schützen" als die monströsen Polizei-Absperrungen selbst!

Den bürgerlichen Parteien geht's am 19. Februar in Brokdorf nur ums „Prinzip". Nämlich um das Prinzip, auch gegen massivste Proteste der Bevölkerung die Profitinteressen des Großkapitals durchzusetzen. Diesem Prinzip sollen am 19. Februar in Brokdorf blutige Opfer gebracht werden, um die Anti-AKW-Bewegung nachhaltig einzuschüchtern.

Man darf sich dadurch nicht schrecken lassen. Ob die bürgerlichen Parteien ihre Absicht durchsetzen können, hängt in allererster Linie davon ab, ob es ihnen gelingt, die Anti-AKW-Bewegung zu spalten und die breite Mehrheit der Bewegung von der Demonstration am Bauplatz abzubringen. Je mehr wir am 19. Februar in Brokdorf sein werden, umso schwerer wird ihnen das geplante abschreckende Gemetzel fallen. Wenn die Anti-AKW-Bewegung geschlossen bleibt, kann sie die Pläne des bürgerlichen Staates zunichte machen. In diesem Sinn kann es nur heißen:

Jetzt erst recht am 19.2. in Brokdorf!

Kein AKW in Brokdorf und anderswo!

Schluß mit den Bürgerkriegsmanövern der Polizei!

Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden!

Beschluß der Wilster Landeskonferenz vom 6.2.77

Weil wir wissen, daß Atomanlagen unser Leben gefährden, erklären wir:
Wir wollen kein Atomkraftwerk in Brokdorf oder anderswo.

Die Landeskonferenz der Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe fordert alle Menschen in der BRD und dem Ausland auf, am 19. Februar 1977 zu einer Großkundgebung am Bauplatz des geplanten Atomkraftwerkes in Brokdorf zu kommen und unverzüglich verstärkt mit den Vorbereitungen zu dieser Kundgebung fortzufahren.

Alle ehrlichen AKW-Gegner, unabhängig von ihrer parteipolitischen Zugehörigkeit und Orientierung – und unabhängig von ihren jeweiligen Vorstellungen zu den Formen des Protestes – sind aufgerufen, durch ihre Teilnahme an dieser Großkundgebung ihren Willen zu bekunden, auch weiterhin für die Erfüllung unserer Forderungen zu kämpfen:

- Kein AKW in Brokdorf und auch nicht anderswo!
- Keine Wiederaufbereitungsanlage und Atommülldeponien!
- Schluß mit den Bürgerkriegsmanövern der Polizei!
- Abzug der Polizei, des Werkschutzes und der Baumaschinen!
- Einstellung aller Ermittlungs- und Strafverfahren!
- Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden!

Wir suchen keine Konfrontation mit der Polizei – wir wollen das AKW verhindern! Die Gewalt geht nicht von uns aus, sondern von der Regierung und der Atomindustrie, die gegen den erklärten Willen der Bevölkerung das AKW bauen wollen.

Den Drohungen und den von Verleumdungen begleiteten Spaltungsmanövern der Politiker und der Atomindustrie muß mit dieser Großkundgebung – am 19. Februar in Brokdorf und nicht anderswo – eine klare Absage erteilt werden.

Wir haben ein gemeinsames Ziel: Wir wollen den Bau des Atomkraftwerkes verhindern, und davon werden wir uns auch nicht durch Gerichtsbeschlüsse abbringen lassen.

Wir fordern Stoltenberg und seine Landesregierung auf, unsere Forderungen zu erfüllen und keine Gewalt gegen uns anzuwenden.

Wilster, den 6. Februar 1977

anwesend: Marschenkonferenz (Initiativen) 4
Westküstenkonferenz 1
Ostküstenkonferenz 7
Hamburger Delegiertenkonferenz 10
Abstimmungsergebnis:
dafür 15
dagegen 1
Enthaltung 0
Marscheninitiativen 4 dafür

aus dem Inhalt



Solidarität mit Karl-Heinz Roth und Roland Otto! Solidarität mit allen politischen Gefangenen!

Köln: In den ersten Verhandlungstagen im Prozeß gegen Karl-Heinz Roth und Roland Otto ließ der Vorsitzende Richter Draber keinen Zweifel daran, daß er den Prozeß weiter im Stil der Vorverurteilung durch die bürgerliche Presse durchziehen will. Karl-Heinz Roth und Roland Otto stehen als „Terrorarzt", „Terroristen" und „kaltblütige Mörder" vor Gericht, obwohl beide nachweislich nicht geschossen haben, nicht einmal die Anstalten dazu gemacht haben.

Die Anklage lautet auf gemeinschaftlichen Mord und Mordversuch – obwohl beides durch den Tatverlauf und vorliegenden Polizeifotos bereits jetzt klar widerlegt ist.

Draber zeichnet als Vorsitzender Richter verantwortlich für die unmenschlichen Haftbedingungen, denen Karl-Heinz Roth als schwerkranker Mann unterworfen ist (s. dazu auch AK 97, S.2). Dutzende von Anträgen von Karl-Heinz Roth und seinen Verteidigern nach Hinzuziehung des Darmspezialisten Prof. Dr. Beck, nach Hafterleichterungen (der schwerkranke K.-H. Roth wird zu jeder Verhandlung im Wagen und mit dem Hubschrauber transportiert) bzw. Haftverschonung sind von Draber bereits abgewiesen worden.

Am dritten Verhandlungstag, dem 25.1.77, wurden von den Verteidigern mehrere Befangenheitsanträge gegen Draber und den beisitzenden Richter Ebbeling gestellt.

Der Ablehnungsantrag gegen Draber stützte sich auf dessen Verhalten gegenüber K.-H. Roth vor Beginn und während der Hauptverhandlung und dessen Verantwortlichkeit für Roths Haftbedingungen.

Der Ablehnungsantrag gegen Ebbeling begründete sich aus der Tatsache, daß dieser gegenüber Ottos Verteidiger Niepel erklärt hatte, er billige das von Niepel als rechtswidrig bezeichnete Verhalten seines Vorsitzenden Drabers.

Einher mit diesem befangenen Verhalten gegen die Angeklagten geht eine fortgesetzte Diskriminierung der Verteidiger: Vor jeder Sitzung müssen sich die Rechtsanwälte nach Waffen etc. durchsuchen lassen. Draber begründete das mit „sitzungspolizeilichen Maßnahmen", worauf Rechtsanwalt Golzem entgegnete, er habe bisher immer den Eindruck gehabt, die Durchsuchung diene allein der Diskriminierung der Verteidiger und damit der weiteren Vorverurteilung der Angeklagten.

Erwartungsgemäß wurden die Befangenheitsanträge als „unbegründet" abgelehnt.

Um eine breite Öffentlichkeit über den Prozeß zu schaffen und die Kampagne zur Haftverschonung für Karl-Heinz Roth fortzuführen, rufen das Unterstützungsbüro Roland Otto und Karl-Heinz Roth, das Initiativkomitee Arbeiterhilfe und der Kommunistische Bund für den 9.2.77 zu einer Veranstaltung im Audi-max auf. Die Veranstaltung hat den Titel: *„Sie haben nicht geschossen! – Mörder weil sie Linke sind?"* Auf der Veranstaltung werden auch die Schriftsteller Sebastian Cobler, Erich Fried, Christian Geissler und der Verteidiger Armin Golzem sprechen und Walter Mossmann mit seinen Liedern auftreten.

Wir schlagen vor, daß auch in anderen Städten ähnliche Veranstaltungen durchgeführt werden, um die Öffentlichkeit zu dem Roth/Otto-Prozeß zu verbreitern, und um die Solidarität mit allen politischen Gefangenen zu verstärken.

Blutiger Machtkampf in Äthiopien

Die Rivalitäten in der äthiopischen Militärjunta DERG haben am 3. Februar 77 neun Menschen das Leben gekostet, acht waren Mitglieder des regierenden DERG, unter ihnen der bisherige Vorsitzende, General Teferi Bente. Durchgesetzt hat sich die Gruppe um den Oberstleutnant Mengistu Haile Mariam und dem gleichrangigen Atnafu Abate, die beide bislang die Stellvertreter Teferi Bentes in dem dreiköpfigen Führungsgremium des DERG waren. Von den „neuen" Chefs des DERG ist mit Sicherheit keine Änderung der Politik des DERG zu erwarten, die vor allem die radikal-demokratichen, revolutionären und sozialistischen Kräfte in Äthiopien mit blutigem Terror unterdrückte und dem eritreischen Volk das Selbstbestimmungsrecht nach wie vor mit Waffengewalt und Völkermord vorzuenthalten versucht.

Allein die Begründung für den Sturz Bentes, der noch im Jahre 1974 in Kansas (USA) Lehrgänge absolvierte, die ihn für Führungsaufgaben in der äthiopischen „Revolution" qualifizierten, sind an den Haaren herbeigezogen und deuten höchstens auf eine Verschärfung des Terrorregimes hin: Ausgerechnet dem Bluthund Bente wird vorgeworfen, er habe mit der revolutionären EPRP und der eritreischen Befreiungsfront ELF (nicht zu verwechseln mit der linken PLF) und z u g l e i c h mit der feudalfaschistischen EDU (Organisation des teilweise entmachteten Feudaladels) zusammengearbeitet („Süddeutsche Zeitung", 5./6. 2.77).

Die Tatsache, daß in der DERG-Erklärung die natürlich absurde „Zusammenarbeit mit der EPRP" in den Vordergrund geschoben wurde, wirft ein Licht auf die Bedeutung dieser revolutionären äthiopischen Partei, die von den Vertretern des DERG in der BRD gern als „völlig bedeutungslose Studentengruppe" verleumdet wird. In Wirklichkeit kommt auch die bürgerliche Presse nicht umhin, den erheblichen Einfluß der äthiopischen Linken auf die Arbeiter und armen Bauern zu konstatieren: Unter den Demonstranten, die Bente kurz vor seinem Sturz aufmarschieren ließ, waren große Teile, die *„auf Plakaten, Flugblättern und in Sprechchören das Revolutionskomitee DERG verurteilten und die Etablierung einer zivilen Volksdemokratie gefordert"* hatten („Neue Zürcher Zeitung", 5.2.77).

Der Putsch gegen Bente fällt in eine Situation katastrophaler Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, wachsender Erfolge der eritreischen Befreiungskämpfer und der Konsolidierung der Revolutionäre in Äthiopien trotz schlimmster Repression. Auf der anderen Seite sind die Kräfte des feudalen Haile-Selassie-Regimes nicht vollständig zerschlagen, die per Dekret enteigneten Großgrundbesitzer haben Banden gebildet, die die Bauern zu Steuerzahlungen etc. erpressen.

Der DERG hat nur die Auswüchse des Feudalsystems in Äthiopien beseitigt, während gleichzeitig das imperialistische Auslandskapital zu verstärkten Investitionen in Äthiopien eingeladen und nicht angetastet wird.

Der Terror gegen die Linken bindet die Kräfte, die zur vollständigen Zerschlagung des Einflusses der Feudalaristokratie notwendig wären. Darüberhinaus muß bezweifelt werden, daß dem DERG überhaupt an einer totalen Entmachtung der Feudalcliquen liegt. Der Außenminister Äthiopiens, K. Wodajo, der unlängst den DDR-Außenminister empfing und seine schein„revolutionären" Sprüche klopfte, war bereits persönlicher Berater des Premierministers Makonnen in der Haile-Selassie-Ära (vgl. „Marches tropicaux", 22.3.74)! Und der Vetter des Kaisers Haile-Selassie, Imru, wurde im März 1975 zum politischen Berater des DERG-Vorsitzenden Bente berufen („NZZ" 6.3.75) und nahm somit entscheidenden Einfluß – als Vertreter der Feudalaristokratie – auf die Politik des DERG. Diese beiden Fälle der personellen Kontinuität des DERG mit dem alten Feudalregime unter Haile-Selassie dokumentieren die Rückversicherung des schein„revolutionären" DERG bei den traditionellen Herrschern Äthiopiens, deren b e i d e r Interesse an der Verhinderung einer wirklichen Volksdemokratie sie zu tendenziellen Bündnispartnern macht.

Von den „neuen" Führern im DERG ist unter diesen politischen Umständen eher eine Verschärfung der Repression gegen die Linke zu erwarten.

Die Revisionisten – Berufsopportunisten in Sachen Äthiopien

Seit dem Sturz des Kaisers Haile-Selassie versucht die Sowjetunion verstärkt in dieser Region Afrikas ins Geschäft zu kommen. Das führte in der Folge zu einer traurigen Lobhudelei der jeweiligen Sieger-Fraktion im DERG und einer hemmungslosen Hetze gegen das Selbstbestimmungsrecht der Eriträer und gegen die äthiopische Linke.

Bereits unter Haile Selassie wurden die Scheinreformen in den letzten Wochen seiner Amtszeit als *„Zeichen der neuen Atmosphäre im Land"* begrüßt, die *„Raum für Änderungen in Richtung auf bürgerliche Demokratie"* lassen würden („Neues Deutschland", 23.3.74). Der erste Regierungschef des DERG, General Andom, war wesentlich an der militärischen Unterdrückung Eritreas beteiligt und verbot alle Streiks und Demonstrationen in Äthiopien („Welt", 13.9.74) unmittelbar nach seiner Machtergreifung. Zynisches Lob der Revisionisten: „ ... *die bisher verkündete Politik läuft in der Tat auf eine antifeudale Umwälzung hinaus, auf die Schaffung bürgerlich-demokratischer Verhältnisse"* („Neues Deutschland", 3.10.74). Kein Wort zur Niederschlagung der Demonstrationen und Streiks! Nach der Erschießung Andoms und sechzig seiner Anhänger wenige Wochen später schwenkten die Revisionisten um, und man konnte folgende bemerkenswerten Zeilen in ihrer Presse lesen: *„Auch Aman Andom war akzeptabel* (für die Imperialisten – AK) *denn offensichtlich besaß man Versicherungen, daß auch unter seinem Vorsitz, trotz vieler Erklärungen über die Wahrung der Volksinteressen, keine konsequenten Schritte zu erwarten waren"* („Neues Deutschland", 4.12.74). Am 28.1.76, anläßlich eines ganzseitigen Lob-Artikels der Zeitschrift des DDR-Außenministeriums, „Horizont", für T. Bente wurde beiläufig erwähnt, daß dessen Vorgänger Andom seinerzeit wegen „konterrevolutionärer Umtriebe" exekutiert worden sei.

Die Periode des Bente-Vorsitzes im DERG ab November 1974 wird von den Revisionisten in den leuchtendsten Farben geschildert und Bente selbst nahm seitdem als Interview-Partner etc. einen großen Raum in der internationalen Revisionisten-Presse ein. Nun wurde er selbst von einer konkurrierenden Clique aus dem Weg geräumt.

Man darf gespannt sein, wie „geschmeidig" die revisionistischen Berufsopportunisten und Machtpolitiker sich der neuen Situation in Äthiopien anpassen werden. Lob aus der internationalen Revisionisten-Presse dürfte den neuen Machthaber Mariam und Abate sicher sein.

Afrika-Kommission

18 Faschisten-Provokationen für das Jahr 1977 angekündigt

In der Januar-Ausgabe der Zeitung der ehemaligen Waffen-SS HIAG, „Der Freiwillige" werden für dieses Jahr verstärkte Aktivitäten angekündigt. In einer Proklamation wird, unter ausdrücklicher Berufung auf den „Oberbefehlshaber aller Wehrmachtsteile, Adolf Hitler", dazu aufgefordert, die Öffentlichkeitsarbeit zu verstärken.

Gegen diese Provokation hatte das Komitee der ehemals im KZ Ravensbrück eingekerkerten Frauen in einem Schreiben an das Bundesinnenministerium protestiert.

Das Antwortschreiben des Ministeriums vom 11. Januar ist ein Schlag ins Gesicht jedes Antifaschisten. Wird zunächst die Selbstdarstellung der HIAG als Verein zur „Traditions- und Kameradschaftspflege" voll übernommen, wird der Brief dann zynisch: *„Gerade von Angehörigen der Lagergemeinschaft Ravensbrück muß die Einsicht erwartet werden, daß Recht und Gesetz auch für diejenigen gilt, die von der von Ihnen vertretenen Lagergemeinschaft politisch bekämpft werden ... Im übrigen verbürgt das Grundgesetz allen Deutschen, auch den Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS, die Grundrechte der Versammlungsfreiheit und der Vereinigungsfreiheit"* („die tat", Nr. 6).

Offenbar gilt für das Bundesinnenministerium das Urteil des Internationalen Militärgerichtshofes von Nürnberg schon längst nicht mehr, das die Waffen-SS als Teilgliederung der SS ausdrücklich als verbrecherische Organisation gekennzeichnet hatte.

Stattdessen wird ihnen für ihre faschistischen Provokationen auch gleich noch bestätigt, daß sie sich voll auf dem Boden der FdGo befinden.

Folgende Treffen sind somit durch den Schutz des Bundesinnenminsters schon abgesegnet:

- „Tscherkassy-Treffen" (Februar, Bad Windsheim)
- SS-Divisionen „Nordland" und „Nederland" (April, Norddeutschland)
- SS-Korps Steiner (April/Mai)
- SS-Division „Das Reich" und Regiment „Deutschland" (Mai, Bad Windsheim)
- Pionierkameradschaft Dresden (8752 Glattbach, Mai)
- SS-Division „Totenkopf" (Arolsen, Mai)
- SS-Regiment „Wiking" (Osnabrück), III. Bataillon „Wiking", (Radolfzell, Mai)
- Normandie-Fahrt der SS und Fallschirmjäger (Mai)
- SS-Panzerregiment 5, (Jagsthausen, Mai)
- SS-Regiment „Der Führer" (Brixen, Mai)
- SS-Division „Prinz Eugen" (Eberschwang/Österreich, Juni)
- SS-Totenkopfstandarte „Oberbayern" (Neuenburg/Rh., September)
- SS-„Leibstandarte Adolf Hitler" (Ebstorf/Niedersachsen, Oktober)
- SS-Regiment „Der Führer" (Lenggries, Oktober)
- SS-Panzerdiv. „Das Reich" (Ulm).

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Berichtigung

Die Genossen der Roten Hilfe Westberlin haben uns auf einen Irrtum in dem Artikel „Politische Gefangene in der BRD" (AK 97, S. 13) aufmerksam gemacht: Sönke Löffler und Anette von Wedel sitzen nicht mehr im Knast, sie erhielten bereits Anfang Dezember Haftverschonung. Wir freuen uns natürlich über jeden politischen Gefangenen weniger!!

IKAH Hamburg

Am Sonntag, den 6.2.77 wurde während des traditionellen „Elefanten-Treffens" auf dem Nürburgring, auf dem alljährlich Motorradfahrer aus ganz Europa zusammenkommen, ein Jugendlicher von einem Polizisten erschossen. Begründung: Der Polizist „fühlte sich bedroht".

RATSCHLAG FÜR MOTORRADFAHRER

Spruchweisheit
der Zweirad-Motoristen:
viele Bäume
sind des Motorradfahrers Tod.

Die freie Marktwirtschaft
läßt auch für uns Motorradfahrer
immer wieder neue Gefahren
erwachsen.
Nicht genug
mit Glatteis und Aquaplaning.
Siehst du im Nebel
einen einzeln stehenden
Baum auftauchen
auf Mannshöhe gestutzt
mit 2 beindicken Luftwurzeln
kahl
bis auf einen Ast,
der genau in deine Richtung weist,
so gibt es nur eins:
spring ab,
egal
wie schnell du fährst.
Denn es ist zu spät,
wenn du das Mündungsfeuer siehst
und die weiße Polizistenmütze.

6.2.77
Hamburger Straßentheater

Ein böser Fehler

Unter der Überschrift „Aufgepaßt! Faschistische Provokateure!" haben wir im letzten ARBEITERKAMPF den Bericht eines AK-Lesers über Vorkommnisse am Rande der großen Anti-AKW-Demonstration in Hamburg (am 22.1.) veröffentlicht. Zusammen mit diesem Bericht war uns das Bild eines jungen Mannes übergeben worden, den der AK-Leser als „Faschisten" bezeichnete. Auch dieses Bild wurde von uns publiziert – mit der Unterschrift: „Das ist der Fascho. Wer kennt ihn?".

In dem besagten Leserbrief wurden insbesondere zur Qualifizierung des auf dem Foto abgebildeten jungen Mannes folgende „Beweise" gebracht:

- er habe „unter dem Hemd ein Tuch (getragen), das mit einem Lederknauf mit den Runen der Vikingjugend (o.ä.) zusammengehalten wurde" und
- „seine Jacke war mit einem Koppel verschlossen, auf dem die Parole ‚Für Ehre, Volk und Vaterland' zu lesen (!) war!"

Da wir um die Versuche, faschistischer Kreise wissen, sich in die Bürgerinitiativen-Bewegung gegen AKWs einzuschleichen und uns der Verfasser des Leserbriefes mehrmals versicherte, daß sich die von ihm beschriebenen Vorgänge tatsächlich so abgespielt haben und er die „faschistischen Symbole" mit eigenen Augen g e s e h e n habe, fühlten wir uns verpflichtet, diesen Leserbrief zusammen mit dem Bild zu veröffentlichen. Das war offenbar ein böser Fehler!

Denn tatsächlich ist der auf dem Foto abgebildete junge Mann nicht nur kein Faschist, sondern einer Reihe von Genossen aus verschiedenen Basisaktivitäten als fortschrittlicher Mensch bekannt. Offenbar liegt hier eine Verwechslung vor. Wir können nur unser Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, daß uns dieser Fehler unterlaufen ist. Darüber hinaus haben wir den Verfasser des Leserbriefes aufgefordert, eine Stellungnahme zu dem von ihm angerichteten Schaden abzugeben.

AK-Redaktion

Faschistischer Bombenterror in Frankreich

Bombenanschlag gegen palästinensische Buchhandlung

Am 3. Februar wurde in Paris ein Bombenattentat gegen eine palästinensische Buchhandlung verübt, das erheblichen Sachschaden anrichtete. Der Bombenanschlag war zuvor der französischen Presseagentur telefonisch von einer „falangistischen Sicherheitsabteilung" angekündigt worden.

Ein Sprecher dieser Faschistengruppe drohte, daß dies die „erste und letzte Warnung" an die Palästinenser sei.

Der faschistische Anschlag ereignete sich genau einen Monat nach dem Mordanschlag gegen Mahmoud Ould Saleh, dem Leiter einer arabischen Buchhandlung, der am 3. Januar vor seinem Laden von zwei Männern erschossen wurde.

Offensichtlich können die faschistischen Falangistenbanden ungestört auch in Frankreich die Verbrechen am palästinensischen Volk fortführen („Le Monde", 4.2. 77)!

Bombenanschlag gegen die MLAC

Am Dienstag, den 1. Februar, explodierte vor der Tür des Büros der MLAC (Bewegung für Abtreibungsfreiheit) in Paris eine Bombe, die glücklicherweise nur geringen Sachschaden anrichtete. Bereits am 24. Dezember war ein Bombenattentat auf das Büro der MLAC verübt worden. Solche verbrecherischen Aktionen können nur von Faschisten durchgeführt werden. Die französischen Sicherheitsorgane machen in d i e s e n Fällen kaum Anstrengungen, diesen Verbrechern das Handwerk zu legen („Le Monde", 4.2.77).

Ein Genosse aus Eimsbüttel

Gegen die Spaltungsversuche von rechts – Massenmobilisierung nach Brokdorf organisieren

Mit großer Mehrheit bestätigte die Landeskonferenz der BUU am 6.2. in Wilster – nach dem erneuten provokatorischen „Auszug" der rechten Delegierten-Minderheit – die früheren Beschlüsse, eine Massendemonstration am 19.2. in Brokdorf zu organisieren. Getragen wird dieser Beschluß durch die Delegierten der Hamburger Regional-Konferenz, eine Delegierten-Mehrheit der Ostküsten-Konferenz eine knappe Minderheit der Marschen-Konferenz und Einzel-Gruppen der Westküsten-Konferenz. Diese Delegierten repräsentieren die übergroße Mehrheit der norddeutschen Aktivisten der Bewegung gegen die AKWs, während die rechten Delegierten nur kleine Gruppen aus dem ländlichen und kleinstädtischen Milieu repräsentieren oder auch bloß sogenannte Geister-„Initiativen", die erst über Nacht entstanden sind und hinter denen sich kaum mehr als bestimmte Ortsgruppen der SPD und vor allem der DKP, teilweise örtliche CDU-Politiker und in einem Fall sogar ein örtlicher Unternehmerverband (Föhr) verbergen. In Einzelfällen konnten sich die rechten Delegierten bloß mit wüsten Manipulationen und dem Verbreiten offener Lügen (z.B. Westerland) ihr Mandat ergattern. Umgekehrt werden die linken Bürgerinitiativen (BIs) noch durch eine Anzahl – z.T. recht großer – BIs aus Norddeutschland verstärkt, die sich bisher noch nicht der Landeskonferenz angeschlossen haben (Geesthacht u.a.).

Gesehen werden muß allerdings, daß es den bürgerlichen Kräften gelungen ist, eine Reihe schwankender Kräfte auf ihre Seite zu ziehen, um die bis zum 19.2. noch gekämpft werden muß. Die notwendige verstärkte Überzeugungsarbeit muß nun an der „Basis", d.h. in die verschiedenen BIs selbst, verlegt werden; die rechten Delegierten verweigern – z.T. mit offen provokatorischem Verhalten – jede Diskussion sowohl auf den Regional- als auch auf den Landeskonferenzen.

Die Rechten haben schon auf der Landeskonferenz vom 30.1. in Rendsburg und auch jetzt wieder auf der Wilster Landeskonferenz vom 6.2. einen offenen Bruch mit der linken Delegierten-Mehrheit durchzusetzen versucht, indem sie an den Diskussionen n i c h t teilnahmen, ihren „Auszug" zu einer parallel stattfindenden Spalterkonferenz durchzogen, sich gegen eine gemeinsame Brokdorfer Groß-Aktion stellten, die Delegierten-Mehrheit als „kleine radikale Minderheit" hinzustellen versuchten, eigenmächtige Presse-Interviews im Namen der
„kleine radikale Minderheit" hinzustellen versuchten, eigenmächtige Presse-Interviews im Namen der
BUU gaben etc.pp. Trotzdem haben die linken Delegierten die Spaltung der BUU durch die Rechten nicht hingenommen, haben ausdrücklich betont, daß sie mit den BI-Mitgliedern der ausgescherten Gruppen weiterhin diskutieren und zusammenarbeiten wollen und haben das auch – so gut es eben ging – in Wilster selbst praktiziert.

Die politische Basis für das Vorgehen der Rechten in der BUU ist das antikommunistische Trommelfeuer und das Verwirr-Spiel der bürgerlichen Presse, der Bundes- und Landes-Politiker von SPD und CDU, die psychologische Kriegsführung der Reaktion gegen die Anti-AKW-Front, gestützt auf sogenannte „Berichte" der Geheimdienste, die von DDR-Finanzierung und „bewaffneten Zusammenstößen" etc. dröhnten, auf das Verbreiten offener Fälschungen (ein angebliches „KPD/ML"-Flugblatt, ein angebliches Strategie-Papier der BI Bremen etc.). Innerhalb der Anti-AKW-Front haben sich bürgerliche Kräfte, Mitglieder und Funktionäre von CDU, SPD und – seit den letzten zwei, drei Wochen in großer Zahl – der DKP zu direkten Trägern und „Vermittlern" dieser bürgerlichen Hetzkampagne gemacht.

In den letzten zwei Wochen haben die rechten Kräfte fieberhafte Aktivitäten an den Tag gelegt, um dem Auftrag Stoltenbergs und der Bundesregierung zu entsprechen, eine weitere Brokdorf-Aktion in jedem Fall zu unterbinden. Die Rechten haben eine Reihe von Spalter-Konferenzen und Geheim-Treffs organisiert, um ihre Aktivitäten zu koordinieren; sie haben neue BIs – in Wirklichkeit zumeist Geister-„Initiativen" – aus dem Nichts entstehen lassen (allein im Ostküsten-Bereich tauchten auf deren letzter Regionalkonferenz am 4.2. zwölf neue „BIs" auf – gegenüber nur zehn alten! – um den Laden zu übernehmen). Bis vor kurzem waren sich die rechten Funktionäre noch nicht einmal einig, welche Schein-„Alternative" sie zur geplanten Brokdorf-Aktion anbieten sollten: Noch vor einer Woche agierten die rechten Funktionäre z.B. für eine Kundgebung in Wilster (20 km von Brokdorf entfernt), andere für eine Demo in Krümmel (geplantes AKW bei Geesthacht), wiederum andere – ursprünglich eine „starke" Fraktion der Rechten, vor allem von der Westküste – setzten sich für das Abblasen aller Aktionen während der Dauer des Bestehens des Baustopp-Urteils ein; einige plädierten für eine „regionale Demo" in der Landeshauptstadt Kiel. Sogar Hamburg wurde ins Gespräch gebracht.

Inzwischen haben sich alle Fraktionen der Rechten auf die Kreisstadt Itzehoe geeinigt und lassen jetzt ihre wahnwitzige Zweck-Propaganda über die bürgerlichen Medien verbreiten, daß man am 19.2. in Itzehoe die „wahrscheinlich größte Demonstration seit Bestehen der Bundesrepublik" erwarte! – Diese Leute werden Mühe haben, ihren eigenen Parteiladen nach dort zu verfrachten.

Der entscheidende Punkt bei der „Vereinheitlichung" der Rechten war Stoltenbergs Auftrag „Weg vom Zaun". Stoltenberg und seine Kieler Regierungs-Beamten haben alles getan, um herauszustreichen, daß man ruhig demonstrieren „darf", aber bitteschön nicht gerade am Zaun, nicht in Brokdorf, denn dort werde Bür-



gerkriegs-Stimmung herrschen (wofür er sorgen werde!). Der „Alternativ"-Ort Wilster wurde verworfen, aus Angst, die Leute könnten nach der Kundgebung „mal eben" nach Brokdorf rüberfahren (20 km); Krümmel entfiel wegen des Risikos einer Bauplatz-Besetzung dort; Itzehoe erschien als ein passabler Ausweg.

In der Vergangenheit sind in der Anti-AKW-Bewegung einige schwere Fehler gemacht worden, die den Rechten das Spaltungs-Geschäft erleichtert haben. Statt ein konsequentes Festhalten an Ort und Zeitpunkt der Groß-Aktion zur Scheidelinie zu den bewußten und indirekten Hilfstruppen der Regierung innerhalb der Bewegung zu machen, haben einige Teile der Linken die „Gewaltfrage" und die Frage eines erneuten Besetzungs-Versuches in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung geschoben. Dies hat es den Rechten erleichtert, Teile der sogenannten „Gewaltlosen" (z.B. Mehrheitsfraktion Husum) und auch einfach eingeschüchterte Menschen (vorübergehend?) auf ihre Seite zu ziehen. Dieser Fehler ist nicht nur dem KBW und der „KPD" (bei der es sich allerdings nicht um einen „Fehler", sondern um ein Arbeitsprinzip handelt – vgl. Artikel „Vorsicht, Falle!" in diesem AK), sondern auch einigen Sponti-Gruppen anzulasten. Gegen diese falsche Tendenz – die zeitweise innerhalb der Hamburger BUU sogar als Mehrheits-Meinung aufgetreten war – hat unsere Organisation von Anfang an Stellung genommen. Wir haben uns stets geweigert, die Haltung zur „Gewalt" (auch gegen Menschen) oder eine Einschätzung der Besetzbarkeit des Brokdorfer Bauplatzes zur Trennungslinie innerhalb der Bewegung zu machen. Nicht etwa deshalb – wie uns zeitweise unterstellt wurde – weil wir „gegen eine Besetzung" und für Gewaltlosigkeit wären, sondern weil eine solche Herangehensweise gewinnbare Menschen verprellt und die w i r k l i c h e n Gefahren (und Spalter!) der Bewegung nicht erkennt oder unterschätzt.

Die früher allein vom KB systematisch propagierte Linie der Aktionseinheit, des solidarischen Zusammenstehens von Menschen, die ehrlich gegen die AKWs sind, die aber unterschiedliche Vorstellungen über Aktionsformen haben (für oder gegen erneuten Besetzungsversuch, für oder gegen „Gewalt") hat sich schließlich durchgesetzt, hauptsächlich wohl wegen der Tatsache, daß sich die Bewegung „plötzlich" mit den w i r k l i c h e n Widersprüchen innerhalb der Bewegung – dem Spaltungsversuch der Rechten – konfrontiert sah.

In diesem Sinn hat die Vollversammlung der Hamburger Regionalkonferenz der BUU vom 19.2. bei Anwesenheit von etwa 1.300 Mitgliedern fast einstimmig eine Resolution gefaßt, in der es u.a. heißt, daß „ a l l e ehrlichen AKW-Gegner, unabhängig von ihrer parteipolitischen Zugehörigkeit und Orientierung, und unabhängig von ihren jeweiligen F o r m e n des Protestes" aufgefordert sind, am 19.2. in Brokdorf für die Erfüllung der Forderung der AKW-Gegner zu kämpfen. Diese Hamburger Resolution wurde auch auf der Landeskonferenz (mit einigen Erweiterungen und Beibehaltung dieser zitierten Passage) angenommen.

Insofern hat der Spaltungsversuch der Rechten sogar positive Auswirkungen, weil nicht unerhebliche Teile der Bewegung wieder ein „richtiges Augenmaß" für Lage und Entwicklung der wirklichen Widersprüche bekommen hat und das „Geholze" untereinander einem stärker geschlossenen Auftreten gegen die Spalter gewichen ist. Wir begrüßen diesen Aspekt der Entwicklung ausdrücklich. Dabei darf nicht übersehen werden, daß Teile der Sponti-Gruppen jetzt „umkippen" und allzu „kompromiß"-bereit gegenüber den Rechten werden könnten. Hier besteht konkret Gefahr, daß einige Sponti-Gruppen zu Opfern ihrer eigenen Haltung werden könnten, „Politik" generell aus der Bewegung herauszuhalten.

Der „KPD" hat die Entwicklung der letzten Wochen offenbar ziemlich auf den Magen geschlagen. Ihre Aktivisten sind kaum wiederzuerkennen. Aus den wildesten Schreihälsen sind echte Schleicher geworden. Auf der Wilster Landeskonferenz (6.2.) trug das Paradepferd der „KPD" an der AKW-Front, Prof. Jens Scheer, eine „neue Linie" seiner „Partei" vor: Die Frage der Militanz sei „vollkommen unerheblich"! Die „KPD" würde eventuell sogar „auf den 19.2. verzichten". Vorausgesetzt sei eine Einigung mit den Rechten, die – nach Scheer – ein „Ultimatum an die Regierung" sein müßte. Dieses „Ultimatum" müßte „das Votum der Massen" haben. Scheer ist mit diesem Versuch allerdings auf den Arsch gefallen, sein Antrag wurde nahezu einstimmig abgelehnt. Dieser Schwenk der „KPD" hat unsere Einschätzung bestätigt, daß die lautesten „Besetzungs"schreier bei der ersten Nagelprobe für die Bewegung sich als die schlimmsten Schlappheinis entpuppen könnten.

Nach unserer Einschätzung der Anti-AKW-Bewegung in Norddeutschland kann die rechte Delegierten-Minderheit bisher nur wenig an Masse ins Feld führen. Wirklich stützen können sich die Rechten bloß auf die offizielle Presse-Propaganda zu ihren Gunsten, auf die psychologische Kriegführung des Staatsapparates gegen die ernsthaften AKW-Gegner und auf Schein-„Zusagen" der Regierung in Kiel und Bonn.

Propagandistische Begleitmusik

Genau in d e m Moment, wo innerhalb der Bürgerinitiativen die Spalterpolitik der bürgerlichen Parteien Wirkung zu zeigen begann, verstärkte sich auch die psychologische Kriegsführung gegen die Anti-AKW-Bewegung.

Am 28. Januar verbreitete die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" („FAZ") erstmals das Gerücht **„DDR gibt Geld für Brokdorf-Proteste"**. Es *„seien schon mehrere 100.000 Mark zur Infiltration von Bürgerinitiatven von Ostberlin bereitgestellt worden"*. Außerdem erwäge die SED die **„Entsendung geschulter Störtrupps"** nach Brokdorf. Die „FAZ" schreibt für ein bürgerliches Publikum, und so wurde ungeniert auf derselben Seite in einem Kommentar auch der unmittelbare Z w e c k dieses Gerüchts bekanntgegeben: Stoltenberg hatte fast gleichzeitig von der Bundesregierung BGS-Truppen („Bundesgrenzschutz") angefordert, und dies sei *„für den Bundesinnenminister nicht angenehm. Deshalb läßt es sich verstehen, daß die Bundesregierung zuerst nach einem zugkräftigen Argument dafür sucht, den Bundesgrenzschutz einzusetzen. Es bietet sich ihr in dem sicherlich zu Recht gegebenen Hinweis, daß die Brokdorfer Unruhen auch von außerhalb der Bundesrepublik, will sagen: von der DDR, angefacht sein könnten"*.

Der Kommentar plauderte dann ganz offen, daß es dafür zwar keine Beweise, noch nicht einmal konkrete Anhaltspunkte gibt, und schloß dann knackfrech: *„Aber wichtig ist der Nachweis im Grunde nicht. Entscheidend ist allein, ob die Bundesregierung ihre Pflicht anerkennt, der schleswig-holsteinischen Landesregierung zu helfen"*.

Am 29. Januar, dem Tag vor einem recht entscheidenden Treffen der Bürgerinitiativen, brachte dann die gesamte bürgerliche Presse, insbesondere auch die norddeutschen Lokal-Zeitungen, die Geschichte von den Geldern aus der DDR. Am tollsten trieb es Springers „Welt", die gleich behauptete: **„Die SED steuert Demonstrationen in Brokdorf"** und auch konkrete Summen zu nennen wußte: *„Bisher, so verlautete gestern aus Regierungskreisen in Bonn, habe Ostberlin mehr als 300.000 Mark für massive Störaktionen bereitgestellt"*. In einem geradezu wahnwitzigen Kommentar hieß es dazu: *„Moskau steht in der einen oder anderen Weise hilfreich hinter all den Grüppchen, die, auch wenn sie gelegentlich mal über den Sozialimperialisten Breschnjew schimpfen, doch im Kampf gegen die bourgeoise Ordnung nützlich sind.* **Woher sollten sie auch das Geld für ihre 'Demos' sonst haben – hier gegen Kernkraftwerke, dort gegen Paragraph 218, da gegen Berufsverbote"**. Überschrift des Kommentars: **„Die Geldgeber"**. Der Ton erinnert an Adenauers „schönste" Zeiten, als einmal sogar der SPD wenige Tage vor anstehenden Bundestagswahlen in einer zentral vorbereiteten Presse-Kampagne vorgeworfen wurde, sie habe für ihren Wahlkampf „Geld aus dem Osten" erhalten.

Damals wie diesmal stützt sich die Provokation auf angebliche „nachrichtendienstliche Hinweise", die natürlich nicht überprüfbar sind und nicht einmal konkretisiert werden. Stoltenberg nahm den Ball natürlich sofort auf: *„Das zeigt, daß es im Falle Brokdorf massive Einmischungen von Stellen in Ostberlin in der finanziellen Förderung und Vorbereitung bestimmter rechtswidriger Aktionen und auch in der propagandistischen Begleitmusik gibt"* („Welt" vom 29.1.).

Um die Schmierenkomödie voll zu machen, stellte die CSU im Bundestag dazu auch noch eine „kleine Anfrage", und die Bundesregierung „bestätigte", daß ihr *„nachrichtendienstliche Hinweise auf die Unterstützung von Protesten gegen Kernkraftwerke durch die DDR vorliegen. Die Bundesregierung könne dies öffentlich nicht erörtern"* („FAZ", 3.2.).

Während die Story von den DDR-Geldern eine breiter gestreute Zielgruppe hat und auch die Tätigkeit von Bürger-Initiativen insgesamt diffamieren soll (in diesem Sinn wird sie zweifellos immer wieder von Zeit zu Zeit aufgewärmt werden), wurde gleichzeitig eine enger gezielte Provokation gegenüber den Bauern der Umgebung von Brokdorf unternommen: Am 28. Januar veröffentlichte die „Wilster Zeitung" eine plumpe Fälschung, die als angebliches Flugblatt der „KPD/ML, Landesverband Wasserkante" aufgemacht war. Es heißt da: **„Der Schwachpunkt ist die fehlende massive Unterstützung der Bevölkerung rund um Brokdorf und in Brokdorf selbst. Das wird sich auch nicht ändern, und darum brauchen wir auch keine Rücksicht zu nehmen, auf die Scheißbauern am allerwenigsten, wenn es um die Kampfvorbereitungen geht"**. Man müßte sich gewaltsam von den Bauern Trecker und andere Fahrzeuge („mindestens 50") holen, damit Straßensperren gegen die Polizei errichten und die Trecker in Brand setzen. Trecker-Fahren könnte man bei der „KPD/ML" ganz schnell lernen. An anderer Stelle dieses Produkts heißt es: ***„Unsere Kampfformationen kommen dann über die Felder, Äcker und Wiesen der Bauern. Stützpunkte in Scheunen einrichten (Bauern nicht lange fragen und diskutieren)"***. **Dieses Machwerk, das außerhalb der Wilster-Marsch kaum Erwähnung in der Presse fand, wurde „vor Ort" selbst offenbar sehr intensiv eingesetzt, um ohnehin reaktionäre Bauern noch weiter aufzuhetzen, die Mittelkräfte zu verunsichern und die fortschrittlicheren Bauern in eine defensive Position zu bringen. Der „Rote Morgen" berichtet, daß Polizisten mit diesem „Flugblatt" auf den Höfen aufkreuzten, um die Bauern „zu warnen", d.h. zu militanten Maßnahmen gegen die AKW-Gegner aufzuhetzen.**

Zur psychologischen Kriegsführung der Bourgeoisie gehört auch der Versuch, die Anti-AKW-Bewegung d i r e k t mit dem „Terrorismus" in Verbindung zu bringen und dann die in mehr als fünf Jahren „Baader-Meinhof"-Hetze herausgebildeten Mechanismen voll abfahren zu lassen.
in Verbindung zu bringen und dann die in mehr als fünf Jahren „Baader-Meinhof"-Hetze herausgebildeten Mechanismen voll abfahren zu lassen.
Ein typisches Beispiel ist der Artikel „Wird die Kirche unterwandert?" in der „Bild am Sonntag" vom 23. Januar. Oben zeigt ein Bild Pastoren beim „Feldgottesdienst" in Brokdorf am 13.11. Darunter steht dann in Riesenlettern die Überschrift **„Auf der Kanzel zog er die MPi"** (Maschinenpistole). Untertitel **„Das revolutionäre Auftreten radikaler Pastoren in Deutschland"**. Textprobe: *„Sie organisieren einen Feldgottesdienst und predigen Gewaltlosigkeit, aber sie rennen mit in der 'ersten Reihe der Gewalt' – jene Pastoren, die unsere Kirche unterwandern"*. Anderes Beispiel: In der „Welt" vom 20. Januar steht ein vom „Verfassungsschutz" geschriebener Artikel über die „Terroristen-Szene" direkt neben einem Artikel *„Der dritte Sturm auf Brokdorf ist für den 19. Februar geplant"*. Die Überleitung wird am Ende des ersten Artikels mühelos vollzogen: *„Wenn der Rechtsstaat auch bisher mit den anarchistischen Aktivitäten fertig geworden ist, wofür die Zahl der Inhaftierten spricht, so bedeuten die K-Gruppen doch für den Verfassungsschutz einen unberechenbaren Faktor. Bisher reagieren sie . – die kommunistischen Gruppierungen KB,KPD/ML und KBW gehören dazu – auf das 'Ereignis', das sie als 'Provokation' ansehen – Brokdorf ist das Musterbeispiel. Sollten sie zu unprovoziertem Terror übergehen, um ihre Ziele zu erreichen, dann könnten wir diese Aktivitäten mit unseren bisherigen Kräften nicht mehr in den Griff bekommen"*. Genau einen Tag später trat Dregger unter Hinweis auf diesen Artikel und mit exakt denselben Worten im Bundestag auf, um den Einsatz von **„Maschinenpistolen, Handgranaten und leichten Maschinengewehren"** in Brokdorf zu fordern! Man sieht wieder einmal, wie gut das Zusammenspiel zwischen der Presse und den Politikern der Bourgeoisie klappt.

Fortsetzung auf Seite 4

Großeinsatz der DKP an der Spalterfront

Die Spaltungsmanöver der bürgerlichen Parteien veranlaßten auch die DKP, die sich bisher kaum an der Anti-AKW-Bewegung beteiligt hatte, zu erstaunlicher Geschäftigkeit. Dazu gehört, daß in den letzten Wochen insbesondere in Ost-Holstein eine ganze Reihe von neuen „Bürgerinitiativen" plötzlich aus dem Boden schossen (in der Regel bewußt g e g e n schon bestehende Initiativen am Ort!), die allesamt Stimmrecht beanspruchten. Auf der Landeskonferenz am 6.2. trat dann insbesondere ein Herr Mädler von der DKP im Namen einer frischgegründeten „Bürgerinitiative Solidarität mit Brokdorf" aus Kiel massiv als Spalter auf, indem er dazu aufforderte, mit ihm gemeinsam die Konferenz zu verlassen. Gemeinsam mit den anderen Spaltern stellten sich die Vertreter der DKP anschließend der bürgerlichen Presse, um diese mit Stoff für Lügen und Hetze gegen die Demonstranten in Brokdorf am 19.2. auszustatten.

Einen weiteren Spalter-Auftritt hatte ein DKP-Funktionär aus Hamburg auf der Landeskonferenz: Er verlangte für sich plötzlich Stimmrecht als Delegierter und behauptete, im Namen von 80 Hamburger Betriebsräten zu sprechen, die 100.000 (!) Menschen vertreten würden. Dieser Spinner wurde in der Abstimmung über seinen kackfrechen Antrag mit großer Mehrheit abgebürstet. Er hat sich allerdings das unzweifelhafte Verdienst erworben, besonders anschaulich die Methoden der DKP vorgeführt zu haben.

Gleichzeitig hat die DKP noch v o r der Entscheidung der Landeskonferenz vom 6.2. in Hamburg einen Aufruf als Flugblatt veröffentlicht, der für den 19. Februar zur Demonstration in I t z e h o e auffordert. Der Aufruf ist von einer ganzen Reihe von „Persönlichkeiten" unterschrieben, unter denen zwar die Akademiker der verschiedensten Berufe deutlich überwiegen (Dipl. Biologe, Ärztin, Schriftsteller, Lehrer etc.), aber auch 18 Betriebsräte firmieren. Der Aufruf soll in gewohnter Manier den Eindruck erwecken, als würden breite Kräfte „aus allen Schichten der Bevölkerung" dahinterstehen. In Wahrheit handelt es sich mehrheitlich um Funktionäre und Mitglieder der DKP, sowie um eine Minderheit freischwebender DKP-Sympathisanten.

Der Aufruf hat folgenden Wortlaut: *„Wir unterzeichnenden Hamburger Bürger unterstützen den Aufruf der Bürgerinitiative der Wilstermarsch zur Kundgebung am Sonnabend, dem 19.2.1977 in Itzehoe.*

Wir verurteilen das Vorgehen der ruf der Bürgerinitiative der Wilstermarsch zur Kundgebung am Sonnabend, dem 19.2.1977 in Itzehoe.

Wir verurteilen das Vorgehen der Landesregierung in Kiel, legitime Bürgerproteste zu verleumden und durch brutalen Polizeieinsatz niederzuknüppeln.

Wir distanzieren uns von dem Versuch einiger abenteuerlicher Gruppen, am Bauplatz ohne den Willen der Wilsteraner Bevölkerung durch Gewalttätigkeiten weitere brutale Polizeieinsätze zu provozieren.

Diese Gruppen widerspiegeln nicht die Meinung der demokratischen Öffentlichkeit Hamburgs".

An diesem Aufruf ist besonders bemerkenswert der unglaubliche Zynismus, mit dem sich die DKP einerseits als Sprachrohr der „demokratischen Öffentlichkeit Hamburgs" aufspielt und gleichzeitig im vornherein alle, die am 19.2. in B r o k d o r f demonstrieren wollen, in der wörtlichen Sprachregelung Stoltenbergs, als „Abenteurer" diffamiert und für die zu erwartenden Polizei-Brutalitäten verantwortlich macht. Daß die DKP mit diesem Aufruf nicht einmal die Entscheidung der Landeskonferenz abwartete, sondern sich sogar noch an die S p i t z e der Spalter-Front setzte, spricht auch für sich.

Die DKP hat auf der Landeskonferenz vom 6.2. eindeutig die Dreckarbeit für die Vertreter der bürgerlichen Parteien erledigt; diese hielten sich bemerkenswert zurück und liessen die DKP-Funktionäre für sich wirbeln. **Die DKP hat damit ihre Rolle als Agentur der Bourgeoisie für Spezialaufträge in der demokratischen Bewegung erneut bestätigt. Diese Rolle war der DKP schon bei ihrer Gründung 1968/69 zugedacht (damals vor allem mit Stoßrichung gegen die Studenten-Revolte), und sie hat sie an allen entscheidenden Punkten getreulich wahrgenommen. Ein entscheidender Hebel für die Bourgeoisie ist dabei der ständige Druck mit Verbotsdrohungen und Diffamierungen gegen die DKP, um sich diese 5. Kolonne gefügig zu halten.**

Die DKP wird es nach diesem Auftreten noch schwerer haben, in der Anti-AKW-Bewegung ein Bein an den Boden zu kriegen. Dort, wo vereinzelt bisher DKP'ler in Bürgerinitiativen mitgearbeitet haben, werden sie zur Rede gestellt werden. Auf der Landeskonferenz vom 6.2. wurde dazu nach dem Auszug der Spalter mit 15 Stimmen (plus vier Vertreter der ‚Marschen-Konferenz', die als „Beobachter" geblieben waren) gegen eine Enthaltung (Pastor Söhnke, der auch in allen übrigen Abstimmungen entweder mit den Spaltern stimmte oder sich der Stimme enthielt) folgende Resolution beschlossen: *„Die Delegierten der Landeskonferenz verurteilen insbesondere das Vorgehen einer Hamburger Gruppe von Leuten, die aktiven Hamburger AKW-Gegner insgesamt als Abenteurer und Provokateure zu diffamieren. Die Autoren und Unterzeichner des bereits vor der Landeskonferenz bewußt zum Zwecke der Spaltung gedruckten Aufrufs (...) sind nachweislich mehrheitlich DKP-Funktionäre und ihnen nahestehende Leute, die keinen Beitrag zum Kampf gegen Atomkraftwerke geleistet haben, im Gegensatz zu den 1.300*

Leute, die keinen Beitrag zum Kampf gegen Atomkraftwerke geleistet haben, im Gegensatz zu den 1.300

AKW-Gegnern auf der Hamburger BUU-Vollversammlung und den auch über unterschiedliche Auffassungen hinweg geschlossen an der Landeskonferenz teilnehmenden Hamburger Delegierten.

Die Autoren und Unterzeichner des oben genannten Aufrufs werden aufgefordert, ihr Vorgehen auf der Hamburger Delegiertenkonferenz zu verantworten".

Resolutionen

Wir halten es für notwendig – wenn wir den Kampf gegen Atomanlagen erfolgreich führen wollen – am 19. Februar in Brokdorf am Bauplatz eine Kundgebung durchzuführen. Wir müssen es akzeptieren, wenn Menschen am 19.2. nicht am Bauplatz, sondern in Itzehoe demonstrieren, auch wenn wir dies für schädlich und illusorisch halten. Wir fühlen uns solidarisch mit diesen Menschen, auch wenn wir uns in bestimmten Methoden und politischen Einschätzungen unterscheiden.

Wir wollen alle das Atomkraftwerk (AKW) in Brokdorf verhindern. Wir können es aber nicht hinnehmen, wenn einzelne Mitglieder der BUU durch politische Intrigen, Verleumdungen, Spaltungsversuche und geheime Gespräche mit Regierungsmitgliedern und Parteienvertretern die Bewegung gegen AKWs spalten. Uns ist bekannt, daß ein Gespräch zwischen Vertretern der Bürgerinitiativen – die dazu keinen Auftrag der BUU hatten – und dem schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministerium stattgefunden haben. Die stattgefundenen Gespräche mit drei Mitgliedern der Bürgerinitiativen (Heuser, Schulz und Wüstenhagen) haben in der Anti-AKW-Bewegung starke Zwietracht gesät und der Einheit geschadet. Wir begrüßen es, wenn H. Heuser und H. Schulz erklären, daß sie die schädliche Wirkung dieser Gespräche eingesehen haben und sich auf keine weiteren Verhandlungen mit der Landesregierung einlassen wollen. Die Delegierten der Landeskonferenz verurteilen diesen Spaltungsversuch der Landesregierung, besonders die Versuche, Teile der Bewegung als Gewalttäter und Provokateure hinzustellen.

Wir werden bis zum 19.2.77 versuchen, viele Menschen für eine starke und geschlossene Demonstration in Brokdorf am Bauplatz zu gewinnen.

Abgestimmt: 15 dafür, 1 Gegenstimme, 0 Enthaltungen
Ergebnis der Marsch: 4 Stimmen dafür, keine Gegenstimme und Enthaltung

Folgender Antrag wurde mit 16 Stimmen (ohne Gegenstimme und ohne Enthaltung) und mit den Stimmen von vier vertretenen Marscheninitiativen angenommen:

Die Landeskonferenz fordert die Bürgerinitiativen auf, regional oder örtlich, insbesondere in den Orten, wo zwei oder mehr Gruppen existieren, kurzfristig gemeinsame Vollversammlungen durchzuführen, wo die unterschiedlichen Positionen im Hinblick auf den 19. Februar noch einmal diskutiert und beschlossen werden können.

Fortsetzung von Seite 3

Die psychologische Kriegsführung mit gefälschten Flugblättern und anderen Provokationen, mit angeblichen „nachrichtendienstlichen Hinweisen" etc. gehört zum festen Instrumentarium der Bourgeoisie. In dieser Hinsicht müssen wir uns zweifellos auf verstärkte Angriffe gefaßt machen, und es wäre falsch, in der Manier der „ML"-Maulhelden-Front zu behaupten, das zeige nur die Schwäche der Bourgeoisie und könne sowieso nichts ausrichten. Andererseits wäre es auch falsch, vor dem „Geschick" der Bourgeoisie staunend auf dem Bauch zu liegen und die Gesamtwirkung dieser Angriffe zu ü b e r s c h ä t z e n . Wir müssen diese Provokationen zu einer Waffe g e g e n die Bourgeoisie machen, indem wir hartnäckig deren konkrete Falschheit und die Mechanismen derartiger Kampagnen deutlich machen und damit dazu beitragen, g r u n d s ä t z l i c h e s Mißtrauen gegen a l l e Behauptungen der Bougeoisie, seien es nun die angeblich „todsicheren" AKW's oder die „Gelder aus dem Osten", aufzubauen. **Dabei kann vor allem an die sehr gute Kampagne „Enteignet Springer!" aus den Jahren der Studentenrevolte angeknüpft werden.**

Der Tag fängt grad erst an!

Die Anti-AKW-Bewegung in der BRD hat in Wyhl und Brokdorf bereits respektable Erfolge mit einem längerfristig nachwirkenden Symbol-Charakter errungen und den bürgerlichen Staat unter Zugzwang gebracht. Die Demonstration der S t ä r k e des bürgerlichen Staates am Bauzaun von Brokdorf ist zugleich Ausdruck seiner S c h w ä c h e , weil hier deutlich wird, daß kapitalistisches „Wachstum" an einem ganz entscheidenden Punkt nur noch durch eine martialische Festung und ein riesiges Polizeiaufgebot vor den Lebensinteressen der Bevölkerung geschützt werden kann. Der unversöhnliche Widerspruch zwischen den Profitinteressen einer über die Produktionsmittel verfügenden Minderheit und dem Volk hat am Brokdorfer Bauzaun seinen bisher sichtbarsten Ausdruck gefunden.

Zugleich ist klar, daß Wyhl und Brokdorf nur ein allererster Anfang sind. Der Kampf b e g i n n t jetzt erst. Von Seiten des Großkapitals sieht das so aus, daß jetzt bereits an den Schulen eine massive Indoktrinierung über die angebliche Ungefährlichkeit und gar „Umweltfreundlichkeit" von Atomkraftwerken einsetzen wird. Glanzpapier-Broschüren in Millionen-Auflage sollen dem „Bürger" das Leben mit den schlummernden Atombomben schmackhaft machen. Scharen gekaufter „Wissenschaftler" schreiben sich dafür die Finger wund.

Warum dieser riesige Einsatz von Personal- und Finanzmitteln von Seiten der Bourgeoisie und ihres Staates? Deshalb, weil hier einer der allerschwächsten, allerempfindlichsten Punkte des kapitalistischen Systems berührt ist. Die Menschenverachtung dieses Systems tritt in der kaltblütigen Inkaufnahme der „normalen" Folgeerscheinungen des AKW-Betriebs und in der zynischen Kalkulation eines Unfalls mit Millionen an Toten und Geschädigten so krass zutage wie sonst nur in Zeiten imperialistischer Raubkriege.

Das kapitalistische System in der BRD verdankt seine relative Stabilität gerade der Tatsache, daß es den werktätigen Massen einen gewissen „Wohlstand" zu sichern scheint. Das heißt, die herrschende Ideologie b a s i e r t auf der Tatsache, daß die Volksmassen „etwas zu verlieren" haben, was ausgerechnet der bürgerliche Staat ihnen zu sichern vorgibt (Ideologie der „Inneren Sicherheit" etc.). **An der Frage der Atomenergie wird aber gerade diese scheinbare Sicherheit total in Frage gestellt, die existentielle Bedrohung nicht nur des Lebensstandards, sondern des L e b e n s s e l b s t durch das kapitalistische System wird sichtbar. Hierin liegt die extreme Brisanz dieses Problems.** Hierin liegt der Grund für die extremen Anstrengungen, die die Bourgeoisie gerade auf diesem Gebiet unternimmt, um mit der kombinierten Taktik von „Zuckerbrot und Peitsche" die Volksbewegung zu spalten und zu zerschlagen.

Die Bourgeoisie wird dieses Ziel nicht erreichen, weil ihre eigenen Profitinteressen und die weltweite Verschärfung aller Widersprüche ihr entgegenwirken. Solche Tricks wie Baustop oder gar regionale Bremsung von AKW-Vorhaben kann die Bourgeoisie sich höchstens vorübergehend leisten, wenn sie nicht bei ihren Weltmachtsplänen spürbar ins Hintertreffen geraten will. Den Bau eines AKW's mehrere Monate lang zu stoppen, bedeutet für die Bourgeoisie nicht nur ein taktisches Mätzchen, sondern einen schwerwiegenden Tempoverlust bei der Verwirklichung ihrer expansionistischen Pläne. **Hier ist ihre Schwachstelle, weil sie einerseits keine Zeit verlieren will, andererseits aber das Entstehen einer noch breiteren Bewegung unterbinden will.** In Brokdorf o d e r Itzehoe zu demonstrieren ist „eigentlich" für die weitere Entwicklung der Anti-AKW-Bewegung überhaupt keine entscheidende Frage. Eine Stelle ist „eigentlich" so gut wie die andere. Im Gegenteil: Vieles spricht „an sich" dafür, an den verschiedensten Stellen solche Demonstrationen durchzuführen, an a l l e n Punkten das Atomprogramm der Bourgeoisie anzugreifen und die Kräfte des Polizeiapparates zu einer möglichst großen Verstreuung und Verzettelung zu zwingen, wie es auch in unserer Parole „ZWEI, DREI, V I E L E BROKDORF!" zum Ausdruck kommt.

Aber die Situation ist heute so, daß die Bourgeoisie durch ihre Agenten in der Anti-AKW-Bewegung die Frage 'Brokdorf o d e r Itzehoe' zu einer entscheidenden Kraftprobe zu machen versucht und zugleich gegen eine „kleine radikale Minderheit" am Brokdorfer Bauzaun ein blutiges Exempel statuieren will.

D e s h a l b wird jetzt die Frage 'Brokdorf o d e r Itzehoe' zu einem ganz entscheidenden Punkt für die weitere Entwicklung der Bewegung. Deshalb muß jetzt a l l e s getan werden, um am 19.2. die rechten als eine lächerliche Minderheit in Itzehoe bloßzustellen und eine alles bisherige übertreffende nationale Mobilisierung in Brokdorf zu erreichen. Die Bewegung würde nicht daran kaputt gehen, falls sie dieses Ziel am 19.2. n i c h t erreicht, aber es wird die gesamte weitere Entwicklung wesentlich erleichtern und beschleunigen, w e n n sie es erreicht. In diesem Sinn muß jetzt gelten: **Jetzt erst recht am 19.2. in Brokdorf! Kein AKW in Brokdorf und anderswo! Schluß mit den Bürgerkriegsmanövern der Polizei! Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden!**

Wir rufen auf, s o f o r t alle Hebel in Bewegung zu setzen, die schon recht deutlich erkennbare Niederlage der rechten, spalterischen Kräfte zu komplettieren. Konkret rufen wir die westdeutschen BI's auf zur

– nationalen Bundeskonferenz am 12.2. in Wilster (15.00 Uhr, Gasthof zur Linde), um eindrucksvoll und öffentlich zu demonstrieren, daß die Bewegung der AKW-Gegner an der Massenaktion am 19.2. in Brokdorf und nicht anderswo festhält und unmittelbar und überall mit der Vollmobilisierung für den 19.2. in Brokdorf zu beginnen.

Nachrichten vom Widerstand

Auch in den letzten Wochen fanden wieder zahlreiche Anti-AKW-Veranstaltungen statt, die zum Teil großartig besucht waren. In einer Reihe von Orten wurde erstmals die AKW-„Problematik" hineingetragen. Vielerorts konnten neuen Menschen für die Anit-AKW-Bewegung gewonnen werden.

Zweifellos ist es heute relativ unkompliziert, größere Teile der Linken und zum Teil auch neue Menschen für Informations- und Diskussionsveranstaltungen gegen Atomkraftwerke zu gewinnen. Dies muß noch stärker geschehen und wir rufen von dieser Stelle alle entschiedenen AKW-Gegner, insbesondere unsere Genossen, auf: Tragt den Kampf gegen die Atomkraftwerke, gegen das Atomprogramm der Herrschenden überall hin. Verbreitert die Bewegung!

Desweiteren halten wir es für unbedingt sinnvoll, daß sich die Organisatoren von Anti-AKW-Veranstaltungen auch Gedanken darüber machen, wie und wo die interessierten Veranstaltungsteilnehmer konkret mit anpacken können. In diesem Sinne begrüßen wir, daß auf mehreren Veranstaltungen zur Teilnahme an Arbeitskreisen und Initiativen aufgerufen wurde, die sich aktiv an der Anti-AKW-Bewegung beteiligen. Hier die Veranstaltungen im einzelnen:

Marburg: Auf Initiative der KB-Sympathisantengruppe Marburg führten die Basisgruppe Naturwissenschaften, der Arbeitskreis Umweltschutz der naturwissenschaftlichen Fachbereiche der Universität Marburg, die Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke Marburg und die Fachschaft Medizin am 28. Januar die größte bisherige Anti-AKW-Veranstaltung in Marburg durch, an der sich 300 Menschen beteiligten.

Zum ersten Mal war es hiermit auch geglückt, die verschiedenen Anti-AKW-Gruppen zu einer gemeinsamen Aktion zusammen zu bringen. Neben Fragen der Sicherheit von Atomkraftwerken wurde auch zu den militärischen Aspekten des bundesdeutschen Atomprogramms ein Referat gehalten.

In der Diskussion wurde hauptsächlich über die Möglichkeit einer Bauplatzbesetzung am 19. Februar in Brokdorf gesprochen.

In der der darauffolgenden Woche traf sich ein Großteil der Veranstaltungsteilnehmer erneut zu einer Fortsetzung der Diskussion. Es erschienen immerhin noch 150 AKW-Gegner. In der Frage, ob wir auch von Marburg aus für die Brokdorf-Demonstration am 19. Februar mobilisieren sollen, konnte keine Einigkeit erzielt werden. Ein Teil sprach sich unbedingt für eine Teilnahme aus, ein Teil scheint in unverständlicher Gegenüberstellung n u r die regionalen Aktivitäten (vor allem gegen das 50 km nördlich von Marburg entstehende AKW Borken) im Auge zu haben. Die Diskussion wird hier fortgesetzt.

Gelsenkirchen: An einer Verstaltung des selbstverwalteten Jugendzentrums „Comic" beteiligten sich bis zu 100 Jugendliche. Die Veranstaltung wurde vom KB mit Filmen und Diskussionsbeiträgen unterstützt. Ein Höhepunkt der Veranstaltung war eine Theateraufführung von AKW-Gegnern aus Gelsenkirchen, in der die Bestechlichkeit bürgerlicher Wissenschaftlicher und die möglichen Folgen einer atomaren Katastrophe gezeigt wurden.

Die Mehrheit der Veranstaltungsteilnehmer sprach sich für eine Demonstration am 19. Februar in Brokdorf aus.

Bad Segeberg: Am 24.1. fand in Segeberg eine erste Anti-AKW-Veranstaltung statt. Aufgerufen hatte eine örtliche Initiative. Etwa 35 Teilnehmer vereinbarten ein weiteres Treffen, um kommende Aktivitäten vorzubereiten.

Kiel: 250 AKW-Gegner besuchten am 28.1. eine Veranstaltung der „Bürgerinitiative Kiel – Kein KKW an der Eckernförder Bucht und anderswo". Einige „ML"er entblödeten sich dabei nicht, deutlich zu machen, aus welchen Gründen sie gegen AKWs in der BRD sind: Im Kriegsfall, so die „ML"er, seien AKWs halt besonders gefährdet und das könnten die „Russen" doch schließlich ausnutzen.

Süderlügum/Niebüll: Am 26.1. fand eine Veranstaltung vom Arbeitskreis gegen Kernkraftwerke im Wattenmeer und auf dem Festland statt. Erschienen waren 40 vorwiegend jugendliche AKW-Gegner.

Elmshorn: Hier fand am 13.1. eine Veranstaltung der örtlichen BUU statt, die von 230 AKW-Gegnern besucht wurde. Die Veranstaltung stand unter dem Motto: „Vier Jahre Widerstand in Wyhl". Ein Vertreter der dortigen Bürgerinitiative berichtete mit einem ausgezeichneten Dia-Vortrag vom Kampf der Kaiserstühler.

Ahrensbök. Zusammen mit Mitgliedern der Lübecker Bürgerinitiative gegen AKWs veranstaltete das Jugendzentrum Ahrensbök am 21.1. eine Filmveranstaltung, zu der ca. 60 Jugendliche kamen. Eine weitere Veranstaltung in Ahrensbök am 28.1. war mit 40 AKW-Gegnern gut besucht.

Lübeck. Im Lübecker Stadtteil Marli organisierte eine örtliche Initiative am 14.1. eine Veranstaltung, zu der 25 Leute kamen.

Frankfurt. Der „Club Voltaire", eine fortschrittliche Frankfurter Kneipe, führte am 2.2. eine Anti-KKW-Veranstaltung mit 600 Besuchern durch.

Unerwartet hatte auch die KWU (im Besitz von Siemens) in ihrem Offenbacher Werk über Hauslautsprecher diese Veranstaltung bekanntgegeben und die „lieben Mitarbeiter" aufgefordert, die Veranstaltung zu besuchen, um den AKW-Gegnern „eine Abfuhr zu erteilen."

Tatsächlich erschienen auch ca. 300 Mitarbeiter der KWU, nur nicht alles AKW-Befürworter, sondern ein

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

Teil applaudierte einem ÖTV-Funktionäre, der sich sehr entschieden g e g e n den Bau von AKWs aussprach!

Bevor ein „Offizieller" der KWU überhaupt zu Wort kam, war die Stimmung im Saal bereits so massiv gegen AKWs, daß seine Rede im lautstarken Protest der Anwesenden unterging.

Am Ende der Veranstaltung wurde beschlossen, eine Frankfurter Bürgerinitiative gegen AKWs zu gründen.

Göttingen. Bereits vor einiger Zeit hatten ÖTV-Vertrauensleute beim Göttinger Kreisvorstand Anträge auf Durchführung einer Mitgliederversammlung im Bereich Gesundheitswesen zu Atomkraftwerken gestellt.

In den Unikliniken wurden für eine solche Mitgliederversammlung 60 Unterschriften gesammelt, die ÖTV-Bosse indes verweigerten jede Diskussion über diese Frage. Daraufhin initiierte die Kollegengruppe der Unikliniken selber eine Veranstaltung und rief mit einem Flugblatt vor dem Betrieb dazu auf. Es kamen gut 50 Kollegen. Einen besonderen, unglaublichen Knüller leisteten sich mal wieder die paar anwesenden KBW'ler, als sie sich dagegen verwahrten, als Atomkraftwerksgegner angesprochen zu werden: *„Wir sind nicht gegen Kernkraftwerke – Kernenergie an sich (!) ist weder gut noch schlecht – wir sind gegen den Kapitalismus (!)"*. Auch mochte es unseren KBW.lern gar nicht gefallen, daß sich einige Kollegen erneut treffen wollten. Dies sei *„schädlich und gewerkschaftsschädigend"!*

*Zum Glück haben diese „Komiker" darüber nicht zu entscheiden! ...

Nach Berichten aus Marburg, Göttingen, Kiel, Frankfurt, Lübeck, Elmshorn, Bad Segeberg und Metallgenossen aus Hamburg

Hamburg/Wilhelmsburg:
120 Menschen folgten einem Aufruf einiger Wilhelmsburger Bürger zu einer Informationsveranstaltung gegen Kernkraftwerke, die gleichzeitig auch die Gründung einer Bürgerinitiative war. Neben einem Betriebrat von Texaco, der die „Schaffung" von Arbeitsplätzen als Lügen aufdeckte und die Verstrickung der Mineralölkonzerne im Atomgeschäft aufzeigte, war als Atomkraftwerksbefürworter ein FDP-Politiker erschienen. Die „WZ" (Wilhelmsburger Lokalblatt) wußte daraufhin zu berichten, *„daß es dem Politiker schwerfiel, den pointiert vorgetragenen Argumenten der Teilnehmer standzuhalten."* Der Erfolg der Veranstaltung: ein fester Kreis von ca. 30 Menschen, die aktiv mitarbeiten.

Erfolgreiche Demonstration in Schleswig

Aus Anlaß des Gerichtsverfahrens um den Bau des AKW Brokdorf fand am 5.2.77 eine von der Ostküstenkonferenz der Bürgerinitiativen in Schleswig-Holstein veranstaltete Demonstration von über 1000 Menschen in Schleswig statt. Parolen wie „Kein KKW in Brokdorf und auch nicht anderswo", „Schmeißt Stoltenberg ins KKW und Schmidt gleich mit" bestimmten die Demonstration. Ein Redner der Flensburger Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke griff vor allem auf, daß es jetzt gefährlich wäre, Illusionen in den Weg der Gerichtsentscheidungen zu legen. In diesem Zusammenhang gab der Redner den Entscheid der Mehrheit der Delegierten auf der Ostküstenkonferenz bekannt, am 19.2.77 in Brokdorf demonstrieren zu wollen.

Die Demonstranten unterstützen die Rede mit Sprechchören wie: „Nicht auf das Gericht vertraun, auf die eigenen Kräfte bauen."

Ein hoffentlich lehrreiches Beispiel war das Auftreten des BUU-Vertreters Achim Heinrich aus Krempe (im Marschengebiet), der im wesentlichen Gelegenheit hatte die Spalter- und derzeitige Minderheitsposition darzustellen." Daß die Konferenz von Rendsburg, entgegen Behauptungen der Regionalkonferenz Hamburg, keine Entscheidung für eine Demonstration in Brokdorf gebracht hat."

Die Bekanntgabe dieser Spalterposition wurde ihm von den Kräften ermöglicht, die nicht bereit sind, erneut zu einer Demonstration in Brokdorf aufzurufen. Diese Kräfte (unter denen sich auch die DKP befindet) versuchen in der letzten Zeit verstärkt durch Fraktionierung, durch Aufnahme von bedeutungslosen Initiativen den Beschluß der Ostküstenkonferenz (am 19.2. nach Brokdorf zu gehen) wieder umzustoßen.

Diese Leute wollten ihrer Logik entsprechend auch verhindern, daß der Beschluß der Ostküstenkonferenz zum 19.2. auf der Demonstration in Schleswig bekannt gemacht wird und sie ermöglichten es auch, daß Achim Heinrich seine Spalterschnacks (ohne Gegenstellungnahme) zum besten geben konnte.

Diesen Leuten sollte man endlich mal die demokratischen Spielregeln der Bewegung, die sie ständig verletzen, deutlich machen.

Bundeswehreinsatz gegen AKW-Gegner?

In der „Studien-Information des Fachbereiches Wirtschafts- und Organisationswissenschaften" im Diplomanden-Seminar an der Bundeswehrhochschule München werden „Einsatz- und Eingriffsmöglichkeiten der Bundeswehr" bei Demonstrationen gegen Kernkraftwerke behandelt!

Bei dem Einsatz geht es u.a. um *„. . . die Reaktion bei tatsächlichen und angedrohten Sabotageakten sowie das Vorgehen gegen Protestaktionen und Demonstrationen"*. Weiterhin um *„. . . Maßnahmen des Katastrophenschutzes und die Beherrschung der Notfallsituation"*.

Der Seminarleiter Wilfried Schulz empfiehlt: *„Die Ursachen des Widerstandes der Bevölkerung gegen die Errichtung von Kernkraftwerken sind zu analysieren und die Formen und Auswirkungen dieses Widerstandes sowie die Reaktionen der Behörden hierrauf näher zu untersuchen. Es ist auf dieser Grundlage ein Konzept zu erarbeiten, aus dem hervorgeht, welche Mittel und Wege zur Vermeidung und Überwindung dieses Widerstandes den Trägern der öffentlichen Gewalt zur Verfügung stehen, respektive beschritten werden können"*.
(Alle Zitate nach „Stern" vom 13.1.77)
KAMPF
DER BÜRGERKRIEGSARMEE !!!

Ein Genosse aus der Röttiger-Kaserne

Frauen gegen AKW

In den nordrheinwestfälischen Frauengruppen wird kräftig für Brokdorf mobilisiert. In der Frauengruppe Bochum, der Frauenbefreiungsaktion Köln, dem Frauenzentrum Aachen und der Frauenaktion Dortmund wurden extra Plena zu Brokdorf oder zu Umweltfragen bereits durchgeführt oder noch vor dem 19. Februar geplant.

Die Frauengruppe Essen verschickte einen Rundbrief an alle Frauengruppen in der BRD. Durch den Brief sollen alle Frauen aufgefordert werden, in Brokdorf einen gemeinsamen Frauenblock zu bilden. Um sich immer wiederzufinden, sollten sich die Frauen das Frauenzeichen auf den Rücken malen. Außerdem sollen sich alle Frauen eine „brokdorfmäßige" Ausrüstung besorgen. In dem Brief schreiben die Essener Frauen zum Schluß: „Wir sind der Ansicht, daß wir zu dem Problem der Atomkraftwerke sehr wohl auch einen feministischen Standpunkt entwickeln können und die Phantasie und Radikalität, die wir zum Beispiel bei Aktionen gegen den § 218 bewiesen haben, auch beim Vorgehen gegen Umweltzerstörung einsetzen können."

Treffpunkt: ITZEHOE
Kurz vor der Einfahrt nach Itzehoe auf der Bundesstraße 5, die große Aral-Tankstelle, Naujokat.
Weitere Informationen gibt das Essener Frauenzentrum
Tel: 0201/730350 Montags ab 20.00

Frauengruppe im KB/Gruppe Bochum

Tel: 0201/730350 Montags ab 20.00

Frauengruppe im KB/Gruppe Bochum

Anti-AKW-Bewegung in Bayern

Nürnberg: Am 25.1. organisierte die LUST (Linke unabhängige Studenten – Gruppierung die sich wohltuend vom MSB einerseits und Vaterlandsverteidigern andererseits abhebt) eine Anti-AKW-Veranstaltung an ihrem Bereich der Wiso/Uni Erlangen/Nürnberg. Zu dieser Veranstaltung kamen gut 60 Interessierte.

Erlangen. Am 1. Februar organisierte der KB eine Anti-AKW-Veranstaltung zu der ca. 80 Besucher kamen. Auf dieser Veranstaltung wurde der Vorschlag angenommen, in der Woche nach dem 19.2. (Brokdorf-Demonstration) ein regionales Koordinationstreffen zu initiieren, mit dem Ziel, „zwei, drei viele Brokdorf" auch in Bayern zu schaffen!

Bamberg. Am 3.2. fand eine Anti-AKW-Veranstaltung von der Sozialistischen Gruppe (Unorganisierte, KB- und SB-Sympathisanten) statt. Es kamen 190 (!) Besucher, was zweifellos ein großer Erfolg ist.

Neben Dias und einem Film über Brokdorf wurden von der Schweinfurter „KKW-Nein-Gruppe" Informationen über Sicherheitsprobleme von AKWs gegeben, außerdem wurde ausgiebig über die Hintergründe des Atomenergieprogramms der Bundesregierung diskutiert.

Es gründete sich eine Arbeitsgruppe, die vor allem zu den geplanten AKW's in der Bamberger Umgebung arbeiten will.

Regensburg. Am 4.2. rief der KB in Regensburg zu einer ersten öffentlichen Diskussion über den Kampf gegen Atomkraftwerke auf. Trotzdem der angemietete Raum nicht zu haben war, und auf eine entferntere Gaststätte ausgewichen werden mußte, fanden immerhin noch 40 AKW-Gegner den Weg dorthin. Die Diskussion war sehr lebhaft und es war wohltuend, sich endlich einmal nicht mit der allgemeinen und nichtssagenden Phraseologie der örtlichen „Arbeiterbund"-Führer rumärgern zu müssen. So kann nicht verwundern, daß es sich hier fast vollständig um ein anderes Publikum als bei den bisherigen Veranstaltungen in Regensburg handelte und unsere Freunde vom „Arbeiterbund" wohl gerade wieder am „Aufbau der KPD" basteln und deshalb diese interessante Diskussion verpaßten. Pech für sie!

Nürnberg. Am 21.1.77 hatte das Nürnberger Jugendzentrum zu einer großen Veranstaltung unter dem Motto „Gewerkschaften und Bürgerinitiativen" ins Kommunikationszentrum (KOMM), Nürnberg, eingeladen.

Der Saal war mit über 400 Besuchern mehr als voll.

Eingeladen waren zwei Vertreter der BUU (Hamburg), zwei Betriebsräte der KWU-Westberlin (DAG) und ein Betriebsrat der KWU-Mühlheim (IG Metall).

Die Betriebsräte der KWU ereiferten sich in ihren Beiträgen besonders stark für den unverantwortlichen Ausbau von Atomenergieanlagen. Der KWU-Gesamtbetriebsrat Nolden griff die Bürgerinitiativen unverblümt an. Er rate *„den BIs, andere Mittel und Wege einzuschlagen, die bestehenden Rechte auszuschöpfen"* und sich *„vor Unterwanderung zu hüten, von Leuten, die ja eigentlich was ganz anderes im Sinn"* hätten.

Die Vertreter der BUU wiesen diesen demagogischen Dreck unter dem Beifall der Anwesenden zurück. Ein Diskussionsteilnehmer forderte das Publikum auf, auch in Bayern *„zwei, drei, viele Brokdorf"* zu schaffen!

Am Schluß der Veranstaltung wurde an die „Gewerkschafter" der KWU die Aufforderung gerichtet, auf ihren nächsten Betriebsversammlungen Vertreter von BIs sprechen zu lassen. Hübsch!

KB/Gruppe Nürnberg

Auf nach Brokdorf!

Die beiden neuesten Ausgaben der bayrischen Stadtzeitungen „Blatt" (München) und „Was Lefft" (Erlangen) fordern ihre Leser auf, am 19. Februar nach Brokdorf zu fahren.

„Was Lefft" schreibt:
„Der Zeitpunkt, durch einen Präzedenzfall von Solidarität die Behörden und Unternehmen zum Einhalten zu bringen, ist günstig. Rafft euch auf und nehmt Helm, Gasmaske, Stiefel, Öljacke und lange Unterhosen mit. Am 19.2. am AKW-Bauplatz."

Das „Blatt" schreibt, daß hinsichtlich des 19.2. *„zwar noch nichts entschieden ist, man sich aber für alle Fälle auf Kundgebung und mögliche Besetzung vorbereiten sollte."*

„Für die Fahrt der Münchner nach Brokdorf sind bereits Busse organisiert. Abfahrt Freitagabend, den 18.2.; Rückfahrt Sonntag mittag, Kosten ca. 45,- DM. Verkaufsstellen sind das Münchner Blatt und die Basisbuchhandlung."

Dregger fordert Notstandsvorbereitungen gegen AKW-Gegner

In der Bundestagsdebatte vom 21.1.77 forderte CSU/CDU-Dregger gegen die Anti-AKW-Bewegung eine Ausrichtung der „Sicherheitspolitik" auf den inneren Notstand. Als Vorwand mußten *„kommunistische Gruppierungen wie KB, KPD/ML und KBW"* herhalten.

Dregger: „Sollten sie zu unprovoziertem Terror übergehen, um ihre Ziele zu erreichen, dann könnten wir diese Aktivitäten mit unseren bisherigen Kräften nicht mehr in den Griff bekommen."

Dregger beklagte die angeblich „unzureichende Ausbildung der Polizei" und behautpete: *„Auch die Ausrüstung der Polizei entspricht immer weniger den Bedürfnissen eines Notstands. Maschinenpistolen oder gar Handgranaten und leichte Maschinengewehre werden mit gespielter oder echter Entrüstung abgelehnt. Daß sich aber Terroristen und andere Verbrecher immer mehr mit solchen Waffen ausrüsten wird aus Torheit oder aus anderen Gründen übersehen."*

Nach Dreggers Darstellung sieht es ganz schlimm für die Bourgeoisie aus: So gebe es heute keine „voll einsatzbereite kasernierte Polizeitruppen"; der BGS sei nicht auf seinen Einsatz als Polizeitruppe im Notstandsfall ausgerichtet, sondern werde gegenwärtig „abgerüstet"; im Gegensatz zu den westeuropäischen Nachbarländern könne sich die BRD *„den Einsatz der Bundeswehr im Innern nicht leisten, da das die äußere Veriteidigungskraft schwächen würde"*.

Schließlich forderte Dregger: *„Ich frage: ist die Bundesregierung bereit, den Bundesgrenzschutz in Bewaffnung, Ausbildung und Ausrüstung wieder mehr auf Krisensituationen vorzubereiten? Eine weitere Frage: Wie ist es um den Werkschutz bestellt? Genügen bei Krernkraftwerken bescheidene Auflagen? Was geschieht wenn sich mehrere Brokdorfs gleichzeitig ereignen* (!!) *und auch in Betrieb befindliche Kernkraftwerke* (!!) *in gewalttätige Demonstrationen einbezogen werden?"*.

Hübsche Vorschläge, die der Herr Dregger da für die weitere Ausrichtung der Anti-AKW-Bewegung macht! Ob er diese Bewegung wirklich mit „ „Maschinenpistolen, Handgranaten und leichten Maschinengewehren" aufhalten will?!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

„Pastoren haben Angst, daß die Polizei beim nächsten Mal das Feuer eröffnen wird"

Unter dieser Schlagzeile erschien der „Flensborg Avis" vom 19.1.1977, die Zeitung der dänischen Minderheit in Schleswig Holstein.

„Die jüngeren Pastoren aus Hamburg und Umgebung wagen es nicht mehr, eine Besetzung des Bauplatzes zu empfehlen. Man fürchtet sich davor, daß die Polizei den Befehl hat, im gegeben Fall auf Demonstranten zu schießen. Das erklärte Pastor Sönke Wandschneider in einem telefonischen Interview", heißt es in dem Artikel. Zwar seien die Pastoren nach wie vor für eine Platzbesetzung, sie befürchten aber, daß dies „ohne Gefahr für Menschenleben" nicht mehr möglich wäre.

Der Hintergrund ist folgender: Am 29. Dezember hatte Bischoff Hübner Pastoren, die bei den letzten Demonstrationen dabeigewesen waren, zu einem Treffen eingeladen.

Dort behauptete ein „juristischer Repräsentant" der Kirche, *„daß die Polizei den Befehl hätte, zu schießen, wenn es den Demonstranten gelingen würde, alle Absperrungen zu überwinden und eine Platzbesetzung durchzuführen"*.

Pastor Wandschneider selbst behauptete lt. „Flensborg Avis" darüber hinaus, daß die Landesregierung mit *„Toten und Schwerverletzten bei der letzten Brokdorf-Demo"* gerechnet hätte.

Die Kirchenleitung war nicht bereit, die Aussagen Wandschneiders zu bestätigen, der Bischoff selbst sei in Urlaub, Oberlandeskirchenrat Kramer bestätigte lediglich das Treffen über die Brokdorf-Demonstration und Diskussion über „Notwehr-Situationen" für die Polizei: Er wollte sich aber zum Schießbefehl nicht äußern, weil es sich um ein „internes Treffen" gehandelt hätte.

Der Zweck dieser Drohung ist allzu durchsichtig. Die Landeskirche hatte schon bisher alles mögliche versucht, um die Pastoren einzuschüchtern, die sich an den Demonstrationen beteiligt hatten. Nun sollen die Pastoren, die sich für eine Besetzung ausgesprochen haben, darauf eingeschworen werden, vor weiteren Demonstrationen und einer Platzbesetzung zu warnen. Die Landeskirche hat zynischer Weise damit gearbeitet, die Pastoren indirekt mitverantwortlich zu machen, falls es tatsächlich zu Toten und Schwerverletzten in Brokdorf kommen sollte. Andererseits ist diese Landeskirche überhaupt nicht bereit, die Landesregierung anzuprangern, die angeblich den Schießbefehl verhängt haben soll.

Diese Taktik hatte insofern Erfolg, daß Pastor Wandschneider sich auf dem Treffen der BI's in Wilster am 15./16.1. (s. diesen AK) hinstellte und weitere Demonstrationen in Brokdorf ablehnte, weil u.a. die Gewaltfreiheit nicht garantiert sei.

Der Kieler Landesregierung ist dies völlig recht:
Auf unsere telefoniche Anfrage (vom 21.1.77) erklärte die Pressestelle der Landesregierung, sie sei in diesem Zusammenhange weder bereit, irgendetwas zu behaupten, noch irgendetwas zu dementieren. Zu einer schriftlichen Äußerung sei die Pressestelle ebenfalls nicht bereit. Auch eine Antwort wollte man nicht geben, ob die Landesregierung gegen solche Behauptungen juristische Schritte unternehmen wolle. Das müsse man schon ihr selbst überlassen, war die lapidare Antwort.

Daraus kann nur geschlußfolgert werden, daß der Landesregierung das Gerücht nur lieb ist. Dafür spricht auch, daß die Landesregierung selbst alles tut, um die Meinung zu verbreiten, daß es bei der nächsten Brokdorf–Aktion zu bewaffneten Auseinandersetzungen kommen würde. So heißt es in „Flensborg Avis" (s.o.) dazu, daß die Landesregierung in einem Brief an Bürgerinitiativen behauptete, sie hätte Beweise dafür, daß *„extremistische Gruppen die Demonstration für eine Bauplatzbesetzung und eine bewaffnete Konfrontation mit den dortigen Polizeitruppen benutzen"* würden.

Wir gehen davon aus, daß die Bourgeoisie insgesamt und mit ihr auch die Landesregierung Schleswig-Holsteins die „Vorstellung einer Cabora Bassa–Baustelle an der Unterelbe" schreckt, wie es in der FAZ vom 16.11.76 heißt. Alle möglichen Manöver sind seitens des Staates und der Bürgerlichen Parteien unternommen worden, um eine Situation zu vermeiden, den weiteren Bau von Kernkraftwerken nur noch durch massiven militärischen Einsatz gegen breite Proteste in der Bevölkerung verteidigen zu können. Das hindert die Stoltenberg–Regierung keineswegs, massiv mit einer bewaffneten Konfrontation am Bauplatz zu drohen, um Bürgerinititativen und viele Menschen, die gegen Atomkarftwerke sind, von Demonstrationen abzuhalten.

Andererseits wird damit vorgebaut, schon jetzt die Kommunisten dafür verantwortlich zu machen, falls es tatsächlich zu Toten auf Grund des massiven Bulleneinsatzes kommen sollte.

KKW–Kommission

Schon wieder Anschlag auf AKW-Gegner in Hamburg

Presseerklärung des Arbeitskreises Umweltschutz Niendorf

Am Abend des 30.1.1977 um 22.05 Uhr wurde die Fensterscheibe unseres Wohnraumes, an der mehrere Brokdorf-Plakate hängen, durch einen Steinwurf zerstört. Es handelte sich hierbei um einen 2-3 kg schweren Pflasterstein, der die Fensterscheibe durchschlug und den Raum durchquerte und dies, obwohl eine schwere Gardine vor dem Fenster hing. Diese wurde nicht durchschlagen, da sie frei hing und somit nicht unter Spannung stand, sondern durch die Wucht des Steines hochschleuderte.

Diese Tatsachen beweisen eindeutig: 1. der Stein muß aus nächster Nähe geworfen worden sein, der Abstand zum Fenster betrug höchsens 1-2 m und 2. muß der Stein mit großer Kraft geworfen worden sein. Wäre es nur um die Zerstörung der Scheibe gegangen, so hätte auch ein wesentlich kleinerer Stein genügt, außerdem wäre ein solcher Kraftaufwand nicht nötig gewesen.

Da der Raum zum Zeitpunkt der Tat beleuchtet war und der Täter keinen Einblick in den Raum hatte, mußte er davon ausgehen, daß sich dort Personen aufhielten. Daß sich zum Zeitpunkt der Tat niemand dort aufhielt, ist einzig und allein dem Zufall zu verdanken, denn noch ca. 15 min. vorher hielten sich Personen in dem Raum auf.

Aus den genannten Tatsachen ergibt sich nun folgendes Bild: Der, bzw. die Täter haben bei ihrer Zerstörungstat die Verletzung, bzw. die störungstat die Verletzung, bzw. die schwere Verletzung oder gar Tötung von Menschen bewußt in Kauf genommen.

Bei einem der Täter handelt es sich um einen etwa 40-42jährigen Mann, den ein Nachbar von uns gesehen hat, als dieser auf seinem Grundstück herumschlich und dabei unser Haus beobachtete. Ferner gab unser Nachbar an, daß er, bevor er das Klirren der Scheibe wahrnahm, einen Schuß hörte, dies aber für die Detonation eines China-Böllers hielt. Ein anderer Nachbar gab ebenfalls an, einen Schuß gehört zu haben. Wir können uns aber daraus bisher keinen Reim machen, da wir kein Projektil und keinen Einschuß fanden.

Die herbeigerufene Schutzpolizei nahm lediglich eine Anzeige wegen Sachbeschädigung auf. Einer der Polizeibeamten konnte dann auch mit seiner „Privatmeinung" nicht mehr hinter dem Berg halten; sinngemäß bemerkte er, wir sollen uns doch nicht wundern, schließlich würden wir in Brokdorf auch mit Steinen werfen.

Weiteres Ermittlungsverfahren!

Kellinghusen. Das Landesschulamt hat gegen den FDP-Kreistagsabgeordneten und Sonderschullehrer Helmut Rosenthal wegen seiner Beteiligung an der Demonstration in Brokdorf ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die Landesregierung dazu in einer Pressemitteilung als Begründung: Rosenthal hätte einen Polizisten aufgefordert, seine Uniform auszuziehen und den Dienst zu verweigern. Rosenthal erklärte, er hätte niemanden zum Ungehorsam aufgefordert und erschien nicht zum mündlichen Erörterungstermin.

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Kiel

Brokdorf:

Trotz „Baustop" – Der Bau des AKW geht weiter!

. . . das haben eifrige AKW-Gegner am 19. Januar erfahren, als sie zwischen 10.00 und 13.00 Uhr den AKW-Bauplatz in Brokdorf besichtigten. Wir zitieren im folgenden aus einem Flugblatt, daß sie tags darauf an der Kieler Uni verteilten:

„. . . *In der Gegend von Elmshorn stießen wir auf einen Zug von Bauwagen aus Bremen und Dortmund. Es waren drei Bauwagen mit Kranbauteilen; zwei von der Firma Franke (Bremen HB-LT 987, mit Anhänger aus Dortmund D-MT 983, Wagen Nr. 119, und D-J 667, D-CR 986).*

Tatsächlich hielten alle Wagen vor dem Haupttor des Bauplatzes in Brokdorf. Wie schon während der ganzen Fahrt fotographierten wir die Fahrzeuge. Die Fahrer stiegen aus . . . Ein Fahrer drohte, unsere Kamera in den Graben zu werfen, uns hinterher. Sofort war ein Polizeiwagen da (EUT-3043). Der Beamte forderte einen Ausweis von uns. Ausweise waren noch im Auto. Da das Auto nicht aufging, versuchten die Polizisten . . . das Auto zu knacken (!). Schließlich fuhren sie weg, um Werkzeug zu holen. In dem Moment fuhr der Bauwagen von Franke los, wir fotofrafierten, worauf der erste Wagen mit Millimeterabstand an unserem Auto vorbeifuhr, so daß wir gezwungen waren, zur Seite zu springen. Der Fahrer stieg aus und drohte, uns zusammenzuschlagen . . . Wörtlich: ,Ich habe keine Skrupel, euch zusammenzuschlagen!' Die Bullen kamen wieder, inzwischen hatten wir das Auto aufbekommen. Jetzt forderten sie auf einmal sämtliche Ausweise von uns und die Wagenpapiere. Begründung: ,Wer hier so verschleiert rumläuft, muß was zu verbergen haben'. Vom Deich kamen jetzt Werkschützer und Trainer (12 etwa) mit 5 bis 6 Hunden (an uns vorbei zum Haupttor). Einige Polizeiwagen halten in der Nähe. Vom Platz aus werden wir eingehend beobachtet.

Zweite Aufforderung der Bullen, unsere Ausweise herauszugeben. Wir fordern ihre Dienstnummer, die sie uns . . . verweigern . . . Personalien von uns werden notiert . . . Schließlich fuhren wir wieder los, ein Polizeiwagen vor uns her. Von der NWK-Straße aus beobachteten wir einen Bagger (in Betrieb!!) . . ."

So sieht also der gerichtliche „Baustopp" aus! Und wer ihn kontrollieren will, wird von den Bullen schikaniert und eingeschüchtert und . . . notiert!

Doch wie sagte Bert Brecht: „Daß Du untergehst, wenn Du Dich nicht wehrst, das wirst Du doch einsehen".

KB/Gruppe Kiel

Und nochmal: Umweltschutz-Faschisten

Seit Jahren betreibt ein **Martin Voigt** aus Bochum sein faschistisches Propagandageschäft mit einem Blatt, das sich **„Unabhängige Nachrichten – Nachrichtendienst und Mitteilungen unabhängiger Freundeskreise"** nennt.

In der Januar-Nummer wird z.B. der von Freys „Nationaler Zeitung" zum „Helden" hochgejubelte Nazi-Oberst Rudel wegen seiner „untadligen soldatischen Vergangenheit" gelobt; dafür wird der Rücktritt Lebers und Wehners gefordert. Verantwortlich zeichnet eine „Wiederstandsgruppe Ruhr-West ehemaliger Ostfrontsoldaten" aus Oberhausen. So weit, so üblich.

Hauptsächlich befaßt sich diese Nummer der UN aber mit der Bewegung gegen Kernkraftwerke Hier sieht Voigt den „Wiederstand" keimen; hier hofft er darauf, daß *„das Volk entdeckt, daß es eine Gemeinschaft ist"*.

Und auf wen beruft sich Voigt mit seinem Umweltschützlertum?

– Als „Sonderdruck Nr. 771" liegt den UN ein Flugblatt bei: *An Brokdorf scheiden sich die Geister"*. Da ist sogar von Polizeibrutalität und Willkürherrschaft die Rede. Schlußfolgerung: *„Kapitalismus und Kommunismus entpuppen sich als zwei Seiten derselben Unterdrückungsmaschine"*. Kein anderer als der berüchtigte Antidemokrat und Naziverehrer **Roeder** schwingt sich hier zum KKW-Gegner auf! Die UN hier zum KKW-Gegner auf! Die UN druckt sein Flugblatt *„in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bürgerinitiative"* Roeders ab.

– Gleich danach ein weiterer Sonderdruck (Nr. 772): „Wir klagen an", Auch dieses, mit vielen Zitaten ausgerüstete Anti-KKW-Blatt ist beileibe nicht auf UN – eigenem Mist gewachsen. Vielmehr ist **„verantwortlich für den Inhalt: Ernst-Otto Cohrs, Vize–Präsident des WSL"**! Der langjährige Spritzen–Funktionär des WSL Cohrs weiß offenbar den richtigen Ton zu finden! (Was ihm, mit seiner Erfahrung als Redner beim rechtsradikalen DKEG und bei der zur Roeder–Clique gehörenden **„Bürgerinititative in der Lüneburger Heide"**, auch nicht schwer fallen dürfte).

– Schließlich findet sich noch ein Anti–KKW–Aufruf der **„Notverwaltung des Deutschen Ostens"**, der es um „das Überleben des deutschen Volkes" in einer „natürlichen Lebensordnung" geht. Darunter versteht dieser faschistische Verein vor allem ein „Deutsches Reich" – aber selbstverständlich in den Grenzen von 1914! Gleich neben diesem Artikel fordert Dr. **Bodo Manstein** (ein aus alten Zeiten dem AUD–Chef Haußleiter vertrauten Kumpan), derzeit Pressesprecher des **„Bundes Natur- und Umweltschutz Deutschland e.V."**, zur „Empörung" gegen die „Sachzwänge der technischen Welt" auf.

Man sieht: Die Faschisten haben die Anti–KKW–Bewegung als Rekrutierungsfeld entdeckt. Zugleich wollen sie mit ihren reaktionären Parolen die Bewegung schwächen und spalten helfen (vgl. auch AK 97, S. 5).

Antifa – Kommision
KB/Gruppe Hamburg

„Rotes Kreuz" will Sanitätsversorgung von AKW-Gegnern behindern

Nahezu 1500 Verletzte (z.T. schwerverletzt!) haben bekanntlich die Verantwortlichen für den brutalen Bulleneinsatz gegen die zweite Brokdorf-Demonstration auf dem Gewissen. In vielen Fällen konnten schlimmere Verletzungen vermieden werden, weil die KKW-Gegner eigene Sanitätertrupps gebildet hatten. Damit sie angesprochen und zu Hilfe geholt werden konnten, hatten sie sich z.T. mit dem sog. „Roten Kreuz" kenntlich gemacht – womit auch sonst? Diese Tatsache hat nun der Landesverband Schleswig-Holstein des „Deutschen Roten Kreuzes" zum Anlaß genommen, in die Hetze gegen AKW-Gegner einzustimmen:

„Bei den Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf haben einige Demonstranten nicht davor zurückgescheut (!), das Zeichen des Deutschen Roten Kreuzes zu mißbrauchen (!) . . . Demonstranten (haben) Fahrzeuge mit Rot-Kreuz-Zeichen gekennzeichnet, obwohl diese Wagen nicht zum DRK gehörten." Das ganze dient dann obendrein dazu, AKW-Gegner, die eigenständigen Sanitäterdienst machen und Verletzten helfen, zu kriminalisieren: *„Derartige Mißbräuche will der DRK-Landesverbvand in Zukunft zur Anzeige bringen"*! (Zitat aus: Kieler Nachrichten", 29.1.76).

Während das ,Rote Kreuz' ganz Kieler Nachrichten", 29.1.76). Während das ,Rote Kreuz' ganz selbstverständlich duldet, daß Bundeswehrfahrzeuge mit dem roten Kreuz durch die Gegend fahren, sollen die Helfer unter den AKW-Gegnern nach den Vorstellungen des ,Roten Kreuz' polizeilich verfolgt werden.

Damit wird der Polizei gleichzeitig für die Zukunft eine billige Legitimation verschafft, noch schärfer als bei den bisherigen Brokdorf-Demonstrationen Sanitätstrupps zu behindern. Und dieses Vorgehen kommt von einem Verein, der sonst immer die Menschlichkeit selbst und den Wohltäter herauskehrt.

KB/Gruppe Kiel

Fast elf „Hiroshima"

Beispiele von (fast)-Atombombenexplosionen

Die unzähligen „Unfälle" in Kernkraftwerken, die eine ständige Gefahr für die Bevölkerung darstellen, sind im Zusammenhang einer breiten Anti-AKW-Bewegung an die Oberfläche gespült worden.

Weitaus weniger bekannt sind die – mit weitaus verheerenderen Folgen – „beinahe"-Explosionen von Atomwaffen, die sogenannten „broken arrows". Das amerikanische „Verteidigungs"ministerium hat mindestens elf verschiedene „broken arrows" zugegeben. Der bekannteste Fall ereignete sich 1966 in Palomar (Spanien), als ein amerikanischer B-52-Bomber mit einem Auftankflugzeug zusammenstieß. Während der Kollision fielen vier Wasserstoffbomben herab, die erst nach längerer Suche gefunden wurden. Das Pentagon gab zu, daß das umliegende Gebiet radioaktiv verseucht war.

Es seien noch vier weitere „broken arrows" genannt:

1. Am 11.3.1958 warf ein US-Bomber eine Atombombe von 1 Megatonne Sprengkraft im Gebiet von Süd-Karolina ab. Die eingebaute konventionelle Übungs-Sperre detonierte und hinterließ einen Krater von 25 m Durchmesser, wobei ein Bauernhaus total vernichtet wurde. Nur noch eine Sicherheitssperre verhinderte die nukleare Detonation.

2. Am 7.6.1960 ereignete sich auf dem amerikanischen Luftwaffenhafen Mc. Guire ein großflächiger Raketenbrand, wobei eine der 56 dort stationierten Nuklearraketen so stark beschädigt wurde, daß riesige Mengen radioaktiver Strahlung (Plutonium) freigesetzt wurden.

3. 1961 ereignete sich bei Goldsboro (USA) wiederum eine Beinahekatastrophe; ein B-52-Bomber schleppte eine 24-Megatonnen Atombombe mit sich herum. Als die Maschine zur Landung ansetzte, fielen aus „technisch unerklärlichen" Gründen fünf der sechs Sicherheitssperren aus. Nur eine einfache Schiene verhinderte, daß die Bombe explodierte. Die Sprengkraft lag um das 1800-fache höher als bei der Hiroshima-Bombe!

4. Am 21.1.68 stürzte ein weiterer B-52-Bomber auf den Hafen von Thule (Grönland) ab. Die Maschine explodierte, wobei vier der mitgeführten Atombomben „Leck" hatten. Die ganze Gegend war Plutoniumverseucht und die Detonation hinterließ einen Krater von 130 m Breite und über 700 m Länge! (aus: „Atomic Scientist", Mai 1975).

Anhand dieser offiziell zugegebenen beinahe-Katastrophen wird weiterhin deutlich, daß der US-Imperialismus permanent die Atomwaffeneinsätze äußerst „praxisnah" erprobt; die Bomben lägern nicht etwa in Depots, sondern fliegen ständig über Städte hinweg, wie die Beispiele zeigen.

Schluß mit dem Wettrüsten!

Vernichtung aller Atomwaffen!

Antimilitarismuskommission

Mein Gott...!

Atomsicherer Bunker für Domschatz in Aachen

AACHEN, 1. Februar (dpa/lnw). In Aachen ist ein als atombombensicher geltender Bunker, der als Erprobungsbau vom Bundesbauministerium für rund eine halbe Million Mark in Auftrag gegeben wurde, fertiggestellt worden. Der Bunker soll im Ernstfall den Domschatz aufnehmen. Das Bauwerk mit einer Nutzfläche von 100 Quadratmetern ist drei Meter hoch; die Decke ist einen Meter dick. 52 Tonnen Stahl dienen als Armierung des Betons.

Diese Meldung brachte die „Frankfurter Allgemeine" am 2.2.77. Hauptsache die Reliquien sind bei atomaren Katastrophen bis ins „Jenseits" gerettet und sei es nur zu „Gottes Anblick". Auf dieser Grundlage kann die Kirche getrost ihren Segen zum Bau von AKWs und zur atomaren Aufrüstung der Bundeswehr geben.

Niederländische Sozial – demokraten gegen AKW

Die Forderung der BRD-Regierung im Oktober '76 an die niederländische Regierung, einer Ausweitung der gemeinsam von den Niederlanden, England und Westdeutschland betriebenen Anlage zur Urananreicherung in Almelo zuzustimmen, sowie die Absicht der BRD, an Brasilien angereichertes Uran aus Almelo zu verkaufen, führten an den Rand eines Bruchs der Regierungskoalition im niederländischen Parlament. Die PPR („Politische Partei der Radikalen") drohte ihrem großen Koalitionspartner PvdA („Partei der Arbeit", Sozialdemokraten) mit dem Abzug ihrer Minister und Staatssekretäre aus dem Kabinett, wenn die Regierung einer Ausweitung der Uranfabrik zustimmen und eine Lieferung angereicherten Urans an Brasilien zulassen würde, solange dieses Land nicht auch den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet habe.

Gegen den Willen des Parteivorstandes hat sich nun am 29./30.1.77 der Wahlkongreß der PvdA gegen das Atomenergieprogramm der von der eigenen Partei geführten Regierung ausgesprochen. Der Ausbau der Uranfabrik in Almelo wurde ebenso abgelehnt wie der geplante Neubau von drei AKWs.

Niederlande-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Was ist denn das für ein Leben?

Die Fenster glotzen blind in den Tag
stumm und tot ist die Stadt.
Es gibt keinen der daran denken mag
wie Seveso vor kurzem noch ausgesehn hat.

Die Menschen glaubten den Lügen der Schinder
daß ein Gasunfall niemals passiert
jetzt zerfrißt das Gift unschuldige Kinder
und eine ganze Landschaft krepiert.

Sevesos Frauen wurde gedroht:
Abtreibung verstößt gegen das 5. Gebot
„Das ist Babymord!" „Das kommt vors Gericht!"
Doch das Leben der Kinder interessiert sie nicht!

Sie schwatzen in Kirche und Parlament
vom Schutz und vom Wert des Lebens.
Doch was wird aus dem Leben wenn es lebt?
Dann soll es sich ihrem Willen ergeben!
Was ist denn das für ein Leben?

Sie haben es schwer unter Strafe gestellt
am Ungeborenen zu tasten.
Doch was wird aus dem Leben – ist es geborn?
Dann hat es für sie jeden Wert verloren!
Was ist denn das für ein Leben??

Hier planen sie noch viel schlimmere Sachen
strahlende Grabsteine am Horizont
wenn die einmal auseinanderkrachen
wird dieses Land hier nicht mehr bewohnt.

Auch wenn ein Großunfall nicht geschieht
schleicht sich der Tod aus dem Kernkraftwerk raus
sauber und lautlos geht er durch die Straßen
und kommt in ein jedes Haus!

Und da schwatzen sie in Kirche und Parlament
vom Schutz und vom Wert des Lebens.
Doch was wird aus dem Leben – wenn es lebt?
Dann soll es sich ihrem Willen ergeben
was ist denn das für ein Leben?

Sie wiegen uns leise in den Schlaf
Atomstrom macht schönres Leben.
Doch was wird aus dem Leben – wenn es strahlt?
Vielleicht hält es dann noch ein paar Jahre
dann ist es aus – mit dem Leben!

Doch wir wollen weiterleben
und viel besser als bisher
deshalb kämpfen wir zusammen
ein KKW kommt hier nicht her!

Und wir wolln gesunde Kinder
nicht vergiftet, nicht verstrahlt
ein Leben ohne Menschenschinder
das macht sich bestimmt bezahlt!

Roter Kaktus / Flensburg





6,9 %-Lohnraubabschlüsse in der Metallindustrie: „Unerhört, unlogisch, unmöglich"

Das schrieb die „Metall" vom 11. Januar, als die Metallkapitalisten ihr provokatorisches Angebot von 4,75 (z.B. im Nordverbund) bzw. 5,25 Prozent (u.a. in NRW, Hessen etc.) vorlegten.
Mit dem 6,9 %-Abschluß in den Schlichtungsverhandlungen NRWs und Hessens am 27. und 28.1. zeichnet sich auch in den anderen Bezirken ein klares Lohnraubergebnis dieser Art ab:
„Mit einer Annäherung der Standpunkte auf der Basis 6,9 % wird bei den Metall-Tarifverhandlungen für Rheinland-Pfalz gerechnet" („Rheinische Post", 29.1.). Am Montag, den 31.1., steht auch dort das Ergebnis fest. Nach allen Erfahrungen der vergangenen Jahre wird sich in den anderen Tarifbezirken in der Höhe nicht viel ändern.
Der Sprecher der Metallkapitalisten, 2. Vorsitzender von Gesamtmetall Knapp, drohte schon jetzt frech – obwohl er *„keinen unzufriedenen Eindruck machte"* („FR", 29.1.) –, daß dieser Lohnabschluß *„zum Verlust von Arbeitsplätzen führen werde"*. Das kratzt die Metallbosse natürlich herzlich wenig. Wichtiger ist ihnen da schon, so erklärte Knapp, daß durch den Abschluß *„Arbeitskämpfe zu vermeiden seien."*

Während Finanzminister Apel die 6,9 % *„als guten Tarifabschluß"* bezeichnete, erdreistete sich sein Kabinetts„kollege" Friedrichs, diesen Abschluß *als über die Vereinbarung hinausgehend"* zu bezeichnen, *„was für die Bundesregierung nicht erstrebenswert und wünschenswert ist"*.
Ganz im Sinne der Metallkapitalisten äußerte er, daß *„die Entwicklung der Lohnkosten wesentlich mit darüber entscheidet, ob in einzelnen Wirtschaftsbereichen Arbeitsplätze – vor allem für einfache Arbeiter – unwirtschaftlich werden und es dadurch zur Freisetzung von Arbeitskräften kommt"*.

Die IGM-Führer müssen wohl ähnliche Gedanken im Kopf gehabt haben, denn sie gingen geradewegs auf Anpassungskurs. In Hessen wurde, nachdem der Abschluß von NRW bekannt war, *„von der Möglichkeit, die Schlichtungsfrist um 3 Tage zu verlängern, nur 3 (!) Stunden Gebrauch gemacht"* („FR", 29.1.). Der hessische IGM-Bezirksleiter Hans Pleitgen sprach *„von einem in der jetzigen wirtschaftlichen Situation akzeptablen Ergebnis"*.
Über soviel Artigkeit wundert sich sogar die bürgerliche Presse und stellt fest, daß *„sich die Verteilungsschraube weiter zugunsten der Unternehmergewinne drehen kann. Gewerkschafter lassen sich damit auf eine weitere Schrumpfung der Lohnquote ein"* („FR", 29.1.).

Hier setzt sich die Reihe der von den IGM-Führern unterstützten Lohnraubabschlüsse der vergangenen Jahre fort. Schon im letzten Jahr höhnte Springers „Welt" nach den Tarifabschlüssen, daß *„sich die Arbeitnehmer für ihren höheren Lohn weniger als im vergangenen Jahr kaufen können."*
Daß auch diesmal wieder ein mieser Tarifabschluß herauskommen würde, kann eigentlich niemanden überraschen. Erst wurden die Forderungen gedrückt und dann eine Kapitulationstaktik festgelegt: *„Nachdem die Arbeitgeber den Vorwurf der 'Unbeweglichkeit' und 'Sturheit'* (also das anfängliche Stehen zu den Forderungen der Tarifkommissionen – Anm. AK) *erhoben hatten, machte die Verhandlungskommission von NRW einen 'Zug-um-Zug'-Vorschlag: Erhöhen die Arbeitgeber ihr Angebot, wird die Verhandlungskommission in entsprechender Weise ihre Forderungen herabsetzen"* („Metall", 25.1.77).
Durch den „Zug-um-Zug"-Vorschlag wurde nun bis zum bitteren Ende für die Metallarbeiter ein perfekter Lohnraubabschluß von 6,9 % o h n e Mindestbetrag durchgezogen, der auch in diesem Jahr voll in den Lohnleitlinien liegt.
„In Hessen, so verlautete es aus der Schlichtung, seien 7,2 % herauszuholen gewesen." Die Westfalen hätten ein besseres Ergebnis unmöglich gemacht (lt. „FR", 29.1.). Tatsache ist, daß die Metaller sehr wohl bereit waren, selbst für die unzureichende Forderung ihrer Tarifkommission zu kämpfen:
– Mit spontanen Arbeitsniederlegungen protestierten z.B. 30.000 Arbeiter und Angestellte in 48 hessischen Metallbetrieben, davon allein 5.000 in den Opelwerken in Rüsselsheim (nach „FR", 27.1.).
– 3.000 Arbeiter legten im Raume Hanau für eine Stunde die Arbeit nieder.
– 7.300 (Heidelberg, Schwäbisch-gmünd, Göppingen, Mettingen) waren es im kampfstarken Tarifbezirk Nordwürttemberg/Nordbaden. Einen Tag später noch einmal 15.000 („UZ", 27.1.).
– Es wurden Überstunden und Sonderschichten abgelehnt u.a. in den Ford-Werken in Köln (8.000 Beschäftigte).

Und doch: Wieder einmal mußten die Kollegen und Kolleginnen erfahren, daß man auf die Sprüche der IGM-Vorstände nichts geben kann. So tönte der 2. IGM-Vorsitzende H. Mayr noch in der „Metall"-Ausgabe vom 25.1.: *„Wenn die Arbeitgeber ihre Haltung nicht ändern, dann steht der Streik unmittelbar vor der Tür"*. Oder Eugen Loderer: *„Man kann doch die Arbeitnehmer nach einem so guten Jahr wie in der Metallverarbeitung nicht jegliche Reallohnsteigerung streitig machen... Die Arbeitgeber hatten sich in den Arbeitnehmern getäuscht. Sie werden sich noch einmal 1977 täuschen, wenn sie uns mit Lohnerhöhungen abspeisen wollen, die unseren Vorstellungen nicht Rechnung tragen. Bei solchem Verhalten der Arbeitgeber schließe ich selbstverständlich Arbeitskampfmaßnahmen nicht aus."*. („Metall", 11.1.)
„Inzwischen merken immer mehr Kolleginnen und Kollegen, daß die Arbeitgeber uns verschaukeln wollen, wenn wir uns nicht gemeinsam wehren.– Es wird Zeit, daß sich die Arbeitgeber besinnen und aufhören, Tarifverhandlungen zu Scheinverhandlungen herabzuwürdigen." („Metall-Nachrichten" Nr. 4/Jan. 77, *Norddeutschland).*

In diesem Sinne ... bis zum nächsten Jahr!?

Metall-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

12.000 in Hamburg gegen Arbeitsplatzvernichtung





Kolleginnen und Kollegen aus anderen Industriebereichen bekundeten ihre Solidarität mit den Metallern

Hamburg. Zur größten Demonstration der IG Metall seit vielen Jahren kamen (trotz denkbar schlechter Mobilisierung seitens der Gewerkschaftsführer) 12.000 Kollegen aus Hamburg und Umgebung.

Der Treffpunkt an den Landungsbrücken war günstig gewählt. Hier kamen die Kollegen von den größten Hamburger Betrieben, den Werften, sowieso mit den Elbfähren an; die Kollegen aus den „Landbetrieben" konnten direkt mit der U-Bahn vorfahren.

Allerdings war die von den Gewerkschaftsführern ausgewählte Route nicht gerade dazu angetan, eine breite Öffentlichkeitswirkung zu erzielen. Ging es zuerst noch durch die ausschließlich von Arbeitern bewohnte Neustadt, so führte der zweite Teil des Weges an fast menschenleeren Bürohochhäusern und zuletzt gar an den gänzlich ausgestorbenen Gerichtsgebäuden vorbei. Ein Marsch durch die stark belebte Innenstadt zum Gewerkschaftshaus hätte den IGM-Führern offensichtlich zu viel Aufsehen bedeutet.

Die politische Konfrontation auf der Demonstration hatte nicht das Ausmaß wie etwa beim 1. Mai. Das lag u.a. daran, daß vom IGM-Lautsprecherwagen Parolen in die Gegend gebrüllt wurden, die eher zum Weinen anregten, als daß sie eine kämpferische Stimmung aufkommen ließen (z.B.: „Erst schuftest Du Dein Leben lang, dann wirst Du entlassen, das ist der Dank").

In einigen Bereichen war die Stimmung allerdings ausgezeichnet. So setzte sich die spontan entstandene Parole „Haut dem Schleyer auf die Eier, versaut ihm seine Osterfeier!" immer mehr durch.

Angst um ihre Betriebsrats- und Aufsichtsrats-Sessel hatten offenbar die rechten Betriebsräte, die immer wieder riefen: „Man kann uns nicht nach Bayern treiben, wir wollen hier in Hamburg bleiben!". Antwort einiger unverdrossener Blohm + Voss-Kollegen: „Wer den Sozialplan gutgeheißen, der kann getrost nach Bayern reisen!". (Bei B + V war gerade zwei Tage vorher ein äußerst magerer Sozialplan, mit dem die angekündigten Entlassungen grundsätzlich akzeptiert werden, vom BR in aller Eile unterschrieben worden.) Die Parole, die allerdings am häufigsten gerufen und immer wieder von allen Seiten beachtet wurde, war: „Arbeitsplätze her, Lehrstellen her – sonst geben wir keine Ruhe mehr!".

Die IGM-Führer hatten auf dem Vorbereitungstreffen angekündigt, daß alle Anti-AKW-Transparente aus dem Demonstrationszug geholt werden sollten. Die Betriebsrats-Fürsten der HEW kündigten an, ein Transparent f ü r AKWs bereitzuhalten, falls es AKW-Gegner auf der Demo geben sollte. Zu kleineren Handgreiflichkeiten mit „Ordnern" der IGM-Führung kam es nur im HDW-Block. Hier versuchte der „Freigestellte", R. Söchtig, Kollegen mit einem Anti-AKW-Transparent aus dem Zug zu holen. Allerdings vergebens!

Auf dem Heiligengeistfeld, dem Kundgebungsplatz, sorgte der IGM-Werften-Sekretär E. Prehm für die Erheiterung der ankommenden Demonstranten: *„Die abgebrannten Fackelträger bitte in die Mülltonnen der IGM"*. Naja, er geht ja bald in Rente.

Wolfgang Engelmann von der Ortsverwaltung eröffnete die Kundgebung. Buh-Rufe ertönten, als er *„Grüße vom Hamburger Senat"* überbrachte, der angeblich wegen einer Senatssitzung verhindert war. K.H. Janzen vom IGM-Vorstand ging mit Wirtschaftsminister Friedrichs ins Gericht und forderte von der Regierung eine *„sektorale Strukturpolitik"*, von der niemand wußte, was das überhaupt ist, und die Mühe, es zu erklären, machte er sich nicht. Immerhin erfuhr man, daß das 20 Milliarden kosten soll, weil's sonst nichts bringt. Etwas widersprüchlich dazu allerdings seine Forderung am Schluß der Rede: *„Erst durften wir durch Lohnverzicht die Rationalisierungen und damit die Arbeitslosigkeit finanzieren. Jetzt wollen wir nicht auch noch für die Beseitigung*

Am Rande notiert

Für Erheiterung am Rande sorgte der KBW(itzig), der seine 50 Leute brauchte, um das riesige „Volksdemokratie und Sozialismus"-Transparent gegen den böigen Wind zu verteidigen. Ansonsten nervte er die Demonstranten mit: „80% vom Arbeitslohn, das braucht ein Arbeitsloser schon". Warum nicht 85%, fragt sich der Metaller? Vielleicht vonwegen dem Versmaß...?

Die „KPD" glänzte auf der Demonstration mit Nichterscheinen. Als „Entschuldigung" mußten diesmal nicht die „Supermächte" und auch nicht die „Wasserträger des Sozialimperialismus" herhalten. Die „KPD" vertrat den Standpunkt: „In der heutigen Situation hat die Demonstration eine besondere Bedeutung: sie soll vom laufenden Tarifkampf ablenken ...". (Flugblatt der „KPD"). Daß niemand die „KPD" auf der Demo vermißt hat, braucht wohl nicht extra betont zu werden.

der Arbeitslosigkeit zahlen!" – Und die 20 Milliarden, wer soll die aufbringen? Die Kapitalisten etwa? Das wäre neu.

Der nächste Redner war H. Hansen, VK-Leiter von Heidenreich. Pathetisch verkündete er: *„Heidenreich ist zum Fanal geworden. Unser Kampf war nicht umsonst, wenn die Kollegen der anderen Betriebe von uns lernen".* Und Addi Jansen, BR-Vorsitzender bei MAN (dort soll der Kesselbau geschlossen werden), haute in die gleiche Kerbe: *„Wir lassen uns die Arbeitsplätze nicht mit dem Linsengericht eines Sozialplans abkaufen!"* – Es wäre interessant zu erfahren, was die federführenden Bohm + Voss-Betriebsräte bei diesen Worten gedacht haben...

Johannes Müllner, Erster Bevollmächtigter der IGM Hamburg, betonte in seiner Schlußrede besonders den *„volkswirtschaftlich nicht mehr zu verantwortenden Abbau von Arbeitsplätzen".* Abschließend stellte er u.a. fest: *„Wir haben wieder gelernt zu kämpfen. Das hat 1976 gezeigt. Wir haben auch Problembewußtsein geschaffen. Diese machtvolle Demonstration ist ein Beweis dafür".*

Machtvoll war die Demonstration schon. Nur sollten die Gewerkschaftsführer das nicht so vollmundig als I h r e n Verdienst ausgeben – denn ein großer Teil der Demonstranten wurde von engagierten Gewerkschaftern in den Betrieben direkt mobilisiert, während die IGM-Oberen ihre Werbetrommel eher mit gedämpftem Schall rührten. Die Aufgabe der fortschrittlichen Kollegen in den Betrieben wird es sein, durch Auftreten auf Betriebsversammlungen, Resolutionen und entsprechende Aktionen im Betrieb, die Gewerkschaftsführer zu zwingen, weitere Aktionen gegen den Abbau der Arbeitsplätze durchzuführen. Erteilen wir den Sparschweinen in Politik und Gewerkschaft eine klare Absage! Nageln wir J. Müllner auf sein Wort, daß „diese Demonstration der Auftakt einer neuen Aktionswelle" ist!

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Hamburger Aluminium Werke: Kollegen wurden verraten und verkauft!

Am 26. Januar hat das DGB-Schiedsgericht unter Vorsitz von GEW-Chef Frister die Entscheidung gefällt,. daß in Zukunft nicht mehr die IG Metall, sondern nur noch die IG Chemie für HAW die zuständige Gewerkschaft ist.

Das Urteil ist ein unglaublicher Skandal und über alle Maßen arbeiterfeindlich. Denn mit ihrer Entscheidung haben die Gewerkschaftsführer die im Okt. 75 von den Kapitalisten vorgenommene einseitige Änderung der Tarifzuständigkeit gegen den erklärten Willen der Belegschaft, was auch in zahlreichen Protestaktionen sowie Klagen vor Gericht mehr als deutlich zum Ausdruck gebracht wurde, abgesegnet. Sie haben dadurch die mit der Änderung verbundenen materiellen Verschlechterungen für die Kollegen akzeptiert.

Mehr als makaber ist außerdem die Tatsache, daß das Schiedsverfahren von den IGM-Führern auf dem Höhepunkt der kämpferischen Auseinandersetzungen – dem zweitägigen Streik im Sommer letzten Jahres – mit der „Absicht" eingeleitet wurde, die IG Metall als allein zuständig feststellen zu lassen!

Aber bereits die Vorbereitung des Schiedsverfahrens, die unter völliger Ausschaltung der Kollegenvertreter (Vertrauenskörper und Betriebsrat) vor sich ging, machte deutlich, was von dieser Absicht zu halten war.

An dem Verfahren selber war ebenfalls nur hohe Gewerkschaftsprominenz beteiligt. Neben dem GEW-Chef Frister, der als „neutraler Schlichter" fungierte, waren die Sekretäre Teichmüller (IGM) und Baumhöffer (IG Chemie) beteiligt. Da konnte ja wohl kaum was anderes ausgebrütet werden!...

Die Entscheidung ist auch Beweis dafür, daß die Gewerkschaftsführer immer bereit waren, den Tarifstreit hinzumauscheln. So fanden nur wenige Tage nach der Abtrennung der HAW vom ehemals einheitlichen Reynolds-Betrieb geheime Verhandlungen zwischen IG Metall- und IG Chemie-Führern statt, die mit der Übereinstimmung endeten, daß die Tarifzuständigkeit auf die IG Chemie übergeht, da die neuen Besitzer der HAW dem Chemie-Arbeitgeberverband angehören.

Die Aufdeckung dieser Mauschelei die anhand einer Protokollnotiz sogar dokumentarisch belegt werden konnte, veranlaßte die IGM-Führer noch vor wenigen Monaten zu einer „Flucht nach vorn". Auf einer eigens zu diesem Zweck einberufenen Mitgliederversammlung wurde von der IGM-Ortsverwaltung frech behauptet: „Die IG Metall ist für HAW zuständig und wird es auch in Zukunft bleiben. Alles andere ist Lüge und wird mit dem Ziel verbreitet, die IG-Metall zu schädigen." Dementsprechend wurden die für die Aufdeckung der Geheimabsprachen verantwortlichen Kollegen als Gewerkschaftsfeinde diffamiert.

Die DGB-Entscheidung ist vollständig im Sinne der Kapitalisten

Von seiten der Kapitalisten wurde die Schiedsgerichtentscheidung mit großer Zufriedenheit aufgenommen. Dazu haben sie auch allen Grund. Denn bisher war es ihnen nicht gelungen, die Änderung der Tarifzuständigkeit endgültig durchzusetzen. Die Kollegenschaft nahm weder die materiellen Verschlechterungen hin, noch erkannte sie die IG Chemie als zuständige Gewerkschaft an.

Selbst vor Gericht erlitten die Kapitalisten eine Schlappe nach der anderen. Erst kürzlich gewannen drei weitere Kollegen ihre Klage, und die Konzernleitung wurde zur Nachzahlung des Metall-Urlaubsgeldes verurteilt. Ein weiterer Kollege, er hatte seine Prozeß als erster gewonnen, hat inzwischen durch Zwangsvollstreckung 736 Mark für 14 Tage Urlaub erhalten.

Aufgrund dieser Entwicklung traten noch in letzter Zeit viele Kollegen in die IG Metall ein. Auch die angestrengten Klagen nahmen ständig zu. Sie liegen z.Z. bei ca. 100. Es muß jetzt natürlich davon ausgegangen werden, daß sich die Entscheidung der Gewerkschaftsführer auch vor Gericht ungünstig für die klagenden Kollegen auswirken wird.

Empörung und Ablehnung bei der Belegschaft

Im Betrieb und vor allem bei den Metallern stieß das Urteil auf breite Ablehnung und Empörung. Vereinzelt war auch die verständliche Reaktion zu hören, nun das Gewerkschaftsbuch hinzuschmeißen.

Jedenfalls ist zur Zeit kaum jemand bereit, in die IG Chemie überzutreten. Vielmehr besteht die große Gefahr, daß viele Kollegen für längere Zeit jedes Interesse an einer gewerkschaftlichen Arbeit und Organisierung verloren haben.

Da den Gewerkschaftsführern die Möglichkeit einer derartigen Entwicklung nicht unbekannt sein dürfte, sondern diese von ihnen bewußt einkalkuliert wurde, wird das Ausmaß dieser zutiefst arbeiterfeindlichen Entscheidung noch erheblich größer.

Hinzu kommt, daß nicht auszuschließen ist, daß sich die IG Chemie weigern wird, alle Kollegen aufzunehmen. Hiervon dürften dann vor allem die Träger der bisherigen Gewerkschaftsarbeit betroffen sein, die dadurch auf kaltem Wege von der weiteren Arbeit ausgeschlossen wären.

Was ist jetzt zu tun?

Sicher ist, daß mit dem Urteil eine endgültige Entscheidung gefallen ist. Dem Betriebsrat wurde bereits von der IG Metall untersagt, für diese weitere Mitglieder zu werben.

Aus diesem Grund kommen zwei Alternativen in Betracht. Möglich ist, daß viele Kollegen auf den Schiedsspruch mit Gewerkschaftsaustritt reagieren oder trotzdem weiter in der IG Metall bleiben wollen. In beiden Fällen wären diese Kollegen jedoch ohne gewerkschaftlichen Schutz und Rechte. Außerdem würde dadurch die Gestaltung der zukünftigen Gewerkschaftsarbeit den IG Chemie-Funktionären und ihrer bisher kleinen betrieblichen Anhängerschaft kampflos überlassen.

Die andere Alternative ist, unter Protest und unter bestimmten Voraussetzungen in die IG Chemie überzutreten. Vorbedingung muß sein, daß die IG Chemie verbindlich erklärt, daß alle Kollegen übernommen werden, sofern sie dazu bereit sind. Außerdem muß die IG Chemie verbindlich erklären, daß der Kampf gegen die Verschlechterungen mit ihrer Unterstützung weitergeführt wird.

Es ist jetzt wichtig, daß im Betrieb über diese Alternativen eine breite Debatte geführt wird und daß Beschlüsse nur in enger Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat gefaßt werden, um vor allem ein gemeinsames Handeln durchzusetzen. Unter allen Umständen müssen voreilige Schritte und Einzelaktionen vermieden werden, egal in welche Richtung.

Betriebszelle Reynolds/HAW
KB/Gruppe Hamburg

CHEMIE

1976: Ein fettes Jahr für die chemische Industrie

Nach bisher veröffentlichten, zum Teil vorläufigen Geschäftsergebnissen, dürfte die chemische Industrie 1976 das Niveau des besten Nachkriegsjahres 1974 erreicht, bzw. sogar teilweise noch übertroffen haben (siehe Tabelle).

Der Verband der Chemischen Industrie erwartet für 1976 gegenüber 1975 einen Umsatzzuwachs von 15% auf mehr als 90 Mrd DM. 1976 war die Zahl der in der chemischen Industrie Beschäftigten mit 573 000 um durchschnittlich 3 % niedriger als 1975. Davon arbeiteten im November 1976 6 500 Arbeiter und Angestellte kurz.

Entlassungen in Kunstfaser-Betrieben

Schwierigkeiten, ansehnliche Gewinne zu realisieren gibt es offensichtlich nur im Bereich Kunstfasern. Dies dürfte auf eine echte internationale Konkurrenz zurückzuführen sein, die hauptsächlich in Ländern mit niedriegem Lohnniveau produzieren läßt, z.B. in Hongkong, Taiwan, Südkorea.

Da nach kapitalistischer Logik aber nur das produziert wird, was Gewinn bringt, ist die Lösung des Problems für westdeutsche bzw. westeuropäische Kunstfaserfirmen Kurzarbeit und Betriebsschließungen.

BASF hat sich bereits mit der Schließung der Phrix-Werke („Rote Fahnen sieht man besser") aus dem Kunstfasergeschäft zurückgezogen.

Hoechst läßt seit Jahren mit Unterbrechungen bei „Spinne Zehlendorf" (Westberlin) kurzarbeiten.

Bei Enka Glanzstoff AG, dem größten westeuropäischen Kunstfaserhersteller sind umfangreiche Betriebsstillegungen bzw. einschränkungen ins Auge gefaßt.

Im Einzelnen ist geplant, das niederländische Werk Emmercompascuum mit 310 Arbeitsplätzen zu schließen. Weitere 110 Arbeitsplätze sollen durch die Produktionsstillegung von Polyester-Textilgarnen in Breda gestrichen werden.

In der Bundesrepublik sollen geopfert werden:

200 Arbeitsplätze in Obernburg, 300 in Kelsterbach und 3 400 in den Werken Oberbruch und Konz (Gewerkschaftspost 1/77).

Seit dem letzten Quartal 1974 ist die Enka-Belegschaft in westdeutschen und niederländischen Werken um 7 730 auf 30 870 Beschäftigte reduziert worden.

Chemiekomitee
KB/Gruppe Hamburg

Unternehmen	Zeitraum	Umsatz in Mio DM	Veränderung im Vergl. z. Vorjahreszeitraum	Gewinn in Mio DM	Gewinnsteigerung in %
Hoechst AG	Jan - Sept 76	7 239	+ 17,4%	636	+ 92,7
Bayer AG	Jan - Sept 76			630	+ 107,9
BASF AG	Jan - Sept 76			659	+ 101,5
Schering AG	Jan - Dez 76	1 200	+ 9,4%		
du Pont BRD	Jan - Dez 76	1 240	+ 23,0%		
Merck	Jan - Nov 76	743	+ 11,9%		
Enka Glanzstoff AG	Jan - Dez 76	3 150hfl	+ 11,0%	200 Mio hfl Verlust	
Weltkonzerne					
Hoechst	Jan - Sept 76	17 180	+ 15,4%	980	+ 60,7
Bayer	Jan - Sept 76			904	+ 153,2
BASF	Jan - Sept 76			1073	+ 100,2
du Pont Welt	Jan - Dez 76	8 400 $	+ 16,0%	459 $	+ 70,0

Die Klosterfrauen schlagen zu



Die Firma Klosterfrau (Melissengeist) kaufte Ende 1976 das Konkurrenzunternehmen Divapharma-Knufinke auf. Die Kollegen erfuhren dies erst durch die Zeitung. Sie informierten die IG-Chemie, von der eine Betriebsversammlung einberufen wurde, auf der die Wahl eines Betriebsrates eingeleitet wurde, den es bisher dort nicht gab. Während der Diskussion auf der Betriebsversammlung wurde den Kollegen klar, daß die Firma Kolsterfrau offensichtlich kein Interesse hat, den Betrieb weiterzuführen. Diese Vermutung wurde wenig später bestätigt, als Klosterfrau die 21 Außendienstmitarbeiter vor die „Alternative" stellte, entweder mit geändertem Vertrag für den neuen Eigentümer zu arbeiten, oder sich die Entlassungspapiere zu holen. Ergebnis: Zwölf kündigten, neun wurden übernommen. Neun weitere Kündigungen im Werk Wuppertal sind bereits, teilweise unter Umgehung gesetzlicher Bestimmungen, ausgesprochen worden.

Der bisherige Firmenchef Knufinke gab zu, daß das Werk Ende 1977 nicht mehr existieren wird.

Chemiekomitee
KB/Gruppe Hamburg

Diskussion über AKW's in der IG Chemie

Hamburg. Mitte Januar ergriffen mehr als siebzig Kollegen der Beiersdorf-Werke in Hamburg die Initiative und verabschiedeten eine Resolution an die IG-Chemie-Verwaltungsstelle für die Durchführung einer Mitgliederversammlung aller Hamburger Chemiebetriebe zu Atomkraftwerken. Hiermit wollten diese Kollegen auch gegen die einseitige und schleppende Berichterstattung der „Gewerkschaftspost", Zentralorgan der IG-Chemie, protestieren, die bisher lediglich einen Artikel abgedruckt hatte, der sich demagogisch und unehrlich für Atomkraftwerke aussprach, um angeblich Arbeitsplätze zu sichern, was ein Widerspruch in sich ist.

Daraufhin hatten bereits einige Vertrauensleute im Dezember im Beiersdorf-VLK den Verwaltungsstellenvorsitzenden Holst angesprochen, der jedoch mit „Klärungsprozeß", „zu wenig Informationen" etc., eine weitergehende Debatte über AKWs abblockte. Im Januar, auf der nächsten VLK-Sitzung wurde dies Thema erneut von einigen Kollegen aufgegriffen. Nach einigem Hin und Her sagte Holst eine große Informationsveranstaltung der IG-Chemie „im nächsten halben Jahr" zum Thema AKWs zu. Hierzu sollen Pro- und Contra-Redner eingeladen werden.

Die Resolution der Beiersdorf-Kollegen wurde am 17. Januar auf einer Funktionärsversammlung der IG-Chemie eingebracht. Diese Aktion war seit längerer Zeit die erste fortschrittliche Initiative, die nicht so ohne Weiteres von der Gewerkschaftsführung abgeblockt werden konnte.

Chemiekomitee
KB/Gruppe Hamburg

Pirelli: Streik gegen Akkrodhetze

Hoechst. Mit einer Änderung im Fertigungsprozeß und einer gleichzeitigen Erhöhung der Vorgabezeiten erreichten die Kapitalisten bei Veith-Pirelli/Hoechst eine 6%ige Akkordsteigerung.

Allerdings konnten sie diese Maßnahme nicht widerstandslos durchsetzen. Am 17.1.77 führten Arbeiter aller drei Schichten einen Bummelstreik durch. Sie beschlossen pro Mann und Schicht nur noch 80 Reifen zu bauen. Dadurch wurde die Produktion um 4 000 Reifen pro Tag gedrosselt. Gleichzeitig traten die Arbeiter mit einem Flugblatt an die Öffentlichkeit, in dem sie die Akkordhetze angriffen und die Zusammenarbeit von Kapitalisten und Betriebsrat aufzeigten. Der Betriebsrat hatte der Akkorderhöhung zugestimmt.

Die Pirelli Kapitalisten hetzten gegen die Kollegen und drohten mit Kündigungen. Dabei wurde sogar der Werkschutz gegen streikende Kollegen eingesetzt. Ein Arbeiter der Reifenabteilung soll *„am Morgen vom Werkschutz zunächst am Betreten des Werksgeländes behindert worden sein. Hausverbot und Beurlaubung wurden gegen ihn ausgesprochen"* („Darmstätter Echo" 20.1.77).

Dem Kollegen gelang es allerdings, seinen Arbeitsplatz trotzdem zu erreichen. Die Arbeiter in seiner Abteilung legten daraufhin solange die Arbeit nieder, bis die Kapitalisten die Beurlaubung zurücknehmen mußten. Ein schöner Erfolg!

KB/Gruppe Darmstadt

DRUCK

Sechs Gewerkschaftsausschlüsse zurückgenommen!

Am 25.1.77 erhielten sechs bereits vom Hauptvorstand der IG Druck und Papier wegen ihrer Aktivitäten in Druckerstreik '76 (Mitarbeit am „Streik-Info") ausgeschlossene Kollegen aus Hamburg folgendes Einschreiben vom DruPa-Hauptausschuß:

„Betr.: Beschwerde über den Beschluß des Hauptvorstandes.
Werter Kollege ....,
der Hauptausschuß stellt fest, daß eine Beendigung der Mitgliedschaft gem. dem vom 10. Ordentlichen Gewerkschaftstag angenommenen Initiativantrag Nr. 28 nach der vorliegenden Begründung nicht gegeben ist. Der Hauptausschuß betrachtet die Mitgliedschaft als nicht beendet und erkennt die Beschwerde an." Der Initiativantrag 28 beinhaltet die Unvereinbarkeitsbeschlüsse.

Gleichzeitig erhielten drei weitere Kollegen ihre Ausschlußbestätigung. Zwei davon wegen angeblichen Verkaufs des ARBEITERKAMPF, dem dritten Kollegen wurde vom Hauptausschuß vorgeworfen, den DRUCKARBEITER, die Branchenzeitung des KB, verteilt zu haben, nachdem er vom Hauptvorstand wie die sechs anderen wegen Mitarbeit und Verteilen des „Streik-Infos" ausgeschlossen wurde. Die Rücknahme der sechs b e r e i t s v o l l z o g e n e n und vom Hauptvorstand bestätigten Ausschlüsse linker Kollegen ist unseres Wissens ein einmaliger Fall in der Politik der westdeutschen Gewerkschaften der letzten Jahre.

Ein Erfolg der Solidarität

Die Hamburger „Streik-Info"-Ausschlüsse trafen unter den DruPa-Linken der ganzen BRD auf massiven Protest. Es gab eine stattliche Anzahl von Protestresolutionen an die DruPa-Vorstände sowie Solidaritätsadressen an die Betroffenen und Unterschriftensammlungen in Hamburger Betrieben sowie an der Berufsschule. Des weiteren gab es Mehrheitsbeschlüsse der Hamburger DruPa-Delegiertenversammlung sowohl gegen die Ausschlüsse als auch gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse (siehe auch Artikel in diesem AK zur letzten DruPa-Delegiertenversammlung in Hamburg)

Wenn auch die Rücknahme der Ausschlüsse erst zu einem Zeitpunkt erfolgte, als der Höhepunkt der Protestwelle längst überschritten war, hat dieser Protest dennoch die Grundlage für diese Rücknahme geschaffen. Gleichzeitig war dieser Protest ein guter Ansatz zur solidarischen Zusammenarbeit unter den DruPa-Linken.

Damit hat der Hauptausschuß den Versuch des Hamburger und des Hauptvorstandes der DruPa vorerst zurückgepfiffen, hier einen Ausschluß durchzuziehen, nach dessen Logik jede Opposition in der DruPa verboten werden könnte. Der Ausschluß von diesen sechs war nämlich nicht damit begründet worden, daß das Streikinfo etwas mit den „Extremisten" zu tun habe, sondern der Hamburger Ortsvorstand forderte in einer öffentlichen Erklärung, daß im Streik die Gewerkschaft mit einer Stimme zu sprechen habe, alles andere sei gewerkschaftsfeindlich.

Wörtlich genommen, hätte das nichts anderes heißen können, als die Hamburger DruPa-Ortsgrößen aus der Gewerkschaft rauszuschmeißen, denn diese waren es, die ständig während des Streiks die Meinung der überwiegenden Mehrheit der aktiven Kollegen übergangen haben. Auf jeder Streikversammlung wurde von ihnen versucht, jegliche Abstimmungen zu vermeiden, da die Mehrheit der Kollegen in vielen Fragen den Vorstellungen des Streikinfos folgte. Um nur ein Beispiel zu nennen, die Mehrheit der Kollegen auf den Streikversammlungen war im Gegensatz zum Vorstand dafür, bereits ausgeschlossene Gewerkschafter, die im Streik aktiv mitkämpften, wieder aufzunehmen.

Wenn die Gewerkschaftsführer allerdings von „einer Stimme" in der Gewerkschaft reden, meinen sie ganz selbstverständlich ihre eigene Stimme. Dieses Ziel verfolgte der Hamburger Vorstand nach wie vor, selbst wenn ihr Ausschlußantrag vom Hauptausschuß nicht akzeptiert wurde.

Als die wiederaufgenommenen Kollegen ihre Mitgliedsausweise zurückverlangten, wurden ihnen diese verweigert. Der Gewerkschaftstag könne ja noch im Sinne des Vorstands entscheiden, bis dahin sollen die Kollegen ausgeschlossen sein.

Die wiederaufgenommenen Kollegen werden nach wie vor vom Ausschluß bedroht und werden ihre Aufnahme erst über einen Gerichtsentscheid erzwingen können.

Auch wenn der Hauptausschuß den Ausschluß dieser sechs Kollegen zurückgezogen hat, bedeutet dieser Erfolg leider keineswegs, daß damit den Kollegen der DruPa das Recht zugebilligt würde, selbständig Veröffentlichungen auch gegen die Vorstandsmeinung vornehmen zu können. Dieses Recht hat der Hauptausschuß überhaupt nicht im Sinn – im Gegenteil.

Der Hauptausschuß stellte lediglich fest, daß der Ausschlußantrag f o r m a l nicht einem Ausschluß nach den Unvereinbarkeitsbeschlüssen entspricht. Der Hauptausschuß war keineswegs zimperlich, Ausschlüsse nach dem Unvereinbarkeitsbeschluß zu bestätigen. Der Ausschluß eines der neun Kollegen, der angeblich den ARBEITERKAMPF verkauft haben soll, wurde ungeprüft bestätigt. Darüberhinaus erfand der Hauptausschuß bei einem weiteren Kollegen aus freien Stücken, daß er nicht nur das Streik-Info verteilt habe, sondern daß er ebenfalls den DRUCKARBEITER (Branchenzeitung des KB) verteilt haben soll.

Genz offensichtlich hat sich der Hauptausschuß bemüht, Spitzel oder andere rechte Gewerkschaftsvögel zu finden, die bereit sind, zu bezeugen, daß die Ausgeschlossenen Mitglieder kommunistischer Organisationen seien. Nach dieser Praxis könnte der Hauptausschuß jederzeit einem Ausschlußantrag der übrigen sechs zustimmen, wenn behauptet würde, das Streik-Info sei ein KB-Blatt (wie das z.B. gern von der DKP behauptet wird).

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Hamburger Delegiertenversammlung gegen erneuten Ausschlußantrag

Die letzte Delegiertenversammlung (DV) der Hamburger DruPa am 24.1.77 war in erster Linie eine Debatte um und vor allem gegen den Ausschlußterror. Weit über 500 Kollegen waren gekommen, um den Streikfilm der Kollegin A. Handwerk zu sehen, wegen dessen Erstellung die Kollegin aus der DruPa ausgeschlossen werden soll. Zwar konnte der Vorstand unter Hinweis auf die weitere Tagesordnung (der DruPa-Vorsitzende Loni Mahlein war gekommen, um einige Allgemeinheiten zur kommenden Tarifrunde zu sagen), eine ausführliche Diskussion um den Film, auf die nächste DV verschieben, doch ging die spätere Diskussion doch in erster Linie um den Punkt Ausschlüsse. Unter dem positiven Eindruck des Films entwickelte sich eine große Empörung gegen die Ausschlüsse. Ihre konkrete Auswirkung fand diese Empörung in der mehrheitlichen Annahme eines Antrages gegen den Ausschlußantrag des Landesbezirksvorstandes gegen einen Kollegen, dem der Verkauf des ARBEITERKAMPF vorgeworfen wird. Dieser Antrag erreichte eine klare Mehrheit, obwohl Heinz Wolf nachhaltig betonte, der Kollege hätte schließlich den ARBEITERKAMPF verkauft und damit den KB unterstützt. In der Begründung des Antrages gegen den Ausschluß wurde unter anderem ausgeführt, daß die Hamburger DV vor kurzem einen Antrag verabschiedet hätte, der weitere Ausschlüsse nach den Unvereinbarkeitsbeschlüssen ausdrücklich untersagte. Interessant, wie Heinz Wolf sich da herauszulavieren versuchte: Anscheinend sei keinem der Kollegen aufgefallen, daß der neue Ausschlußantrag vom Landesbezirksvorstand gestellt worden sei, und der sei nicht an die Hamburger Beschlüsse gebunden! Diese versuchte Täuschung gelang ihm jedoch nicht, dem Großteil der Kollegen war sehr wohl bekannt, daß der Orts- und Landesbezirksvorstand weitgehend identisch ist. Die beiden ersten Vorsitzenden heißen jeweils Heinz Wolf und Günther Metzinger.

Weiter interessant ist noch, daß ein Großteil der Salon-Linken in der DruPa (DKP, Arbeiterpolitik und „linke" Sozialdemokraten) nach monatelangem Schweigen und Abwiegeln in der Ausschlußfrage das Wort gegen die Ausschlüsse und gegen Heinz Wolf ergriffen.

Branchenzelle Druck
KB/Gruppe Hamburg

Ein ungewolltes Lob

In einer Ende 76 herausgekommenen Analyse und Dokumentation des DKP-nahen „Instituts für marxistische Studien und Forschungen" (IMSF) über „den Arbeitskampf in der Druckindustrie im Frühjahr 1976", widerfährt dem KB ein vom Verfasser sicher ungewolltes und teilweise unverdientes Lob. Nachdem eine Seite lang in den schillerndsten Farben ausgemalt wird, wie aktiv die DKP-Mitglieder und speziell die „UZ" an der Seite der kämpfenden Kollegen gestanden hätten, wird unter der Rubrik „ultralinke Gruppen" über den KB folgendes gesagt:

„In Hamburg stellte sich aufgrund der nicht wirkungslosen Tätigkeit des sogenannten KB-Nord die Lage etwas komplizierter dar. Die von Mitgliedern dieser Gruppe herausgegebenen kontinuierlichen Streik-Infos wurden
dieser Gruppe herausgegebenen kontinuierlichen Streik-Infos wurden
aufgrund der enthaltenden Fülle an Informationen über die betriebliche und überregionale Streikentwicklung von vielen Streikenden als brauchbar empfunden. Die Kritik, die an der Taktik der Schwerpunktstreiks, an der Streikaussetzung und der 9 % bzw. 6 %-Forderung geübt wurde, fand bei vielen Mitgliedern Anklang. Die rund ein Dutzend Streiknummern dieser Gruppe unterschieden sich in einigen Punkten von der üblichen Phraseologie gewerkschaftsfeindlicher Gruppierungen und zum anderen stießen sie wirkungsvoll in eine Informationslücke, indem sie über das Streikgeschehen in anderen Betrieben aus der Nordmark und der BRD insgesamt berichteten."

Zum einen besteht die Unverschämtheit der DKP darin, daß sie sämtliche Kollegen und Genossen, die am Streik-Info und deren Verteilung beteiligt waren, nach Gewerkschaftsführer- und auch DKP-Manier dem Ausschluß preisgibt, indem sie gleich alle zu KB-Mitgliedern erklärt.

Zum anderen ist dieses Lob nicht etwa der Anlaß, mal die Praxis der DKP zu überprüfen, das würde allerdings auch peinlich werden. Denn vielfach waren DKP-Mitglieder auf Seiten der Gewerkschaftsführung zu finden.

Um das zu überdecken, wird gleich nach dem Lob die Behauptung aufgestellt, daß im Grunde das Streik-Info ein übliches „Chaotenblatt" war, wenn auch ein geschickteres. So heißt es in der Broschüre:
heißt es in der Broschüre:

„Sprache, Losungen und Art der Kritik an der Gewerkschaftsführung fanden jedoch bei der Mehrheit der Kollegen keinen Anklang. Allerdings bewirkte die ‚realistischere' Haltung des KB-Nord eine geringere Isolierung von den Kollegen als die des KBW und der sogenannten „KPD"."

Wahrscheinlich ist den DKP-Schreibern in ihrer „Chaoten"-Verblendung überhaupt nicht aufgefallen, daß sie behaupten, daß die Kollegen das Streik-Info und auch dessen Forderung gut fanden und nur der Sprachstil dem Info angeblich Sympathien gekostet habe.

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

STREIK-INFO №4
Wir lassen uns den Vollstreik nicht kaputtmachen

DruPa-Politik des SB:

Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen

Der „expreß", die Zeitung des SB „für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit" meldete sich in seiner Ausgabe vom 17.1.77 zum zweiten Mal mit einem fast ganzseitigen Artikel über die Auseinandersetzungen in der DruPa, speziell zu den Gewerkschaftsausschlüssen. Hieß es im „expreß" vom 18.10.76 in bezug auf die Ausschlüsse noch: *„Der Hauptvorstand der IG Druck wird dem Ausschlußantrag kaum zustimmen können, wenn er angesichts der von ihm selbst vorangetriebenen kritischen Aufarbeitung der Streikerfahrungen nicht unglaubwürdig werden will"* (s. auch AK 93), so mußten sich auch die SB-Genossen inzwischen eines Besseren belehren lassen. Der Hauptvorstand hatte bekanntlich die Ausschlußanträge des Hamburger Ortsvereinsvorstandes und des Landesbezirksvorstandes Nordmark voll unterstützt und sie vollzogen. Dazu erstaunt der „expreß": *„Unerwartet – und im Gegensatz zur Durchführung und Diskussion des Streiks stehend – jedoch war das Verhalten des Hauptvorstandes. Ohne den geringsten Ansatz einer innerorganisatorischen Diskussion und ohne Widerspruch innerhalb des Hauptvorstandes wurde dem Hamburger Antrag stattgegeben. Der Hauptvorstand bestätigte und stärkte damit nicht nur die konservative Politik des Hamburger Ortsvereinsvorstandes, er offenbarte damit auch ein Verständnis gewerkschaftlicher Auseinandersetzung, das solidarischen Formen Hohn spricht."*

Da tut der Autor so, als ob er wegen des Hauptvorstandsentscheids vor Schreck vom Kirchturm gefallen sei. Hier wird die Illusion genährt, als sei mit den wortradikaleren Gewerkschaftsführern irgend ein Staat gegenüber offen-reaktionären zu machen.

Der Hauptvorstand war es – zur Erinnerung für das SB –, der in der DruPa die Unvereinbarkeitsbeschlüsse forderte und den „Initiativantrag 28" dem Gewerkschaftstag vorlegte. Mahlein höchstpersönlich war es, der in der Frage der Gewerkschaftsausschlüsse den Vorreiter für sämliche DGB-Gewerkschaften übernommen hatte!

In diesem Hauptvorstand „Bündnispartner" in Sachen Ausschluß gegen den rechten Bezirksvorstand Nordmark in der DruPa und speziell Heinz Wolf zu suchen, ist nichts weiter als ein schlechter Witz. Dadurch werden lediglich Abstriche im Kampf gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse überhaupt gemacht.

Nach der SB-Logik könnte man nun ja wieder aufatmen, da der Bündnispartner in Gestalt des Hauptausschusses gefunden wurde, der die Ausschlüsse teilweise zurückzog (siehe Artikel in diesem AK). Doch alle diese Differenzen zwischen den verschiedenen Gewerkschaftsführern beziehen sich lediglich darauf, in welcher Weise heute in der DruPa Ausschlußverfahren angewendet werden sollen. Mit Bündnispartnern im Kampf um die innergewerkschaftliche Demokratie hat das wenig zu tun.

Leider ist es so, daß einigen SBlern das Herz doch immer höher springt, wenn Gewerkschaftsführer wortradikal auftreten. So übernahm und propagierte das SB die Einschätzung des Druckerstreiks im letzten Jahr von dem Alt-DruPa-Linken Fritz Lamm.

Dieser tat die linken Organisationen insgesamt als Illusionisten ab, die immer vor der Basis der Mitglieder auf dem Bauch lägen. Beim Hauptvorstand wurde lediglich von „Inkonsequenz", „taktischen Fehlern" etc. gesprochen.

Doch nur ein breiter Druck in der Gewerkschaft kann verhindern, daß die Gewerkschaftsführer insgesamt immer dreister mit Rausschmissen aus der Gewerkschaft gegen die Linke zu Felde ziehen.

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Kampf um den Fauenausschuß

Hamburg. Mitte Januar hatte der Hamburger Frauenausschuß der IG Drupa zu einem Treffen eingeladen, bei dem auch der neue Vorstand des Ausschusses gewählt werden sollte. Der Ausschuß setzt sich in der Regel aus einigen älteren Kolleginnen, z.T. Rentnerinnen und einer Reihe von jungen Kolleginnen aus Druckbetrieben und dem Journalistenbereich zusammen. Dieses Mal waren zur Wahl wesentlich mehr bisher unbekannte ältere Kolleginnen erschienen. Diese Kolleginnen sollte ganz gezielt die Wahl zugunsten des alten Vorstandes beeinflussen. Innerhalb weniger Minuten wurden fünf Kandidatinnen bekannt gegeben, die jedoch nicht im Kreise der vorherigen Sitzungen aufgestellt worden waren, sondern offensichtlich auf einem Theaterbesuch, an dem sich nur die älteren Kolleginnen beteiligt hatten. Nicht einmal ihre Namen nannten diese Kandidatinnen. Den jüngeren Kolleginnen, die teilweise mit sehr konkreten Wahlkriterien in die Diskussion einsteigen wollten, wurde jede Teilnahme an der Kandidatur verweigert. Kolleginnen eines Verlages, die darum baten, die Wahl zu verschieben, da einige ihrer Mitkolleginnen wegen der Delegiertenwahl am selben Tage nicht rechtzeitig erscheinen konnten, wurden einfach übergangen und innerhalb von zehn Minuten war die „Wahl" abgeschlossen. Hinterher gaben die gewählten Frauenausschußmitglieder ihre Namen bekannt – welch großartiges Zugeständnis! Die aktiven Kolleginnen verließen nach diesem „Wahl"verfahren demonstrativ den Ausschuß.

Auf der anschließenden Delegiertenversammlung wurde dieser Vorfall zur Sprache gebracht. Die angesprochene G. Hopp, BR-Vorsitzende von der Hanseatischen Druckanstalt, startete daraufhin einen Entlastungsangriff: Die Kolleginnen, die sich hier beschwerten, kämen immer zu spät, wenn ein Referent(in) zu wichtigen Fragen da wäre oder sie kämen gar nicht. Sie ließe sich ihre 20jährige Arbeit mit den älteren Frauen von diesen Frauen, die sie als reine „Nörglerinnen" diffamierte, nicht kaputt machen. Außerdem sei der diesmal angewandte Wahlmodus schon seit 20 Jahren erprobt und noch nie habe es Schwieirigkeiten gegeben.

Seit 20 Jahren also will G. Hopp mit ein bißchen Kuchen und mit ein wenig Theater Frauen auf den Arm genommen haben. Solche Frauen sind nicht mehr als ein Alibi für die Gewerkschaftsführer, folgerichtig wurde auch jede weitere Diskussion darüber abgewürgt.

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

ÖTV

Eine andere Seite des Kapitels „saubere Universität"!

Rationalisierung im Reinigungsdienst



Frankfurt, 20. Januar. Im Kernbereich der Universität Fankfurt sind etwa 300 der etwa 1.400 nichtwissenschaftlichen Universitätsbeschäftigten Arbeiter. Davon gehören über 100, also über ein Drittel, der niedrigsten Lohngruppe 2 an. Die meisten von ihnen sind Reinigungsfrauen. Je nach Anstellungsdauer beträgt der Lohn der Lohngruppe 2 zwischen 900,– und 1.000,– netto.

Nun wurde durch Erlaß des Hessischen Finanzministers vom 23.3.76 festgelegt, daß beim Reinigungsdienst in den Dienstgebäuden und -räumen *„aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten grundsätzlich der Übergang von der Eigenreinigung zur Fremdreinigung zu vollziehen (ist). Dementsprechend dürfen keine neuen Reinigungskräfte mehr eingestellt und ausscheidende nicht mehr ersetzt werden."*

Was bedeutet „Fremdreinigung" der Universität?

Zweck der „Fremdreinigung" ist die Rationalisierung durch ungeheure Antreiberei und Herabsetzung des Lohns um
der Universität?

Zweck der „Fremdreinigung" ist die Rationalisierung durch ungeheure Antreiberei und Herabsetzung des Lohns um
30 bis 50 %. Dies soll an einem Beispiel veranschaulicht werden, das von Kolleginnen im Reinigungsdienst der Universität berichtet wurde: Die Fläche z.B., die vorher von einer bei der Universität angestellten Reinigungsfrau gereinigt wurde, der etwa 900,– DM ausgezahlt worden war, wird jetzt von einer Kollegin der Reinigungsfirma Krepp bearbeitet, die DM 180 ausgezahlt bekommt. Sie muß dieselbe Arbeit etwa in einem Drittel der Zeit für einen Hungerstundenlohn verrichten. Sollte die Arbeit wegen der ungeheuren Arbeitshetze schlecht gemacht worden sein, und Anlaß einer Beschwerde seitens der Universität sein, so droht der Kollegin die sofortige Entlassung, wie in einem Fall bekannt. Ergebnis ist: Mit diesen Praktiken dürfte nicht nur der Profit der Reinigungskapitalisten beträchtlich sein, sondern auch der Einsparungseffekt des Landes Hessen. Inzwischen wird die Universität etwa zu 80 % von Reinigungsunternehmen gereinigt.

Niemand wird der Landesregierung und der Universitätsspitze abnehmen, daß sie von diesen Praktiken und den Hungerlöhnen nichts weiß. Pfeifen dies doch inzwischen die Spatzen von den Dächern, selbst in der Tagespresse ist davon zu lesen.

Von den Unternehmen, die Reinigungsaufträge von der Universität haben, waren bisher auszumachen:

- Robert Mayer, Glas- und Gebäudereinigungs KG (z.B. Niederursel)
- Bruno Krepp (z.B. Uni-Kliniken)
- Walter Giese (z.B. Kernbereich, Kliniken)
- Immerblank (Glasreinigung)
- Reinigungsdienst Rhein-Main K. Geins KG

Zwei Unternehmen treiben es dabei besonders toll:

1. Besonders verrufen unter den Reinigungsfrauen ist die Firma Bruno Krepp. Sie stellt ohne Papiere ein und spart dadurch Versicherung und Steuer. Einer Reinigungsfrau zahlt Kapitalist Krepp für täg-
1. Besonders verrufen unter den Reinigungsfrauen ist die Firma Bruno Krepp. Sie stellt ohne Papiere ein und spart dadurch Versicherung und Steuer. Einer Reinigungsfrau zahlt Kapitalist Krepp für täg-
lich vier Stunden Arbeit DM 250,– monatlich, das macht einen Stundenlohn von etwa 4,– DM (der niedrigste Stundenlohn der Lohngruppe 2 ist dagegen mit DM 7,87 angegeben). Wie andere Reinigungsunternehmer auch beschäftigt Krepp fast nur ausländische Kolleginnen, die häufig darauf angewiesen sind, jede Arbeit anzunehmen, in der Hoffnung, Zeit zu gewinnen, sich nach anderer Arbeit umzusehen. Häufig sind auch Reinigungsfrauen im öffentlichen Dienst wegen des niedrigen Lohns dringend auf eine bezahlte Nebentätigkeit bei so einem Unternehmen angewiesen. Wer nicht rausfliegen will, so wurde uns über die Firma Krepp berichtet, muß von seinem niedrigen Lohn auch noch die als Vorarbeiter eingesetzten Antreiber mit DM 10,– bis 20,– bestechen, damit sie die Arbeit nicht nachträglich noch schlecht machen, was zu Entlassung führt.

2. Firma Walter Giese: (Wir berichteten im Arbeiterkampf Nr. 96, S. 31, über die Machenschaften Horst Ausschills, Chef des Giese-Unternehmens und „prominenter" SPD-Politiker (!), unversehens 300 überwiegend weibliche und ausländische „Arbeitnehmer" vor die Tür zu setzen).

... Die Art und Weise, die von ihm beschäftigten Arbeiter loszuwerden, paßt dabei ganz zu der Methode, an sie heranzukommen. Eine portugiesische Kollegin, die etwa 2 1/2 Jahre bei der Firma Giese geschafft hat, berichtete: Giese holt seine Arbeitskräfte u.a. direkt aus Portugal, stellt ihnen dort Arbeitspapiere aus, bezahlt ihnen den Flug nach Westdeutschland und läßt sie dann wie z.B. diese Kollegin für DM 650,– bis 700,– (netto) 45 Stunden in der Woche arbeiten: Montag bis Freitag acht Stunden, Samstag vier Stunden und jeden zweiten Sonntag noch einmal drei Stunden. (Unter diesen Bedingungen arbeiten gegenwärtig mindestens noch 30 Kollegen in der Uniklinik zu einem Stundenlohn von etwa DM 3,50 netto).
gungen arbeiten gegenwärtig mindestens noch 30 Kollegen in der Uniklinik zu einem Stundenlohn von etwa DM 3,50 netto).

Daß der staatliche Dienstherr auf diese Art und Weise viel Geld für andere Zwecke freibekommt, ist leicht einzusehen. Sofern er noch einige Reinigungskräfte beschäftigt, zahlt er ihnen einen so niedrigen Lohn, daß diese sich gezwungen sehen, sich zu bezahlter Nebentätigkeit bei Reinigungskapitalisten zu verdingen.

Die ÖTV-Betriebsgruppe Universität Kernbereich sieht es als ihre Aufgabe, eine weitere Anwendung des Reinigungserlasses zu verhindern. Dazu ist es notwendig, daß alle Kollegen, die zusätzliche Informationen über die Arbeitsbedingungen der Firmen wissen, diese der Betriebsgruppe mitteilen. Es muß eine öffentliche Meinung geschaffen werden, die einen günstigen Boden dafür bereitet, diese Rationalisierungsmaßnahme erfolgreich zurückzuschlagen. (Aus einem Flugblatt der Frankfurter ÖTV-Betriebsgruppe Universität – Kernbereich). Nach „Informationsdienst" vom 20.1.77.

Fortschrittlicher Kollege versetzt

Hamburg. Auf der letzten ÖTV-Mitgliederversammlung des Amts für Jugend am 6.1.77 forderte der ehemalige Kollege P. aus dem Heim Feuerbergstraße die anwesenden Kollegen auf, ihn in der folgenden Angelegenheit zu unterstützen:

Kollege P. ist (war) Heimschullehrer in dem Mädchenerziehungsheim Feuerbergstraße. Die miserablen Zustände der Zimmer (sechs Quadratmeter, keine Heizung) und die Unterleibsentzündung eines Mädchens aus seiner Klasse, veranlaßten ihn, sich mit den Mädchen gegen diese Zustände zur Wehr zu setzen. Der Erfolg war, daß Heizungen installiert wurden, der Kollege jedoch von heute auf morgen von der Feuerbergstraße zur Eschenburg nach Geesthacht versetzt wurde. Die offizielle Begründung lautete: Lehrermangel in der dortigen Heimschule. Der Clou: Ab 3.1.77 wurden zwei Lehrer aus dem Johannes-Petersen-Heim (Volksdorf) zur Aushilfe in die Feuerbergstraße abgestellt. Offizielle Begründung: Lehrermangel in der Feuerbergstraße!

Der Kollege P. berichtete weiter von einem Artikel in der „Kommunistischen Volkszeitung" des KBW, der auf die Mißstände in der Feuerbergstraße einging. Dem Artikel stimmte er auf der Versammlung zu. Der Kollege befragte den Personalrat (PR) über die Rechtmäßigkeit der Versetzung. Daraufhin der PR: Der Kollege habe keinen Arbeitsvertrag mit dem einzelnen Heim, sondern mit dem Amt für Jugend und könne somit jederzeit versetzt werden. Der PR hat sich für den Kollegen nicht eingesetzt, sondern auch noch versucht, ihn als Schreiber des Artikels zu entlarven.

Die jetzige Situation des Kollegen: Hausverbot in der Feuerberstraße! Unterschriftenaktion der Mädchen gegen die Versetzung des Kollegen ! Sein Arbeitsvertrag läuft im April 77 aus! Der Kollege P. beendete seinen Bericht mit einer Resolution, in der er seine Rückversetzung forderte. Doch nach Meinung einiger Kollegen (auch der DKP-ler!), war die Information „nicht stichhaltig genug", um seiner Resolution zustimmen zu können. Der PR-Vorsitzende meinte sogar, daß, wer erst drei Tage Mitglied der ÖTV sei (der Kollege war vorher in der GEW), könne sowieso keine Unterstützung der Kollegen verlangen. Nach langer Diskussion wurde beschlossen, daß die Vertrauensleutekörperleitung innerhalb der nächsten 14 Tage sich von den Kollegen der Feuerbergstraße „neutrale" Informationen einholen sollte. Danach soll eine Mitgliederversammlung einberufen werden.

Abgesehen von den Differenzen, die jeder Kollege zum KBW haben kann, wäre es notwendig gewesen, gewerkschaftliche Solidarität mit diesem Kollegen zu üben.

Für die Zurücknahme der Versetzung des Kollegen P.!

KB-Sympathisanten aus dem ÖTV-Bereich

ÖTV-Führer für „Gleichberechtigung" der Frau (In Uniform)

In Hamburg sollen künftig auch Polizistinnen mit Pistolen bewaffnet werden, da sie voll in die Fahndung und den Personen„schutz" einbezogen sind. Bisher waren die „Kolleginnen" von der „Schutz"polizei nur mit Trillerpfeife und Tränengasspray ausgerüstet, dies soll sich noch in diesem Frühjahr ändern: *„Nach den gegenwärtigen Plänen m ü s s e n alle Schutzpolizeibeamtinnen, die nach dem 1. April 1977 eingestellt werden, bei speziellen Einsätzen bewaffnet sein; die ‚älteren' Kolleginnen k ö n n e n selbst entscheiden, ob sie eine Pistole tragen wollen"* („Hamburger Abendblatt", 1.2.77).

Bei den zur Zeit 82 Frauen der Schutzpolizei soll die Forderung nach Gleichberechtigung aufgekommen sein: „.... *die meisten Frauen in den Diensten der Polizei (verlangen) sogar nach Aufgaben, die über eine Betreuung und Hilfeleistung hinausgehen*" (ebenda). Und wer Forderungen stellt, wird natürlich von seiner Gewerkschaftsführung darin unterstützt: Klaus Dieter Mielke, Hauptgeschäftsführer der Hauptabteilung ÖTV ist durchaus einverstanden mit den Bewaffnungsplänen des Staates. Er findet es nur *„nicht optimal, daß es ‚freiwillige' und ‚verpflichtete' Waffenträgerinnen geben soll: ‚Es dürfen nicht zwei Maßstäbe geschaffen werden'"* (ebenda).

Die ÖTV-Führer bekunden damit wieder einmal ihren Willen, bei der Aufrüstung des Polizeiapparates Flankenschutz zu gewähren. Im letzten Jahr war von ihnen die Neueinrichtung von 600 Planstellen für Bullen gefordert worden, das war allerdings eine „Niederlage"; es wurden „nur" 300 Planstellen bewilligt.

**ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg**

Kurznachrichten

Chefbulle verläßt die ÖTV

Der Frankfurter Polizeichef Knut Müller hat nun die ÖTV verlassen – auf eigenen Wunsch hin! Müller ist seit Jahren für brutalste Knüppeleinsätze gegen Hausbesetzer und andere Demonstranten bekannt. Müller ist auch persönlich verantwortlich für einen gemeinen Einsatz mit Chemical Mace und Schlagstöcken gegen eine friedliche Demonstration von Kindern und Erziehern.

Traurig, daß solche Typen wie Müller oder auch wie Bundeskanzler Helmut Schmidt überhaupt in die ÖTV aufgenommen wurden und sich dort mehr oder weniger unangefochten herumtreiben konnten.

• • •

Neuer Massenausschluß

In **Karlsruhe** steht ein neuer Massenausschluß linker ÖTV-Gewerkschafter bevor. Neun Kollegen wird vorgeworfen, kommunistische Flugblätter verteilt zu haben. Das sei unvereinbar mit der Satzung, die „Feinden der Demokratie" keine Mitgliedschaft in der ÖTV erlaube. Einen konkreten Nachweis demokratiefeindlichen Verhaltens haben sich die betreffenden ÖTV-Führer, wie üblich, geschenkt. Mit der o.a. „Begründung" haben die ÖTV-Führer vor allem nach den letzten Bundes- und Landtagswahlen organisierte Linke, die auf linken Listen kandidierten oder diese unterstützten in großer Zahl ausgeschlossen.

• • •

Sparsoll in Hamburger Krankenhäusern übererfüllt

Sparsoll in Hamburger Krankenhäusern übererfüllt

Manche Kollegen haben in den letzten Monaten erleben müssen, wie sie nach operativen Eingriffen wenige Tage später zum „Ausheilen" und „Erholen" nach Hause geschickt wurden. Mancher laboriert seither mit seinem Gebrechen herum. Er hat auf diese Weise mit dazu beigetragen, daß den Sparschweinen im Hamburger Rathaus das Herze lacht. In einer Bemerkung des Hamburger FDP-Politikers Bodeit hört sich das ganz unschuldig so an, daß *„die Entwicklung (!) im Krankenhauswesen über die Beratungen des Plans hinweggerollt (sei)"*, gemeint ist der sogenannte Krankenhausbedarfsplan von 1975, der die Streichung von 4.000 Krankenhausbetten in Hamburg vorsah. Ja, die böse „Entwicklung". Hat sie nicht Namen, Gesicht und Adresse? Z.B. Nölling und Elsner, Gesundheitssenator(in), erreichbar Rathausmarkt 1. Diese Herrschaften dürften z.B. einen Anteil daran haben, daß dieser Plan nun vier Jahre (!) vorfristig erfüllt worden ist. Die menschenfeindliche Sparpolitik an der Gesundheitsversorgung sowie der damit verbundene Raubbau an den Kräften des pflegerischen und ärztlichen Personals sind derart verschärft worden, daß die durchschnittliche Liegezeit der Patienten heute 15,5 Tage (gegenüber 19 Tagen vor drei Jahren) beträgt, eine Zahl, die erst 1980 für erreichbar gehalten wurde! Nach diesen „Erfolgen" können nach den Plänen der Sparschweine noch 1.000 bis 2.000 Betten mehr wegrationalisiert werden. Überlegungen in dieser Hinsicht (z.B. restlose Stilllegung von Krankenhäusern, wie Heidberg, AK Rissen u.a.) werden von „Gesundheits"-Senatorin Elsner schon laut geäußert. (Nach „Hamburger Morgenpost", 21.1.77).

**ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg**

• • •

Gewerkschaftsspalter: Raus aus der Gewerkschaft, rein in die Gewerkschaft

Drei offenbar rechte ÖTV-Mitglieder in einem in der Presse nicht näher bezeichneten Ort in Niedersachsen dehnten anläßlich der letzten Betriebsrätewahlen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse über das derzeit von der ÖTV-Führung für zweckmäßig gehaltene Maß aus. Sie weigerten sich, mit gewerkschaftlich organisierten DKP-lern zusammen zu kandidieren und machten eine „unabhängige Liste" auf.

Dieses Vorgehen wird in der GEW inzwischen vom Vorstand ausdrücklich gutgeheißen an solchen Orten, wo Mehrheiten von Mitgliedern eine von den Vorstandsbeschlüssen abweichende Politik befürworten (z.B. ausdrückliche Deckung der rechten Hamburger „Alternative" durch GEW-Boß Frister).

In der ÖTV ist derlei in der Regel noch nicht der Fall und so kam es zu der Kuriosität, daß der übliche Ausschluß wegen der Kandidatur auf „gegnerischer Liste" diesmal echte Gewerkschaftsspalter traf.

Inzwischen hat das Oberlandesgericht Celle den Ausschluß für rechtswidrig erklärt. Ein interessantes Urteil von „grundsätzlicher Bedeutung" ... Wie einfach es doch für Gewerkschaftsspalter ist, wieder in die Gewerkschaft zu kommen!

• • •

Entweder vorstandskonforme Gewerkschaftspolitik oder keine

Zur Zeit machen in **Münster** ÖTV-Kollegen aus der Sozialarbeit Erfahrungen mit Demokratie und Mitbestimmung in ihrer Gewerkschaft. Seit über einem Jahr versuchen die dortigen Sozialarbeiter, Erzieherinnen, Berufspraktikanten und arbeitslose Kollegen als Fachgruppe anerkannt zu werden in Form einer Abteilung Sozialarbeit der ÖTV-Münster.

Diesen Wunsch begründet ein Kollege in einem Bericht an die Münsteraner Alternativzeitung „Knipperdolling": *„Diese Anerkennung ist für*
Münster.

Diesen Wunsch begründet ein Kollege in einem Bericht an die Münsteraner Alternativzeitung „Knipperdolling": „Diese Anerkennung ist für
uns wichtig, weil: zum einen nur in einer Abteilung die Zersplitterung der Sozialarbeiter und Erzieherinnen, die alle in kleinen Betrieben, wie Jugendzentren, Heimen, Kindergärten etc. tätig sind, aufgehoben werden kann. Zum zweiten können wir nur als anerkannte Gruppe Einfluß auf die gewerkschaftliche Politik gewinnen. Also: Wir können nur organisiert unsere Interessen vertreten".

Längere Zeit trafen sich die Kollegen auf regelmäßig stattfindenden Plenums-Sitzungen, auf denen sie ihre Erfahrungen und Arbeitsergebnisse austauschten (z.B. Arbeitszeitprobleme, Berufspraktikantenausbildung) sowie Stellungnahmen erarbeiteten zu Unvereinbarkeitsbeschlüssen, Tarifrunde u.a. In dieser Zeit wuchs die Gruppe auf ca. 120 Kollegen an.

Diese Tatsache sowie die Themen und Beschlüsse, die Gegenstand ihrer Arbeit waren, dürfte die ÖTV-Führer seit geraumer Zeit schon beunruhigt haben.

Am 10.11. kam es dann auf einer Mitgliederversammlung zum Knall. Von Kollegen dieser Gruppe wurde eine vorbereitete Solidaritätsresolution mit dem Kampf der Bevölkerung in und um Brokdorf gegen das geplante AKW eingebracht, die mit großer Mehrheit von den Mitgliedern beschlossen und anschließend veröffentlicht wurde. Daraufhin eröffnete die ÖTV-Führung den Kollegen, daß sie gegen die Satzung verstoßen hätten, derzufolge Mitglieder nicht das Recht hätten, öffentliche Stellungnahmen abzugeben, die im Gegensatz zur Meinung des Hauptvorstandes stehen! Mitgliederversammlungen wurden per sofort verboten und der Gewerkschaftssekretär Kampkötter bestimmte: Weiterarbeit habe nur noch in Arbeitsgruppen zu erfolgen, wobei geprüft werde, ob man dort „gewerkschaftsförderlich" arbeite.

Die Kollegen beharrten aber auf ihrer Forderung nach Anerkennung als Abteilung Sozialarbeit der ÖTV Münster. ÖTV-Sekretär Kampkötter zog sich daraufhin ganz von seiner Aufgabe als „Betreuer" der Gruppe zurück. Ergebnis dieses „eleganten" Schritts: keine Einladung mehr zu Sitzungen, keine Herausgabe der Mitgliederkartei. Beabsichtigt ist also die völlige Lahmlegung der Gruppe. Diese wird bei ihrer Weiterarbeit vor einigen Problemen stehen, auch wenn sie es geschafft hat, rechtzeitig eigene Verbindungen der Mitglieder untereinander aufzubauen.

Neuer Entlassungsterror bei der „Arbeiterwohlfahrt"

Hagen/Ennepe-Ruhr. *„Der Betriebsrätin bei der Arbeiterwohlfahrt (AWO), Birgit Junker (27) flatterte am 7.12.76 ihre fristlose Kündigung auf den Tisch. Einziger Grund: sie wurde beschuldigt, betriebsinterne Informationen an die Öffentlichkeit gebracht zu haben und für einen Artikel in der Novembernummer des „Hagener Volksblattes" verantwortlich zu sein!"*

Diese „betriebsinternen Vorgänge" sind derart markante Beispiele sozialdemokratischer Unternehmenspolitik, daß sie in der Tat das Licht der Öffentlichkeit scheuen müssen.

„Im Juni des Jahres wurde auf einer Belegschaftsversammlung des Kreisverbandes Hagen/Ennepe- Ruhr der AWO, die auf Initiative von AWO-beschäftigten in Zusammenarbeit mit der ÖTV einberufen wurde, die Wahl des Betriebsrates eingeleitet. Bis dato hatte es keinerlei Interessenvertretung der ca. 180 Beschäftigten gegeben.

AWO-Geschäftsführer Karl-Heinz Nolzen, im weiteren SPD-Landtagsabgeordneter, Ex-Stadtrat, und ÖTV-Mitglied(!!!) versuchte mit allen erdenklichen (auch unerlaubten) Mitteln die Wahl eines „Einheitsbetriebsrates" sämtlicher AWO-Einrichtungen des Kreisverbandes zu verhindern."

Nachdem die 160 Beschäftigten trotz aller Mauscheleien und Spaltungsversuche ihres Brötchengebers dennoch die Wahl durchgezogen hatten, erkannte dieser den neugewählten BR nicht an und versuchte, eine weitere Neuwahl anzukurbeln, bei der das Altenkrankenhaus in Hagen-Helfe seinen eigenen BR wählen sollte.

Die Kollegen erreichten über eine einstweilige Verfügung, daß die von Nolzen angestrebte Neuwahl verboten wurde, da der amtierende BR rechtmäßig im Amt sei.

Doch das schreckte den machtgewohnten Sozialdemokraten Nolzen wenig. Die Betriebsrätin Junker bekam ihre fristlose Kündigung und ein Hausverbot mit sofortiger Wirkung. Dazu startete Nolzen eine Unterschriftensammlung bei den eingeschüchterten Kollegen gegen die Kollegin.

In diese Reihe gehört auch die völlig ungerechtfertigte Kündigung des Praktikanten Bernd Wendt, einen Monat vor Ablauf seines Praktikums, unter dem Vorwand, ein Telefonat vergessen zu haben!

Weniger eingeschüchterte Kollegen antworteten darauf sofort mit einer eigenen Unterschriftensammlung unter die Forderung nach sofortiger Wiedereinstellung der Betriebsrätin.

Innerhalb der SPD und der ÖTV soll es zu „Unmut" über den „Genossen" gekommen sein. Die ÖTV-Führung hat (noch) Rechtsschutz zugesichert. Das „Hagener Volksblatt", von Nolzen als „DKP-Organ" denunziert, beteiligte sich an dieser Kampagne mit einem breiten Versand ihres „Extra" an alle Volksblätter, Stadtzeitungen etc. Das „Extra" schließt mit folgendem Aufruf: *„ Tragt den Fall Junker in die Gewekschaften, in die SPD und in die Öffentlichkeit!*

Unsere Forderung: SOFORTIGE EINSTELLUNG DER BETRIEBSRÄTIN BIRGIT JUNKER UND DES PRAKTIKANTEN BERND WENDT! NOLZEN RAUS AUS DER ÖTV !!!'

Anfang Januar zeigte sich der erste Erfolg dieser Kampagne: die Kollegin Junker erhielt ein Schreiben, in dem ihr ohne weitere Begründung mitgeteilt wurde, daß sie ab sofort ihre Arbeit bei der AWO wieder antreten könne.

Jetzt heißt es dran bleiben:
- noch ist der Praktikant nicht wiedereingestellt,
- noch ist Nolzen in der ÖTV.

(Informationen und Zitate aus „Knipperdolling" Münster, 1/77).

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Patienten der Psychiatrie wehren sich

In Frankfurt ist ein heftiger Streit entbrannt um die Zustände und Behandlungsmethoden in der psychatrischen Abteilung der Frankfurter Universitätsklinik. Reaktionäre Ärzte versuchen, mittels Hetztiraden und Anzeigenandrohung den Journalisten Ernst Klee mundtod und kritische Patienten unglaubwürdig zu machen.

Patienten gehen an die Öffentlichkeit

Am 3.12.76 strahlte der Regionalsender des Hessischen Rundfunks die Sendung „Die kranke Seele" aus. Diese Sendung wurde weitgehend von Patienten der Frankfurter Psychiatrie getragen, die die Bedingungen in der Klinik kritisch schildern. Sie prangern *„entwürdigende Verhältnisse"* an, *„die noch mehr krank machen"*, sie berichten, wie sie *„am Anfang mit Medikamenten vollgestopft wurden, daß man nur noch auf dem Zahnfleisch geht und auf allen vieren kriecht"* („Frankfurter Rundschau", 16.12.76). Ein Patient äußerte, daß *„aus Bequemlichkeit lieber zehn Tropfen zuviel als zwei zuwenig ausgeteilt werden"* („FR", 16.12.76). Die Patienten verurteilten diese „Behandlungsmethoden" in scharfer Form: *„Unsere Konflikte werden nicht gelöst, sondern mit der Pillenkeule erschlagen"* („FR", 21.1.77).

Repressionen folgen

Bereits vor und verstärkt nach Ausstrahlung der Sendung griffen reaktionäre Ärzte der Psychiatrie zu radikalen Repressionsmaßnahmen gegen die aufmüpfigen Patienten. Der Autor der Sendung, Ernst Klee, berichtete von einem Patienten, dessen Medikamentendosis erhöht wurde, so daß dieser schließlich nicht mehr an der Erstellung der Sendung mitwirken konnte: *„Als ich ihn abends in der Klinik sah, war er so vollgepumpt mit Medikamenten, daß er keinen klaren Satz mehr sprechen konnte"* („FR", 16.12.76).

Nach einer Woche waren nur noch drei von ursprünglich sieben Patienten an der Sendung beteiligt. Eine Patientin wurde dazu gebracht, die Klinik „freiwillig" zu verlassen; ein anderer Patient „wegen Unpünktlichkeit aus der Tagesklinik entlassen" und ein anderer wurde nach Abschluß der Sendungsvorbereitungen plötzlich in die geschlossene Abteilung eingewiesen, da er wahrscheinlich geisteskrank sei; zwei Tage später wird dieser „Geisteskranke" entlassen!...

Prügel und Elektroschocks gehören mit zur „Therapie"

Am 18.1. fand eine Veranstaltung mit zwei verantwortlichen Ärzten der Psychiatrie statt, in deren Verlauf weitere Mißstände angeprangert wurden. *„Da gab es Zeugenaussagen, daß Patienten von Pflegern mit nassen Handtüchern geschlagen wurden"* („FR", 22.1.77). Zeugen berichteten von Versuchen mit Psychopharmaka, die ohne Wissen der Patienten vorgenommen wurden. Chefarzt Bochnik selbst gab zu, daß Pflegern *„durchaus einmal die Hand ausrutschen könnte"* („FR", 22.1.77.).

Dieser Bochnik hat ohnehin eine Sympathie für harte Sachen, denn wie Kurt Moog, Sprecher einer „Bürgerhilfe Zuflucht" bestätigte, werden *„in der Uni-Nervenklinik noch immer Elektroschocks.. ... verabreicht"* („FR", 17.12.76). Solche Methoden sind uns wohlbekannt aus den Folterzentren und KZ's in faschistischen Ländern.

Repressionen gegen Ernst Klee

Um von den skandalösen Zuständen abzulenken, hetzen Chefarzt Bochnick und Professor Pittrich nach Kräften gegen Ernst Klee, den Autor der Rundfunksendung. Sie versuchen, ihn als unglaubwürdigen, unqualifizierten Spinner abzustempeln („religiös-kapitalistischer Sektierer" !?). Darüberhinaus versuchen sie, die teilweise zugestandenen „Mängel" („Handausrutschen") ausschließlich darauf zurückzuführen, daß ein Mangel an Geld, Pflegern usw. besteht. Denn das Mißstände bestehen, können selbst die Herren Pittrich und Bochnick nicht leugnen. Frankfurt ist *„das psychiatrisch am schlechtesten versorgte Gebiet der Bundesrepublik"* („FR", 21.1.77) erklärte Pittrich 1976. Trotz dieser Einsichten wollen diese Burschen aber verhindern, daß P a t i e n t e n Kritik üben an „Behandlungsmethoden" und anderen Mißständen. Die angewandten Repressalien zeigen, daß Bochnik und Pittrich die Öffentlichkeit scheuen. Sie lassen durch die Rechtsabteilung der Klinik prüfen, ob sie gegen E. Klee gerichtlich vorgehen können. Künftiger Kontakt Klees mit den Patienten wird von den Klinikfürsten verhindert.

Die Patienten wollen dabei aber nicht mitmachen:

„Unsere Konflikte drinnen haben wir lange genug alleine mit den Ärzten ausgetragen, jetzt brauchen wir die Öffentlichkeit" („FR", 8.1.77).

Eine Genossin des
KB/Gruppe Frankfurt

Seeleute im Streik

Hamburg: 19 jugoslawische Besatzungsmitglieder, auch Offiziere, stehen auf dem unter Liberia-Flagge fahrenden MS „Holstenburg" des Hamburger Reeders Klaus-Peter Offen seit dem 31.1. im Streik. Sie wollen den Reeder damit zwingen, endlich den mit der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) geschlossenen Vertrag zu erfüllen und die ihnen zustehenden Heuernachforderungen von DM 216.000,- zu zahlen.

Der Reeder antwortete auf den Streik mit fristloser Entlassung und Aussperrung von der Bordverpflegung. Außerdem rief er die Bullen zuhilfe. Eine halbe Hundertschaft der Polizei streicht ständig an Bord und am Kai umher und versucht, die Mannschaft mit Drohungen einzuschüchtern.

Die Kollegen haben das Schiff, das am Schuppen 73 (Unikai) liegt, mit Transparenten geschmückt: *„We strike for ITF-Wages"* („Wir streiken für ITF-Löhne").

Von der ÖTV (Mitglied der ITF) wurden Streikposten aufgestellt und ein Informationsblatt, „ITF-Nachrichten" herausgegeben, in dem u.a. darauf hingewiesen wird, daß der Reeder Offen aufgrund von Aktionen der ITF in Liverpool 14.705,- englische Pfund und in Amsterdam 56.000,- US-Dollar an die Besatzungen zweier Schiffe nachzahlen mußte.

Da die „Holstenburg" den Liegeplatz vor Schuppen 73 blockiert und damit erhebliche Kosten verursacht werden, hat Offen mehrfach versucht, den Streik zu brechen, indem er eine Verholgang beauftragte, den Frachter an die Pfähle zu bringen. Für den Schutz der Verholgang sollte ein starkes Polizeiaufgebot sorgen. Aber die Hafenarbeiter solidarisierten sich mit den Seeleuten und lehnten diesen Auftrag ab!

Auch der Versuch des Reeders, nachts eine neue Crew unter Polizeischutz an Bord zu bringen, schlug fehl: die Seeleute lehnten diesen Streikbrecherdienst ab! – Sauber! Neben diesem solidarischen Verhalten der Hafenkollegen wird auch für Verpflegung der streikenden Kollegen gesorgt; zahlreiche Nahrungsmittel treffen bei ihnen ein, als Ergänzung zur Verpflegung durch die ÖTV.

In anderen europäischen Städten wie Antwerpen und London wurden bereits erfolgreich die Methoden dieser Sklavenhändler a la Offen durch die Hafenarbeitergewerkschaften, auf Anweisung der ITF, boykottiert, so daß die Reeder gezwungen waren, nach Bremen und Hamburg auszuweichen. Jetzt ist es an der Zeit, daß ihnen auch hier ein Riegel vorgeschoben wird!

Bis Redaktionsschluß waren noch keine Ergebnisse der Verhandlungen zwischen ÖTV und Reederei bekannt.

Solidarität mit den streikenden Kollegen auf der „Holstenburg"!

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Letzte Meldung:
Nach Redaktionsschluß erreichte uns noch die erfreuliche Meldung, daß die streikenden Kollegen ihre Forderungen voll haben durchsetzen können. Kapitalist Offen mußte über DM 200.000,- zahlen.

Und noch eins ist wichtig: Die kämpferische Schiffsbesatzung hat nicht nur einen schönen Erfolg für sich selbst errungen, sondern von dem erstreikten Geld eine Solidaritätsspende von DM 5.400,- an den chilenischen Gewerkschaftsbund CUT überwiesen.

Hoch die internationale Solidarität!

gen einzuschüchtern.
Die Kollegen haben das Schiff, das am Schuppen 73 (Unikai) liegt, mit Transparenten geschmückt: „We strike for ITF-Wages" („Wir streiken für ITF-Löhne").
Von der ÖTV (Mitglied der ITF) wurden Streikposten aufgestellt und ein Informationsblatt, „ITF-Nachrichten" herausgegeben, in dem u.a. darauf hingewiesen wird, daß der Reeder Offen aufgrund von Aktionen der ITF in Liverpool
Streikbrecherdienst ab! – Sauber! Neben diesem solidarischen Verhalten der Hafenkollegen wird auch für Verpflegung der streikenden Kollegen gesorgt; zahlreiche Nahrungsmittel treffen bei ihnen ein, als Ergänzung zur Verpflegung durch die ÖTV.
In anderen europäischen Städten wie Antwerpen und London wurden bereits erfolgreich die Methoden dieser Sklavenhändler a la Offen durch die Hafenarbeitergewerkschaf-
rungen voll haben durchsetzen können. Kapitalist Offen mußte über DM 200.000,- zahlen.
Und noch eins ist wichtig: Die kämpferische Schiffsbesatzung hat nicht nur einen schönen Erfolg für sich selbst errungen, sondern von dem erstreikten Geld eine Solidaritätsspende von DM 5.400,- an den chilenischen Gewerkschaftsbund CUT überwiesen.
Hoch die internationale Solidarität!

Nur ein schweigender Arzt ist ein guter Arzt
Dem Professor Julius Hackethal, Chirurg aus Lauenburg, ehemaliger Chefarzt des Lauenburger Krankenhauses, will die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Schleswig Holsteins die Zulassung als Kassenarzt entziehen. Damit soll Hackethal die Existenzgrundlage entzogen werden, da der größte Teil seiner Patienten auf
sern bei der Erstellung von Gutachten über den Grad der Erwerbsunfähigkeit von Patienten hauptsächlich darauf ankomme, Rentenansprüche zu drücken" („Hamburger Abendblatt", 31.1.77)!
Um sich endgültig einen unbequemen Kritiker und Konkurrenten vom Hals zu schaffen, haben seine Standesbrüder

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 43 53 46

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstr. 4
2000 Hamburg 13

Schleswig-Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte A 02 25 83
239 Flensburg

Geesthacht
Postlagerkarte 02/2054 Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr vor Hertie

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
W.D. Scheel
Postlagerkarte 098 831 A
23 Kiel 1
Jeden Mi. von 11 bis 14 Uhr Büchertische Universität/Mensa
Jeden Fr. von 16 bis 18 Uhr am Hauptbahnhof
Jeden Do./Fr. von 16 bis 18 Uhr Holstenstraße Weipert/Karstadt

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Mühlenstr. 39
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein (Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven
Arbeiterkampf-Vertriebsbüro
Poststr. 14
285 Bremerhaven
Verkaufsort wie bisher

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Fedelhören 77
28 Bremen
Mi. und Fr.: 16 bis 19 Uhr
Sonnabend: 10 bis 14 Uhr

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr vor Karstadt Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 067452 A
2970 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10
34 Göttingen

Hannover
Arbeiterbuch z.Hd. KB
Rehbockstr. 3
3 Hannover

Hildesheim
32 Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bäckerstr.
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg 1

Rheinlandpfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
Jeden Sonnabend von 10 bis 13.30 Bahnhofstraße

Bochum
Postlagerkarte A 066 028
463 Bochum
Verkauf jeden Samstag Kortumstr./Innenstadt
10 – 13.oo Uhr,
jeden Die., Mi., Do. Uni/Mensa
12.oo – 14.oo Uhr

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg
jeden Sonnabend von 11 bis 13 Uhr vor Karstadt (Stadtmitte)

Essen
jeden Do. 11.oo Uhr – 14.oo Gesamthochschule Essen

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006745
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend 11 bis 13 Uhr im Rheydt (Fußgängerzone)

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
Vertriebsbüro K. Scholz
Adalbertstr. 29
6 Frankfurt/M. 90
öffentl. Bürostunde
Mi. 16.30 – 19.30

Kassel
Florian Rohé
Postfach 10 31 43
35 Kassel
Jeden Sonnabend von 10.30 bis 13 Uhr Königsplatz
Jeden Donnerstag 20 Uhr Gaststätte Störtebeker, Kohlenstr. 40

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
Wilhelmstraße 15
78 Freiburg
Tel: 26 877
Di. von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
Verkauf jeden Mittw.
– alte Mensa/Marstallhof
und 19 Uhr im CA

Karlsruhe/Pforzheim
Heidi Zorn
Humboldtstr. 13
75 Karlsruhe

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12.30 Einkaufszentrum vor Hertie

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch
12 bis 13.30 Uni-Mensa
Langemarck-Platz 4

Landshut
Postlagerkarte A 04 11 84
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr Altstadt vorm Oberpaur

Nürnberg/Fürth
P. Triebler
Postfach 150 472
85 Nürnberg 15
offener AK-Lesekreis
Mittwoch 19 Uhr im Komm
Verkauf jeden Samstag 10.30 bis 12.30 Uhr Breite Gasse, Kaufhof

Regensburg
Verkauf jeden Donnerstag
11.30 bis 13.30 Uhr Uni-Mensa
16 bis 18 Uhr Fußgängerzone Königstr.

Westberlin
A. Radtke
Thomasiusstr. 2
1 Westberlin 21
Fr. von 16 bis 19 Uhr

Bestechungsaffäre

West-Berlin. Zwei leitende Angestellte der Neuköllner Krankenhausverwaltung, der Versorgungsbereichssachbearbeiter Herbert Lehmann und der Hausinspektor Heinz Rüggebrecht, haben von mehreren türkischen Emigranten Bestechungsgelder kassiert, die zusammen die 10.000,- DM-Grenze übersteigen dürften.

Diese Bestechungssummen hatten sie für den Abschluß eines Anstellungsvertrages gefordert und auch bekommen – die Situation der türkischen Emigranten angesichts wachsender Arbeitslosigkeit und Rationalisierung bot dafür gute Gewähr!

Das Reinigungspersonal und die Stationshilfen bekommen anstelle von festen Arbeitsverträgen nur Zeitverträge von wenigen Monaten.

Die Reinigungskräfte und die Stationshilfen setzen sich zum überwiegenden Teil aus Emigranten zusammen, hauptsächlich aus der Türkei. Durch die Zeitverträge wird einerseits erreicht, daß der Personalstand immer „hauteng" im Sinne von Rationalisierung und verstärkter Arbeitshetze gehalten werden kann. Darüber hinaus ist so auch eine kurzfristige Privatisierung des Reinigungssektors in den Krankenhäusern möglich.

Auf der anderen Seite wird durch diese Praxis verhindert, daß sich die Kollegen gegen Rationalisierung, Privatisierung und verstärkte Arbeitshetze auflehnen – ohne Arbeitsvertrag ist man als Emigrant aufgeschmissen. Jeder Kündigungsschutz, auch für Interessenvertreter, Schwangere und Kranke wird auf diese typische Kapitalistentour vom Bezirksamt unterlaufen.

Auf diesem Hintergrund muß man davon ausgehen, daß die bekanntgewordenen zwei Fälle nur die Spitze des Eisberges sind!

Gesundheitsgruppe
KB/Gruppe Westberlin

Nur ein schweigender Arzt ist ein guter Arzt

Dem Professor Julius Hackethal, Chirurg aus Lauenburg, ehemaliger Chefarzt des Lauenburger Krankenhauses, will die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Schleswig Holsteins die Zulassung als Kassenarzt entziehen. Damit soll Hackethal die Existenzgrundlage entzogen werden, da der größte Teil seiner Patienten auf Krankenschein behandelt wird.

Die Gründe für den Antrag der KV, über den am 9.2. der „Zulassungsausschuß für Ärzte" entscheiden wird, sind offensichtlich an den Haaren herbeigezogen; man versucht, ihm „mangelnde Eignung als Kassenarzt" nachzuweisen: So zum Beispiel:

„Der Chirurg habe seine ‚kassenärztlichen Pflichten gröblich verletzt', indem er bei an ihn überwiesenen Patienten mehr ‚ärztliche Verrichtungen' vorgenommen habe, als der überweisende Arzt verlangte" („Spiegel", 10.1.77).

Das „Mehr" von „ärztlichen Verrichtungen" habe darin bestanden, daß Dr. Hackethal seine Patienten gründlich untersuchte, gründlicher jedenfalls, als es seinen „Kollegen" recht ist. Dabei förderte er reihenweise ärztliche „Kunst"-fehler zutage, die bisher verschwiegen, nun aber in seinem Buch „Auf Messers Schneide" im letzten Jahr veröffentlicht worden waren. Außerdem hatte Hackethal auf einer DGB-Veranstaltung vor 100 ehrenamtlichen Sozialrichtern die Bestrafung von Ärzten gefordert, die falsche medizinische Gutachten abgeben. *„Er äußerte den Verdacht, daß es den berufsgenossenschaftlichen Krankenhäusern bei der Erstellung von Gutachten über den Grad der Erwerbsunfähigkeit von Patienten hauptsächlich darauf ankomme, Rentenansprüche zu drücken"* („Hamburger Abendblatt", 31.1.77)!

Um sich endgültig einen unbequemen Kritiker und Konkurrenten vom Hals zu schaffen, haben seine Standesbrüder nun zum Gegenschlag ausgeholt.

Hackethal hat einiges zu verlieren: Seit 1974 unterhält er eine eigene chirurgische Praxis in Lauenburg, in der auch große Operationen durchgeführt werden können. Für die weitere Betreuung seiner Patienten stehen ihm 100 Betten in einer Klinik in Bevensen zur Verfügung. Sollte am 9.2. gegen Hackethal entschieden werden, so sieht er nur einen Ausweg: *„Wenn es nach denen geht, bleibt mir nur Erschießen oder Auswandern"* („Spiegel", ebenda). Ob das wirklich für ihn die Zukunft sein wird, ist zu bezweifeln. Immerhin hat Hackethal inzwischen einen gewissen Ruhm als Spezialist für das Aufstöbern von „handwerklichen" Fehlern, wofür auch sein Buch, von dem bereits ca. 60.000 Exemplare verkauft wurden, gesorgt haben wird. Er wird seit einiger Zeit mit Aufträgen als Gutachter nur so überhäuft (nach „HA", 12.1.77), ein zweites Buch soll in Arbeit sein, das wohl auch etliche Privatpatienten zu ihm bringen wird.

Absicht oder notwendiges „Übel" – man wird sehen.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

„Kunst"fehler

Wohin das Karrieredenken Ärzte treiben kann, erlebte ich vor einiger Zeit an einer großen Lübecker Klinik: Der dortige urologische Professor führte seit fünf Jahren das erste mal eine schwierige Operation, nämlich die Entfernung eines Hodentumors durch.So viel ich von meinen Mitpatienten erfahren habe, wurde diese Operation wegen des hohen Schwierigkeitsgrades bisher immer in Hamburg durchgeführt.

Warum dieser Chirurg den Patienten operierte, erzählte man sich im ganzen Haus: Er wollte sich „profilieren" und sein „Können" unter Beweis stellen.

Nachdem der Professor den Tumor entfernt hatte, wurde durch echt „wahnsinnige" Schnittfehler eine ganze Niere, entfernt, eines der größten Gefäße im Bauch zerschnitten und die Därme zerfetzt. Der Patient bekam 14 Blutkonserven!!!

Das Gemetzel dauerte mehrere Stunden. Der Patient hat sich bis heute noch nicht erholt!

Wenn diese „Vorfälle" nicht angeprangert werden , können solche „Ärzte" weiterhin ihr Geschäft betreiben.

Denn an die große Glocke kam dieser Fall bis jetzt noch nicht: die Krankenakte ist unter besonderem Verschluß!

Meine Forderung:
Kampf allen Menschenfeinden in den Krankenhäusern!
Zwei Lübecker Ak-Leser

GEW

Frister gründet Spalterverband

Westberlin. In der Berufungsverhandlung vor dem westberliner Kammergericht wurde am 21.1.77 die Einstweilige Verfügung aufgehoben, die seit September letzten Jahres Fristers Pläne, einen neuen Landesverband der GEW in Westberlin aufzubauen, erfolgreich gestoppt hatte.

In der Begründung dafür hieß es, daß in einer Sache von solchem Ausmaß die Klage von zwei Einzelpersonen nicht ausreiche, da müßte schon der gesamte Landesverband Westberlin, vertreten durch den geschäftsführenden Vorstand, klagen. Ein entsprechender Antrag zur Übernahme der Klage von der GEW Westberlin wurde am 22.1.77 in der außerordentlichen Hauptvorstandssitzung mit nur einer Stimme Mehrheit (16:15:2) abgelehnt.

Damit bekam Frister grünes Licht für den Aufbau der neuen GEW im DGB. Bereits am 28.1. fand in der Kongreßhalle mit 373 (von 1400 eingeladenen) anwesenden Mitgliedern die Gründungsversammlung des neuen Spalterverbandes statt. Auf dieser konstituierenden Sitzung der neuen Frister'schen GEW wurde der frühere Schatzmeister der GEW Westberlin, Stange, zum kommissarischen Ersten Vorsitzenden bestimmt. Stellvertreter wurden der frühere Bezirksvorsitzende der GEW in Neukölln und Mitinitiator der reaktionären „Demokratischen Initiative", Lehmkuhl sowie das ehemalige Mitglied der GEW, Welz. Außerdem wurden von den Anwesenden noch sechs Beisitzer für den provisorischen Vorstand auserwählt.

Das rasante Tempo, mit der Frister an die Konstituierung des neuen Verbandes geht, ist natürlich nicht von ungefähr: durch den raschen Aufbau versucht Frister einer (möglichen) neuen Einstweiligen Verfügung feste Tatsachen entgegenzustellen. Damit versucht er gleichzeitig weiszumachen, nun sei alles gelaufen, es gäbe keine Chance mehr für die Erhaltung des Landesverbandes der GEW.

Eine ausgeklügelte Taktik wendet Frister mit dem Versuch an, sich bei den Kollegen der SEW/DKP anzubiedern. Das Hofieren um die „große Zahl von jungen Kollegen", auf die Frister angeblich nicht verzichten kann („Tagesspiegel" vom 30.1.77) hat die Funktion, sich den aktiven Beitrag der SEW/DKP zu sichern, die Kollegen zum Übertritt zu bewegen. Daß diese Anbiederei an die SEW/DKP lediglich ein taktisches Kalkül ist, zeigt die einschränkende Beurteilung Fristers zur DKP, daß diese eine grundgesetzkonforme Haltung „nur aus opportunistischen Gründen" annähme. Wenn Frister diese Leute nicht mehr nötig hat, wird er auch wieder gewerkschaftsschädigendes und verfassungsfeindliches Verhalten an ihnen feststellen (siehe Unvereinbarkeitsbeschluß gegen den ehemaligen Sozialistischen Lehrerbund – SLB).

Der westberliner Landesvorstand hat gleichzeitig mit der Ablehnung der Übernahme der Klage entschieden, eine Landesvertreterversammlung für den 23.2. einzuberufen, wo über die Auflösung des Verbandes entschieden werden soll. Zwar werden die Mitglieder noch aufgefordert, bis zur Entscheidung nicht aus der GEW-Westberlin auszutreten, aber die Fraktion um Kujawa hat eindeutig zu verstehen gegeben, daß sie beabsichtigt, den alten Verband in Fristers Spalterverband zu überführen. Jedoch, an Dank werden sie nicht viel zu erwarten haben!

Für alle fortschrittlichen und demokratischen Gewerkschafter, die weiterhin um den Erhalt der westberliner GEW kämpfen wollen, gilt es, in allen Betriebsgruppen und Mitgliederversammlungen Resolutionen zu verabschieden, die sich gegen Übertritt, Spaltung, Auflösung und Unvereinbarkeitsbeschluß wenden und die Delegierten zu verpflichten, auf der VV am 23.2. den GV aufzufordern, bzw. zu zwingen, die Organklage gegen den HV-Bund einzureichen.

Sollte ein solcher Beschluß zustande kommen, der Vorstand sich aber mehrheitlich weigern, diesen Auftrag anzunehmen, so muß schon jetzt die Neuwahl eines Vorstandes in die Überlegungen mit einbezogen werden.

Scheinbar hat Frister heute alle Trümpfe in der Hand. Sein eigentliches Ziel, einen vorstandstreuen Verband zu gründen, hat er erreicht. Dies führt bei einem Teil der GEW-Linken zu resignativen Tendenzen. Tatsache ist aber, daß er dies nur auf formaljuristischer Grundlage erreichen konnte. Keinesfalls angezweifelt wurde vom Gericht, daß das Vorgehen Fristers (selbst im bürgerlichen Sinne) rechtswidrig ist. Zudem hat die Gründungsversammlung mit 370 Teilnehmern Fristers Vorstellungen doch weitgehend enttäuscht. Dies beweist zum anderen, daß bei der großen Mehrheit der GEW-Mitglieder noch sehr große Vorbehalte gegenüber diesem Spalterverband bestehen. Diese Chance muß jetzt die Linke nutzen. Dabei sollten mit einer neuerlichen Klage keine übertriebenen Hoffnungen verbunden sein. Denn schon einmal hat die bürgerliche Justiz bewiesen, daß sie (mit formalen Begründungen) bereit ist, Frister den Weg zu ebnen.

Zur Ausnutzung aller vorhandenen Mittel ist dies jedoch immer noch ein wichtiger Schritt, um den Aufbau des Spalterverbandes zu verhindern oder zumindest auf Zeit hinauszuzögern.

Lehrergruppe
KB/ Gruppe Westberlin

Landesvorstand läßt sich durch Frister nicht einschüchtern

Hamburg: Wie wir im AK 97 berichteten, nahm der Hamburger Landesvorstand im Januar einen Kollegen wieder in die GEW auf, der vom Hauptvorstand der GEW vor einem Jahr wegen KBW-Unterstützung ausgeschlossen worden war.

Frister handelte sofort und fuhr grosses Geschütz auf: er machte diesen Fall zu einem von zwei Tagesordnungspunkten der Sitzung des Hauptausschusses, die am 12.2. stattfinden wird. Weiterhin verhinderte er persönlich den Vollzug der Aufnahme des Kollegen und schrieb an den Hamburger Landesvorsitzenden Lemke einen bitterbösenBrief. Darin wirft Frister dem Hamburger Landesvorstand satzungswidriges Verhalten vor und verlangt die Aufhebung des Beschlusses des Landesvorstandes. Im Unklaren läßt Frister Lemke und einen weiteren Kollegen der Fachgruppe Hochschulen, an den der Brief ging, was der Hauptausschuß für Konsequenzen aus dem „satzungswidrigen" Verhalten ziehen wird. Deutlich ist aber, daß Frister hier wieder einmal massiv zuschlagen will – sofern der Hauptausschuß mitzieht.

Erfreuliches Verhalten des Landesvorstandes: er bekräftigte in einer Abstimmung noch einmal die Aufnahme des von Frister ausgeschlossenen Kollegen – und zwar mit sehr großer Mehrheit.

Auch zu dem anderen Tagesordnungspunkt der außerordentlichen Hauptausschußsitzung – Gründung eines GEW-Spalterverbandes in Westberlin – faßte der Vorstand einen Beschluß, der Fristers Blutdruck sicher nicht gerade senken wird: er bekräftigte einen früheren Beschluß gegen den drohenden Ausschluß des Westberliner Landesverbandes und erklärte sich noch einmal solidarisch mit dem Kampf gegen die Spaltung der GEW in Westberlin.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Mißglückter Erpressungsversuch

Köln: Im Sommer vergangenen Jahres verabschiedete die Jahreshauptversammlung des Stadtverbandes der GEW-Köln ein Aktionsprogramm, in dem im Zusammenhang mit dem Protest gegen die Berufsverbote auch die Forderung „Weg mit dem KPD-Verbot" aufgestellt wurde.

Monatelang wurde dieses Aktionsprogramm vom Stadtverbandsvorstand in der Schublade gelassen. Auf einer erneuten Jahreshauptversammlung am 27.1.77 zur Rede gestellt, eröffnete er den Mitgliedern, daß der Landesvorstand dem Stadtverbandsvorstand mit Ausschluß gedroht habe, wenn dieser die Forderung veröffentlichen würde.

Obwohl die Mitglieder des Stadtverbandsvorstandes diese Forderung verbal unterstützten, stellten sie dennoch einen Antrag, sie zu streichen, da mit dieser politischen Forderung eine „sinnvolle und fortschrittliche" Gewerkschaftarbeit torpediert würde. Die Mehrheit der 200 Anwesenden war da allerdings anderer Meinung und bekräftigte in einem Beschluß noch einmal die Forderung.

Nach einem Bericht eines Kölner Genossen



ausländische Arbeiter in der BRD

Genfer Asylrechtskonferenz gescheitert

Die von den Vereinten Nationen am 10.1. in Genf einberufene internationale Asylrechtskonferenz ist nach dreiwöchigen Verhandlungen ohne Einigung zu Ende gegangen.

Das UN-Hochkommissariat für Flüchtlingswesen hatte nach fünfjährigen (!) Vorbereitungen einen Asylrechts-Entwurf vorgelegt, der angeblich einen Kompromiß zwischen den Rechtsauffassungen der imperialistischen Länder, den revisionistischen und den Ländern der „3. Welt" darstellte.

Gemäß dem Vertragsentwurf sollten sich die unterzeichnenden Staaten verpflichten, *„ihr Bestes zu tun"*, um politischen Flüchtlingen Asyl zu gewähren. Anspruch auf Asyl sollten all jene Menschen haben, die in ihrem Land wegen ihrer Rasse, ihrer Nationalität, ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gesellschaftsgruppe oder wegen ihrer politischen Meinung eine Verfolgung zu befürchten haben („Frankfurter Rundschau" – „FR" – 10.1.77).

Die Zurückweisung eines Asylsuchenden an der Grenze des um Asyl ersuchten Landes sollte ausgeschlossen werden.

Jeder politische Flüchtling sollte während der Dauer seines Asylverfahrens eine provisorische Aufenthaltsgenehmigung erhalten. Ausgeschlossen vom Asylrecht sollten all jene Personen sein, die in ihrem Heimatland „kriminelle Handlungen" begangen haben. In diesem Zusammenhang wurden erwähnt: Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit (?) sowie Verbrechen gegen den Frieden (?).

Die BRD hat auf dieser Asylrechtskonferenz gemäß der Darstellung in der bürgerlichen Presse eine äußerst „fortschrittliche" Rolle gespielt. Sie wollte zusammen mit Österreich das Asylrecht als ein individuelles Recht jedes Asylsuchenden interpretiert wissen und nicht als Souveränitätsrecht der einzelnen Staaten. Artikel 16 des BRD-Grundgesetzes besagt: *„Politisch Verfolgte genießen Asylrecht"*. *„Das Asylrecht wird hierzulande großzügig interpretiert. Es wurde bewußt als Grundrecht in unsere Verfassung aufgenommen, nicht zuletzt aufgrund von Erfahrungen aus dem Dritten Reich"* („FR", 17.1.77).

Zur selben Zeit, als die BRD auf der UN-Konferenz für ein „großzügiges Asylrecht" plädierte, wurde das Aufnahmelager für asylsuchende Ausländer in Zirndorf „wegen Überfüllung" geschlossen (16.1.77).

Die politisches Asyl suchenden Ausländer – fast ausschließlich aus Staaten der „3. Welt" – waren seit 1972 um 100% gestiegen (1976 insgesamt 11.123 Bewerber). *„Obwohl der Anteil der außereuropäischen Bewerber in Zirndorf mittlerweile auf über 80 Prozent angestiegen ist, liegt die Anerkennungsquote bei dieser Gruppe bei nur etwa zwei (!) Prozent"* („Süddeutsche Zeitung" – „SZ" – 12.1.77). Die Asyl-Bewerber aus der „3. Welt" wurden von den Behörden mit dem Argument abgelehnt, sie seien „Versorgungs-Asylanten", also eigentlich nicht politisch verfolgt, sondern nur auf eine gesicherte wirtschaftliche Existenz in der BRD aus. Die minimale Anerkennung von Asylsuchenden aus Ländern der „3. Welt" (im Vergleich zu Asylsuchenden aus den revisionistischen Ländern) wirft ein Licht auf die Handhabung des „individuellen Rechts" auf Asyl in dieser Bundesrepublik.

Abgesehen von dieser Asylpraxis in der BRD ist die kürzlich von 17 Staaten des Europarats unterzeichnete „Anti-Terror-Konvention" von einschneidender Bedeutung für politische Asylanten. Mit Ausnahme von Irland und Malta haben die übrigen europäischen Staaten auf Antrag der Bundesrepublik Deutschland (!) eine verbindliche Rechtsnorm unterzeichnet, die die Auslieferung an das Herkunftsland bzw. Anklage vor eigenen Gerichten von „politischen Straftätern" festschreibt, die bestimmte Delikte begangen haben. Darunter wurden ausdrücklich Flugzeugentführungen, Sprengstoffanschläge, Geiselnahmen und „willkürliche Freiheitsberaubungen" genannt. In Artikel 2 dieser Konvention wird die totale Entrechtung und Kriminalisierung politisch Verfolgter festgelegt:

„1. Um die Bestimmungen zur Auslieferung zwischen den Vertragsstaaten zu erfüllen, kann ein Vertragsstaat nicht als politisches Vergehen, als Vergehen im Zusammenhang mit einem politischen Vergehen oder als politisch motiviertes Vergehen jeden schweren Gewaltakt (!) ansehen, der im Artikel 1 nicht bezeichnet ist, der aber gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit oder die Freiheit von Personen gerichtet ist.

2. Dasselbe trifft zu, was jeden schweren Eingriff gegen das Eigentum (!) betrifft, sofern er nicht im Artikel 1 genannt ist, aber von ihm eine unmittelbare Gefahr für andere Personen ausgeht" (zitiert nach ARBEITERKAMPF Nr. 97).

So würde bereits jede Botschaftsbesetzung (z.B. von persischen Studenten aus Protest gegen das faschistische Schah-Regime) wegen einer angenommenen „unmittelbaren Gefahr für andere Personen" – Botschaftsangehörige – ein Auslieferungsgrund sein.

Die „fortschrittliche" Haltung der BRD auf der UN-Asylkonferenz kann somit nur als reines Betrugsmanöver gewertet werden. Aber auch die Haltung der Regierungen der revisionistischen Länder oder derjenigen der „3. Welt" läßt eher erkennen, daß man sich auf das heikle Thema politisch Verfolgter aus anderen Ländern nicht einlassen will. Denn die Aufnahme politischer Flüchtlinge aus einem bestimmten Land bedeutet gleichzeitig, daß dieses Land als „undemokratisch" usw. eingestuft wird, was unter Umständen die ansonsten „freundschaftlichen Beziehungen" beeinträchtigen könnte.

Das Schicksal politisch Verfolgter aus faschistischen Ländern wird somit weiterhin der Willkür und dem Belieben der jeweiligen Länder ausgeliefert sein. Eine „internationale Solidarität" gegenüber politisch Verfolgten ist nicht einmal auf dem Boden des „Humanismus" unter den Bedingungen kapitalistischer und revisionistischer Verhältnisse möglich.

Es lebe die militante internationale Solidarität!

Emigrantenzelle

Im Auftrag der SAVAK: Meldegesetz neu „interpretiert"

Nicht genug damit, daß zahlreichen iranischen Studenten anläßlich des CISNU-Kongresses in Frankfurt die Einreise in die BRD verweigert und eine Demonstration der CISNU in Frankfurt verboten wurde, bemühte sich die Frankfurter Polizei auch intensiv um eine vollständige Namensliste der Teilnehmer des CISNU-Kongresses. Zu diesem Zweck versuchten die Bullen gemeinsam mit dem Frankfurter Ordnungsamt, den Leiter des „Hauses der Jugend" – in dem der Kongreß stattfand – Gottfried Mohs unter Druck zu setzen, indem sie von Mohs verlangten, alle Kongreßteilnehmer in die Meldekartei des Hauses einzutragen.

Mohs, ein aufrechter Demokrat, der bereits zuvor die Bullen daran gehindert hatte, das „Haus der Jugend" ohne Durchsuchungsbefehl zu stürmen, wies dieses Ansinnen entschieden zurück. Er ließ sich lediglich den Kongreßverantwortlichen in die Meldekartei eintragen und machte deutlich, daß er gerade angesichts der Verfolgung der CISNU durch den persischen Geheimdienst SAVAK nicht bereit sei, Maßnahmen zu ergreifen, die die freie Meinungsäußerung in seinem Haus untergraben. Dabei stützt er sich auf das hessische Meldegesetz, wonach *„bei mehr als zehn Personen nur der Reiseleiter einzutragen (ist)"*. So wurde es in den letzten Jahren immer gehandhabt. Im Fall der CISNU nun „interpretiert" das Frankfurter Ordnungsamt das Meldegesetz plötzlich dahingehend, daß der Begriff ‚Reisegesellschaft' durch eine gemeinsame Anreise bestimmt sei – eine Definition, die im Meldegesetz nirgendwo zu finden ist.

Auf Anweisung des hessischen Innenministeriums soll das Frankfurter Ordnungsgamt nun gegen Mohs ein Bußgeldverfahren wegen Verstoß gegen das hessische Meldegesetz einleiten.

Mohs, dessen Entscheidung von Jugendamtsleiter Faller unterstützt wird, sieht dem Bußgeldverfahren aufgrund der seltsamen Gesetzesinterpretation gelassen entgegen, fürchtet aber zu Recht um die Zukunft von politischen Veranstaltungen im Stile des CISNU-Kongresses, falls der Bußgeldbescheid rechtskräftig werden sollte.

Mittlerweile hat auch der Frankfurter Jugendring das Verhalten von Mohs und Faller begrüßt und fordert vom Ordnungsamtleiter Dr. Schiller *„Aufklärung darüber, ob er einem Amtshilfeersuchen des persischen Geheimdienstes nachgekommen ist"* („FR", 29.1.77).

Antifa-Kommission des KB/ Gruppe Frankfurt

IMPRESSUM

Herausgeber – Druck – Verlag
J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF
2 Hamburg 50, Lerchenstraße 75
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.
Auflage: 24.500
Erscheinungsweise: 14tägig
Verkaufspreis: DM 1,–
Verlagskonten: Dresdner Bank: 451 8378, J. Reents und Postscheckkonto Hamburg: 240 595, J. Reents



Nazis freigesprochen!

Am 12. Juni 1976 initiierte die NPD eine bundesweite Kampagne zum 17. Juni. So auch in Eutin, wo zwei Info-Stände auf dem Neuen Markt errichtet wurden.

Von Antifaschisten wurde gegen die Verteiler Anzeige erstattet, wegen Volksverhetzung, Uniformierung sowie Verbreitung von faschistischer Propaganda. Die angezeigten Faschisten heißen:

- Annemarie Witt, Beuthiner Str. 242, Eutin (Frau des NPD-Landesvorsitzenden Oberst a.D. Dr. Werner Witt);
- Fritz Feddermann, Achterm Diek 4 c, Bornhöved;
- Gunnar Pahl, Saarbrückenstr. 176, Kiel-Hassee;
- Eggert Pahl, Hansastr. 8, Kiel.

Gegen die Brüder Pahl wurde im besondern Anzeige wegen des Tragens einer Uniform (schwarze Hose, schwarzes Hemd, braunes Koppel und am Hemd das Zeichen der „Aktion Widerstand") als Ausdruck ihrer gemeinsamen politischen Gesinnung sowie wegen des Mitführens von Schlagstöcken erstattet.

Der bekannte Staatsanwalt Wirsich (etliche Male Ankläger gegen Antifaschisten) schlug die Anzeige nieder und begründete dies damit,

- daß der Schlagstock nur zur „Abschreckung" dienen sollte;
- daß die beiden Pahls schwarz als Ausdruck der Trauer im Hinblick auf den 17. Juni getragen hätten und sich nicht bewußt seien, „auch nur eine uniformähnliche Kleidung getragen zu haben";
- daß die Pahls keinen Organisationen, wie z.B. der „Wiking-Jugend" angehören, der die Uniformierung ausdrücklich verboten wurde. Dies wird den Faschisten von der Staatsanwaltschaft geglaubt, obwohl beide in engstem Kontakt zu den Faschisten Hain und Oetker stehen, die erklärtermaßen Mitglieder der „Wiking-Jugend" sind;
- daß in Christophersen's „Auschwitz-Lüge" und in der darin aufgestellten Behauptung, es seien „nur" 200.000 und nicht sechs Millionen Juden von den Nazis ermordet worden, kein Angriff auf die Menschenwürde anderer liege, „sondern nur (!) die Verfälschung eines historisch erwiesenen Sachverhalts".

Weiterhin verstand es Wirsich, die ganze Anzeige mit formalen Argumenten und „Brockhaus"-Wissen (z.B.: *„Historisch bezeichnet die Odal-Rune das einheimische Schriftzeichen der Germanen für den Erbbesitz"*) zu den Akten zu legen.

Die durch Wirsich entschiedene Nicht-Verfolgung der Faschisten bestätigte der Generalstaatsanwalt.

Nebenbei warf dieser Fall ein bezeichnendes Licht auf die internationalen Umtriebe der Faschisten, denn es kam ans Tageslicht, daß Gunnar Pahl sich zur Zeit nicht in der Bundesrepublik Deutschland, sondern in der U-Haftanstalt in Brügge (Belgien) befindet. Er wartet dort auf einen Termin vor einem belgischen Gericht, wobei entschieden werden soll, ob er nach Italien abgeschoben wird oder nicht. Gegen ihn soll ein Haftbefehl aus Italien vorliegen.

Eigentlich doch ein weiterer Beweis dafür, daß von „harmlosen Einzelgängern" wirklich nicht die Rede sein kann.

KB/Gruppe Kiel

„Schwarzes Zeug aus Trauer zum 17. Juni"

StrauSS kann's nicht lassen
Nun Ministerpräsident in München?

Knapp acht Wochen nach seinem mißglückten Putsch von Kreuth hat F.J. Strauß in seiner üblichen zurückhaltenden Art nun Ambitionen auf den Sessel des bayrischen Ministerpräsidenten angemeldet: **„Wenn meine Freunde in Bayern mit mir darüber reden wollen, bin ich jederzeit dazu bereit"** („Hamburger Morgenpost", 25.1.77).

Mittlerweile haben schon zwei Gespräche zwischen Goppel, dem amtierenden Ministerpräsidenten, und StrauSS stattgefunden, offensichtlich mit dem Ziel, den Zeitpunkt und die Form des „Rücktritts" von Goppel abzuklären, der derzeit von seinem Glück noch gar nichts wissen will.

StrauSS hat schon wiederholt in den letzten Jahren angedeutet, daß er mit dem Posten des bayrischen Ministerpräsidenten liebäugelt. Sollte dieses Mal mehr dahinterstecken und StrauSS jetzt auf diesem Weg über die Provinz-Hausmacht einen erneuten Anlauf zur Macht vorbereiten, so erscheint der Erfolg fraglich. Der Putsch von Kreuth hat die Widersprüche innerhalb der CSU verstärkt. Die Wortführer der Anti-StrauSS-Gruppe sind Minister der bayrischen Regierung (Merk, Heubl, Jaumann). Zudem steckt die bayrische Regierung in einer Krise, die durch das Ausscheiden mehrerer Minister ausgelöst wurde.

Angesichts dieser Situation kommt selbst die „Welt" zu dem Schluß: StrauSS *„wird voraussichtlich auch die 62,1 Prozent von 1974 nicht mehr erreichen"* (31.1.77). Dieser Satz zielt auf die Spekulationen, denen zufolge StrauSS durch ein triumphales Wahlergebnis bei den bayrischen Landtagwahlen 1978 seine Kanzlerkandidatur 1980 vorbereiten will.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Kampf der Kumpanei zwischen Polizei, Justiz und Faschisten!

In der letzten Zeit häufen sich nicht nur insgesamt die Angriffe der Klassenjustiz gegen demokratische und kommunistische Organisationen. Zunehmend gehen die Gerichte der BRD auch dazu über, auf Anzeige von Faschisten gegen Antifaschisten vorzugehen und in Auseinandersetzungen zwischen Antifaschisten und Faschisten eindeutig zugunsten der Faschisten zu entscheiden.

Wir geben in diesem Artikel einen Überblick über Prozesse, die in den letzten fünf Jahren gegen Antifaschisten geführt wurden.

So urteilten westdeutsche Gerichte:

1971 versuchen Beate und Serge Klarsfeldt den ehemaligen Pariser Gestapochef Kurt Lischka nach Frankreich zu entführen. Lischka war dort in den 50er Jahren zum Tode verurteilt worden. Die Klarsfeldts wollten damit gegen die Begünstigung von NS-Verbrechern in der BRD demonstrieren. Statt Lischka und anderer NS-Verbrecher kamen die Klarsfeldts auf die Anklagebank: Serge K. zwei Monate auf Bewährung wegen „Nötigung", Beate K. zwei Monate ohne Bewährung wegen Körperverletzung.

1971 will die Tochter des von den Faschisten ermordeten Hamburger KPD-Führers Fiete Schulze einen gerichtlichen Entscheid erhalten, daß der Faschist Frey (u.a. Herausgeber der „Nationalzeitung") nicht weiter ihren Vater einen Mörder schimpfen darf. Frey bezieht sich auf ein Nazi-Urteil aus dem Jahre 1935 gegen den Genossen Schulze. Die Hamburger Richter wollten ihren alten Kollegen nicht nachstehen und wiesen die Klage zurück: Fiete Schulze darf weiter von Frey als „Mörder" bezeichnet werden!

Dezember 1973. Nach Protestaktionen gegen Stände der NPD wird ein Hamburger Arbeiter verurteilt. Der Antifaschist H. wird mit 1.500 Mark bestraft, weil er bei einer Schlägerei der NPD-Ordner anderen Antifaschisten half. Die u.a. mit Schlagringen bewaffneten Faschisten kamen nicht auf die Anklagebank.

1974 nahm der DKP-Funktionär K. an der Verhinderung einer NPD-Veranstaltung in Düsseldorf teil. Er wurde wegen „Nötigung" und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz zu 360 Mark in 2. Instanz verurteilt.

März 74 organisierte die NPD in Lübeck eine Veranstaltung mit dem Thema „Mit Willy Brandt in den Abgrund". Dabei schlugen NPD-„Ordner" und Bullen vereint auf die anwesenden Antifaschisten ein. Resultat vor Gericht: 900 Mark Strafe wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz für einen Lübecker Antifaschisten.

Mai 74 demonstrierten Eutiner Antifaschisten gegen eine Versammlung der NPD. „Ordner" und Bullen prügelten auf Zwischenrufer los. Anzeigen von Genossen wurden abgelehnt, stattdessen wurden zwei Genossen zu je 600 Mark und einer zu 900 Mark verurteilt, wegen „Hausfriedensbruch" und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz.

Juni 74 demonstrierten in Lüdenscheid 100 NPD'ler u.a. für das faschistische Chile. Drei Antifaschisten wurden angeklagt, „an Gewalttätigkeiten sich beteiligt zu haben, in der Absicht, einen nicht verbotenen Aufzug zu sprengen". Ausgang: uns unbekannt.

August 74 fotografierten NPD-„Ordner" demonstrierende Antifaschisten. Bei der darauffolgenden Schlägerei (vereint mit Bullen) wurden fünf Genossen festgenommen. Sie wurden wegen Sachbeschädigung und Körperverletzung, Landfriedensbruch etc. angeklagt. Von den prügelnden Faschisten wurde keiner angeklagt. Auch hier wissen wir nicht den Ausgang.

September 74 wurden zwei Arbeiter nach einer Schlägerei in Hamburg festgenommen. Der Vorwurf „schwerer Raub" und „Körperverletzung", der zu U-Haft führte, bestand darin, daß Faschisten ein Fotoapparat abgenommen worden war. Der Prozeß kommt jetzt in die 2. Instanz.

November 74 wird in einer ARD-Sendung nach der „Trauerfeier" für Drenckmann von dem CDU-nahen Journalisten Walden gesagt, Böll habe den Boden der Gewalt durch den Ungeist der Sympathie mit den Gewalttätern gedüngt. Laut Gerichtsurteil darf Walden dies weiter behaupten.

Dezember 74. Ca. 500 Antifaschisten demonstrieren in Kassel auf einer Veranstaltung der „Bürgerinitiative für freiheitliche Ordnung" gegen Löwenthal. Nach Überfällen von Zivilbullen und „Ordnern" gegen die Demonstranten wurde ein Antifaschist wegen Körperverletzung angeklagt. Zur Hauptverhandlung wurde der Genosse 14 Tage in „Schutzhaft" genommen, da er „wegen Krankheit sich des Verfahrens entziehen wollte", so zumindest nach Ansicht der Richterin. Ausgang unbekannt.

1975. Neun französische Antifaschisten werfen Fensterscheiben beim NS-Verbrecher Lischka in Köln ein. Deswegen wurden sie zu Geldstrafen zwischen 600 und 4.000 Mark verurteilt.



Mai 75. Herr Steigleder bewirbt sich um den Posten des Vizepräsidenten an der Kieler Uni. Der damalige AStA schrieb dazu u.a.: **„Steigleder ist bekannt aus Naziprozessen, in denen er SS-Leute raushaut".** Steigleders Ehre war berührt und er zog vor Gericht. Der Ausgang ist uns nicht bekannt.

Juni 75 organisiert der NHB an der Carl v. Ossietzky-Uni in Oldenburg eine provokatorische Veranstaltung „Die Kriegsschuldfrage des II. Weltkrieges". Die Veranstaltung wurde von Antifaschisten verhindert. Jetzt sollen zwei Genossen wegen Sachbeschädigung und Verstoß gegen das Versammlungsrecht vor Gericht gestellt werden.

September 75 stellt der CDU-Kreisverband Varel (Friesland) Anzeige gegen Urheber und Verbreiter eines Plakates. Dies Plakat war im Rahmen des Wahlkampfes gegen einen Auftritt von Stoltenberg gemacht worden.

Dezember 75 provozieren Zivilbullen Genossen aus dem BDJ/RBJ-Zentrum Eimsbüttel (Hamburg). Vier Genossen werden festgenommen. Einer wurde inzwischen zu 300 Mark verurteilt. Die drei restlichen Anklagen stehen noch aus, da von Eltern Anzeigen gegen die Polizei erstattet wurde.

Februar 76 schrieben wir im REBELL über faschistische Umtriebe an der Albinus-Realschule in Lauenburg. Der Rektor der Schule, Schwirz, der im Artikel angegriffen worden war, erstattete Anzeige. Es wurde uns gleich im voraus erschwerend zur Last gelegt, daß wir schon „einschlägig vorbestraft" seien. Der Prozeß steht für den 25.2.77 an.

August 76 erhält der KB eine Anzeige vom Faschisten Frey, weil wir die angebliche Hinrichtung des SS-Verbrechers Peiper in Frankreich gebilligt hätten. Der Prozeß steht demnächst an.

September 76. Der Frauenhändler Jensen in Flensburg droht der dortigen Frauengruppe mit Anzeige wegen Beleidigung, wenn sie nicht öffentlich den Vorwurf zurücknehmen, er sei ein Menschenhändler. Jensen betrieb ein sogenanntes Eheinstitut, wo thailändische Frauen an zahlende Männer verkauft wurden.

Oktober 76 erhielt der KB vom NS-Verbrecher Rosenbaum in Hamburg eine Anzeige, mit der uns verboten werden sollte, über die bevorzugte Behandlung Rosenbaums im Knast zu berichten. Der Prozeß steht noch aus.

November 76. Ministerpräsident Filbinger droht Biermann mit einer Anzeige, falls er die Behauptung, Filbinger sei ein Faschist und habe den Tod mindestens eines Menschen auf dem Gewissen, nicht zurücknehmen würde. Leider fiel Biermann sofort um.

Januar 77 dürfen Strauß & Co. weiter laut Gerichtsurteil behaupten, daß Wallraf und Engelmann „Untergrundkommunisten" seien, und daß der „Pressedienst Demokratische Initiative" eine „Kommunistische Tarnorganisation" sei.

Der Überblick über die Prozesse gegen Antifaschisten – innerhalb und außerhalb unserer Organisation – ist bei weitem nicht vollständig. Die gerichtlichen Nachspiele antifaschistischer Aktionen wurden allzu häufig den einzelnen Genossen bzw. Anwälten überlassen, obwohl klar ist, daß die Bourgeoisie die Einzelnen, die sie mal „erwischt" hat, stellvertretend für alle anderen Antifaschisten und Demokraten fertig zu machen versucht. Selbst die vorliegenden Fälle konnten von uns z.T. nur mit erheblicher Mühe und persönlichem Nachbohren, selbst bei unseren eigenen Genossinnen und Genossen, in Erfahrung gebracht werden! Ganz zu schweigen davon, daß zwischen den Organisationen in dieser Frage kaum überhaupt Informationskontakte bestehen. Das ist ein untragbarer Zustand. Gerade solche Genossen, die stellvertretend vor die Justiz geschleppt werden, haben einen Anspruch auf konkrete Unterstützung gegen die vereinten Angriffe von Staatsapparat und Faschisten! In vielen Fällen ist auch materielle Solidarität notwendig.

Darüberhinaus muß viel mehr als bisher die Möglichkeit genutzt werden, das Zusammenspiel von Polizei, Justiz und Faschisten zu enthüllen und daran antifaschistische Empörung zu entwickeln. In diesem Sinne sehen wir mit Spannung vor allem den Prozessen des Alt-Faschisten Rosenbaum und des „Neo"-Faschisten Frey gegen unsere Organisation entgegen.

Wir fordern unsere Leserinnen und Leser auf, sich an uns zu wenden – sei es, daß sie selber betroffen sind oder Kenntnis über andere Fälle haben.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Können StrauSSe Amok laufen?

Zu dem Artikel „Strauß läuft Amok" (AK 94) haben wir eine Reihe von Kritiken erhalten. Auch über die schriftlich eingegangenen Kritiken hinaus hat sich gezeigt, daß dieser Artikel (und damit unsere Einschätzung des Kreuther Trennungsbeschlusses der CSU) von vielen Genossen unserer Organisation als „leichtfertige, gefährliche Unterschätzung der Pläne der Bougeoisie" u.ä. kritisiert wurde.

Obwohl die weitere Entwicklung unserer Einschätzung in AK 94 wohl Recht gegeben hat, wollen wir im Folgenden auf die wesentlichsten Argumente der Genossinnen und Genossen eingehen.

In allen Kritiken wird die Abspaltung der CSU als zwangläufiges Ergebnis der Bundestagswahlen und als Auftakt zur Neugründung einer 4. Partei" als einem rechts-radikal/ faschistischem Sammelbecken dargestellt.

„Der Prozeß der langsamen Gewöhnung an eine faschistische Massenpartei kann jetzt von der CSU-Führung eingeleitet werden. Genau dieses Konzept mußte StrauSS nach dem Scheitern der vielen 4. -Partei-Konzeptionen wählen. Eine immer offen faschistischer auftretende CSU hat eine solidere Basis hinter sich und kann viel flexibler auftreten als NPD/ 4. Partei etc". - „Eine offen reaktionäre bundesweite CSU könnte das zersplitterte rechtsradikale Potential auf sich vereinigen".

Wir hatten in AK 94 geschrieben, daß die Gründung einer CSU auf Bundesebene in eine Zeit fällt, *„in der der politisch-ideoligische Boden für ein solches Unternehmen noch nicht bereitet ist".* Belegt haben wir dies durch den Hinweis auf das Scheitern der von StrauSS vorgeschickten „4.Partei". Ebenso haben wir darauf verwiesen, daß sich *„bislang nur der ganze rechte Schrott zu diesen Plänen bekannt hat."*

Notwendig, um ein solches Manö-

ganze rechte Schrott zu diesen Plänen bekannt hat."

Notwendig, um ein solches Manö-ver für die Bourgeoisie mit einigermaßen Aussicht auf Erfolg zu starten, ist wohl allemal eine sogfältige politsiche und propagandistische Vorbereitung. Es sei hier nur an die massiven Kampagnen zur Propagierung des „Bund Freies Deutschland" wie auch der „AVP" erinnert. Leider sind die Genossen überhaupt nicht auf dieses Argument eingegangen. Im Gegenteil werden in den Kritiken sozusagen der Bourgeoisie nochmal alle angeblichen Vorteile, die der Kreuther Trennungsbeschluß für sie hätte haben können, schmackhaft gemacht *„Eine StrauSS-freie CDU kann sich gut bei rechten SPD/FDP- Anhängern profilieren, die nur durch die StrauSS-Bande von einer Stimmabgabe für die CSU abgehalten wurden". - „Eine bundesweite CSU würde es der CDU erleichtern, sich selbst als Mitte darzustellen - entsprechend neue Wählerschichten zu gewinnen, ohne ihren politischen Standort zu ändern".*

Es ist unbestritten, daß die Bourgeoisie derartige Pläne hat, wie ihre vielfältigen Versuche in den letzten Jahren zeigen. Diese Versuche zeigen aber auch, daß diese Pläne nicht ohne weiteres die erforderliche Resonanz in der Bevölerung finden.

Ein „Hau-Ruck-Verfahren" beim Aufbau dieser Partei mit StrauSS an der Spitze ist dabei kaum günstig für die Bourgeoisie: Immer wieder hat StrauSS durch seine Skandale, seine Hetzreden (Sonthofen), seine offen anti-demokratischen Machenschaften („Spiegel"affäre) usw. breite demokratische Empörung ausgelöst. Gerade im letzten Jahr haben StrauSS' Kontakte zu portugiesischen (Spinola) und griechischen (Chrike) Faschisten auch im Ausland Protest hervorgerufen. Eine faschistische Partei in der BRD würde mit Sicherheit über den vorhandenen Protest gegen Berufsverbote, Polizeistaat und (ansatzweise) faschistische Umtriebe hinaus antifaschistische Erinnerungen wekken, während der BRD-Imperialismus noch bestrebt ist, sein „Modell Deutschland" als demokratisches „Modell für Europa" zu verkaufen.

Dieser heute von der Bourgeoisie vorgezogene „ruhigere Weg" ändert dabei überhaupt nichts daran, daß sie l a n g f r i s t i g den Aufbau einer faschistischen Partei ins Auge faßt; was hieran deutlich wird, ist die Tatsache, daß F.J. StrauSS a k t u e l l einfach taktisch unklug vorgegangen ist.

Als weiteren Beleg für unsere Einschätzung hatten wir angeführt, daß Strauß mit dem Kreuther Beschluß auf massiven Protest selbst in den Reihen der CDU getroffen ist. Hierzu meinen die Genossinen und Genossen: *„Wenn der AK94 davon spricht, CSU-Mitglieder und auch Funktionäre haben mehr oder weniger stark gegen den Putsch der StrauSS-Clique protestiert, so kann man jetzt wohl sagen, daß StrauSS sich diktatorisch durchgesetzt hat und es nur einen Austritt aus der CSU gegeben hat". - „Die Empörung kreist um Stilfragen und ist regional zu einseitig ausgerichtet." - „Sicher, Filbinger und Dregger unterstützten StrauSS nicht bei der Trennung der Fraktionen, aber die Kritik blieb doch sehr sanft und im Wesentlichen auf die Form der Bekanntgabe des Beschlusses beschränkt."*

Ja, erwarten die Genossen im Ernst, daß ausgerechnet Dregger und Filbiner sagen: Der StrauSS spinnt ? Der Kreuther Fehlstart hat erneut deutlich gemacht, was sich hinter der Maske des demokratischen Politikers bei StrauSS so alles verbirgt. Wenn die Genossinnen und Genossen dieses selbst nach bürgerlichen Begriffen und Maßstäben undemokratische Vorgehen zur bloßen „Stilfrage" herabsetzen, so fallen sie auf die engsten Bundesgenossen von StrauSS herein: Dregger und Filbinger haben doch von Anfang an versucht, die Spuren dieses Putsches zu verwischen und d e s h a l b von „Stil-und Form-fragen" gesprochen!

Immerhin waren die „Stil-und Formfragen" (in Wahrheit natürlich taktische Widersprüche zu StrauSS) so gravierend, daß erstmals seit über 15 Jahren ein Sonderparteitag der CSU einberufen wurde.

Warum können StrauSSe nicht Amok laufen?

In den meisten Kritiken wird uns z.T. sehr massiv der Vorwurf gemacht, wir würden bei der Einschätzung von StrauSS von *„Oberflächenerscheinungen des politischen Lebens"* ausgehen,, wir hätten einen *„unkommunistischen Erklärungsansatz"* gewählt, *„im Stile linksbürgerlicher Zeitungen uns die Hände über die angebliche Schwäche der Rechten gerieben"* oder gar: *„Die Antifa-Kommission läuft Amok".*

die angebliche Schwäche der Rechten gerieben" oder gar: „Die Antifa-Kommission läuft Amok".

Dies macht sich wesentlich an einigen Sätzen in AK 94 fest, in denen wir StrauSS während seines Amoklaufes charakterisierten, z.B. daß er *„am Abend dieses Beschlußtages ungewohnt mickrig und stotternd auf den Fernsehbildschirmen erschien"* u.a. Wir hatten diese - in der Tat oberflächlichen Erscheinungen - als Illustration für unsere These genommen, daß StrauSS sich diesmal zu weit vorgewagt hatte, er keine Resonanz für seinen Schritt gefunden hatte und er selbst eben nicht mehr Herr der Situation war.

Als Argumente gegen unsere Einschätzung kommen in den Kritiken gerade an diesem Punkt bloße Behauptungen nach dem Motto: Weil nicht sein kann, was nicht sein darf: z.B. *„Seine Pläne zur 4. Partei sind keineswegs 'hektische Schritte' in seinem 'fortgeschrittenen Alter'. Es handelt sich auch n i c h t um einen i n d i v i d u e l l e n Akt, sondern ist ein gezielter politscher Strategiewechsel".- „Der Tendenz des Artikels nach könnte man annehmen, dieser Putsch sei auf dem Mist eines größenwahnsinnigen Trottels gewachsen. Das ist eine gefährliche Unterschätzung der Pläne der Bourgeoisie. Meint denn die Antifa-Kommission, die Politiker der bürgerlichen Parteien dürften selbständig ihre Machtbestrebungen durchsetzen?".*

Im Gegenteil! Gerade der Kreuther Fehlstart von Strauß zeigt, daß sie es nicht dürfen!

Im Gegensatz zu den Kritikern sind wir allerdings der Ansicht, daß es durchaus bürgerliche Politiker gibt, die nicht nur „aggressiv, hemdsärmelig und verschlagen" sind, sondern gerade durch diesen „Stil" a u c h in bestimmten politischen Situationen ein gewisses Risiko für die Bourgeoisie bedeuten. Nicht zuletzt darauf haben wir hingewiesen, als wir in AK 94 den „Spiegel-Putsch" von 1961 in Erinnerung riefen, wo StrauSS schon auch von der Bourgeoisie zurückgepfiffen wurde.

Bei der Kritik am AK-Artikel geht es unserer Meinung nach im Wesentlichen nicht um Widersprüche in der Einschätzung der Tatsachen. Hier können immer wieder Fehleinschätzungen und Meinungsverschiedenheiten auftreten. Im Kern geht es darum, daß die Kritiker ein dogmatisches Verständnis vom Begriff der „vorbeugenden Faschisierung" haben, daß sie zu einer im Grunde resignativen Haltung im antifaschistischen Kampf führt.

So gehen alle Kritiker von einem Plan der Bourgeoisie aus, eine faschistische Massenpartei aufzubauen. Aus dem tatsächlichen Vorhandensein eines solchen Plans schließen sie aber, daß jeder Furz eines prominenten Reaktionärs ein geplanter Schritt auf einem geradlinigen Weg dazu sein m ü s s e . Die Genossen argumentieren, damit, daß die Bourgeoisie langfristig und umsichtig plant (unbestritten) und daß sie deshalb auch taktisch keine Fehler macht! Aus dieser Haltung heraus erklärt sich auch, warum wenig auf die praktisch -politische Aufforderung im AK-Artikel eingegangen wird: Anhand der Vorgänge den antifaschistischen Kampf voranzutreiben und *„die breite Empörung und Abscheu über die gangsterhaften Praktiken des FJS auszunutzen, um über dessen erzreaktionäre faschistischen Ziele und die vom Staat betriebene Faschisierung aufzuklären"* (AK 94).

Statt diese Aufgabe anzupacken, verbreiten die Genossen in ihren Kritiken Resignation. Andere Genossen wenden ein, unser „Aufruf" würde insofern *„ins Leere stoßen, als diese Ziele und Praktiken der Person F.J. StrauSS jedem sozialdemokratischen Arbeiter längst klar sind".* Das wäre schön, nicht ...? Und eben diese Genossen sind es, die uns auffordern, erstmal nach Kapitalfraktionen zu suchen, bevor man überhaupt was machen könnte.....

Diese Haltung führt zu einer Geringschätzung des antifaschistischen Kampfes und zu mangelndem Vertrauen in die Arbeiterklasse. Die Genossen stecken im Grunde den Kopf in den Sand, anstatt jede Schweinerei der Bourgeoisie zu einer konkreten Mobilisierung des antifaschistischen Bewußtsein zu nutzen.

Auch die Antifa-Kommission ist von dieser Haltung nicht verschont geblieben. Wir erinnern z.B. an die Auseinandersetzung um die Anti-NPD-Aktion am 7.8.76 in Hamburg (AK 86), wo eine starke Strömung die großspurigen Ankündigungen der Faschisten ohne Prüfung für voll genommen hat, während in Wirklichkeit die Konfrontation zwischen Antifaschisten und Staatsapparat stattfand, während die Faschisten kein Bein auf die Erde brachten.

Im Falle der Kritiken am StrauSS-Artikel war es die CSU/CDU-Arbeitsgruppe der Antifa-Kommission, die aus einer ähnlichen Haltung heraus längere Zeit die offensive Auseinandersetzung mit den vorhandenen Fehlströmungen versäumte.

Antifa-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

Leserbriefe zu „Strauß läuft Amok"

In der gesamten bürgerlichen Berichterstattung wird die Spaltung der CDU/CSU, als eine persönliche Angelegenheit von StrauSS dargestellt. Die bisherige Einschätzung des AK gegenüber StrauSS, als oberster Einpeitscher und Handlanger einer eigenständigenen und bewußt handelnden Kapitalistenklasse, liegt doch gerade darin, daß StrauSS den Auftrag hat, die faschistische Politik der Imperialisten vorzubereiten, anzutesten und sie im richtigen Moment durchzuziehen. Seine Pläne zur Vierten Partei sind keineswegs „hektische Schritte" in seinem „fortgeschrittenen Alter". Es handelt sich auch nicht um einen individuellen Akt, sondern ist ein gezielter politischer Strategiewechsel. Bislang werden die faschistischen Gruppen in der BRD auch so eingeschätzt, daß sie der Wegbereiter einer neuen faschistischen Sammlungsbewegung sind. Wenn der AK 94 davon spricht, CSU-Mitglieder und auch -Funktionäre haben mehr oder weniger stark gegen den Putsch der Strauss-Clique protestiert, so kann man wohl jetzt sagen, daß sich StrauSS diktatorisch voll durchgesetzt hat und es nur einen Austritt aus der CSU gegeben hat („Stern" Nr. 50).

voll durchgesetzt hat und es nur einen Austritt aus der CSU gegeben hat („Stern" Nr. 50).

Der ideologische Boden, um eine faschistische 4. Partei mit StrauSS bundesweit zu gründen, ist wohl schon geschaffen, was unsere Enthüllungsarbeit der vergangenen Jahre zeigt. Mit dieser Spaltung wird auch das Rollenspiel zwischen CDU-CSU effektiver. Die CDU hat anscheinend ihren faschistischen Anschein verloren und kann somit sich als Partei der Mitte weiter konsolidieren, was besonders in Schichten der Arbeiter wichtig ist. Es gibt keine Sonthofener Reden mehr in den Sozialausschüssen.

Daß die CDU mit ihren rechten Spitzenpolitikern wie Dregger, Filbiner sich an StrauSS anhängen, ist auch nicht geplant, weil die rechten Teile der CDU ihre Führer verlieren würde. Es ist einfach lächerlich, mit Erscheinugen von StrauSS („ist unsicher, mickrig, stotternd, überrascht, superhecktisch") die Gefährlichkeit herunterzuspielen.

Es ist nur sehr seltsam, wie auf einmal von schwacher Situation oder Schlampkopf die Rede ist, wo doch sonst die Gefahr der Faschisierung von Staat und Gesellschaft ernst genommen wurde. Es müßte doch jetzt die Gefährlichkeit einer neuen 4. Partei genau herausgestellt werden. Besonders vor allen Dingen weil sie hier vom gefährlichsten und qualifizierten Faschisten geplant wird, der keine halben Sachen machen wird".

Ein Genosse der BO Bergedorf
KB/ Gruppe Hamburg

IIIIIII

„In dem Artikel „Strauss läuft Amok", AK Nr. 94, würde der Versuch gemacht, die Trennung der CSU von der CDU politisch zu erklären: StrauSS wird als seniler Politiker dargestellt, der nicht mehr in der Lage ist, die reale Stärke der Ultra-Rechten zu erkennen und deswegen mit seinem Trennungs- „Putsch" „Amok läuft". Hier wird ein Erklärungsansatz gewählt, der von den Oberflächenerscheinungen des politischen Lebens ausgeht: „Strauss scheint in seinem fortgeschrittenen Alter jetzt bereit zu sein, alles auf eine Karte zu setzen", „Strauss erschien ungewohnt mickrig und stotternd auf dem Fernsehschirm", „offensichtlich hat da einer diesmal zu hoch gepokert".

Ein derart unkommunistischer Erklärungsansatz, der nicht von den grundlegenden gesellschaftlichen Bedingungen und Bewegungen ausgeht, führt dazu, daß man diese entweder ignoriert oder falsch beurteilt.

So wird nur konstatiert, daß „Dr. Reinhard Kreile, CSU-Präsidiumsmitglied und als Präsidiumsmitglied des „Wirtschaftsrates der Union" der Mann mit dem Geld", zu den von StrauSS Eingeweihten zählt. Es wird nicht untersucht, zu welcher Kapital-Fraktion „der Mann mit dem Geld" gehört und inwieweit die Tatsache, daß Kreile als einer der ersten eingeweiht wurde, zeigt, daß ganz bestimmte Kapitalinteressen hinter dieser Aktion stehen, bzw. sie vorbereitet und unterstützt haben.

So wird der Wahlausgang interpretiert, daß „die Strauss-Erwartungen für dieses Mal noch zu hoch gespannt waren". (Auch) der Testballon der AVP wird als ein gescheiteter Versuch angesehen, was in keiner Weise belegt ist. Vielmehr kann man vermuten, daß dieser Versuch die Rechten bestätigt hat, daß es möglich ist, die „Doppeltaktik" („bürgerliche Mitte' einerseits und offen rechtsradikal andererseits) auf das gesamte Bundesgebiet auszuweiten, weil die rechtsradikale Aktivierung der Kleinbürger möglich scheint.

Dort nämlich, wo Straussens offen faschistischer Kurs überhaupt zur Wahl stand, sind seine Erwartungen voll erfüllt worden (60% CSU-Stimmen in Bayern).

Dies zusammengenommen zeigt, daß StrauSS von einer Position der relativen Stärke ausgeht und nicht - wie es im Artikel heißt — „von einer „Situation der Schwäche, in der sich StrauSS und seine Mannen befinden".

Man sollte in diesem Zusammenhang nicht vergessen, daß es gerade der AK ist, der ständig die zunehmende Faschisierung von Staat und Gesellschaft herausarbeitet, die ja gerade den politisch-ideologischen Boden für ein solches Vorgehen bereitet.

In diesem Artikel wird unsererer Meinung nach die Bedeutung des Vorgehens von StrauSS als ein weiterer Schritt in Richtung Faschisierung verkannt und sich im Stile linksbürgerlicher Zeitungen die Hände über die angebliche Schwäche der Rechten gerieben. Dies setzt den Kampf gegen die Faschisierung unter falsche Vorzeichen und schwächt ihn damit".

Genossen der Stadtteilzelle Göttingen

IIIIII

„In dem Artikel Strauß läuft Amok in Ak 94 wird eine Einschätzung der Auflösung der Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU gegeben, die auf Kritik gestoßen ist. Insgesamt wird der Beschluß von Kreuth als 'Ausdruck der Schwäche' gewertet, in der sich Strauß und seine Mannen befinden. Es könnte sich um den letzten Putschversuch des F.J.S. gehandelt haben, wird gemutmaßt. Als wesentliche Argumente für solch eine Einschätzung werden gebracht:

1. Der Testballon einer vierten Partei ist in dieser Bundestagswahl gescheitert.
2. Das Ausspielen der Karte „4.Partei" fällt in eine Zeit, wo der Boden dafür politisch-ideologisch noch nicht bereitet ist.
3. Die CDU-Rechten Dregger, Filbinger und Co. haben Strauß bei der Trennung der Fraktionen nicht unterstützt, Unterstützung kommt nur vom rechten Schrott, d.h. den auf Massenebene bisher erfolglosen Faschistenkreisen um die AVP.

In dem Artikel heißt es, Strauß habe sich nach dem Scheitern der Doppeltaktik der CDU/CSU (zugleich bürgerliche Mitte und offen rechtsradikal zu sein) dazu entschlossen, das von ihm gewünschte Tempo der Faschisierung im Alleingang durchzusetzen (Weil er wegen seines hohen Alters nicht mehr abwarten kann??).

Bei dieser Interpretation fehlt der Hinweis auf die offenkundigen Vorteile, die die Trennung von CDU und CSU mit sich bringen:

Einerseits wird es doch der CDU ohne den in breiten Kreisen verhaßten Strauß leichter gelingen können, an neue Wählerkreise heranzukommen, etwa aus dem Lager der FDP oder der rechten SPD.

Andererseits werden die Faschisten, die bisher immer an der 5% Hürde scheiterten mit Hilfe einer bereits etablierten CSU eher hoffähig und wählbar.

Auch kurzfristig, d.h. für die anstehende Regierungsbildung, ist die jetzt vollzogene Trennung von CDU und CSU und ein damit verbundenes Spiel mit verteilten Rollen nicht ohne Auswirkung: Werden jetzt nicht (nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage in der freien Marktwirtschaft) die Abgeordnetenpreise speziell bei der FDP sinken? Die Regierungsbildung in Niedersachsen gibt da eine Richtung an!

Sicher, Filbinger und Dregger unterstützten Strauß nicht bei der Trennung der Fraktionen, aber die Kritik blieb doch sehr sanft und im Wesentlichen auf die Form der Bekanntgabe des Beschlusses beschränkt. Nach der Süddeutschen Zeitung vom 25.11. unterstrich Filbinger, daß die beiden Parteien aufeinander angewiesen sind und daß keine ohne die andere auf Bundesebene etwas erreichen könne. Das kann man auslegen wie man will. Das kann zum geeigneten Zeitpunkt (der ja auch von der CSU noch nicht bestimmt ist) auch Unterstützung einer bundesweiten CSU bedeuten.

der CSU noch nicht bestimmt ist) auch Unterstützung einer bundesweiten CSU bedeuten.

Kurz: die wesentlichen Argumente, die in dem Artikel gebracht werden, ziehen nicht so recht.

Was nun die Einschätzung angeht, die Trennung sei Ausdruck der Schwäche, sei darauf hingewiesen, daß eine Trennung der Fraktionen von Strauß bereits vor vier Jahren ins Auge gefaßt wurde. Damals wurden diese Überlegungen von Strauß öffentlich gemacht, bevor Beschlüsse gefaßt waren. Der damalige Testballon platzte an dem Widerstand innerhalb der CSU selbst. Diesmal ging das Ganze satzungsgemäß glatt über die Bühne, worüber ein paar Austritte aus der CSU nicht wegtäuschen können. Zwar fordern einige Bezirke einen Sonderparteitag, der wird jedoch erst im Februar stattfinden, wenn alles längst gelaufen ist. Die Rücknahme der Beschlüsse selbst wird nur von wenigen unbedeutenden Gremien wie der Jungen Union gefordert. So hat z.B. der Augsburger Bezirksverband der CSU zwar einen Sonderparteitag sowie nochmalige gründliche Diskussion der Beschlüsse gefordert, jedoch mit 58 zu 17 Stimmen ausdrücklich die Forderung nach Rücknahme der Beschlüsse abgelehnt.

Strauß ist also nicht am Ende, im Gegenteil: hieß es anfangs noch, die CDU würde einen Landesverband Bayern gründen, falls die CSU auf eigener Fraktion bestehen bleibt, so heißt es heute mehr, daß die CSU nicht ins Bundesgebiet geht, wenn die CDU nicht nach Bayern kommt.

Um Strauß zu beseitigen brauchen wir eine viel breitere antifaschistische Bewegung".

Klitschenzelle Druck
KB/Gruppe Hamburo

Ich reagiere!

Leserbrief zu „Jude sein allein tut's nicht" (AK 97, S. 10)

Euer Leserbrief hat mir weh getan. Finde ihn ungerecht.

Die Überschrift ist wohl von mir übernommen. Denn seit Jahren mache ich darauf aufmerksam, daß ein Ding allein, aus dem Zusammenhang gerissen, nicht abendfüllend ist. Am meisten kränkt mich, daß Ihr mich so wenig kennt, daß Ihr meint, mir erzählen zu müssen, daß Jude sein a l l e i n es nicht tut.

Als hätte es jemals bei mir so ausgesehen. Es gibt allerdings Momente, in denen das eine oder andere kopflastig wird. Ich bin FRAU. Ich bin JUDE. Ich bin GASTARBEITER. Ich habe ABGETRIEBEN. Ich bin BISEXUELL. Ich schlafe mit NEGERN. Jedes für sich macht nicht mein Leben aus. Nicht mal alles zusammen. Schärft aber den Blick für mehr als nur eins. Aber mein Artikel im Extra Dienst war mir überlebenswichtig. Wenn ich von der Hamburger Presse schreibe, wenn ich von Deutschen schreibe und dabei die von mir hier geliebte Minorität nicht namentlich erwähne, aber doch sage, daß ich auf Grund dieser Wenigen genausogut hier wie woanders leben oder krepieren kann, was fehlt dann in meiner Aufzählung? Es hat immer eine Handvoll großartiger, tapferer, liebenswerter Frauen und Männer gegeben. Die meisten können keine Leserbriefe mehr schreiben, weil man sie abgeschlachtet hat. Nicht weil sie Juden waren, sondern weil sie die Hölle, durch die die Juden gezwungen wurden, freiwillig mit ihnen teilten.

Ich habe nicht über einzelne Helden geschrieben, die in einem Klima wie diesem nichts ändern können, sondern von dem Klima an sich. Das schmälert nicht meinen Respekt vor Eurer und anderer Freunde Arbeit. Aber es macht mich nicht blind für das, was hier läuft.

Finde es eigentlich schlimm, daß ich mich auch noch erklären muß. Hätte gedacht, daß meine Arbeit an sich schon Erklärung genug ist.

Auf jeden einzelnen kann man stolz sein. Und um fast jeden einzelnen trauern. Denn es haben ja nicht viele überlebt, und wenn, meistens an Körper und Seele krank. Vor allem zu wenige, um genügend zu bewirken.

Die sind es, die es mir möglich machen weiterzuleben.

Peggy Parnass

Antifa-Kurzmeldungen

Bombe beim Nazi-Blatt

In der Nacht vom 23. auf den 24. Januar schlug ein Wachmann von Nazi-Frey's „National-Zeitung" in München Alarm: Die herbeigeeilte Polizei stellte eine Bombe sicher. Der Hauptbestandteil des nicht hochgegangenen Apparats, eine Thermosflasche, stammt „aus China", ein paar andere Teile „sind französische Erzeugnisse" („Welt", 25.1.77).

Freys Forderung an die Justiz ist sicher unnötig: *„Es ist hoch an der Zeit, gegenüber antideutschen und linken Terroristen die Glacehandschuhe abzulegen"* („NZ", 28.1.77). Frey hat „für die Ergreifung der Täter" ein Kopfgeld von 30.000 Mark ausgesetzt. Das Bayrische Kriminalamt hat außerdem eine Belohnung von 3.000 Mark ausgesetzt. Man sieht, wie teuer der BRD-Polizei die Sicherheit von Faschisten wie Frey ist.

Einen der zahlreichen Anschläge auf linke Büros gab es wenige Tage vorher: In Saarbrücken wurde das DKP-Büro in der Nacht vom 15./16. Januar in Brand gesteckt. Die Täter sind „unbekannt". Von einer Belohnung der Polizei für Hinweise zur Ergreifung der Täter war hier natürlich nicht die Rede.

•

Pension für Nazi-Spion

Das Landessozialgericht Baden-Württemberg hat einem ehemaligen Nazi-Spion das Pensionsrecht zugestanden.

Der Faschist, gebürtiger Schweizer, wurde wegen Spionage und Kollaboration mit den Faschisten von der Schweiz ausgebürgert, 1940 in der Schweiz verhaftet und zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Anschließend wurde er nach „Großdeutschland" ausgewiesen.

Von 1942 bis 1945 war er in Frankreich als Spion tätig und wurde 1945 von den Franzosen inhaftiert. 1948 wurde er zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Ein Schweizer Militärgerichtshof verurteilte ihn in Abwesenheit zu 12 Jahren Zuchthaus.

Jetzt wollte sich dieser Faschist seine Spionage-Zeit als pensionsberechtigte „Arbeitnehmerzeit" anerkennen lassen. Und da alte Kameraden bekanntlich in der BRD noch nie am Bettelstab gehen mußten, wurde ihm dies gewährt. Er wird
nie am Bettelstab gehen mußten, wurde ihm dies gewährt. Er wird
also eine stattliche Pension erhalten.

Antifa-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

•

Dokumentation über Alt-Nazis

Eine Dokumentation über Altnazis im öffentlichen Dienst hat die VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) jetzt herausgegeben.

Unter anderem enthält diese Dokumentation die Namen von 32 höheren Polizeioffizieren, 75 Juristen und 24 Landesministern, Abgeordneten und Ministerialbürokraten, die z.T. noch ihr Amt bekleiden.

**Erhältlich ist diese Dokumentation über:
VVN Schleswig-Holstein,
Jungmannstraße 24,
2300 Kiel.**

•

München: Bilanz der „Schwarzen Sheriffs"

Die „Schwarzen Sheriffs" sind eine bewaffnete Bande mit teilweise offen faschistischem Hintergrund, die in München von den Verkehrsbetrieben in den U-Bahn-Anlagen eingesetzt wird. Zu ihren Aufgaben gehört u.a. die Kontrolle der Bahnsteige, der Diensträume, WC's und Tunnelröhren. Besonders berüchtigt sind die brutalen Einsätze der „Schwarzen Sheriffs" (die übrigens, wie in Wildwest üblich, die Schießeisen offen tragen), gegen „Penner" in Bahnhofs-Anlagen, gegen Schwarzfahrer und gegen jugendliche Fahrgäste.

Jetzt wurde eine Bilanz vorgelegt, „die sich sehen lassen kann":

Die „Schwarzen Sheriffs" sind im vergangenen Jahr in der Zeit vom 1. Januar bis 30. November insgesamt 14.046 mal in Aktion getreten. In 751 Fällen leisteten sie den Kontrolleuren „Schützenhilfe". In 144 Fällen hielten sie Personen fest, um sie der Polizei zu übergeben. Die Kosten für diesen „Bewachungsdienst" betrugen im letzten Jahr 474.000 Mark.

(Nach einem Bericht des KB/ Gruppe Nürnberg)

•

Bombenalarm in Hamburg-Harburg

Laut Augenzeugenbericht wurde am 29.1.1977 ungefähr um 18 Uhr für den Harburger Hauptbahnhof Bombenalarm ausgegeben. Scharen von Bullen sperrten das Bahnhofsgelände ab und suchten angeblich nach einer Bombe.

Nach ca. einer Viertelstunde wurde die Aktion erfolgreich abgebrochen: Die Bombe sei entschärft!

Das Eigenartige an dieser Sache war allerdings, daß während dieser Viertelstunde auf dem Bahnhof Züge eintrafen und die Fahrgäste den Bahnhof durch die Wandelhalle verließen. Für den Fall, daß die Bullen tatsächlich eine Bombe im Bahnhof vermuteten, setzten sie die Fahrgäste damit einer menschenverachtenden Gefährdung aus. Im wahrscheinlicheren Fall bestand von vornherein gar keine Gefährdung, und der Bombenalarm war nur zu Übungs- und Propagandazwecken erfunden worden.

Unterm Strich blieb die Verunsicherung der Fahrgäste. Sprüche wie: „Schon wieder die Roten" oder „Baader-Meinhof!" kamen von einigen Passanten.

Für den Übungscharakter des Alarms spricht auch ein früheres Ereignis: Am 24.12.76 wurde für das Ortsamt-Süderelbe Bombenalarm gegeben: Der Täter wolle damit Geld erpressen. Für die Zeit des „Alarms" brauchten die Mitarbeiter des Amtes das Gebäude nicht verlassen!

Demokratische Initiative gegen Polizeiwillkür in Harburg

Nazi-Provokationen in Frankfurt

Am Morgen des 18.1. wurde die Frankfurter Herder-Schule mit Hakenkreuzen und Nazi-Parolen wie „Deutschland erwache! Deutsche NSDAP!" beschmiert.

Zwei Tage später fand im stadteigenen „Haus Dornbusch" unter massivem Polizeischutz eine faschistische „Reichgründungsfeier" statt, die u.a. von der NPD durchgeführt wurde. Nazi-Hauptredner Wintzek erklärte die Ostverträge für „null und nichtig" und erhob Anspruch auf alle ehemaligen „Ostgebiete".

Zuvor hatte der „Frankfurter Arbeitskreis gegen die staatliche Repression" in einer Presseerklärung das Verbot der Nazi-Zusammenrottung gefordert.

Etwa zur gleichen Zeit wurde die 20. Nazi-Schmiererei innerhalb der letzten zehn Wochen entdeckt.

Was die Nazi-Schmierereien betrifft, so haben die Bullen natürlich nach wie vor „keine konkreten Anhaltspunkte über den Täterkreis", obwohl sie zumindest ein Mitglied der NSDAP/AO von einer früheren Aktion her genau kennen müssen und obwohl OB Arndt anläßlich der Schmiererei an der Herder-Schule erklärte, *„die NS-Schmierereien der letzten Monate (...) gingen auf das Konto der gleichen, etwa fünf Personen starken Gruppe"* („Frankfurter Rundschau", 20.1.77).

Offenbar weiß Arndt mehr als Polizeipräsident Müller, was auch nicht weiter verwundern kann. Hatte doch Müller erst kürzlich, nach der Hissung von Hakenkreuzfahnen am Frankfurter Dom, erklärt, daß den Nazi-Provokationen zu große Bedeutung beigemessen werden und daß „kein Anlaß zur Besorgnis" bestehe.

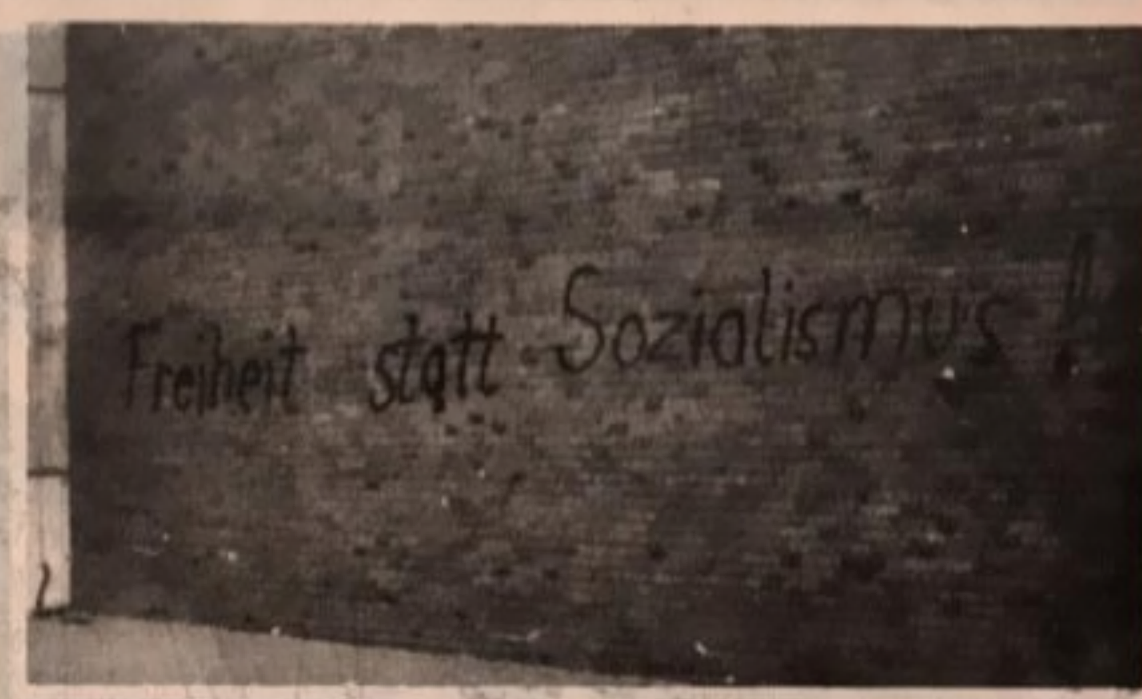
Antifa-Kommission
KB/ Gruppe Frankfurt

Faschisten in Nordhorn:

Schmierereien und Terrorakte

Nachdem die Faschisten bei ihren Versuchen, im Nordhorner Jugendzentrum Fuß zu fassen, gründlich abgeschlagen wurden, „beschränken" sich ihre Aktivitäten heute darauf, die Straßen Nordhorns mit „NPD-Für Deutschland" und „NSDAP-jetzt"-Aufklebern zu verdrecken, an sämtlichen größeren Wänden Parolen wie „Rotfront verrecke", „Zerstampft den Kommunismus", „Beendet den roten Terror durch den Henker"!" und – „Freiheit statt Sozialismus" (!) anzubringen. Außerdem verübten sie meherere Anschläge gegen das DKP-Büro: Der erste Anschlag: Vor etwa einem halben Jahr verschmierten sie die gesamte Vorderfront des Büros mit roter Lackfarbe, die schwer zu entfernen ist. Im folgenden wurde mindestens dreimal die Scheibe des Büros eingeworfen und einmal sogar versucht, das Haus, in dem das Büro ist, anzustecken.

Drei AK-Leser aus Nordhorn





Nazi-Verbrecher

Wieder NS-Prozeß verschoben

Lübeck. Der NS-Prozeß gegen Arvids Bajars, der am 1. Februar beginnen sollte, ist erneut verschoben worden. Die fadenscheinige Begründung lautet, daß geklärt werden müsse, ob Bajars, der nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, nach deutschem oder sowjetischem Recht behandelt wird.

Bajars gehörte zur lettischen Polizei, die von den deutschen Faschisten im sog. „Reichskommissariat Ostland" eingesetzt war. Er wird u.a. beschuldigt, im August 1941 an der Ausrottung der gesamten jüdischen Bevölkerung eines Ortes in Lettland beteiligt gewesen zu sein. Ferner, daß er Beihilfe zur Erschießung von politischen Gefangenen sowie von Mitgliedern des kommunistischen Jugendverbandes geleistet hat.

Metallgenosse
KB/Gruppe Lübeck

Nazi-Mörder verurteilt — Komplize in der BRD frei

Der ehemalige niederländische SS-Mann Loyen wurde kürzlich in Roermond für seine während des Zweiten Weltkrieges begangenen Verbrechen zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt.

Er hatte als Aufseher im KZ Bobruisk in der Sowjetunion mindestens 100 Häftlinge erhängt, erschossen oder lebendig begraben.

Das Verfahren wurde zügig abgewickelt, ganz im Gegensatz zur gängigen Praxis der westdeutschen Justiz gegenüber Nazi-Verbrechern. Während in den Niederlanden Loyen seine Strafe unverzüglich antreten mußte, war zuvor in Hamburg sein Vorgesetzter und Mordkomplize Eickhoff lediglich wegen „Mitschuld" am Tode von mindestens 50 Juden zu 12 Jahren Haft verurteilt und danach wieder auf freien Fuß gesetzt worden!

Niederlande-Kommission
KB/Gruppe Bremerhaven

Bundestagsabgeordnete für

Bundestagsabgeordnete für Freilassung von SS-Massenmörder Kappler

Im Namen eines „interfraktionellen Arbeitskreises" des Bundestages forderten die drei Bundestagsabgeordneten Prinz zu Sayn-Wittgenstein (CDU), Adolf Scheu (FDP) und Torsten Wolfram (SPD) in einem Brief an den italienischen Ministerpräsidenten Andreotti die Freilassung des SS-Verbrechers Kappler („tat", 28.1.77).

Andreotti sei auch bei seinem Besuch in Bonn von Mitgliedern der Bundesregierung (!) „erneut auf den Fall Kappler angesprochen worden und gebeten worden, sich für eine Begnadigung von Kappler zu verwenden". Es sei „unverständlich", daß „alle Bitten" bisher nicht berücksichtigt worden seien, und es sollte „endlich ein entscheidender Schritt von italienischer Seite" unternommen werden.

Dazu ist zu sagen, daß erst vor kurzem die bereits beschlossene Entlassung Kapplers von der italienischen Regierung aufgrund der breiten Proteste in Italien zurückgenommen werden mußte.

Dieser Vorstoß von Vertretern aller drei im Bundestag vertretenen Parteien zeigt erneut, wie geheuchelt
aller drei im Bundestag vertretenen Parteien zeigt erneut, wie geheuchelt
ihre „Entrüstung" z.B. angesichts der Haftentlassung des Kriegsverbrechers Rosenbaum in Hamburg ist.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Antifaschisten freigesprochen

Gericht zog für Nazis die „Notbremse"

Auch das gibt es: Am 25.1.77 wurden eine antifaschistische Studentin und ein Student nach ca. 3-stündiger Verhandlungsdauer von einem Schöffengericht freigesprochen, obwohl bis dahin fast nur Belastungszeugen von NHB, JN und NPD vernommen worden waren. Die Anklage lautete auf Sachbeschädigung (Zerreißen von ausgelegten Flugblättern) und Sprengung einer Versammlung des NHB an der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg am 11.6.75. Die kurze Urteilsbegründung hieß, die Vorwürfe der Anklage hätten nicht zweifelsfrei bewiesen werden können. Der wirkliche, p o l i t i s c h e Grund, weshalb Richter und Staatsanwalt die Beweisaufnahme auf halber Strecke abbrachen und auf Freispruch plädierten, muß aber in folgender Entwicklung gesehen werden:

Der Kanzler der Universität als bislang einziger „neutraler" Zeuge hatte ausgesagt, daß von den Faschisten in der Uni Schlaginstrumente getragen und eingesetzt worden waren; der JN-Landesvorsitzende Fritz-Ulrich Bundt weigerte sich in der Vernehmung, auszusagen, ob er ein JN-Winterlager mit dem Programmpunkt „militärischer Wettkampf" geleitet habe; die beantragten Entlastungszeugen (die nicht mehr vernommen wurden) sollten die faschistische und terroristische Aktivität bestimmter faschistischer Zeugen in verschiedenen norddeutschen Orten beweisen wie auch das Waffentragen auf der betreffenden Veranstaltung des NHB in Oldenburg; dabei sollte der Zeuge Claus Dankers (Mitglied des JN-Landesvorstandes) konkret als Schläger identifiziert werden ...

Kurzum: es bahnte sich die völlige Demaskierung dieser faschistischen Bande an, die vom Gericht nicht ohne weiteres hätte übergangen werden können und die den Staatsanwalt in Zugzwang gebracht hätte, die Strafverfolgung gegen diese braunen Ratten einzuleiten!

Stattdessen wurden fast alle Fragen und Beweisanträge der Verteidigung stets von Staatsanwalt und Gericht abgeblockt, die dazu dienen sollten, 1. den NHB etc. als NS-Nachfolgeorganisation zu charakterisieren, und 2. nachzuweisen, daß es sich auch deshalb um eine v e r b o t e n e Veranstaltung des NHB gehandelt habe, weil Waffen getragen wurden.

Natürlich begrüßen wir den Freispruch für die beiden Studenten unbedingt, nicht aber, daß die Faschisten wieder einmal derart geschont und gedeckt wurden.

Zum Prozeß waren etwa 70 Antifaschisten erschienen, von denen aber nur 20 Einlaß in den kleinen Gerichtssaal fanden. Obwohl ein erheblich größerer Sitzungssaal zur Verfügung stand, lehnte der Vorsitzende Richter Giesebrecht eine Verlegung ab: er habe sein Geschäftszimmer hier nebenan, diese Räume seien ihm nun einmal zugeteilt, und im Übrigen sei die Öffentlichkeit mit 20 Personen ausreichend repräsentiert. Daraufhin wurde durch Austausch der „Eintrittskarten" ein ständiger Wechsel der Prozeßbesucher ermöglicht und ca. halbstündig eine aktuelle Berichterstattung über den Prozeßverlauf für die vorm Sitzungssaal Wartenden eingerichtet. Wenn die faschistischen Zeugen aufgerufen wurden, wurde das von den Antifaschsten bekräftigt: „Nazi Bundt! Zur Vernehmung! Faschist Dankers! ...".

Über diese beiden braunen Gesellen und viele andere sowie über ihre organisatorischen Zusammenhänge und ihre Nazi-Ideologie hat die Oldenburger KB-Gruppe eine Broschüre herausgebracht: „Kampf den Nazibanden! - Dokumentation über Nazibanden in Nordwestdeutschlad"; 32 Seiten DinA 4, DM2,-. Erhältlich über Postlagerkarte 070 178 A, 2900 Oldenburg sowie im Bremer KB-Büro und im „Arbeiterbuch" Hamburg und Bremerhaven. Jeder Antifaschist in dieser Region sollte damit ausgerüstet sein.

KB/ Gruppe Oldenburg



Prozeß gegen Gefangenenrat

Frankfurt. Voraussichtlich im März 77 wird den Mitgliedern des „Frankfurter Gefangenenrates" (GR) der Prozeß gemacht werden. Der GR wird in erster Linie angeklagt, eine „kriminelle Vereinigung" entsprechend § 129 StGB gebildet zu haben. Ziel des „Gefangenenrates" war nach Auffassung der Staatsanwaltschaft *„nicht der humane Strafvollzug, sondern die gewaltsame Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik"* („Frankfurter Neue Presse", 25.1.77). Die Staatsanwaltschaft versucht, die GR-Mitglieder Willi Peter Erlach und Rosemarie Stobbe als „Rädelsführer" aufzubauen. Ihnen wird vorgeworfen, für die Abfassung und Verschickung der „hetzerischen und aufwiegelnden" Druckschriften des für Häftlinge be-

sprünglich ein weiterer Anklagepunkt, nämlich die Erschießung des Butzbacher Gefängnisdirektors basieren. G.G. hat sein „Geständnis" aber später geändert, so daß dieser Punkt nicht in der Anklageschrift gegen die GR-Mitglieder enthalten ist.

G.G. hat der Polizei vorgeworfen, ihn für Spitzeldienste ködern zu wollen. Auf der anderen Seite wußte die Polizei durch ihn aber bereits zweieinhalb Monate vor Erschießung des Butzbacher Gefängnisdirektors, daß in die Zelle eines Butzbacher Häftlings Schießpulver geschmuggelt wurde.

Offensichtlich ist es den Bullen gelungen, sich mittels vieler kleiner „Müllers" (Müller ist „Kronzeuge" in Stammheim), die für sie erforderlichen „Beweise" zu beschaffen.

gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik" („Frankfurter Neue Presse", 25.1.77). Die Staatsanwaltschaft versucht, die GR-Mitglieder Willi Peter Erlach und Rosemarie Stobbe als „Rädelsführer" aufzubauen. Ihnen wird vorgeworfen, für die Abfassung und Verschickung der „hetzerischen und aufwiegelnden" Druckschriften des für Häftlinge be-

einhalb Monate vor Erschießung des Butzbacher Gefängnisdirektors, daß in die Zelle eines Butzbacher Häftlings Schießpulver geschmuggelt wurde.

Offensichtlich ist es den Bullen gelungen, sich mittels vieler kleiner „Müllers" (Müller ist „Kronzeuge" in Stammheim), die für sie erforderlichen „Beweise" zu beschaffen.





Die Genossen Willi Peter Erlach und Rosemarie Stobbe sollen als „Rädelsführer" aufgebaut werden

stimmten Nachrichtendienstes „ND" mitverantwortlich zu sein („FNP", 25.1.77). Insgesamt stehen zehn Personen unter Anklage, darunter zwei Frauen.

Viele kleine „Müllers"

Wesentliche Grundlage für die Anklage der Staatsanwaltschaft sind die „Aussagen" des Mitbeschuldigten Sender; auf einem ca. 30 Seiten langen Protokoll seiner Darstellungen soll die Anklage des Verstoßes gegen § 129 (kriminelle Vereinigung) basieren. Weiter sollen die Angeklagten Henrich, Brunner und Günter Gerlach belastende „Aussagen" gemacht haben. Interessanterweise befinden sich alle diese „aussagefreudigen" Personen n i c h t in U-Haft; Brunner hat seinen Wohnsitz sogar mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft nach Italien verlegt. G. Gerlach befindet sich an einem unbekannten Ort und ist nur über seinen Anwalt erreichbar. Seine Rolle ist zumindest fragwürdig: Auf seinem „Geständnis" sollte ur-

Haftbedingungen

Die Genossen Erlach, Wraase und Keblys sowie Ursula Halbekann und Rosemarie Stobbe befinden sich seit Mitte letzten Jahres in U-Haft. Die Gefangenen wurden das erste Vierteljahr in Isolationshaft gehalten. Die männlichen Gefangenen unterliegen seit August 1976 normalen U-Haft-Bedingungen. Die beiden Frauen waren nach der Isolationshaft in einer Sonderstation untergebracht, wo sie allerdings nicht mehr vollständig isoliert waren; sie hatten täglich ein bis zwei Stunden Umschluß. Mittlerweile unterliegen sie „normalen" Haftbedingungen. Allerdings hat Rosemarie Stobbe aus „Sicherheitsgründen" Arbeitsverbot. Ursula Halbekann hat ebenfalls keine Möglichkeit zu arbeiten. Ihr wird als Arbeit nur Tütenkleben im Akkord angeboten, was Ursula jedoch ablehnt.

Antifa-Kommission des KB/Gruppe Frankfurt

Linke Assessoren und Anwälte unter Beschuß

Frankfurt. Nachfolgend wollen wir einen (möglicherweise nicht vollständigen) Überblick darüber geben, welchen Angriffen Frankfurter und Darmstädter linke Anwälte und solche, die es werden woll(t)en, ausgesetzt sind.

RA R. von Plottnitz: Ende Februar/Anfang März 77 wird ein Ehrengerichtsverfahren gegen ihn abrollen. Vorgeworfen werden ihm Äußerungen im Stammheimer Prozeß: Er habe dem Vorsitzenden „Heil, Dr. Prinzing" zugerufen, Richtern vorgeworfen, sie proklamierten für sich „das Recht auf Körperverletzung, man kann auch sagen, das Recht auf Folter gegenüber Gefangenen" („Spiegel", 46/1976). Von Plottnitz droht ein partielles Berufsverbot, das heißt ein Verteidigungsverbot in Strafsachen für die Dauer von ein bis fünf Jahren.

Das Ausbildungsrecht wurde v. Plottnitz bereits am 10.8.1976 entzogen wegen angeblicher mangelnder „persönlicher Eignung".

RA Golzem: Gegen ihn läuft ein Ehrengerichtsverfahren wegen Auseinandersetzungen mit dem Pflichtverteidiger Basch in Kaiserslautern. Basch hatte „die Ausdrucksweise der ‚Vertrauensanwälte' der Angeklagten mit dem bei dem Freislerschen Volksgerichtshof üblichen Ton" („Spiegel", 46/1976) verglichen, wogegen Golzem protestierte.

Das Ausbildungsrecht wird ihm (zunächst) bis zum Ende des Ehrengerichtsprozesses verweigert.

RA Kopp: Gegen ihn läuft ein Ehrengerichtsverfahren, da er die „Pflicht zur gewissenhaften Berufsausübung" verletzt haben soll („FR", 8.11.76), wegen Verlesens einer Erklärung von Raspe zum Tod von Holger Meins „mit beleidigendem Inhalt". Ferner soll Kopp gegen die Anwaltswürde verstoßen haben, als er am 109. Verhandlungstag in Stammheim anläßlich eines Antrags auf Aussetzung der Verhandlung wegen des Todes von Ulrike Meinhof erklärte, wenn das Gericht diesem Antrag nicht entspreche, zeige es „einen Zynismus, der dahin geführt hat, daß menschliche Körper zu Seife verarbeitet wurden" („FR", 8.11.76).

RA Riedel: Er hatte ebenfalls ein Ehrengerichtsverfahren gegen sich laufen, da er dem Gericht Außerkraftsetzung des geltenden Strafrechts vorgeworfen haben soll (siehe Artikel in diesem AK).

RA Oberwinder: Gegen ihn läuft ein Ehrengerichtsverfahren.

RA Heldmann: Gegen ihn läuft ein Ehrengerichtsverfahren wegen Äusserungen in Stammheim: „Das ist ein Freifahrtschein für jegliche richterliche Willkür, für Rechtsbruch, Verletzung prozessualer Rechte von Angeklagten, also sozusagen ein juristischer Nulltarif, der hier anstelle von Gesetz und Recht diesen Prozeß regiert" („Spiegel", 46/1976). Zudem wurde Heldmann mittlerweile wegen „respektloser Behandlung" Prinzings von der Verteidigung entpflichtet, was ein Angriff auf seine Arbeit durch Entzug des Anrechts auf finanzielle Mittel darstellt.

Assessor Düx: Der Ehrengerichtshof des Oberlandesgerichts in Frankfurt entschied im Dezember 1976, daß Düx nicht Anwalt werden darf. Er habe sich „eines Verhaltens schuldig gemacht, das ihn unwürdig erscheinen läßt, den Beruf eines Rechtsanwaltes auszuüben" („FR", 7.12.76). Grundlage für das Urteil sind u.a. „unwürdige", das heißt also, politische Äußerungen beim Stuttgarter Baader-Meinhof-Prozeß. Düx hat somit Berufsverbot.

Assessor Knöss: Gegen ihn läuft in 2. Instanz ein Ehrengerichtsverfahren vor dem Bundesgerichtshof, wo über seine Zulassungsklage verhandelt wird. Das Ehrengericht in Frankfurt hatte in 1. Instanz entschieden, Knöss sei „nicht würdig" genug, um Anwalt zu werden. Grundlage sind mißliebige politische Äußerungen u.a. beim sog. kleinen BM-Prozeß in Kaiserslautern.

Knöss rechnet laut „ID" vom 29.1.77 nicht mehr damit, daß er als Anwalt zugelassen wird.

Diese Angriffe haben verschiedene Konsequenzen.

Wie der „Spiegel" jubelnd feststellt, ist *„nahezu die gesamte BM-Anwaltschaft ... von westdeutschen Strafverfolgern mit Standesgerichten überzogen worden"* („Spiegel", 46/76). Es besteht die Gefahr, daß diese Verfahren zu zeitweiligen Berufsverboten führen.

Mit der Einführung des Kriteriums der „persönlichen Eignung" hat das Hessische Justizministerium einen neuen Weg gefunden, politisch mißliebige Anwälte von der Ausbildung von Referendaren auszuschließen. Das bringt auf der anderen Seite mit sich, daß das ohnehin beschränkte Recht der Referendare, sich ihre Pflichtwahlstellen auszusuchen, weiter beschnitten wird.

Welche Gefahr diese massiven Anstrengungen, die Zahl der linken Anwälte auszudünnen, darstellt, wird an einem Beispiel deutlich: In Zusammenhang mit einer Demonstration anläßlich des Todes von Ulrike Meinhof in Frankfurt wurden ca. ein Dutzend Genossen festgenommen. Aufgrund der Bestimmung, daß ein Anwalt in einer bestimmten Sache nur immer einen Angeklagten verteidigen darf, mußten bereits nicht unbedingt als links einzustufende Anwälte gesucht werden, die zur Unterstützung der Festgenommenen bereit waren.

Es läßt sich ausmalen, was passiert, wenn bei solchen Anlässen zukünftig noch weniger linke Anwälte als bisher zur Verfügung stehen.

Linke Anwälte aus Frankfurt und anderen hessischen Städten werden am 8.2.1977 in Frankfurt eine Diskussionsveranstaltung machen, in der sie für die Diskussion über die gegenwärtige Anwälteverfolgung zur Verfügung stehen.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Frankfurt

Richter freigesprochen!

Zur Vorgeschichte: F.S. hatte im Februar 1975 an die Schüler des Quickborner Gymnasiums Flugblätter verteilt, die zur Solidarität mit dem chilenischen Widerstand aufriefen. Dabei soll er die Grenzen der Schulordnung übertreten haben. Richter **von Krog**, Richter am Amtsgericht Itzehoe, verdonnerte ihn seinerzeit zu acht Tagessätzen á 25,- DM.

An diesem Abend saß auch der Verurteilte F.S. mit Freunden in der Kneipe, die diese Äußerungen festhielten und anschließend Anzeige gegen von Krog erstatteten.

Für die Verhandlung am 25.1.77 wurden 14 Zeugen zu dem Vorfall gehört, wovon die Mehrheit diese Äußerungen sinngemäß bestätigte. Der Staatsanwalt und der Verteidiger Krogs plädierten nach der ca. sechsstündigen Verhandlung für den erwarteten (!) Freispruch

Prozesse gegen Kirchenbesetzer

Unter der Anklage des Hausfriedensbruchs wird in Frankfurt derzeit 60 Antifaschisten der Prozeß gemacht

Zur Vorgeschichte: F.S. hatte im Februar 1975 an die Schüler des Quickborner Gymnasiums Flugblätter verteilt, die zur Solidarität mit dem chilenischen Widerstand aufriefen. Dabei soll er die Grenzen der Schulordnung übertreten haben. Richter **von Krog**, Richter am Amtsgericht Itzehoe, verdonnerte ihn seinerzeit zu acht Tagessätzen á 25,- DM.

Am 17.November 1975 saß dieser Richter in einer Quickborner Kneipe und sprach sehr laut mit Bekannten über diesen Fall. Im Verlauf dieses Gespräches äußerte Richter von Krog, daß er *„so einen spätpubertären Charakter"* (gemeint war damit offenkundig der Verurteilte F.S.) verurteilt hätte, und *„daß man sowas früher zu Seife verarbeitet"* hätte.

Verurteilte F.S. mit Freunden in der Kneipe, die diese Äußerungen festhielten und anschließend Anzeige gegen von Krog erstatteten.

Für die Verhandlung am 25.1.77 wurden 14 Zeugen zu dem Vorfall gehört, wovon die Mehrheit diese Äußerungen sinngemäß bestätigte. Der Staatsanwalt und der Verteidiger Krogs plädierten nach der ca. sechsstündigen Verhandlung für den erwarteten (!) Freispruch.

Der Richter schloß sich in seinem Urteil diesen Plädoyers an, indem er sogar als Begründung für die Unschuld von Krogs die Aussage des Neben k l ä g e r s F.S. heranzog, der ja ganz klar gegen von Krog ausgesagt hatte.

Aber seit wann hackt auch eine Krähe der anderen ein Auge aus?!!

KB/Gruppe Pinneberg-Steinburg

Staatsanwalt der Zeugenbeeinflussung überführt-Rechtsanwalt wegen Verleumdung verurteilt!

Der Westberliner Staatsanwalt Weber, der sich in politischen Strafsachen einen besonders üblen Ruf erworben hat, hat nachweislich Zeugen zulasten eines Angeklagten beeinflußt. Der Anwalt, der dies aufgedeckt hatte, wurde trotzdem wegen „Verleumdung" eben dieses Staatsanwaltes verurteilt — auf der Grundlage einer widerlegten Aussage auch wieder des Staatsanwaltes Weber.

In dem Prozeß gegen Heinrich und Gummelt hatte Weber den Zeugen die Aufgabe zugedacht, bestimmte Flugblätter „wiederzuerkennen".

Die Zeugen wurden von Weber auf ihre Aufgabe sehr gründlich vorbereitet: Zwei Bullen, die als Zeugen aussagen sollten, wurden in Webers Dienstzimmer bestellt. Dem einen dieser beiden Bürschchen zeigte Weber von ca. 50 Flugblättern exakt nur diejenigen, die er am nächsten Tag im Gerichtssaal „wiedererkennen" sollte. Diesen Sachverhalt gab Weber zu. Dennoch wurde Rechtsanwalt Ehrig verurteilt, weil Weber gehört haben will, wie Ehrig sagte: *„Er hat den Zeugen vorgeschrieben, was sie zu sagen haben"*. Außer Weber hatte diesen Satz n i e m a n d, nicht einmal die Richter, die anwesenden Anwälte oder Zeugen oder Zuschauer gehört.

Über dieses Urteil wurde im Westberliner „Tagesspiegel" ausführlich berichtet. Da die Lage klar war, wählte die Zeitung die zutreffende Überschrift „Staatsanwalt präpariert Zeugen". Daraufhin beschwerte sich der Westberliner Generalstaatsanwalt beim „Tagesspiegel" und verlangte eine Richtigstellung. Damit blitzte die Staatsanwaltschaft jedoch ab: Die Tatsachen stimmten. Kommentar des „Generals": *„Diese Methoden seien bei der Westberliner Polizei durchaus gängig."*

IKAH Hamburg

Großangelegter Prozeß wegen „Murmeln gegen Polizisten"

Zu einem wahrhaft großen Schlag will Münchens 1. Strafkammer am Landgericht ausholen: Unter der Überschrift *„Sie wollten Münchens Stadtguerilleros werden"* berichtete die „Süddeutsche Zeitung" am 13.1.77 über eine Gruppe, von der sie schrieb, daß sie *„auf den Spuren der Baader-Meinhof-Bande wandelte"*.

Bereits seit 1973 sitzt eines der Gruppenmitglieder in U-Haft. Ein weiteres Mitglied ist inzwischen in der Vollzugsanstalt Stadelheim gestorben. Der „Ermittlungserfolg" der Staatsanwaltschaft wirkt dagegen lächerlich: Die Delikte, die der Gruppe vorgeworfen werden, sind u.a.: Das Werfen von Fackeln über die Mauer der JVA Stadelheim; Zielübungen auf eine Telegrafenstange; ein Einbruch in eine Schule und die Absicht (!), Murmeln auf die Straße zu werfen, damit Polizeipferde samt Reitern stürzen sollten. Trotz der Geringfügigkeit der Vorwürfe wird der Prozeß von den Massenmedien zu einer großen Aktion gegen „Stadtguerilleros" hochgespielt. Damit steht eine Verurteilung wohl von vorneherein fest. Über den Verlauf des Prozesses werden wir berichten.

KB/Gruppe Nürnberg

Prozesse gegen Kirchenbesetzer

Unter der Anklage des Hausfriedensbruchs wird in Frankfurt derzeit 60 Antifaschisten der Prozeß gemacht. Die Angeklagten haben am 25.9.75 im Anschluß an eine Demonstration gegen die fünf spanischen Todesurteile und das faschistische Franco-Regime die Paulskirche besetzt. Im inzwischen 45. (!) Strafverfahren ist eine Rechtsanwältin angeklagt, die selbst bereits zahlreiche Demonstranten verteidigte.

Die Angeklagten und ihre Verteidigerin kritisierten das Verhalten der Richterin, die nicht einschritt, als der Staatsanwalt einfach Protokollvermerke anfertigen ließ, ohne daß ihm vonseiten des Gerichts dazu die Genehmigung gegeben worden war. Als die Verteidigung aus diesem Grund Befangenheitsantrag gegen die Richterin stellte, ließ diese ohne nähere Angabe von Gründen den Prozeß „platzen". Inzwischen wurde der Befangenheitsantrag zurückgewiesen.

In einem Urteil aus einem vergangenen Strafverfahren, das mit einer Geldstrafe endete, machte das Gericht folgende Ausführungen: *„Die Vollstreckung der Todesurteile ging von einem fremden Staat aus. Sie konnte nicht schlechthin als rechtswidrig, sondern nur als politisch unverständlich* (?) *angesehen werden"*. Dieses Zitat macht deutlich, wie von der westdeutschen Klassenjustiz der faschistische Terror in Spanien gebilligt wird.

Nach Vorstellung der Staatsanwaltschaft bräuchte es diese Prozesse nicht zu geben, wenn die Betroffenen eine Geldbuße zahlen würden *„und auf diese Weise ein angeblich großes Interesse an der Strafverfolgung gleichsam befriedigen"*. Auf diese krumme Tour haben sich die meisten Demonstranten jedoch nicht eingelassen. Sie fordern Freispruch für alle Paulskirchen-Besetzer oder aber die Einstellung der Verfahren. Dazu ist aber die Staatsanwaltschaft nicht bereit, denn *„es gibt kein schrankenloses Demonstrationsrecht"*, so die Staatsanwaltschaft.

In keinem der Verfahren gab es bis jetzt einen Freispruch. (Zitate aus „FR", 28.1.77).

Antifa-Kommission KB/Gruppe Frankfurt

Klassenjustiz-Nachrichten

Polizisten sind urheberrechtlich geschützt

Vor einem Bremer Gymnasium kam es wegen eines Hausverbotes gegen einen Lehrer zu einem Polizeieinsatz. Ein Schüler, der eine Festnahme fotografiert hatte, sollte daraufhin zwecks „Personalienfeststellung" festgehalten werden. In einem Verfahren wegen „Widerstands" entschied das Oberlandesgericht Bremen, das Vorgehen gegen den Fotografen sei durch das Vorliegen einer „Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung" gerechtfertigt gewesen. Durch die Auswertung der Fotos hätte möglicherweise *„das Ansehen der Polizei beeinträchtigt und damit die öffentliche Ordnung gefährdet"* werden können. Ferner hätte eine Veröffentlichung das „Recht am eigenen Bild" der Polizisten verletzt: *„Das Fotografieren bestimmter Vorgänge des Polizeieinsatzes ohne die ... erforderliche Einwilligung der fotografierten Beamten und die Verbreitung der Fotos würde nämlich ein strafbares Vergehen im Sinne ... des Kunst(?)urhebergesetzes vom 9.1.1907 darstellen"*.

Durch dieses Urteil werden – zu Ende gedacht – den Polizisten neue Einnahmequellen beschert: Nicht nur, daß sie dadurch nach Belieben fotografierende Zeugen ausschalten können – sie könnten unter Berufung auf ihren urheberrechtlichen Schutz möglicherweise auch noch Gagen für Fotos von ihren Prügeleinsätzen verlangen ...
(nach „Neue Juristische Wochenschrift" 77, S.158).

Kündigungsschutz auch für Wohnheimzimmer

Auch Zimmer in Studentenwohnheimen unterliegen normalerweise dem zweiten Wohnraumkündigungsschutzgesetz. Das entschied das Landgericht Marburg zugunsten eines Studenten, der aus einem auf ein Jahr befristeten Mietvertrag des Studentenwerks gekündigt werden sollte, weil man die Miete erhöhen wollte.

Demnach rechtfertigt weder die Tatsache, daß der Mietvertrag befristet ist, noch die Eigenschaft des Mieters als Student die Annahme, daß das Zimmer lediglich zum „vorübergehenden Gebrauch" bestimmt sei und somit ohne Rücksicht auf Kündigungsschutz gekündigt werden könne.
(nach „Neue Juristische Wochenschrift" 77, S.154).

Keine Kündigung nach Warndemonstration

Ein Arbeiter, der während eines Warnstreiks in Idar-Oberstein an einer Demonstration teilgenommen hatte, wurde deswegen fristlos entlassen. In einer Pressemitteilung stellte das Bundesarbeitsgericht klar: Durch die Teilnahme an dem zulässigen, von der Gewerkschaft getragenen Warnstreik habe er seine arbeitsvertraglichen Pflichten nicht verletzt: *„An dieser Rechtslage ändert sich nichts dadurch, daß Streikteilnehmer während der Arbeitsniederlegung zugleich an einer nach Art. 8 Abs. 1 Grundgesetz ... (und Versammlungsgesetz) zulässigen Demonstration in Ausübung ihres Grundrechts auf Versammlungsfreiheit teilnehmen"*
(Urteil vom 17.12.1976).

Immer mehr Kündigungsschutzprozesse

Die fortschreitende Verschlechterung der Lebensbedingungen hat unter anderem zur Folge, daß immer mehr Arbeiter und Angestellte um ihren Arbeitsplatz auch juristisch kämpfen. Das spiegelt sich auch in den Arbeitsgerichtsprozessen vor dem Bundesarbeitsgericht in Kassel wider. Der Präsident des BAG, Gerhard Müller, teilte auf der traditionellen Pressekonferenz zum Jahreswechsel mit, im Jahr 1976 seien insgesamt 1026 neue Rechtsstreitigkeiten eingegangen, davon ein Drittel Kündigungsschutzprozesse. Dazu kommt noch ein Rückstand von 744 unerledigten Prozessen aus den vorausgegangenen Jahren. Im letzten Jahr konnten von den fünf Senaten nur 903 Sachen erledigt werden, damit geht das BAG mit einem Rückstand von 867 ins neue Jahr.

Info-Stände

Politische Informationsstände auf öffentlichen Straßen benötigen eine Sondernutzungserlaubnis, die angeblich nicht gegen das Grundrecht der Meinungsfreiheit verstößt. Der Vorprüfungsausschuß des Ersten Senats des Bundesarbeitsgerichts hat vier Verfassungsbeschwerden nicht zur Entscheidung angenommen.
(Aktenzeichen 1 BvR 279/76, nach „Welt" vom 5.1.77).

Alles Vergängliche

(böses gleichnis trotz goethe)

dem sänger
victor jara
nahmen sie erst nur
die freiheit.
dem dichter
peter paul zahl
gaben sie
erst vier nur
dann fünfzehn jahre.

dem sänger
victor jara
nahmen sie
als er noch spielte
die gitarre.
dem dichter
peter paul zahl
nahmen sie
als er noch las
die bucher
als er noch schrieb
jetzt die schreibmaschine.

dem sänger victor jara
zerbrachen sie die hände
toteten ihn schließlich
töteten
mit ihm
und nach ihm
viele.

nun gut.
so viel
zu
chile.

28.1.77
für gabi & zetter

Steve B. Peinemann

Neue Anzeige gegen P.P. Zahl

Gegen die Erzählung (!) „Gutachten" aus dem Buch „Wie im Frieden" von P.P. Zahl hat der Berliner Polizeipräsident Strafanzeige wegen „Verunglimpfung des Staates" (hier: der Polizei) erstattet. Die Erzählung hat die willkürlichen Durchsuchungen von P.P. Zahls Druckerei zum Thema. Die Initiativgruppe Peter-Paul Zahl scheibt in einer Pressemitteilung vom 14.1.77, P.P.Z. sei, nachdem bereits sein Manuskript „Isolation" beschlagnahmt worden war, in seiner Überzeugung bestärkt, daß kritische Literatur nicht bloß bedrucktes Papier ist.

Die Strafanzeige sollte uns ein Anlaß sein, das beanstandete Buch weiterzuempfehlen!!
(„Wie im Frieden", Literarischer Verlag Helmut Braun, Leverkusen, 1976)

IKAH Hamburg

Die politischen Gefangenen in der BRD (Teil 3)

Peter Paul ZAHL
(JVA Werl, Langenwiedenweg 46, 4760 Werl)
Seit dem 14.12.72 befindet sich P.P. Zahl in (Isolations-)Haft. Bei einer Überprüfung durch die Polizei hatte er versucht zu fliehen und dabei Schüsse abgegeben. Ansonsten war ihm nichts nachzuweisen, obgleich in der Presse öfter davon die Rede war, er sei „Kopf des 2. Juni" gewesen. Wegen Widerstands und gefährlicher Körperverletzung erhielt er in 1. Instanz vier Jahre Gefängnis. Doch nach drei Jahren forderte der Bundesgerichtshof eine Revision: P.P. Zahls Aussage, er habe nie die Absicht gehabt, einen Bullen zu töten, konterte der Bundesgerichtshof (BGH) damit, das sei *„für einen intelligenten Täter eine sehr naheliegende Verteidigung"*. Am 12.3.76 wurde er dann auch erneut verurteilt und zwar zusätzlich wegen zweifachen Mordversuchs zu elf Jahren! *„Der Angeklagte ist von einem tiefgreifenden Haß auf unser Staatswesen ergriffen..."* heißt es in der „Begründung", obendrein habe er in der Untersuchungshaft keineswegs seine Gesinnung geändert!

In einem offenen Brief an den Justizminister Posser forderte P.P.Z. in seine Heimatstadt Westberlin verlegt zu werden, die Aufhebung der Isolationshaft und die Eingliederung in den normalen Strafvollzug, den ungehinderten Zugang zu allgemeinen Informationsquellen, sowie Besuchsmöglichkeiten, wie sie im Gesetz vorgeschrieben sind. *„Die erste Amtshandlung des freiheitlich-demokratischen Vollzuges nach Rechtskräftigwerden des Urteils bestand darin, mir Schreibmaschine (Tatwaffe politischer Schriftsteller) und alle Manuskripte, von Verteidigerakten bis zu Romanentwürfen, von Briefen über Gedichte bis hin zu Essays fort- und ‚Zur Habe des Gefangenen' zu nehmen. Es bedurfte eines kurzen Hunger- und der Ankündigung eines Durststreikes, eines Antrages (oh St. Kafka!) und einiger telephonischer und brieflicher Interventionen durch Kollegen, Freunde ... um nahezu alles zurückzuerhalten"* (aus dem offenen Brief an Posser vom 22.11. 76, siehe „ID" Nr. 153).

Am 25.11.76 wurde P.P.Z. von Köln in die JVA Werl gebracht. Über die dortigen Haftbedingungen ist uns noch nichts bekannt.

Die **Dokumentation** „Am Beispiel Peter-Paul Zahl" informiert ausführlich über Vorgeschichte, Prozesse und Haftsituation. Herausg.: Initiativgruppe Peter-Paul Zahl, 7,– DM incl. Porto auf Konto
E. Michel 5177 14–607 Postscheck Frankfurt, Stichwort P.P.Z.

Verteidiger: K. Eschen,
Meierottostr, 1 Berlin 15

Siegfried HAAG
(JVA Frankenthal,
6710 Frankenthal)

und **Roland MAYER**
(JVA Ossendorf,
5000 Köln Ossendorf)
wurden am 30.11.76 bei einer Fahrzeugkontolle festgenommen.

In der Folge wurde auch
Sabine SCHMITZ am 1.12.76 aus ihrer Wohnung heraus verhaftet.
(JVA Aichach,
889 Aichach)
Aus dem Katalog der Haftbedingungen, der 26 Punkte umfaßt:
– *„der Beschuldigte ist vor und nach jedem Besuch bei völliger Entkleidung und Umkleidung zu durchsuchen,*
– *die Teilnahme an Veranstaltungen der Justizvollzugsanstalt und am Gottesdienst ist ausgeschlossen. Der Beschuldigte ist auch im übrigen von anderen getrennt zu halten. Dies gilt auch für Vorführungen innerhalb der Anstalt, z.B. Vorführung zur Verwaltung, zum Arzt, zum Baden etc."*

Roland Mayer wurde gleich zu Anfang im Hinblick auf mögliche „Zwischenfälle" gefragt: *„Haben Sie vor, Selbstmord zu machen? Aus anderen Unterlagen geht hervor, daß Sie drogenabhängig sind."*
Als Rechtsanwälte von Siegfried Haag wurden wegen des Verbots der „Mehrfachverteidigung" gleich drei von ihm gewünschte Verteidiger ausgeschlossen. Vor seinem Fenster wurde als *„Schutzvorrichtung zur Vermeidung unkontrollierter Kontaktaufnahme"* eine gestanzte Eisenplatte eingebaut.

„Den Beamten des Bundeskriminalamtes – Abt. TE – ist es gestattet, den Beschuldigten jederzeit zu sprechen und zwecks Ermittlungshandlungen auszuführen." Besuch durch seine Kinder ist ihm inzwischen untersagt worden – zur Vermeidung *„unkontrollierbarer Übermittlung verschlüsselter Nachrichten"*!

Sabine Schmitz wurden fast die Hände gebrochen, als sie sich der erkennungsdienstlichen Behandlung widersetzen wollte. Weil sie ein Handtuch mit der Aufschrift „Kampf der Isolationsfolter" aus dem Fenster gehängt hatte und beim Hofgang Kontakt zu anderen Gefangenen gesucht hatte, wurde sie mehrfach geschlagen, mal in einen überhitzten, mal in einen eiskalten Bunker gebracht, mal in einen salmonellen-infizierten. Beim Versuch, ihr Fingerabdrücke abzunehmen, ließ sich ein BKA'ler zu der Drohung hinreißen: *„Du kannst auch 'ne Spritze kriegen!"*

Internationale Untersuchungskommission über den Tod von Ulrike Meinhof

Da nach wie vor die Ursachen des Todes von Ulrike Meinhof im Dunklen liegen, rief das „Internationale Komitee zur Verteidigung politischer Gefangener in West-Europa" zur Bildung einer unabhängigen Untersuchungskommission auf. Nach Bakker Schut (Verteidiger des in der BRD inhaftierten angeblichen RAF-Mitgliedes Ronald Augustin und Vertreter der Niederlande im „Komitee ...") steht für das Komitee fest, *„daß der Tod von Ulrike Meinhof die Folge eines durch den westdeutschen Sicherheitsdienst geplanten Mordes (unter Leitung Bubacks, des Bundesstaatsanwalts)"* ist.

Die Kommission setzt sich zusammen aus einer Anzahl unabhängiger Persönlichkeiten: Die Niederländer Lolle Nauta und Johan van Minnen, der französische Arbeiter-Priester Robert Davezies, Joachim Israel und Lelio Basso, beide Altmitglieder der Russell-Tribunale, Theologen, Rechtswissenschaftler und viele andere Menschen aus verschiedenen Ländern. Die Kommission will sich, ebenso wie bei den Russell-Tribunalen, durch die Anhörung von Zeugen und Sachverständigen ihre Meinung über die medizinisch-kriminalistischen und politischen Umstände des Todes von Ulrike bilden.

Bakker Schut strebt an, daß diese Anhörung auch öffentlich durchgeführt wird. Die Öffentlichkeit soll die Möglichkeit zur Anklage-Erhebung vergrößern; einer Anklage, deren Bedeutung, über die Aufdeckung der Umstände und Verantwortlichen an Ulrikes Tod hinausgehend, darin liegt, *„die faschistoiden Flecken im deutschen ‚Rechtsstaat', in der deutschen ‚Demokratie' aufzuzeigen.*

Eine Anklage gegen Berufsverbote, gegen die zunehmende Gewalttätigkeit des Staates gegen den Einzelnen, gegen ein versagendes Rechtssystem, worin Ex-Nazis hohe Posten bekleiden und Sozialisten und Kommunisten den Maulkorb vorgebunden bekommen."
(Nach „Radikaal", Zeitung der „Pazifistisch-Sozialistischen Partei" – PSP –, Nr.21, 6.12.76).

Niederlande-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

1969



1972



1975



Solidarität mit Sabine Schmitz!

Ende November letzten Jahres wurde in Karlsruhe die 22jährige Studentin Sabine Schmitz beim Betreten ihrer Wohnung verhaftet. Der richterliche Haftbefehl stützte sich auf die schwerwiegende Tatsache, daß man angeblich bei dem festgenommenen Rechtsanwalt Haag auf einem Zettel ihren V o r namen entdeckt habe, daß sie bei ihrer Festnahme eine Plastikdose und eine Schaufel dabei hatte und zudem elektrisches Bastelmaterial besaß. Nachdem ihr Bild durch Presse und Fernsehen gegangen war, meldeten sich, wie das wohl so üblich ist, Leute, die sie überall, wo es „gekracht" hat, gesehen haben wollen. Beim zweiten Haftprüfungstermin beeilte sich die Bundesanwaltschaft, mit diesen „Zeugen" die windigen Haftgründe zu untermauern. Der Bundesrichter Kuhn erklärte darüber hinaus, der Haftbefehl bedürfe gar keiner Ergänzung. Nach dem neuen § 129a ist schon der leiseste Verdacht auf Mitgliedschaft oder Unterstützung einer „kriminellen Vereinigung" ein unbedingter U-Haft-Grund.

Sabine sitzt nach kurzem Aufenthalten in Bühl und Stammheim jetzt in Aichach bei Augsburg. Für Angehörige und Bekannte ist damit jeder Besuch mit großem zeitlichen und finanziellen Aufwand verbunden (sofern er überhaupt genehmigt wird). Über die Haftbedingungen für solche Gefangenen ist ja inzwischen hoffentlich ein Großteil der Linken informiert – deshalb hier nur einige der schlimmsten Details: Sabine ist jeglicher Kontakt mit anderen Gefangenen verboten. Gefangene, die sie nur grüßen oder sich ihr nähern, werden beschimpft und bedroht. Fenster, durch die sie beim Hofgang jemanden sehen könnte, werden zugepinselt oder verhängt. Da Sabine trotzdem immer wieder versucht, Kontakt zu bekommen, wird sie ständig zwischen Bunker (Strafzelle) und ihrer Zelle hin und hergeschleift; ihre Arme und Beine sind mittlerweile voller blauer Flecke. Ein Antrag auf Verlegung in einen Knast, wo die Möglichkeit des Kontakts zu anderen politischen Gefangenen besteht, ist abgelehnt worden. Als weitere Schikanen kommen noch der Zwang zum Tragen der entwürdigenden Anstaltskleidung, Verweigerung eines Radios, tägliche Durchsuchung der Zelle und Behinderung des Postverkehrs hinzu.

Es ist für Sabine sehr wichtig, daß sie öfter Besuch und Post bekommt. Besucht sie aus Solidarität, schreibt ihr und fragt bei linken Verlagen nach, ob sie bei Bestellungen von Gefangenen Ermäßigungen oder Nulltarif machen usw...

Alle Besuchsanträge und alle Post an folgende Adresse:
Sabine Schmitz in 8890 Aichach über Bundesgerichtshof-Ermitttlungsrichter II, Postfach 1661
7500 Karlsruhe 1

Ein Genosse aus Frankfurt

Nachrichten aus dem Knast

Hamburg. Im AK 96 berichteten wir über die Bücheraustauschzentrale für Gefangene, die von der Gruppe Gefangenenkampf organisiert wird. Die Gruppe hat uns gebeten darauf hinzuweisen, daß ihre Arbeit nicht als Caritas mißverstanden werden darf, sie hat sich vielmehr folgende Aufgaben gestellt:
„1. Büchertauschzentrale für Internierte (Sitz Medienzentrum Fuhlsbüttel e. V., Fuhlsbüttler Damm 93, 2 HH 63). Ca. 400 Bücher stehen bereits zur Verfügung.
2. Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit durch eigene Zeitung p.p. Wir wollen über Mißstände in den Knästen möglichst der gesamten BRD berichten und informieren.
3. Kontakt zu möglichst vielen Internierten – einige arbeiten bereits aktiv mit.
4. Beratung und Hilfestellung (Behörden etc.) für die Internierten nach der Entlassung.
5. Rechtsberatung in Zusammenarbeit mit Anwälten für die Internierten (Dienstaufsichtsbeschwerden, Eingaben an Petitionsausschüsse, Gesuche p.p.).
6. Herausgabe von Presseerklärungen, auch an die bürgerliche Presse.

Fortsetzung auf Seite 18

Fortsetzung von Seite 17

7. Herstellung von Dokumentationen, Knastfilmen etc.

Ansonsten sind wir nicht parteigebunden (undogmatische Linke). Für uns zählt nur der Kampf gegen die herrschende Klasse und in diesem Zusammenhang die Arbeit und der Kampf mit und für die Internierten.

JVA Butzbach: Die Gefangenen-Mitverantwortung protestierte gegen eine Anordnung, *„wonach aus den Zellen außer einem Tisch, einem Stuhl, einem Schrank und dem Bett alle Gegenstände entfernt werden müssen"* („Frankfurter Neue Presse", 22.1.77). Die Gefangenen prangerten an, daß in Butzbach zur Zeit etwa 650 Gefangene untergebracht sind, obwohl die Sollzahl nur 490 beträgt.

U-Haftanstalt Preungesheim/Frankfurt, 28.1.77: Die U-Häftlinge haben eine Liste von Mißständen und Forderungen veröffentlicht. Die Gefangenen wollen Sitz- und Hungerstreiks durchführen, falls die Haftbedingungen nicht verbessert werden.

Die Mißstände und Forderungen sind folgende:

- Nicht alle Häftlinge werden zur täglichen Freizeit zugelassen. Alle U-Häftlinge werden in den ersten zwei Monaten davon ausgeschlossen.
- Die Freizeit besteht nur aus zwei Stunden in Gemeinschaftsräumen und einer Stunde Hofgang. Die Häftlinge fordern vier Stunden Freizeit am Tag.
- Der Hofgang findet zumeist in Beton-Innenhöfen statt.
- Es gibt lange Wartezeiten für die Besucher.
- Es gibt nur einen Arzt, der zudem nur an vier Vormittagen zur Verfügung steht. Dabei sind 2 1/2 Planstellen ausgewiesen.
- Für 700 Häftlinge gibt es nur 150 Arbeitsstellen.
- Teilnahmebeschränkungen an Kursen usw. sollen aufgehoben, das Freizeitangebot verbessert werden (lt. „FR", 28.1.77).

JVA I, Preungesheim / Frankfurt: Der Häftling Peter Erlacher mußte erst das Zelleninventar zerschlagen, bevor Aufsichtsbeamte zu ihm kommen. P.E. hatte von 19.00 Uhr bis 22.30 Uhr die Notrufanlage betätigt, da er wegen starker Kopfschmerzen den Sanitäter brauchte. Als um 22.45 Uhr Wärter kamen, wurde P.E. in eine Arrestzelle gesperrt. Medizinische Behandlung bekam der Gefangene nicht. Ein anderer Gefangener hat jetzt Anzeige wegen unterlassener Hilfeleistung erstattet; die Nichtbeachtung von Notrufen ist Normalzustand in der JVA (lt. „ID" 161 v. 22.1.77).

JVA Preungesheim / Frankfurt, 12.12.76: Am 12.12. wurden den Häftlingen plötzlich über Lautsprecher mitgeteilt, daß der Hofgang auf eine halbe Stunde gekürzt und die Freizeit ausfallen soll. Einige Gefangene weigerten sich, den Hofgang abzubrechen. Nach erfolglosen Überredungsversuchen durch Direktor Klüsener wurde eine 30

(lt. „ID" 161 v. 22.1.77).

JVA Preungesheim / Frankfurt, 12.12.76: Am 12.12. wurden den Häftlingen plötzlich über Lautsprecher mitgeteilt, daß der Hofgang auf eine halbe Stunde gekürzt und die Freizeit ausfallen soll. Einige Gefangene weigerten sich, den Hofgang abzubrechen. Nach erfolglosen Überredungsversuchen durch Direktor Klüsener wurde eine 30

Mann starke Schlägertruppe eingesetzt. Ein Häftling berichtete: *„Ich selbst wurde zunächst von drei bis vier Bullen einige Stufen einer Holztreppe runtergeworfen, anschließend verprügelt und an den Haaren fortgeschleift. Dabei rissen mir die Faschisten auf einer Fläche von einigen Quadratzentimetern unterhalb der Schläfe die Haare völlig aus. Meine linke Hand ist stark geschwollen, an diversen Stellen des Körpers habe ich Prellungen ... anscheinend wurde aber jeder der Gefangenen, die auf dem Hof geblieben waren, systematisch zusammengeschlagen."*

Drei Gefangene, darunter W. Wraase vom Gefangenenrat, wurden anschließend in Isolationshaft gesteckt (lt. „ID", 8. 1. 77).

Schikanen gegen die Gefangenen sind in Preungesheim sowieso auf der Tagesordnung. Wolfgang Wraase z. B. darf seit dem 11.8.76 pro Woche nur einen Brief (zwei Blätter DIN A vier lang) erhalten. Trotz zweimaliger Beschwerde durch seinen Anwalt ist bis heute nicht darüber entschieden worden.

Ein anderer Gefangener berichtete über andere Formen der Postzensur: „ ... *seit dem 7.1.77 werden die Gefangenen gezwungen, ihre zensierte Post von subalternen Stationsdienern nachzensieren zu lassen. Das geschieht völlig willkürlich, da eine gesetzliche Grundlage dafür nicht vorhanden ist. ... Die Gefangenen werden massiv genötigt, das Unrecht über sich ergehen zu lassen. Wer sich weigert, bekommt die Post nicht ausgehändigt ...* " (lt. „ID", 29.1.77).

Antifa-Kommission des KB/Gruppe Frankfurt und IKAH Hamburg



MILITARISMUS ANTIMILITARISMUS

NATO entwickelt neue Atomwaffen

Im Rahmen der imperialistischen Militärstrategie, die sich in die drei Ebenen der Kriegsführung (konventionell, taktisch-atomar und strategisch-atomar) untergliedert, liefen die Bestrebungen in den letzten Jahren auf die Stärkung der konventionellen Komponente hinaus. Hierbei wurden konventionelle Waffen entwickelt wie z. B. die Cruise Missile, die in den Auswirkungen die Grenzen zu den taktischen Nuklearwaffen verschwinden lassen.

Dies bedeutete jedoch keineswegs eine Vernachlässigung der nuklearen Kriegsvorbereitungen. Die 7.000 taktischen Atomsprengköpfe, Westeuropas Nuklearpotential, werden z. Zt. mit neuen Trägerwaffen (Lance, Persching II) ausgestattet. Ihre Einsatzmöglichkeit ist auf die Zerstörung von Industrie-Zentren oder stark konzentrierter militärischer Kräfte festgelegt. Selbst diese taktischen Atomsprengköpfe besitzen eine Detonationskraft, die in etwa der Hiroshima-Bombe entspricht.

Neue Nuklearwaffe entwickelt

Seit einiger Zeit läuft in der NATO eine Diskussion um eine taktische Atombombe, die sich in ihrer Wirkung fast entgegengesetzt verhält. Der neue Atom-Waffen-Typ basiert im Gegensatz zur herkömmlichen Atom-Bombe (Kernspaltung) auf einem Kernschmelzungs-Prinzip.

„Kernspaltungswaffen geben im Moment ihrer Detonation lediglich fünf Prozent ihrer Energie in Form von prompter radioaktiver Strahlung ab, während der Rest als Wärme- und Explosionsdruck frei wird. Dagegen werden beim neuen Waffentyp auf der Basis der Kernverschmelzung 80 Prozent der Energie in prompte Strahlungsentwicklung umgesetzt (hochenergetische Neutronen und Gamma-Strahlen), während gleichzeitig Explosionseffekte auf einem sehr niedrigen Niveau gehalten werden können" (Air Vice-Marshal Steward Menaul, Mitglied des Verwaltungsrates des „Foreign Affairs Research Institut" London, nach „Flug-Revue" und „Flugwelt", 2/77).

Die „Vorteile "einer solchen Waffe gegenüber herkömmlichen liegen auf der Hand. Ihre Zündung in *„geeigneter Höhe"* kann einerseits die Explosionswirkung unter Kontrolle halten, andererseits die *„Truppen im offenen Gelände oder in gepanzerten Fahrzeugen"* einer *„prompten Strahlungswirkung"* aussetzen, die alles herkömmliche im Vergleich zur Sprengkraft in den Schatten stellt. Der Militarist Menaul kommt geradezu ins Schwärmen: *„Diese Systeme, mit Präzisionswaffen ins Zielgebiet gebracht, könnten geradezu revolutionierende Auswirkungen auf die Landkriegsführung haben"* (ebenda).

„Foreign Affairs Research Institut" London, nach „Flug-Revue" und „Flugwelt", 2/77).

Die „Vorteile "einer solchen Waffe gegenüber herkömmlichen liegen auf der Hand. Ihre Zündung in „geeigneter Höhe" kann einerseits die Explosionswirkung unter Kontrolle halten, andererseits die „Truppen im offenen Gelände oder

Etwa 600 bis 800 rad (Maß für die absorbierte Strahlenenergie im bestrahlten Gewebe) genügen, um bei kurzfristiger Bestrahlung einen Menschen zu töten. Bei der neuen Atom-Bombe ist von *„Strahlendosen in der Größenordnung von 5.000 bis 20.000 rad die Rede (!) ... Sind ungeschützte Truppen einer derart hohen Bestrahlung ausgesetzt – und zwar lediglich während einiger Sekunden –, so tritt die Kampfunfähigkeit infolge Schädigung des Zentralnervensystems bereits nach wenigen Minuten ein. Niemand kann eine derart hohe Strahlenbelastung überleben."* Nur im *„engen Umkreis um den Explosionsnullpunkt (werden) materielle Zerstörungen auftreten ... Panzer, Schützenpanzer, Begleitfahrzeug, Lastwagen usw. werden einfach stillstehen, ohne daß größere materielle Schäden durch Waffeneinwirkung feststellbar sind. Die psychologische Wirkung derartiger Einsätze ... ist unabsehbar"* („Neue Zürcher Zeitung", 14./15. 11.76).

Die Imperialisten basteln also nach wie vor an Massenvernichtungswaffen, vor denen es, kommen sie zur Anwendung, keinen Schutz gibt, geschweige denn, daß ihre gesamten Auswirkungen übersehbar sind. Diese neue Atom-Bombe ist offensichtlich so unkalkulierbar, daß über ihre Einführung selbst bei den Militärs Zweifel bestehen. Sie fragen nach dem eigenen Schutz vor den Strahlen.

Eine angreifende Truppe wird sich jedoch kaum auf einen solchen Schutz vorbereiten können, denn das würde sie zu schwerfällig machen. Eine Okkupation wäre also unmöglich. Hinzu kommen geologische Einflüsse wie z. B. Wind, der ein solches Unternehmen zum „Selbstmord" machen kann, indem er die Strahlen in die eigenen Truppen trägt.

Im Rahmen der „Abschreckung" ist den Imperialisten jedoch j e d e s Mittel recht.

Antimilitarismus-Kommission KB/ Gruppe Hamburg

flüsse wie z. B. Wind, der ein solches Unternehmen zum „Selbstmord" machen kann, indem er die Strahlen in die eigenen Truppen trägt.

Im Rahmen der „Abschreckung" ist den Imperialisten jedoch j e d e s Mittel recht.

Antimilitarismus-Kommission KB/ Gruppe Hamburg

Verhaftungswelle in französischen Kasernen

In letzter Zeit sind eine ganze Reihe französischer Soldaten, die in Westdeutschland stationiert sind, verhaftet worden. Sie sollen in der französischen Soldatenbewegung aktiv mitgearbeitet haben. Dazu drucken wir folgende Presseerklärung der „Antimilitarismusgruppe Trier" (vom 20.1. 77) ab:

Presseerklärung der Antimilitarismusgruppe Trier

Ein Korrespondent des „Reflet du Sort du Con", Zeitung des Saarburger Soldatenkomitees, teilte uns mit, daß seit dem letzten Monat etwa 15 französische Soldaten in Landau und anderen deutschen Kasernen inhaftiert sind.

Sie wurden vorher von der Militärpolizei verhört ohne Recht auf Verteidigung und nachher ohne Prozeß in ihrer Kaserne eingesperrt. Solche Disziplinarstrafen, in der Regel 60 Tage, sind in der französischen Armee üblich, weil sie es ermöglichen, einen Zivilprozeß wegen Wehrkraftzersetzung zu umgehen, der für die Militärhierarchie zu großes öffentliches Aufsehen erregen würde.

Das Vergehen der Inhaftierten: Sie unterstützten die Forderungen des „Appel des 100" nach freier Wahl des Standorts, Angleichung der Löhne an den eines durchschnittlichen Industriearbeiters (SMIC) usw.

Diese Forderungen haben in der Französischen Soldatenbewegung breiten Anklang gefunden und werden von Komitees in fast 100 Kasernen in Frankreich und der BRD vertreten.

In der „was tun" vom 20.1.77 wurde eine Liste von über 30 verhafteten französischen Wehrpflichtigen angegeben:

- 5 vom 15. RD von Lurre,
- 1 im 611 CI von Neustadt (Pfalz),
- 2 im 135 RT Karlsruhe,
- etliche in Melun,
- 3 vom BA 725 le Bourget,
- 6 vom 8 RI Landau (Pfalz),
- 2 vom 2 RA,
- 2 vom 411 BCS,
- 7 vom 44 RT (im Gefängnis Landau).

Diese Verhaftungswelle richtet sich gegen die weitere Ausbreitung der Soldatenbewegung in den französischen Kasernen. Als ein Erfolg dieser Bewegung ist die Tatsache anzusehen, daß ehemalige Soldaten sich zur aktiven Unterstützung des Kampfes in den Kasernen zusammengeschlossen haben!

Aufruf zur Bildung eines nationalen Unterstützungskollektivs der kämpfenden Soldaten

Auf Initiative von Soldaten aus Landau, Neustadt und Tübingen, von ehemaligen Soldaten aus den gleichen Kaseren hat am 9. Januar in Paris ein erstes Treffen stattgefunden zur Gründung eines nationalen Unterstützungskomitees, woran sich auch das „Kollektiv Frauen" mitbeteiligte. Das „Kollektiv Frauen" wurde im vergangenen Jahr gegründet, als bei der ersten großen Repressionswelle in der französischen Armee sich die Frauen und Freundinnen der verhafteten Soldaten zusammentaten.

Es wurde ein Aufruf veröffentlicht, unterstützt von Gruppen ehemaliger Soldaten aus 25 (!) Kasernen, dem „Frauenkollektiv zur Unterstützung der Soldaten" und den „Rechtsanwälte von gefangenen Soldaten". Der Aufruftext lautet:

„Nach der Veröffentlichung des Aufrufs der ehemaligen Soldaten der XI. Brigade der französischen Armee in der BRD sind wir viele, die diesem Aufruf zustimmen, ob wir ehemalige Soldaten, Frauen oder Verteidiger von verhafteten Soldaten sind, wir sind Bestandteile der Unterstützungsbewegung für die Kämpfe der Soldaten.

Die Solidarität mit der Soldatenbewegung existiert schon in der Realität. Sie ist der Arbeit von Gewerkschaftssektionen zu verdanken, der Arbeit von Gruppen von 'Paysans-Travailleurs' (fortschrittliche Landarbeiterorganisation), von Sektionen der Landarbeitergewerkschaften von Frauen und Jugendlichen, die an Stadtteilen, in Schulen oder Betrieben organisiert sind.

Diese Aktivitäten sind dennoch zu sehr zersplittert, um langfristig wirksam sein zu können. Auf der anderen Seite erfordert die tägliche Repression gegen die Soldatenkämpfe den Schritt zu einer neuen Etappe in den Organisierungsformen der Unterstützungsbewegung. Diese Unterstützung der Soldatenbewegung muß breit, kontinuierlich sein und in der Lage sein, alle heute noch zersplitterten Kräften auf gemeinsame Ziele zu vereinigen, die sie selber bestimmen müssen.

Deshalb erklären wir unsere Bereitschaft:

- Überall die Soldaten zu unterstützen, die im Namen der Militärjustiz verfolgt werden, die ihnen jedes Recht abspricht, und sie der größten Willkür unterwirft,
- Die Kämpfe, die Forderungen und die Organisationsformen der Soldaten zu unterstützen, die sie sich selber in ihren Kämpfen geben,
- Die größtmögliche Öffentlichkeit über Initiativen, Diskussionen innerhalb und außerhalb der Kasernen der Soldatenbewegung herzustellen.

Wir betrachten den uneingeschräkten Respekt der Autonomie der Soldatenbewegung als die wesentliche Bedingung dieser Unterstützung.

Wir rufen all diejenigen, die in Schulen, Betrieben, Büros und auf dem Land sich von diesem Kampf betroffen fühlen, an dem Aufbau eines „Nationalen Unterstützungskollektivs für die Kämpfe der Soldaten" mitzuarbeiten".

Kontaktadresse:
CNSIS c/o Domite Larzac
75005 Paris F
12, rue Censier

Frankreich-Kommission KB/Gruppe Frankfurt

Aufruf zur Bildung eines nationalen Unterstützungskollektivs der kämpfenden Soldaten

Auf Initiative von Soldaten aus Landau, Neustadt und Tübingen, von ehemaligen Soldaten aus den gleichen Kaseren hat am 9. Januar in Paris

Betrieben, Büros und auf dem Land sich von diesem Kampf betroffen fühlen, an dem Aufbau eines „Nationalen Unterstützungskollektivs für die Kämpfe der Soldaten" mitzuarbeiten".
Kontaktadresse:
CNSIS c/o Domite Larzac
75005 Paris F
12, rue Censier
Frankreich-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Kurzmeldungen

„Traditionspflege" bei der Bundeswehr

Die beiden bundesdeutschen Kleinstunterseeboote tragen typischerweise die Namen von zwei tiefbraunen Gestalten: Hans Techel und Friedrich Schürer. Beide gehörten zur faschistischen „Schwarzen Reichswehr" in der Weimarer Zeit.

Techel hatte im kaiserlichen Deutschland den U-Boot-Serienbau eingeführt.

Schürer war ein enger Mitarbeiter des in Nürnberg abgeurteilten Kriegsverbrechers Dönitz. 1939 bis 1943 war Schürer Chef der Abteilung Gesamtentwurf U-Boote in Hitlers Oberkommando der Wehrmacht. Er erhielt von Hitler persönlich 1944 das seltene „Ritterkreuz mit Schwertern" für „Verdienste an der Heimatfront" verliehen.

Antifa-Kommission KB/ Gruppe Hamburg

Durch die Rüstung aufwärts

Nürnberg. Rüstungsboß Griesmeier von der Krauss-Maffei AG blickt endlich zuversichtlicher. Das Auftragsvolumen des zur Flick-Gruppe gehörenden Unternehmens beläuft sich auf rund 3,7 Mrd. DM. Dies ist vor allem „dem Geschäftsbereich Wehrtechnik" zu verdanken. Lediglich 500 Mio. DM entfallen auf das Zivilgeschäft. Die Firma verfügt über Aufträge für die Lieferung von 420 Flak-Panzern „Gepard" für die Bundeswehr. Dazu kommen Exportaufträge für die Kampfpanzer „Leopard eins" nach Australien, Dänemark und Kanada. Da kann so einer schon stolz sein. (Informationen nach „Nürnberger Nachrichten", 30.1.77)

KB/ Gruppe Nürnberg

14 Tage Bau für Protest gegen Brokdorf!

In Immendingen hatten Soldaten über den brutalen Polizeieinsatz in Brokdorf diskutiert, ebenso darüber, daß der Bundesgrenzschutz mit Panzern aufgefahren und in verschiedenen Bundeswehreinheiten Einsatzbereitschaft angeordnet war. Als Ergebnis der Diskussion schickten die Soldaten ein Solidaritätstelegramm nach Wyhl.

Daraufhin startete der Kompaniechef eine Verhöraktion, ohne die Soldaten auf ihr Recht, die Aussage zu verweigern, aufmerksam zu machen. Einem der Soldaten, den der Kompanie-Chef eh schon auf dem Kieker hatte, schickte man 14 Tage in den Bau, weil er einen Kameraden zur Unterschrift unter die Resolution animiert hat. Unterschriften sammeln ist verboten, sowohl im Dienst, wie auch privat.

Die Soldaten fordern nun die Zurücknahme der Disziplinarstrafen. (Nach „die tat", 14.1.77)

Antimilitarismus-Kommission KB/ Gruppe Hamburg

Interessante Vorträge bei der Bundeswehr – Thema Kernkraftwerke

„Interessante Expertenausführungen" vor einem „großen Zuhörerkreis" mußten die Schüler der Fla-Schule Rendsburg über sich ergehen lassen. Geladen waren der eigens aus Köln vom Heeresamt angereiste Inspizient der Fla-Truppe, Oberst Neumann, das Schleswag-Vorstandsmitglied Dr. Bartsch und Diplom-Physiker Janzen von den Nordwestdeutschen Kraftwerken, die das AKW in Brokdorf bauen wollen.

„Deutsche Kernkraftwerke – die sichersten der Welt ... die Kernenergie wird langfristig auf dem Markt allein ein Gegengewicht zum Erdöl darstellen können, *stellte Dr. Bartsch fest und betonte, daß die deutschen Kernkraftwerke die sichersten der Welt seien ... Diplom-Physiker Janzen ergänzte die Ausführungen und machte mit einigen Internas aus dem Betrieb von AKWs und den hier geltenden Sicherheitsvorschriften bekannt"* („Schleswig-Holsteinische Landeszeitung", 29.1.77).

Der Werberummel der Militaristen für Kernkraftwerke in den Kasernen dient dazu, die Soldaten richtig einzustimmen. Denn sie sollen ja auch mit herangezogen werden, um Kernkraftwerke, diese „segenreichen" Einrichtungen, gegen alle „Saboteure" zu verteidigen.

Antimilitarismus-Kommission KB/ Gruppe Hamburg

MAD bespitzelt Piloten

In jüngster Zeit hat der MAD durch die Bespitzelung von Piloten, die höhere Bezahlung forderten, wieder die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. Im Grunde ist es nicht überraschend und unerwartet, daß der MAD zu solchen Methoden greift, wenn irgend jemand für eigene Interessen stärker aktiv wird. Dies ist seine alltägliche Praxis. Das besondere ist diesmal zum einen, daß ein ganzer Offiziersstand, nämlich Piloten, observiert wird, die „normalerweise" nicht observiert werden, es sei denn, einer ist der Spionage verdächtig.

Zum anderen nahm die CDU dies zum Anlaß, um gegen Kriegsminister Leber vorzugehen, weil sie glaubte, sie könnte ihm damit ein Bein stellen. Doch mittlerweile hat sich herausgestellt, daß die CDU, die ja ihre Leute im MAD sitzen hat, selber stärker in diese ganze Angelegenheit verstrickt ist, hat doch der entlassene und von der CDU protegierte General Krupinski die Schnüffelei selbst angeregt. Auch der „Verteidigungsexperte" der CDU, Wörner, ist in diese Angelegenheit verstrickt. Nun scheint die CDU kein sonderliches Interesse mehr an der ganzen Aufdeckung der MAD-Methoden zu haben. Es ist im übrigen nichts Neues, daß die Parteien im innerparteilichen Gezänk auch die Geheimdienste bemühen, und Enthüllungen zu Tage bringen, wenn sie glauben, daß sie daraus Kapital schlagen können. Adenauer hat sogar seine eigenen Minister überwachen lassen.

Ein Interesse an der Abschaffung solcher Praktiken der Geheimdienste haben sie deswegen nicht.

Antimilitarismus-Kommission KB/ Gruppe Hamburg

„Söldnerführer" Steiner beim Bundesreservistenverband Ein neuer „Fall Rudel"?

Vor „geladenen Gästen" sollte am 1.2.77 in Münster der bekannte „Söldnerführer" Rolf Steiner über „Erfahrungen im Guerillakrieg" sprechen. Eingeladen hatte der Reservistenverband sowie eine „Gesellschaft für Wehrkunde".

Steiner ist als gedungener Mörder auf Seiten der Imperialisten kein Unbekannter: Insbesondere im damaligen Kongo (heute Zaire), in Biafra und im Sudan war er Anführer konterrevolutionärer Mördertrupps. Als er im Sudan hingerichtet werden sollte, wurde er auf massiven Druck der Bundesregierung in die BRD abgeschoben!

Sofort nach Bekanntwerden dieses Skandals wurde die Veranstaltung abgeblasen. Ein neuer „Fall Rudel" war wohl nicht angenehm. Die Einladung – so ein Sprecher des Reservistenverbandes – sei von *„einer untergeordneten Instanz"* des Verbandes und der Gesellschaft für Wehrkunde ausgegangen. Es sei sichergestellt, daß der ehemalige Söldnerführer *„weder am Dienstag in den Bundesbahngaststätten in Münster noch bei irgendeiner anderen Veranstaltung zu einer anderen Zeit vor Mitgliedern des Verbandes der Reservisten sprechen wird"* („FR", 1.2.77).

Man wird ja sehen...

Antifa-Kommission KB/ Gruppe Hamburg



Privatfernsehen kontra „Originalton Ost"!

Kaum ein Tag vergeht, ohne daß man in den bundesrepublikanischen Publikationen Kommentare, Artikel oder Interviews findet, in den „Medienexperten" und „-beobachter" der bürgerlichen Parteien, vorzugsweise der CDU/CSU warnend ihre Stimme vor der erschreckenden „Linkslastigkeit" der Rundfunk- und Fernsehsender erheben.

Einer der engagiertesten Kritiker der „bereits von linken Kadern kontrollierten Fernseh-Anstalten" („Welt", 17.12.76) ist CDU-Biedenkopf. Aufgrund einer Meinungsumfrage des Allensbach Instituts erklärte er kurzerhand, daß 75% der Funk- und Fernsehjournalisten während des Bundestagswahlkampfes auf eine Fortsetzung der „sozial-liberalen" Koalition „hingearbeitet" hätten (SZ, 10.1.77).

Sein Partei-Kollege Windelen bringt es auf den kurzen Nenner: *„Die politischen Fernsehsendungen haben uns um das eine Prozent bei der Bundestagswahl gebracht, das zur Mehrheit fehlt"* („Spiegel", 6/77).

Die Tatsache, daß es noch sehr viele Journalisten gibt, die nicht stramm auf Rechts-Kurs sind, wird von Biedenkopf umgedreht in die Behauptung, daß hier liberale Kräfte die Möglichkeit hätten, *„praktisch ... auf monopolähnlicher Weise auf die Öffentlichkeit einzuwirken"* und daß dadurch die „Chancengleichheit" der bürgerlichen Parteien in ihrer Darstellung durch die elektronischen Medien nicht mehr gewährleistet sei (SZ, 10.1.77).

Diese Angriffe auf die Sendeanstalten und die dort tätigen Redakteure muß gesehen werden als propagandistische „Vorfeldarbeit" für den „Beutezug" durch ARD und ZDF. Die Möglichkeiten der Rechten, schneller vorwärts zu kommen auf dem Wege zur Gleichschaltung und noch offeneren Durchsetzung der Ideologie des Kapitals, sind vielfältig und werden nebeneinander beschritten. Die Hexenjagd auf alles, was auch nur annähernd den Verdacht der liberalen und wahrheitsgemäßen Berichterstattung erregt, hat zu einem allgegenwärtigen Klima der Repression, Zensur und Selbstzensur in den Redaktionen der Medien geführt. Erinnert sei hier noch einmal an den Verwaltungsratsbeschluß im NDR, der vorsah, alle Sendungen zum Thema Brokdorf aus der Zeit vom 25.10.-26.11.76 dem Verwaltungsrat zur Prüfung vorzulegen, nachdem die Landesregierung von Schleswig-Holstein eine massive Hetze gegen die NDR-Berichterstattung begonnen hatte. Das ist Selbstjustiz im Nachhinein und ein Schritt, jeden Journalisten von vornherein zur „Ausgewogenheit" zu zwingen, will er sich nicht auf der Straße wiederfinden.

Am schärfsten kontrollieren allerdings kann man die Arbeit der Redakteure, wenn man selbst an deren Spitze steht. Daß man sich nicht mit der Beherrschung des Bayrischen Rundfunks zufriedengibt, zeigt zum einen, daß *„in den vier ARD-Anstalten südlich des Mains und im ZDF ... Mitglieder von CDU und CSU als Intendanten verantwortlich (sind)"* („Spiegel" 6/77).

Zum anderen sind die zwei größten Sender, der WDR und der NDR, seit Jahren das Zentrum heftigster Kritik, die nicht allein von außen geführt wird, sondern immer stärker auch von innen her. Wesentlicher Initiator des genannten Verwaltungsrats-Beschlusses war der schleswig-holsteinische Innenminister Titzck, seines Zeichens Mitglied des NDR-Verwaltungsrates.

Beim WDR sitzt der Reaktionär und stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Windelen an gleicher Stelle, mit der Aufgabe, von hier aus an der fortschreitenden Unterdrückung der Meinungsfreiheit mitzuwirken.

Ein dritter Weg, den „roten Monopolfunk" in die Knie zu zwingen, ist die immer lauter werdende Forderung nach „privatwirtschaftlicher Konkurrenz"! Private Rundfunk- und Fernsehsender in der Hand von Kapital, bürgerlicher Parteien und der Kirche wäre eine ungeheure Propagandawaffe im Sold kapitalistischer Ideologieverbreitung.

Dann wäre Schluß mit der Übertragung von *„Orginalton Ost"* (Windelen über den WDR) und der *„klassenkämpferischen Note (?)(in) der Unterhaltung"* ... („Spiegel" 6/77).

Medien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Unternehmer starten Angriff auf Monopolfunk

In dem sogenannten „Fernsehurteil" des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1961 wird festgestellt, daß der Bereich des Rundfunks (Hörfunk und Fernsehen) in der BRD öffentlich-rechtlich organisiert sein müsse und eine *„Kontrolle durch die gesellschaftlich relevanten Kräfte deshalb unerläßlich sei, weil dem Rundfunk nur begrenzte Sendefrequenzen zur Verfügung stehen und im Übrigen erhebliche Investitionen notwendig sind..."* (nach FAZ, 10.12.76).

Dieser Grundsatz, zusammen mit der Länderhoheit über die Sender und dem Monopol der Bundespost zur Errichtung und Betrieb der notwendigen Fernmeldeeinrichtungen zu entscheiden, hat bisher in der BRD dem Aufbau privatwirtschaftlicher Sender entgegengestanden.

Damit war dem Kapital in der BRD, hier vor allem den Verlags–Zaren, ein Medienbereich vorenthalten, dessen „Öffnung" für das privatkapitalistische System von ihnen schon seit langem gefordert wird. Die Diskussion hierüber ist in der letzten Zeit verschärft worde, vor allem durch Springer und dessen Zeitungen. Wie Axel Cäsar Springer auf einem internationalen Kongreß im Oktober 1975 in Hamburg ausführte,

Die Diskussion hierüber ist in der letzten Zeit verschärft worde, vor allem durch Springer und dessen Zeitungen. Wie Axel Cäsar Springer auf einem internationalen Kongreß im Oktober 1975 in Hamburg ausführte,

sei es nun endlich auch an der Zeit, in der BRD *„über ein sinnvolles Miteinander von elektronischen und Druckmedien nachzudenken"* und *„er selbst habe schon 1963 von der Notwendigkeit einer angemessenen Beteiligung der Verleger am Fernsehen gesprochen, um 'in der Bundesrepublik eine wirtschaftlich gesunde, möglichst vielgestaltige Zeitungslandschaft zu erhalten' "* („Hamburger Abendblatt", 21.10.75).

Die „Welt" bekräftigte die Forderung der Verleger mit Hinweisen *„über die Zustände in den bereits von den linken Kadern kontrollierten Fernsehanstalten"* und *„deren öffentlich–rechtlichem Monopol"*, das zu durchbrechen sei („Welt",17.12.76).

Der Punkt, auf den sich die Verfechter des privaten Fernsehens einschießen, um den Durchbruch zu einem politisch brisanten und profitträchtigen Betätigungsfeld zu erlangen, heißt: Kabelfernsehen.

Auf der Suche der Kapitalisten nach Möglichkeiten, per Bildschirm direkt in die Wohnungen der Bevölkerung zu gelangen, bietet sich das technisch relativ problemlose Mittel des Kabelfernsehens an.

Dies ist eine Weiterentwicklung des bereits seit Längerem praktizierten Verfahrens der Rundfunkübertragung über Gemeinschaftsantenne und den daran per Kabel angeschossenen Empfangsgeräten. Zusätzlich zu den bereits drahtlos zu empfangenden Programmen von ARD/ZDF kann nun dieses Kabelsystem erweitert und in einem Kabelstudio zentralisiert werden. Bereits vorhandene Versuchsanlagen in Hamburg (im Bereich des Einkaufszentrums Hamburger Straße) und Nürnberg bieten den angeschlossenen Bewohnern bis zu 16 Hörfunk- und Fernsehprogramme an. Hierunter sind allerdings heute noch keine Programme kommunaler oder privatwirtschaftlicher Träger, dafür jedoch z.B. in Hamburg zwei DDR-TV- und vier DDR-Hörfunkprogramme. Diese Tatsache bezeichnete die CDU als „grobe politische Instinktlosigkeit" und meinte, daß man sich lieber an verantwortlicher Stelle hätte Gedanken darüber machen sollen, wie und *„in welchem Umfang auch andere Träger (kommunale, konfessionelle, privatwirtschaftliche usw.) an diesem Experiment hätten beteiligt werden können"* (nach „Springer-Nachrichten", Nr. 90/1975).

Die Kapazität der Breitbandkabel, die weit über die vorhandenen Programme hinausgeht, ist ein Punkt,

periment hätten beteiligt werden können" (nach „Springer-Nachrichten", Nr. 90/1975).
Die Kapazität der Breitbandkabel, die weit über die vorhandenen Programme hinausgeht, ist ein Punkt,

wo von den Kapitalisten der Grundsatz der öffentlich-rechtlichen Struktur des Rundfunks angegriffen wird, da das Argument der begrenzten Sendefrequenzen auf das System des Kabelfernsehens nicht zutrifft und auch die Einrichtung lokaler und regionaler Studios finanziell realisierbar ist.

Die „Welt" leitet in einem Kommentar aus der Begründung des Bundesverfassungsgerichts sogar ab, daß es nun, wo es dank der Kabeltechnik keine Frequenzbeschränkungen mehr gäbe, *„rechtlich zwingend geboten (sei), den Monopolfunk zu beseitigen"*. Zur Unterstützung des, folgt man dieser Argumentation, momentan 'verfassungswidrigen' Zustands, wird dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen bescheinigt, es versage *„in unerträglicher Weise. Nicht nur ist seine demokratiegefährdende politische Einseitigkeit schlüssig... nachgewiesen; von seiner jämmerlichen Langweiligkeit können sich Millionen Zuschauer jeden Abend neu überzeugen."* Hier sei die Zeit reif für eine „Systemveränderung", von der jedoch ausgerechnet in dieser Frage die SPD nichts hören wolle, weil *„der angeblich allen gehörende Rundfunk von (der SPD) und Freunden weit links von derselben erobert worden (ist)"*, und es wird die Frage aufgeworfen, was denn die SPD zu tun gedenke, *„wenn das Bundesverfassungsgericht eines Tages das Unvermeidliche befiehlt?* (die Privatisierung des Rundfunks nämlich!). *Wird die SPD sich damit abfinden, oder wird geholzt, gestreikt, die Gewalt der Straße mobilisiert werden?"* („Welt", 30.11.76).

Die Demagogie in diesen Worten zeigt, wie ernst es gerade den Verlegern mit ihrer Forderung ist und daß es ihnen um weit mehr geht, als darum, künftig parallel zur Zeitungsanzeige einige Werbespots, nett verpackt in lockerer 'Unterhaltung', über den Bildschirm zu schicken. Sicherlich läßt sich hier viel Geld machen; entscheidend ist jedoch der Wille der Kapitalisten, ohne Umwege ihre Ideologie direkt per Fernsehgerät an die Arbeiterklasse heranzutragen.

Repression und Zensur durch Kapital und „Parteienvertreter" gegenüber den Rundfunk- und Fernsehjournalisten nehmen immer mehr zu, Rundfunk- und Verwaltungsräte sind fest in der Hand etablierter Interessenverbände; dennoch: Es gibt immer noch einzelne Sendungen und Sendereihen, in denen demokratische

journalisten nehmen immer mehr zu, Rundfunk- und Verwaltungsräte sind fest in der Hand etablierter Interessenverbände; dennoch: Es gibt immer noch einzelne Sendungen und Sendereihen, in denen demokratische

Standpunkte zu Wort kommen und Themen behandelt werden, die sich kritisch mit gesellschaftlichen Vorgängen auseinandersetzen.

Genauso, wie es gilt, diese letzten Winkel nicht -„gleichgeschalteter" Sendungen und die Rechte der betroffenen Journalisten zu verteidigen, genauso müssen die Bestrebungen der Kapitalisten, Funk und Fernsehen per Kabel in die Klauen zu bekommen, bekämpft werden.

Man versuche sich nur einmal vorzustellen, wie z.B. die Brokdorf-Berichterstattung ausgesehen hätte, gäbe es in der BRD einen „Bild"-TV-Sender!! Eindrucksvolles Beispiel, wie z.B. von der Springer-Tochter „Ullstein-AV" produzierte Sendungen aussehen, gaben die unter der Leitung des Ober-Hetzers Peter Bönisch erstellten Wahlkampfsendungen der CDU/CSU vor den Bundestagswahlen. Sie dauerten nur wenige Minuten; gelingt es den Kapitalisten, ihre Interessen durchzusetzen, wird das Art und Inhalt abendfüllender Programme sein!

Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg

Polizeigewerkschaft kritisiert Massenmedien

Die Berichterstattung über die Bewegung gegen den Bau von Atomkraftwerken wird immer mehr zum Angriffspunkt derer, die aus den unterschiedlichsten Beweggründen heraus ein Interesse am Bau von AKWs und der Durchsetzung der Staats- und Kapitalistenpläne haben.

Wurde beispielsweise die Berichterstattung des NDR in erster Linie durch die CDU kritisiert und durch einen Verwaltungsratsbeschluß vom 27.11.76 der Selbstzensur unterworfen (dazu AK 95 „Brokdorf und die Medien" / Beilage), so meldete sich die Gewerkschaft der Polizei (GdP) schon nach der ersten Demonstration in Brokdorf zu Wort und bezichtigte die Massenmedien der „unsachlichen Berichterstattung". In einer Presseerklärung heißt es u.a.: *„...ist es in den letzten Tagen zu sehr einseitigen Informationen der Bürger gekommen. Die GdP verwahrt sich schärfstens gegen ein solches Verhalten der Massenmedien, da durch die anhaltende einseitige und unsachliche Berichterstattung bei der betroffenen Bevölkerung und der Öffentlichkeit der Eindruck eine unverhältnismäßigen Polizeieinsatzes hervorgerufen wird. Es wird eine ausführliche Information darüber vermißt, daß durch eine relativ kleine Anzahl von Radikalen bewußt der Konflikt mit den eingesetzten Polizeikräften gesucht wurde. ... Abschließend stellt die GdP fest, daß das Einschreiten der Landespolizei korrekt und den zum Teil turbulenten Verhältnissen angemessen war."*

Der Inhalt dieser Erklärung macht deutlich, was die Reaktionäre und berufsmäßigen Meinungsunterdrücker unter einer „pluralistischen", „sachlichen", „emotionsfreien", kurz, einer „ausgewogenen" Berichterstattung verstehen. Das Wort „Wahrheit" findet man nicht!

Medien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Neues vom Alpenrundfunk

„Ich bin kein Freund des Ausschaltens". Damit „erläuterte" Rundfunkintendant Vöth seine kürzlichen Drohungen, den Bayrischen Rundfunk notfalls auszuschalten, wenn in der Frage der „Tagesthemen" die bayrische Version der Nachrichten nicht genügend zur Geltung komme (siehe AK 97).

Bislang habe sich der Bayerische Rundfunk erst viermal ausgeblendet und während Vöths Amtszeit sogar noch nie. Allerdings möchte Vöth auf die Tagesschau à la Bayern dennoch nicht verzichten. Seiner Ansicht nach sollten die Tagesthemen „föderativ" gestaltet werden, so daß jeder Sender beteiligt wird. Vielleicht montags aus Bayern, dienstags aus Hessen, mittwochs aus Südwest...?

KB/Gruppe Nürnberg



Nachrichten aus Schule und Hochschule



SP-Wahlen: Linke Listen weiter im Vormarsch

Nach den heftigen Auseinandersetzungen dieses Semesters, in denen die Studentenbewegung ein Ausmaß erreichte, wie seit den Tagen der „alten" Studentenbewegung nicht mehr, sind die Studentenparlamentswahlen ein Gradmesser, wie weit sich die gewachsene Radikalisierung und Politisierung der Bewegung bereits in einer Zustimmung zu linken Gruppen und Listen niederschlägt. Die uns bisher bekannten Ergebnisse aus 15 Hochschulen lassen schon eindeutige Aussagen über die Entwicklung der politischen Strömungen innerhalb der Studentenschaft zu.

Besonders hervorstechend sind die Erfolge linker Listen, die die Gewinne des letzten Semesters noch weit übertreffen. Besonders dort, wo die Linken im November/Dezember vorantreibend in die Streiks eingegriffen haben (z. B. Göttingen, Bremen) erzielten sie hohe Gewinne. In Bremen wurde die Liste „Was lange gärt, wird endlich Wut" (Spontis, KB) auf Anhieb stärkste Liste, in Göttingen erreichten die beiden linken Listen („Sozialistische Bündnisliste" – KHB und Basisgruppen, sowie eine Spontiliste) zusammen die Mehrheit im Studentenrat, in Heidelberg erreichten die beiden linken Listen (LiLi und die neugebildete „Liste Unorganisierter Institutsgruppenmitglieder", die sich von der KBW-Liste trennten) zusammen fast die Mehrheit (24 von 50 Sitzen). Die Stimmengewinne gehen zum großen Teil zu Lasten des KBW, aber auch von MSB/SHB und Jusos konnten Stimmen gewonnen werden (Göttingen, Bremen, HWP Hamburg).

Einen Erdrutsch erlebte der **KBW**. Durchschnittlich verlor er 50 % seiner Stimmen, in Heidelberg sogar 70 %. Dagegen nimmt sich das Kieler Ergebnis (minus 35 %) noch „gut" aus. Die einstmals dominierende Organisation der Linken ist nun auch auf der Ebene der Studentenparlamente zu einer Sekte verkommen.
auf der Ebene der Studentenparlamente zu einer Sekte verkommen.
Mit ihrer BAFöG-Linie haben sich die KBW-Studenten nicht nur lächerlich gemacht, sondern ihre gleichzeitigen Hetztiraden gegen alle anderen Linken (*„Organisationen von Kindern reicher Eltern", „professionelle und professorale Betrüger"*) haben den KBW isoliert und für Linke nicht länger wählbar gemacht. Selbst dort, wo keine linken Listen kandidierten (z. B. Münster, Osnabrück), verlor der KBW kräftig. Lachende Gewinner sind dort die Revisionisten von MSB/SHB. (Zur Stellungnahme des KBW zu seiner Niederlage vgl. Artikel in diesem AK).

Sehr unterschiedlich sehen die Ergebnisse von **MSB** und **SHB** aus. Der MSB erlitt fast durchgehend Verluste, wenn linke Alternativen zur Wahl standen. Diese Verluste sind jedoch relativ gering. Etwas anders sein Bündnispartner Nr. 1, der SHB. Teilweise arg gerupft (Uni Bremen), wo die Verluste des MSB/SHB/Juso-AStA vor allem zu seinen Lasten gingen, konnte er an anderen Hochschulen die Verluste des MSB wieder wettmachen, z. T. auf Kosten der Jusos (Göttingen). Der SHB scheint als eine Art Puffer für den MSB zu funktionieren, der den MSB (noch) vor größeren Verlusten bewahrt und teilweise dessen Verluste auffängt. Besonders zu schlucken dürften MSB/SHB an ihrer Niederlage in Bremen haben (von 13 auf 9 Sitze, davon 2 an die Linken verloren), einem „Paradepferd" ihrer Politik. Bisher sind sie allerdings (mit Ausnahme der kleinen HfSS Bremen) in keinem AStA gefährdet. Im Gegenteil werden sie sogar den AStA der Uni Osnabrück vom KBW „erben".

Die **Jusos** konnten weiterhin Stimmen gewinnen. Diese Gewinne gehen teilweise zu Lasten des SHB (Bremen), teilweise kommen die Stimmen auch von den Rechten (Kiel). In Göttingen, wo die Jusos nicht wieder antraten, verloren sie den größten Teil ihrer Stimmen an die Linken, einen kleineren Teil auch an den SLH, der seine Stimmenzahl dort verdoppeln konnte. Ihr Bündnispartner auf VDS-Ebene, der **LHV** verlor dagegen weiterhin von seinem eh nur geringen Einfluß.

Die **Rechten** mußten insgesamt leichte Verluste hinnehmen, die aber nicht ausreichten, um einen ihrer letzten ASten, Bonn, zu verlieren.

Wachsende Verantwortung der Linken

In einigen Hochschulen kandidierten keine linken Listen (Münster, Osnabrück, Essen). Häufig wenden sich Basisgruppen und Spontis grundsätzlich gegen eine Beteiligung an den SP-Wahlen, weil SP-Arbeit „abgehoben", „nicht basisnah" sei. Damit überlassen sie anderen, vor allem MSB/SHB die Organe der Verfaßten Studentenschaft, über die diese dann ihre abgehobene Politik in die Studentenbewegung tragen können, mit der sich die Linken dann wieder auf VVs etc. herumschlagen müssen. Gerade das Bremer Ergebnis beweist, wie notwendig eine linke Alternative ist. Denn wenn die Kandidatur in Bremen nicht zustande gekommen wäre, hätten die Linken ihre 500 Wähler gezwungen, andere, d. h. MSB oder KSB (KBW) zu wählen, was das Kräfteverhältnis auf den Kopf gestellt hätte. Andere Linke, darunter auch einige Sympathisanten des KB, wenden sich zwar nicht grundsätzlich gegen eine Beteiligung an den Wahlen, begründen ihre Nichtbeteiligung aber mit „personeller" oder „inhaltlicher Schwäche". Man sei noch nicht so weit, aber im nächsten Semester ... Die Auseinandersetzung um eine gemeinsame Kandidatur der oft genug zersplitterten Linken, wie sie u. E. vorbildlich in Bremen gelaufen ist, wird gar nicht erst aufgenommen. Die Linken haben kein Recht, sich über die MSB- oder KBW-Politik in den ASten zu beklagen, solange sie nicht ihre Verantwortung erkennen und wahrnehmen, gerade jetzt, wo die Studentenbewegung über die jahrelang genossene Politik der gewerkschaftlichen Orientierung hinauszugehen beginnt, den Revisionisten auch ihre Stammsitze in den Organen der Verfaßten Studentenschaft streitig zu machen.

Zustimmung zur Einheit der Linken

An einer weiteren Hochburg der Reformisten und Revisionisten, Hamburg, haben sich auch in diesem Semester in den SP-Wahlen keine Verbesserungen für das linke Lager ergeben. Bei einer gestiegenen Wahlbeteiligung (von 32 auf 35 %) konnte der MSB leichte Gewinne erzielen. An Sitzen gewannen die Jusos noch weiter, so daß sie jetzt 29 der insgesamt 80 stellen. Erstmals wäre eine Koalition mit dem LHV möglich, ohne MSB und SHB im AStA zu beteiligen.

Der SSB hat seine Stimmen aus dem vorherigen Semester im wesentlichen gehalten, wobei einzelne Bereiche sich leicht verbesserten, andere dafür abfielen. Insgesamt erreichte die LDK ca. 1.500 Stimmen, was einem Anteil von 15 % entspricht. Hierin spiegelt sich wider, daß es dem SSB bisher nicht gelungen ist, den in den Aktionen der vergangenen Semester mobilisierten Kräften die Notwendigkeit einer Änderung der Politik der Organe der Verfaßten Studentenschaft deutlich zu machen. Dies fällt zusammen mit einem sehr lasch geführten Wahlkampf gegen Jusos, MSB und SHB.

Im Vergleich zum Abschneiden anderer linker Listen erscheint das Ergebnis jedoch in einem dunkleren Licht, als es den Tatsachen entspricht. Denn im Gegensatz zu anderen Listen ist ein großer Teil der für die „Liste Demokratischer Kampf" abgegebenen Stimmen eine direkte Zustimmung zu der Politik des SSB bzw. des KB, denn die Liste bestand im wesentlichen aus Mitgliedern und Sympathisanten unserer Organisation.

Die Ergebnisse aus anderen Städten zeigen jedoch, daß die Vorherrschaft der Reformisten und Revisionisten nur durch ein Bündnis zwischen den verschiedenen linken Gruppierungen (Basisgruppen, Spontis, KB) gebrochen werden kann. Diese Aufgabe wird sich deshalb auch für Hamburg stellen.

Die nächsten Aufgaben der studentischen Linken

Wenn auch die Linken örtlich in der Lage sind, eine alternative Politik zur althergebrachten „gewerkschaftlichen Orientierung" von MSB/SHB zu entwickeln, so hapert es doch weiterhin bei der Entwicklung einer linken Politik über den Ort hinaus. Häufig genug weigern sich Basisgruppen und Spontis, den Rahmen der eigenen Hochschule zu verlassen, um sich nicht der Gefahr auszusetzen, sich von der Basis zu isolieren. Aufgrund der schlechten Erfahrungen mit dem VDS läßt man lieber gleich die Finger davon. Tatsächlich sind aber die Linken an allen Hochschulen mit den gleichen Problemen konfrontiert, und es ist u. E. aktuell Aufgabe der Linken an den Hochschulen, Erfahrungen anderer Hochschulen auszuwerten, sich mit ihnen auseinanderzusetzen, von fortgeschritteneren Kämpfen und von gemachten Fehlern anderer Linker zu lernen.

Die Vorbereitung auf die VDS-Mitgliederversammlung im März muß von den Linken genutzt werden, verstärkt solche Fragen zu diskutieren, wie die Studentenbewegung weiterentwickelt werden kann. Auf der VDS-MV selbst sollten die Linken nicht nur durch eine höhere Vertreterzahl, sondern auch durch ein entsprechendes Eingreifen dafür sorgen, daß diese MV ihren abgehobenen Charakter, wo einige ewige Bürokraten hinter den Kulissen irgendwelche Beschlußvorlagen, „Koalitionsvereinbarungen" und Resolutionen ausmauscheln, verliert. Ein wenig Unruhe schadet der VDS-MV gewiß nicht.

Bündniskommission
KB/ Gruppe Hamburg

KB/ Gruppe Hamburg



Hannover: 8.000 Studenten demonstrierten am 26. Januar gegen das Niedersächsische Hochschulgesetz. Damit kam Ende des Semesters doch noch in zahlreicher Form der Protest gegen dieses Gesetz zum Ausdruck, nachdem die Streikwelle bis auf Göttingen an den niedersächsischen Hochschulen fast lautlos vorbeigegangen war. Die kämpferische Stimmung auf dieser Demonstration kam in den immer wiederkehrenden Parolen: „Albrecht, Folterknecht, wir brechen dir dein Ordnungsrecht", „Das Wasser stinkt, die Luft ist rein, der Albrecht muß ersoffen sein", „Albrecht zurück in die Keksfabrik", „Wer Albrecht und dem Remmers glaubt, dem ham se das Gehirn geklaut" usw. zum Ausdruck.

Ausdruck.

So soll's sein

Wahlergebnisse, die sich sehen lassen können:

Uni Bremen:

„Was lange währt, ...": 508 Stimmen, 27% und 7 Sitze
KBW: 227 (500); 12% (30); 3 (8)
MSB: 412 (481); 22% (29); 6 (7)
SHB: 200 (396); 10% (24); 3 (6)
Jusos: 358 (201); 18% (12); 5 (3)
KSV: 35 (55); 1,5% (3,3); - (1)
RCDS: 74; 4%; 1

Uni Göttingen:

„Sozialistische Bündnisliste": 2.425 Stimmen (1009); 34,3% (14,2); 28 Sitze (11)
Spontiliste: 1.005 (-); 14% (-); 11 (-)
KBW: 351 (780); 5% (10); 4 (8)
MSB: 281 (371); 4% (5); 3 (4)
SHB: 338 (132); 5% (2); 4 (1)
KSV: 35 (27); 0,5% (0,4) -
RCDS: 1.782; 25% (26); 20 (21)
SLH: 802 (390); 11% (5,5); 9 (4)

Zahlen in Klammern: Ergebnisse des Vorjahres. Auf keiner Liste haben die Jusos und der LHV kandidiert, ebensowenig haben sie zur Wahl einer Liste aufgerufen.

Mit der Ruhe ist's vorbei



Streikversammlung in Aachen

Aachen. Konnte man noch bis vor gar nicht so langer Zeit gerade von der Linken die Klage hören: hier ist nichts los – und ist auch nichts loszumachen, wurde eben diese Linke von der Beteiligung an der ersten Uni-VV seit Jahren völlig überrascht: 2.000 Studenten und Studentinnen waren gekommen, um über einen vom AStA (setzt sich zusammen aus Basisgruppen, MSB und SHB) vorgeschlagenen Streik gegen das vorliegende Landeshochschulgesetz zu beschließen. Bereits vor der Verabschiedung des Streiks sorgte die Basisgruppe zusammen mit ca. 150 Studenten mit Sprengungen von Massenveranstaltungen für die richtige Mobilisierung. Auf der VV selbst wurde mit überwältigender Mehrheit der Vorschlag der Basisgruppen gegenüber dem von MSB und SHB angenommen. Danach sollten die Schwerpunkte dieses Streiks, die Forderung nach *„Erhalt der verfaßten Studentenschaft mit politischem und imperativem Mandat, Satzungsautonomie, Beitrags- und Finanzhoheit sowie den Ausbau und Erhalt der Vollversammlungen als höchstes beschlußfassendes Organ der Studentenschaft sowohl auf Fachschafts- als auch Hochschulebene"* sein. Zur Durchsetzung des Streiks wurden in den Bereichen Streikräte und ein zentraler Streikrat gebildet.

Nach einigen anfänglichen Schwie-

Fortsetzung auf Seite 21

Fortsetzung von Seite 20

rigkeiten schlossen sich im Laufe der Woche alle Fachbereiche (außer Chemie und Bergbau) dem Veranstaltungsboykott an. Lediglich die Maschinenbauer brachen aufgrund der Hetzkampagne des Soziallliberalen Hochschulbundes (SLH) gegen die „Radikalen" vorzeitig aus der Streikfront aus.

Die Parlamentarier melden sich zu Wort

Durch die überwältigende Zustimmung zur Beschlußvorlage der Linken geschockt, sahen sich die SHB-Parlamentaristen bereits überrollt. Nun kramten sie die Satzung der Studentenschaft hervor und belehrten die Basisgruppen, daß nicht die Uni-VV, sondern das SP das höchste beschlußfassende Organ sei. Aus diesem Grund verweigerten SHB und MSB auch die Zusammenarbeit mit den gebildeten Streikräten. Begründung: damit würde die verfaßte Studentenschaft unterhöhlt. Wenn man bedenkt, daß durch das vorliegende Landeshochschulgesetz u.a. erreicht werden soll, daß Uni-VVs generell nicht mehr beschlußfähig sein sollen (da dies nicht der parlamentarischen „Demokratie" entspricht), ist dieses Vorgehen eine direkte Unterstützung der Bemühungen des Kultusministeriums.

Da sich die Streikbewegung jedoch nicht weiter um das Gezeter von SHB und MSB scherte, und sich die Einrichtungen schuf, die sie zur Durchsetzung des Streiks brauchte, verzogen sich die Parlamentarier vorläufig in den Schmollwinkel. Bei Aktivitäten waren sie nicht mehr zu sehen. Zu hören war dann wieder was von ihnen, als es um die Durchsetzung des Streiks auch in solchen Bereichen und Veranstaltungen ging, die nicht freiwillig verzichten wollten. So beschwert sich der MSB, *„daß bei den Maschinenbauern einige Vorlesungen gesprengt wurden, obwohl sich die Studenten für Fortsetzung der Vorlesung ausgesprochen hatten"*.

Diese Form der Durchsetzung des Streiks machte der MSB dann – in Anlehnung an die Argumentation von RCDS und SLH – dafür verantwortlich, daß auf der nächsten Maschinenbauer-VV der vorher gefaßte Streikbeschluß wieder rückgängig gemacht wurde. Nicht gefragt wurde vom MSB jedoch, was der gefaßte Streikbeschluß für einen Wert hat, wenn er nicht durchgesetzt wird. So muß sich der MSB die Frage gefallen lassen, ob er überhaupt ernsthaft vorhatte, zu streiken, d.h. den Veranstaltungsboykott auch gegen die Reaktionäre durchzusetzen.

Während sich so die Basisgruppen, Streikräte und andere Studenten erfolgreich bemühten, mittels Vorlesungssprengungen den Protest gegen die Disziplinierungsmaßnahmen zu dokumentieren, diffamierte der SHB dies als Versuch, *„die antiautoritäre Studentenbewegung zu parodieren, sich noch einmal wieder an Spontaneität und romantisch nachempfundener Militanz in der Aktion zu berauschen ..."*. Dies würde *„künftigen Historikern allenthalben 'Anlaß zu spöttelnden Kommentaren"* (Streik-Info, SHB) bieten.

Bezeichnenderweise gehen diese „besonnenen Köpfe" dabei nicht darauf ein, daß sich an diesen Aktionen – neben einigen Veranstaltungen – die meisten Kommilitonen beteiligten. Woher auch. Sie haben während dieser Zeit offensichtlich „inhaltlich" gearbeitet, was heißen soll, sich in einer „Arbeitsgruppe" versteckt, oder sich womöglich an einer Lehrveranstaltung beteiligt, weil diese sich nicht von selbst aufgelöst hat.

Ein Streik macht noch keinen heißen Sommer

Auf der Uni-VV am 28.1. wurde dann – auf Vorschlag von MSB und SHB – beschlossen, noch in diesem Semester eine Urabstimmung für einen Streik im nächsten Semester durchzuführen. Angesichts der Tatsache, daß der Streik von den Basisgruppen bestimmt wurde und daß die Uni-VV mit 1.700 Teilnehmern wieder gut besucht war, eine Überraschung. Weiß man dann aber, daß die Basisgruppen diesen Vorschlägen nichts anderes entgegenzusetzen hatten, als eine Urabstimmung und einen Streik im nächsten Semester (mit der durchaus richtigen Argumentation, daß Urabstimmung und Streik zusammengehören), so ist die Überraschung nicht mehr ganz so groß. Denn die Anwesenheit von 1.7000 Studenten und Studentinnen zeigt, daß ein großer Teil bereit war, weiterzumachen – und in diesem Fall war die einzige Möglichkeit eine „kämpferische" Urabstimmung noch in diesem Semester!

Auf dieser Ebene sollten die Alternativen nicht mehr allzu lange ausgetragen werden.

Nach Berichten von Aachener Genossen

Erbitterung beim KBW

Mit Spannung erwarteten wir die Stellungnahme des KBW zu seinen gewaltigen Verlusten bei den bisher gelaufenen Studentenparlaments-(SP)Wahlen. Die Schlappen im letzten Semester hatte der KBW noch dadurch einfach unter den Tisch gekehrt, indem er die Wahlerfolge anderer Linker (z.B. der Fachschaftsliste Bochum oder der Spontis bei den Westberliner Fachbereichsratswahlen) dreist auf sein eigenes Konto umgebucht hatte. Dieser Taschenspielertrick wurde in diesem Semester schon allein dadurch unmöglich, daß der KBW überall auf sich allein gestellt kandidieren mußte. Seine diversen Putsche in demokratischen Gruppen, in denen KBWler mitgearbeitet hatten (z.B. KSA Heidelberg und Hannover, versch. Chile- und Nahost-Komitees, Basisgruppen, FSL Bochum etc.), hatten den Linken schon zu denken gegeben. Das arrogante Festhalten an seiner BAFöG-Linie, gepaart mit wüsten Ausfällen gegen diejenigen Linken, die diese Politik kritisierten (*„Kinder reicher Eltern", „Imperialistische Opportunisten", „rechte Studentenbünde"*) tat ein übriges zur Isolierung der KBW-Studentengruppen.

Deutlichstes Beispiel ist seine einstmalige Hochburg (und Stammsitz) Heidelberg, wo unorganisierte Mitglieder der ehedem vom KBW initiierten Institutsgruppen die „Rote Liste" der KHG verließen und auf einer eigenen Liste (LUI: „Liste unorganisierter Institutsgruppenmitglieder") zum SP kandidierten.

Ergebnis: die „kleine" LUI gewann auf Anhieb fünf Sitze, die KHG schrumpfte von 14 auf vier! Da gleichzeitig die LiLi („Linke Liste", Spontis, Unorganisierte, GIM) sich von 16 auf 19 Sitze verbesserte, haben die Linken in Heidelberg jetzt ohne KHG schon fast eine Mehrheit (24 von 50), was dem KBW offenbar die Sprache verschlagen hat; dieses seit zwei Wochen bekannte Ergebnis findet in der „KVZ"-Bilanz der SP-Wahlen keine Erwähnung!

F.'s Schwierigkeiten mit einer „Geschäftsordnung"

Aber selbst die von der „KVZ" (3.2.77) jetzt abgedruckten Ergebnisse sprechen eine deutliche Sprache. Verluste zwischen 35 und 60%, der letzte vom KBW gehaltene Uni-AStA (Osnabrück) ist wahrscheinlich futsch.

Wie nun soll ZK-Fochler seinen Mitgliedern diese verheerende Niederlage erklären? Derselbe Fochler, der zu Beginn dieses Semesters die KBW-Studenten auf den BAFöG-Trip geschickt hatte, der zur größten Bruchlandung in der Geschichte des KBW wurde. In der Logik des KBW, mit der er das ganze Semester über **seine** Forderungen und **seine** Aktionen als die der „besitzlosen Studentenmassen" ausgegeben hat, ist natürlich auch die Niederlage des KBW die der Studentenmassen.

„Dies sind die Ergebnisse des entschiedenen und mit großen Anstrengungen durchgeführten Kampfes von Hunderttausenden. Es ist ganz offensichtlich, daß die Studentenmassen um die Früchte dieses Kampfes betrogen wurden", und zwar *„ist es ... wahr, daß es bürgerlichen Politikern in diesem Semester gelungen ist, die Studenten um die Früchte dieser Kämpfe zu betrügen"* („KVZ", 3.2.77).

Gelungen ist ihnen dies mit Hilfe einer ominösen „Geschäftsordnung" (Bitte der AK-Red. an das „ZK": wir hätten gern ein Exemplar davon, da wir bisher von ihrer Existenz nichts wußten), die zwar *„hunderttausendfach gebrochen"* wurde, *„aber nach wie vor besteht"* und *„nicht umgeworfen werden konnte"* („KVZ", 3.2.). Wir bedauern, Fochler bei seinem Ausflug ins Mystische nicht völlig folgen zu können. Trotz intensivster Lektüre seines Artikels konnten wir über diese „Geschäftsordnung" nicht mehr in Erfahrung bringen, als daß *„diese ... den Studenten keinerlei Kampfrechte zu (gesteht)"* („KVZ", 3.2.). Es scheint sich hier um eine Art geheimer Wunderwaffe der Bourgeoisie gegen den KBW zu handeln.

Ein kurzer nostalgischer Rückblick

Es ist noch gar nicht so lange her, da klang alles noch ganz anders. Noch im Dezember tönte die „KVZ" *„Letzte Meldung: VDS-Sozialdemokraten zeigen Wirkung". „Forderung nach Streikaktion an allen Hochschulen gegen das BAFöG für die VDS unabweisbar"* („KVZ", 16.12.76).

Danach hatte der vom ZK des KBW und seinem offenbar für Hochschulfragen zuständigen Mitglied Fochler persönlich eingeleitete „Kampf der besitzlosen Studentenmassen" ein solch gewaltiges Ausmaß erreicht, daß die VDS sich „gezwungen" sahen, eigens ein Treffen aller ASten einzuberufen, *„um doch noch um die notwendige außerordentliche Mitgliederversammlung der VDS herumzukommen"* („KVZ", 16.12.).

Demnach war das BAFöG unbestrittener Spitzenreiter der Bundesstreikforderungsliga. Wer hätte das gedacht, vor allem wenn man bedenkt, daß es keine Studentengruppe gibt, die diese Forderung nicht aufstellt. Wohlweislich wird von der „KVZ" verschwiegen, welchen Stellenwert diese Forderung im Streik hatte und daß in den allerwenigsten Fällen der Forderung des KBW gefolgt wurde.

Dennoch, der KBW kam zu der kühnen Feststellung: *„Die VDS-Sozialdemokraten wackeln schon, die Studentenbewegung kann sie ganz umschmeißen"*.

Im Januar wurde es merkwürdig still um die BAFöG-Bewegung der besitzlosen Studentenmassen. Völlig resigniert berichtet Fochler vom Ausgang des Bundes-ASten-Treffen der VDS: *„Die Studentenbewegung wird noch in den nächsten Monaten in die allergrößten Schwierigkeiten kommen, wenn es nicht gelingt, die Sozialdemokraten mit und ohne Parteibuch, die sich in den VDS wie in den allermeisten Studentenausschüssen an den Hochschulen breitmachen, ein ganzes Stück weiter voranzutreiben, als es bislang gelungen ist"* („KVZ", 20.1.77).

Nanu erst umschmeißen, jetzt vorantreiben? Immerhin, Fochler erkannte geringe Erfolge der „besitzlosen Studentenmassen" auch



GEKLETTERT HOCH AUF EINEN BAUM...





auf dem VDS-Treffen.

„Die VDS-Sozialdemokraten gaben ... bekannt, daß nunmehr auch sie die Neuregelung des BAFöG rückwirkend ab 1. Oktober verlangen. Dies setzt dem Streben gewisser Leute nach Verbrüderung mit der Regierung eine ganz erhebliche Schranke" („KVZ", 20.1.).

Doch auch von geringen Erfolgen ist heute nichts mehr zu lesen.

Aschermittwoch vorverlegt

„Mancher wird uns entgegnen, unsere Stellungnahme sei allzu bitter. Wir übersähen die bedeutenden Kampferfahrungen, die die Studenten gesammelt hätten, wir übersähen die Linksentwicklung, die die Studentenmassen im Kampf durchgemacht hätten. Wir übersehen das überhaupt nicht. Wir sind jedoch nicht bereit, zu vergessen, daß ein schreiender Gegensatz zwischen der Kraftentfaltung der Bewegung und den Ergebnissen des Kampfes besteht. ... Die Aussichten fürs nächste Semester sind keinesfalls günstig. Wenn es nicht gelingt, die professionellen Politbetrüger (wird nicht näher erklärt, doch dürfen wir uns sicher – wie alle Linken – dazuzählen. Anm. AK) *abzuhalftern, ... wird es eine schwere Reaktion geben"* („KVZ", 3.2.).

Doch da gibt es noch ein Problem – wie den eigenen Mitgliedern die Gewinne der Linken erklären? Hier besinnt sich Fochler nun wieder auf seine Fälscherfähigkeiten vom letzten Semester (s.o.). Der Wahlerfolg der Linken in Göttingen, wo die „Sozialistische Bündnisliste" aus KHB (KB-Sympathisanten) und Basisgruppen das Ergebnis der LDK vom letzten Jahr um 150 Prozent übertraf und zusammen mit der Spontiliste die Mehrheit im SR stellt, wird dadurch zur Niederlage umgefälscht, daß F. wider besseres Wissen lügt, diese Liste bestünde aus einem *„Juso-LHV-KB (Nord)–(SBL)-Bündnis"*, deren Wahlergebnisse des letzten Jahres zusammengezählt werden, woraus dann geschlossen wird: *„runde tausend Stimmen gingen diesem Bündnis verloren"*. Für wie dumm hält F. eigentlich die Studenten, daß er sich ausgerechnet einen der größten Wahlerfolge der Linken herauspickt, um daran „nachzuweisen", daß *„die Studentenbewegung .. auf die Betrügereien, die ihr von professionellen Betrügern zugefügt wurden, spontan und instinktiv (reagiert). Sie reagiert mit Ablehnung"* („KVZ", 3.2.). F. verschweigt, daß der LHV zur Wahl der Spontiliste aufgerufen hatte, nicht zur SBL-Wahl. Auch die Jusos, die wie der LHV nicht wieder kandidierten, riefen nicht zur Wahl der SBL auf, sondern ließen es offen, Spontis, SBL oder SHB zu wählen.

Bei der Bremer Liste „Was lange gärt, wird endlich Wut", die auf Anhieb stärkste Fraktion wurde (KBW: minus 55 %), verschweigt F. natürlich die Beteiligung des KB.

Da in Fochlers Augen die Linken keine Linken, sondern „professionelle Betrüger" sind, stellt er die Frage: *„Drückt das nun eine gefährliche Lage der Studentenbewegung aus oder nicht?"*

Herr F. sichert sich ab

F. ist natürlich intelligent und studiert genug, sich zu erinnern, wie es seinem Vorgänger beim „ZK", W. Maier, erging, der nach dem Scheitern seiner Studentenpolitik als „bürgerliches Hauptquartier" geschaßt wurde. Also versucht er sich abzusichern. *„Wir Revolutionäre (?) haben nach dem Ausgang dieser Studentenparlamentswahlen weniger das Problem, nachzusinnen, wie man, verdammt nochmal zu ,mehr' Stimmen kommen könnte. Wir haben ein grösseres Problem. Wir müssen erörtern, wie wir unsere Arbeit so verbessern, daß wir die bürgerlichen Spalter und Opportunisten daran hindern, die ganze Bewegung zu spalten. Wir haben zu überlegen, aus welchen bestimmten Gründen es uns in diesem Winter nicht gelungen ist ... Wir glauben, daß man (?) jetzt wirklich leicht dazu neigt, die Gefahren zu unterschätzen, denen die fortschrittliche Bewegung der Studenten ausgesetzt ist. Da steht tatsächlich bedeutend mehr auf dem Spiele als ein Drittel oder die Hälfte der Stimmen, die Revolutionäre bei Studentenparlamentswahlen auf sich vereinigen"*. Was wie ein Trost für die arg gerupften KBW-Studenten klingt, scheint uns eher der Versuch Fochlers zu sein, seinen Kopf zu retten. Das ZK des KBW wird einen Verantwortlichen für das Desaster präsentieren müssen. Ein vierter „Kampf zweier Linien" bahnt sich an im KBW. Fochler bietet sich als Opfer geradezu an.

Es kann aber auch sein, daß ihm die Galgenfrist gewährt wird, die er fordert: *„Die Sache ist noch nicht verloren, sie wird in den kommenden beiden Semestern ausgemacht"* („KVZ", 3.2.).

Die Linke sollte ihm bei dieser „Sache" helfen. Der zu erwartende verzweifelte Amoklauf, wie er der Logik aller Sekten entspricht, wird sich in der nächsten Zeit vor allem gegen die Linken („professionellen Betrüger") richten. Der Weg ist durch „KPD" und „KPD/ML" vorgezeichnet. Helfen wir dem KBW, daß er ihn schnell hinter sich bringt.

Bündniskommission
KB/ Gruppe Hamburg



KBW am Scheideweg
56 Seiten, A 4, Okt. 75, 3,00 DM

6.000 Schüler auf der Straße

Frankfurt: Am 2.2. folgten 6.000 Schüler dem Aufruf des Aktionsausschusses zu einem Sternmarsch vor das Rathaus. Der Aktionsausschuß ist die linke Mehrheitsfraktion im Stadtschülerrat, der sich im Laufe der Zeit alle im Kampf gegen die Frankfurter Bildungsmisere stehenden Schulen angeschlossen haben. Ebenfalls durch den Aktionsausschuß koordiniert streikten am 22.1. schon 10 Schulen. Die Schüler eines Abendgymnasiums verbarrikadierten für kurze Zeit zum Zeichen des Protests die Hauptverkehrsader Frankfurts.

Schon seit Wochen wird unter Frankfurts Schülern nur noch über diesen Streik diskutiert. Der Aktionsausschuß hat sich dabei die Aufgabe gesetzt, durch stärkere Schulen schwächere zu unterstützen, um so den Streik an einem möglichst großen Teil der Schulen durchzusetzen.

Angefangen hatte die Streikwelle an den rapiden Sparmaßnahmen in Frankfurts Schulen. Dafür sind auch die meisten der Schüler auf die Straße gegangen. Im Verlauf dieser Aktionen kam aber auch immer stärker der Protest gegen Berufsverbote, gegen politische Disziplinierung in der Schule usw. zum Ausdruck. An einer Berufsschule soll während der Streiktage eine Veranstaltung zu den Atomkraftwerken laufen.

An bisher 10 Schulen wurden Streikmaßnahmen durchgeführt, an 50 Schulen haben VVs stattgefunden. Der Aktionsrat will jetzt versuchen, die Aktionen auf einen noch größeren Teil von Schulen auszudehnen. Außerdem sollen die Aktionen mit den Studenten koordiniert werden. Nach dem Sternmarsch am 2.2. zogen deshalb auch ca. 800 Schüler unter der Parole **„Schulstreik! Unistreik!"** durch die Uni.

Schon jetzt beginnen die ersten handfesten Repressalien gegen aktive Schüler. Gegen fünf Schüler wurden Schulverweise ausgesprochen, gegen einen ausländischen Mitschüler eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch erstattet, die zwar zurückgenommen wurde, aber der Vermerk bleibt in der Akte der Ausländerpolizei. Ganze Klassen und Schulen wurden von reaktionären Schulleitern abgeriegelt, um die Schüler daran zu hindern, am Sternmarsch teilzunehmen.

Isoliert haben sich in diesen Aktionen die SDAJ und die Schüler des KBW. Erstere stellte bislang die Mehrheit im Stadtschülerrat. Als sie sich jedoch weigerten, den Streik aktiv voranzutreiben, da ein Streik angeblich nichts für Schüler, sondern nur für die Gewerkschaft sei, wurden sie kurzerhand abgewählt.

Dreister noch trat der KBW auf. Als sich die Mehrheit im Aktionsausschuß weigerte, seine Forderungen zur Grundlage zu machen, organisierte er eine Spalterdemo, von der er betrügerischerweise auch noch behauptete, es wäre die beschlossene. Mit ganzen vierhundert Männeken haben diese Leute ihre verdiente Quittung erhalten.

An der Demonstration am 5.2. nahmen dann etwa 4-5.000 Schüler und Studenten teil.

Nach einem Bericht eines Frankfurter Schülergenossen

Das unruhige Semester ist noch nicht vorbei

Auch Frankfurts Uni kommt auf die Beine

Nach dem unruhigen Auftakt dieses Semesters hat sich die Situation an der Oberfläche beruhigt. An den meisten Hochschulen wurden die Kämpfe im Januar nicht in der gleichen Stärke fortgesetzt. Nur in Westberlin wurde der Streik noch einmal aufgenommen, mittlerweile ist er an fast allen Bereichen ausgesetzt worden. Dafür ziehen jetzt einige Unis oder auch Regionen nach, die in die November/Dezember-Aktionen größtenteils nicht einbezogen waren. So der Streik in Aachen gegen das Landeshochschulgesetz, die begonnenen Aktionen in Frankfurt, Streiks in Baden-Württemberg gegen die Stellenstreichungen. Auch dies ist eine neue Situation gegenüber den vorherigen Semestern, in denen der größte Teil der Aktivitäten allein während der vom VDS-Vorstand festgesetzten „Aktionstage" stattfand. In der nächsten Ausgabe des ARBEITERKAMPF werden wir uns ausführlich mit den verschiedenen Standpunkten zur Weiterführung des Streiks auseinandersetzen.

Frankfurt: Es wird wieder studentischer Frühling, so kann die herrschende Stimmung beschrieben werden. Nachdem längere Zeit hindurch der zügige Ausbau dieser Polizeiuniversität relativ resigniert hingenommen worden war, gab es in den vergangenen zwei Wochen die ersten massiven Protestaktionen auf dem Campus.

Angefangen hatte es schon mit dem allgemeinen Plakatierverbot und der Drohung des Unipräsidenten Krupp, die Uni auf Kosten des AStAs „reinigen" zu lassen. Kein Plakat, keine Wandzeitung hing in den letzten Wochen länger als 12 Stunden. In mehreren Fällen wurden klebende Studenten von Polizeikommandos überfallen. Schon zu diesem Zeitpunkt (Anfang Dezember) wurde in verschiedenen Fachbereichsgruppen über Streikmaßnahmen diskutiert.

Den nächsten Schlag landete Krupp mit der Absetzung des Studentenparlaments und des AStA (was ihm nachträglich vom Gericht untersagt wurde). Uniweite Kampfmaßnahmen entstanden hieraus aber immer noch nicht. Zwar wurde an einigen Bereichen intensiver die Frage eines Streiks diskutiert, jedoch der größte Teil der (Sponti-)Linken winkte zu diesem Zeitpunkt noch ab.

Das Faß zum Überlaufen brachte Krupp dann mit einem Polizeiüberfall auf ein Fest der WiWis.

Krupp auf Provo-Kurs

Am Morgen des 27.1. organisierten die WiWi-Studenten ein Fest vor den Hörsälen, wo bei Liedern, Sketchen und Musik eine Lageberatung durchgeführt werden sollte. Schon um neun Uhr hatte Krupp 50 Zivilbullen herbestellt, die in provozierender Manier die Teilnehmer fotographierten und einkreisten. Gleichzeitig wurden von einem Riesenaufgebot der Bereitschaftspolizei die Hörsäle abgeriegelt und der davorliegende Campus regelrecht belagert. Als sich die 80 bis dahin anwesenden WiWis trotzdem entschlossen, ihr Fest durchzuführen, marschierten die Uniformierten auf und prügelten das Gebäude leer. Ein Student und eine Genossin des AStA wurden vorübergehend festgenommen und erst freigelassen, als die jetzt ca. 250 Anwesenden massiv auf die Herausgabe drängten. Gegen beide wurde Strafanzeige wegen „Hausfriedensbruch" erstattet.

Nach der Räumung des Hörsaalgebäudes wurde sofort in den laufenden Seminaren darüber diskutiert, woraufhin sich sehr schnell ein Zug von ca. 800 Studenten/innen zusammenfand, der über den Campus demonstrierte. Es wurde noch versucht, in weitere Lehrveranstaltungen zu gelangen, aber zu diesem Zeitpunkt hatte die Polizei schon sämtliche Gebäude hermetisch abgeriegelt. Der Zug formierte sich deshalb zu einer spontanen Demonstration um das Unigelände herum, wobei immer wieder Parolen wie *„Bullen raus aus der Uni"*, *„Krupp du Gangster, bald bist du weg vom Fenster"* gerufen wurden. Auf der abschließenden Kundgebung wurde beschlossen, innerhalb einer Woche eine Uni-VV durchzuführen.

Krupps Polizeiuniversität

An Frankfurts Uni ist ein Polizeieinsatz heute selbstverständlicher als sonst irgendwo in der BRD. Während in anderen Städten noch das Prinzip der Opportunität angewandt wird, ist es nicht übertrieben, von Frankfurt als Polizeiuniversität zu reden. Auch in diesem Fall war der Anlaß gering, für den Lehrveranstaltungsbetrieb sogar unerheblich. Krupp rechtfertigt denn diesen Einsatz allein damit, daß auf diesem Fest über Streikmaßnahmen u.a. diskutiert werden sollte! Einen Tag vorher beschimpfte er die linken Studenten als *„versprengte Chaoten"*, warf ihnen *„kriminelle Handlungen"* vor und spricht von den *„Tätern, die durch Plakate und auf die Wände gesprühte Parolen direkt oder indirekt zu zerstörererischen Handlungen aufrufen"*. Und weiter: *„Selbstverständlich wird die Polizei um Hilfe gebeten gegen kriminelle Aktionen chaotischer Splittergruppen."* „Kriminell" ist für ihn alles, was den „normalen" Lehrbetrieb stören könnte.

Der Widerstand belebt sich

Die Uni-VV wurde in allen Bereichen durch eigene Versammlungen vorbereitet. Bei den Germanisten wurde eine Urabstimmung über Streik durchgeführt, die innerhalb kurzer Zeit mit 784 Ja- gegen 102 Nein-Stimmen abgeschlossen wurde.

Die Uni-VV war dann mit 3.000 Teilnehmern die größte, die in den letzten Semestern zu „inneruniversitären" Angelegenheiten stattgefunden hat. Aber auch auf dieser VV konnten sich die Spontis noch nicht entschließen, zu uniweiten Streikmaßnahmen aufzurufen, was die KB-Studenten vorschlugen. So steht der Streik lediglich bei den Germanisten, während in den anderen Bereichen Mischformen zwischen Seminarsprengungen und Aktionstagen mit Seminardiskussionen stattfinden. Beschlossen wurde weiterhin, am 5.2. eine Demonstration gemeinsam mit den streikenden Schülern (siehe Artikel in diesem AK) durchzuführen.

„Alternatives Leben" – Ersatz für Kampf gegen Repression

Auffallend ist, daß es in Frankfurt, der Uni, wo die studentischen Kämpfe im Vergleich lange Zeit ein hohes politisches Niveau hatten, in diesem Semester so schwer fällt, eine geschlossene uniweite Aktion gegen die Angriffe auf die Beine zu stellen.

Wesentliche Ursache hierfür ist, daß die Spontilinke sich schon zu Beginn des Semesters resignierend in die Diskussion um „alternative Lebensformen" zurückzog. Der Frust der vergangenen Jahre, in denen nicht das erreicht wurde, was sie sich vorgestellt hatten (Häuserkampf), trieb viele weg vom direkten Unigeschehen und weg von möglichen Widerstandsaktionen. Während des Semesters allerdings stellte sich auch hier eine Umstellung ein. Ein erheblicher Teil sah die Notwendigkeit, war mit dem Herzen für gemeinsame Aktionen gegen die zunehmende Repression, aber der Kopf wollte immer noch nicht. Bezeichnend ist folgender Ausspruch: *„Uns* (den Spontis, Anm. AK) *geht es nicht um mehr oder weniger, sondern um a n d e r s "*. Soweit so gut. Auch uns geht es um „anders". Anders, d.h. nicht allein die herkömmliche Art, mit Resolutionen zu protestieren usw., sondern mit den vielfältigen, uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten von militanten Aktionen auf breiterer Ebene, zu antworten.

Anders im Sinne eines erheblichen Teils der Spontigenossen/innen hieß in Frankfurt aber bisher, sich aus dem offenen Kampf gegen die politische Unterdrückung zurückzuziehen und an dessen Stelle den Aufbau von Alternativkonzepten zu setzen, wie z.B. Kneipen, Wohngemeinschaften, Läden usw.

Dies mag zwar zeitweilig befriedigend sein, wirkt aber dann immer frustrierender, wenn man im alltäglichen Uni-Alltag immer stärkeren Repressionen ausgesetzt ist, was auch nicht durch ein „gemütliches" Zuhause aufgefangen werden kann.

Diese Erkenntnis scheint sich auch im Spontilager durchzusetzen. Hatte der Frauen-AStA noch damit begonnen, daß sie die alternativen Lebenskonzepte zum Schwerpunkt der Semesteraktivitäten bestimmten, so kann im nachherein gesagt werden, daß diese Genossinnen sich immer stärker an der Organisierung des Kampfes gegen die Übergriffe von Krupp und seinen Polizeischergen beteiligten. Auf der letzten VV gingen sie sogar soweit, anzuerkennen, daß die Orientierung auf einen Streik von Anfang an richtig war.

Noch aber wehren sich große Teile der Spontis gegen diese Orientierung. Dabei warten sie auch mit solchen Argumenten auf, wie wir sie sonst nur von den Reformisten hören: *„Die Studenten wollen nicht"*. Wie so oft müssen d i e Studenten für eine Stimmung herhalten, die (in diesem Fall) die Spontis selbst daran hindert, aktiv etwas zu unternehmen. Die Beteiligung an den letzten Aktionen und an der Uni-VV sollte jedenfalls alle Zweifler eines besseren belehrt haben. Und nicht zuletzt spricht hierfür auch, daß sich an der Demo am 5.2. ca. 3-4.000 Studenten beteiligten.

Nach Berichten der Unigruppe KB/Gruppe Frankfurt

Faschisten raus aus den Hochschulen

Nürnberg. Gegen den Widerstand von ca. 250 Antifaschisten prügelten am 28.1. ca. 150 Bullen den Faschisten und Reaktionären den Weg in die Fachhochschule Nürnberg frei. Derart geschützt durch Bullenterror konnte der Generalmajor a.D. Pilster sein „Recht " auf freie Meinungsäußerung" zum Thema „Südafrika und die Verteidigung des freien Westens" wahrnehmen, in der Hochschule, in der sich die fortschrittliche Studentenschaft zu politischen Themen nicht äußern soll.

Organisator des Reaktionärentreffs war die „Gesellschaft für Wehrkunde". In ihr stecken (bzw. steckten) so „ehrenwerte Herren" wie Generaloberst a.D. Reinhardt: 1945 in Nürnberg zu 15 Jahren Gefängnis verurteilter Kriegsverbrecher, 1952 aus Landsberg entlassen, 10 Jahre später mit dem Bundesverdienstkreuz dekoriert! Aufgabe dieser „feinen" Gesellschaft ist es, *„den Wehrwillen unter der geistig führenden Schicht unseres Volkes zu fördern"*, in diesem Fall: ideologisch den Boden bereiten für die imperialistische Aggression im südlichen Afrika.

Am 18.1. war der Vortrag der G.f.W. erstmals in der örtlichen Presse angekündigt worden. Der AStA der Fachhochschule (FHS) ergriff daraufhin die Initiative, schrieb einen offenen Brief an den Rektor der FHS sowie die Presse mit der Forderung nach Verbot der Veranstaltung. Gleichzeitig wurden die demokratischen Organisationen Nürnbergs zu Aktionseinheitsverhandlungen aufgerufen.

Das Echo auf diesen Aufruf war außerordentlich groß. Das verabschiedete Flugblatt wurde dann von folgenden Organisationen unterzeichnet:

Bund demokratischer Pfadfinder, Bund für Geistesfreiheit; Club Aquarell der evangl. Industriejugend; Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner; Deutsche Friedensunion/Bezirksverband; Demokratische Studentengruppe; Fachschaftsrat Sozialwesen; Jungdemokraten Nbg.; Kommunistischer Bund; Kommunistischer Hochschulbund; Arbeiterbund; Kommunistische Studentengruppe; KBW; Marxistischer Studentenbund; Spartakus Nbg.; Naturfreunde Deutschlands/Nbg. Mitte; Selbstorganisation der Zivildienstleistenden; Sozialistische Jugend Deutschlands/ Die Falken; Vereinigung Verfolgter des Naziregimes/Bund der Antifaschisten.

Das Flugblatt der Aktionseinheit erhielt die Stoßrichtung:

- Einig gegen rechts! Militaristen raus aus der Hochschule!
- Solidarität mit dem Kampf der Völker Afrikas!
- Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!
- Wehret den Anfängen!

Positiv hervorzuheben an dem Aufruf ist die Breite des politischen Spektrums der Unterzeichner. Leider sagte dies noch nichts über den Mobilisierungsgrad aus. Nach vorsichtigen Schätzungen beträgt die Mitgliederzahl dieser Organisationen mindestens 2000. Insgesamt erschienen bei der Aktion aber nur 250, also rund ein Zehntel der Mitglieder.

Der AStA hatte für eine Stunde vor dem Faschistentreff zu einer Protestversammlung in die FHS aufgerufen. Als die ersten der ca. 250 Antifaschisten ankamen, wimmelte es schon von Bullen. Die Antifaschisten gingen in den Vorraum der Hochschule, es wurden Lieder gesungen, ein Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft hielt ein Referat über die G.f.W., ein AStA-Vertreter sprach zur faschistischen Gefahr und wies besonders auf die Bemühungen der Bourgeoisie hin, die Studenten auf ihre Ziele einzuschwören.

In diesen Vortrag hinein prügelten die Bullen los: sie trieben die Antifaschisten aus dem Vorraum durch den engen Eingang vor das Haus. Dort sammelten wir uns wieder. Als noch Besucher der G.f.W. eintrafen, prügelten die Bullen eine Gasse frei, durch die die Reaktionäre ins Haus gelangten.

Daran anschließend formierten sich ca. 80 Antifaschisten zu einem spontanen Demonstrationszug zum Kommunikationszentrum.

Auf einem weiteren Treffen der Aktionseinheit soll die Aktion ausgewertet und weitere Schritte beraten werden. Richtungweisend könnte ein Flugblatt sein, daß in den letzten Tagen erschienen:ist: **Der Faschist Hoffmann hinter Gitter!**

KB/Gruppe Nürnberg

Gerangel an der rechten Front

Nicht ganz zufrieden zu sein scheinen die Jünglinge der CDU/CSU mit ihrem bisherigen Einfluß an den Hochschulen. Jedenfalls stellt der fränkische Bezirksverband der Jungen Union (JU) fest, daß *„unsere Art zu denken* (?) ", an den Hochschulen zu wenig repräsentiert sei. Schon vorher hatte die Schülerunion Bayerns (Rechtsaußen im Bundesgebiet) die Initiative zur Gründung einer Hochschulgruppe gestartet, da ihnen der RCDS zu „lasch" ist. Der Initiative konnte die JU nichts entgegensetzen, jedoch bemängelte sie, daß ihr Alleinvertretungsanspruch dadurch berührt würde!

Demgegenüber rang sich die SU zu der „Erkenntnis" durch, daß der RCDS bei seinen Bemühungen um Studenten, Dozenten und Professoren zu weit von den bildungspolitischen Vorstellungen der CSU entfernt sei.

Das erklärte Ziel der SU ist es, das „Volksfrontbündnis" an den Universitäten zu brechen! In selbstüberschätzender Manier verspricht sie: *„Wir werden einen Wind machen, wie es ihn bislang nur in der Studentenrevolte gegeben hat! Wir werden die Unis verplakatieren und Strauß an die Hochschule holen!"* Aber auch die JU will eine Hochschulgruppe zur *„politischen Willens- und Meinungsbildung im Sinne der CSU"* bilden.

Gespannt darf man sein, wer bei diesem Gerangel unter den Reaktionären noch übrig bleibt.

Allerdings: Alles Reaktionäre fällt nicht, wenn es nicht umgestoßen wird!

Nach einem Bericht des KB/Gruppe Nünrberg

Jusos gegen fortschrittliche Ausländerpolitik

Clausthal. Ende 1976 wählten die ausländischen Studenten einen ihrer Kommilitonen zum Ausländerreferenten. Das von ihm vorgelegte Aktionsprogramm wollen die Jusos jetzt drastisch beschneiden. Die Möglichkeit erhalten sie durch die Festlegung, daß der Studentenrat diesem Programm zustimmen muß. Bezeichnend ist an welchen Passagen die Jusos sich dabei „stoßen":

- die Forderung nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur faschistischen Junta in Chile lehnen sie mit der Begründung ab, daß durch sie mehr Menschen in Chile gerettet werden, als durch Solidaritätsbewegungen!!!
- den Kampf der arabischen Völker, insbesondere den des palestinensischen Volkes, gegen den Zionismus wollen sie nicht unterstützen, da sie Schutzgarantien für Israel in den Grenzen von 1967 fordern, d.h. mit allen eroberten Gebieten.
- ihrer Meinung nach gibt es auch keine besondere Unterdrückung der ausländischen Kommilitonen; es gäbe lediglich eine Zusammenarbeit zwischen den Geheimdiensten der jeweiligen Länder und den westdeutschen. In Westdeutschland selbst gäbe es keine besondere Unterdrükkung.
- die Forderung der ausländischen Studenten nach Gleichbehandlung mit den westdeutschen mochten sie nicht unterstützen. Stattdessen forderten sie eine „grundsätzliche Reform des Hochschulzugangs für Ausländer".

Diesen Positionen fügten sie noch die Krone auf, als die den Ausländerreferenten aufforderten, in sein Programm aufzunehmen: „Der AStA-Ausländerreferent informiert über und unterstützt diejenigen Kräfte in Osteuropa, die dort für politische Freiheitsrechte kämpfen." Dies deklarierten sie zu einem der wichtigsten Teile des Programms des Ausländerreferats!

Da im Studentenrat eine Mehrheit von Jusos, RCDS und SLH besteht, droht die Gefahr, daß diese reaktionären Vorstellungen ins Programm aufgenommen werden. Der Ausländerreferent hat sich bereits an die VDS gewandt, sowie alle ASten und Ausländerreferenten in der BRD informiert. Nur durch massiven Protest kann dieser Eingriff in die freie politische Betätigung unserer ausländischen Kommilitonen verhindert werden!

Nach dem Bericht von Sympathisanten des KB in Clausthal

Ein Produkt des Kapitalismus:

Alkohol, Droge Nr.1 bei Kindern und Jugendlichen

„Kinder kommen betrunken zur Schule" („FAZ", 28.4.76). Von einem *„erschreckenden Bild zunehmenden Alkoholmißbrauchs bei Heranwachsenden und Kindern"* sprach die saarländische Regierung Ende April 1976. In einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage heißt es dazu, es gebe Kinder, die fast täglich betrunken zur Schule kommen.

ist demzufolge enorm gestiegen: Im Jahre 1972 wurden 70 „blaue" Kinder aufgegriffen. 1973 waren es schon 376 Fälle , und für 1974 wurde offiziell eine Zahl von 1.151 Kindern angegeben.

Die Situation der Kinder und Jugendlichen in anderen Bundesländern sieht nicht besser aus. Der „Drogenreport" von 1972 ergab, daß 50,8% der befragten Kinder und Ju-

„Aufklärung" mit Lehrfilmen an der Schule etc. Als erstes Bundesland wurde in Hamburg eine „Beratungsstelle" eingerichtet, ansonsten wird die Arbeit an freie Träger und Verbände wie „Guttempler Orden", Anonyme Alkoholiker" etc. verwiesen. Nebenbei werden eine Reihe von sinnlosen Apellen an die Industrie abgelassen. Der Zentralausschuß der Werbewirtschaft wurde höflichst



Auch ein Aspekt der „Sparpolitik": Immer häufiger sind Kinder und Jugendliche „voll".



Alkohol = Freude und Geselligkeit? Für die Alkohol-Industrie jedenfalls stimmt die Rechnung!

12–13 jährige konsumieren regelmäßig „harte Getränke" und noch schulpflichtige Kinder rauchen regelmäßig Zigarretten.

Selbst Kleinkinder kommen nicht nur im unbeobachteten Augenblick an Alkohol, sondern dürfen „schon mal mittrinken".

In der BRD gibt es gegenwärtig 1,5 Mio. Menschen ,die als alkoholkrank gelten. Davon sind mehr als 150.000 Kinder und Jugendliche, also 10% („SZ", 22.2.76). 1960 waren es immerhin „nur" etwa 25.000.

Eine Umfrage ergab, daß 16% der 12- und 13-jährigen und sogar 45% der 14 - 16- jährigen Schüler schon mal einen Alkoholrausch gehabt haben.

Da gibt es z.B. bei 11-jährigen unter massivem Alkoholeinfluß Vergewaltigungsversuche, einzeln oder in Gruppen, so der „Drogensachverständige" im Baden-Würthembergischen Sozialministerium.

Selbst auf Schulhöfen kreist die Flasche Alkohol nicht selten, an Stelle des fehlenden 1/2 Liter Milch. Angeblich greift heute bereits jeder zweite Jugendliche mehrmals in der Woche oder täglich zur Flasche.

Flasche Alkohol nicht selten, an Stelle des fehlenden 1/2 Liter Milch. Angeblich greift heute bereits jeder zweite Jugendliche mehrmals in der Woche oder täglich zur Flasche.

Für Hamburg ergab eine Untersuchung folgendes Ergebnis: Von rund 100.000 Schülern aller allgemeinbildenden Schulen von Klasse 8 an sind 3.000 „starke Trinker".

10.000 „alkoholgefährdete" Kinder leben alleine in einer Großstadt wie Hamburg.

Im April 1975 veröffentlichte die Hamburger Landesstelle gegen die Suchtgefahr ihren Jahresbericht 1974 Die Zahl der Kinder, die angetruken von der Polizei aufgegriffen wurden,

gendlichen im Rhein-Ruhrgebiet im Alter von 14 bis 18 Jahren „bei sich bietenden Gelegenheiten" Bier und Wein trinken, 33,2% dann zu Schnaps und Kognak greifen. Damals schon gaben 10% an, sie konsumierten mehrmals in der Woche harte Spirituosen.

Sicherlich werden diese Daten im Laufe der vergangenen 3 Jahre ebenso angestiegen sein wie z.B. in Hamburg.

Auch das Alter der Kinder, die beginnen „harte Drinks" zu nehmen , sinkt ständig tief herab.

Erschreckend ist vor allem der Alkoholdrang jener Schüler , die erst 14 Jahre und jünger sind. 12% davon waren in zwei Monaten mindestens einmal „voll", 1% fünfmal und öfter betrunken.

Übrigens nebenbei: Es gibt kaum einen Unterschied bei dem Alkoholproblem zwischen Jungen und Mädchen. Die Mädchen stehen den Jungen beim Saufen nicht nach.

Viel Geschrei und wenig Wolle! – Der Staat „kämpft" gegen den Alkoholismus

Viel Geschrei und wenig Wolle! – Der Staat „kämpft" gegen den Alkoholismus

Gegen die Droge Alkohol wird schon seit Jahren von staatlicher Seite aus „gekämpft".

Untersuchungen werden in Auftrag gegeben, Statistiken angefordert und angefertigt, und eine spektakuläre Mobilmachunng gegen den Kinder- und Jugendalkoholismus wird in Gang gesetzt. Plakate wie „Mach mit ohne Sprit" werben gegen den Alkoholmißbrauch. Von der Stadt Hamburg wurde vor gut einem Jahr ein 20-Punkte Programm entwickelt,

gebeten, für die Alkoholindustrie eine „freiwillige qualitative Werbebeschränkung" zu akzeptieren. Danach sollte künftig beispielsweise unterlassen werden, Alkohol in der Werbung als „Sorgenbrecher " und „Stimmungsmacher" anzupreisen. Wer jedoch in den letzten Monaten Fernsehen gesehen hat, kennt das Ergebnis: Dieser K(r)ampf ist natürlich schon deshalb ein Witz in sich, weil der Staat durch die Alkoholsteuer an jeder Flasche Schnaps mitverdient und zwar ziemlich erheblich: fast 5 Milliarden DM Steuereinnahmen durch Alkohol (1973).

„Die Eltern sind schuld!..."

Wie nicht anders zu erwarten, wird die Schuld an dem steigenden Kinder- und Jugendalkoholismus den Eltern und der Erziehung und der angeblichen Liberalisierung in der Schule in die Schuhe geschoben.

In erster Linie werden die „Trinkgewohnheiten der Erwachsenen" verantwortlich gemacht. Nach einem gewissen „Wissenschaftler" Huhn seien es weniger die Trinkgewohnheiten der Väter, die Trinkfreude und Nachahmungstrieb bei den Kindern

verantwortlich gemacht. Nach einem gewissen „Wissenschaftler" Huhn seien es weniger die Trinkgewohnheiten der Väter, die Trinkfreude und Nachahmungstrieb bei den Kindern

wecken, sondern ... *„der Alkoholkonsum der Mutter wirkt sich weitaus verhaltensprägender auf die Kinder aus"*(nach „Spiegel", 50/74).

Mit zum Angebot mutmaßlicher Motive zählt schließlich die häusliche Lage. „Das spätere Trinkverhalten", sagt Psychiater Janz, „wird durch Beispiel und Erziehung in der Kindheit vorgeprägt und erlernt".

Nach Herrn Feuerlein vom Max-Planck-Institut soll der Alkoholismus besonders stark sein in Familien, „in denen niemand mehr was zu sagen hat". Ein anders Mal müssen „gestörte Eltern-Kind-Beziehungen" herhalten.

Natürlich ist die Springer Presse auf der Suche nach dem Schuldigen auch nicht gerade zimperlich mit den Eltern: Den trinkenden Kindern sei typischerweise zu Hause nicht zuviel, sondern zu wenig „abgefordert" worden. Die Eltern hätten jenen Kindern unangenehme Dinge immer aus dem Weg geräumt. Diese Eltern täten „zuviel des Guten".

Nach Ansicht der Saarländischen Regierung ist auch die „in der Vergangenheit immer wieder geforderte Liberalisierung des Jugendschutzes", beispielsweise durch die Einführung von Raucherzimmern in den Schulen, verantwortlich.

Der Ruf nach autoritärem Verhalten Kindern und Jugenlichen gegenüber wird wieder laut. Mehr Disziplin und Zwang soll die Lösung sein.

WAS DIE KINDER BRAUCHEN IST LIEBE....

Der Alkoholismus ist kein „jugendspezifisches" Problem, sondern ein gesellschaftliches Problem!

Unserer Meinung nach liegen die Ursachen für den steigenden Kinder- und Jugendalkoholismus nicht in erster Linie an den Eltern und häuslichen Verhältnissen, sondern die Ursachen für Alkoholismus überhaupt liegen in dieser Gesellschaft. Ein wesentlicher Faktor für den Anstieg des Alkoholismus ist auch die Werbung für alkoholische Getränke: Ob jung oder alt, ob man arbeitet oder Feierabend oder Urlaub hat, ob man allein oder zu zweit oder mit Freunden zusammen sitzt, ob im Wasser oder an Land - dem Käufer wird klar gemacht daß er bei jeder Gelegenheit und „immer und überall" Sprit trinken kann und soll.

Die Alkoholindustrie wirbt für ihre Produkte mit verschieden Methoden und in beinahe allen Werbeträgern. Fast jede Käuferschicht wird irgendwie mit alkoholischen Getränken in Verbindung gebracht, seien es nun Frauen oder Männer, Jugendliche oder ältere Menschen.

Geradezu grotesk ist es, daß in vielen Diskotheken, die in der Hauptsache von Jugendlichen besucht werden, Alkoholzwang herrscht. Häufig holen sich Kinder und Jugendliche ihren ersten Rausch aus purer Angeberei und um sich der Welt der Erwachsenen anzupassen, wird behauptet. Hier in diesem ersten Rausch liegt schon das Problem. Für die Kinder ist dies noch eher eine Machtfrage, nämlich „erwachsen" zu sein. Die Kinder werden eben als Kinder nicht für voll genommen. Durch autoritäre Erziehung verstärkt sich der Drang nach Beachtung und Anerkennung,

ge, nämlich „erwachsen" zu sein. Die Kinder werden eben als Kinder nicht für voll genommen. Durch autoritäre Erziehung verstärkt sich der Drang nach Beachtung und Anerkennung,

und sei es durch kräftigen Alkoholkonsum.

Viele Gründe für den Alkoholismus bei Schulkindern liegen auch in dem großen Leistungsdruck, Streß und Konkurrenz in der Schule.

Ärger in der Familie, mit Freunden usw., sexuelle Schwierigkeiten und Schwierigkeiten aller Art sind gleichfalls Gründe zum Griff nach der Flasche. Denn schon als Kinder lernen die Menschen in dieser Gesellschaft nicht, ihre Widersprüche miteinander zu lösen und Probleme zu klären. Der Ausweg sind oftmals Drogen und Alkohol.

Die hohe Jugendarbeitslosigkeit tut ihr Teil dazu. Viele Jugendliche ohne Lehrstelle und Job „sterben vor Langeweile" und betrinken sich abends in der Kneipe, um Isolation und Resignation zu entfliehen.

Die Langeweile der Kinder macht sich auch schon bei den initiativlosen langweiligen und zahlenmäßig geringen Spielplätzen und Spielmöglichkeiten bemerkbar. Tagsüber auf sich alleine gestellt ist ca. 1/3 der Kinder in der BRD. Durch die rigorose „Spar politik" im sozialen Bereich ist die Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen noch mehr eingeengt.

ein Letztes tut sicher auch das soziale Elend in den Familien, vor allem in den Arbeiterfamilien, dazu, das durch Arbeitslosigkeit, finanzielle Schwierigkeiten gekennzeichnet ist.

Nicht der Bourgeoisie auf den Leim gehen!

Die Bourgeoisie bezweckt freilich etwas ganz Besonderes, wenn sie derzeit zusammen mit einer Reihe anderer Themen auch den Jugendalkoholismus lautstark beklagt, ähnlich das Geschick der mißhandelten Ehefrauen, der geprügelten Kinder, u.ä. Von den sich verschärfenden Klassenwidersprüchen soll der Blick abgelenkt werden auf die Widersprüche im Volk, für die wir angeblich auch noch selbst verantwortlich sein sollen

Im Fall des Jugendalkoholismus ist besonders augenfällig, daß das Thema zynisch mißbraucht wird, um Stimmung zu machen für eine mehr autoritäre Erziehung und „härteres Anpacken" der Kinder („Das hat noch keinem geschadet"), für die angebliche Notwendigkeit von mehr Polizei-Einsätzen gegen Jugendliche, und überhaupt für den Polizeistaat

autoritäre Erziehung und „härteres Anpacken" der Kinder („Das hat noch keinem geschadet"), für die angebliche Notwendigkeit von mehr Polizei-Einsätzen gegen Jugendliche, und überhaupt für den Polizeistaat

(„Bei Adolf hat es so etwas nicht gegeben"). Unter diesem Aspekt sollte man sogar die staatlich angegebenen Zahlen über den steigenden Jugendalkoholismus kritisch betrachten. Wenn man z.B. liest, daß sich in den letzten Jahren die Zahl von angetrunkenen Jugendlichen und Kindern vervielfachte, die von der Polizei „aufgegriffen werden mußten so widerspiegelt das eben nicht nur zunehmenden Alkoholismus, sondern auch einen enom angestiegenen Polizei-Einsatz gegen die Bevölkerung, gerade gegen die Jugend-Zentren, von Jugendlichen besuchte Kneipen etc.

Der Kampf gegen den Alkoholismus von Kindern und Jugendlichen wird solange nutzlos bleiben, solange viele von ihnen ohne Ausbildung, Arbeit und ohne sinnvolle Spielplätze und Freizeitgestaltung bleiben und ohne Hoffnung auf bessere Verhältnisse sind.

Der Weg kann nur sein, daß wir für und mit unseren Kindern für eine bessere Gesellschaft kämpfen.

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

„Neuer Rekord"

Einen neuen Rekord konnte die Alkohol- und Tabakindustrie 1975 aufstellen. Die „Hauptstelle gegen die Suchtgefahr" in Hamm teilte mit, daß fast 50 Milliarden DM – 3,5 Mrd. mehr als 1974 – für „geistige Getränke" und „blauen Dunst" ausgegeben worden seien.

Auf alkoholische Getränke entfielen rund 33,5 Mrd. und auf Tabak etwa 15,9 Mrd. Mark („Welt", 4.10.76).

Neben Bierkonsum (148 Liter je Einwohner) stieg auch der Branntweinverbrauch: Von 1,6 Liter je Einwohner auf 3,02 Liter.

Nach einer bei Infratest in München in Auftrag gegebenen Erhebung über Alkoholkonsum der 20 – 64jährigen Bevölkerung wurde ermittelt:

37 % der Erwachsenen gelten als starke Alkoholiker, nur 6 % leben völlig abstinent.

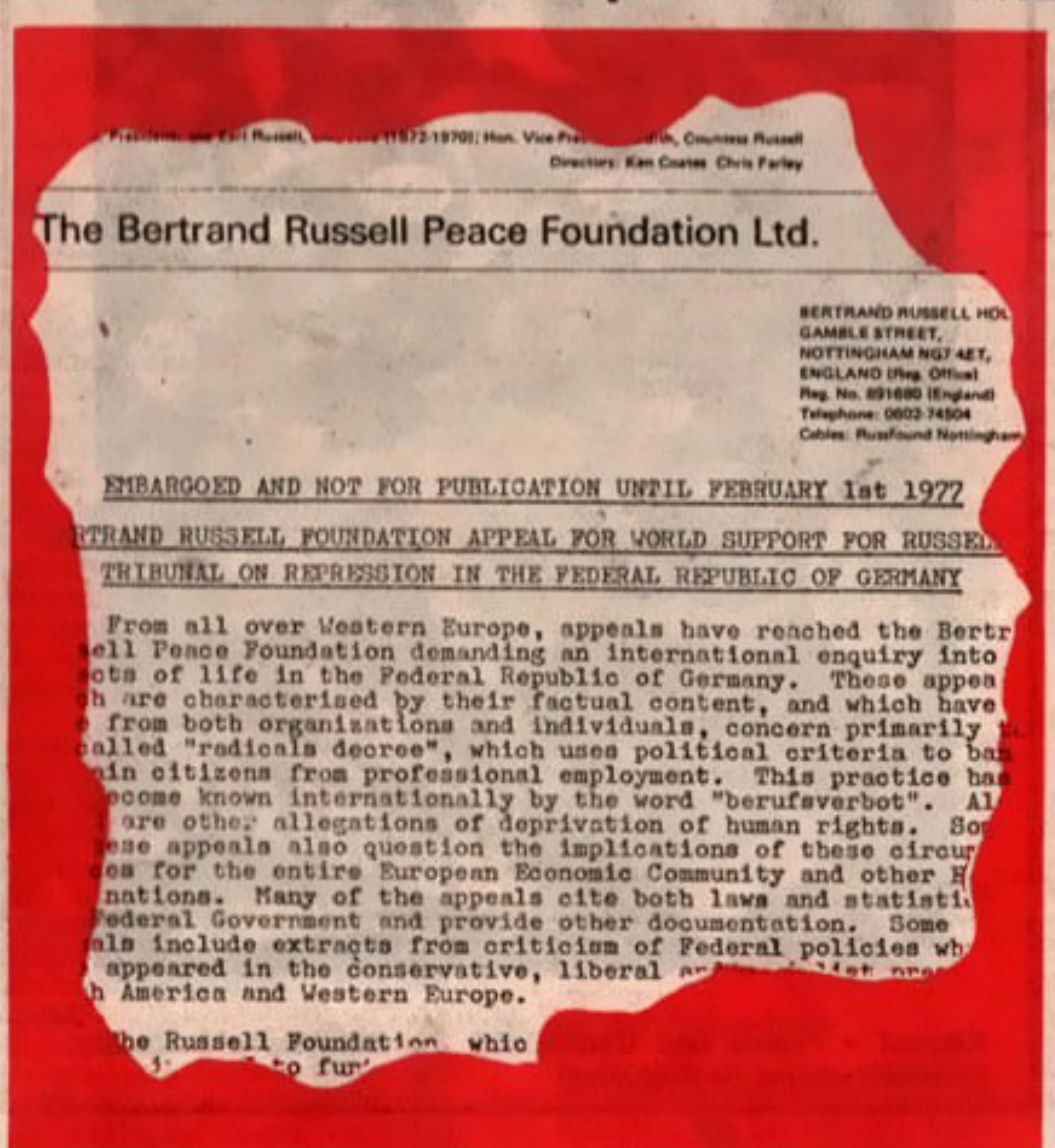
Nach Angaben dieser Untersuchung gab es 1976 rund 1,5 Millionen Alkoholkranke in der BRD.

Der „FR" (22.2.76) zufolge soll bei mindestens 40 % der Toten im Straßenverkehr Alkohol im Spiel gewesen sein und somit 1974 rund 7.000 Verkehrstote direkt oder indirekt dem Alkohol zum Opfer gefallen sein.

Ganz abgesehen von denen, die durch Krankheiten auf der Strecke bleiben, die dem Alkohol zu „verdanken" sind.

Aufruf der Bertrand-Russell-Foundation

zur weltweiten Unterstützung eines Russell-Tribunals über Repression in der BRD


... President: ... Earl Russell, ... (1872-1970); Hon. Vice Pres... ...ith, Countess Russell
Directors: Ken Coates Chris Farley

The Bertrand Russell Peace Foundation Ltd.

BERTRAND RUSSELL HO...
GAMBLE STREET,
NOTTINGHAM NG7 4ET,
ENGLAND (Reg. Office)
Reg. No. 891680 (England)
Telephone: 0602-74504
Cables: Russfound Nottingham

EMBARGOED AND NOT FOR PUBLICATION UNTIL FEBRUARY 1st 1977

...RTRAND RUSSELL FOUNDATION APPEAL FOR WORLD SUPPORT FOR RUSSE...
TRIBUNAL ON REPRESSION IN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY

From all over Western Europe, appeals have reached the Bertr...
...ell Peace Foundation demanding an international enquiry into
...cts of life in the Federal Republic of Germany. These appea...
...h are characterised by their factual content, and which have
... from both organizations and individuals, concern primarily ...
...alled "radicals decree", which uses political criteria to ban
...ain citizens from professional employment. This practice has
...come known internationally by the word "berufsverbot". Al...
... are other allegations of deprivation of human rights. So...
...ese appeals also question the implications of these circu...
...es for the entire European Economic Community and other E...
nations. Many of the appeals cite both laws and statisti...
...ederal Government and provide other documentation. Some
...als include extracts from criticism of Federal policies wh...
... appeared in the conservative, liberal ...
...h America and Western Europe.

...he Russell Foundation, whic...
... to fur...

Auf die Aufforderungen, ein Russell-Tribunal III über die BRD durchzuführen (siehe die letzten Ausgaben des AK) hat die B. Russell-Stiftung jetzt mit dem folgenden Text geantwortet:

Aus allen Teilen Westeuropas sind bei der Bertrand-Russell Foundation Appelle eingegangen, in denen eine internationale Untersuchung der Situation in der Bundesrepublik Deutschland gefordert wird. Diese Aufforderungen, die sich durch ihren Tatsachengehalt auszeichnen und die sowohl von Organisationen als auch von Individuen kommen, betreffen vor allem den sog. Radikalenerlaß, demzufolge bestimmten Staatsbürgern aus politischen Gründen die Ausübung ihres Berufs verwehrt wird. Diese Praxis ist mittlerweilen international unter dem Wort „Berufsverbot" bekannt geworden. Ferner werden andere Angaben über den Abbau von Menschrechten gemacht. Manche dieser Appelle stellen auch die Frage nach den Folgen dieser Praxis in der BRD für die gesamte europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EG) und für andere europäische Staaten. Viele der Appelle zitieren Gesetze und Statistiken der Bundesregierung und enthalten anderes dokumentarisches Material. In einigen Appellen finden sich Auszüge aus kritischen Stellungnahmen zur Politik der Bundesregierung, die in konservativen, liberalen und sozialistischen Presseorganen Nordamerikas und Westeuropas erschienen sind.

Die Russell-Foundation, die 1963 von Bertrand Russell ins Leben gerufen wurde, um seine Arbeit für Frieden, soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte weiter zu entwickeln, hat diese Appelle mehrere Monate lang sorgfältig geprüft. Sie ist zu dem Schluß gekommen, daß in der Bundesrepublik eine Situation geschaffen worden ist, die dem ersten Augenschein nach von Unterdrükkung und Einschüchterung gekennzeichnet ist, und daß alle Umstände mit größter Sorgfalt untersucht werden sollten.

1966 berief Bertrand Russell das „Internationale Tribunal über Kriegsverbrechen in Vietnam" ein, das weltweit als Russell-Tribunal bekannt wurde. Das zweite Russell-Tribunal hatte die „Unterdrückung in Brasilien, Chile und Lateinamerika" zum Gegenstand. Diese internationalen Tribunale sind nicht mit staatlicher Gewalt ausgestattet. Ihre moralische Autorität beruht auf der Integrität ihrer Mitglieder, und ihre Urteile stützen sich auf das ihnen vorgelegte Beweismaterial.

Viele der Appelle, die an die Bertrand Russell Foundation gerichtet wurden, fordern die Einsetzung eines Russell-Tribunals über Unterdrückung in der Bundesrepublik Deutschland. Die Russell Foundation antwortet positiv auf diese Aufforderungen und ruft die Öffentlichkeit in der ganzen Welt auf, die Errichtung eines Russell-Tribunals zu unterstützen, nationale Unterstützungskomitees zu gründen, dazu beizutragen, die notwendigen Mittel für dieses Tribunal aufzubringen und wichtiges dokumentarisches Material zu sammeln, das einem Tribunal vorgelegt werden kann. Die Foundation betont, daß ein solches Tribunal nicht ohne massive Unterstützung der Öffentlichkeit veranstaltet werden kann; denn nur mit breiter Unterstützung der Öffentlichkeit können die nationalen Komitees getragen und kann die Arbeit des Tribunals finanziert werden.

Über die Reaktion auf diesen ihren Aufruf wird die Foundation Ostern 1977 berichten.

Krach im Initiativausschuß zur Vorbereitung des Tribunals

Handfesten Streit gab es auf der zweiten Sitzung des westdeutschen Initiativausschusses, der sich am 8.1. dieses Jahres gebildet hatte, um das Zustandekommen eines Russell-Tribunals über die Repression in der BRD zu erreichen. Ursache für die Trübung des eigentlich freundschaftlich geplanten Klimas waren Auseinandersetzungen, die einmal nicht „Strukturfragen" der Kampagne (Miteinander, Zueinander, Gegeneinander etc. verschiedener Gremien, Verhältnis von Organisationen und Individuen) betrafen, sondern die Sache selbst: Die Bewertung der Repression und das richtige Vorgehen dagegen. Im einzelnen ging es um die Fragen Rechtsradikalismus, Militarisierung und Einbeziehung der DKP in die Initiative. Ergebnis: Prompt fühlten sich einige Mitglieder des Initiativausschusses vom KB „für dumm verkauft" oder gar „unterwandert".

Sei's drum! Wir finden es belebend, daß endlich einmal eine i n h a l t l i c h e Debatte – wenn auch mit ziemlichen „Anfangsschwierigkeiten" – begonnen wurde. Wir treten auch nach wie vor unbedingt da-

h a l t l i c h e Debatte – wenn auch mit ziemlichen „Anfangsschwierigkeiten" – begonnen wurde. Wir treten auch nach wie vor unbedingt da-

für ein, solche Kontroversen öffentlich zu führen – trotz der (durchaus gutgemeinten) Warnungen von Genossen/innen, dies könne die notwendige Einheit und mögliche Kompromisse gefährden. Denn erstens sind wir der Meinung, daß eine breite öffentliche Diskussion prinzipiell notwendig ist, um richtige Standpunkte zu erarbeiten. Zweitens handelt es sich bei den Widersprüchen um zentrale Fragen der gesamten Bewegung gegen die Repression, und drittens besitzt der Ausschuß für seine Arbeit und seine Entscheidungen bisher keinerlei Mandat der Bewegung. Erst auf der für den 5./6. März geplanten Arbeitskonferenz aller gegen die Repression arbeitenden Organisationen, Komitees und Initiativen wird ein westdeutsches nationales Unterstützungskomitees des Russell-Tribunals gebildet werden, das dann eine gewisse Repräsentativität für sich beanspruchen kann. Umso notwendiger ist es, die Differenzen transparent zu machen und allen Interessierten Gelegenheit zu geben, an der Diskussion teilzunehmen. Schließlich sind alle ja für „basisnahe Politik", nicht wahr...?

Rechtsradikalismus „unwichtig"?

Dem Initiativausschuß lag ein von Hamburger Genossen erstellter Entwurf für einen Aufruf zur Unterstützung des Russell-Tribunals vor (den umstrittenen Text dokumentieren wir nebenstehend). In der Diskussion kam man schnell zur Sache:

- Das Russell-Tribunal sei mit einer Behandlung der Komplexe „Rechtsradikalismus" und „Militarisierung" *„überfordert"*. Es könne sich nur mit *„innerstaatlichen Maßnahmen der Repression"* befassen.
- *„Ein paar rechtsradikale Grüppchen"* seien *„kein gewichtiger Punkt"* der Repression. Der Rechtsradikalismus sei in der BRD *„nicht gesellschaftlich wichtig"*.
- Der Entwurf enthalte eine *„Einschätzung der BRD, die knapp vor dem Faschismus steht"*.

Schließlich kam's, wie's kommen mußte: Von seiten des Hamburger SB (gewissermaßen „KB-Experten"...) wurde entdeckt: *„Das ist die Faschisierungstheorie des KB"*. Dieses außerordentlich starke Argument war dann das Stichwort, um in dem Entwurf immer mehr Belege für den schändlichen Versuch des KB aufzuspüren, dem Initiativausschuß „seine Einschätzung" unterzujubeln: *„Das ist ganz klar die Analyse und Strategie (!) des KB"* (in ziemlich komprimierter Form, müßte man hinzufügen). Besonders aufgebracht konterten die Kritiker auf den Einwand, der Aufruf beinhalte doch eindeutige F a k t e n, die von niemandem bestritten worden seien und auch gar nicht bestritten werden könnten: Die Auswahl und Gewichtung von Fakten beinhalte immer eine Einschätzung, und so dumm seien sie nicht, um nicht zu merken, daß dies eben die Einschätzung des KB sei.

Aber es kommt noch besser: Der Aufruftext beinhalte die *„beiden entscheidenden Elemente der Faschisierungstheorie des KB"*: Nämlich erstens die „Einschätzung", daß durch die repressive Gesetzgebung die Möglichkeit eines legalen Übergangs zur Diktatur geschaffen werde (was daran „Einschätzung" sein soll, bleibt freilich unklar, da dies exakt der Inhalt der Notstandsgesetzgebung ist), und zweitens die „Überschätzung des Neofaschismus". Damit ist endlich mal das Kunststück fertiggebracht worden, die gesamte Theorie des KB auf eine simple und eingängige Formel zu bringen, ohne offenbar überhaupt die Publikationen des KB zu diesem Thema gelesen zu haben! Und weiter: **In der BRD bestehe nicht die Gefahr einer neuen faschistischen Entwicklung. Entscheidend sei vielmehr, daß hier Menschen auf offener Straße ermordet werden könnten!** Diese Äußerung wurde auch noch unter Berufung auf einen prominenten ausländischen Genossen gemacht (dessen Namen wir hier nicht nennen werden, bevor nicht detailliert nachgeprüft ist, was er w i r k l i c h gesagt hat). Zu diesen extremen Ausfällen brachte es freilich nur einer der Diskussionsteilnehmer, Ex-MLer und heutiger freischwebender Linker.

Wir ersparen es uns hier, auf den teilweise ebenfalls geäußerten Vorwurf einzugehen, die im Text kurz dargestellte Militärstrategie des BRD-Imperialismus sei ebenfalls „falsch" und eine spezielle Einschätzung des KB (es wurde sogar allen Ernstes behauptet, die BRD unterhalte n i c h t den größten Kriegsetat von allen westeuropäischen Ländern). In diesem Punkt (wie auch in der Frage des Rechtsradikalismus) scheint der KB die internationale Öffentlichkeit (und zwar nicht nur die linke) doch bereits weitgehend „unterwandert" zu haben...

In Wirklichkeit ging es in der Diskussion natürlich in keiner Phase um die Faschisierungs-These des KB, die auf einer Einschätzung des westdeutschen Imperialismus, seiner objektiven Lage und seiner historischen Entwicklung basiert. Wir hoffen, daß es zu solchen Diskussionen zukünftig noch kommen wird. **Bei den laufenden Auseinandersetzungen geht es jedoch darum, ob der Kampf gegen den Rechtsradikalismus überhaupt als Aufgabe der Linken begriffen, ob dieser Komplex überhaupt dem Russell-Tribunal vorgelegt wird, oder ob er vom Großteil der Linken weiterhin totgeschwiegen wird.**

Dabei ist die Methode, der Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus (und der Militarisierung!) mit dem „Argument" aus dem Weg zu gehen, man dürfe doch der Faschisierungstheorie des KB nicht auf den Leim gehen, ziemlich dumm. Dann soll man wenigstens so ehrlich sein und sich offen der Darstellung der Bundesregierung und des Verfassungsschutzes anschließen, daß der Rechtsradikalismus eben tatsächlich *„keine Gefahr"* darstelle.

Die Debatte blieb zunächst ohne konkretes Ergebnis, da vereinbart wurde, einen neuen Aufruf-Entwurf zu erarbeiten, ohne daß in dieser entscheidenden Differenz eine Klärung herbeigeführt werden konnte.

Zur Frage des Verhaltens gegenüber der DKP

Zu einem überraschenden „Eklat" kam es, als der Antrag gestellt wurde, offiziell von seiten des Initiativausschusses ein Gespräch mit dem DKP-Präsidium zwecks Einbeziehung in die Initiative zu führen und auch zu überlegen, ob man nicht ein ähnliches Vorgehen gegenüber dem KBW einschlägt. Eine Minderheit der Anwesenden widersprach heftig mit den unterschiedlichsten Argumenten:

- Die DKP könnte ja zusagen, und dann werde die bisherige Zusammenarbeit empfindlich „gestört";
- die DKP würde ja sowieso nicht zusagen, und ein Vorgehen, das nur die DKP „entlarven" solle, lehne man ab.

Da das Argument „Die DKP auf keinen Fall" auf ziemlich schwachen Füßen stand, besann man sich auf die bewährte Methode: Das sei wieder eine dieser heimtückischen Fallen des KB, denn der KB wolle ja n u r die DKP einbeziehen, „KPD/ML", „KPD" und KBW (?) aber nicht, und so solle einem die spezielle Bündnispolitik des KB aufgezwungen werden.

Tatsächlich ist diese Frage von „KPD" und KBW (?) aber nicht, und so solle einem die spezielle Bündnispolitik des KB aufgezwungen werden.

Tatsächlich ist diese Frage von ziemlicher Bedeutung für die Orientierung der gesamten Kampagne. Dies ist nicht so zu verstehen, als ob von einer Teilnahme der DKP das Gelingen des Tribunals und die Schaffung einer breiten Öffentlichkeit abhinge. Die DKP besitzt jedoch in der Bewegung gegen die Berufsverbote ein relativ breites Feld von Bündnispartnern, das zweifellos für das Projekt eines Russell-Tribunals zu interessieren wäre. Bei einer korrekten Politik der Initiative hätte es die DKP recht schwer, dies durch eine Diffamierung des Tribunals zu verhindern – gerade auch aufgrund der langfristigen Nachwirkungen des „Falls Biermann" und ihrer eigenen Schwierigkeiten z.B. mit den Jusos.

Der Versuch einer irgendwie gearteten Ausschlußtaktik gegenüber der DKP würde jedoch über diese Partei hinaus die Bemühungen diskreditieren, eine möglichst starke Unterstützung für das Tribunal zu gewinnen.

Nicht zuletzt ist es natürlich ein Witz, ständig die notwendige „Breiiiite" der Initiative zu beschwören, die es insbesondere gegen die „Parteipolitik des KB" zu verteidigen gelte, andererseits aber in dieser Frage auch nur Unklarheiten zuzulassen. Der Antrag, über eine Einbeziehung der Vaterlandsverteidiger zu diskutieren, kann nur als Ablenkungsmanöver gewertet werden, da die „KPD" ein Russell-Tribunal, das den Hauptstoß n i c h t gegen den „Sozialimperialismus", sondern gemeinerweise gegen den BRD-Imperialismus richtet, bereits glasklar als „Manöver des Sozialimperialismus" enttarnt hat.

Eine Entscheidung über das Vorgehen gegenüber der DKP konnte auf der Sitzung wegen der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr gefällt werden und soll möglichst bald herbeigeführt werden. Die Diskussion über den KBW steht ebenfalls noch aus.

Aufruf zur Unterstützung des Russell-Tribunals über politische Unterdrückung in der BRD (Entwurf)
– können Nazis auf Bundeswehrveranstaltungen auftreten
– werden Prozesse gegen NS-Verbrecher um Jahrzehnte verzögert, Verurteilte (falls es überhaupt dazu kommt) privilegiert

Aufruf zur Unterstützung des Russell-Tribunals über politische Unterdrückung in der BRD (Entwurf)

„In der Bundesrepublik Deutschland gibt es keine Berufsverbote".

So arrogant setzt sich die Bundesregierung über die in- und ausländische Kritik an der Radikalenjagd hinweg. Offenbar rechnet man damit, daß die inzwischen rund 3.000 Berufsverbote und 800.000 Überprüfungen durch den Verfassungsschutz schon so sehr den Charakter des „Normalen" und „Alltäglichen" angenommen haben, daß sie sich als internationaler Skandal einfach leugnen lassen. Tatsächlich wird heute die Politik des Radikalenerlasses nicht nur im Öffentlichen Dienst, sondern in allen möglichen gesellschaftlichen Bereichen praktiziert. Nach dem Vorbild des Staates werden in Betrieben, Medien, im kulturellen und sozialen Bereich, in Verbänden usw. Linke „aufgespürt" und gefeuert. Sogar Gewerkschaftsmitglieder sind gehalten, keine „Zweifel" an ihrem Bekenntnis zur „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" aufkommen zu lassen. Denn der DGB-eigene Radikalenerlaß („Unvereinbarkeitsbeschluß") steht den Berufsverboten in nichts nach – weder in der Zahl der vollzogenen Ausschlüsse noch in der Methode.

„Die BRD ist einer der freiheitlichsten Staaten der Welt"

Darin sind sich alle maßgeblichen Politiker einig. Aber: Mit einer Perfektion, die ihresgleichen sucht, schafft sich dieser „Rechtsstaat" Schritt um Schritt die gesetzlichen Möglichkeiten, um demokratische, in der Verfassung niedergelegte Freiheiten immer mehr einzuschränken. Vor neun Jahren waren die Notstandsgesetze der Beginn einer Entwicklung, in deren Verlauf bis zum heutigen Tag 52 Gesetze zur „Inneren Sicherheit" verabschiedet wurden – sie alle mit derselben Einmütigkeit des Bundestags, wie sie in der Großen Koalition erstmals geschaffen worden war. Wie schon einmal in der deutschen Geschichte ermöglichen diese und weitere, unmittelbar vor der Verabschiedung stehende Gesetze dem Staat den l e g a l e n Übergang zu diktatorischen Formen der Machtausübung: Ermächtigung der Polizei zum Todesschuß, Verpflichtung der Bevölkerung, alle „verfassungsfeindlichen Bestrebungen" unaufgefordert den Behörden zu melden, unkontrollierbare Vollmachten für den Verfassungschutz, Pressezensur (Verbot von Schriften, die „Gewalt propagieren"), Einschränkung der Rechte von Angeklagten und Verteidigern vor Gericht bis zum Einsatz militärischer oder paramilitärischer Truppen gegen den „Inneren Feind". Daß diese Bedrohung nicht nur auf dem Papier besteht, beweisen brutale Polizeieinsätze großen Stils, wobei es nicht darauf ankommt, ob es gegen Sozialdemokraten oder Kommunisten, Umweltschützer oder streikende Arbeiter geht. Immense Ausgabensteigerungen wurden für den staatlichen Gewaltapparat in den letzten Jahren vorgenommen. Überall wird „gespart", hier nicht.

„Der Rechtsradikalismus stellt keine Gefahr dar".

So sagen es der Verfassungsschutz und die Regierung. Deshalb
- sitzen ehemalige Nazis in hohen und höchsten Staatsämtern
- gibt es gerade ein lächerliches Dutzend „Berufsverbote" gegen Faschisten (der Radikalenerlaß richtet sich nach offiziellem Sprachgebrauch „gleichermaßen gegen Links- wie Rechtsextremisten")
- werden offen terroristische, bewaffnete Faschistentrupps vor Gericht wegen „Harmlosigkeit" laufen gelassen
- können heute in der BRD „NSDAP-Gruppen" gebildet oder „Reichsgründungsfeiern" – womöglich unter Polizeischutz – abgehalten werden, obwohl die Verherrlichung des Nationalsozialismus verboten ist
- können Nazis auf Bundeswehrveranstaltungen auftreten
- werden Prozesse gegen NS-Verbrecher um Jahrzehnte verzögert, Verurteilte (falls es überhaupt dazu kommt) privilegiert behandelt usw. usf.

Gefährlich ist weniger die Z a h l in (offen) faschistischen Gruppen organisierten Mitglieder. Gefährlich ist das Klima der Repression, das diese Kräfte begünstigt und der freie Spielraum, den ihnen der Staat heute wieder gewährt. Gefährlich ist erst recht, wenn etwa der CSU-Vorsitzende Strauß mit dem „linken Ungeziefer" „aufräumen" will, so daß „bis zum Ende dieses Jahrhunderts Ruhe herrscht", oder der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht Überlegungen darüber anstellt, wann F o l t e r „sittlich geboten" sein könnte.

„Die Bundesrepublik leistet ihren Beitrag zur Friedens- und Entspannungspolitik"

Trotz „Entspannungs"propaganda und „neuer Ostpolitik" unterhält die BRD den bei weitem größten „Verteidigungs"etat von allen westeuropäischen Ländern. Energisch fordert die Bundesregierung von ihren „Partnern" in der EG, ebenfalls ihre militärischen Anstrengungen zu erhöhen. Bundeswehrgeneräle setzen sich für eine Militärstrategie ein, die den möglichst schnellen Einsatz von Atomwaffen in einem Konflikt vorsieht und verlangen eine vollständige Integration der BRD in die Vorbereitungen auf einen Atomkrieg einschließlich der eigenen Verfügungsgewalt über Nato-Kernwaffen. Gleichzeitig schafft sich die BRD mit einem ehrgeizigen Programm zur „friedlichen Nutzung" der Kernenergie alle technologischen Voraussetzungen, um zu einer potentiellen Atommacht ersten Ranges zu werden. Daß die westdeutsche Atomindustrie besonders intensiv mit Ländern wie Brasilien und Südafrika zusammenarbeitet, die den Atomwaffensperrvertrag n i c h t unterschrieben haben, hat die Weltöffentlichkeit alarmiert.

„Deutschland – Modell für Europa"??

So und ähnlich melden der westdeutsche Staat und das Großkapital ihren Anspruch an, die Führung in einem nach ihren „Modellvorstellungen" vereinten Europa zu übernehmen. Die Unterzeichner sind der Ansicht, daß alles getan werden muß, um dies zu verhindern. Sie rufen alle Demokraten dazu auf, Widerstand gegen Berufsverbote und Repression zu leisten und dem Klima der Einschüchterung und Anpassung ihre Solidarität entgegenzusetzen.

Deshalb fordern sie dazu auf, die **Bertrand-Russell-Peace-Foundation (Stiftung des englischen Mathematikers und Philosophen B. Russell) bei dem Vorhaben zu unterstützen, ein Tribunal über politische Unterdrückung in der BRD durchzuführen.** Russell-Tribunale fanden bisher über den amerikanischen Aggressionskrieg in Vietnam und über die Folter in Lateinamerika (als Reaktion auf den Putsch in Chile) statt. Diese Tribunale, die sich aus unabhängigen demokratischen Persönlichkeiten unterschiedlicher Nationalität zusammensetzen, haben eine außerordentlich starke internationale Aufmerksamkeit gefunden.

Ein drittes Russell-Tribunal, das ebenso wie die vorherigen an keinerlei staatliche Institution oder sonstige machtpolitische Interessen gebunden sein wird, wird nun die Frage einer Verletzung der Menschenrechte und demokratischer Grundwerte in der BRD untersuchen und der Öffentlichkeit ein Maximum an Informationen darüber unterbreiten. Dies ist ein wichtiger Beitrag, um antidemokratische Tendenzen abzuwehren, die heute zu einer konkreten Bedrohung für Frieden, Demokratie und Fortschritt in Europa und insbesondere in unserem eigenen Land geworden sind.

Dieser Entwurf für einen Aufruf wurde vom Initiativausschuß abgelehnt, da er – insbesondere in den Absätzen 3 und 4 – die Faschisierungstheorie des KB enthalte.

Aufruf der Frauenzeitung „Courage" zur Vorbereitung des Russell-Tribunals gegen die Repression

Westberlin. *Im Sommer 1977 wird ein Bertrand-Russell-Tribunal über die Repression in der Bundesrepublik stattfinden. Bisher sind zwei solche Tribunale gehalten worden, eines über Vietnam, eines über die politische Unterdrückung in Lateinamerika. Das Tribunal über und in der Bundesrepublik wird die neue autoritäre Ausrichtung von Staat und Gesellschaft zum Gegenstand haben.*

Wir halten es für wichtig, daß auf diesem Tribunal auch die für die letzten Jahre charakteristischen Maßnahmen der Unterdrückung und Mittel der Diskriminierung von Frauen in der Bundesrepublik behandelt werden. Zu folgenden Themen sind sicher schon von Frauengruppen Materialien gesammelt worden, die dem Russell-Tribunal als konkrete Fälle der Repression gegen einzelne Frauen oder Gruppen von Frauen vorgelegt werden können.

1. *Praktiken und Verordnungen, die den revidierten § 218 lokal und regional unterlaufen, Berufsverbote für Frauen, die legal abgetrieben haben*
2. *Polizeiübergriffe auf oder Bespitzelung von Frauenzentren und Frauenhäusern*
3. *Haftbedingungen von weiblichen politischen Gefangenen, Haftbedingungen von Lesbierinnen*
4. *Rücknahme von Berufsförderungschancen für Frauen, die auf faktische Berufsverbote hinauslaufen*
5. *Verengung der Möglichkeiten der Berufstätigkeit von Frauen durch Schikanen von Arbeitsämtern und Behörden bei der Arbeitsvermittlung, Entlassungen alleinstehender Frauen und Mütter*
6. *Verschärfung der familiären Gewalt gegen Frauen durch Männer, deren Ursachen in Arbeitslosigkeit oder wachsenden Leistungszwängen am Arbeitsplatz sich aufzeigen lassen*
7. *Zensur und Unterdrückung von Beiträgen zur Frauenbefreiung in den Massenmedien Presse, Rundfunk und Fernsehen*
8. *Diskriminierung von Frauenzentren, Frauenhäusern und anderen Frauenaktionen in den Massenmedien.*

Frauen und Frauengruppen, die Erfahrungen mit diesen oder anderen Bereichen haben und Materialien vorbereiten wollen, wendet Euch bitte an folgende Adressen:

Berliner Frauenzeitung Courage, Bleibtreustraße 48, 1000 Berlin 12
Frauenzentrum Bockenheim, Landgrafenstr. 13, 6000 Frankfurt 90

Am 5. und 6. März wird eine Arbeitskonferenz aller gegen die Repression aktiven Gruppen stattfinden. Wenn Ihr hinkommen wollt, informiert bitte nicht nur uns, sondern auch den ID.
(aus „ID" vom 29.1.77)

Ein SPD-Distrikt und das Problem mit den Berufsverboten



Hamburg: Zum 24.1. lud der SPD-Distrikt Mühlenkamp zu einer Film- und Diskussionsveranstaltung zu den Berufsverboten ein. Mit rund 70 Zuschauern beim Film („Vera Romeyke ist nicht tragbar") und 60 Teilnehmern an der Diskussion war das SPD-Büro gerammelt voll und die SPDler wohl selbst überrascht von diesem Echo.

In der Diskussion schälte sich dann folgendes Verständnis bei den anwesenden SPDlern, vorwiegend Jusos, heraus: zwar habe sich die Führung der SPD schon weit von der Basis entfernt, daß diese kaum noch als Sozialdemokraten anerkannt werden könnten, aber der Kampf gegen die Berufsverbote sei nur in und mit der SPD als großer Volkspartei zu führen. Und dann liege das Problem weiter darin, daß die große Mehrheit zu träge sei, weshalb man auch so wenig machen könne. Kurz und gut: die Massen sind wieder einmal schuld, daß die SPD einen so rechten Kurs steuert. Nicht hinterfragt wird von diesen Jusos, daß die SPD ein Klima mitgeschaffen hat, das vielen Menschen den Blick für die politischen Realitäten versperrt.

Hervorzuheben ist an dieser Veranstaltung, daß es möglich war, kommunistische Standpunkte zur Politik der SPD vorzutragen, ohne gleich abgeblockt zu werden. Vielmehr zeigte sich bei den Anwesenden Interesse an einer Diskussion, auch bei gegensätzlichen Ansichten. Am Ende des Abends erklärten sich mehrere Teilnehmer bereit, eine „Initiative gegen die Berufsverbote" aufzubauen. Auf das Ergebnis darf man gespannt sein. Denn die an der „Initiative ..." interessierten SPDler/Jusos machten noch im gleichen Atemzug einen Rückzieher: „Organisatorische Zusammenarbeit mit Kommunisten ist natürlich nicht drin. Das zieht automatisch Parteiausschlüsse nach sich." D.h. mit denjenigen, die am stärksten von den Berufsverboten betroffen sind, kann man nicht zusammenarbeiten.

Damit haben die Berufsverbieter schon ein Ziel erreicht: die Distanzierung von den Kommunisten, die Aufspaltung der Berufsverbotsgegner in die „ehrlichen Protestierer" und die „Radikalen".

Dieser Unterschied zieht sich in der gesamten Haltung zu den Berufsverboten durch. So schreiben sie in ihrer Stadtteilzeitung einen „Aufruf": „*Abhilfe tut not!*" und „*Wir brauchen eine klare Regelung, die die verfassungsmäßigen Rechte achtet.*" Diese Einschränkung wird noch verstärkt: „*Es gibt keinen plausiblen Grund, a l l e n Beamten unabhängig von ihren Aufgaben eine besondere Pflicht zur Verfassungstreue aufzuerlegen. Allerdings gibt es Beamte – z.B. Lehrer – bei denen gewährleistet sein muß, daß sie sich nicht i n A u s ü b u n g ihres Dienstes gegen den Kernbestand der Verfassung stellen*" (Hervorhebung im Original). Also wieder die Diskussion: wie verfassungstreu muß jemand sein, von wem wird dies bestimmt und überprüft, wieweit ist es überhaupt erlaubt, daß jemand als Kommunist seine Meinung frei äußert usw. Dies ist genau die Diskussion, die mit dem „Radikalenerlaß" in Gang gesetzt worden ist. Mit dieser Orientierung werden die Berufsverbote im Grundsatz anerkannt (nötig um die Verfassung zu „schützen"), „Verbesserungen" sollen allein auf dem Gebiet der „Verfahren" erreicht werden. Der Grundsatz für diesen „Rechts"-staat: das Urteil kann terroristisch sein, Hauptsache, das Verfahren war „gerecht"!

Ein Genosse der Bezirksgruppe Barmbeck, KB/Gruppe Hamburg

Aufruf zur Unterstützung des Russelltribunals in Schweden

Der schwedische Informationsdienst (Informations Tjänst) berichtete bisher regelmäßig über die Entwicklung der Repression in der BRD. Diese Zeitung hat jetzt die Initiative zur Unterstützung des Russell-Tribunals ergriffen und veröffentlichte in der Ausgabe vom 24.1.77 folgenden Aufruf:

„*Die Aktionsgruppe gegen politische Repression arrangierte Anfang vorigen Jahres die erste Veranstaltung in Schweden über das westdeutsche Berufsverbot. Redner aus Deutschland waren Peter Brückner und Horst Bethge. Durch Einladung von Vertretern verschiedener Parteien (SSU, VPK, FK) versuchten wir, die Aufmerksamkeit auch auf die politische Repression in Schweden zu lenken.*

Im Herbst nahmen wir einen deutschen Polizeibesuch in Lund zum Anlaß, die Aufmerksamkeit auf den zunehmenden Ausbau des staatlichen Gewaltapparates in Deutschland und Schweden, sowie auf die intensivierte polizeiliche Zusammenarbeit über die Grenzen zu lenken.

Wir bewachen die westdeutsche Entwicklung und publizieren in IT soviel wir können.

Ein kleiner Ansatz zu aktiver politischer Solidarität mit deutschen politischen Gefangenen waren u.a. unser offener Brief betreffs Roth und Zahl an den Justizminister in Nordrhein-Westfalen. Leider sind wir gezwungen festzustellen, daß wir mit diesen kleinen Einsätzen die aktivste Deutschlandgruppe im Reich sind.

In dieser Lage betrachten wir es als unsere Pflicht – trotz unserer begrenzten Möglichkeiten – die Initiative zu einem Treffen zu ergreifen, das den Beschluß zu einer Bildung eines nationalen schwedischen Komitees, welches anläßlich des geplanten Russelltribunals über Westdeutschland mit anderen Komitees in Europa zusammenarbeitet, fassen soll" (aus „Informations Tjänst", Nr. 4/77).

Wir werden im ARBEITERKAMPF über die Entwicklung eines nationalen schwedischen Komitees über die Auseinandersetzung unter den Linken in dieser Frage kontinuierlich berichten.

Skandinavienkommission

Internationale Arbeitstagung gegen Berufsverbote

Westberlin: Das Westberliner „Komitee zur Verteidigung demokratischer Grundrechte" führte mit Vertretern ausländischer Berufsverbotekomitees und Parteien eine internationale Arbeitstagung durch. Im Rahmen dieser Tagung fanden am 4.2. eine Pressekonferenz und eine Großveranstaltung statt, zu der jeweils folgende Vertreter aus dem westeuropäischen Ausland erschienen waren: Senator Boucheny (Frankreich) Mitglied des Europaparlaments; Jan Otto Hauge (Norwegen) Mitglied der Sozialistischen Linkspartei; Doris Teller (Dänemark) Komitee gegen die Berufsverbote Roskilde; Alex Veldhof (Niederlande) Mitglied des Parteirats der Partei der Arbeit.

Auf der Pressekonferenz erklärten die Vertreter, sie wollten die Solidarität mit denjenigen verstärken, „*die gegen eine systematische Aushöhlung der Verfassung und die fortgesetzte Verletzung der Grundrechte durch Regierung, Behörden und einzelne Gerichte*" kämpfen. Besonders wiesen sie darauf hin, daß sie mit diesem Eintreten gleichzeitig verhindern wollten, daß „Modell Deutschland" auch in ihre Länder eingeführt wird.

Anschließend berichteten die Vertreter über die Aktivitäten in ihren eigenen Ländern.

In Frankreich haben anläßlich des 5. Jahrestages des Ministerpräsidentenerlasses mehrere Veranstaltungen stattgefunden. Eine Petition wurde der westdeutschen Botschaft überreicht. In Dänemark wurden dem westdeutschen Botschafter 15.000 Unterschriften übergeben. Sowohl in Norwegen als auch in Dänemark sollen in den nächsten Monaten weitere Veranstaltungen mit vom Berufsverbot Betroffenen stattfinden.

Auf der Großveranstaltung am Abend des 4.2. waren etwa 800 Menschen anwesend. Es wurde über die Aktivitäten in den verschiedenen Ländern sowie über Ergebnisse der Arbeitstagung berichtet. Ein Vertreter des „Aktionskomitees gegen Berufsverbote an der FU" verlas einen Brief der Russell-Peace-Foundation, in dem diese ihre offizielle Zusage zur Durchführung eines internationalen Tribunals gegen die politische Repression in der BRD bekanntgab. Diese Nachricht stieß bei den Teilnehmern auf einhellige Zustimmung.

Berufsverbote-Nachrichten

Offenbach: Am 11.1.77 wurde der Lehrer Bernhard Lewicki in der August-Bebel-Kreisberufsschule festgenommen und abgeführt. Am 10.1. hatte ihm der Schulleiter seine Entlassung mitgeteilt und ihm gleichzeitig Hausverbot auferlegt. Bernhard L. ging am 11.1. trotzdem zur Schule, um mit den Schülern seine Entlassung zu besprechen. Dies war für den Schulleiter Anlaß genug, die Polizei zu rufen. Bernhard L. war der Schulbehörde seit langem unangenehm aufgefallen, weil er sich nachdrücklich für die Belange der ausländischen Schüler und gegen die fortschreitende Verschlechterung des Berufsschulunterrichts eingesetzt hatte. 1974 ermittelte die Staatsanwaltschaft gegen ihn wegen Beteiligung an Demonstrationen gegen den Frankfurter Verkehrsverband. Er soll dort Barrikaden gebaut und linke Flugblätter verteilt haben. Obwohl ihm dies nicht einmal nachgewiesen werden konnte, verblieben entsprechende Vermerke in seiner Personalakte, was sicher nicht unerheblich für dieses Berufsverbot ist.

Augsburg: Vom einzigen Lehrstuhlinhaber für bayrische Landeskunde wurde dem Studenten Hans-Jörg Bisle die Betreuung seiner Abschlußarbeit verweigert. Grund: Hans-Jörg Bisle ist DKP-Mitglied. Die haarsträubende Begründung: „*Als Anhänger der pluralistischen Wissenschaft sei es ihm persönlich nicht möglich mit einem Marxisten zusammenzuarbeiten. Aufgrund des ideologischen Ansatzes des Kandidaten müsse außerdem am Wert der Arbeit gezweifelt werden.*" („Nürnberger Nachrichten", 23.12.76). Kommentar: Ganz schön einseitig dieser „Pluralismus"!

München: Die Junge Union (JU) fordert von den Innenministern eine „unverbindliche" Liste mit den Namen der „*Parteien und Organisationen, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgen*". Damit soll der „liberale" Lack der Einzelfallprüfungen gänzlich abgekratzt werden.

München: Der FDP-Abgeordnete Dr. Gerhard Zech forderte die Staatsregierung auf, die „*bisherige Handhabung des Radikalenerlasses kritisch zu überprüfen*" und „*in Anbetracht der langen Kette verlorengegangener Prozesse eine echte Einzelfallprüfung vorzunehmen*" („NN", 19.1.). Sorgen machen diesem „Liberalen" die verloren gegangenen Prozesse, nicht aber generell die Praxis der Berufsverbote. Er empfiehlt: Lieber weniger, dafür aber gründlicher!

München: Der „Radikalenerlaß" existiert nun seit fünf Jahren. Seitdem sollen, nach Angaben der Landesregierung, in Bayern angeblich nur 65 Bewerber nicht eingestellt worden sein. Davon entfallen 51 auf den Bereich des Kultusministeriums, neun in den Bereich des Innenministeriums, vier in den der Justiz und einer ins Finanzministerium. Allerdings sind diese Zahlen weit nach unten abgerundet worden. Die GEW hat jedenfalls festgestellt, daß seit 1972 allein 136 ihrer Mitglieder vom „Radikalenerlaß" betroffen wurden (nach „SZ", 23.1.)!

Frankfurt: Der im November aus dem Schuldienst entlassene Lehrer Manfred Kohler muß vorläufig wieder eingestellt werden. Dem Verwaltungsgericht reichte die Begründung der Behörden nicht aus. Manfred K. hatte öffentlich das bestehende Beamtenrecht kritisiert, woraus das Regierungspräsidium folgerte, daß dann auch Zweifel an seiner „Verfassungstreue" bestehen müßten.

Bis zum endgültigen Urteilsspruch darf Manfred K. wieder unterrichten. Um ihn allerdings weitgehend zu isolieren, wurde er gleich an eine Schule außerhalb Frankfurts versetzt.

Pinneberg: Der Inspektorenanwärter Wolfgang Wendt darf seine Diensträume in der Pinneberger Kreisverwaltung seit Oktober 74 nicht mehr betreten. Endgültig bestätigt wurde dies vom Schleswiger Verwaltungsgericht am 14.1. Begründung: Mitgliedschaft in DKP und SDAJ. Sein Rechtsanwalt nannte dies einen „willkürlichen politischen Machtakt".

Nach der Kommunalwahl im Frühjahr 74 hob die CDU den von der vorherigen SPD/FDP-Mehrheit gefaßten Beschluß auf, Wendt als Beamten auf Probe einzustellen. Daraufhin wurde er von der Kreisverwaltung entlassen. Vor dem Verwaltungsgericht wurde dieser „Verwaltungsakt des Kreisausschusses" bestätigt, wobei der Kreis Pinneberg nicht einmal den Versuch unternommen hat, nachzuprüfen, „*ob und inwieweit Wendt tatsächlich innerhalb und außerhalb seines Dienstbereichs verfassungsfeindlich gehandelt habe*" („Flensburger Tageblatt", 15.1.).

Duisburg: Am 29.11.76 ist der Assistenzarzt Dr. Feldmann entlassen worden. Ein Kollege hatte ihn beim Verteilen des „Roten Morgen" (Zeitung der „KPD"/ML) gesehen und ihn bei der Krankenhausleitung denunziert. Im Kündigungsschreiben wurde festgestellt, Dr. Feldmann „*habe schutzbedürftige Interessen seines Arbeitgebers*" verletzt, da er nicht bereit gewesen sei, sich von der „KPD"/ML zu distanzieren.

Köln: Seit mehreren Jahren droht dem Lehrer Willi Klapproth ein Berufsverbot. Vorgeworfen wird ihm die Unterstützung der „KPD". Nach mehreren Anhörungsverfahren und Versetzungen, versucht die Behörde jetzt einen neuen Weg. Willi K. erhielt unlängst einen Brief von der neurologischen (Neurologie = Nervenheilkunde) Abteilung der Universitätsklinik, worin er aufgefordert wurde, sich auf Anweisung des Regierungspräsidenten untersuchen zu lassen. Nicht unwahrscheinlich ist, daß ein unbequemer Lehrer als Querulant und Nörgler abgestempelt werden soll, um ihn so abzuschieben.

Münster: Im Auftrag des Regierungspräsidenten wurde ein Schreiben an alle Bezirksseminare für das Lehramt an Gymnasien verschickt. Darin wird „*aus gegebenem Anlaß*" darauf hingewiesen, „*daß es den Referendaren als Lehramtsanwärterkonferenz nicht möglich ist, zu dem Fragenkomplex der Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst Stellung zu nehmen ... Sollten dennoch entsprechende Beschlüsse gefaßt werden, bitten wir die Seminarleiter, diese Beschlüsse ... zu beanstanden.*

Wenn die Referendare zu dem genannten Fragenkomplex eine Stellungnahme abgeben sollten, steht es ihnen frei, sich als Einzelperson, nicht jedoch als Gremium oder Teilgremium des Seminars schriftlich zu äußern." (Nach „Bochumer Studentenzeitung", 24.1.77)

Was mit dieser Maßnahme bezweckt wird, geht aus dem weiteren Text hervor: „*In diesem Fall wäre die Eingabe von jedem Referendar, der sie unterstützen will, eigenhändig mit vollem Vor- und Zunamen und Adresse zu unterschreiben.*"

In der Vereinzelung liegt die Stärke der Herrschenden!

Nach Berichten von: Antifa-Kommission KB/Gruppe Frankfurt; KB/Gruppe Nürnberg; Berufsverbotekommission KB/Gruppe Hamburg; KB/Gruppe Bochum; einem Genossen aus Köln; Berufsverbote-Kommission KB/Gruppe Kiel.

Verfassungsschutz soll Akte vernichten

Kassel. Das Land Hessen wurde am 1.2. dazu verurteilt, einige Akten mit bestimmten „Erkenntnissen" über den Lehrer Hans Roth zu vernichten. Diese „Erkenntnisse" des Verfassungsschutzes betrafen unter anderem einen Zeitungsartikel über einen Vortrag Roths während seiner Studentenzeit, wo er das Leben in der BRD als Leben „*im Staat der organisierten Friedlosigkeit*" kennzeichnete. Weitere „Erkenntnisse" betrafen zwei Flugblätter zu den Wahlen an der Universität Gießen (über das Anhörungsverfahren für Roth vor seiner Einstellung und die Klage betreffs Aktenvernichtung ist schon im ARBEITERKAMPF berichtet worden). Roths Rechtsanwalt erklärte, „*dies sei der erste Fall, bei dem der Staat durch ein Gericht zur Vernichtung von Akten verurteilt worden sei*" (Frankfurter Rundschau, 2.2.). Daß der VS dieses Urteil bestenfalls mit einem müden Lächeln quittieren wird wird, dürfte klar sein ...

Berufsverbote-Kommission KB/Gruppe Kiel



Frauen



25. Februar: Weg mit dem § 218

Am 25. Februar jährt sich zum zweiten Mal der Tag, an dem das Bundesverfassungsgericht auf Antrag der CDU/CSU die „Fristenregelung" des § 218 für „verfassungswidrig" erklärte, womit für viele Frauen die Hoffnung auf eine gewisse „Liberalisierung" des Abtreibungsverbots zerschlagen war. Diesem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes ging eine breite Protestbewegung gegen den § 218 voraus. Anfang der 70er Jahre bekannten sich prominente Frauen und fortschrittliche Ärzte dazu, abgetrieben zu haben; Demonstrationen im gesamten Bundesgebiet fanden statt, Rundfunk, Presse etc. sahen sich genötigt, den § 218 zu problematisieren. Einhellige Forderung war damals: Weg mit dem § 218!

Die SPD antwortete auf die Bewegung gegen das Abtreibungsverbot mit dem Vorschlag einer „Fristenregelung", d. h. Freigabe der Abtreibung in den ersten drei Monaten, um zugleich die Bewegung zu spalten, in Frauen, die die „Fristenregelung" annehmbar fanden, und Frauen, die nach wie vor an der alten Forderung festhielten.

Mit dem Urteil vom 25. Februar 1975 lag dem Staat daran, der Bewegung gegen den § 218 einen weiteren Schlag zu versetzen.

Am 21. 6. 76 trat dann das sog. Indikationsmodell in Kraft, mit dem Ziel, Illusionen über eine freiere Abtreibung in der BRD zu verbreiten.

Die jetzt möglichen vier Indikationen sollten vergessen machen, daß Abtreibungen nach wie vor strafbar sind und weiterhin eine staatliche Überwachung und Kontrolle der Frauen und ihrer Familien betrieben wird. Der „Bild"zeitungs-Schlagzeile von damals: „Abtreibungen jetzt frei" steht eine tatsächliche VERSCHÄRFUNG der Handhabung des § 218 entgegen:

– Die Ärzte und Krankenhäuser können sich weiterhin weigern, Abtreibungen vorzunehmen, da auch nach dem neuen Gesetz die „Gewissensfreiheit" unangetastet blieb.
– In vielen Fällen werden Schwangerschaftsabbrüche an Bedingungen wie gleichzeitige Sterilisation geknüpft.
– Die Beratungen sind Zwangsberatungen, die in der Regel dazu dienen, den Frauen vom Schwangerschaftsabbruch „abzuraten" und sie einzuschüchtern.
– Hinzu kommt, daß die Beratungsstellen selber derart rar und überfüllt sind und in einigen Gebieten für die Frauen gar keine Möglichkeit besteht, sich „beraten" zu lassen, bzw. Frauen mit den Wochenfristen, innerhalb derer eine Abtreibung vorgenommen werden muß, in Konflikt kommen.

Die jetzige Handhabung des § 218 verdeutlicht, daß es der Bourgoisie nie um eine Liberalisierung der Abtreibung gegangen ist, sondern die Abtreibungen stärker unter Kontrolle zu bringen, was ihr Anfang der 70er Jahre nicht gewährleistet schien. Es ist nur logisch, daß daher Strafverfolgungen gegen Gegner des § 218 an der Tagesordnung sind:

– Ärzte, die sich selbstbezichtigt haben, werden unter Anklage gestellt und mit Berufsgerichtsverfahren bedroht.
– Ausländischen Ärzten (z. B. Holland) droht Stafverfolgung durch die BRD-Justiz.
– Auf mehrere Frauenzentren in der BRD fanden Polizeiüberfälle statt, Namens-Karteien wurden beschlagnahmt.
– Frauen aus Frauenzentren wurden beschuldigt, „Beihilfe zum Mord" geleistet zu haben, und wurden mit dem Vorwurf der „Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung" bedroht.



Fazit: Für die Masse der Frauen, die ungewollt schwanger werden, besteht nach wie vor das Problem, illegal abtreiben zu müssen, sich in die Hände von Kurpfuschern zu begeben oder an sich selbst unter größten Gefahren eine Abtreibung vornehmen zu müssen. Im Jahr enden 500 derartige Versuche mit dem Tod.

In der Frauenbewegung selber ist der § 218 heute nur noch ein Punkt unter vielen, über den in der Öffentlichkeit kaum noch diskutiert wird. Dort wo sich Frauengruppen mit der Frage des Schwangerschaftsabbruches noch beschäftigen, beschränkt sich ihre Arbeit im wesentlichen auf die Selbsthilfe und Beratung sowie das Organisieren von Abtreibungsfahrten ins Ausland. Angesichts der verschärften Angriffe von seiten des Staates ist es jedoch besonders notwendig, den Kampf gegen den § 218 fortzuführen. Die Arbeit der Frauengruppen wird zur Sysiphusarbeit, wenn nicht der Kampf gegen § 218 einen wesentlichen Stellenwert erhält, u. a. durch eine breite Untersuchungsarbeit über die Angriffe seitens der bürgerlichen Parteien, Justiz und Kirche und die Machenschaften der Wucherärzte und Pfuscher. Daraus folgt eine Solidarisierung mit den von Strafverfolgung betroffenen Frauen und Familien sowie den Ärzten, die ebenfalls bedroht und eingeschüchtert werden.

Darüber hinaus ist es wichtig, gegen die Unterlaufung der bestehenden Möglichkeiten bei einem legalen Schwangerschaftsabbruch und für die größtmögliche Auslegung des § 218 zu kämpfen.

Anfänge, die Frauenbewegung an diesen Fragen zusammenzuschließen, wurden bereits getan, als Ende letzten Jahres sich 17 Frauengruppen in Bonn trafen und gemeinsam eine Presseerklärung gegen den „neuen" § 218 und seine Folgen herausbrachten. In Hamburg hat die „Frauen-Aktionseinheit" (eine AE bestehend aus Frauengruppen von der Uni, Schulen und Betrieben) sich das Ziel gesetzt, am 25. 2. gemeinsam Aktionen zu machen und die alten Forderungen nach Legalisierung der Abtreibung auf die Straße zu tragen.

Die Ansätze gemeinsamer Arbeit müssen unbedingt fortgesetzt werden und der Kampf gegen § 218 mit Leben gefüllt werden.

DAS ALTE UNRECHT IST GEBLIEBEN
DER PARAGRAPH GEHÖRT ABGETRIEBEN!
WEG MIT § 218
FÜR DIE LEGALISIERUNG DER ABTREIBUNG

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

NRW: Reaktionäre Ausrichtung bei „pro familia"

Seit dem Inkrafttreten des § 218 im Juni '76 sind die Pro Familia (PF)-Beratungsstellen stark ins Licht der Öffentlichkeit gerückt. Die meisten führen die vom Gesetz geforderte sogenannte Sozialberatung durch und können Indikationen bescheinigen. Der Zwang für jede Frau, die eine Abtreibung will, sich „beraten" zu lassen, widerspricht natürlich den vorgeblichen Zielen einer Beratungsstelle (Beratung muß immer freiwillig sein!). Die Erfahrungen von Frauen, die sich wegen einer Schwangerschaftsunterbrechung an PF gewandt haben, sind oft sehr unterschiedlich. Die Ausrichtung der Beratungstätigkeit ist stark abhängig von der Einstellung der Vorstände in den Ortsverbänden oder einzelner Mitglieder der Beratungsstellen. Typisch für die PF ist, daß in den Vorständen (ob Orts- oder Landesverband) fast ausschließlich Ärzte und Ärztinnen vertreten sind. Sie sind die „Fachkräfte", die allein die Entscheidung treffen können, ob eine Frau eine Abtreibung bekommt oder nicht. Obwohl in der PF durch die notwendige Ausweitung der Beratungsstellen zunehmend Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter mitarbeiten, gibt es starke Bestrebungen, den Einfluß der ja so „erfahrenen" Ärzte und Ärztinnen auf keinen Fall durch eine andere Berufsgruppe einzuschränken. So würde im Ortsverband der PF Bochum durch einen Brief an ausgewählte Mitglieder für die anstehende Wahl des Vorstandes des Landesverbandes NRW vorgeschlagen, keiner anderen Berufsgruppe (damit sind wohl eindeutig die Sozialarbeiter gemeint) außer den Ärzten die leitende Mitarbeit anzuvertrauen. Wovor haben die leitenden Mitarbeiterinnen der Beratungsstelle Bochum denn wohl Angst? Daß man ihnen bei ihren „Beratungen" auf die Finger schaut? Daß vielleicht Menschen aus anderen Berufsgruppen eher im Sinne der betroffenen Frauen arbeiten könnten?

Wenn schon Kolleginnen und Kollegen ohne Doktortitel unter ihrer Würde sind, wie führen diese Beraterinnen wohl ihre Gespräche mit den Bewohnern der Obdachlosensiedlungen, in denen z.B. auch die Bochumer PF Nebenstellen hat?

Dahinter steckt eine klare inhaltliche Ausrichtung der Arbeit. Es soll verhindert werden, daß andere Gruppen in der PF sich für die Interessen und Forderungen von Frauen einsetzen. So heißt es offen in dem Brief, daß diejenigen Gruppen aus der PF ferngehalten werden müßten, die etwas gegen die bisherige „gemäßigte" Arbeit hätten. Was unter „gemäßigter" Arbeit verstanden wird, verdeutlicht besonders die in PF-Kreisen hochangesehene Kölner Beratungsstelle. Vergewaltigte Frauen müssen eine Anzeige vorweisen, um eine Indikation zu bekommen. Nur extreme Notsituationen (zumindest durch Einkommensbescheinigungen ausgewiesen) werden als soziale Indikationen anerkannt. Psychisch kranke Frauen müssen ein psychiatrisches Gutachten vorlegen.

Wohl gemerkt, das sind alles Anforderungen, die noch nicht mal im Gesetz verankert sind!

Für uns heißt soziale Indikation: Jede Frau, die ein ungewolltes Kind bekommt, ist in einer Notlage! WEG MIT DEM § 218!

Frauengruppe im KB
Gruppe Bochum

„EMMA" – ziemlich gemischt

Die erste Nummer der neuen „Zeitschrift für Frauen von Frauen", EMMA, ist im Februar auf den Markt gekommen. Die Aufmachung ist eher anspruchslos (A4-Format, kein Glanzpapier). Bei 64 Seiten ist der Preis von 3 Mark gewiß stattlich, aber wahrscheinlich den heutigen Eigenkosten durchaus angemessen.

Der Name der Herausgeberin, Alice Schwarzer, und speziell ihre diversen Händel mit der Frauenbewegung und den Linken in den letzten Monaten sichern dem neuen Projekt von vornherein Interesse.

Nun , die erste Nummer jedenfalls von EMMA ist recht gemischt ausgefallen, und es wäre sicher ungerecht, sie pauschal mit dem vorgefaßten Urteil „Typisch Schwarzer" zur Seite zu legen. So schildert z.B. ein vierseitiger Artikel anschaulich die Situation der Frauen im befreiten Vietnam, mit unverkennbarer Sympathie und ohne antikommunistische Gehässigkeiten, die wir – vorurteilsbehaftet – bei einem Schwarzer-Projekt „ eigentlich" erwartet hätten. Andere Artikel berichten z.B. über die Freilassung der chilenischen Genossin Gladys Diaz, über Häuser für geprügelte Frauen und über den Frankfurter Frauen-Asta. Eine Verkäuferin stellt ihren Arbeitstag vor, ein anderer Artikel beleuchtet die Arbeitslosigkeit unter dem Blickwinkel der Frauen („Mein Mann ist arbeitslos"). Zum letzteren ist allerdings kritisch zu sagen, daß er auf der Ebene von unzulässigen Verallgemeinerungen stehen bleibt, die arbeitslosen Männer einfach als untätige Drohnen und zusätzliche Last für ihre Frauen darstellt („*Ein Kind mehr im Haus*"), aber keinen Ansporn und Hinweis gibt, hier irgendetwas zu verändern.

Geradezu penetrant ist allerdings ein Artikel von Alice Schwarzer über ein Gespräch mit der Filmschauspielerin Romy Schneider. Das ist kaum noch mehr als der schmierige Stil der bisher handelsüblichen „Frauenzeitungen" (Machart:„ Von Männern für Frauen"). Wenn Romy schließlich allen Ernstes zu Alice sagt:„ **Wir zwei haben viel gemeinsam... Wir sind die beiden meistbeschimpften Frauen Deutschlands**", dann scheint das der Schwarzer runtergegangen zu sein wie Honig. Der normalen Leserin müßte allerdings bei einer derartigen Anmaßung eher übel werden, im Gedanken an Frauen wie Judy Anderson und Marion Ihns (die „lesbischen Mörderinnen"), Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin, oder Vera Brühne, die nach einem skandalösen Prozeß und Vorverurteilung durch die Skandal-Presse trotz vielfacher Gegenbeweise immer noch im Knast ist.

Dies, ebenso wie einige nicht gerade dezente Hinweise auf A.S. in der EMMA bestätigen im Übrigen die alte Erfahrung, daß es einer Zeitung nur schaden kann, wenn der Herausgeber (bei Herausgeberinnen ist das nicht anders) einen Hang zum Kult um die eigene Person hat. Nach Augstein und Nannen, von Springer ganz zu schweigen, nun Alice?
Besteht d a f ü r wirklich ein Bedürfnis? Und bei wem?

Frauenveranstaltungen

200 Frauen und Männer nahmen in **Darmstadt** an einer vom Kommunistischen Bund organisierten Veranstaltung teil. Sie war damit noch besser besucht als die letzte Veranstaltung dieser Art.

Gezeigt wurde der Film „Geschichten von A.", der mit Unterstützung von Ärzten gedreht wurde, die sich für eine Legalisierung der Abtreibung einsetzen. In dem Film werden durch Interviews, kurze Spielszenen und Berichte von Arbeiterfrauen verschiedene Erfahrungen, die Frauen mit dem § 218 gemacht haben, zusammengetragen. Darüber hinaus zeigte der Film auf, daß nur durch den gemeinsamen Kampf die Unterdrückung der Frau beseitigt werden kann.

Der Film wurde zum Anlaß genommen, anläßlich des zweiten BVG-Urteils den Kampf gegen den § 218 zu verstärken. Dazu gehören z.B. Aktionen in der Innenstadt und an Schulen.

KB/Gruppe Darmstadt

Am 26.1. zeigte die **Elmshorner Frauengruppe vor etwa 60 Anwesenden den Spielfilm „Salz der Erde"**. Anschließend fanden im lockeren Rahmen Diskussionen zu verschiedenen Fragen statt.

In Hinsicht auf den Jahrestag des Bundesverfassungsgerichtsurteils zum § 218 vereinbarten die Elmshorner und Pinneberger Frauengruppe, zusammen mit einer Tornescher Mädchengruppe, Anfang Februar einen Erfahrungsaustausch zu machen, um auch evtl. gemeinsame Aktivitäten am 25.Februar zu diskutieren. Die Elmshorner FG hat bisher die Absicht, zum 25.2. einen Aktionstag durchzuführen.

KB/Gruppe Pinneberg-Steinburg

KBW – auch in der Frauenfrage in Nöten

Im September letzten Jahres noch rief der KBW in Bremen zum Sturm auf die Frauenveranstaltung des KB auf, um diese zu verhindern. Begründung: Wir seien bürgerlich, und Bürgerliche müssen bekämpft werden!

Doch plötzlich flattert uns Mitte Januar eine Einladung der KBW-Initiative gegen den § 218" ins Haus, für eine Veranstaltung zur besonderen Unterdrückung der Frau, auf der wir in einem 10minütigen Referat unseren Standpunkt zu diesem Thema darstellen dürfen (huch). Außer uns waren das Frauenzentrum, DKP-Frauen und SPD-Frauen eingeladen, die aber alle nicht erschienen.

Bereits neugierig geworden durch die nette Einladung, konnten wir staunend feststellen, daß der KBW ganz neue Töne anschlug. Da wurde tatsächlich von einer besonderen Unterdrückung der Frau gesprochen, die der KBW bisher standhaft geleugnet hatte.

Allerdings vereinheitlicht war dieser neue Standpunkt im KBW wohl noch nicht. Einige alte KBW-Füchse hatten den neuen Schwenk anscheinend noch nicht mitbekommen und pöbelten, daß es gar keinen Unterschied zwischen Mann und Frau gebe, was Knechtung und Unterdrükkung angeht. Es gebe auch keine besondere Benachteiligung von Mädchen in Bezug auf Lehrstellen: „Es ist egal, ob ein Mädchen Frisörin lernt oder ein Junge KFZ-Schlosser; beide werden unterdrückt und beide finden keinen Arbeitsplatz".

Aber auch den „neuen Tönen" von der besonderen Unterdrückung kamen wir schnell auf die Schliche. Diese bezog sich nämlich **ausschließlich** auf die Hausarbeit, die die Fähigkeiten der Frauen verkümmern läßt und sie in die Isolation treibt. Da aber der Trend der Frauen in die Betriebe ansteige, fällt dieser Aspekt der besonderen Unterdrückung sicher bald weg. KBWler haben wohl noch nie davon gehört, daß Hausarbeit auch d a n n getan werden muß, wenn die Frauen in Betrieben arbeiten (mal abgesehen davon, daß die besondere Unterdrückung der Frau in a l l e n gesellschaftlichen Bereichen vorhanden ist). Aber nein, der KBW weiß zu erzählen, daß die Arbeiterfamilien sich die Hausarbeit teilen, daß der Arbeiter gerecht das Haushaltsgeld aufteilt usw.

Der Arbeiter schlägt seine Frau auch nicht deshalb, weil er sie nicht gern hat, sondern weil einfach das Geld fehlt. Ein KBWler wußte sogar zu erzählen, daß es auch Frauen gibt, die ihre Männer schlagen!

Brennpunkte in der Diskussion waren unsere Forderung nach Lohn für Hausarbeit und unser Standpunkt zu Häusern für geschlagene Frauen.

Es ging heiß her in dem – fast ausschließlich durch KBWler besetzten – Zuschauerraum. Ein KBWler ließ sich zu dem sinnigen Spruch hinreißen: „Schafft die Frauen ab, dann sind wir das Problem los". Sowas hat natürlich seine Ursachen.

Der KBW hatte zu dieser Veranstaltung einen Teil seiner Prominenz aufgefahren, offensichtlich hat er das nötig! Sogar aus der Bezirksleitung war eine Genossin anwesend, die unter brausendem Beifall das Rednerpodest beschritt! Viel genützt hat dieses Aufgebot aber nicht. Die KBWler gaben kein gutes Bild ab, Widersprüche und Schwierigkeiten mit der Frauenfrage waren zu offensichtlich.

Es wird immer deutlicher: Der KBW bekommt Probleme mit seinen Mitgliedern. Immerhin sind die Fahrpreiserhöhungen immer noch nicht zu Fall gebracht, obwohl doch nun die „Volksmassen" schon seit einem Monat auf den Schienen stehen. An der Uni konnten bei den Studentenratswahlen auch nur recht wenig „Revolutionäre" einige Stimmen erheischen. Und nun auch noch Schwierigkeiten mit der Frauenfrage? Nein, das ist wirklich zuviel!

AG Frauen
KB/Gruppe Bremen

Den § 218 werden nicht die Frauen allein, das ganze Volk wird ihn beseitigen!

Diskussionsveranstaltung über die besondere Unterdrückung der Frau im Kapitalismus

ÖM

DONNERSTAG, 27.1.77 19 UHR 30

KONSUL-HACKFELD-HAUS BIRKENSTR.

Initiative gegen den § 218 Bremen

Frauenbild des KBW: Nur unter dem Schutz des Mannes, der fürsorglich seine starken Arme um die Frau schlingt, wird die Frau zur Kämpferin. Dann darf sie es sogar wagen, die Faust zu heben. Oder was anderes soll dieses Plakat, mit dem die KBW-Initiative gegen den § 218 zu der Veranstaltung warben, bedeuten?



Mit dieser sensationellen Feststellung begründete in der letzten Januarwoche die „Heilige Kongregation für die Glaubenslehre" ihre Entscheidung, Frauen nicht zum Priesteramt zuzulassen. Dies sei keine frauenfeindliche Entscheidung, wie die Hl. Kongregation betont, sondern sie sei gestützt auf die „Tatsachen der Tradition". Außerdem wird betont, daß auch Jesus kein Frauenfeind gewesen sei, denn erstens habe er sich von einer „Sünderin" berühren lassen, zweitens habe er einer Ehebrecherin verziehen, drittens habe er auf seinen Wanderpredigten auch eine Gruppe von Frauen um sich gehabt. Zuguterletzt waren es auch Frauen, die „als erste den auferstandenen Christus sehen durften". Andererseits hat er nur Männer unter seinen Jüngern gehabt, aber vielleicht entsprach das bestimmten Bedürfnissen bei ihm? Sei es, wie es sei, Christus ist tot und wieder auferstanden, Ostern steht vor der Tür und da schon das Alte Testament von einem „geheimnisvollen Brautverhältnis" zur Beschreibung des Bundes zwischen Gott und seinem erwählten Volk spricht, (ist Gott omnipotent?) und da Christus ein Mann war und der Priester in Ausübung seines Amtes nicht in eigener Person handelt, sondern Christus repräsentiert, kann das eben nur ein Mann machen.

Abgesehen von der in surrealistischer Aufmachung wieder zutage tretender Diskriminierung der Frauen können wir die Haltung der Kirche nur begrüßen. Von Talar und „Keuschheitsgelübde" haben wir Frauen nichts zu gewinnen!

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Frauenkneipe – jetzt auch in Hamburg

Frauenkneipe – jetzt auch in Hamburg

Am 15. Januar eröffnete eine Gruppe von 15 Frauen die erste Hamburger Frauenkneipe. Die Idee dazu war aufgrund jahrelanger frustrierender Erfahrungen entstanden, die jede der Frauen in „normalen" Kneipen gemacht hatte. In einem Papier der Kneipengruppe heißt es dazu: *„Wenn wir als Frau alleine oder auch mit mehreren Frauen zusammen in eine Kneipe gehen, fühlen wir uns nicht wohl, weil viele Männer uns bewußt oder unbewußt unterstellen, wir suchten nur einen Partner für die Nacht; wir fühlen uns als Ware eingeschätzt und behandelt und sind auf defensives Verhalten beschränkt, – Spontaneität ist in dieser Situation kaum möglich."*

Die Frauenkneipe soll einen Bereich darstellen, in dem *„spontane und produktive, von Verhaltenszwängen freie Beziehungen zwischen Frauen entstehen."*

Die Konzeption zielt auf die Schaffung eines Kommunikationszentrums für Frauen, *„in dem und aus dem heraus wir zusammen aktiv sein können. Dabei geht es uns einerseits darum, die Kommunikation zwischen den verschiedenen schon bestehenden Frauengruppen zu verbessern, und andererseits ‚neue' Frauen anzusprechen, für sie einen Treffpunkt zu schaffen, wo sie ihre Probleme besprechen und ihre Situation gemeinsam verändern können. Wir wenden uns damit an alle Frauen, egal, ob Hausfrauen, Berufstätige, Schülerinnen, Studentinnen usw."*.

Außer dem Kneipenraum gibt es einen großen Saal, *„in dem tagsüber Kinder spielen können, abends getanzt werden kann oder wo zu aktuellen Anlässen Filmvorführungen und Informationsveranstaltungen stattfinden sollen. Darüberhinaus gibt es mehrere kleinere Räume, die als Werkstätten, z.B. für Töpfer- und Photoarbeiten genutzt werden können, ebenso als Tagungsräume für verschiedene Arbeitsgruppen."*

Die Kneipe – sie liegt übrigens in St. Pauli, Stresemannstr. 60 – ist täglich von 10 Uhr bis 1 Uhr nachts geöffnet. Es werden noch eine Reihe von Einrichtungsgegenständen benötigt, wie Teppiche, Bilder, Blumenvasen etc. Wer die Frauenkneipe finanziell unterstützen möchte: Postscheckkonto 39 22 45 207, B. Behrens. Stichwort: Frauenkneipe.

Eine Genossin der BO/Barmbek
KB/Gruppe Hamburg



Bullen-„Damen" bereit zum Todesschuß

Das planmäßige Vorgehen der bürgerlichen Presse und ihr enges Zusammenspiel mit dem Staatsapparat zeigt folgendes Schmierenstück in zwei Akten:

1. Akt: Unter der mitleidigenden Überschrift **„Frauen dürfen bei der Polizei nicht ihren Mann stehen"** übernimmt das „Hamburger Abendblatt" (Springer) am 29.1.77 einen Bericht der Nachrichtenagentur

blatt" (Springer) am 29.1.77 einen Bericht der Nachrichtenagentur

„AP". Es geht, wie man gleich sieht, gegen ein Stück Diskriminierung der Frau. Beklagt wird, daß die Arbeit bei der Kripo immer noch *„harte Männerarbeit"* sei, während Frauen vorwiegend nur dort eingesetzt werden, wo *„instinkthafte Mütterlichkeit und soziales Engagement"* verlangt werden. Dabei ist z. B. ein Herr Siemann, Geschäftsführer der Polizei-Gewerkschaft im Bundesland Baden-Württemberg, durchaus der Meinung, *„daß Frauen in der Kripo absolut ihren Mann stehen können"*.

Herr Siemann fordert, im Interesse der Gleichberechtigung natürlich, Ausbildung der Polizei-„Damen" mit der Waffe, Einübung von *„Angriffen (!) und Techniken der Verteidigung für den Notfall."* Das soll auch dem Zweck dienen, m e h r Frauen zur Polizei zu holen: *„Sicherlich würden sich mehr Frauen für den Dienst bei der weiblichen Kriminalpolizei interessieren, wenn das Berufsbild attraktiver wäre, das bedeutet: wenn Frauen auch in Bereichen der Kripo arbeiten könnten, die bisher den Männern vorbehalten sind".*

„Ach, könnte das schön sein", seufzt da die allenthalben unter Diskriminierung leidende Frau. Und frohe Kunde vernimmt sie drei Tage später.

2. Akt: **„Frauen bekommen Pistolen"** verkündet das „Abendblatt" am 1.2.77 einen weiteren Fortschritt auf dem dornenreichen Weg

am 1.2.77 einen weiteren Fortschritt auf dem dornenreichen Weg

zur Gleichberechtigung. Gemeint sind allerdings vorerst nur *„die Mitglieder der weiblichen Schutzpolizei"*, die *„wahrscheinlich noch in diesem Frühjahr"* mit Pistolen vom Typ Walther PPK, Kaliber 7,65, beschert werden sollen. Vorläufig geplant ist, daß alle Bullen „Damen", die nach dem 1. April 1977 neu eingestellt werden, automatisch *„bei speziellen (?) Einsätzen"* bewaffnet sein m ü s s e n. Die v o r diesem Termin eingestellten „Damen" sollen die freie Auswahl haben... Dies stört freilich die Bullen-Gewerkschaft, die zwar *„nichts gegen eine Bewaffnung"* der Polizistinnen hat, aber eine einheitliche Regelung bevorzugen würde: *„Es dürfen nicht zwei Maßstäbe geschaffen werden".* Richtig, das wäre ja sonst Spaltung unter den Frauen ... !

Nebenbei: Bei der Hamburger Kripo sind heute schon 47 von 67 „Damen" bewaffnet (lt. „HA").

Aus dem Schmierenstück in zwei Akten möge frau lernen: „Ihren Mann stehen kann sie erst mit Pistole!

Warnung an alle Frauen

Wie erstmals 1971 in den USA und erst jetzt von der Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft mitgeteilt, löst ein seit 25 Jahren angewendetes Östrogenpräparat, das Diäthylstilböstrol (DES), Krebs und, vor allem bei weiblichen Kindern, Mißbildungen aus! DES ist in Medikamenten enthalten, die als „Pille danach", bei Hormonmangel, Prostatakarzinom und bei Ausfluß z.B. als Vaginaltabletten verordnet werden.

Es handelt sich um folgende Präparate: Albothyl- Fluor-Tabletten, Gyne- Merfen, Ichth- Oestren, Jucitu Vaginaltabletten, Klimaxfaeschner, Oekolp, Oestro- Tricho, Oestro-Gynaedron, Oestromon, Vagicillin comp.

Diese Mittel sind vorerst weiter im Handel! Die Reaktion der Arzneimittelkommission: Sie **rät zu Zurückhaltung bei der therapeutischen Anwendung!** Da solche Ratschläge bei vielen Ärzten erfahrungsgemäß in den Wind gesprochen sind, werden weiterhin Frauen und Kinder geschädigt.

Die genannten Präparate müssen sofort aus dem Handel gezogen werden!

Eine Genossin aus Göttingen



Emblem der PA.SO.K.

Griechenland Türkei


Andreas Papandreou, Vorsitzender der PA.SO.K.

PA.SO.K in der Krise

Die „Panhellenische Sozialistische Bewegung" (PA.SO.K.), die sich nach dem Sturz der Obristen wesentlich aus der „Panhellenische Befreiungsbewegung" (PAK) unter ihrem Vorsitzenden Andreas Papandreou entwickelt hat, droht sich zu spalten. Die PA.SO.K., die die einflußreichste linke Massenorganisation in Griechenland ist, zeichnete sich in der Vergangenheit wohltuend vom Sektierertum der sog. „revolutionären Linken" und vom Revisionismus der beiden KKE's aus. Zur Basis der PA.SO.K. stießen in den zwei Jahren ihres Bestehens viele revolutionäre Kräfte.
Bei den Wahlen, einige Wochen nach Gründung der PA.SO.K., erzielten sie beachtliche 13,58% der Stimmen. Bei allen späteren Wahlen (an den Universitäten und bei Kommunalwahlen) lagen die Ergebnisse der PA.SO.K. noch wesentlich höher .
Wir haben uns mit einigen Grundpositionen der PA.SO.K. in unserer Zeitung für den proletarischen Internationalismus, „die Internationale", Nr. 22 auseinandergesetzt.

Auseinandersetzung mit der PASP

Die seit einigen Monaten in der PA.SO.K. schwelende Krise ist mit der Spaltung ihrer Studentenfraktion PASP („Gesamtgriechische Kämpferische Studentische Fraktion") voll zum Ausbruch gekommen. Sie ist vor allem Folge der Weigerung der Parteiführung und der rechten Kräfte, angesichts des immer härteren und reaktionäreren Kurses der Karamanlisregierung und ihres Staates, ebenfalls zu härteren Mitteln zu greifen und eine militante Massenbewegung zu organisieren. Stattdessen hat auch die PA.SO.K. vor allem in den letzten Monaten immer mehr und fast ausschließlich den Schwerpunkt auf die parlamentarische Ebene und „Parteiführungsgespräche" verlegt. Diese
schließlich den Schwerpunkt auf die parlamentarische Ebene und „Parteiführungsgespräche" verlegt. Diese
Wiederetablierung des „Altparteientums" („paleokommatismos"), der Führerparteien, in denen die politische Linie langfristig und zu wesentlichen Fragen mal eben „auf höchster Ebene" abgeklärt bzw. ausgetragen wird,, stößt auf Widerstand vieler Kader der PA.SO.K., die ja gerade zu dieser radikalen Sammlungsbewegung gestoßen sind, um selbst an der Veränderung der Gesellschaft mit Hand anzulegen. Der sich verschärfende Klassenkampf in Griechenland mußte unweigerlich zur Polarisierung innerhalb der linkssozialistischen PA.SO.K. führen und damit auch die Perspektiven „linker" Politik insgesamt aufwerfen.

Die revolutionären linken Gruppen in Griechenland, die sich durch totales Sektierertum auszeichnen und die in der Vergangenheit völlig blind bezüglich der Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit der z.T. revolutionären Basis der PA.SO.K. verfahren sind, dürften schwerlich im Augenblick aus dieser bedeutenden Entwicklung „Profit" ziehen. Es wäre zu hoffen, daß die PA.SO.K.-Linke es versteht sich politisch und organisatorisch zu einer radikalen Alternative zu den bestehenden revisionistischen und reformistischen Parteien zu entwickeln. Eine beträchtliche Massenbasis wäre für diese Politik in Griechenland vorhanden.

Die neue Krise in der PA.SO.K. ist die vierte innerhalb kurzer Zeit. Die erste war die Austritts- und Ausschlußwelle im Mai und Juni 75 von mehreren hundert Mitgliedern und Kadern, die als „sozialdemokratische Gruppe" verurteilt wurden und die den Kern der „Sosialistikji Poria" bildeten. Die zweite war eine neue Ausschlußwelle von Kadern und Mitgliedern, der „70", die später den „Politischen Bund 3. September" schufen. Eine dritte Ausschlußwelle wurde gegen ganze Ortsgruppen und Kader der sogenannten „horizontalen Verbindung" entfesselt. Es sollen ungefähr 300 Mitglieder und Kader ausgeschlossen und 4 Ortsgruppen aufgelöst worden sein.

Ursache der heutigen Krise war nach Aussage der Ausgeschlossenen die Verletzung der Autonomie der Studentenfraktion, der PASP, seitens der PA.SO.K.-Führung.
Die Ereignisse begannen am 22. Dezember 76, als Gruppen von Mitgliedern der PA.SO.K. die Büros der PASP in der Solonos-Straße in Athen besetzten und die Mitglieder der Fraktion hinauswarfen, wobei sie Ketten und Knüppel benutzten.

Die Mehrheit des Zentralrates der PASP führte daraufhin ein Treffen (synodhos) in den Büros der EFEE (griechischer Studentendachverband) durch. In einem Beschluß verurteilte das Treffen die Vorgehensweise der PA.SO.K.-Führung und proklamierte wiederum die Autonomie der Fraktion.

Inhaltlich werfen die Linken der Führung der PA.SO.K. und speziell Andreas Papandreou vor, die „demokratische Zusammenarbeit" mit der liberalen EDIK von Mavros gegen Karamanlis unter **absolutem Ausschluß der nicht-parlamentarischen Linken**, sogar der im Parlament vertretenen linken Abspaltung der EDIK, anzugehen und noch doppelt auf ein **besonders intensives Zusammengehen mit der EDIK einzuengen.** Das alles rieche nach Neugründung der alten Zentrumsunion, obwohl Papandreou im Gegensatz zu Mavros das fast täglich energisch abstreitet.


Ein Jahr PA.SO.K. Bild vom Kongreß am 3. September 1975

Die PA.SO.K.-Führung reagierte sehr drastisch auf die Aktivitäten der linken PASP-Fraktion, nachdem diese nicht zu einem „Rechenschaftsgespräch" beim zuständigen PA.SO.K. Gremium erschienen war und sich stattdessen an die Presse mit einer Erklärung gewandt hatte. Sie ließ die PASP-Fraktion einfach aus dem PASP-Büro rausschmeißen.

Die „Exormisi" (Zentralorgan der PA.SO.K.) vom 30.12.76 bezeichnete die Gruppe als mehr oder weniger *„trotzkistisch". „Die jüngste spalterische Bewegung, die in der PASP und im Jugendbereich aufgetreten war das Ergebnis untergrabender und zersetzender Prozesse, die eine politisch haltlose Gruppe vorantrieb. Die PA.SO.K. hat eine ideologische und politische Gegenüberstellung besonders in der Jugendorganisation gegen diese abenteuerlichen Bewegungen eröffnet, die die Wesensmerkmale des revolutionierten Kleinbürgertums tragen."*

In einem Interview mit der Zeitung „Proletariaki Simaea" der neugegründeten KPG/ML (Mehrheit der alten OMLE, sie vertritt ähnliche Positionen wie die portugiesische PCP(R)/UDP) gaben Vertreter des Zentralrates der Studentenorganisation der PA.SO.K. , der PASP, folgende Stellungnahme ab, die wir auszugsweise hier wiedergeben:
„Für den Augenblick haben wir die organisatorische Autonomie der Fraktion proklamiert, wie sie aus den Statuten hervorgeht, um uns gegen die Einmischung der Leitung abzusichern.

Auf alle Fälle hat der Zentralrat der PASP für die linke Tendenz innerhalb der PA.SO.K. als Gravitationszentrum für die ganze PA.SO.K. gedient und tut das noch.

Genau weil wir meinen, daß sich hinter dem, was die Führung der PA.SO.K. „Zusammenarbeit der Demokraten" nennt, Pläne von Andreas Papandreou zur Vereinigung nur mit der EDIK (liberale Zentrumspartei von Mavros, Anm. AK) *unter Ausschluß der Linken verbergen.*

Die linke Tendenz, deren Ausdruck wir heute sind, vertritt die Auffassung der Basis, die die „demokratische Zusammenarbeit" im Papandreou'schen Sinn nicht akzeptiert. Wir wollen nicht, daß irgendeine parlamentarische oder außerparlamentarische Kraft von einer demokratischen Einheitsfront ausgeschlossen wird, die wir als demokratische Zusammenarbeit aller antifaschistischen und antiimperialistischen Kräfte verstehen.

Die augenblickliche Auseinandersetzung geht um die Frage, ob die PA.SO.K. bereits ein Apparat im Dienste der herrschenden Klasse ist, oder noch ein Faktor in der Linken. Unserer Meinung nach ist die PA.SO.K. bereits im Lager der herrschenden Klasse und deshalb werden wir wahrscheinlich in Zukunft die Partei verlassen.

Dem alten Parteiapparat der Zentrumsunion ist mit der Gründung der PA.SO.K. damals ein Schlag versetzt worden. Leider ist dieser alte Apparat heute wieder oben auf und vertritt offen seine Position, daß „wir uns mit der EDIK vereinigen müssen." Wir glauben, daß die Rechten in der PA.SO.K. mit der EDIK ein „linkes Zentrum" bilden werden und dabei einen Teil des Kleinbürgertums und der Bauernschaft desorientieren werden. Für uns kann es keinen Kompromiß mehr geben, da hier konkrete ideologische Auffassungen im Konflikt liegen, die sich nicht vereinbaren lassen.

Grundsätzlich vertreten wir das Programm der PA.SO.K., sind aber der Meinung, daß die Führung der PA.SO.K. heute selber von diesen Prinzipien abgerückt ist. Wir werden eine Sammlungsbewegung um die Ziele der PA.SO.K. initiieren und wir glauben, daß sich viele auf die Seite der Linken stellen werden. Wir kennen das augenblickliche Problem der griechischen Linken sehr gut. Wir möchten nicht durch einen unvermittelten Schritt der Linken eine weitere Formation auf den Buckel laden, die nicht in der Lage ist, wesentlich zur Klärung der Differenzen der Linken beizutragen. Insofern können wir im Augenblick nicht sagen, ob wir nach einer gewissen Zeit der Klärung als geschlossene Formation die PA.SO.K. verlassen werden, oder ob alle Leute in verschiedene Richtungen auseinandergehen."

Solidarität mit der PA.SO.K.–Linken

Das Exekutivsekretariat der PASP Italien *„stellte sich unumschrieben"* in einer Erklärung *„auf die Seite der Mehrheit des Zentralrates der PASP."* Sie rief alle Mitglieder der PASP auf, *„die richtigen und gesunden politischen Verfahrensweisen vor den Bestrebungen politisch desorientierender, ideologisch verwirrter Kreise, mittels (von oben) eingesetzter, altparteilicher und in ihrem Wesen antidemokratischer Organe, zu verteidigen. Die unmoralische Schmutzwerferei, die von den genannten Kreisen vorangetrieben wird, erinnert uns an nichts anderes als an Prozesse Stalinschen Typs, gestellt und antimarxistisch."*

- In einer Mitteilung des Büros der PASP London wurde, nachdem die Handlungen der PASOK-Führung verurteilt wurden, von allen Mitgliedern der Fraktion die *„Bewahrung der organisatorischen Autonomie"* verlangt.
- Eine ähnliche Erklärung gab der Vorsitzende der Förderation griechischer Studentenvereine Italiens (OEFSI), Alekos Xenakjis, an die Öffentlichkeit.
- In Griechenland gab es viele und sofortige Reaktionen. In Trikala tagten neun Ortsgruppen, verurteil-
sofortige Reaktionen. In Trikala tagten neun Ortsgruppen, verurteil-
ten die Handlungen der PASOK-Führung, setzten die eingesetzte PNE (Provisorisches Departement-Komitee) ab und wählten ein neues.

In Kavala gab die PASP–Kavala eine Mitteilung heraus, in der die einstimmige Verurteilung des organisatorischen Eingreifens der PA.SO.K. betont wird.

Eine ähnliche Erklärung gab die zentrale Leitung der PASP-Thessaloniki heraus, desgleichen der Vorsitzende der ESEE, Mitglied der Jugendkommission der PA.SO.K. und des Zentralrats der PASP, Th. Papamattheou.

Weitere Solidaritätsresolutionen: PA.SO.K.-Jugend England, Alekos Chondros, Sekretär des Büros der „Studierenden Jugend" Athens (des einzigen gewählten Organs der PA.SO.K.-Jugend), die Mehrheit der Ortsgruppen von Achea, die Ortsgruppe Korfu, die Mehrheit der Jugend in Chania und Chalkjidha.
(Nach „Sosialistikji Poria", Nr. 75, 8.- 14.1.77)

Papandreou nimmt Stellung

Da es sich offenbar bei den Oppositionellen nicht bloß um eine „Kleingruppe", um ein paar „politisch Haltlose" innerhalb der PASP-Leitung handelt, mit denen man sich nun nicht mehr weiter befassen werde, wie die „Exormisi" (Zentralorgan der PA.SO.K.) noch am 30.12. 1976 selbstsicher tönte, sah sich Andreas Papandreou zumindest auf der Kadervollversammlung am 7.1. 1977 veranlaßt, sich eindeutiger als jemals zuvor gegen Links abzugrenzen:

„Zuerst das Thema des Übergangs zum Sozialmus. Es kann im Schoße der PA.SO.K. die Diskussion nicht fortgesetzt werden, ob wir eine legale Partei sind, d.h. ob wir glauben mittels der Volkssouveränität und der demokratischen Prozesse zur Macht zu gelangen oder ob wir den bewaffneten Kampf wählen. Diese Diskussion ist unzulässig, sie ist nicht einmal Diskussionsthema. Für wen das eine echte Frage darstellt, der hat keinen Grund, in der PA.SO.K. zu sein. Man tritt in die PA. SO.K. ein, nicht um zu klären, ob man den bewaffneten Kampf will, oder ob man den Weg mittels der Volkssouveränität und der demokratischen Verfahrensweisen will, sondern man tritt ein, wenn man sich dafür entschieden hat...

- *Die PA.SO.K. ging aus der PAK hervor. Die PAK und ich persönlich haben die 6 bis 7 Jahre den bewaffneten Kampf zum Prinzip gehabt, den bewaffneten Zusammenstoß als einzig mögliche Art, daß Griechenland befreit wird und zum Sozialismus voranschreitet ... Und wenn tatsächlich die Möglichkeit für demokratische Prozesse nicht bestünden, wenn sie tatsächlich objektiv nicht bestünden, wenn wir, sagen wir mal, eine neue Abschaffung der demokratischen Institutionen, die wir heute haben, hätten, würden wir vom ersten Moment an wiederum den Bewaffneten Kampf ausrufen. Man benutzt jedoch alle Mittel, die sich einem anbieten...Der Weg über die Volkssouveränität und mittels der demokratischen Prozesse gewährt eine Garantie, die der bewaffnete Kampf nicht gewährt, gerade wenn er aufgezwungen ist. Im bewaffneten Kampf, notwendigerweise, ist die Machtführung dieses Kampfes, gesetzmäßig verantwortlich für die weitere Entwicklung des Landes nach ihrem Sieg. Notwendigerweise ist dies eine kämpferische Elite. Und nur als kämpferische Elite kann sie auch hinterher funktionieren."*

Die Dinge würden dann oft eine den ursprünglichen Thesen und Erwartungen entgegengesetzte Entwicklung nehmen. *„Es entsteht eine Bürokratie, eine soziale Führungsschicht*
wartungen entgegengesetzte Entwicklung nehmen. „Es entsteht eine Bürokratie, eine soziale Führungsschicht,
abgeschnitten häufig von seiner Volksbasis, und das kann zur Herausbildung einer neuen gesellschaftlichen Klasse führen, die aus dem bewaffneten Zusammenstoß hervorgeht."

Man brauche sich nur die jüngste Geschichte anzusehen, um das bestätigt zu finden. Die PA.SO.K. aber dürfe nicht an alten und überholten Dogmen festhalten, sondern müsse sich auf die Volksmassen stützen.

„Und wenn die Bewegung tatsächlich massenhaft ist, dann existiert die Möglichkeit für eine demokratische Eroberung, und wenn diese von Interventionen der herrschenden Klasse, des Establishments unter Verletzung der Rechte der Verfassung unterbrochen wird. dann kann diese Volksmasse weiter voranschreiten, indem sie ihren eigenen demokratischen Willen ausdrückt. Aber dann gibt es auch die Garantien, weil er aus der Reife einer Volksbewegung erwächst, die mit dem ganzen arbeitenden Volk verbunden ist."

Geschickt, geschickt, aber trotzdem nur eine „linke Variante" des „chilenischen Wegs",. Solange die Reaktion sich hübsch an die in der Verfassung „verankerten" demokratischen Rechte hält, bleiben wir ganz friedlich, aber wehe, wenn sie sich nicht daran hält! Ja dann...
Letztlich führt diese Argumentation nicht zur Vorbereitung der Massen auf schärfere Auseinandersetzungen, bis hin zum bewaffneten Kampf, sondern zur Entwaffnung! Es ist eben Unsinn, die politischen Fragen, wie eine Organisation in bestimmten Situationen reagiert, erst in diesen Augenblicken klären zu wollen!

„Wir sind politisch anders als die Sozialdemokratie. Die Frage ist, ob die PA.SO.K glaubt, sie könne mit Reformen an die Grenze (zum Sozialismus) gelangen. D.h., mit irgendeiner Art Anhäufung... von Reformen würden wir zum Sozialismus gelangen.

Die Erfahrung, die wir aus den letzten wenigstens 50 Jahren haben, ist, daß die Reformen einfach nur die Form und den Typ des Kapitalismus ändern, aber nicht qualitativ den Kapitalismus überwinden. Daß die radikale Strukturveränderung notwendig ist, ist der Standpunkt der PA.SO.K. Diese Strukturveränderung, glauben wir, kann historisch durch eine Volksbewegung innerhalb des demokratischen Rahmens geschehen.

Die Frage ist, ob wir dieser Gefahr (einer neuen faschistischen

Fortsetzung auf Seite 29

PA.SO.K in der Krise

Fortsetzung von Seite 28

Junta) entgegentreten können. Die Antwort kann nicht sein, daß wir bewaffnete Gruppen aufmachen müssen... Die siebenjährige Diktatur in Griechenland hat gezeigt, wie schwer es ist, irgendeinen wirksamen Widerstand zu organisieren, angesichts eines wirksamen Establishments.

Es ist jedoch das möglich, was in Italien passiert ist. Es ist nicht leicht in Italien, eine Diktatur zu errichten. Weil es zuerst die Parteien gibt mit massenhafter Organisation. Es gibt Parteien, die Tausende mobilisieren können, innerhalb weniger Stunden. Es gibt Gewerkschaften, örtliche Selbstverwaltung mit politischem Bewußtsein und Kraft. Nur wenn diese Voraussetzungen existieren, nur dann, kann man uns garantieren, daß der Übergang zum Sozialismus auf demokratische Weise erreichbar ist".

„Wir können nicht von einer legalen Bewegung sprechen, die an die Macht zu gelangen versucht, mit demokratischen Verfahrensweisen, wenn wir nicht den parlamentarischen Weg ausnutzen.

Es ist richtig, daß wir das Altparteientum („palöokommatismos") ablehnen und verurteilen. D.h. die Rolle, die der Abgeordnete spielte und spielt im Rahmen einer bürgerlichen Demokratie, d.h. das verrottete System des unabhängigen Abgeordneten, der mit politischen Führern verbunden ist, und der seiner Reihenfolge gemäß mit örtlichen Parteiführern verbunden ist, für das „Einsammeln" von Stimmen, immer in Zusammenhang mit Vorrechten oder Bestechungen, die er anbieten muß. Dieses System ist unakzeptierbar. Und die PA.SO.K hat vom ersten Moment an eine entgegengesetzte Haltung eingenommen."

Im weiteren spricht Papandreou davon, daß die heutige Krise in der PA.SO.K ein klassenmäßiger Zusammenstoß zwischen „jungen revolutionierten Bourgeois und der Arbeiterklasse" ist.

Einer der wesentlichen inhaltlichen Gründe für diese Säuberungswelle dürfte die geplante stramme Ausrichtung auf einen „links"-nationalistischen, „nasseristischen" Kurs sein, wobei sich Papandreou schon auf dem Höhepunkt der Ägäis-Krise dadurch auszeichnete, daß er die Versenkung des türkischen Provokations-„Forschungs"schiffes forderte.

Jetzt ist dieser Kurs nochmals eindeutig festgelegt:

Oberstes und vorrangiges Ziel der PA.SO.K sei die Erringung der nationalen Unabhängigkeit, dem sich alles andere unterzuordnen habe.

Denn ohne nationale Unabhängigkeit sei kein Sozialismus möglich, und schon gar nicht auf „demokratischem" Wege. Dieses Ziel biete die Möglichkeit der Gewinnung einer „riesigen Volksmasse".

„In einem Land wie diesem von der Avantgarde der Arbeiterklasse zu sprechen, ist für uns utopisch und falsch. Die Arbeiterklasse ist nur ein Teil, und ein Teil, der sich zahlenmäßig nicht sehr schnell entwickelt, der ganzen Masse der Griechen, die Objekt finsterer Ausbeutung sind." Die Bauern seien noch viel schlimmer dran. Und so müsse man in einem Land der Peripherie wie Griechenland wo *„die Polarisation zwischen Proletariat und Kapitalherrschaft nicht zustandekommt"*, notwendigerweise viel mehr in die „Breite" gehen (alle Zitate aus „Exormisi" vom 9.1.77).

Und „Breite" heißt hier ganz eindeutig, notfalls auf linke Kräfte, die durch revolutionäre Vorstellungen Teile der „gewinnbaren demokratischen Öffentlichkeit" verschrecken, zu verzichten – eben zugunsten letzterer.

Zweifellos ist es auch nicht aus der Luft gegriffen, wenn häufiger in der griechischen Linken davon gesprochen wurde, daß Papandreou mit „jungen nationalistischen Offizieren in der Armee" liebäugelt. Es ist Fakt, daß Otelo de Carvalho Papandreou am besten gefallen hat, als dieser nicht einer revolutionären Bewegung vorstand, sondern Armeeführer war.

Griechenland/Türkei-Kommission

Amnestie für die Junta?

Griechenland. Mitte Januar durfte der ehemalige Generalstabschef der Junta, Spandidakis, erst einmal auf fünf Monate befristet, aus „gesundheitlichen Gründen" das Korydallos-Gefängnis verlassen.

Die Freilassung Spandidakis, der als Beteiligter des faschistischen Putsches vom 21. April 1967 im August 1975 zu einer lebenslangen Strafe verurteilt worden war, hat in Athen Spekulationen Auftrieb gegeben, die behaupten, daß eine Amnestie der gesamten faschistischen Obristenclique bevorsteht.

Die Regierung Karamanlis macht keinen Hehl daraus, daß sie bis spätestens 1982 sämtliche Juntaleute begnadigen wird.

„In manchen Kreisen wird dieser Zeitpunkt nun aber bereits früher angesetzt" („FAZ", 22.1.77).

Die Argumentationsketten der rechtskonservativen Regierung Karamanlis sind dabei so alt wie abgedroschen. Angeblich konnte die Regierung die Hauptschuldigen 1975 nicht zum Tode verurteilen, da sonst die Armee „nicht mehr mitgespielt hätte". Oder heute müssen die Obristen in absehbarer Zeit begnadigt werden, da *„in Teilen der Streitkräfte, insbesondere in den mittleren Rängen, noch immer Sympathien für die Obristen bestehen"* („FAZ", 22.1.77).

Statt entsprechende Maßnahmen zur Entjuntafizierung zu ergreifen, kriecht die bürgerliche Regierung vor dem Einfluß der Faschisten zu Kreuz und macht sich zweifellos so zum Förderer neuer faschistischer Putsche. Die „Eleftherotypia" schrieb zur Entlassung Spandidakis *„es kann weder Begnadigung noch Amnestie geben. Die Obristen müssen als lebendige Monumente des Hochverrats in den Gefängnissen bleiben, auch als eine Mahnung für mögliche Hochverräter."*

Griechenland/Türkei-Kommission

Streik der Journalisten gegen faschistische Übergriffe

Griechenland. Elf Athener Tageszeitungen, die eine Gesamtauflage von ca. 500.000 haben, sind am 1. Februar nicht erschienen.

Die Journalisten, Zeitungsverkäufer und Drucker protestierten mit diesem Streik gegen die zunehmenden faschistischen Überfälle auf linke und liberale Journalisten.

Am 29. Januar 77 wurde der Journalist Nikos Kakaounakis, Redakteur der liberalen oppositionellen Zeitung „To Vima", von drei Faschisten überfallen, als er die Redaktionsräume in Athen verließ.

Kakaounakis, der u.a. auch über die Prozesses gegen die faschistischen Folterer berichtete und ein antifaschistisches Buch herausbrachte, wurde bei dem Überfall schwer verletzt.

Kakaounakis vermied es schon seit Wochen, zu Hause zu schlafen. Er wurde bereits häufiger verfolgt und mehrmals bedroht. Am 16. Dezember wurden sechs weitere Journalisten von aufgeputschten Faschisten übel zugerichtet, als sie bei der faschistischen Zusammenrottung am Grab des erschossenen Polizeichefs Mallios fotografieren wollten.

Am 25. Januar ging bei der „Avji", Zeitung der KPG (Inland), ein Bombenpaket ein, das glücklicherweise noch rechtzeitig entschärft werden konnte. Einige Tage später verwüstete eine Bombe das linke Kulturzentrum von Larissa.

Des weiteren werden ständig die Scheiben linker Buchhandlungen von Faschisten eingeworfen. Der Streik der Zeitungsleute kann ein Signal für notwendige verstärkte Anstrengungen im antifaschistischen Kampf setzen (Angaben nach „Le Monde", 2.2.77).

Griechenland/Türkei-Kommission

Im Jahr der Wahlen:

Faschisten suchen Entscheidungsschlacht

Türkei. Der faschistische Terror der „Grauen Wölfe" hat bisher weit über 125 Tote gekostet. Mit Beginn des neuen Jahres haben die Faschisten ihre Angriffe auf die Universitäten aber auch gegen Linke und ihre Büros und Zeitungen gesteigert. Allein in den ersten 28 Tagen im Januar rechnet man mit über 20 Toten und 250 Verletzten („Cumhuriyet", 29.1.77). Zweifellos befindet sich die Türkei in einer Vorphase des Bürgerkrieges.

Ziel der Angriffe – eine faschistische Universität

Zentrum der Angriffe sind weiterhin die Universitäten. Hatten die Faschisten es durch ihre Angriffe

Ziel der Angriffe – eine faschistische Universität

Zentrum der Angriffe sind weiterhin die Universitäten. Hatten die Faschisten es durch ihre Angriffe

schon im letzten Jahr erreicht, daß weitgehend der Universitätsbetrieb ausgefallen ist, so versuchen sie jetzt durch Besetzungen der Universitäten diese zu kontrollieren. Die Linken sollen so mit Gewalt an der Teilnahme von Lehrveranstaltungen gehindert werden. Hierbei kommt es immer wieder zu Schießereien oder brutalen Prügeleien mit Stöcken etc., in deren Verlauf es mehrere Tote und Verletzte gibt. So am 25.1. an der Technischen Universität in Istanbul. Diese wurde von den Faschisten besetzt. Da die Polizei trotz Aufforderung keine Maßnahmen vornahm, die Faschisten aus der Uni zu holen, griffen die Studenten selber an. Dies war nun wieder der Anlaß für die Bullen die linken Studenten anzugreifen. Selbst Uni-Rektoren wurden verprügelt.

„Tod den Kommunisten"

Unter dieser Parole verstärkten die Faschisten auch ihren Terror gegen einzelne Linke. Ihr Vorbild ist nach eigenen Aussagen die SS Hitlers sowie solche Verbrecherbanden wie die Antikommunistische Allianz Argentiniens.

- 6. Januar: Der Arbeiter Yasar Catalbas wurde in Gaziantep von Faschisten erschossen.
- 13. Januar: Bei Begräbnisfeiern von einem Genossen haben die Bullen auf die Teilnehmer der Beerdigung geschossen, wobei der Student Cafer Erdem ermordet wurde.
- 21. Januar: Im Gefängnis von Sivas ist ein Insasse infolge der Foltern gestorben.
  In Instanbul wurde ein Student ermordet, als Faschisten ein Cafe, das als Treff der Linken galt, mit Waffen angriffen.
- 22. Januar: Bei einem Bombenanschlag in seiner Wohnung wurde Yüksel Eris, Mitglied des TÖP-DER (Lehrerverband), ermordet.
- 23. Januar: Bei einer Veranstaltung des MHP-Führers Türkes (MHP = faschistische Partei) wurde ein CHP-Mitglied (republikanische Partei) erstochen.
- 24. Januar: Beim Plakatekleben wurde ein Arbeiter von Faschisten erschossen. Am gleichen Tag wurde ein Mitglied des TÖB-DER in Malatya erstochen.
- 25. Januar: Zwei linke Assistenzärzte wurden auf offener Straße von Faschisten mit Maschinenpistolen erschossen.

Diese Liste ist unvollständig und könnte beliebig verlängert werden.

Mit welcher Brutalität die Faschisten vorgehen zeigte sich in Nigde. Hier wurden sieben Schüler überfallen und übel zugerichtet. Dabei hatten die Faschisten so viel Ruhe, daß sie mit dem Blut ihrer Opfer auf eine Wand noch „Tod den Kommunisten" schreiben konnten („Milliyet", 28.1.77, alle anderen Informationen von der Anka-Presse-Agentur).

Angriffe gegen die Pressefreiheit

Während eine Reihe von Zeitungen der revolutionären Linken wie „Devrimi Genclik" ständig beschlagnahmt werden und die Genossen mit hohen Freiheitsstrafen rechnen müssen, verstärkt sich jetzt auch der offene Terror gegenüber der liberalen

„Devrimi Genclik" ständig beschlagnahmt werden und die Genossen mit hohen Freiheitsstrafen rechnen müssen, verstärkt sich jetzt auch der offene Terror gegenüber der liberalen

bürgerlichen Presse und Journalisten.

So veranstalteten die faschistischen „Grauen Wölfe" eine Zeitungsverbrennung vor der Redaktion der Zeitung „Milliyet" (CHP-nahe Zeitung). So überfielen Faschisten die Wohnung des Chefredakteurs des Izmir-Büros der fortschrittlichen Tageszeitung „Cumhuriyet". Sie durchsiebten diese mit Salvenfeuer aus Maschinenpistolen. Der Vorsitzende der Izmir-Filiale der TGS (Journalistengewerkschaft) wurde von drei Faschisten überfallen und mit Stöcken und Schlagringen verprügelt.

Grund: Er hatte die Annahme eines faschistischen Flugblattes verweigert.

Der Vizepremier der nationalen Front-Regierung und Führer der MHP (faschistische Partei und Führer der „Grauen Wölfe") hat auf einem Treffen des Staatspräsidenten dem Vorsitzenden der Journalistengewerkschaft gedroht: „Eines Tages werden wir Dich Deine eigene Karikatur zeichnen lassen." Diese versteckten Morddrohungen werden von Türkes Gefolgschaft allzu gern aufgenommen.

Kommt es zu einer antifaschistischen Einheitsfront?

Diese Forcierung des Terrors der Faschisten und die offene Förderung durch die Regierung Demirel hat offensichtlich das Ziel, die Position der Linken in den kommenden Wahlen im Oktober zu schwächen, bzw. zu versuchen, durch den gezielten Terror Wahlen unmöglich zu machen und wieder den schon oft von der Regierung angedrohten Ausnahmezustand durchzusetzen.

Gegen diese Politik entwickelt sich immer stärkerer Widerstand. So gehen gerade an den Universitäten die Studenten zu bewaffneten Abwehraktionen über. Zudem versuchen mehrere Verbände und Parteien (vorwiegend revisionistische) zu einer antifaschistischen Einheitsfront aufzurufen.

Es erging ein Aufruf von der Ärztekammer und der TMGT („Nationale Organisation der Jugend der Türkei" – linke Sozialdemokraten)

Es erging ein Aufruf von der Ärztekammer und der TMGT („Nationale Organisation der Jugend der Türkei" – linke Sozialdemokraten)

an alle progressiven Kräfte. Zudem schlossen sich den Aufrufen „Kampf dem Faschismus" die TIP (revisionistische Partei), die Rechtsanwaltskammer, die TÜMOD (Verein aller Hochschullehrer), die Kammer der Agraringenieure, die Jugendorganisation der CHP, zwölf verschiedene Architekten und Ingenieurkammern sowie der ITU-DER (Verein der Studenten der Technischen Universität von Istanbul) an. Die „Disk" (Konförderation revolutionärer Arbeitergewerkschaften) hat ungeachtet der Förderung des Terrors durch die Demirel-Regierung gefordert, daß alle Parteien, bis auf die faschistische MHP, eine Wahlkoalition bilden sollten, damit die Wahlen reibungslos durchgeführt werden können und die Lebens-, Studien- und Arbeitsbedingungen gesichert sind.

Wie aber soll eine antifaschistische Front entstehen, wenn Parteien eingeschlossen sind, die mit den Faschisten seit Jahren in derselben Regierung gegen das Volk agieren?

Wie kann eine antifaschistische Front entstehen, wenn Parteien eingeschlossen sind, die die Faschisten protegieren?

Der antifaschistische Kampf kann nur dann erfolgreich sein, wenn er sich nicht nur den offenen faschistischen Terror der MHP, sondern auch gegen die „graue Eminenz" im Hintergrund wendet – gegen die Demirel-Regierung, gegen den US- und EG-Imperialismus!

Griechenland/Türkei-Kommission

Antifaschistische Kundgebung in Gedenken an Nazum Hikmet

Türkei. Am 22.1.77 wurden in Ankara und Instanbul aus Anlaß des 75. Geburtstages des 1963 verstorbenen Dichters Nazum Hikmet Geburtstagsfeiern abgehalten.

Nazum Hikmet verbrachte von 1928 bis 1950 18 Jahre im Kerker, da er der Kommunistischen Partei nahestand. 1950 floh er auf Initiative der TKP in die Sowjetunion. Seine antifaschtischen und revolutionären Gedichte waren bis 1964 in der Türkei verboten. Ebenfalls in der Zeit der Militärdiktatur von 1971 bis 1973.

In Instanbul wurde aus der Geburtstagsfeier eine antifaschistische Kundgebung. Über 20.000 Menschen nahmen im Saal an der Veranstaltung teil. Eine ebenso große Menge konnte nicht hinein und mußte draußen bleiben. Zum Schluß der Veranstaltung wurde der Wille, auch weiter gegen den Faschismus zu kämpfen zum Ausdruck gebracht. Gemeinsam sprachen die über 20.000 Menschen das folgende Gedicht Hikmets:

„Die Zeit ist nicht gekommen,
niemand darf die Fahnen falten
Was wir hören ist das Heulen der Schakale
Schließt Euch fest zusammen, Kinder
Dieser Kampf ist gegen Faschismus
Dieser Kampf ist für Freiheit"

Griechenland/Türkei-Kommission

Italien

Neues Abtreibungsgesetz in Italien

Am 21. Januar verabschiedete das italienische Parlament mehrheitlich ein neues Abtreibungsgesetz. Der Kern ist folgender: Die Unterbrechung der Schwangerschaft ist innerhalb der ersten 90 Tage zulässig, wenn Schwangerschaft und/oder Geburt für die Frau eine „ernste Gefahr für ihre körperliche oder seelische Gesundheit" darstellen. Letzten Endes ist es nach dem Gesetz die Frau selbst, die darüber entscheidet. Sie muß sich zwar von einem Arzt (den sie selbst wählen kann) zuvor „beraten" lassen. Lehnt dieser ihre Gründe ab, so muß er sie mit einem Papier entlassen, das die „Beratung" bescheinigt. Die Frau kann dann nach einer Woche „Bedenkzeit" (und falls sie es sich dann nicht „anders überlegt" hat) mit diesem Papier eine Schwangerschaftsunterbrechung durchführen lassen. Ein „Nein" des Arztes kann also nur aufschiebende Wirkung haben – falls es ihm nicht gelingt, die Frau zu bequatschen.

Wenn jetzt auch der Senat dem Gesetz zustimmt, hat Italien, den massiven Protesten der katholischen Kirche zum Trotz, eines der „liberalsten" Abtreibungsgesetze in Europa. Noch am Wochenende vor der Abstimmung richtete die italienische Bischofskonferenz einen Brief an den Staatspräsidenten, den Regierungschef und an die Präsidenten der beiden Kammern des Parlaments, in dem sie sich gegen den Gesetzentwurf wandte. Sozialisten, Republikaner und Vertreter der Radikalen Partei kritisierten das Eingreifen der Kirche als „außerordentlich schwerwiegend", während der Kammerpräsident, der der PCI angehört, sich lediglich darauf beschränkte, die „Gewissensfreiheit" der Abgeordneten hervorzuheben.

Die Rolle der PCI in der Bewegung gegen das Abtreibungsverbot ist überhaupt nicht gerade rühmlich gewesen.

In Italien entwickelte sich unter anderem an der Kampagne für einen Volksentscheid gegen das Abtreibungsverbot eine breite Bewegung. Dafür wurden über 500.000 Unterschriften gesammelt, die die Regierung formal zur Durchführung eines Volksentscheids verpflichteten. Die bürgerlichen Parteien, einschließlich der Revisionisten, waren sich allerdings einig, die Volksabstimmung auf jeden Fall zu vermeiden und intensivierten die Versuche, auf parlamentarischem Weg eine Reform des Abtreibungsverbots durchzubringen.

Als im Dezember 1975 eine Vorentscheidung über den neuen Abtreibungsparagraphen stattfand, stimmte die PCI nicht etwa für das Modell der Fristenlösung, sondern stimmte mit den Christdemokraten und den Faschisten für eine Indikationslösung! Daß die PCI dieses Mal nicht wieder gegen die Fristenlösung gestimmt hat, liegt sicherlich weniger an einem Sinneswandel, sondern ist Ergebnis des Drucks und des Kampfes der Frauen gegen das Abtreibungsverbot.

Der Kampf der Frauen um die Legalisierung der Abtreibung in Italien ist mit dem neuen Gesetz weder gewonnen noch zu Ende; das Recht auf Abtreibung wird weiterhin erkämpft werden müssen. Wie in der Neuregelung des § 218 ist auch in Italien ein Weigerungsrecht bei Abtreibungen vorgesehen. Was das, vor allem in den südlichen Regionen, wo die Krankenhäuser ausnahmslos in den Händen der Kirche liegen, bedeutet, kann man sich vorstellen! Einen Eindruck davon vermitteln auch die Erfahrungen der schwangeren Frauen von Seveso. Obwohl die Gesundheitsbehörde den Ratschlag zur Abtreibung gab, waren die Frauen zum Spießrutenlauf verurteilt und viele wurden trotz medizinischer Gutachten von den Krankenhäusern abgewiesen. Typisch war auch in diesem Fall das Verhalten der Kirche: „Abtreibung ist eine kriminelle Handlung; wenn Kinder mit Mißbildungen zur Welt kommen, können sie adoptiert werden" (Kardinal Colombo). So sollen den Frauen zu all ihren Sorgen und Ängsten auch noch Schuldgefühle eingeimpft werden.

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Spanien

Grapo?

Die GRAPO – „Antifaschistische Widerstandsgruppe 1. Oktober" – erregt seit Wochen die spanische Öffentlichkeit wie nichts anderes. Zwei spektakuläre Entführungsfälle „hochstehender" Persönlichkeiten (Oriol und Villaescusa) gehen auf ihr Konto sowie die Erschießung von drei Polizisten als Antwort auf die Ermordung eines Studenten durch die Guardia Civil auf einer antifaschistischen Demonstration.
Der Chor der Stimmen, die hinter der GRAPO ein „Komplott der Ultrarechten" gegen den „Demokratisierungsprozeß" in Spanien vermuten, wird immer mächtiger. Diese Stimmen haben kaum Argumente auf ihrer Seite, dagegen gibt es viele Anhaltspunkte, die gegen diesen Verdacht sprechen.

„...*wie ist es möglich, daß die spanische Polizei die Entführer Oriols nicht findet? Es ist bereits ein Monat vergangen und die GRAPO spaziert hier herum wie Peter in seinem Haus, plaudert mit Journalisten ohne Angst vor der Zeit, wiederholt ihre kleinen Bestellungen, als ob Madrid ihre Küchenhalle wäre, schießt, beklebt die Metro mit Flugblättern, und hier findet sie niemand. Früher legte sie jede Menge Bomben und man fand sie auch nicht*" („Cambio 16", 23.1.77). Solche „Überlegungen" stehen für viele ähnliche, die in der spanischen Öffentlichkeit angestellt werden. „Cambio 16" (mit der sozialdemokratischen PSOE sympathisierende Zeitschrift) vermutet ganz auf „Supermächte"-Trip, daß die GRAPO entweder vom CIA oder vom sowjetischen KGB finanziert und beauftragt wird („Cambio 16", s.o.).

Eine „hohe spanische Persönlichkeit" hat sich an eine Gruppe von Journalisten gewandt und unmißverständliche Andeutungen über die Hintermänner der GRAPO gemacht: „*Alle werden sicher sehr überrascht sein, wenn sie die wirklichen Urheber des Attentats kennenlernen werden*". Diese „Persönlichkeit" äußerte ferner, der Eindruck in Regierungskreisen sei, daß „*alles gut ausgehen wird. Es gibt nur die Möglichkeit eines glücklichen Ausganges dieser Angelegenheit*" („Le Monde", 16.1.77).

In den letzten Tagen wurde der Generalsekretär der „Bruderschaft
In den letzten Tagen wurde der Generalsekretär der „Bruderschaft
der Franco-Garde" verhaftet, der gesagt hatte, die spanische Regierung wisse, wo sich die beiden Entführten aufhielten. Ein weiterer Rechter wurde kurze Zeit festgenommen, weil er gesagt hatte, man solle die Entführten in einem Versteck bei dem Altfalangisten Giron suchen („Süddeutsche Zeitung", 4.2.77). Befürchten die Ultrarechten und Mitglieder des spanischen Kabinetts Enttarnung oder wollen sie die Situation gegen die ihnen verhaßte Suarez-Regierung ausnutzen, sie als „unfähig" wegen nichterfolgter Verhaftungen oder gar als in die Sache „verwickelt" darstellen?

Die liberale „Frankfurter Rundschau" bietet ebenfalls eine Variation der „Supermächte"-These an: „*Erstens, die faschistische Internationale hat Spanien zu ihrem Agitationsfeld auserwählt. Zusammen mit spanischen Rechtsextremisten wollen hauptsächlich italienische und argentinische Abenteurer Suarez stürzen und die Demokratie verhindern (...). Und zweitens: Der sowjetische Geheimdienst will mit allen Mitteln den Eintritt Spaniens in die NATO verhindern und benutzt eine Splittergruppe, um die Bedingungen dazu zu verhindern, nämlich die Demokratisierung*" („Frankfurter Rundschau" – „FR" – 31.1.77). Die erste These hält die „FR" für „überzeugender".

Das „Argument", daß es sich bei den Aktionen der GRAPO um solche der faschistischen Internationale handelt, die tatsächlich in Spanien sehr aktiv ist, halten wir aus dem Grund für sehr fadenscheinig, weil sich z.B. die blutige Provokation der spanischen „AAA", die nach argentinischem Terrormuster arbeitet, nämlich der Ermordung von (zufällig „nur") fünf Arbeiter-Rechtsanwälten doch erheblich von den Aktionen der GRAPO unterscheidet, die immerhin bekannte und in voller Verantwortung stehende Persönlichkeiten des spanischen Faschismus zur Zielscheibe ihrer Aktionen macht.

Die Aktionen der GRAPO

Die GRAPO soll entweder der „bewaffnete Arm" bzw. eine Abspaltung der PC(r) – Wiederaufgebaute Kommunistische Partei – sein. Die PC(r) soll wiederum aus der OMLE (Marxistisch-Leninistische Organisation Spaniens) hervorgegangen sein. Die PC(r) tritt für einen Volkskrieg für die Errichtung einer „Föderativen Volksrepublik" ein. Ihr Organ wird lt. spanischer Presse als „Con el pueblo" (Mit dem Volk) angegeben („Cambio 16", 16.1.77) und lt. westdeutscher Presse mit „Rote Gazette" („Süddeutsche Zeitung", 11.1.77).

Die PC(r) bestreitet zwar eine Verbindung mit der GRAPO und den Entführungen, „*obwohl es sie in ihrem Kampf gegen den Faschismus unterstützt*" – so eine Künstlergruppe der PC(r) („Cambio 16", 16.1.77). Die „Süddeutsche Zeitung" berichtet von einer Erklärung eines GRAPO-Sprechers in der „Roten Gazette", in der die Unterstellung, die GRAPO sei eine rechtsextremistische Organisation, zurückgewiesen wird. Dieser Sprecher *verurteilte die ‚Kollaboration' der KP* (gemeint ist die revisionistische PCE – Anm. AK) *mit der Regierung Suarez und versicherte, die GRAPO sammelte seit geraumer Zeit Waffen, um endlich die Massenbewegung ‚zur Niederwerfung des Faschismus' auszulösen*" („Süddeutsche Zeitung", 11.1.77).

So entstellend und bruchstückhaft diese politische Charakterisierung der GRAPO in der bürgerlichen Presse auch zum Ausdruck kommt, eines geht daraus recht eindeutig hervor:
auch zum Ausdruck kommt, eines geht daraus recht eindeutig hervor:
Die GRAPO kommt aus irgendwelchen Verästelungen der spanischen „ML"-Bewegung.

Die Hypothese, sie sei ein direktes Kind der faschistischen Internationale, verliert damit weiter an Überzeugungskraft.

Die GRAPO trat zum ersten Mal am 1. Oktober 1975 an die Öffentlichkeit (da hat sie sich ihren Namen zugelegt). Vier Tage nach der von internationalen Protesten begleiteten staatlichen Exekution von fünf spanischen Antifaschisten (von ETA und FRAP) demonstrierten in Madrid die spanischen Faschisten gegen die „*jüdisch-bolschewistische Verschwörung*" des europäischen Auslandes gegen das spanische Vaterland. An diesem Tag tötete die GRAPO drei Bullen der verhaßten Guardia Civil in Madrider Außenbezirken.

– Am 18. Juli, dem faschistischen Feiertag zum Gedenken an die „nationale Erhebung" (den Beginn des spanischen Bürgerkrieges), explodierten in mehreren spanischen Städten insgesamt 27 Bomben vor amtlichen Gebäuden und frankistischen Denkmälern. Die spanische Polizei machte die GRAPO dafür verantwortlich.

– Vier Tage vor der sogenannten „Volksabstimmung" über den „Demokratisierungsfahrplan" von Suarez entführte die GRAPO am 11.12.76 den Oberfaschisten und Multimillionär Antonio Maria de Oriol, der als der „vierte Mann im Staat" gilt. Er ist u.a. Vorsitzender des Staatsrates und sitzt in einer Unzahl von Aufsichtsräten und Konzernvorständen. Der Oriol-Clan kontrolliert nicht nur bedeutende Industrieunternehmen, sondern hat sich auch einen Namen im Zusammenhang mit der Faschistenprovokation von Montejurra im vergangenen Jahr gemacht, wo zwei Arbeiter erschossen wurden. Die GRAPO forderte für die Freilassung des Herrn Oriol zunächst die Haftentlassung von 15 politischen Gefangenen (Angehörige von ETA, FRAP, PC(r) und der galizischen UPG) und ihren freien Abzug nach Algerien. Später forderte GRAPO ein allgemeines Amnestie-Dekret für alle politischen Gefangenen. Trotz wiederholter Ankündigungen wurde Oriol bisher nicht hingerichtet, sondern in jeder Mitteilung der GRAPO an die spanische Presse wurde sein „*guter Gesundheitszustand*" – auch durch selbstgeschriebene Briefe Oriols an seine Familie – dokumentiert. Als die spanische Regierung um die Jahreswende vage Ankündigungen einer allgemeinen Amnestie machte, die bis heute nicht verwirklicht wurden, schrieb die GRAPO in einer Pressemitteilung: „*Angesichts des, wenn auch vagen Versprechens, der Regierung auf eine Amnestie, glauben wir, daß die einzige Sicherheit, die wir haben, damit diese Versprechen wahr werden, darin besteht, unseren Gefangenen zu behalten. Wir haben dem Präsidenten des Staatsrats die Aufhebung seiner Hinrichtung mitgeteilt (...). Gleichzeitig müssen wir angesichts der terroristischen Kampagne, die von der Polizei gegen unsere und andere antifaschistische Organisationen entfesselt wurde, folgende Beschlüsse mitteilen: Erstens. – Jeder Polizist jedweder Rangordnung, der antifaschistische Gefangene foltert oder deren Folterungen anordnet, wird als Kriegsverbrecher betrachtet und infolgedessen ausfindig gemacht und gerichtet.*

Zweitens – Sollte die offizielle Terrorkampagne andauern, werden wir unsererseits eine Verteidigungskampage und Repressalien gegen die Unterdrückungsorgane entfalten.

Drittens – Unser Wunsch ist die Befreiung der politischen Gefangenen und daß das Volk die Freiheiten genießt, die ihm geraubt wurden. Aber wir sind uns bewußt, daß nur mit der Beseitigung des Faschismus dieses Ziel erreicht werden kann" (GRAPO-Kommunique, „El Pais", 19.12.76).

Die Bemühungen der spanischen Regierung und des Oriol-Clans, ihren Gefangenen mit Geld freizukaufen, scheiterten daran, daß die GRAPO weder zu direkten Verhandlungen noch zur Annahme von reichlich angebotenem Geld bereit war. Oriol blieb somit Gefangener der GRAPO. Zuletzt wurde der Zeitung „El Pais" ein Foto von Oriol übersandt, auf dem er mit der Tagesausgabe vom 18.1.77 derselben Zeitung zu sehen ist.

– Am 24.1.77 wurde der Generalleutnant Villaescusa, Präsident des Obersten Militärgerichts (seit Mitte '76), in seinem eigenen Dienstwagen auf bisheriges Nimmerwiedersehen entführt. „*Unsere Organisation rächt das soeben begangene Verbrechen gegen den jungen Studenten Arturo Ruiz auf der Demonstration vom Sonntagnachmittag in Madrid*", hieß es in einem GRAPO-Kommunique („El Pais", 25.1.77). Die GRAPO wiederholte ihre Amnestie-Forderungen.

– Am 28.1.77 erklärte sich die GRAPO verantwortlich für die Tötung von drei Polizisten in Madrider Außenquartieren. Dies sei die Antwort für den „*Terror und Gewalt*". Am 24.1.77 hatte die Terrororganisation „AAA" fünf fortschrittliche Rechtsanwälte ermordet. In der Nacht des 28.1. konnte die GRAPO über den in Algerien stationierten Sender „Die Stimme des Freien Canaries" (ein Sender der Kanarischen Befreiungsbewegung MPAIAC) verkünden, daß und warum sie die drei Bullen erschossen hatte. Dasselbe an diesem Abend verlesene Kommuniqué wurde am Sonnabend (29.1.) von Redakteuren der spanischen Zeitung „Informaciones" auf GRAPO-Aufforderung in einem Madrider Café gefunden. Verschreckt durch die Benutzung des algerischen Senders durch die GRAPO, distanzierten sich die algerische Regierung überdeutlich von der GRAPO und stimmte in den Chor mit ein, es handele sich um eine „*rechtsextreme Organisation von Provokateuren*" („El Moudjahid", 29.1.77). Der algerische Botschafter in Madrid versicherte, daß auch die Verlesung des Kommuniqués über einen algerischen Freiheitssender an dieser Feststellung nichts ändern würde. . . . („El Pais", 1.2.77).

Am 31.1. erhielten verschiedene ausländische Korrespondeten in Madrid ein vierseitiges schreibmaschinen getipptes Papier der GRAPO, in dem diese sich gegen die Verleumdungskampagne, sie sei eine rechtsextremistische Organisation, zur Wehr setzte. Die GRAPO verneinte darin jede Verbindung zum CIA oder KGB, verurteilte die faschistischen Attentate gegen die Madrider Rechtsanwälte und kündigte an, wenn die Regierung keine Amnestie gewährt, würde sie weitere Attentate durchführen („El Pais", 1.2.77).

Unseres Erachtens lassen die hier dargestellten Tatsachen über das Vorgehen, die politischen Begründungen und die Verbindungen (MPAIAC!) der GRAPO den Schluß nicht zu, daß es sich hier um eine von rechtsextremem Kreisen gesteuerte Provokateursbewegung handelt.

Oppositon „distanziert" sich

Sämtliche Organisationen der halblegalen spanischen Opposition haben sich von den GRAPO-Aktionen mit überzeugender Inbrunst distanziert.

„*GRAPO oder Comando A. Hitler? In jedem Falle eine faschistische Missetat*", schreibt das Organ der revisionistischen PCE, „Mundo Obrero" (27.1.77). „*Wir befinden uns vor einer weitverzweigten Verschwörung, die vom selben Zentrum kommt. Eine Verschwörung gegen die Freiheit und die demokratischen Kräfte, wobei das Weiße* (der Zilscheibe ?– AK) *besonders gegen unsere Partei gerichtet ist*" („Mundo Obrero", s.o.).

Damit keine Zweifel aufkommen über die „grundanständige" Haltung der Revi-Sumpf-Partei Spaniens, sei an dieser Stelle eine Stellungnahme des ZK-Mitgliedes Lucio Lobato zitiert, der -zig Jahre in Spaniens Gefängnissen verbrachte und von „El Pais" über die Attentäter der ermordeten Rechtsanwälte befragt wurde (alles Sympathisanten der PCE!). Er sollte sich der Frage stellen, ob auch diese Verbrecher unter die Amnestie fallen sollen.

„*Wenn diese Amnestie vollständig, wirklich und echt ist, so daß alle aus politischen Gründen Inhaftierten aus den Gefängnissen entlassen werden, unabhängig von den Handlungsweisen, die sie verfolgt haben. Ich würde da auch die Mörder der letzten Tage einschließen. Auch wenn man sich das Herz verdrehen muß, damit es eine Amnestie wird, die der nationalen Wiederversöhnung entspricht, die also den Grundstein dazu legen soll, so müßten diese Leute auch eingeschlossen sein. Diese Taten und andere frühere sind ja genau passiert, weil es keine vollständige Amnestie gab, die eine andere Grundlage des Zusammenlebens gegeben hätte als die, die zu solchen Taten geführt hat*" („El Pais", 27.1.77). Wer den Mitglieder der terroristischen faschistischen Internationale Straffreiheit wünscht, der kann unseres Erachtens nicht mitreden, wenn es um die Beurteilung von Fragen des bewaffneten Widerstandes gegen ein faschistisches Regime geht.

Als „*Provokation gegen den demokratischen Kampf*" beurteilt auch die ORT die Aktion der Oriol-Entführung durch die GRAPO. „*Unabhängig, wer die ausführende Arme der Entführung Oriols waren und unabhängig von ihren Absichten, alle Umstände zwingen zu dem Gedanken, daß diese Aktion nichts weiter als eine vollkommene Provokation gegen den demokratischen Kampf war*" („En lucha", 18.12.76).

Die spanischen Oppositionsparteien haben bereits ihren bürgerlichen Glaubwürdigkeitsbeweis angetreten, als sie angesichts der Kampagne der Suarez-Regierung „*Keiner kann uns in der Demokratisierung beirren*", voll mitmachten und die Ausnahmegesetze gegen die eigenen Reihen (!) duldeten. Außer der COS (revisionistischer und sozialdemokratischer Gewerkschaftsverband) haben 16 Führer von „Oppositionsparteien" ein Dokument an die spanische Öffentlichkeit unterzeichnet, in dem an den „Bürgersinn" der Menschen appelliert wurde, von Straßendemonstrationen abzusehen. „*die den Terroristengruppen, die den demokratischen Wandel verhindern wollen, als Vorwand dienen könnte*" („FR", 27.1.77). Damit hat die spanische „Opposition" in einer für das faschistische Suarez-Regime durchaus kritischen Situation (nach der Ermordung der demokratischen Rechtsanwälte) die erste praktisch überzeugende staatstragende Haltung an den Tag gelegt und ihren vorläufig endgültigen Bankrott als Opposition erklärt.

Zusammenfassung

Wir haben also die Situation, daß in Spanien selbst eine „breite Front" politischer Kräfte mit unterschiedlichen Argumentationen und sich zum Teil gegenseitig ausschließender Begründung die GRAPO als r e c h t e s Kampfinstrument bezeichnet. Zu dieser Front gehören sämtliche Teile der halblegalen Opposition, am lautstärksten die Revisionisten der PCE („faschistische Missetat"), dann die Sozialdemokraten (PSOE, Zeitschrift „Cambio 16") weiterhin auch die Christdemokraten und schließlich die sogenannten „Maoisten" (z.B. ORT, eine Gruppierung, deren Politik sich immer undeutlicher von der der PCE unterscheidet, und die trotzdem an den berüchtigten Pekinger Ladenhütern der „Supermächte"- und „Sozialimperialismus"-Thesen festhält). In dieselbe Front reihen sich aber auch Sprecher aus dem Regierungslager und – last not least – der ultra-faschistische „Bunker" ein.

Die zentrale Achse in der „Argumentation" der Opposition, um die sich solche Spekulationen bezüglich der GRAPO drehen, ist die Behauptung, daß in Spanien tatsächlich eine „Demokratisierung" stattfinden würde, daß nun endlich Opposition und Suarez-Regierung an einem Tisch sitzen und das „friedliche Zusammenleben aller Spanier" in greifbare Nähe gerückt sei. Dieses Wunderwerk der „Selbstauflösung" eines faschistischen Regimes will
Wunderwerk der „Selbstauflösung" eines faschistischen Regimes will
nun angeblich die GRAPO torpedieren. Die Behauptung einer in Spanien stattfindenden Demokratisierung halten wir bekanntlich für eine Irreführung der internationalen Öffentlichkeit. Der spanische Faschismus hat absolut nichts von seiner Schlagkraft verloren, sondern lediglich einige Schönheitskorrekturen an der Oberfläche vorgenommen.

Die halblegale Opposition hat sich ebenso eindeutig wie die Suarez-Regierung auf den Prozeß der sogenannten „Demokratisierung" festgelegt, d.h. also auf einen Prozeß, bei dem das Regime bei Aufrechterhaltung des faschistischen Staats- und Repressionsapparates einige Zugeständnisse an die (vor allem bürgerliche) Opposition macht und zusammen mit ihr die Werbetrommel für ein angeblich „demokratisiertes Spanien" etc. im In- und Ausland rührt und bei dem die Opposition als Gegenleistung für die paar dürftigen Zugeständnisse ihr Forderungs-Paket an das Regime drastisch zusammenstreicht.

Dieser „Demokratisierungs"-Prozeß steht im Widerspruch sowohl zur radikalen Linken als auch zum ultra-faschistischen „Bunker". Die radikale Linke will tatsächliche Veränderung, die restlose Beseitigung des spanischen Faschismus und kritisiert daher von l i n k s die scheinbare „Demokratisierung", insofern sie sich mit den paar regierungsamtlichen Zugeständnissen nicht zufrieden gibt. Der „Bunker" lehnt jede, auch die kleinste Veränderung von „Francos Erbe" als „Verrat an seinem Vermächtnis" ab und bekämpft daher von r e c h t s alle Träger einer politischen Veränderung, auch einer scheinbaren, die von diesen Kreisen als „ideologische Zersetzung" etc. bezeichnet wird. – Diese Lage der Dinge stellt den Boden für die ungeheure Demagogie der Revisionisten und Sozialdemokraten dar, linke und radikale Aktionen als „von rechts eingefädelt", nur den „Ultrarechten nützend" und auch direkt und ohne Umschweife als „faschistische Aktionen" zu diffamieren.

Dies haben auch schon radikale Arbeiterfraktionen oder z.B. die baskische ETA zu spüren bekommen.

Forts. Seite 31



Die Häftlinge von Carabanchel (Madrid) setzten sich im Januar dieses Jahres wieder für eine Generalamenstie ein.

Insofern ist z.B. die Hetze der revisionistischen PCE gegen die GRAPO kein grundlegend neues Element in der Politik dieser Partei. Die besondere Hemmunglosigkeit ihrer Hetze gegen die GRAPO kann sich die PCE aufgrund der relativen Unbekannheit und auch Isoliertheit der GRAPO leisten.

Die halblegale Opposition weiß, daß ihr „Demokratisierungs"-Projekt nur solange klappt, wie der „Bunker" ruhig gehalten werden kann. Dies fällt in den Aufgabenbereich des Regierungslagers, während die „Opposition" die Massenbewegung und die radikale Linke im Zaum halten muß. Das ist die abgesprochene Aufgabenteilung. Mordanschläge des „Bunkers" – wie jetzt gegen das Madrider Anwaltsbüro – radikalisiert unweigerlich die demokratische Massenbewegung und die Opposition hat alle Hände voll zu tun, diese wieder zu beschwichtigen (was sie dann auch getan hat und zwar unter weitgehendem Verzicht auf die notwendige Anprangerung des faschistischen Massenmordes). Die GRAPO-Aktionen aber stacheln unweigerlich den „Bunker" zu „Vergeltungsmaßnahmen" an, der „Bunker" wird nicht ruhig bleiben, wenn die GRAPO ungestraft Mitglieder der faschistischen Guardia Civil erschießt und allerhöchste Staatsrepräsentanten entführt, o h n e daß die Staatsorgane fähig wären, dem Einhalt zu gebieten. Hier besteht in der Tat ein enger Zusammenhang, aber eben nicht im Sinne der revisionistischen und sozialdemokratischen Demagogie, daß sich die *„Links- und Rechtsextremisten gegenseitig hochschaukeln"* und *„gemeinsam"* die „Demokratisierung" gefährden, sondern es zeigt sich hier eben, daß der ganze „Demokratisierungs"-Prozeß auf Sand gebaut ist, nur als ein Scheinprozeß stattfindet, daß eine wirkliche Demokratisierung ohne Zerschlagung des faschistischen Staats- und Repressionsapparates und Vernichtung des faschistischen Untergrundes nicht möglich ist. Eine solche Schlußfolgerung kann aber die halblegale Opposition nur ziehen unter radikaler Korrektur ihrer ganzen bisherigen Politik. Da sie dies nicht kann und will, m u ß sie zwangsläufig gegen Aktionen der GRAPO oder auch der ETA kämpfen. Und es liegt auch in der Natur der „Aufgabenteilung zwischen Regierung und Opposition", daß Revisionisten und Sozialdemokraten solche Aktionen wie die der GRAPO nach Möglichkeit dem „Bunker" in die Schuhe schieben, denn die Aufgabe, den „Bunker" im Griff zu behalten, hat die Regierung und nicht die Opposition.

Umgekehrt dienen die GRAPO-Aktionen auch den verschiedenen Fraktionen im faschistischen rechten Lager in ihrem Kampf um die Macht im Staat. Teile des Regierungslagers sind nicht abgeneigt, die GRAPO-Aktionen dem „Bunker" in die Schuhe zu schieben, um über diesen Weg höchst gefährliche Widersacher und Konkurrenten auszuschalten. Der eingangs zitierte Hinweis auf Giron, einem der wesentlichen „Bunker"-Führer von einer „anonym bleibenden – „hohen spanischen Persönlichkeit" (eben aus dem Regierungslager) hat hier seine Grundlage. – Der „Bunker" seinerseits ist daran interessiert, die GRAPO-Aktionen dem „gemäßigt"-faschistischen Regierungslager anzulasten, einmal mit der Stoßrichtung, daß hier ein Komplott gegen den „Bunker" selbst im Gange ist (was auch unter dem Hinweis auf die „merkwürdige" Ergebnislosigkeit bei der Strafverfolgung der GRAPO untermauert wird), zum anderen mit der Stoßrichtung, die Regierung als „schlapp" und „unfähig" bei der „Bändigung der Linken" hinzustellen und zu Fall zu bringen (und damit den in diesen Kreisen ohnehin beargwöhnten „Demokratisierungs"-Prozeß wieder zurückzunehmen).

Die Ergebnislosigkeit bei der Strafverfolgung der GRAPO ist seinerseits auch wiederum Grund für Skepsis im Lager der Opposition. Statt diese Ergebnislosigkeit dem Umstand zuzuschreiben, daß die GRAPO höchstwahrscheinlich nicht von Spitzeln des Staatsapparates unterwandet ist und sich dadurch einfach von Gruppen wie z.B. ETA und FRAP unterscheidet, behaupten diese Kräfte einfach, daß dies nicht mit „rechten Dingen" zugehe und spekulieren drauflos, daß hinter der GRAPO eine relativ unangreifbare Macht des Auslandes (CIA und/oder KGB, wie Sozialdemokraten meinten) oder der spanische Staat selbst stünden. Tatsache ist aber, daß die großen Coups des spanischen Regimes gegen Gruppen der FRAP und ETA, die ähnliche Aktionen wie GRAPO unternahmen oder versuchten, a l l e i n dem Umstand ihrer Unterwanderung durch Spitzel geschuldet sind. Gerade dies verschweigen Revisionisten und Reformisten, nicht zuletzt mit dem Hintergedanken, den spanischen Faschismus als übermächtig erscheinen zu lassen, mit dem man sich demzufolge arrangieren muß und nicht militant bekämpfen kann. Die Möglichkeiten einer Unterwanderung von ETA und FRAP durch die Spitzel des Regimes liegen aber in der Geschichte dieser Organisationen, ihrem Aufbau und ihrer Rekrutierung begründet. Die GRAPO wird demzufolge entweder nicht unterwandet sein, oder aber – auch dafür spräche einiges – der spanische Staat ist n o c h nicht daran interessiert, die GRAPO auffliegen zu lassen.

Wie dem auch sei, Aktionsziele, Methoden der Aktion, Forderungen und sonstige Verlautbarungen der GRAPO sprechen dafür, daß diese Gruppierung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit eine linke revolutionäre Kraft ist. Diese Beurteilung der GRAPO bedeutet nicht, daß wir auch ihre Aktionen unbeding für richtig halten – denn das können wir nur schwer umfassend einschätzen – es bedeutet aber unsere entschiedene Distanzierung von den Diffamierungen der sogenannten „Opposition", deren Argumentation einer Überprüfung nicht standhält.

Spanien-Kommission

und Konkurrenten auszuschalten. Der eingangs zitierte Hinweis auf Giron, einem der wesentlichen „Bunker"-Führer von einer „anonym blei-
mentation einer Überprüfung nicht standhält.
Spanien-Kommission
Anwälte befinden sich nach wie vor in äußerst kritischem Zustand. („SZ" und „FAZ", 26.1.77). Die Verant-

Nach sieben faschistischen Morden – Massenverhaftungen gegen Linke

Der faschistische Terror hat in Spanien einen neuen Höhepunkt erreicht: Innerhalb weniger Tage fielen sieben fortschrittliche Menschen den Anschlägen ultrarechter Mordbanden zum Opfer. Die Ultras machten damit ihre Drohung einer „Nacht der langen Messer" wahr:

Während einer verbotenen Amnestiedemonstration am 23.1. in Madrid, bei der es zu stundenlangen Straßenschlachten aufgrund des brutalten Eingreifens der Polizei gekommen war, wurde der 19jährige Student Arturo Ruiz Garcia aus wenigen Metern Entfernung von einem Mitglied der „Christkönigskrieger", der größten faschistischen Terrorgruppe, erschossen.

„El Pais" vom 25.1.77 schreibt den Mord der nach argentinischem Vorbild arbeitenden „Antikommunistischen Apostolischen Allianz" zu, wobei es als sicher gilt, daß engste personelle Verflechtungen zwischen den faschistischen Organisationen bestehen. Im Verlauf besagter Demonstration ereigneten sich eine Unzahl von Überfällen faschistischer Grüppchen auf Demonstrationsteilnehmer; zahlreiche Demonstranten wurden krankenhausreif geschlagen. („El Pais", 25.1.77)

Als am nächsten Tag Studenten gegen den Mord demonstrierten, fiel die 21jährige Mari Luz Nåjera einem weiteren Verbrechen zum Opfer. Nach der Version der Polizei ist ihr eine Rauchbombe der Polizei auf den Kopf gefallen. Diese Version wird auch vom Großteil der spanischen und westdeutschen Presse vertreten (z.B. „Süddeutsche Zeitung" und „Frankfurter Rundschau" vom 26.1.77). Wahrscheinlicher ist jedoch die Todesursache, die die Ärzte ermittelten: *„Schläge kurz hintereinander mit einem harten schweren Gegenstand"* („FAZ", 26.1.77). Ob „zivile" Faschisten für dieses Verbrechen verantwortlich sind oder „offizielle" Polizisten ist dabei zweitrangig – zumal ihre enge Zusammenarbeit bei der Unterdrückung des spanischen Volkes von der internationalen Presse hinreichend dokumentiert worden ist.

In der Nacht vom 24. auf den 25. Januar drang ein faschistisches Kommando in das Büro fortschrittlicher Rechtsanwälte ein, die bekannt sind für ihre Unterstützung der „Arbeiterkommissionen". Einen Büroangestellten schossen sie gleich auf dem Flur über den Haufen, die anwesenden Anwälte mußten sich an die Wand stellen und wurden von hinten – mit Maschinenpistolen – niedergemacht. Drei starben sofort, ein Arbeiter, der sich im Büro befand, erlag im Krankenhaus seinen Verletzungen. Drei Anwälte befinden sich nach wie vor in äußerst kritischem Zustand. („SZ" und „FAZ", 26.1.77). Die Verantwortung für diese barbarische Bluttat übernahm die erwähnte „AAA"

Gegen diese Serie von Mordanschlägen gab es zahlreiche Protestaktionen in ganz Spanien.

In Madrid nahmen 100 000 Menschen an der Beerdigung der Anwälte teil, insgesamt beteiligten sich rund eine halbe Million Arbeiter an Protest-Aktivitäten, die ihren Schwerpunkt in Madrid und im Baskenland hatten. Die Gewerkschaftszentralen (COS), die dazu aufriefen, beschränkten die Proteste ausdrücklich auf den Rahmen der Betriebe (Versammlungen, Streiks) und „vermieden" Straßendemonstrationen – wie sie sagten, um neue Gewalttaten zu verhindern. („El Pais", 27.1.77) Auf d i e s e Art und Weise entsteht allerdings keine Abwehrfront gegen die faschistischen Terrorübergriffe!

Anwendung des „Anti-Terrorismus-Gesetzes" und Massenverhaftungen von Linken

Nach den Morden ergriff die Regierung „beherzte" Maßnahmen. In aller Welt wurde hinausposaunt, man ginge gegen die Rechten vor. Genau das Gegenteil war der Fall.

Zwar wurde eine Reihe von Faschisten vorläufig festgenommen, unter ihnen der Führer der „Christkönigskrieger", Sânchez Covisa, der bekannte argentinische Faschist Jerge Cesarsky-Goldstein, sowie Exilkubaner, Libanesen, Kolumbianer, ein Engländer („FAZ", 26.1.77 und 28.1.77) und Kroaten („FR", 26.1.77). Sie wurden jedoch umgehend wider auf freien Fuß gesetzt bzw. die festgenommenen Ausländer (darunter auch namhafte, von der italienischen Polizei gesuchte italienische Faschisten) sollen des Landes verwiesen werden. Es soll offensichtlich niemand für die Verbrechen zur Verantwortung gezogen werden. Sânchez Covisa konnte denn auch frech – und sicher nicht unrichtig – erklären:

„Ich wurde nicht vernommen, bekam keinerlei Erklärung, warum ich festgenommen war und wurde nach drei Tagen auch wieder ohne jede Erklärung freigelassen." („FAZ", 29.1.77) Seine Verhaftung diente offensichtlich als Beruhigungspille für die Opposition.

Während also die rechten Ultras ungeschoren blieben, richtete sich die Aktivität der Polizei auf die revolutionäre Linke.

Nachdem alle Faschisten bereits wieder in Freiheit waren, saßen am 29. Januar immer noch *„mehrere der knapp hundert Personen, die als Teilnehmer an den letzten Protestdemonstrationen verhaftet worden waren"* im Gefängnis („FAZ", 29.1.77).

Bis zum 2. Februar belief sich die Zahl von verhafteten Mitgliedern der ORT, PT, MC, LCR und PC(r) bis auf fast 200 – die Eliminierung von drei Bullen am 28.1. durch ein GRAPO-Kommando diente dabei als willkommener Rechtfertigungsgrund.

Mit dieser Verhaftungswelle setzte die Regierung ihr Programm der gezielten Repression gegen die Linke, über das wir in AK 96 berichteten, in die Tat um.

Aber damit nicht genug. Nach dem faschistischen Anschlag auf das Anwaltsbüro beschloß das spanische Kabinett am 26.1.77 weitere Maßnahmen zur Einführung der „Demokratie":

- Die Universitäten Madrid und Barcelona wurden geschlossen;
- alle Demonstrationen sowie jede Art von öffentlichen Kundgebungen wurden verboten;
- die Polizei erhielt die Ermächtigung zu Hausdurchsuchungen ohne richterlichen Befehl und zu einer Verlängerung der Untersuchungshaft ohne richterliche Genehmigung von drei bis auf zehn Tage (beide Verfügungen stützen sich auf das immer noch gültige Antiterrorismus-Gesetz aus Francos Zeiten);
- und damit alles recht effektiv läuft, stattete Suarez seine Polizei mit weitern 150 Mio DM zur Verbesserung ihrer Ausrüstung aus. Keine der Maßnahmen ist zeitlich befrristet.

(Alle Informationen aus: „SZ" und „FR", 28.1.77 und „El Pais", 27.1.1977).

Offenbar ermutigt durch solcher Art Rückendeckung seitens seiner Regierung erschoß in Santander ein Bulle außer Dienst einen Jugendlichen ! („Hamburger Morgenpost", 31.1.77) Die Organisierung einer Abwehrfront gegen den faschistischen Terror stellt sich der spanischen Arbeiterklasse und allen fortschrittlichen Menschen mit immer größerer Dringlichkeit. Ein wichtiger Schritt dahin wird der Bruch mit der von fast allen linken Organisationen vertretenen Politik der Abgrenzung von j e d e r Form von Gewalt sein.

Spanien-Kommission

INTERNATIONALES KOMITEE ZUR VERTEIDIGUNG POLITISCHER GEFANGENER IN WEST-EUROPA

sektion schweiz	sektion nederland	section francais
c/o rechtsanwalt rambert	rechtsanwalt	maitre jean-jaques de felice
CH 8026 zürich	pieter h. bakker schut	17, avenue de messine
badener strasse 89	koningslaan 10,	F-paris 8[e]
telefon 232433	utrecht	telefon 9242591
	telefon 51 22 41	

sektion BRD	setione italiana
c/o rechtsanwalt croissant	c/o avvocato
lange strasse 3	sergio spazzali
D 7000 stuttgart 1	via moscova 13
telefon 294387	I-20122 milano
	tel. 639552

PRESSEMITTEILUNG VOM 28.1.1977

An die Madrider Anwaltskammer ist heute folgendes Solidaritätstelegramm übermittelt worden:

Die Rechtsanwälte und alle Mitglieder des INTERNATIONALEN KOMITEES ZUR VERTEIDIGUNG POLITISCHER GEFANGENER IN WEST-EUROPA sind empört über die offene Hinrichtung von fünf spanischen Rechtsanwälten und eines Arbeiters.

Wir erklären uns solidarisch mit dem Kampf, den die Toten geführt haben, und mit all denen, die diesen Kampf bis zum Sieg über den Faschismus und bis zur Freiheit für alle politischen Gefangenen fortführen.

Internationales Komitee zur Verteidigung politischer Gefangener in West-Europa:

Sektion Bundesrepublik Deutschland
x) Sektion Belgien
x) Sektion Dänemark
Sektion Frankreich
x) Sektion Griechenland
Sektion Italien
Sektion Niederlande
Sektion Schweiz

Braune

x) neu hinzugekommene Sektionen.

Faschistische Umtriebe

El Pais, 21.12.76:

- In Granada reißt die Kette von Drohungen gegen fortschrittliche Menschen nicht ab. Künstler, Journalisten etc. erhalten von der sog. „Alianza Armada Anticomunista" (Antikommunistische bewaffnete Allianz – wahrscheinlich identisch mit der „Apostolischen Antikommunistischen Allianz") Todesdrohungen für den Fall, daß der entführte Multimillionär und Oberfaschist Oriol sterben sollte.
- In Motril verübten Faschisten Anschläge auf die Buchhandlung und Geschäfte bekannter Persönlichkeiten der Opposition, die schon Morddrohungen erhalten hatten. Auf das Auto eines „Unabhängigen" wurde ein Attentat verübt.
- In Salamanca schickte das „Kommando Göring" Morddrohungen an zwölf Personen, Arbeiter, Intellektuelle und Studenten. Auch hier besteht ein Zusammenhang mit der Oriel-Entführung.

El Pais, 4.1.77:

- In Madrid überfielen „Christkönigskrieger" eine Demonstration der „Jungen Roten Garde".
- Die zweisprachige baskische Wochenzeitung „Berriak" aus Bilbao erhielt zum wiederholten Male Bombendrohungen. Schon am Neujahrstag verursachte in San Sebastiån ein Brandanschlag auf die Zeitung erhebliche Schäden. Der Direktor und sein Stellvertreter erhielten Todesdrohungen von einem „Kommando Adolf Hitler".

El Pais, 9.1.77:

- Die Niederlassung derselben Zeitung in Pamplona erhielt eine neue Drohung: *„...wir sehen uns gezwungen, Euch durch Prügel das Maul zu schließen..."* Unterschrift: „VI. Kommando Adolf Hitler der Neuen Ordnung".

Wegen dieser fortgesetzten Anschläge und Drohungen, sowie wegen der Verhaftung einer fortschrittlichen Journalistin und der Beschlagnahme einer baskischen Zeitung versammelten sich Vertreter von acht baskischen Zeitungen, um einen gemeinsamen Leitartikel zu verfassen, der gegen diese Angriffe protestiert. Die Leitung der baskischen Amnestiekommissionen forderte die Freilassung der Journalistin.

El Pais, 11.1.77:

- Die Führer der „Kommunistischen Partei des Baskenlandes" und der Karlistischen Partei erhielten in San Sebastiån Morddrohungen der Kommandos von „Ordre Nuevo" (Neue Ordnung), „Adolf Hitler" und „Benito Mussolini". Dem KP-Funktionär kündigten sie einen Tod im *„argentinischen Stil"* an. Als „baskischer Kommunist" brächte er sie mehr in Wut als die „Kommunisten aus Madrid", denn *„die sind wenigstens noch Spanier"*.
- Gegen die linke Buchhandlung „Fuentetaja" in Madrid-Getafe wurde ein Brandanschlag verübt.
- Von jugendlichen Rechtsradikalen sind einem 25jährigen Mann lebensgefährliche Verletzungen zugefügt worden, als er sich in einer Bar im Zentrum von Valencia aufhielt. Die Bar wurde von den Faschisten erheblich demoliert. Es war nicht der erste Überfall dieser Art im alten Stadtkern von Valentia.

Spanien-Kommission

Österreich

Scharfschützengewehre gegen den palästinensischen Widerstand:

Österreich betreibt schwunghaften Waffenhandel!

Österreich hat Waffen und Munition an das syrische Regime verkauft! Das ist das bisher handgreiflichste Ergebnis der Munitionsaffäre, die seit Wochen die österreichische Öffentlichkeit beschäftigt (siehe AK 97).

Die österreichische Botschaft in Damaskus berichtete bereits am 3.5.76 dem Außenministerium, *„sie habe vertraulich Kenntnis vom Verkauf von 3.000 – 4.000 österreichischen Steyr-Scharfschützengewehren an die syrische Armee erhalten"*. Die Gewehre *„fanden im libanesischen Bürgerkrieg Verwendung"* (nach „Presse", 22.1.).

Nach Mitteilung der Botschaft müssen im Laufe des Jahres mehrere solcher Lieferungen nach Syrien gelangt sein.

Am 17. Dez. 76 wurden 400.000 Schuß Scharfschützenmunition vermutlich nach Syrien geschickt. Diese Sendung ist angeblich mittlerweile gerade noch in Jugoslawien gestoppt worden und soll sich auf dem Rückweg nach Österreich befinden („Kurier", 18.1.).

Daß ein kapitalistischer Staat schwunghaft Waffenhandel betreibt und die syrische Invasion im Libanon unterstützt, ist an sich nichts besonderes. Aber erstens bezeichnet sich Österreich als „neutraler" Staat, der laut Staatsvertrag keine Waffen in Krisengebiete schicken darf (§320, Strafgesetzbuch) und zweitens hat die Munitionsaffäre erfreulicherweise ein wenig deutlich gemacht, welche schmierigen Beziehungen zwischen Regierung und Waffenhändlern und zwischen Regierung und Rüstungsindustrie bestehen. Konsequenzen hat das natürlich bisher für keinen der Beteiligten gehabt, denn das, was jetzt an Dreck ans Tageslicht befördert wurde, gehört sicher nicht zu den Ausnahmen der österreichischen Regierungspolitik.

Nachrichten aus dem Sumpf

Offiziell bekannt ist bisher folgendes: Der Rüstungskonzern Steyr-Daimler-Puch bekam im Sommer '76 den Auftrag, 40 Panzerjäger vom Typ „Kürassier" nach Tunesien zu liefern. Auftragsvermittler war der Waffenhändler Weichselbaumer. Gleichzeitig verlangten die Besteller auch Munition für Bordkanonen und MGs: insgesamt 1,2 Mio. Schuß. Solche Munition wird in der halbstaatlichen Hirtenberger Munitionsfabrik hergestellt. Die konnte aber auf Anhieb nicht so viel liefern.

In solchen Notlagen pflegt das Verteidigungsministerium den Kapitalisten hilfreich unter die Arme zu greifen: Die benötigte Munition wird aus Beständen des Bundesheeres ausgeliehen und nach und nach von der Munitionsfabrik wieder zurückerstattet. Dabei handelt es sich um eine ‚jahrelang geübte Praxis", die zudem für das Bundesheer den Vorteil hat, daß die Munition „laufend durch neue ersetzt" wird („Presse", 20.1.). Das geschah auch diesmal. So weit, so „legal".

Die tunesischen Auftraggeber wollten nach Darstellung der Steyr-Kapitalisten etwas später angeblich aber nur noch 800.000 Schuß Munition haben. Trotzdem wurden aus den Depots des Heeres insgesamt 1,2 Mio. Schuß Munition ausgeliefert. Die jetzt überschüssigen 400.000 Schuß Munition tauchten Anfang Dezember plötzlich auf dem Wiener Flughafen auf – auf dem Weg nach Syrien. Absender: Österreichisches Heeresbeschaffungsamt. Hintermann: Waffenhändler Weichselbaumer („Presse", 19.1.). Die Sendung wurde von Zöllnern entdeckt und wegen des Neutralitätsgebots zurückgewiesen.

Verteidigungsminister Lütgendorf als Dienstherr beeilte sich zu erklären, daß die Steyr-Kapitalisten das Heeresbeschaffungsamt nicht rechtzeitig von der Auftragsverringerung informiert hätten.

Ganz überzeugend war das nicht. Denn 1. lag in den auf dem Flugplatz sichergestellten Kisten für Syrien Scharfschützenmunition; die 800.000 Schuß an Tunesien aber waren Panzermunition gewesen und *„in keiner Armee der Welt werden Scharschützengeschosse für die Maschinengewehre von Panzern verwendet"* („Presse", 20.1.).

2. war das Tunesiengeschäft über die Spedition „Intercontinentale" abgewickelt worden, die Munition für Syrien aber wurden über die Firma „Expreß" geliefert, „die auf Ostgeschäfte spezialisiert ist" („AZ", 19.1.).

3. Hatte immerhin „Heeresbeschaffungsamt" als Absender auf den Kisten gestanden, und

4. hatte das Heeresbeschaffungsamt zwar für die 800.000 Schuß bei der Hirtenberger Munitionsfabrik Ersatz bestellt, nicht aber für die restlichen 400.000 Schuß („Presse", 20.1.).

Aber irren ist ja bekanntlich menschlich und die Munition war schließlich wieder da: die Wogen in der Regierungspartei SPÖ und in der bürgerlichen Presse beruhigten sich etwas. Bis zum 17. Januar. Da stellte die Wochenzeitung „Profil" fest, daß dieselben 400.000 Schuß Scharfschützenmunition vom Heer noch einmal ausgeliefert und diesmal tatsächlich ins Ausland – vermutlich Syrien – verschickt worden war. Absender auf den Lieferpapieren diesmal: Alois Weichselbaumer, Waffenhändler.

Offenbar hatte also Weichselbaumer *„von Anfang an die Absicht gehabt"*, die Munition *„nach Syrien zu verkaufen"* („AZ", 19.1.).; die angebliche Vertragsänderung im Tunesiengeschäft war vermutlich nur eine Finte gewesen. Denn es stellte sich heraus, daß nur über 800.000

angebliche Vertragsänderung im Tunesiengeschäft war vermutlich nur eine Finte gewesen. Denn es stellte sich heraus, daß nur über 800.000

Schuß Munition eine Banksicherheit der Steyr-Werke vorlag, die Banksicherung für die Syrienlieferung dagegen lief auf den Namen Weichselbaumer. Technisch keine Schwierigkeit, weil W. einen Beratervertrag mit Steyr hatte.

Die dicke Freundschaft der Herren Lütgendorf und Weichselbaumer

Weichselbaumer, Landwirt, ehemaliger Bordellbesitzer und unter Hitler Oberleutnant, handelte nicht auf eigene Faust. Er hatte enge Beziehungen zu Minister Lütgendorf:

- Im Dez. 1975 hatte Lütgendorf W. wärmstens bei den Steyr-Kapitalisten als Waffenhändler empfohlen. („AZ", 21.1.).
- Anfang 1976 hatte er W. für dessen Auslandsgeschäfte ein „persönliches Empfehlungsschreiben" mitgegeben, das ihm Zugang bei den in Syrien stationierten österreichischen UN-Truppen verschaffte („AZ", 22.1.).
- W. war Mitglied einer von Lütgendorf geführten Bundesheerdelegation, die im Juni '76 nach Damaskus reiste. Dort hatte er „Koordinationsgespräche über Waffenkäufe der Syrer geleitet" (!) („Presse", 19.1.).
- W. besaß einen offiziellen Dienstpaß des Verteidigungsministeriums. Der wurde ihm erst am 13.1. abgenommen („AZ", 19.1.).
- Daneben war Lütgendorf häufig auf Jagdgesellschaften des Waffenhändlers und – zu allem Überfluß – ist W. angeblich auch noch Pate eines Lütgendorf-Sprößlings („AZ", 20.1.).
- Jüngstes Produkt der Brüderschaft zwischen den beiden ist die im Dezember '76 gegründete „AG für Wehrtechnik" – von Lütgendorf initiiert und u.a. von W. und dem ehemaligen Chef der Steyr-Werke geleitet. Diese Firma sollte das Waffengeschäft in ganz großem Stil aufziehen („AZ",22.1.).

Bei diesen Verbindungen liegt nahe, daß Lütgendorf selber die Fäden für die Waffengeschäfte in der Hand hatte. Das alles hinderte ihn jedoch nicht daran zu behaupten, er

Bei diesen Verbindungen liegt nahe, daß Lütgendorf selber die Fäden für die Waffengeschäfte in der Hand hatte. Das alles hinderte ihn jedoch nicht daran zu behaupten, er

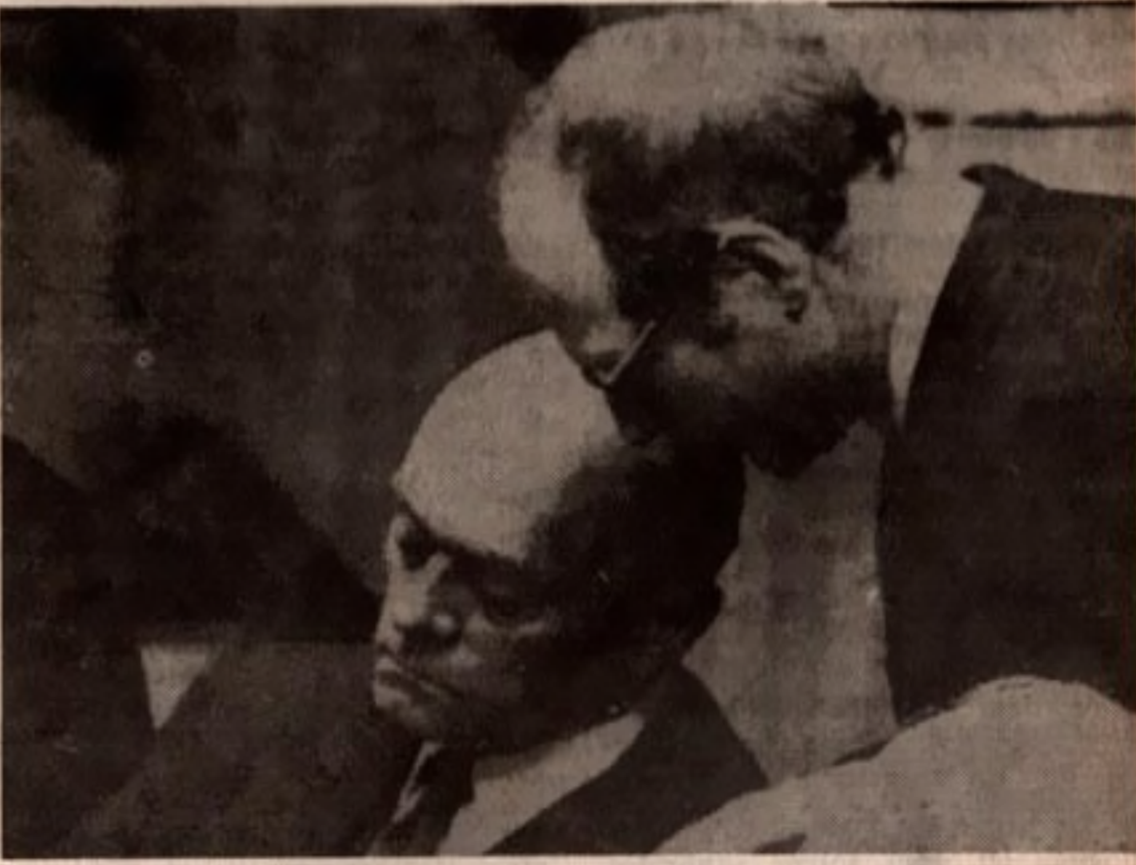
habe zu W. keine besondere Beziehung! („AZ", 20.1.).

Kreisky und das Parlament: Schweigen ist klüger

Die SPÖ-Regierung Kreiskys stellte sich nach anfänglichen Widersprüchen voll hinter den Ministerkollegen. Wahrscheinlich blieb ihr auch nichts anderes übrig: Ein geschaßter Lütgendorf hätte aus der Schule plaudern können. Tatsächlich wurde ein Dokument des Außenamtes veröffentlicht, aus dem hervorgeht, daß mindestens das Außen-, Innnen- und Handelsministerium von den Waffenschiebungen des Verteidigungsministers Kenntnis hatten („Presse", 22.1.).

Am 26. Januar fand eine außerordentliche Sitzung des Nationalrats statt. Einziger Tagesordnungspunkt war ein von der Opposition eingebrachter Mißtrauensantrag gegen Lütgendorf und gegen die gesamte Regierung. Der wurde von der SPÖ-Mehrheit abgelehnt. Kanzler Kreisky – nach außen stets um ein Image als Freund der „3. Welt" bemüht – stellte sich hin und erklärte, daß die Waffenlieferungen nach Syrien überhaupt kein Verstoß gegen das Neutralitätsgebot Österreichs gewesen seien!!

Als Begründung brachte er: Syrien



Lütgendorf (l.) und Außenminister Pahr sind sich einig: „Nichts gesehen – nichts gehört".

stehe „zwar im Krieg mit Israel", der Krieg jedoch ruhe durch das UNO-Abkommen. Für Kreisky gilt dagegen die syrische Invasion im Libanon gegen die Palästinenser „völkerrechtlich nicht als Krieg" („AZ", 26.1.).

Einziges Ergebnis der Nationalratssitzung war die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Die Demokraten in Österreich dürfen darauf gespannt sein, mit welchen Tricks dieser Ausschuß versuchen wird, die Munitionsaffäre in ein harmloses, „wianerisches" Mißverständnis umzulügen.

Denn klar wurde, daß auch die Opposition kein übermäßiges Interesse an einer vollen Aufklärung der Waffenschiebereien hat: Geschäfte

gen.

Denn klar wurde, daß auch die Opposition kein übermäßiges Interesse an einer vollen Aufklärung der Waffenschiebereien hat: Geschäfte

dieser Art sind offensichtlich auch von früheren ÖVP-Regierungen abgewickelt worden.

In Kenntnis des vorgesehenen Ausgangs der Debatte wurde sie denn auch vom Fernsehen gar nicht erst übertragen. Direktübertragungen, sagte das ORF, gibt es nur, *„wenn diese zeitlich klar eingrenzbar oder wirklich bedeutsam"* sind („Presse", 27.1.).

Österreich-Kommission
KB/Gruppe Bremen

Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten

194.05.00/7 -II.1/76

Verschluß

Gegenstand: Verkauf österreichischer Waffen nach Syrien

a.o.

Herrn Sektionsleiter

Herrn Generalsekretär

Herrn Bundesminister

Abteilung II.1

1) AV

2) Information für den Herrn Bundesminister

Beiliegend ein AV über einen Telefonanruf von MR Dr. Coppon (am 7.12.1976), von dem der Herr Bundesminister umgehend in Kenntnis gesetzt wurde. Zur Angelegenheit wird folgendes ausgeführt:

A. Am 3.5.1976 (siehe OZ 2) berichtete die Botschaft Damaskus, sie habe vertraulich Kenntnis vom Verkauf von 3.000 – 4.000 österr. Steyr-Scharfschützengewehren an die syrische Armee erhalten. Als Mittelsmann des Geschäftes sei Ing. Weichselbaumer aufgetreten. Am 16.8.1976 (siehe OZ 3) berichtete die Botschaft Damaskus, "der Wert der verkauften Ware betrug 20 Millionen S". Wie aus diesem Bericht hervorgeht, fanden diese Gewehre im libanesischen Bürgerkrieg Verwendung.

Auf Grund der Berichte waren seinerzeit beim BMfLV, BMfInneres und bei der Firma Steyr-Daimler-Puch telefonisch Rückfragen erfolgt, ob über den Verkauf dieser Waffen etwas bekannt sei. Dies wurde jeweils von allen befragten Stellen verneint. Der im AV geschilderte Sachverhalt bestätigt die Richtigkeit der Berichte aus Damaskus. Es erscheint nicht zweckmässig, die Botschaft Damaskus hievon schriftlich zu unterrichten. Der Missionschef wäre gelegentlich eines Aufenthaltes in Wien zu informieren.

B. Mit Ing. Weichselbaumer hat das BMfAA bisher eher unangenehme Erfahrungen gemacht. Auf die einschlägigen Akte wird hiezu hingewiesen. Zu den Erfahrungen mit Weichselbaumer, der das volle Vertrauen und die Unterstützung von Bundesminister Lütgendorf besitzt, gehört, dass der Transport der ggstl. Sendung am 7.d.M. nachmittags zweifellos zeitlich geplant war. Es handelte sich um den Vorabend eines Ruhetages (Feiertag). Weichselbaumer geht wahrscheinlich davon aus, dass an solchen Tagen die Aufmerksamkeit der kontrollierenden Organe geringer ist.

C. Der ggstl. Export wurde dem BMfInneres nur durch Zufall bekannt. Wie aus den Berichten der Botschaft Damaskus sowie aus Punkt II des AV hervorgeht, müssen im Laufe dieses Jahres bereits mehrere gleichartige Sendungen nach Syrien abgefertigt worden sein. Dadurch, dass das BMfLV die Zollvormerkscheine ausstellt, bleiben das BMfInneres und das BMfAA ausgeschaltet und die Sicherheits- und Zollorgane auf dem Flughafen (oder an den Grenzen) wagen es laut MR Coppon nicht, Papiere des BMfLV anzuzweifeln.

Das Außenministerium wußte Bescheid: Dokument über Waffenlieferungen nach Syrien („Presse", 22.1.).

Wieder Protest gegen AKW-Veranstaltung der Regierung

Wien. Am 27.1. fand in der Wiener TU eine weitere „Informations"veranstaltung der Bundesregierung über Kernenergie in Österreich statt.

Mehrere hundert AKW-Gegner verhinderten auch diesmal, daß die von der Regierung angeheuerten „Gutachter" unwidersprochen ihre Märchen von der Ungefährlichkeit der Atomenergie erzählen konnten. Sie verschafften sich trotz Kartenzwang (!) und Taschenkontrollen (!) und 150 Staatspolizisten und Kriminalbeamten den Zugang zur Veranstaltung. Dort forderten sie *„den Abbruch der von der Regierung geführten Informationskampagne"* („AZ",29.1.).

Sicher zu Recht: Denn die Veranstalter hatten unter anderem einen Vertreter des Kernforschungszentrums Karlsruhe eingeladen. Unwahrscheinlich, daß der nicht im Interesse seiner Brötchengeber argumentiert hätte!

Laut Presseberichten gelingt es aber offenbar der Bourgeoisie auch in Österreich zunehmend, die AKW-Gegner zu spalten: so sollen unter Diskussionsleitung von Prof. Hinz aus Bremen einige Vertreter von Umweltinitiativen und vom Naturschutzbund die Frage aufgeworfen haben, *„ob ihnen nicht ihre Allianz mit den Raudaumachern vom Dienst* (gemeint sind offenbar Kommunisten) *in der Öffentlichkeit mehr schade als nütze"* („Presse", 29.1.).

Die Initiative Österreichischer AKW-Gegner Wiens und Niederösterreichs haben beschlossen, gegen das im Bau befindliche AKW Zwentendorf (40 km von Wien entfernt), Einspruch nach der Bau- und Raumordnung zu erheben („Presse", 29.1.).

Österreich-Kommission
KB/Gruppe Bremen

Braune Spur

scheinlich, daß der nicht im Interesse KB/Gruppe Bremen

Braune Spur

Am 28.1.77 explodierte im Auto des Hans Georg Wagner in Wien eine selbstgebastelte Bombe. Wagner wurde getötet, sein Freund Peter Hörmann schwer verletzt.

Bei der Durchsuchung der Wohnung Wagners stieß die Polizei auf eine Reihe von „Überraschungen": Wagner hatte in seinem Keller ein ganzes Waffen- und Sprengstofflager und einen Schießstand eingerichtet; in seiner Wohnung wurde faschistische Literatur gefunden, und in gefundenen Briefen wird der Beweis gesehen, daß Wagner für mehrere Bombenanschläge verantwortlich war, die sich in den letzten sechs Wochen in Wien ereignet hatten.

Diese Bombenanschläge waren zuvor von der Presse sofort den ‚Linken' untergeschoben worden. Angeblich dienten sie der Befreiung der Westdeutschen Waltraud Boock, die nach einer Beteiligung an einem Bankraub als Mitglied der „RAF" verdächtigt wurde.

Wien, 10.12.76: Waltraud Boock wird von einem Taxifahrer erkannt und daraufhin verhaftet. Angeblich wird in ihrer Handtasche Geld gefunden, das aus dem Überfall stammen soll. Ein angeblicher männlicher Begleiter kann entkommen. Er ist bis heute nicht identifiziert.

Gegen Waltraud Boock liegt in der BRD ein Haftbefehl wegen Beteiligung an zwei Banküberfällen vor. Zwei ihrer angeblichen Komplizen sitzen in U-Haft. Schon kurz nach ihrer Festnahme und vor dem Beginn der jetzt aufgeklärten Anschläge wurde sofort ein „Rote Spur" gelegt: W. Boock sei *„eindeutig Mitglied einer gut organisierten westdeutschen Terroristenbande"*, es sei wahrscheinlich, *„daß sie der Baader-Meinhof-Gruppe zumindest nahesteht"* („FAZ", 16.12.76); ihre Komplizen in U-Haft, Klaus Dorff und Jürgen Tauras, *„galten als Geldbeschaffer in Anarchistenkreisen"* („FAZ", 17.12.76). Dann ereigneten sich die Bombenanschläge:

16.12.76: In einem Telefonanruf wird ein Bombenanschlag auf die Polizeidirektion Wien angekündigt. In unmittelbarer Nähe des Gebäudes „findet" die Polizei eine mit Plastiksprengstoff gefüllte Cola-Flasche – ohne Zünder! In einem danebenliegenden Brief wird die Freilassung von W. Boock und eine „Haftentschädigung" von 1 Million Schilling (140.000 DM) gefordert („FAZ", 18.12.76).

17.12.76: Um 9.45 richtet eine Bombe in der Toilettenanlage des Verkehrsamtes der Wiener Polizeidirektion erheblichen Sachschaden an. Menschen werden nicht verletzt. Auch in diesem Fall wird von einem Anrufer berichtet, der die Bombe angekündigt und die Freilassung von Waltraud Boock gefordert haben soll.

19.12.76: Auf der Wiener Westbahnstrecke der Eisenbahn wird eine Bombe gefunden, die allerdings nicht explodiert war – angeblich wegen der zu großen Kälte („FR", 29.1.77). Die Explosion der Bombe durch einen überfahrenden Zug hätte ein schweres Unglück verursachen können!

Am 18.1.77 meldete „Bild", die „Sicherheitskräfte" auf den österreichischen Flughäfen seien in Alarmbereitschaft versetzt worden, weil westdeutsche „Terroristen" eine Verkehrsmaschine entführen wollten.

28.1.77: Bei einer Explosion kommt einer der wahrscheinlichen Attentäter, der Faschist Hans Wagner ums Leben, ein Komplize wird schwer verletzt.

Die ganze Geschichte erinnert an ähnliche Vorgänge in Italien. Sie trägt die Handschrift faschistischer Provokateure. Welche Kreise konkret dahinter stecken, könnte vorerst nur der schwerverletzte Hörmann beantworten.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Skandinavien

Wahlen in Dänemark

Schon das vierte Mal in vier Jahren

Für den 15. Februar hat der sozialdemokratische Ministerpräsident A. Jörgensen Neuwahlen ausgeschrieben. Im dänischen Parlament, dem Folketing, sind gegenwärtig 11 Parteien vertreten. Von den 179 Sitzen verfügt die sozialdemokratische Minderheitsregierung nur über 53. Die beiden anderen größeren Parteien sind die „Venstre" (entspricht etwa der westdeutschen CDU) und die „Fremskridtsparti" (heißt übersetzt: Fortschrittspartei!) des Steuerbetrügers Mogens Glistrup. Neben diesen dreien sind im Folketing fünf weitere bürgerliche Splitterparteien und die drei links von den Sozialdemokraten stehenden Parteien vertreten. Dies sind die DKP (Revisionisten) und ihre beiden linken Abspaltungen, „Socialisk Folkeparti" und „Venstre-Socialister", die bei den letzten Parlamentswahlen vor 2 Jahren zusammen 11,2 % der Stimmen erhielten.

Die vorgezogenen Wahlen nun sind die vierten in weniger als vier Jahren. Es ist kaum zu erwarten, daß sich das Kräfteverhältnis im Folketing durch diese Wahlen verändert. Was bezweckt also A. Jörgensen mit seinem Schritt, der ihm ja weder durch einen Mißtrauensantrag oder eine drohende Abstimmungsniederlage aufgenötigt worden ist?

Hintergrund der gegenwärtigen Regierungskrise sind die andauernden Differenzen innerhalb der bürgerlichen Parlamentsparteien darüber, wie der immer noch relativ hohe Lebensstandard der dänischen Werktätigen möglichst wirkungsvoll gesenkt werden kann. Dieses Problem und zusätzlich die großen Auslandsschulden, wie auch die rapide voranschreitende Inflation, hemmen die dänische Kapitalistenklasse bei ihren Versuchen, in der internationalen Konkurrenz ein Wörtchen mitzureden. Bereits seit vielen Monaten wird mit überwiegendem Erfolg daran gegangen, der dänischen Arbeiterklasse Stück um Stück ihrer sozialen und politischen Errungenschaften zu entreißen.

Ein entscheidender Angriff gegen die Arbeiterklasse war im vergangenen Jahr das sogenannte „August-forlig". Das „August-forlig" war das gemeinsame Programm der sozialdemokratischen Minderheitsregierung mit den bürgerlichen Kleinparteien zur Behebung der wirtschaftli-

Ein entscheidender Angriff gegen die Arbeiterklasse war im vergangenen Jahr das sogenannte „August-forlig". Das „August-forlig" war das gemeinsame Programm der sozialdemokratischen Minderheitsregierung mit den bürgerlichen Kleinparteien zur Behebung der wirtschaftli-

chen Schwierigkeiten des Landes, sprich: der Kapitalisten. Es sollte Lohnsteigerungen um höchstens 2 % zulassen, setzte die Steuern gerade auch für Grundnahrungsmittel rapide herauf und sah für die Kapitalisten großzügige Kapitalspritzen vor (ausführlicher Artikel dazu in AK 87).

Im vergangenen Jahr als Gesetz verabschiedet, versuchte die dänische Bourgeoisie es als den entscheidenden Beitrag gegen die hohe Arbeitslosigkeit (sie liegt offiziell bereits über 6 %) und die zunehmende Verteuerung anzupreisen. Die Durchsetzung des „August-forlig" bereitet der Regierung jedoch bis heute einige Schwierigkeiten. All die letzten Monate war die Situation in Dänemark durch Kämpfe der Werktätigen gekennzeichnet, die in verschiedenen Bereichen des Landes aufflackerten. Dabei ging es hauptsächlich um die Durchsetzung der Forderung nach höheren Löhnen (weit oberhalb des 2 %-Lohndiktates), bzw. gegen die Rationalisierung.

Diese Kämpfe - überwiegend „wilde" Streiks, also ohne den Segen der Gewerkschaftsführung - waren einer starken Hetze in der bürgerlichen dänischen Presse und scharfen Angriffen der Kapitalisten ausgesetzt. Diese erreichten mit Hilfe von Arbeitsgerichtsurteilen in mehreren Fällen, daß die betroffenen Kollegen tausende von Mark Strafe zahlen sollten. Getragen von einer beispielhaften Solidarität verliefen viele dieser Kämpfe militant und mit großer Ausdauer. Hier einige Beispiele:

- der 13-wöchige (!) Streik in der königlichen Porzellanfabrik in Kopenhagen, ausgehend von den weiblichen Akkordarbeitern gegen ihre viel schlechtere Bezahlung gegenüber den Durchschnittslöhnen im Betrieb. Dieser erfolgreiche Kampf fand gleich nach der Verabschiedung des August-forlig statt und war getragen von einer Solidarität im ganzen Land (vgl. AK 87, 89 und 90);
- die Boykottaktionen gegen die rapide steigenden Mieten in verschiedenen Teilen des Landes;
- der Landesweite Streik der Tanklastwagen-Chauffeure, der aufgrund einer Hetzkampagne in der Presse und Drohungen, den Kampf zu kriminalisieren, erfolglos abgebrochen wurde;
- der bereits seit Wocheh andauernde Streik der pädagogischen

der Landesweite Streik der Tanklastwagen-Chauffeure, der aufgrund einer Hetzkampagne in der Presse und Drohungen, den Kampf zu kriminalisieren, erfolglos abgebrochen wurde;
der bereits seit Wocheh andauernde Streik der pädagogischen

Hilfskräfte in den Kindergärten Kopenhagens. Er richtet sich gegen die Sparmaßnahmen und hat die Schliessung fast aller Kindergärten Kopenhagens bewirkt;

- der Beitrag der Kollegen von B & W (Großwerft) zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit im November. Drei Wochen lang setzten die Kollegen die wöchentliche Arbeitszeit auf 35 Stunden runter (bei gleicher Bezahlung). Ihr Kampf fand die Unterstützung der Konferenz von 1000 gewerkschaftlichen Vertrauensleuten am 27./28. November. Diese Konferenz sollte der Entwicklung von koordinierten Aktionen gegen die staatliche Lohnraubpolitik dienen;
- und ganz aktuell: der Kampf der Kollegen bei dem größten dänischen Zeitungsverlag (s. Artikel in diesem AK).

Die Schwierigkeiten der Regierung bei der Durchsetzung ihrer Krisenpolitik hat Widersprüche innerhalb der Sozialdemokraten aufbrechen lassen. Es gibt Kräfte innerhalb der Parlamentsfraktion, die nicht bereit sind, A. Jörgensens Vorgehen zur rapiden Senkung des Lebensstandards so ohne weiteres offen mitzutragen. Jörgensen ist daher bei seinen zukünftigen Versuchen, das „August-forlig" durchzusetzen, auf die Unterstützung von „Venstre" angewiesen. „Venstre" hat sich bei dem Zustandekommen des Parteienabkommens im letzten Jahr nach wochenlangem Taktieren um eine noch schärfere Fassung zurückgehalten, trägt offiziell das „August-forlig" also nicht mit. Das liegt natürlich nicht an prinzipiellen Differenzen zu diesem Gesetz, sondern daran, daß die Partei sich nicht die Hände zu sehr schmutzig machen möchte, um eine eventuelle Regierungsübernahme nicht zu erschweren („Information", 24.1.77).

Um politischen Druck auf die Sozialdemokraten auszuüben, äußert sich „Venstre" neuerdings öffentlich über eventuelle Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit dem Faschisten Glistrup („Information", 26.1.).

Diese Wahlen werden also keinen entscheidenden Einfluß auf die Fortsetzung der kapitalistischen Krisenpolitik haben, sondern beeinflussen allein die taktischen Fragen bei der Durchsetzung.

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

Diese Wahlen werden also keinen entscheidenden Einfluß auf die Fortsetzung der kapitalistischen Krisenpolitik haben, sondern beeinflussen allein die taktischen Fragen bei der Durchsetzung.
Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

Frauen im schwedischen Gewerkschaftsverband

Heute sind 68% der schwedischen Frauen zwischen 16 und 64 Jahren berufstätig, das sind 1,5 Millionen Frauen, die in der Industrie arbeiten. Die ständig wachsende Zahl der berufstätigen Frauen spiegelt sich auch in dem Anwachsen der Mitgliederzahl des schwedischen Gewerkschaftsverbandes LO wider.

Während der 60-er Jahre waren es in erster Linie die weiblichen Arbeitskräfte, die für eine Erhöhung der Mitgliederzahl in den Gewerkschaften sorgten. 1945 betrug der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte in LO 17%. 1958 war der Anteil der Frauen auf 28% und 1976 auf 33% angewachsen. Aber der steigende Organisierungsgrad der Frauen spiegelt sich nicht in der Besetzung gewerkschaftlicher Gremien wider. In den 27 LO-Verbänden gibt es keine Frau, die den Vorsitz führt, keine Frau, die stellvertretende Vorsitzende oder Sekretärin ist, es gibt nicht einmal einen weiblichen Kassierer. Dabei stellen die Frauen in sechs Verbänden die Mehrheit.

In den Vorständen der einzelnen Gewerkschaftsverbände hat es seit 1958 keine Veränderung in der Geschlechterzusammensetzung gegeben. In den unteren Gremien hat sich der Anteil der Frauen sogar vermindert! Diese Diskriminierung der Frauen in den schwedischen Gewerkschaften äußert sich auch darin, daß trotz des hohen Anteils der Frauen spezielle Frauenforderungen meistens von den männlichen Kollegen unter den Tisch gefegt werden. Allerdings kann die „Herrenwelt" in den Gewerkschaften, wohl auf Grund der hohen weiblichen Mitgliederzahl und deren Kampfstärke, die Probleme der Frauen nicht ganz ausklammern.

Während des letzten LO-Kongresses wurde z.B. ein Bericht, „Die Gewerkschaftsbewegung und die Familienpolitik", angenommen. Er enthält viele gute Forderungen und Zielsetzungen, wie z.B., daß alle, auch die Frauen, das Recht auf Arbeit haben sollen, daß die Frauen gewerkschaftlich aktiviert werden müssen, daß LO den sechs-Stunden-Tag für alle fordert.

Radikale Worte ... allein die Taten fehlen. In den Tarifauseinandersetzungen 1976 wurden keine Forderungen aus dem Rapport aufgenommen. Trotz der oder gerade wegen der Situation der Frauen in der Gewerkschaft, müssen die Frauen in und mit den gewerkschaftlichen Organisationen für ihre speziellen Forderungen kämpfen. Eine Möglichkeit, verstärkten Druck auf die gewerkschaftlichen Gremien auszuüben, besteht in dem Zusammenschluß der Frauen in der Gewerkschaft. Durch die Frauengruppen wird die Solidarität unter den Frauen weiterentwickelt, so daß ein gemeinsames Auftreten der Frauen in den gewerkschaftlichen Organisationen möglich wird. Über diesen Weg wird es den Frauen leichter fallen, die „Selbstherrlichkeit" der männlichen Kollegen anzuknacken und ihren Forderungen mehr als bisher Nachdruck zu verleihen. Das Ziel muß sein, gemeinsam mit den fortschrittlichen Kollegen die frauenfeindliche Politik der Gewerkschaftsführung zu bekämpfen.

Eine Organisierung der Frauen in speziellen gewerkschaftlichen Frauengruppen steht in keinem Gegensatz zu den gewerkschaftlichen Organisationen. Im Gegenteil, die Frauengruppen werden die Gewerkschaften stärken, weil sie einer großen Gruppe der Mitglieder, den Frauen, die Möglichkeit geben, aktiv an den gewerkschaftlichen Entscheidungsprozessen teilzunehmen und ihre Forderungen durchzusetzen. (Informationen aus „internationalen" Nr. 3/77).

Skandinavienkommission

Demonstration gegen Streichung von Kindertagesheimplätzen

Demonstration gegen Streichung von Kindertagesheimplätzen

Stockholm. Am 5. Februar fand eine Demonstration gegen die Durchsetzung des Kindertagesheimplans der Stockholmer Kommune statt. Der Plan geht von einer Senkung der Bedarfszahlen der Kindertagesheime um 3.400 Kinder aus, entspricht also einer Minderung von 15%!

Obwohl nach wie vor Wartezeiten auf Plätze bestehen, die Tagesheime also überfüllt sind, versucht der schwedische Staat die Situation der Kinder und der werktätigen Bevölkerung gezielt durch Einsparungen zu verschlechtern. So riefen schon ähnliche Maßnahmen in anderen Kommunen den Widerstand vieler Eltern und Lehrer hervor. Die Behörden versuchen, die Verschlechterung der Situation der Kinder dadurch zu überdecken, daß sie einen Teil in die Vorschule übernehmen, ohne jedoch finanzielle und personelle Unterstützung zu gewähren, was zwangsläufig zu einer Überlastung der Vorschullehrer und der Vorschule selbst führen muß.

Aus diesen Gründen wurden folgende Forderungen aufgestellt, die durch die Demonstration unterstrichen wurden:

- Baut die Tagesheimschlange ab!
- Gute Tages- und Freizeitheime für alle Kinder!
- Keine Qualitätsverschlechterung!
- Bildet mehr Personal aus!

Diese Demonstration wurde getragen von der gewerkschaftlichen Vorschullehrerorganisation, dem schwedischen Fachlehrerverband (SFL) und dem schwedischen Vorschullehrerreichsverband(SFR). Sie wurde weiterhin vom schwedischen Lehrerverband SL, von Erziehern und Elternvereinigungen unterstützt. (Internationalen Nr. 3, 77).

Skandinavienkommission

Zeitungskapitalisten setzen über 1000 Techniker auf die Straße!

Dänemark. Der größte Zeitungsverlag Dänemarks, der Berlingske-Verlag, hat bis auf weiteres das Erscheinen von drei Zeitungen mit einer Gesamtauflage von 400.000 Exemplaren eingestellt. Mit dieser Provokation versuchen die Kapitalisten einen Schlußstrich unter eine mehrwöchige Auseinandersetzung über ein Sparprogramm zu ziehen, das von den Setzern und Druckern abgelehnt wird, da es mehr als 300 Arbeitsplätze gefährdet.

Das „Spar"programm sieht vor, in Kopenhagen „die Belegschaft zu reduzieren", in Jütland dagegen die bisherige Tätigkeit des Verlages auszuweiten(Neue Zürcher Zeitung, 15.1.77). „Begründet wird diese Maßnahme mit einem zu erwartenden Verlust von 30 Millionen Kronen für dieses Jahr. Tatsächlich jedoch wird kein einziger Anhaltspunkt für diese Behauptung gegeben. Im Gegenteil! Allein im letzten Jahr machte das Unternehmen, das neben mehreren Zeitungen und Dänemarks auflagenstärkster Illustrierten „Billedbladet" zusätzlich einen Buchverlag und eine Grammophonverkaufsgesellschaft betreibt, einen Umsatz von mehr als 500Millionen Kronen(250 Millionen DM lt. NZZ,15.1.77).

Hinter den Rationalisierungsmaßnahmen steht die Absicht der Kapitalisten, eine neue Herstellungstechnik durchzusetzen, um noch höhere Profite auf Kosten der Arbeiter zu erwirtschaften.

Gegen diese Angriffe, die mehr als 300 Entlassungen nach sich ziehen sollten, wandten sich die Arbeiter des Verlages. So erscheint die Zeitung „Berlingske Tidende" seit Monaten zu spät, in verringertem Umfang, in bis zu 10% reduzierter Auflage oder auch mal gar nicht(Frankfurter Rundschau, 1.2.77)!

In den letzten Tagen wurden diese Kampfmaßnahmen durch eine neue Variante ergänzt. Die Zeitung erschien zwar, aber manche Seiten waren zu drei Vierteln weiß (FR,ebenda).

Weiterhin lehnten die Techniker die Bearbeitung von Anzeigen ab, die über Werbeagenturen liefen, deren Mitarbeiter nach Ansicht der Typographen nicht ausgebildet und gewerkschaftlich organisiert sind.

Der „Berlingske Tidende Club", in dem ein großer Teil des technischen Personals organisiert ist, wies die Leser der Zeitung auf die unregelmäßigen Arbeitszeiten der Techniker hin und betonte, daß man sie man sie künftig um so weniger einhalten könnte, da mehr als 300 Typographen entlassen oder vorzeitig pensioniert werden sollen: *Im übrigen nehme man es der sturen und selbstherrlichen Leitung nicht ab, daß allein für 1977 mit einem Verlust in Höhe von rund 15 Millionen Mark gerechnet werden müsse"* (FR, 1.2.) Die Kapitalisten beantworteten die Kampfmaßnahmen mit einer Provokation. Unter der Überschrift „Erklärungen vom Berlingske-Haus" veröffentlichten sie die Löhne des technischen Personals und erklärten, daß sich die Höhe der Gehälter „ *zum Teil aus der Bezahlung für fiktive Arbeitsstunden ergebe"* (FR, 1.2.77). Weiterhin wurde der Widerstand des technischen Personals als Verletzung der Friedenspflicht angegriffen und auf der unverzüglichen Einführung des Sparprogramms bestanden.

Am 29.1. trieben die Kapitalisten die Auseinandersetzung auf die Spitze. Als das technische Personal nicht zur Arbeit erschien, wurde das Tor geschlossen. Wer schon im Haus war konnte nicht mehr heraus, und wer zur Arbeit kommen wollte, konnte nicht herein! Gegen 21Uhr verkündeten die Kapitalisten den 1000 Arbeitern, daß der Betrieb bis auf weiteres stillgelegt wird; ihr Lohn sei mit sofortiger Wirkung suspendiert, und es sei ihnen freigestellt, sich sofort eine andere Arbeit zu suchen (FR, ebenda).

Mit diesem Schritt versuchen die Kapitalisten exemplarisch einen längerenArbeitskampf zu zerschlagen, da er in Anbetracht der anstehenden Tarifverhandlungen größere Streiks nach sich ziehen kann.

So ist es auch kein Wunder, daß der dänische Kapitalistenverband dem Berlingske-Verlag einen Betrag von 25 Millionen Mark bereitgestellt hat, um die Aussperrung durchzuhalten (FR, 1.2.77). Doch noch wurde die Rechnung ohne die Arbeiter gemacht: So beschloß das technische Personal auf einer Betriebsversammlung, die Entlassungen nicht zur Kenntnis zu nehmen, sondern nach den früheren Dienstplänen in den technischen Abteilungen zu erscheinen.

Es bleibt zu hoffen, daß die Arbeiter vom Berlingske-Verlag diese Auseinandersetzung für sich entscheiden und damit ein Beispiel für Kampfaktionen bei den anstehenden Tarifverhandlungen zu geben.

Skandinavienkommission

Von Kreitor verurteilt

Am 13. Januar verkündete ein Stockholmer Gericht das Urteil gegen den in Schweden lebenden russischen Emigranten und kritischen Journalisten von Kreitor. (Wir berichteten über diesen Fall in Ak 96). Das Gericht sprach von Kreitor in zwei Anklagepunkten frei: den Versuch der Vergewaltigung und der ungesetzlichen Freiheitsberaubung. Dagegen wurde er schuldig gesprochen in den Punkten der Mißhandlung, der ungesetzlichen Drohung und Freiheitseinschränkung. Das Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis. Von Kreitors Anwalt konnte zwar eine Aufhebung der Haft erreichen, meinte jedoch, daß das Urteil Bedeutung erhält, wenn der staatenlose von Kreitor seine Aufenthaltsgenehmigung verlängern will. Es ist damit zu rechnen, daß die Aufenthaltsgenehmigung nicht verlängert wird, da von Kreitor jetzt vorbestraft ist. Auf diesem Weg versucht der schwedische Staat den unbequemen Journalisten endgültig loszuwerden. Die schon vor einem Jahr ausgesprochene Drohung, daß von Kreitor, würde er Schweden verlassen, nicht nach Schweden zurückkehren dürfe, hatte sein Ziel verfehlt; von Kreitor reiste nicht aus, sondern berichtete weiter über Unterdrückung in Schweden.

Von Kreitor muß weiterhin in Schweden bleiben dürfen!

(nach Informations Tjänst Nr. 4)
Skandinavienkommission

naher osten

Zionistischer Knast – Erfahrungen eines niederländischen Genossen

Der Vertreter des niederländischen Komitees für medizinische Hilfe, Ger Dassen, war im September in den Libanon gefahren, um dem palästinensischen „Roten Halbmond" Medikamente zu bringen. Auf der Rückreise wurde das Schiff noch in libanesischen Hoheitsgewässern von einem israelischen Patrouillenboot aufgebracht und gezwungen, nach Haifa zu fahren. Alle an Bord befindlichen Menschen, vor allem libanesische Flüchtlinge, die auf dem Weg nach Zypern waren, wurden durchsucht, Ger Dassen, der einzige Ausländer, verhaftet. Nach zehn Tagen wurde er von den Zionisten wieder freigelassen, sein Fall war durch die gesamte holländische Presse gegangen. In einem Gespräch über seine Erfahrungen im Libanon berichtete er auch über die Haftmethoden der Zionisten („Informationsdienst" – „ID", 6.11.76):

„... Wohin ich gebracht wurde, weiß ich nicht. Zuerst mußte ich mich ausziehen, sie haben mir in den Arsch geguckt, ob ich was drin habe. Dann haben sie mich verhört: mit sechs Leuten sechs Stunden lang. Auf Englisch, deutsch und arabisch.

Da war einer dabei, das war ein richtiger Preuße, wie hier ein Beamter, mit dickem Bauch, ein großes Schwein. Die anderen sahen alle wie Araber aus.

Als das Verhör eine Zeitlang gedauert hatte, sagte der Deutschsprechende zu mir: „Du, Ger, du kannst mit mir sprechen wie mit deinem Arzt. Sei offen. Denn stell dir mal vor, ich geh jetzt nach Hause und ich lasse dich allein mit diesen Leuten. Das sind Araber, die können dein Blut trinken."

Das war shocking für mich, aber andererseits hat es mir gut getan, daß so ein Schwein so was sagt, weil ich nun wieder gegen ihn kämpfen konnte. Die machen dich kaputt. Gefragt haben sie eigentlich wenig. Zum Beispiel: „Hast du eine militärische Ausbildung?" „Nein!" „Das glauben wir sowieso nicht."

Dann schimpfen sie auf alles, was du tust: „Du bist ein Idiot, du gibst den Arabern Medikamente, die haben so viel Öl, die können alles selber kaufen, usw."

Die haben dann gedroht, geschlagen haben sie nicht. Ich sag dir, die brauchen keinen Menschen zu schlagen. Ich hab dann – als sie mich 14 Stunden allein gelassen haben – angefangen, an mir zu zweifeln. Das ging tagelang so. Das ist das Schlimmste. Die Zeit, die man allein ist.

Die haben auch gesagt: „Du bist hier, wir wissen, wie du heißt. Aber wer weiß das sonst, wo du bist? Niemand!" Die Leute auf dem Schiff waren einfache Leute, die hatten Angst, die wären niemals zur Botschaft gegangen. Das wußten die. Die Verhörer haben gesagt: „Und wenn wir dich morgen ins Meer schmeißen, da kräht kein Hahn danach." Sie haben mich schon mal am Bart gezogen, gesagt, sie würden mir die Haare einzeln rausziehen, wenn ich nicht mitarbeite.

Was sollte ich mitarbeiten? Ich habe ihnen erzählt, daß ich Medikamente in den Libanon gebracht habe. Sagten sie: „Ja das sind alles nur Deckmäntel, ebenso das Palästinakomitee, das ist eine Mantelorganisation für Terroristen. Du bist ein Terrorist."

Das war in einem Raum ohne Fenster, sehr grelles Kunstlicht. Klassischer Untersuchungsraum. Ich wurde dann in ein anderes Gefängnis gebracht, wahrscheinlich war es eine Polizeistation in der Nähe von Tel Aviv. Die Zelle dort war so groß wie ein Bett, ohne Wasser, ohne Toilette.

Sie haben eigentlich nur Schweinereien gesagt. Haben sie zum Beispiel eine Adresse bei mir gefunden von einem Israeli, von Prof. Shahak, von der Menschenrechtskommission. Haben sie gesagt: „Mit solchen Israelis verkehrst du, aber nicht mit den richtigen." (Anm.: Shahak ist ein scharfer Kritiker der politischen Unterdrückung in Israel).

Ich sollte mit ihnen zusammenarbeiten, indem ich Shahak eine Briefbombe schicken sollte.

Für mich ist die wichtigste Erfahrung, daß man wirklich nicht geprügelt werden muß, um kaputt zu gehen. Ich war total isoliert, völlig verdreckt, konnte keinen Himmel sehen. Und es ist bekannt, daß in Israel tausende politische Häftlinge sitzen, Araber, um die sich niemand kümmert."

Nahost-Kommission

Kneift die Nahost-Kommission vor'm Zionismus?

Kneift die Nahost-Kommission vor'm Zionismus?

Unter der Überschrift „Auch das gibt's" hatten wir im letzten AK (Nr. 97, Seite 35) darüber berichtet, daß der UNO-Delegierte Israels das 23. Kapitel des 1. Buch Mose zum UNO-Dokument gemacht hat. Die Zionisten wollen mit diesem „Dokument" beweisen, daß ihnen die Höhle Machpelah bei Hebron – religiöse Kultstätte von Moslems und Juden – rechtmäßig gehöre, da sie vor 4000 Jahren von Abraham für 400 Schekel Silber gekauft worden sei. Die Zionisten versuchen auf diese Weise, ihre territorialen Ansprüche auf die von ihnen besetzten palästinensischen Gebiete zu untermauern.

Zu diesem Artikel erhielten wir den folgenden Leserbrief:

Leserbrief

Liebe Genossen,
die Notiz „Auch das gibt's" (AK 97, S. 35) hat mich enttäuscht. Dort wird den zionistischen Ansprüchen auf die Höhle von Machpelah (plus „Acker") im Grunde nicht entgegengetreten, sondern nur das einigermaßen klägliche Argument ins Feld geführt, daß die Araber dort (2500 Jahre n a c h Avraham!!) eine Moschee errichtet haben. Das ist doch direkt ein Zurückweichen vor den zionistischen Thesen! Übersehen habt Ihr dabei:

1. Die Familie Avraham nutzte die Höhle Machpelah d r e i Generationen lang als Begräbnisstätte. Bereits in der vierten Generation verließ sie Palästina und übersiedelte für 400 Jahre nach Ägypten, nutzte also die Höhle nicht mehr. Somit dürften nach damaligem Recht sämtliche Besitz- und Nutzungsansprüche v e r j ä h r t sein (durch Nichtwahrnehmung der Rechte über 400 Jahre!).
2. Der Wortlaut der Bibel (nebenbei: es existiert gar kein beweiskräftiger Kaufvertrag!) legt überdies die Vermutung nahe, daß die Höhle dem Avraham mit einer ausdrücklichen Nutzungsauflage überlassen wurde: „Also ward bestätigt ... zum Erbbegräbnis" (1. Mose 23, 20. Ähnliche Stellen auch an anderen Orten des Abschnitts). Dies schließt m.E. eine Andernutzung sowieso aus.
3. Nach allgemeinem Verständnis war Avraham, der von nichtjüdischen Eltern abstammte, wohl gar kein Jude. Bekanntlich hielt er von den diversen Gesetzen, Weisungen etc. im Wesentlichen nur die Beschneidung ein. Als Nation und Religionsgemeinschaft wurden die Juden erst durch Moses und seine Nachfolger konstituiert.
4. Nach landläufiger Meinung waren die Juden, die unter Führung Moses' Ägypten verließen, die direkten Nachkommen der Familie Avraham. Selbst diese These ist jedoch mehr als zweifelhaft: Ich setze die Zahl der mit Jakob und seinen Söhnen nach Ägypten eingewanderten Sippe mit etwa 100 an (zwölf Söhne, ihre Frauen und Kinder). Ihre Nachkommen lebten in Ägypten etwa 400 Jahre (vgl. dazu 1. Mose 15, 13). Lege ich die maximale Annahme zugrunde, diese Bevölkerung hätte sich innerhalb von 100 Jahren etwa dreimal verdoppelt (also jeweils in 100 Jahren verachtfacht!), so ergibt dies in 400 Jahren nur rund 410.000 Menschen. Die Bibel gibt indessen an, daß die Zahl der Männer über 20 Jahre (also die „wehrfähige Bevölkerung"!) während des Exodus allein schon 603.550 betragen habe (vgl. 4. Moses, 1, 46) Nimmt man für Frauen dieselbe Zahl an, so ergibt sich etwa 1,2 Mio. allein für die erwachsene Bevölkerung. Nimmt man außerdem an, daß vielleicht 30% der Bevölkerung Kinder und Jugendliche waren (ich glaube, das ist sehr gering gerechnet!), so ergibt sich eine Bevölkerung von 1,8 Mio., von denen also nicht einmal 25% bei allergünstigster Rechnung als Nachkommen der Familie Avraham in Frage kommen. Die Schlußfolgerung ist, daß sich entweder die Nachkommen Avrahams in Ägypten schon frühzeitig mit anderen Völkern verschmolzen, oder aber, was mir noch wahrscheinlicher scheint, daß es sich bei dem Zug des Moses um eine sehr gemischte „Völkerwanderung" von Sklaven, Heloten, nationalen Minderheiten, politisch und religiös Verfolgten etc. handelte. Die Berufung auf Avraham ist jedenfalls so oder so unsinnig.

Und nächstesmal bitte den Behauptungen der Zionisten mehr auf den Zahn fühlen, gell!
Schön' Gruß
Ein Genosse aus Altona

Schluß mit der Zusammenarbeit mit der faschistischen SAVAK SAVAK-Agenten raus aus der BRD!

Auf einer Pressekonferenz in Teheran am 30. Januar informierte der Außenminister des faschistischen Schah-Regimes, Chalatbari, in einer Aufsehen erregenden Erklärung die anwesenden Journalisten der internationalen Presse darüber, daß die Geheimdienste des Iran seit Jahren eng mit den westdeutschen Geheimdiensten zusammenarbeiten. Informationen über oppositionelle Perser in der BRD würden untereinander ausgetauscht („Frankfurter Rundschau", 31.1.77).

Der westdeutschen Bundesregierung war diese Offenheit Chalatbaris vor der internationalen Presse so peinlich, daß eigens Regierungssprecher Grünewald – anstelle sonst üblicherweise eines Sprechers des Innenministeriums – Stellung bezog. Grünewald bestätigte *„mit einer gewundenen Erklärung"*, wie sogar die „FR" berichtete (1.2.), *„daß seit 1959 Kontakte zwischen den Geheimdiensten beider Länder bestehen. Dabei gehe es um die gegenseitige Unterrichtung von sicherheitsgefährdenden Bestrebungen und um Erkenntnisse über aktuelle terroristische Anschläge. Gemäß § 3 des Gesetzes über den Verfassungsschutz werde ferner die iranische Botschaft über Bestrebungen informiert, die zu Gewaltakten iranischer Staatsbürger – darunter auch Studenten – in der BRD gegen persische Einrichtungen führen können ..."* („FR", 1.2.). Durch die Erklärung Chalatbaris und die Stellungnahme der Bundesregierung ist damit offiziell bewiesen, daß sich die BRD-Behörden zu Komplizen des mörderischen Schah-Regimes gemacht haben. Denn wenn sich auch Grünewald jetzt mit dem ständigen Hinweis auf „terroristische Gewaltakte" herauszureden versucht, so ist daran zu erinnern, daß nach dem gemeinsamen Sprachgebrauch der Geheimdienste beider Länder jegliche Opposition gegen das Schah-Regime als „terroristisch" bezeichnet wird.

Im Verfassungsschutzbericht des Bundesinnenministeriums für 1975 wird zum Beispiel die Charakterisierung *„terroristische Gruppierung"* auch zur Bezeichnung der persischen Studentenorganisation CISNU („Conföderation Iranischer Studenten National Union") verwendet. Tatsächlich ist die CISNU eine fortschrittliche demokratische Organisation, in der Kräfte verschiedener politischer Richtungen auf der Basis zusammenarbeiten, den Widerstand im Iran zu unterstützen und im Ausland die demokratische Öffentlichkeit über die verbrecherischen Aktivitäten des Schah und seiner Geheimpolizei SAVAK zu unterrichten. Nach der gegenüber Ausländerorganisationen noch schärferen Betrachtungsweise des Bundesinnenministeriums sind diese Aktivitäten der CISNU, wie die Herausgabe von Informationen über das Schah-Regime, die Organisierung von Protestkundgebungen oder die Enthüllungen über SAVAK-Agenten im Ausland, wie sie z.B. nach der Besetzung der europäischen SAVAK-Zentrale in Genf durch iranische Oppositionelle erfolgten, schlichtweg „Terrorismus" und „kriminell". Dementsprechend wurden bisher a l l e Tätigkeiten persischer Oppositioneller in der BRD bespitzelt, verfolgt und behindert. Jüngstes Beispiel dafür war der internationale CISNU-Kongreß im Januar in Frankfurt. Zahlreichen persischen Studenten aus dem europäischen Ausland wurde während des Zeitraums des CISNU-Kongresses die Einreise verweigert. Einigen gelang es, durch westdeutsche Anwälte vor Verwaltungsgerichten die Rücknahme der Einreiseverweigerungen durchzusetzen. Obwohl jeweils die Gerichte die polizeilichen Entscheidungen als illegal zurückwiesen, ließen die westdeutschen Grenzbehörden nur die Studenten einreisen, die vor das Verwaltungsgericht gezogen waren. Der gesamte Kongreß wurde ständig von Politischer Polizei observiert, die Teilnehmer aus parkenden getarnten Bullenwagen beim Betreten

Der gesamte Kongreß wurde ständig von Politischer Polizei observiert, die Teilnehmer aus parkenden getarnten Bullenwagen beim Betreten

bzw. Verlassen des Kongreßortes, des Frankfurter „Hauses der Jugend" fotografiert. Eine geplante Demonstration in Frankfurt wurde wegen *„zu erwartender Beleidigung eines ausländischen Staatsoberhauptes"* vom Ordnungsamt verboten. Anläßlich einer Kundgebung der CISNU auf der Frankfurter Zeil setzte die Polizei sofort Knüppel und Wasserwerfer ein und verhaftete vorübergehend vier Perser.

Aber auch nach dem CISNU-Kongreß ging die Verfolgung durch die westdeutschen Behörden noch weiter: Polizei und Ordnungsamt Frankfurt verlangten vom Leiter des „Hauses der Jugend" die Herausgabe einer vollständigen Namensliste aller Kongreßteilnehmer, und sie leiteten anschließend gegen ihn ein Bußgeldverfahren wegen *„Verstoßes gegen das hessische Meldegesetz"* („FR", 1.2.) ein, als er – ein mutiger Demokrat – die Herausgabe der Namensliste verweigerte. Ob hier bald ein neuer Fall von Berufsverbot droht, z.B. wegen „Unterstützung terroristischer Vereinigungen"?

Anläßlich der Aufdeckung der Zusammenarbeit westdeutscher Geheimdienste mit der SAVAK gab die CISNU bekannt, daß zahlreiche Studenten, die in der BRD studiert hatten, anschließend im Iran verhaftet wurden. Die CISNU legte eine Liste mit Namen von zehn Studenten vor, die nach ihrer Rückkehr zu Haftstrafen zwischen fünf Jahren und lebenslänglich verurteilt worden sind.

Die Bundesregierung ist weiterhin offensichtlich mitschuldig a m M o r d d r e i e r S t u d e n t e n i n P e r s i e n a u f o f f e n e r S t r a ß e. Diese Studenten hatten in Italien studiert und an früheren CISNU-Kongressen in der BRD teilgenommen.

Zum Beleg für die tatsächliche Zuarbeit der Politischen Polizei der BRD für die SAVAK-Schergen berichteten CISNU-Sprecher folgendes (nach „FR", 5.2.): *„Vor etwa anderthalb Jahren seien bei einer Wohnungsdurchsuchung in Frankfurt sämtliche Papiere beschlagnahmt worden. Als gegen den Wohnungzinhaber später im Iran eine Kampagne angelaufen sei, hätten iranische Zeitungen sogar die Nummer des Clubausweises einer Frankfurter Sauna nennen können, die der Beschuldigte besucht habe ..."*

In diesem Zusammenhang fordert die CISNU die Ausweisung folgender vier SAVAK-Agenten aus der BRD: **Parsakia, Djawan, Khalili und Dadsetan.** Letzterer ist Chef der westdeutschen SAVAK-Agenten in der iranischen Botschaft in Bonn.

Der spektakuläre Schritt Chalatbaris an die Öffentlichkeit erklärt sich daraus, daß der Iran im Sinne einer „Vorwärtsverteidigung" versuchen muß, den immer breiter werdenden Enthüllungen auch in der bürgerlichen Presse über die Grausamkeiten des Schah-Regimes und seiner internationalen Hilfstruppen entgegenzuwirken. So hatte die Besetzung der Genfer SAVAK-Zentrale durch persische Antifaschisten zahlreiche Dokumente zu Tage gefördert, die Art und Umfang dieser Tätigkeiten belegen und darüber hinaus die Zusammenarbeit mit Polizeien und Geheimdiensten in den imperialistischen Ländern. Durch diese Enthüllungen sah sich u.a. die Schweiz gezwungen, einen SAVAK-Spitzen-Agenten auszuweisen.

Im Iran versucht der Schah, die anwachsende internationale Kritik als „weltweite kommunistische Verschwörung" auszugeben. So hieß es am 16.1. in der Teheraner Zeitung „Kayahan International": *„In dieser Woche wurde in London ein geheimer Plan festgelegt, wie bezüglich der weltweiten Kampagne gegen den Iran zuzuschlagen ist ..."*. Anschließend wurde mehrspaltig über ein Do-

mer Plan festgelegt, wie bezüglich der weltweiten Kampagne gegen den Iran zuzuschlagen ist ...". Anschließend wurde mehrspaltig über ein Do-

kument von „amnesty international" zur Einleitung einer Solidaritätskampagne mit den politischen Gefangenen im Iran als ein „terroristisches" und „verleumderisches" Geheimpapier gehetzt.

Im Zusammenhang damit steht auch die Boykott-Drohung des Iran gegen Holland, weil dort Mitte Februar ein internationaler „amnesty"-Kongreß zur Situation im Iran geplant ist (siehe Artikel dazu in diesem AK).

Bei dem offenen Eingeständnis der SAVAK-Zusammenarbeit mit Behörden der BRD denkt der Schah etwa so: Wenn diese Zusammenarbeit weiter geleugnet wird, wie z.B. noch eiskalt vom parlamentarischen Staatssekretär Baum des Innenministeriums im Juni letzten Jahres auf eine Anfrage des Abgeordneten Coppik (siehe Kasten), dann könnten Beweise und Dokumente über eine derartige Zusammenarbeit, wenn sie von Antifaschisten vorgelegt werden, allzuschnell zu einer Ausweisung der SAVAK-Agenten und einer empfindlichen Behinderung der Spitzelarbeit führen. Diese Taktik muß von allen Antifaschisten durchkreuzt werden, indem jetzt massiv für die Ausweisung aller SAVAK-Agenten und die Einstellung ihrer Unterstützung durch westdeutsche Behörden eingetreten wird.

SAVAK-Agenten raus aus der BRD!

Keine Unterstützung der iranischen Geheimdienste durch Behörden der BRD!

Schluß mit der Zusammenarbeit mit dem faschistischen Iran!

Nahostkommission

Die Bundesregierung hat zur SAVAK gelogen

Im Juni letzten Jahres berichtete das TV-Magazin Monitor über die Aktivitäten der faschistischen SAVAK-Geheimpolizei im Ausland, darunter der BRD. Anschließend stellte der Abgeordnete Coppik im Bundestag (23. Juni) die Anfrage, ob dem Bundesinnenministerium Berichte über SAVAK-Aktivitäten in der BRD vorlägen. Coppik fragte u.a.: *„Muß ich dieser Antwort entnehmen, daß die Bundesregierung keine konkreten Anhaltspunkte und Erkenntnisse hat, daß der Geheimdienst SAVAK in der Bundesrepublik iranische Studenten bespitzelt und gegen Kritiker des Schah-Regimes Repressalien ausübt?"* Staatssekretär Baum: *„Herr Kollege, ich habe gesagt, in welchen Fällen die Bundesregierung oder andere Stellen dieses Landes in der Lage wären, etwas zu unternehmen, nämlich dann, wenn unsere Rechtsordnung verletzt wird oder die Interessen der Bundesrepublik Deutschland geschädigt werden ..."*. Coppik: *„Ist der Bundesregierung bekannt, daß für den Geheimdienst SAVAK auch deutsche Staatsbürger eingesetzt werden?"*. Baum: *„Nein, das ist mir nicht bekannt"*. Coppik: *„Ist der Bundesregierung die* in der (Monitor-, AK) *Sendung angeführte Liste bekannt, wonach 650 Iraner, die in der Bundesrepublik leben, von SAVAK bespitzelt werden, und zwar ganz gezielt?"*. Baum: *„Nein, Herr Kollege, diese Liste ist mir nicht bekannt. Ich werde der Frage aber noch nachgehen"*.

Finanzhilfe der arabischen Reaktion für eine antikommunistische „Internationale" in Westeuropa?

Im „Extra-Dienst" vom 14.1.77 wurde berichtet, daß *„aus Kreisen linksorientierter arabischer Diplomaten in Bonn Hinweise auf eine sich anbahnende Liaison zwischen extrem rechten Kräften Saudiarabiens und Westeuropas zu vernehmen"* waren. Diesen Gerüchten zufolge soll die Herrscherclique in Saudi-Arabien auf entsprechende Anfragen von bundesdeutscher Seite angeboten haben, eine finanzielle Starthilfe in beträchtlicher Höhe für *„die Bildung eines antisozialistischen Parteienkartells in Westeuropa"* bereitzustellen. Federführend für die westeuropäischen Empfängerparteien soll – wen wundert's – die CSU sein. Strauss & Co. sollen den Saudis überzeugend erklärt haben, daß auf jeden Fall die Bildung *„linker Regierungen in Italien und Frankreich"* verhindert werden müsse, denn dies würde auch Auswirkungen auf die anderen sozialdemokratisch beeinflußten Staaten haben. Diese würden in einen wirtschaftlich-politischen Sog geraten, der das Ende der *„freien kapitalistischen Marktwirtschaft"* bedeutet. Ein derart „sozialistisch" tendiertes Westeuropa würde durch Reglementierung der Außenwirtschaft z.B. versuchen, den Energieverbrauch von ständig steigenden Öleinfuhren zu befreien, was unmittelbar Saudi-Arabien beträfe. Außerdem bestehe die Gefahr, daß der „Linkstrend" in Westeuropa auch die arabische Linke stärke, also die reaktionären arabischen Regime, wie Saudi-Arabien im besonderen, gefährde. Aus all dem ergibt sich dann *„eine gemeinsame Interessenlage aller anti-sozialistischen Kräfte in der arabischen Welt und in Westeuropa"*.

Abwegig ist ein derartiger Plan nicht. Erinnert sei an die Argumentation des saudischen Erdölministers Jamanis im letzten Jahr gegen eine spürbare Erhöhung der Erdölpreise: *„Wir wünschen keine Rezession im Westen, die die derzeitigen politischen Systeme wirklich schwächen würde – insbesondere in bestimmten Gebieten Europas –, die die Arbeitslosenquote erhöhen und die zu einem anderen System führen würde, das uns zuwider ist"* („Hannoversche Allgemeine", 22.11.76).

Nahostkommission

Iran droht den Niederlanden mit Wirtschaftsboykott

Der Iran droht den Niederlanden mit einem Wirtschaftsboykott, wenn die niederländische Regierung nicht bereit ist, einen von „amnesty international" („ai") geplanten Iran-Kongreß in Amsterdam zu verbieten.

Nach Schätzungen von „ai" werden im Iran 25-100.000 politische Häftlinge gefangengehalten, Folter und Mord sind an der Tagesordnung. Das iranische Regime selbst beziffert die Anzahl politischer Gefangener auf 3.000, verweigert aber wohlweislich seit 1972 allen Rechtshilfe- und Menschenrechtsorganisationen den Zugang zu Prozessen und Gefängnissen.

Um diese Praktiken im Iran und das Treiben des iranischen Geheimdienstes „Savak" aufzudecken und anzuprangern wird „ai" in der ersten Februarhälfte eine Kampagne durchführen. Für den 19. Februar ist in Amsterdam von „ai" ein Iran-Kongreß geplant („Vrij Nederland" Nr. 5, 5.2.77).

Iranische Zeitungen veröffentlichten Boykottdrohungen. Vertreter des iranischen „Komitees für Verbraucherschutz" suchten den niederländischen Botschafter in Teheran, Paul de Lavalette, auf und übergaben ihm ein Memorandum, in dem die niederländische Regierung aufgefordert

schen Botschafter in Teheran, Paul de Lavalette, auf und übergaben ihm ein Memorandum, in dem die niederländische Regierung aufgefordert

wird, den geplanten Kongreß zu verbieten, andernfalls würden Importwaren aus den Niederlanden sowie Erzeugnisse niederländischer Firmen im Iran auf die „schwarze Liste" gesetzt. Lavalette wurde bisher von „offizieller" iranischer Seite nicht angesprochen, es ist jedoch sicher, daß die Boykottdrohungen im Einverständnis mit dem iranischen Regime vorgetragen wurden.

Der niederländische Botschafter gab zu verstehen, daß an dem geplanten Kongreß in Amsterdam nichts zu verbieten sei; der Sprecher des niederländischen Außenministeriums in Den Haag unterstrich diesen Standpunkt.

Der Iran hatte schon einmal einen Boykott gegen niederländische Erzeugnisse verhängt, nachdem 1974 20 iranische Studenten aus Protest gegen das faschistische Regime die iranische Botschaft in Den Haag besetzt hatten. Die Besetzer waren von einem niederländischen Gericht „nur" zu einer Geldstrafe verurteilt worden, woraufhin das iranische Regime seinen Botschafter und das gesamte diplomatische Personal aus Den Haag abberief. Weiter wurden vom Iran alle niederländischen Waren boykottiert. Dieser Boykott wurde jedoch nach einiger Zeit stillschweigend wieder aufgehoben („Frankfurter Rundschau", 2. und 3.2.77).

Da können die irainischen Faschisten doch mal wieder sehen, was sie an den BRD-Imperialisten haben: Benno Ohnesorg wurde bei einer Demonstration gegen den Schahbesuch 1967 erschossen, eine Demonstration irani-

den BRD-Imperialisten haben: Benno Ohnesorg wurde bei einer Demonstration gegen den Schahbesuch 1967 erschossen, eine Demonstration irani-

scher Studenten in Frankfurt wurde wegen „Gefährdung der Beziehungen der BRD zu einer ausländischen Regierung" verboten, der Verfassungsschutz arbeitet eng mit der „Savak" zusammen usw. usf. ...

Niederlande-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

DGB-eigene Bank gibt Kredit an die argentinische Junta!

BANCO CENTRAL DE LA REPUBLICA
ARGENTINA
US $ 90,000,000
4-YEAR EUROCURRENCY LOAN

COMPAGNIE FINANCIERE DE LA DEUTSCHE BANK AG
COMMERZBANK INTERNATIONAL S.A.
BAYERISCHE LANDESBANK INTERNATIONAL S.A.
BFG LUXEMBURG S.A.
DEUTSCH-SÜDAMERIKANISCHE BANK AG – AFFILIATION OF DRESDNER BANK –
AGENT
COMPAGNIE FINANCIERE DE LA DEUTSCHE BANK AG

Anzeige im Handelsblatt!

Wie jetzt bekannt wurde, war an dem 90-Millionen-Dollar-Kredit eines westdeutschen Bankkonsortiums an Argentinien am 25.11.76 auch die gewerkschaftseigene „Bank für Gemeinwirtschaft" beteiligt! Damit wird die faschistische argentinische Junta aus den Gewerkschaftsbeiträgen westdeutscher Arbeiter unterstützt! (Siehe nebenstehenden Faksimile-Abdruck). In dem Buch „die Gemeinwirtschaftlichen Unternehmen" von BfG-Chef Hesselbach „untermauert" dieser auch noch die Kreditvergabe: *„Einmal wird die BfG hierzu durch die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung mittelbar gezwungen, weil auch ihre Geschäftspartner* (die Deutsche Bank!) *immer stärkere Beziehungen zu ausländischen Unternehmungen bekommen, zum anderen sieht sie hierin eine Aufgabe, der sie sich besonders gern widmet: die Förderung der übernationalen wirtschaftlichen Verflechtungen aus wirtschaftlichen und politischen* (!) *Gründen"*. Wieder einmal widerlegt die BfG die ansonsten bei gewerkschaftlichen Veranstaltungen von den Sozialdemokraten oft gehörten Schnacks von „Machtkonzentration", mächtigen Multis" usw., wenn die BfG diese Entwicklung „besonders gern" unterstützt! (nach „Cosal", 15.1.77). Diese Schweinerei sollte von den fortschrittlichen Kräften, Betriebsräten, Vertrauensleuten usw. in den gewerkschaftlichen Gremien zur Sprache gebracht werden!

Lateinamerika-Kommission

lateinamerika

Jamaica und Guayana wollen in den COMECON

Etwas nicht gerade Alltägliches läßt sich aus Lateinamerika berichten: nach Kuba haben sich Guayana (ehemalige britische Kolonie) und Jamaica um Assoziierungsverträge mit dem COMECON, dem Wirtschaftspakt der revisionistischen Länder, bemüht. Bevor auf die näheren Hintergründe dieser Ereignisse eingegangen wird, sollen im folgenden kurz die politischen Verhältnisse in den beiden lateinamerikanischen Ländern dargestellt werden.

Jamaica

Im Jahre 1966 wurde Jamaica formal vom britischen Imperialismus unabhängig, unterlag aber vollständig den imperialistischen Interessen. Jamaica hat riesige Bauxit-Vorkommen (Aluminium-Erz) und steht nach Australien an zweiter Stelle der Weltförderung. An der Ausplünderung der Bauxitvorkommen beteiligten sich vor allem die amerikanischen Trusts wie Reynolds, Kaiser und die ALCOA, sowie das kanadische ALCAN-Konsortium. Die großen Zukkerrohrplantagen in Jamaica wurden von britischen Großgrundbesitzern beherrscht, die die Landarbeiter mit niedrigen Löhnen und brutaler Unterdrückung ausbeuteten. Die US- und britischen Imperialisten bildeten durch ihre Politik eine Arbeiteraristokratie heraus, die – zusammen mit dem Kleinbürgertum – die Hauptstütze der imperialistischen Herrschaft bildeten. Politisch repräsentiert wurden diese Kräfte von der sogenannten „Jamaica Labour Party" (JLP), die nach Erlangung der „Unabhängigkeit" zunächst auch die Wahlen gewann. Gegen die Repressionen setzten sich jedoch immer stärker sowohl die Landarbeiter und Kleinbauern als auch die Masse der Arbeiter zur Wehr; immer häufiger kam es zu Massendemonstrationen, wirtschaftlichen und politischen Streiks. Aus dieser breiten, antiimperialistischen Bewegung bildete sich die „People's National Party"(PNP) heraus. Parteivorsitzender wurde bald darauf der aus der Gewerkschaftsbewegung des Landes hervorgegangene Manley.

Die Wahlen 1972 brachten dann die PNP mit 36 gegenüber 26 Sitzen der JLP an die Regierung. Die PNP war

Die Wahlen 1972 brachten dann die PNP mit 36 gegenüber 26 Sitzen der JLP an die Regierung. Die PNP war in ihrem Wahlprogramm mit einem fortschrittlichen innen- und außenpolitischen Programm aufgetreten und beließ es nicht nur bei den Worten. Mit der Massenbewegung im Rücken leitete die regierende PNP-Regierung eine Reihe populistischer Maßnahmen ein:

- so wurde vor allem das Analphabetentum bekämpft, es wurde die Schulpflicht in Jamaica eingeführt.
- Es wurden gesetzliche Mindestlöhne für die Arbeiter eingeführt und höhere Steuern für Kapitalisten und besser verdienende Beamte und Angestellte,
- es wurde ein Bauprogramm beschlossen, um die Slums zu beseitigen,
- die Arbeitslosenquote wurde drastisch gesenkt,
- die Zuckerplantagen der Großgrundbesitzer wurden enteignet und verstaatlicht bzw. an Kleinbauern aufgeteilt,
- es wurde die Erschließung und Bewässerung kultivierbarer Böden veranlaßt,
- die Infalstionsraten wurden drastisch gesenkt, so daß sie gegenwärtig nur etwa 11 % betragen.

Zu den antiimperialistischen Maßnahmen zählte

- die Beschränkung und teilweise Verstaatlichung der ausländischen Bauxitkonzerne, die sehr hohe Steuern an den Staat zahlen mußten,
- die Nichteinhaltung des reaktionären OAS-Beschlusses gegenüber Kuba (Boykott). Zusammen mit zwei anderen Insel-Staaten, Trinidad-Tobago und Barbados, zählte Jamaica zu den ersten lateinamerikanischen Staaten, die 1972 diplomatische Beziehungen zu Kuba aufnahmen - entgegen den Interessen der Imperialisten.

Die „Destabilisierungspolitik" der USA

Bereits einige Monate vor den Wahlen im Dezember letzten Jahres starteten die US-Imperialisten die „Destabilisierungspolitik", d.h. sie verstärkten vor allem den wirtschaftlichen Druck auf Jamaica, das wirtschaftlich von den Exporten der Bauxiterze und des Zuckerrohrs von den USA stark abhängig war. Wie dann auch enthüllt wurde, hielten sich einige namhafte CIA-Agenten in Jamaica auf, die in Absprache mit der JLP die politische Destabilisierung einleiteten. Diese reaktionären, konterrevolutionären Kräfte veranstalteten Demonstrationen, plünderten Läden, ermordeten einige bekannte linke Persönlichkeiten und wollten so den Nährboden schaffen für einen faschistischen Putsch, der „das Land aus dem Chaos herausführen" sollte –nach dem Beispiel Chiles. Allerdings ist es der jamaicanischen antiimperialistischen Massenbewegung zu verdanken, daß diese Politik scheiterte. Manley selbst enthüllte die amerikanischen Putschpläne, wies eine Reihe von CIA-Agenten aus dem Lande und verhaftete einige Führer der konterrevolutionären JLP.

Auf wirtschaftlichem Gebiet hatte der Druck des US-Imperialismus Folgen: die Bauxitproduktion ging 1975 um rund 25% zurück, der devisenbringende Touristenzustrom sank ebenfalls beträchtlich. Wichtige Steuereinnahmen blieben somit aus, es war ein starker Rückgang der industriellen Produktion zu verzeichnen, infolge dessen die Arbeitslosenrate und Inflation stieg.

Die PNP gab diese Erpressung jedoch nicht an die Arbeiter und Bauern weiter, sondern ergriff eine Reihe wirtschaftlicher Maßnahmen, die das Volk in nicht so starkem Maße trafen:

- Steuererhöhungen betrafen nur die Bereiche der Kapitalisten und Besserverdienenden; ferner wurden vor allem Luxusgüter wie PKW's usw. teurer, die Preise der Grundnahrungsmittel blieben jedoch relativ stabil.

– Die Kapitalflucht wurde dadurch weitgehend verhindert, weil die Regierung Manley sehr hohe Steu-
bil.

- Die Kapitalflucht wurde dadurch weitgehend verhindert, weil die Regierung Manley sehr hohe Steuern für Kapital-Transfer verlangte und damit einigen Kapitalisten die „Auswanderung" verleidete.

Die vom US-Imperialismus betriebene „Destabilisierung" war weitgehend gescheitert und die Enthüllungen über die Aktivitäten des CIA hatten eine weitere Politisierung der Arbeiter und Bauern zur Folge.

Diese Tatsache drückte sich dann auch bei den letzten Wahlen am 16.12.76 aus, als Manley und die PNP nahezu 58% der Stimmen für sich verbuchen konnte. Dieser Wahlsieg fiel höher aus als 1972 und bedeutete die noch stärkere Verankerung des populistischen antiimperialistischen Programms. Die Konterrevolution erlitt eine deutliche Niederlage.

Guayana

Guayana wurde ebenfalls vor rund zehn Jahren vom britischen Imperialismus „unabhängig". Genauso wie Jamaica verfügt Guayana über reiche Bauxitvorkommen und Zuckerrohr. Die Besonderheit Guayanas besteht zudem noch darin, daß rund die Hälfte der etwa 800.000 Einwohner Inder sind, die im letzten Jahrhundert vom britischen Imperialismus als Sklaven in das Land verschleppt wurden. Schon lange vor der offiziellen „Unabhängigkeit" Guayanas jedoch gab es eine breite antiimperialistische Bewegung in diesem Land. Bereits in den fünfziger Jahren gründeten der indische Zahnarzt Dr. Cheddi Jagan und der heutige Präsident Burnham die „People's Progressive Party" (PPP). Nach den Wahlen 1953 spaltete sich die Partei bzw. der Imperialismus bestach einen Teil der PPP und übte auf diesen einen „gemäßigten" Einfluß aus.

Burnham genoß das Vertrauen des US-Imperialismus und Großbritanniens und mit dessen Hilfe gründete er den „People's Nacional Congress" (PNC). Dr. Jagan repräsentierte weiterhin die PPP, die sowohl revolutionäre als auch revisionistische und reformistische Strömungen beinhaltete. Vor allem die Bevölkerung indischer Abstammung unterstützte die PPP, während die Mulatten und Menschen afrikanischer Abstammung eher die PNC unterstützten. Bei den Wahlen 1963 blieb die PPP knapper Sieger und bildete zusammen mit der PNC, einer weiteren Partei der Unternehmer, die von den USA massiv unterstützt und aufgebaut wurde, die „United Front", also eine Art Volksfrontregierung nach ähnlichem Muster wie die Unidad Popular in Chile. Diese Volksfrontregierung blieb fünf Jahre lang an der Macht, ohne jedoch auch nur ansatzweise eine konsequente antiimperialistische und nach den Interessen der Arbeiter und Bauern gerichtete Politik durchzusetzen. Die PPP nutzte ihre Stärke nicht aus, um die Massenbewegung klar auf das Ziel des Sozialismus zu orientieren, sondern steckte gegenüber Burnham und den Imperialisten ständig zurück. Eine revolutionäre Alternative, die es verstanden hätte, den Reformismus der „United Front" zu durchbrechen, bestand nur in sehr schwachen Ansätzen. Obwohl die PPP unter Dr. Jagan die meisten Stimmen bei den Wahlen erlangte, wurde Burnham mit Hilfe der rechtsgerichteten Partei Führer der „United Front". Nach den Wahlen von 1968 gewann die PNC, kündigte die Volksfrontregierung auf und stellte die Regierung nach der Unabhängigkeit bis zum heutigen Tage.

Das Programm der PNC

Burnham verkündete seinen neuen „Weg zum Sozialismus" und leitete eine Reihe fortschrittlicher und antiimperialistischer Maßnahmen ein. Am 1. Jahrestag der Republik im Jahre 1971 wurden die beiden größten amerikanischen Bauxitkonzerne verstaatlicht gegen eine Entschädigung. Diese Verstaatlichungen legten den Grundstein zum Aufbau eigener industrieller Sektoren. Im Jahre 1975 wurde dann auch der amerikanische Reynolds-Konzern, der die Bauxitla-

den Grundstein zum Aufbau eigener industrieller Sektoren. Im Jahre 1975 wurde dann auch der amerikanische Reynolds-Konzern, der die Bauxitla-

ger ausplünderte, gegen eine Entschädigung von 10 Mio. Dollar enteignet und die Erzlager nationalisiert.

Anfang letzten Jahres wurde dann der gesamte nationale Reichtum verstaatlicht und vor allem sämtliche niedrigen Einkommen drastisch erhöht; es wurden Mindestlöhne gesetzlich festgelegt und alle Besserverdienenden mußten außerordentlich hohe Steuern zahlen. Kapitalisten, die mit ihrem Kapital ins Ausland flüchten wollten, müssen bis zu 70 % ihrer Einkünfte an den Staat abführen. Bei einem Jahreseinkommen von 16.500 Guayana-Dollar (entspricht ungefähr dem DM-Betrag) müssen 5.500 Dollar Steuern bezahlt werden.

Ebenfalls Anfang 1976 hatte die Regierung Burnham auch die Nationalisierung des Konzerns „Booker Mc. Donell Ltd." durchgeführt. Dieser Konzern beherrscht in Guayana den größten Teil der riesigen Zuckerrohrplantagen.

Außenpolitisch pflegt Guayana schon seit längerem diplomatische Beziehungen zu einigen RgW-Ländern und auch zur VR China. Besonders intensiv sind die Beziehungen Guayanas zu Kuba. Sowohl Burnhams Leibgarde als auch die von Manley (Jamaica) verfügen über eine Ausbildung in Kuba.

Die fortschrittliche Politik Guayanas äußerte sich auch darin, daß dieses Land – noch bevor die VR Angola offiziell anerkannt wurde – 10.000 Tonnen Reis und Zucker nach Angola sendete.

Das Programm der PPP

Diese populistische und antiimperialistische Politik der PNC ist nur möglich aufgrund einer breiten Mas-

Fortsetzung Seite 36

Fortsetzung von Seite 35

senbewegung, die Burnham immer wieder dazu zwingt, nicht auf halben Wege stehenzubleiben. Die oppositionelle PPP und der Parteichef Dr. Jagan, die einen erheblichen Masseneinfluß besitzen, setzten die PNC von links her unter Druck. Die PPP verfolgt dabei die „Strategie der kritischen Zusammenarbeit", d. h. die PPP unterstützt die PNC in den antiimperialistischen Zielen und in den Bereichen der Inflationsbekämpfung, der Arbeitslosigkeit, für die Gleichberechtigung der Frauen und für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Werktätigen. Dr. Jagan erklärte dazu: *„Kritische Unterstützung und Zusammenarbeit – das bedeutet Kampf und Einheit – Einheit bei Verteidigung unserer Unabhängigkeit, Souveränität ..., Kampf für die Rechte und Freiheiten des arbeitenden Volkes"* („horizont", 41/76).

Im August letzten Jahres fand der 19. Parteitag der PPP in Guayana statt. Aus den Parteitags-Dokumenten geht hervor, daß die PPP eine mit dem revisionistischen System verbundene Partei ist und eng mit der Sowjetunion und Kuba zusammenarbeitet. In einer Erklärung des Parteitages heißt es: *„Die Macht und der Erfahrungsschatz der Sowjetunion sind ein großes Vermögen und Quelle der Stärke der revolutionären Weltbewegung. Sie sind von Lebensbedeutung für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft"* („horizont" 41/76). Weiterhin heißt es dann: *„Kein Entwicklungsland in der Welt hat sich unter dem Kapitalismus entwickelt und soziale Fortschritte erreicht. Der Sozialismus ist die einzige Antwort auf die Probleme des Volkes"*. Das Forderungsprogramm der PPP beinhaltet u. a.:

- *„eine unabhängige, dynamische, auf den Sozialismus orientierte Wirtschaft zu schaffen, die sich nicht von untauglichen ‚westlichen Modellen' leiten läßt;*
- *eine umfassende national-revolutionäre Demokratie zu errichten, die die Einbeziehung der Volksmassen in das politische und wirtschaftliche Leben des Landes sichert;*
- *eine revolutionäre Bodenreform einzuleiten;*
- *wirkliche Gleichberechtigung der Frau zu verwirklichen;*
- *eine Außenpolitik des Friedens zu entwickeln sowie den Ausbau der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten und die Solidarität mit den nationalen Befreiungsbewegungen zu festigen"* („horizont", 41/76).

VR China unterstützt Guayana

Die VR China errichtet gegenwärtig die erste Textilfabrik in Georgestown, der Hauptstadt des Landes. Chinesische Experten und Berater sind auch in anderen Bereichen der Wirtschaft tätig. Burnham selber *„macht keinen Hehl daraus, daß er Sympathie für Kuba und die VR China hegt"* („Neue Zürcher Zeitung – NZZ", 26.1.77).

Aus den eben dargestellten politischen Verhältnisen in diesen beiden Ländern geht schon hervor, daß der US-Imperialismus alles daransetzen wird, diese fortschrittlichen Länder im karibischen Raum zu erpressen. Da beide Länder vor allem auf den Verkauf und den Abbau ihrer riesigen Bauxitvorkommen angewiesen sind, boykottieren die Imperialisten diese Länder, um somit den wirtschaftlichen Ruin herbeizuführen.

Diese Politik des US-Imperialismus ist politisch nicht aufgegangen, dennoch wachsen damit natürlich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten gewaltig. Jamaica und Guayana erhalten besonders starke Hilfe von Kuba und gerade am Programm der PPP Guayanas ist deutlich der kubanische Einfluß herauszulesen. In Jamaica beispielsweise hat Kuba eine Schule, ein Wohnprojekt, eine Fabrik für Fertigbauteile und Bewässerungsanlagen gebaut – gratis! („Frankfurter Allgemeine Zeitung – FAZ", 29.1.77).

Nun hat Guayana Antrag auf Assoziierung an den COMECON auf einer Konferenz in Havanna gestellt; Guayana selbst nahm als Mitglied an der RgW-Konferenz teil. Jamaica hat angekündigt, nunmehr diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion aufzunehmen und mit einer Handelsdelegation über wirtschaftliche Zusammenarbeit zu verhandeln. Gleichzeitig erwägt auch Manley eine enge Zusammenarbeit mit dem COMECON.

Damit streben diese beiden Länder eine größere wirtschaftliche Unabhängigkeit von den imperialistischen Staaten an und folgen dem Beispiel Kubas, das 1972 nach einer totalen Zuckerrohr-Mißernte und dem völligen Boykott seitens der imperialistischen Staaten dem COMECON beitrat. Bekanntlich zahlt die Sowjetunion noch heute einen über dem Weltmarktpreis liegenden Preis für kubanisches Zuckerrohr und liefert Kuba zudem noch billig Erdöl.

Indessen werden die US-Imperialisten noch viel Kopfzerbrechen haben, daß ausgerechnet im karibischen Raum – sozusagen vor ihrer Haustür – zwei weitere Länder aus der Friedhofspolitik der USA ausbrechen.

Die eingeleiteten Schritte werden vor allem auf die umliegenden karibischen Staaten (Panama, Trinidad-Tobago, Barbados usw.) einen recht ermutigenden Eindruck hinterlassen ...

Lateinamerika-Kommission

(Quellen: „horizont" 41 und 51/76;
„Neues Deutschland" 11.5.76;
„NfA" April 1976;
„NZZ" 26.1. und 3.2.77;
„FAZ" 29.1.77;
„Monitordienst" 24. und 26.1.77)

BRD-Imperialismus gibt Kredite an Ecuador!

Nachdem eine ecuadorianische Wirtschaftsdelegation Mitte November vergangenen Jahres die BRD besuchte, kam es zu Vereinbarungen über großangelegte Investitionen seitens der BRD in Höhe von 500 Millionen Dollar! Die Bundesregierung erklärte Ecuador als *„das Land Nr. 1 in Lateinamerika für sogenannte industrielle Förderprodukte"* („Monitordienst – MD", 18.1.77). Die meisten Investitionen sollen *„in Verbindung mit ecuadorianischen Unternehmen"* abgewickelt werden („MD", 18.1.77). Rund 300 Mio. Dollar werden in Industrieprojekte investiert, an dem die staatliche Erdölgesellschaft CEPE, die Industriegesellschaft DINE sowie das „Zentrum für industrielle Entwicklung", CANDES, beteiligt sind. Weiterhin geht es um Investitionen in der Zementindustrie, um Rohspeiseöl, um die Papier- und Schädlingsbekämpfungsindustrie. Es wurde bisher bekannt, daß von westdeutscher Seite die Firmen

- Dyckerhoff (Zementindustrie)
- Mercedes und VW (Errichtung von zwei Automobilwerken)
- die BASF (Düngemittel) und
- die Stahlkonzerne Thyssen und Korff (Errichtung eines Stahlwerks)

beteiligt sind („Financial Times", 31.12.1976). Diese Kredite und Investitionen seitens der BRD werden in ein Land gegeben, in dem die Arbeiter und Bauern brutal unterdrückt werden und insbesondere die Kinder und Säuglinge schwer getroffen sind: 70 % aller Neugeborenen leiden an schweren physiologischen Mahgelerscheinungen, nur 5 % aller Neugeborenen weisen in Ecuador ein normales Gewicht auf. 95 % der Säuglinge sind unterernährt.

Lateinamerika-Kommission

Ungarn liefert Aluminium an Chile!

Nachdem im ARBEITERKAMPF schon der für die Revisionisten peinliche Handel der DDR mit Chile enthüllt wurde, ist die DDR beileibe nicht das einzige revisionistische Land und es handelt sich dabei nicht bloß um einen bösen „Schnitzer":

Die ungarische Firma „Masped" (staatliche Monopol-Transportgesellschaft) lieferte im Auftrag der „Metalimpex" (staatliche Monopol-Im- und -Export-Gesellschaft für Metallwaren) Herrn Pinochet 108.240 kg – also rund 108 Tonnen! – Aluminiumblöcke zum „Empfangshafen" Valparaisso! (Siehe nebenstehenden Faksimile-Abdruck des Liefer-Dokuments.

Zieht man die Lieferung von Kampfflugzeugen der Sowjetrevisionisten an Peru und die Tatsache, daß die SU größter Handelspartner Argentiniens ist („ila" 2/77) noch hinzu, wird schon deutlich, daß die revisionistischen Länder einen ganz beträchtlichen Handel mit den faschistischen Diktaturen pflegen und ihre ganzen Aufrufe zur „Internationalen Solidarität" pure Heuchelei darstellen. Im Falle Argentiniens und auch Perus decken die Revisionisten den Handel auch noch dadurch ab, daß sie bis heute bestreiten, daß es in diesen Ländern Militärdiktaturen gibt; ganz im Gegenteil werden die dort herrschenden Militärs auch noch als „Erlöser" zur Rettung aus dem „Chaos" (Argentinien) angepriesen und gefeiert, um die dunklen Geschäfte abzusichern.

Lateinamerika-Kommission

El Salvador: Die Vorbereitung der Wahlen

Am 20.2.77 finden in El Salvador Wahlen statt. Es kandidiert auf Seiten des herrschenden faschistischen Militärregimes General Romero und in der bürgerlichen „Opposition" Oberst Claramont. General Romero gehört der faschistischen Partei der „Volksaussöhnung" an, die die letzten Wahlen knapp und mit viel Schiebung gewann. Oberst Claramont vertritt den „Volksoppositionsbund" – ein Zusammenschluß der rechten bürgerlichen Parteien wie „Demokratischer Nationaler Bund", der „Nationalistischen Revolutionären Bewegung" und der Christdemokratie. Dieser Block von durchweg rechten bürgerlichen Parteien wird unterstützt von der revisionistischen „KP" El Salvadors gemäß der revisionistischen Politik der „Einheit aller antiimperialistischen Kräfte". Die Vorbereitung der Wahlen seitens des Militärs besteht darin, die tatsächliche linke Opposition zu zerschlagen. Diese veröffentlichte vor kurzem eine Liste von 50 bekannten Journalisten, Arbeitern, Gewerkschaftsführern und Studenten, die entweder verhaftet oder „spurlos verschwunden" sind.

Ebenso ist im Zusammenhang mit den Wahlen die systematische Durchsuchung der Bauerndörfer im Norden des Landes durch das Militär zu sehen; dort sind die Bauern und Landarbeiter in den Streik getreten, um höhere Löhne durchzusetzen, („ila", 2/77 und „Monitordienst", 21.1.77). Der Ausgang der Wahlen wird an der brutalen Unterdrückung der Arbeiter und Bauern nichts ändern, da politische Organisationen der Arbeiter und Bauern verboten sind.

Lateinamerika-Kommission

Peru: Imperialisten geben neue Kredite

Der „schleichende" Putsch in Peru, der den sogenannten „Dritten Weg" Perus beendete und stattdessen sowohl auf wirtschaftlichem als auch auf politischem Gebiet den „Ausnahmezustand" für das Volk – sprich: eine faschsitische Diktatur – brachte, wird nun seitens der imperialistischen Staaten reichlich unterstützt: Allein 750 Millionen Dollar wurden bisher in Kupferminen und 200 Mio. Dollar in Zinkraffinerien investiert („ila", 2/77).

Neuerdings erhielt Peru eine Kreditzusage von einem imperialistischen Bankenkonsortium in Höhe von weiteren 330 Millionen Dollar. US-Banken stellen 210 Mio., kanadische 30 Mio., und westeuropäische Banken 90 Mio. Dollar. Peru steht außerdem noch mit japanischen und Schweizer Banken in Verhandlungen. Es geht dabei um einen weiteren Kredit in Höhe von 400 Mio. Dollar. Damit soll vor allem das Zahlungsbilanzdefizit Perus ausgeglichen werden, erklärte der Präsident der peruanischen Zentralbank („Nachrichten für den Außenhandel", 18.11.76). Damit erhielt Peru innerhalb kurzer Zeit rund 1,73 Milliarden Dollar Kredite von den Imperialisten.

Die imperialistenfreundliche und -abhängige Militärjunta Perus gewährte den Imperialisten auch wieder die Erforschung weiterer Erdölvorkommen.

Ein weiteres makabres Beispiel internationaler „Solidarität" lieferte dabei die Sowjetunion; die Revisionisten greifen den Faschisten kräftig unter die Arme und liefern Peru 36 Düsenkampfflugzeuge des Typs Suchoi SU-22 im Werte von 250 Millionen Dollar! („Frankfurter Rundschau", 3.1.77). Dieses Geschäft kam zustande, nachdem die Sowjetrevisionisten den Militärs das günstigste Angebot unterbreiteten!

Lateinamerika-Kommission

Castros Stellungnahme zum Rechtsputsch in China

In einer Rede auf der Eröffnungssitzung der kubanischen Nationalversammlung ging **Fidel Castro** auch auf die Entwicklung in China ein. Fidel hob zunächst die Bedeutung der chinesischen Revolution hervor und sagte dann: *„Die jüngste Entwicklung in China zeigt, daß sogar ...in Ländern, die diesen revolutionären und glorreichen Weg als erste gingen, die absurdesten Dinge geschehen können, wenn Grundsätze vernachlässigt werden, wenn Männer zu Göttern werden und wenn der Internationalismus aufgegeben wird"*. Für diese Entwicklung sind *„nicht das edle und selbstlose Volk oder die chinesischen Kommunisten, die soviel Beweise... ihres revolutionären Geistes gaben, verantwortlich zu machen"*. Fidel fragt dann, *„wie wir die Geschehnisse erklären können, die sich dort abspielen? Wie kann man sich die chinesische internationale Politik erklären – ihre Verteidigung der NATO, ihre Freundschaft mit Pinochet, ihre verbrecherische Komplizenschaft mit Südafrika gegen die MPLA, ihr Haß und ihre abstoßenden Kampagnen gegen die Sowjetunion...?"*. Fidel machte sich die Antwort leicht: *„All dies kann passieren, wenn eine korrupte und eingebildete Clique die Herrschaft über die Partei erlangen kann, die besten Kämpfer demütigen, vernichten und zerschlagen und der gesamten Nation mit Unterstützung der Macht und des Prestiges, die sich aus einer sozialen Revolution ergeben, ihren totalen Willen aufzwingen kann"*.

Fidel verurteilte in diesem Zusammenhang den „Personenkult". *„Ich war schon immer der Ansicht, daß ungeachtet der individuellen Verdienste eines Menschen alle Bekundungen eines Personenkults radikal zu vermeiden sind, daß jeder Mensch... niemals den Fähigkeiten eines Kollektivs überlegen sein wird"*. Als zweite „Lehre" meinte Fidel, daß *„niemand über der Partei stehen kann. Niemals darf der Wille eines Bürgers über dem Willen von Millionen seiner Landsleute dominieren. Kein Revolutionär ist wichtiger als die Revolution"*. Mit dieser Bemerkung charakterisierte Castro offenbar nicht die Hua-Clique, sondern die zerschlagene Linke und Mao selbst („Personenkult"). Zur Hua-Gruppe urteilt Castro dagegen vorsichtig: *„Heute gibt es in China eine neue politische Führung. Wir haben noch nicht genügend Zeit, um zu beurteilen, was dort geschieht. Unglaubliche Dinge werden gemeldet über die Art und Weise, in der eine Gruppe von Abenteurern* (gemeint die sog. „Viererbande" – AK) *buchstäblich die Führung der Partei übernahm. Was ... immer noch nicht klar wird, ist, durch welche Mechanismen diese Gruppe viele Jahre lang nach ihren Launen die chinesische Politik lenken konnte und wie die Witwe von Mao-Tse Tung zu seinen Lebzeiten solche Verbrechen innerhalb einer kommunistischen Partei und in einem sozialistischen Staat begehen konnte. Welche Erfahrungen darauf gezogen werden, sie müssen für die revolutionäre Weltbewegung unbestreitbar von Nutzen sein..."*. Man sieht, daß F. Castro – der schon bei verschiedenen Gelegenheiten den „Maoismus" schlechthin „verurteilte", dankbar die absurden Unterstellungen der Hua-Clique gegen die "Viererbande" für bare Münze nimmt, um den „Maoismus" weiter zu diskreditieren.

Was Fidel Castro von der Kulturrevolution hält, wird deutlich, als er über die Wiedereinführung neuer Rangabzeichen in der kubanischen Armee sprach. *„In manchen Ländern – zum Beispiel in China, während der verrückten Jahre der sogenannten Kulturrevolution unterdrückte man die militärischen Rangstufen sogar ganz"*. (Nach „Monitordienst", 6.12.1976).

Lateinamerika-Kommission

Firma
M A S P E D
Budapest / Ungarn

Firma
M E T A L I M P E X
Budapest / Ungarn

KARL GROSS
GEGRÜNDET 1878
SPEDITION · REEDEREI
2 HAMBURG 1
Klosterwall 8
Postfach 10 2545
Telefon 33 34 1
Durchwahl 3334
Fernschreiber 02 163 181
Drahtwort Grosske
Bankkonto: Joh. Berenberg
Gossler & Co. 6730 006
Postscheckkonto: Hamburg 1065 50-209

~~FRANKO~~/FOB-ANDIENUNG

Bemerkungen: Datum: 7.9.76

Fob an
Detlef von Appen / Herrn Th.el
Schopenstehl 20
2 Hamburg 1

Ref. 1: 618/1235 Herr Katkics Ref. 2: 150-13/6-5314
Ref. 3: Ref. 4:

zu Verladen am	mit Motorschiff	nach Empfangshafen	Pos. Nr. bitte immer angeben
16.9.76	"Ciudad de Guayaquil"	Valparaiso	420034/[illegible] Gk.

Marke & Nummer	Anzahl/Art	Inhalt	Brutto kg
red splash	55 Bunde 2750 Stück	Aluminiumblöcke 99,5% Netto: 40.000,- kg	40.830,-
black splash	55 Bunde 2750 Stück	Netto: 40.000,- kg	40.840,-
green splash	36 Bunde 1800 Stück	Netto: 26.000,- kg	26.570,-
	146 Bunde 7300 Stück	Virgin standard aluminium ingots 99,5 percent min. al. of hungarian origin	108.240,-

ex Wgg. 552 9366, 552 4667, 555 6383, 553 3517, 555 6285
Die Waggons wurden gemäss heutiger Unterredung zum Schuppen Ulab unverfügt. Den Verrechnungsschein habe ich beim Schuppen eingereicht. Ich erhalte von Ihnen eine Kaigeb.-Rg. über DM 11,-- per 1000 kg

Obige Sendung wird Ihnen hiermit ~~franko~~ fob Hamburg angedient unter folgender Bedingung:
~~eingetroffen~~ / erwartet per LKW / Waggon Nr.
ca. 10.9.76
aus / am / Schuppen
Ordnungsnummer
Absender: / zur Verfügung von
ACHTUNG! SEEAUSFUHRGUT! Eine evtl. Nichtausfuhr ist mir innerhalb 8 Tagen schriftlich zu melden.
Schiffszettel müssen spätestens Tage vor Ladeschluß des Seeschiffes in meinem Besitz sein. Bei verspäteter Zustellung gehen sämtliche Extrakosten zu Ihren Lasten.
Anlagen: Überweisungsschein
AE / VAE
Frachtbrief

Hochachtungsvoll!
Karl Gross

Ich berechne: DM
Vorfracht
Vorlagepr.
Avis
Entladen u. Verteilen
Porto/Pap.
DM
Ich bitte um Überweisung auf mein Postscheckkonto Hamburg 1065 50-209

Anliefer-Papier der ungarischen „Metalimpex" über 108 Tonnen Alu-Blöcke an Herrn Pinochet

Bolivien: Etwas Schminke

Um ihr außenpolitisches Ansehen wieder etwas aufzupolieren, erließ die faschistische Diktatur Boliviens zu Weihnachten 70 politischen Gefangenen die hohen Gefängnisstrafen. Dies kann jedoch nicht über die nackten Tatsachen hinwegtäuschen, daß seit dem Minenarbeiterstreik im Juni vergangenen Jahres rund 600 Arbeiter und Studenten verhaftet worden sind und noch einsitzen. Noch immer sind die bestreikten Minen vom Militär besetzt, der von den Arbeitern betriebene eigene Rundfunksender zerstört. Dennoch geht der Kampf der Mineros weiter; die Arbeiter der Minen „Siglo XX" und „Catavi" forderten in einer Resolution an die Militärclique u. a. die Freilassung der politischen Gefangenen, den Rückzug der Truppen aus den Minen, die Zulassung der Gewerkschaften usw. („ila" 2/77).

„Uruguyischer Weg"?

Diktator Banzer kündigte an, daß er nach fünfjährigem Verbot die Tätigkeit politischer Parteien und Gewerkschaftsorganisationen wieder zulassen wolle. Banzer selbst wolle bis 1980 an der Macht bleiben. Die zugelassenen Parteien sollten *„im Einklang mit dem revolutionären Nationalismus"* (= Faschismus) stehen („Monitordienst", 26.1.77). Ähnliches kündigten vor einigen Monaten auch die Militärs in Uruguay an. Damit wollen sich die Faschisten – wenn überhaupt – nur eine demokratische Fassade für ihr Militärregime zulegen, zumal ohnehin nur rechtsradikale Parteien, die dem Militär genehm sind, zugelassen und zu Vollzugsgehilfen der Junta werden würden.

Lateinamerika-Kommission



Massenstreiks in Sri Lanka beendet

Sri Lanka (Ceylon). In der Republik Sri Lanka ist am 17. Januar ein seit Dezember andauernder Generalstreik im Öffentlichen Dienst zu Ende gegangen. Die Umstände dieses Streiks und die staatlichen Reaktionen darauf beleuchten die Situation des Klassenkampfes im Lande.

Begonnen hatte der Streik mit einem Ausstand der 26.000 Eisenbahnarbeiter, die damit ihre Forderung nach einem „Feiertagszuschuß" in Höhe von 500 SL-Rupien durchsetzen wollten. Die Regierung wollte den Streik zunächst mit Gewalt zerschlagen.Sie erließ ein Versammlungsverbot, weigerte sich, mit den Kollegen überhaupt in Verhandlungen einzutreten, ließ die Streikführer verhaften und stellte die bestreikten Betriebe unter Notstandsrecht. Daraufhin breitete sich der Streik auf den gesamten Öffentlichen Dienst aus. Die Hafenarbeiter, Post- und Telegraphenarbeiter sowie die staatlichen Busfahrer traten in Sympathistreiks. Auch die schon seit drei Monaten im Bummelstreik stehenden Krankenhausärzte erklärten ihre Solidarität. Die Regierung antwortete mit dem Einsatz regulärer Truppen, die Streikbrecherdienste leisteten und den Streik niederschlagen sollten. „Freiwillige" der drei Waffengattungen wurden dienstverpflichtet, die Marine für Streikbrecheraufgaben eingesetzt. Eine Urlaubssperre für die Beamten und bezeichnenderweise für das Gefängnispersonal wurde verfügt. Die Inlandspresse wurde einer Zensur unterworfen. „*Versuche der Armee, wichtige Versorgungszüge unter Hubschraubergeleit ans Ziel zu bringen, scheiterten an Direktaktionen der Eisenbahner, die die Schienen abmontierten und die Gleisanlage besetzten*" („Frankfurter Rundschau" – „FR" –, 17.1.77).

Die Streikwelle war im wesentlichen Ausdruck einer politischen Opposition gegen die verstärkte Rechtsorientierung der Regierung Bandaranaike. So verlor die Ausgangsforderung der Eisenbahner im Verlaufe des Streiks immer mehr an Bedeutung. Es wurden von den Kollegen mit der Ausweitung des Streiks ständig neue Forderungen gestellt, insgesamt war es am Ende ein Katalog von 24 Forderungen außer der ursprünglichen! Als tragende Kraft des Streiks wird die trotzkistische Partei angesehen, die über einen starken Einfluß in den Gewerkschaften verfügt. Sie gehörte bis vor kurzem selbst der Regierungskoalition an, wurde jedoch ausgebootet, als die Regierung ihren Rechtskurs verschärfte. Die revisionistische KP Sri Lankas ist ebenfalls an dem Streik beteiligt, gehört jedoch nach wie vor der Regierungskoalition an! Der Vorsitzende der Eisenbahnergewerkschaft Elaris ist selbst Mitglied der revisionistischen KP.

Die Regierung unter Frau Bandaranaike orientiert sich seit geraumer Zeit immer mehr an der Politik des benachbarten Indien, wo die Regierung Indira Gandhi durch Ausnahmezustand und Notstandsgesetze die Opposition ausgeschaltet hat und eine verschärfte kapitalistische Entwicklung des Landes vorantreibt. So erklärte Frau Bandaranaike ganz im Sinne dieser Politik in ihrer Neujahrsansprache: „*Laßt uns die Arbeit unserem Land und unserem Volk widmen, mit einem Sinn für Disziplin, Hingabe und Verantwortlichkeit... Probleme können nicht gelöst werden, indem man nicht arbeitet und für unsinnige Forderungen streikt, sondern nur mit Disziplin und erhöhter Produktivität*" („Summary of World Broadcasts" – „SWB" –, 4.1.77).

Bereits eine Woche vor Streikende wurde die ursprüngliche Forderung der Eisenbahner nach einem Feiertagszuschuß von der Regierung fast vollständig erfüllt. Als der Streik dann eine Woche später abgebrochen wurde, war keine der weitergehenden Forderungen mehr erfüllt worden. Die Regierung jedoch nahm den Streik ihrerseits zum Vorwand für verschärfte Repressalien. Sie ordnete an, „*daß keine Person, die sich an dem Ausstand beteiligt (hatte), nach dem 18. Januar ihren Arbeitsplatz wieder erhalten werde*" („Süddeutsche Zeitung" – „SZ" –, 22.1.77). Außerdem wurden Pressezensur und Versammlungsverbot, die anläßlich des Streiks verhängt worden waren, nicht wieder aufgehoben.

Asien-Kommission

Ausbeutung und Unterdrückung haben Hochkonjunktur

Thailand. Wie bereits des öfteren von den faschistischen Militärs angekündigt, wurde nun ein neues Investitionsgesetz durchgezogen. In dem neuen „Investitionsförderungsgesetz" werden ausländischen Investoren weitgehende Sonderrechte gewährt. „*Es enthält die Garantie, daß Betriebe, denen der thailändische Board of Investment (BOI) den Status eines geförderten Unternehmens zuerkannt hat, nicht verstaatlicht werden, ferner darf der Staat keine Konkurrenzunternehmen gründen*" („Nachrichten für Außenhandel", 5.1.77). Damit nicht genug, die Wachstumsbeschränkung von 30% für ausländische Unternehmen wurde aufgehoben. Die Zölle und Einfuhrsteuern für Maschinen und Rohmaterialien werden bis zu 90% reduziert. Zusätzlich werden Steuererleichterungen in bestimmten Regionen bis zu 90% gewährt, die Einkommenssteuer für die Dauer von fünf Jahren um 50%. Profite können ohne Abzüge frei ins Ausland transferiert werden („Business Times", 28.12.76).

Faktisch bedeutet dies, daß die imperialistischen Konzerne – um die geht es – mit wahnwitzigen Sonderbedingungen das Land auspumpen können. Um nur ein Beispiel zu nennen – sämtliche Erdölvorkommen in und vor Thailand sind über Abbaulizenzen fest in der Hand imperialistischer Ölkonzerne. Nimmt man die neuen Investitionsbedingungen, so ergibt sich für den Imperialismus eine geradezu verlockende Art, sich die thailändischen Rohstoffe unter den Nagel zu reißen! Auf dieser Grundlage nimmt es nicht Wunder, wenn im vierten Entwicklungsplan für 1977-1981 eine jährliche Steigerung der Industrieproduktion um 9,6% vorgesehen ist („SWB", 22.12.76).

Wie man lesen kann, machen sich auch die ersten bundesrepublikanischen Unternehmen nach Thailand auf. So wird die Salzgitter AG über eine Tochtergesellschaft einige sehr große „Aufgaben" im Bereich der thailändischen Energieversorgung „wahrnehmen" („FAZ", 13.12.76).

Während die Ausbeutung durch die imperialistischen Konzerne neue Ufer erreichen soll, sieht die Lage fürs einfache Volk katastrophal aus – und dies sogar nach den offiziellen Aussagen der Militärs. So wird offen zugegeben, daß „*verschiedene Preise ziemlich hoch stiegen*" („SWB", 21.1.77). Weitere Preiserhöhungen stehen vor der Tür, besonders Öl wird genannt. (obwohl Thailand selbst riesige Ölvorkommen hat...).

Seit dem Putsch wurde vor allem auch die Steuerauspressung scharf vorangetrieben. Vom Oktober 1976 bis Dezember 1976 stiegen die Staatseinnahmen um 1,2 Mrd. Baht:(ca. 132 Mill. DM)!: „*Die Steigerung der Staatseinnahmen ist größtenteils auf Eintreibung von Steuern zurückzuführen, die infolge von Gesetzeslücken (!!) vorrübergehend unberücksichtigt waren*" („SWB", 21.1.77). So kann man die faschistischen Zwangseintreibungsmethoden auch nennen!

Asien-Kommission

Schluß mit dem faschistischen Terror in Thailand!

Die Widerstandskämpfe in Thailand halten nach wie vor an und weiten sich nach den vorliegenden Meldungen aus. Und es sieht ganz und gar nicht so aus, als würden die thailändischen Faschisten die Oberhand in den Kämpfen gewinnen. Sie selbst erklären, daß die „kommunistischen Terroristen heftige Kämpfe in verschiedenen Gebieten begonnen (haben) ... Wie auch immer, ich möchte darauf hinweisen. daß wir die

ben) ... Wie auch immer, ich möchte darauf hinweisen, daß wir die

Aufgabe der Unterdrückung der kommunistischen Terroristen nicht heute oder morgen verwirklichen können. Wir müssen festhalten an der Unterdrückung für lange Zeit, da der Krieg, den die Kommunisten führen, von langwieriger Natur ist" „Summary of World Broadcast" – „SWB", 21.1.77). („Bangkok home service" nach „SWB", 21.1.77).

In derselben Rede wird ausgeführt, daß bereits mehrere hundert (!) „Selbstverteidigungsdörfer" installiert wurden – faktisch dürften diese identisch mit den aus Vietnam und Südafrika bekannten „Wehrdörfern" sein!

Damit wollen die Faschisten den bewaffneten Kräften die Basis entziehen. Dazu dienen auch die Massenverhaftungen aller „verdächtigen Elemente". Die DDR-Zeitung „Neues Deutschland" berichtete am 14.1.77 davon, daß „Lehrer und andere Angehörige der ländlichen Intelligenz" verhaftet wurden.

Genannt wird so etwas im Faschistenjargon „psychologische Kampagne". Mit „psychologisch" ist hier offenbar der Einschüchterungscharakter der wahnsinnigen Verhaftungswellen gemeint. Wie weit dies geht, wird daran deutlich, daß Leute verhaftet wurden, die „*prokommunistischer Anschauungen verdächtigt werden*" („ND", 14.1.77)!

Der Sender der Befreiungsarmee „Voice of the People of Thailand" berichtete davon, daß „*der Kommandeur* (der 4. Armeeregion, General Pin Thammasi, Red.) *alle Wälder und Gebirgsgebiete im Bereich der Bahtan Gebirgsregion als verbotene Gebiete (bezeichnete) Die Menschen in diesen Gebieten werden exmittiert*" („VOPT", lt. „SWB", 12.1.77). Es handelt sich hierbei um folgende Gebiete im einzelnen: Srat Thani, Nakhon Si Thammarat, Phatthalung, Satun, Songkhla und Yala. Sieht man sich diese Gebiete auf der Landkarte an, so wird man feststellen, daß mit dieser Verfügung praktisch der gesamte Südzipfel Thailands zur „Feuer-Frei-Zone" erklärt wird! Die Bevölkerung dieser Gebiete wird exmittiert, das bedeutet, sie werden in „Wehrdörfer" oder sogenannte „Selbstverteidigungsdörfer" verfrachtet.

In den so geräumten Gebieten setzt die Armee nun ihren Feldzug an. Dies bedeutet, Bombenangriffe auf die Wälder, Felder und Dörfer – wie es von Vietnam her bekannt ist! Nach Berichten der zuständigen Militärs wurden tagelange Bombenangriffe durch Luftwaffe und Artillerie in diesen Regionen geführt („Bangkok Post", 6.1.77 und „Bangkok Nation Review", 3.1.77).

Der grausame weiße Terror ist anscheinend eine Reaktion der faschistischen Machthaber auf den anwachsenden Befreiungskampf, der – nicht

stischen Machthaber auf den anwachsenden Befreiungskampf, der – nicht

nur im Süden des Landes – schon zu einigen Erfolgen geführt hat.

So heißt es in der „New Asia News" vom 7.1.77 über das Gebiet um die Stadt Weingsa (40.000 Einwohner): „*In dieser Stadt in Südthailand wurden einige fünfzig Regierungssoldaten getötet, zwei Gouverneure wurden erschossen und drei Polizeistationen niedergebrannt. Wohlhabende Geschäftsleute beginnen, die Stadt zu verlassen und Läden schließen früh am Nachmittag, seit die Ausgangssperre von 20.00 Uhr bis 5.00 Uhr dazu führte, daß die Guerilla tagsüber operieren.*" Nach diesen „Vorfällen" schickte die Zentralregierung Spezialeinheiten in das Gebiet und der groß angelegte Feldzug, bei dem 4.000 Soldaten eingesetzt wurden („Japan Times", 17.1.77) begann. Wie wenig dies nützte, führte der lokale Polizeichef aus: **„Die Lage ist ernst"** sagte er und **„Die Guerilla schicken jetzt schon Briefe an Regierungsbeamte mit Aufforderungen zum Duell"** („NAN", 7.1.77).

Nach diesen erfolglosen militärischen Operationen setzten die Faschisten eine Frist, innerhalb derer die Befreiungskämpfer sich zu ergeben hätten, anderenfalls würden die Angriffe fortgesetzt.

Mit dem Ausweichen auf solche Tricks geben die Militärs im Grunde selbst zu, daß die bisherigen Aktionen nicht erfolgreich waren. Deshalb wurde auch die weitere Erhöhung der Truppenstärke und die Weiterführung der Bombardements während des Februars angeordnet („Bangkok Post", 6.1.77).

Genauso wie in Indochina, ist auch in Thailand dieser faschistische Mordrausch zum Scheitern verurteilt – trotzdem bedeutet jeder Tag der faschistischen Herrschaft neue Verhaftungen, neue Morde, neue Bombardierungen für das thailändische Volk.

Um die Terrorherrschaft zu verkürzen und die Widerstandskräfte wirklich zu unterstützen, ist es notwendig, die Solidaritätsarbeit mit dem thailändischen Widerstand, d.h. mit der „Vereinigten Front", bestehend aus der Kommunistischen und der Sozialistischen Partei Thailands und anderen Kräften, zu beginnen. Die faschistischen Verbrechen in Thailand müssen angeprangert werden, für den Widerstand muß um Solidarität geworben werden!

Nieder mit der faschistischen Diktatur in Thailand!
Für den Sieg im Volkskrieg!

Asienkommission

Ja, sie dachten sich das schön ...



Offensichtlich stößt das mit dollem Brimborium bekanntgegebene „Friedenswerk" des philippinischen Faschisten Marcos für die südlichen Provinzen des Inselstaates auf zunehmende Schwierigkeiten (Zwischen Marcos und der Moslemischen Nationalen Befreiungsfront Moro – MNLF – liefen Verhandlungen über einen Waffenstillstand und die von der MNLF geforderte Autonomie von etlichen Provinzen, die insgesamt ca. ein Drittel des gesamten philippinischen Territoriums ausmachen! – siehe AK 96, S.22). Zum einen hat sich eine Guerillagruppe bei Marcos angemeldet. Sie hat nach eigenen Aussagen 24.000 Kämpfer, davon die Hälfte unter Waffen. Nach Aussagen des Senders „Voice of the Philippines" verlangten mehrere Führer der Gruppe ein Gespräch mit den Regierungsverantwortlichen für den Waffenstillstand. Insbesondere wird die MNLF aufgefordert, vor Abschluß irgendwelcher Abkommen, sich mit der neuen Gruppe zu beraten („SWB", 15.1.77). Wir können nicht sagen, ob an der angegebenen Stärke der Gruppe etwas dran ist, ob es sich hier tatsächlich um eine einflußreiche Organisation handelt. Dafür spricht auf jedenfall die Tatsache, daß die Meldung über den Radiosender der Kommunistischen Partei kam. Daß das Waffenstillstandsabkommen in den betroffenen Gebieten selber auf Widerstand stößt, wird auch aus anderen Dingen deutlich. So gab der zuständige Regierungsbeamte Barbero bekannt, daß er die Feldkommandeure der MNLF in den nächsten drei Monaten besuchen und „vom Waffenstillstand überzeugen" will. Ganz offensichtlich denken die MNLF-Aktivisten nicht so recht an einen Waffenstillstand.

Inzwischen sind mehrere konkrete Details über die Verhandlungen zwischen Marcos und der MNLF (bzw. einzelnen Führern) bekannt geworden. Danach sieht das ganze Ergebnis noch schmaler aus, als wir es in Arbeiterkampf 96 einschätzten. So soll noch nicht einmal die Rede sein von Autonomie der genannten dreizehn Provinzen, sondern nur in einigen Provinzen, in denen die Moslems deutlich die Mehrheit haben. Es ist ja nun hinreichend bekannt, wie solche Mehr- bzw. Minderheiten geschaffen werden können. Offensichtlich haben auf dieser Grundlage die Vertreter der MNLF mehrmals mit Abbruch der Verhandlungen gedroht („Monitordienst", 6.1.77). Der dennoch zustande gekommene Kompromiß läßt sich ganz offensichtlich unter der MNLF-Basis nicht verkaufen. Die Verhandlungen gingen ab 5.2. weiter – man darf gespannt sein, was sich Marcos hierfür ausgedacht hat...

afrika

Politik der Weltbank in Afrika

In diesen Wochen hat das für Neokolonialismus prototypische afrikanische Westküstenland Elfenbeinküste einen 110 Mio. DM Kredit von der Weltbank erhalten. Es handelt sich dabei um den größten Kredit, den die Weltbank bislang für Urbanisierungsprojekte in der Dritten Welt zur Verfügung gestellt hat. Es geht dabei um Wohnungsbau und die Erstellung von Transportmöglichkeiten in der Elfenbeinküste und speziell in der Hauptstadt Abidjan. Zum Vergleich: Während des Jahres 1975 -76 hat die Weltbank für westafrikanische Staaten 727 Mio DM an Krediten gezahlt. Auch in diesem Zeitraum hielt die Elfenbeinküste mit 143 Mio. DM eine Spitzenposition. Es ist kein Wunder, daß die Elfenbeinküste heute zu den am höchsten verschuldeten Ländern Westafrikas gehört. Diese spezielle Aufmerksamkeit, die der Elfenbeinküste durch die Weltbank zuteil wird, kennzeichnet zugleich die Struktur der Kreditvergabe, die nämlich vor allem für die offen proimperialistischen „Entwicklungsländer" zur Verfügung stehen. Es ist bekannt, daß erst nach Errichtung eines faschistischen Regimes in Chile von der Weltbank wieder hohe Kredite bewilligt wurden, während die Unidad Popular-Regierung unter Allende systematisch finanziell „ausgehungert" wurde.

Im Zeitraum 1975-76 förderte die Weltbank in Westafrika in ähnlicher Weise vor allem Länder mit einer sich verstärkt herausbildenden nationalen Bourgeoisie, nämlich Niger, Tschad, Senegal, Ghana, Togo, Kamerum – um nur einige der am stärksten „begünstigten" Länder zu nennen. Aber auch die Volksrepublik Kongo hat einen Kredit in Höhe von 95 Mio. DM von der Weltbank in Anspruch nehmen können. Offenbar sieht hier die Weltbank Möglichkeiten für „gesellschaftliche Korrekturen" im Sinne der Imperialisten...

Bei allen Krediten fällt ins Auge, daß sie vor allem für die landwirtschaftliche Entwicklung, Aufbau einer lokalen Industrie und für kleine Unternehmen zur Verfügung gestellt wurden. Auch das Tranportwesen soll durch die Weltbank-Kredite ausgebaut werden. Dies entspricht durchaus den Empfehlungen des „Pearsons-Report", ein Bericht einer Kommission, die vom Weltbankpräsidenten und Ex-US-Kriegsminister Mc Namara eingesetzt wurde, um „*Bestandsaufnahme und Vorschläge zur Entwicklungspolitik*" zu formulieren In diesem Bericht werden 1969 die Schwerpunkte für die „Entwicklungspolitik" in Afrika wie folgt gesetzt:

1. Landwirtschaft und Nahrungsmittelversorgung
2. Infrastuktur
3. Schulwesen und fachliche Ausbildung (...)
4. Aufbau eines Unternehmertums, mit dem Ziel, eine wirklich von Afrikanern geführte Privatwirtschaft zu erhalten. (Pearsons-Report, S. 1/63).

An anderer Stelle wird der Pearsons-Bericht bezüglich der Perspektiven der Imperialisten für Afrika noch deutlicher:

„*Eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse würde auch die private Investitionstätigkeit beleben und den Handel fördern. Tatsächlich ist heute das Fehlen eines gut funktionierenden Nachrichten- und Verkehrssystems das Haupthindernis im innerafrikanischen Handel. Es läßt die afrikanischen Märkte in den Augen der ausländischen Investoren als nicht attraktiv erscheinen. Wenn man dem privaten Kapital neue Investitionsmöglichkeiten erschließt und potentielle Investoren über aussichtsreiche Entwicklungsprojekte besser informiert, könnte man vielleicht privates Kapital nach Afrika ziehen. Die Bemühungen sollten sich jedoch vornehmlich auf den Aufbau einer einheimischen Unternehmer*klasse *konzentrieren, die – von kleinen Familienbetrieben in den Dörfern ausgehend – allmählich zur Führung moderner Handels- und Industrieunternehmen heranreifen würde.*"

Damit sind wesentliche politische und wirtschaftliche Ziele der Kreditgewährung durch die Weltbank genannt. Die verschiedenen Maßnahmen zur Verbesserung von Transport (im Senegal und VR Kongo) Bildung (Kamerun) etc. sind die für die Imperialisten notwendigen Voraussetzungen, einerseits die Rohstoffe schneller transportieren zu können und um andererseits dabei auf ein gewisses Maß an Management und Organisation zurückgreifen zu können. Es handelt sich dabei in der Regel um langfristige Projekte, die den Einzelkapitalisten in den imperialistischen Länder als zu riskant, bzw. nicht lohnend genug erscheinen. Insofern tritt hier die Weltbank als Wegbereiter für Kapitalexport und eine noch stärkere Einbeziehung der Dritten Welt in den kapitalistischen Weltmarkt auf. Die politische Absicherung der imperialistischen Ausplünderung der „Dritten Welt" ist juristisch in ihren „Articles of Agreement" (etwa: die Voraussetzungen für Abkommen mit der Weltbank) festgehalten. Hier wird festgelegt, daß das oberste Entscheidungskriterium für die Kreditvergabe die „Stabilität" eines Landes ist – sowohl was Rückzahlungsfähigkeit als auch Wohlverhalten gegenüber den westlichen Konzernen betrifft (vergl. Tetzlaff, „Multinationale Entwicklungspolitk", 1975). Dies beinhaltet zugleich, daß die Kreditempfänger der Weltbank vollen Einblick „in die Bücher" gwähren müssen und darüberhinaus mehr oder weniger offen gezwungen werden, die„klugen Ratschläge" der Weltbankspezis zu befolgen. Kürzlich demonstrierten zehntausende von ägyptischen Arbeitern und armen Bauern gegen enorme Preiserhöhungen, die die Regierung auf Anraten und Druck einer Weltbank-Schwesterorganisation (IWF) vornehmen wollte.

Für die imperialistische Strategie sind die Intimkenntnisse der Weltbank über die wirtschaftliche und politische Situation der Länder der Dritten Welt, die sich bei ihr verschuldet haben, von unschätzbarem Wert!

Eine Untersuchung der Aktivitäten der Weltbank kam zur Schlußfolgerung: „*Des öfteren hat ein Mitgliedsland die Beziehungen mit der Bank aus dem Grunde abgebrochen, daß die Forderungen der Bank sich zur Einmischung in seine Souveränität steigerten, und in anderen Fällen hat die Bank die Initiative ergriffen und Kredite annuliert* (z.B. gegenüber Nasser – AK-Red.), *weil ihre Ratschläge ignoriert worden waren*". („Mason-Ascher-Report", zitiert nach Tetzlaff a.a.O.).

Weltbank„reformen" gegen Agrarrevolutionen

Die Landfrage ist in den meisten Ländern der „Dritten Welt" eines der brennendsten Probleme und der Verlauf sowohl der russischen und der chinesischen Revolution dokumentieren den enormen sozialen Sprengstoff, den diese Problematik enthält. Die Weltbank unter ihrem Präsidenten McNamara hat für den Fünfjahresplan ab 1969 die finanziellen Mittel für Afrika verdreifacht (!) und die Investitionen im Agrarsektor vervierfacht (!). „*Die Weltbank finanziert heute (1975) bereits 50% aller ausländischen Agrarkredite in Entwicklungsländern. Für die gegenwärtige Finanzperiode 1974 bis 1978 ist eine weitere Erhöhung der Agrarkredite von 2,4 Mrd. US-Dollar auf 4,4 Mrd. US-Dollar vorgesehen, die vor allem zur Förderung der kleinbäuerlichen (!) Landwirtschaft eingesetzt werden sollen*" („World Bank Operation", „World Bank in Africa", beides 1972)

Die Weltbank versucht nach eigenen Angaben, mit der Schaffung einer kleinen Schicht von kleinbäuerlichen „Kulacken" den Klassenkonflikt auf dem Landwirtschaftssektor durch diese „Pufferschicht" zu entschärfen, denn wie McNamara 1974 sagte, es mußte „*eine Entscheidung zwischen den politischen Kosten einer Reform und dem politischen Risiko einer Rebellion getroffen werden*" (Tetzlaff, a.a.O.). Allein im Sommer 1974 wurden entsprechende Projekte für 36.000 Bauern in Südsudan, 140.000 Nomaden in Kenia, 1 Mio. Menschen in Mali, 226.000 Bauernfamilien im nördlichen Nigeria finanziert. Auch Tansania und Somalia kamen in den „Genuß" ähnlicher Landwirtschaftshilfsprogramme. Im jüngsten Rechenschaftsbericht der Weltbank (1975-76) sind Landwirtschaftsprojekte u.a. im Niger, Tschad (Verdreifachung des Einkommens von 1.200 Bauernfamilien) und Senegal (30.000 Bauernfamilien) aufgeführt. Somalia erhielt die vergeichsweise niedrige Summe von 22. Mio. DM zur Ansiedlung der Flüchtlinge aus der Sahel-Dürrezone („African Development", 12/76).

Mit ihren Agrar„reformen" sucht die Weltbank die auf Privateigentum beruhenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu festigen, bzw. zu entwickeln. Es geht aber zugleich auch darum, mit der Hebung des Lebensstandarts einer kleinen Schicht von Bauern den Markt für Konsumgüter in der Dritten Welt zu erweitern und durch die angestrebte Erhöhung des landwirtschaftlichen Ausstoßes die Kosten für die Ware Arbeitskraft zu senken, die in den Fabriken der ausländischen Konzerne „verbraucht" wird.

McNamara macht sich gar nicht die Mühe, diese „Reformen" als sonderlich sozial o.ä. zu verkaufen: „*Der Nachdruck liegt nicht auf der Umverteilung von Einkommen und Vermögen ..., sondern vielmehr auf einer Steigerung der Produktivität der Armen*" (zit. nach Tetzlaff, a.a. O.).

Diese Strategie der Weltbank wird die antiimerialistischen, revolutionärdemokratischen Revolutionen auf keinen Fall ersetzen, im Gegenteil ist damit zu rechnen, daß die verstärkte Einbindung der meist neokolonial strukturierten Länder der Dritten Welt in den imperialistischen Weltmarkt die sozialen Spannungen auf dem Landwirtschaftssektor noch verschärfen wird. Denn die Ausrichtung des Anbaus für den Weltmarkt (und dem Verkauf zu den bekannten niedrigen Preisen) wird die Ernährungslage der Mehrheit der Bevölkerung mit Sicherheit nicht bessern.

Wer in der Weltbank entscheidet

Die Weltbank arbeitet nicht wie die Uno-Organisation nach dem Prinzip der Parität, sondern in ihrem Entscheidungsmechanismus spiegelt sich in aller Deutlichkeit ihre politische und wirtschaftliche Funktion wider: Der entscheidende Exekutivrat besteht aus 20 Mitgliedern von denen f ü n f 49 % der Stimmen auf sich vereinigen und die von den staatlichen Stellen der USA (25%) England (10%), BRD (5,4%), Frankreich (5,0 %) und Japan (4,0 %) ernannt werden. Der „Rest" von 15 Ratsmitgliedern wird von den 119 Mitgliedsländern gewählt. Nichtsdestoweniger verfügen die imperialistischen Staaten insgesamt über 70 % der Stimmen und haben damit die „Weltbank" voll unter Kontrolle.

Da angesichts der massiven Verschuldung der Länder der Dritten Welt (Ende 1974 ca. 130 Mrd. US-Dollar, allein 20% der Exporterlöse geht für Zinsen etc. drauf) eine „Kreditwürdigkeit" nach den üblichen Weltbankkriterien nicht mehr gegeben war, wurde 1959 eine Tochterorganisation geschaffen, die „International Development Association" (IDA).

Es ist die spezielle Aufgabe der IDA, die Interessen der imperialistischen Staaten in den ärmsten Staaten der Dritten Welt durchzusetzen (z.B. Aufbau einer Infrastruktur, die den Kapitalexport lukrativ werden läßt). Die IDA vergibt sogenannte „weiche" Kredite zinsfrei mit einer Laufzeit von 50 Jahren und einer Bearbeitungsgebühr von 3/4 bis 1 %. In West-Afrika bestanden die Weltbankkredite im Zeitraum 1975-76 immerhin zu 35 % aus IDA-Krediten. Die IDA ist ein Ausdruck der langfristigen und vorausschauenden politischen Herrschaftsinteressen des Imperialismus, zu deren Gunsten er auch einmal seine tagespolitischen Bankiersüberlegungen zur Seite schiebt.

Afrika-Kommission

Berichtigung

In „die internationale" (Nr. 23/24) zu Nahost ist uns im Interview mit einem Vertreter der F. Polisario („Für eine vollständige Befreiung der Westsahara") ein Fehler unterlaufen. Der Vertreter der F. Polisario zählte einige Staaten der OAU auf, „*die als reaktionär und feudal bekannt sind, wie Marokko, Mauretanien, Senegal und Gabun*", die gegen den Befreiungskampf des saharauischen Volkes sind. Fälschlicherweise taucht im Text jedoch in dieser Liste auch Mali auf. Der Vertreter der F. Polisario legt Wert auf die Feststellung, daß Mali die Sache des saharauischen Volkes unterstützt, also eine fortschrittliche Position in dieser Frage einnimmt.

Afrika-Kommission

Genfer Konferenz vorerst gescheitert

Nach langem Hin und Her hat nun der Chef der Rassistenregierung Rhodesiens, Smith, die Vorschläge des britischen Verhandlungsführers Richard für eine „*friedliche Lösung*" abgelehnt. Begründung: „*Konsequenz des britischen Plans sei mit Sicherheit die Machtübernahme durch eine schwarze marxistische Minderheit*" („Süddeutsche Zeitung", 26.1.77).

Zusammen mit dieser Ablehnung wurde von den Rassisten eine verstärkte Vorbereitung zur Aggression vorgenommen. Männer im Alter von 38 bis 50 Jahren werden eingezogen, es wird keine Freistellungen vom Kriegsdienst mehr geben!

„Interne Lösung" wird gesucht

Über diese „*abrupte und plötzliche Ablehnung*" (Richard) war man in der imperialistischen Öffentlichkeit „sehr überrascht". Um das Gesicht zu wahren, wirft man nun dem Rassisten Smith vor, daß „*er nun die schwere Verantwortung trägt, für das was nun geschehen mag*" („SZ", 25.1.77).

In Wirklichkeit jedoch haben die imperialistischen Staaten bis heute nicht nachgelassen, das Rassistenregime zu unterstützen und so erst seine jetzige Haltung ermöglicht. „*Auch während der Verhandlungen hat nicht ein Kilo Lebensmittel, nicht eine Maschine, nicht eine Waffe und nicht eine Patrone weniger die rhodesischen Faschisten erreicht als zuvor*" („O Journal", 28.1.77). Und man kann getrost hinzufügen, daß das auch in Zukunft nicht geschehen wird!

Die Sprecher der Patriotischen Front (taktisches Bündnis zwischen ZANU und ZAPU) haben daher mit der Begründung, daß „*Großbritannien niemals ernsthaft Smith zur Machtübernahme gezwungen*" habe,



Ist das für immer vorbei?
Nkomo – Vertrauter des US-Imperialismus oder „Patriot"?

weitere Verhandlungen mit Richard abgelehnt, da sie zwecklos seien!

Smith seinerseits hat angekündigt, er würde nur auf der Grundlage des Kissinger-Planes Verhandlungen aufnehmen. Da durch den verstärkten Guerillakampf und den Gang der Genfer Verhandlungen dieser Plan in seinem Wortlaut nicht mehr aktuell ist, muß sich Smith seine „Verhandlungspartner" danach aussuchen, ob diese auch bereit sind, sich auf eine Lösung à la Rassismus einzulassen. Diese Operation nennt Smith „interne Lösung". Mit ihr will er versuchen, „*mit gemäßigten schwarzen Politikern eine Regierung zu bilden. Bischof Abel Muzorewa ... dürfte dabei eine wichtige Rolle spielen*" („SZ", 25.1.77).

Ein anderer möglicher „Partner" einer solchen „Lösung" wäre die vor kurzem von Smith ins Leben gerufene Marionettengruppe „ZUPO" (siehe AK 96): Die „ZUPO" begrüßt Verhandlungen mit dem Ziel, die Macht an die Mehrheit zu übergeben. Zu diesem Zweck sollte es sinnvoll sein, sich mit Muzorewa zusammenzusetzen, um sich gemeinsam auf Verhandlungen mit Smith vorzubereiten. Grundlage für Gespräche sollte der Kissinger-Plan sein (AFP, 14.1.77, nach „Monitor-Dienst", 19.1.77 !)

Die Imperialisten sind – so scheint es – von einer solchen „internen Lösung" nicht sehr begeistert:

- Die USA: „*Sogenannte interne Lösungen können keine friedlichen Lösungen bringen und finden daher nicht die Unterstützung der USA*" („SZ", 28.1.77).
- Großbritannien: Die Wahl Muzorewas „*wäre nicht die Wahl einer Regierung, sondern eine glorifizierte Gallup-Umfrage*" („SZ", 25.1.77).

Und Richard fährt fort: „*Die Mehrheitsverhältnisse im Widerstand sind anders und die Frontstaaten würden eine derartige Lösung kaum anerkennen ...*" („Guardian", 24.1. 77).

Die Imperialisten haben offensichtlich erkannt, daß mit Muzorewa allein weder eine ernsthafte Spaltung der (nach wie vor heterogenen) Oppositionskräfte in Zimbabwe noch eine Spaltung der ebenso heterogenen Frontstaaten möglich ist; ihr geplantes Blutbad gegen die zimbabwischen Revolutionäre also weder mit gewisser sozialer Basis noch diplomatischer Scheinlegalität ablaufen könnte.

So forscht der neue US-Botschafter bei der UNO auf seiner momentanen Afrika-Reise wohl hauptsächlich Konstellationen aus, die sowohl bei den Opportunisten in Zimbabwe als auch unter den Frontstaaten Gefallen finden könnten. Das letzte Wort – auch in Genf – scheint in dieser Hinsicht noch nicht gesprochen zu sein ...

Afrika-Kommission

Spanische Waffen gegen F. Polisario

Die spanische Regierung hat 1976 die beiden Besatzerstaaten der Westsahara, Marokko und Mauretanien mit Waffen im Wert von 32 Millionen Dollar ausgerüstet. Dies wurde durch Recherchen der spanischen Zeitschrift „Cambio 16" bekannt.

Obwohl Spanien sich offiziell am 27. Februar 1976 aus dem Dreiteilungsvertrag mit Marokko und Mauretanien zurückzog, hat es durch massive Aufrüstung der beiden reaktionären arabischen Staaten weiterhin massiven Anteil am Krieg gegen das saharauische Volk.

Insgesamt ist von 13 Schiffsladungen die Rede, die den marokkanischen Hafen Casablanca bzw. Nouadhibou (Mauretanien) anliefen. Zu den gelieferten Kriegsgegenständen gehörten 120 mm-Mörser, 106 mm-Kanonen, Granaten, Granatwerfer, Rauch- und Leuchtbomben sowie schwere Munition und Land-Rover („Cambio 16", 23.1. 1977).

Afrika-Kommission

Mosambik

Dritter Kongreß der FRELIMO

Die innenpolitische Diskussion wird in Mosambik seit Monaten durch die Vorbereitung des dritten Kongresses der FRELIMO bestimmt. Das ZK der FRELIMO hat dazu aufgerufen, in allen politischen Einheiten des Landes, in den Betrieben, Stadtteilen, Dorfkommunen usw, die politischen Thesen über den Weg Mosambiks zum Sozialismus zu diskutieren. Dieser für den weiteren Fortgang der Revolution in Mosambik äußerst wichtige Kongreß wird im Februar dieses Jahres stattfinden.

Der erste Kongreß der FRELIMO wurde anläßlich der Gründung der Befreiungsfront im Jahre 1962 abgehalten. Auf dem Höhepunkt des bewaffneten Kampfes und der Krise der FRELIMO fand dann 1968 der zweite Kongreß statt. Er brachte die Abrechnung mit der bürgerlich-reaktionären Linie, die alle Weißen aus der FRELIMO ausschließen wollte und die den Ausschluß der Frauen vom bewaffneten Kampf der FRELIMO verlangten. Die Mehrheit stimmte jedoch für den Kampf, gegen jede Form der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, unabhängig von der Hautfarbe, und lehnte es ab, ihren Kampf auf eine rassistische und tribalistische Grundlage zu stellen, was nur der Verwischung der Klassenfronten gedient hätte. Auf diesem zweiten Kongreß wurden die Prinzipien von „Poder popular", der Volksmacht, formuliert, die das Volk in den befreiten Gebieten in die Lage versetzen sollten, selbständig den Produktionsprozeß zu kontrollieren und sich von jeglicher Ausbeutung zu befreien.

Mit dem dritten Kongreß soll eine neue Phase der mosambikanischen Revolution eingeleitet werden.

Diese neue Phase, die mit dem dritten Kongreß ihr programmatisches Fundament erhalten soll, wird definiert als demokratische Volksrevolution, die im Kampf gegen die n e u e n nationalen Ausbeuter zur Etablierung und Festigung der Volksmacht, d.h zur Beteiligung der Arbeiter und Bauern an der Leitung des Staates führen soll.

Diese „abstrakte" Formel für die neue Situation der mosambikanischen Revolution wird durch die sieben Thesen des ZK zum dritten Kongreß näher erläutert. Diese Thesen stellen in den Vordergrund den Kampf gegen die Reste der nationalen Bourgeoisie, die nach der Niederlage des Imperialismus durch den Befreiungskampf zu dessen inneren Repräsentanten in Mosambik geworden sind. Durch permanente Massenmobilisierung will FRELIMO die vollständige Überwindung der kapitalistischen Reststrukturen in Mosambik erreichen.

Die Thesen heben die Bedeutung des Anteils der Frauen und der Jugend bei der vollständigen Zerschlagung der feudalen (Bewußtseins-) Strukturen hervor und sagen in diesem Zusammenhang dem Aberglauben den Kampf an. Ausführlich widmen sich die Thesen der Fortsetzung der Agrarrevolution in Mosambik. Mit der Nationalisierung des Bodens, der Bildung von Dorfkommunen und einer verstärkten Mechanisierung der Landwirtschaft will man das koloniale Erbe, das die Mehrheit der mosambikanischen Kleinbauern ins Elend gestürzt hat, beseitigen.

Der proletarische Internationalismus ist eine wesentliche Konstante in der mosambikanischen Politik. Die Verpflichtung der mosambikanischen Revolution gegenüber der proletarischen Weltrevolution, die Solidarität mit dem Befreiungskampf im südlichen Afrika und mit dem Kampf der Völker der Dritten Welt um eine sozialistische Perspektive ihrer gesellschaftlichen Entwicklung wird ebenfalls in den Thesen festgelegt.

Der dritte Kongreß der FRELIMO ist der Versuch, mit einer ausführlichen Massendiskussion die Aufgaben und die Gefahren der zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklung in Mosambik ins allgemeine Bewußtsein zu heben, um damit die Restaurierung kapitalistischer Verhältnisse zu verhindern. Diese Betonung der Fortsetzung des Klassenkampfes nach der Befreiung von Imperialismus und Kolonialismus dokumentiert die Reife der mosambikanischen Revolution und macht den Kongreß international bedeutsam über die spezielle mosambikanische Situation hinaus.

Wir werden in einer der nächsten Ausgaben ausführlicher auf den Kongreß und die aktuellen Probleme in Mosambik eingehen.

Afrika-Kommission

ORGANIZAR A JUVENTUDE É CONSOLIDAR A REVOLUÇÃO

Massendiskussion über die Thesen des 3. Kongresses der FRELIMO

Elfenbeinküste

Massakrierter Regenwald – Programmierte Hungersnot!

Wenn die gegenwärtige Abholzungsquote im westafrikanischen Staat Elfenbeinküste beibehalten wird, ist das Ende des Regenwaldes in den nächsten acht Jahren, bis ca. 1985, absehbar. Man kann sich die ungeheuren ökologischen Auswirkungen ausmalen, wenn man weiß, daß 46% des Territoriums aus tropischen Regenwald besteht!

Die hemmungslose Ausbeutung der natürlichen Waldbestände spielt eine wesentliche Rolle im „Wirtschaftswunder" der Elfenbeinküste. Holz, Furniere etc. nehmen den zweiten Platz in der Exportskala ein, den ersten Platz hält der Kaffee. Hauptabnehmer des von internationalen Gesellschaften gefällten Holzes ist Italien. 25% aller in der Industrie Beschäftigten sind in der Holzverarbeitung tätig. Diese wenigen Zahlen sollen genügen, um den bedeutenden Platz der Edelholzausfuhr in der Wirtschaft der Elfenbeinküste zu skizzieren. In den letzten Jahren ist trotz eines wirtschaftlichen Rückganges insgesamt die jährliche Ausbeutung des Waldes weiter gestiegen. Allein zwischen 1966 und '74 wurden 5,4 Millionen Hektar vernichtet. Dieser gewaltigen Zahl steht die lächerliche Summe der wieder aufgeforsteten Hektar gegenüber: ca. 3.500 ha im Jahr. Bis heute sind nur 17% des abgeholzten Regenwaldes wieder aufgeforstet worden, die dafür zuständige Staatsgesellschaft SODEFOR hat ihre eigenen Planziele zu zwei Dritteln nicht erreicht!

Neben den internationalen Gesellschaften, die nahezu steuerfrei das Holz exportieren, sind an der Verwüstung der natürlichen Waldlandschaft kleine Pflanzer beteiligt. Wenn die großen Gesellschaften Straßen in die unwegsamen Waldgebiete angelegt haben, folgen ihnen die kleinen Pflanzer und brennen ihrerseits die noch stehengebliebenen Waldbestände ab, um ihren Kaffee, Bananen etc. anbauen zu können. Nach drei bis vier Jahren ist der Boden ausgelaugt und sie ziehen weiter; der Prozeß beginnt von neuem.

In der neokolonialistischen Elfenbeinküste ist der Kleinbauer schutzlos der Konkurrenz der Großbauern und Plantagenbesitzer ausgeliefert und versucht auf diese Weise, sein Überleben zu sichern.

Das Abholzen und Abbrennen des Waldes führt rasch zur Bodenerosion, eine in den ehemaligen Waldgebieten Afrikas, Asiens und Südamerikas gefürchtete, jedoch durchgängige Erscheinung: Die Erde wird von den heftigen Regenfällen von den Hängen in die Täler gespült und der Boden wird zunehmend unfruchtbar. Bis 1966 wurden in der Elfenbeinküste bereits ein Drittel des Waldbestandes gerodet, die Klimaauswirkungen sind voll zu spüren: Ohne den Schutz des Waldes verdampft ein großer Teil des Regenwassers im ehemaligen Waldgebiet und reduziert damit den möglichen zweiten Niederschlag im Norden des Landes. Die Savanne im Norden hat sich mit ähnlicher Geschwindigkeit ausgebreitet, mit der die Wälder des Südens der Elfenbeinküste vernichtet wurden! Das Wachsen der Wüste in der Sahel-Zone und die damit verbundenen verheerenden Hungerkatastrophen sind durch die nackte Profitgier der großen internationalen Holzgesellschaften verschuldet worden.

„*Europa, auch die Bundesrepublik, ist nach Ansicht vieler Experten mitverantwortlich für die Dezimierung des Baumbestandes in Afrika. In Zaire, in Gabun, in der Elfenbeinküste und Ghana holzen europäische Firmen ab, was der Wald hergibt. Bevorzugt weden gerade jene Riesenbäume und Edelhölzer, die für die Klima-Regulierung dieser Zone Afrikas lebenswichtig sind. Um Aufforstung kümmern sich die europäischen Abholzer nur am Rande. ,Zwar hat Westeuropa eine Balance zwischen ökologischen Bedürfnissen und der Landnutzung erreicht, aber nur deshalb, weil einfach viel Holz auf Kosten der Dritten Welt importiert wird', sagt ein Experte*" („Süddeutsche Zeitung", 18.1.77).

Die rücksichtslose Ausplünderung der „Dritten Welt" kostet den Völkern ein Vielfaches mehr an Elend, Hunger und Tod als der blutigste antiimperialistische Befreiungskrieg.

Das müssen wir all den Menschen erklären, die glauben, durch humanitäre Spenden allein den unterdrückten Völkern helfen zu können.

Afrika-Kommission

Kurzmeldungen aus Afrika

VR Somalia: Mit der Annahme von 16 Beschlüssen ging am 16.1. die dritte Ordentliche Sitzung des Zentralkomitees der Somalischen Revolutionären Sozialistischen Partei zu Ende. Das ZK beschloß u.a. „ – *das private Eigentum der ZK-Mitglieder der Partei zur Verfügung zu stellen,*

– *die Verwirklichung des Programms zur Erreichung der Autarkie auf dem Gebiet der Nahrungsmittel bis 1980,*

– *die Verstärkung der Unterstützung aller Befreiungsbewegungen, insbesondere der Front für die Befreiung der somalischen Küste (FLCS), der Palästinensischen Befreiungsorganisation und der Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika,*

– *Verurteilung der Einrichtung von Militärstützpunkten im Indischen Ozean*" (lt. Radio Mogadiscio, 17.1., „monitor-dienst", 24.1.). Welche Bedeutung für die Praxis derartige fortschrittliche Beschlüsse haben, ist allerdings von hier aus immer schwer zu beurteilen – an zwei anderen Punkten wird deutlich, daß man derlei Parolen relativieren muß:

Beschluß Nr. 14 fordert die „*dringende Reorganisierung der Genfer Nahost-Friedenskonferenz unter voller Beteiligung der PLO*" („monitor-dienst", s.o.) – was bekanntlich die Hauptforderung der gesamten arabischen Reaktion ist, mit dem Ziel, den palästinensischen Widerstand zu spalten und unschädlich zu machen! Zum zweiten Punkt: Zwei Tage nach der Sitzung wies Präsident Siyad Barreh auf einer Massenversammlung zur Unterstützung der Beschlüsse „*Gerüchte zurück, nach denen die Regierung beabsichtige, privates Eigentum zu beschlagnahmen*"... (lt. Radio Mogadiscio, 18.1., „monitor-dienst" vom 24.1.77).

VR Benin. Nachdem am Sonntag, dem 15.1.77 ein Flugzeug mit ausländischen Södlnern unbekannter Nationalität in der Hauptstadt des Westküstenstaates Benin gelandet war, und die Söldner versuchten, die Regierung Kerekou zu stürzen, ist wieder Ruhe im Land eingekehrt. Der Putschversuch wurde erfolgreich niedergeschlagen. Es ist bislang nicht bekannt geworden, wer die Drahtzieher des Putschversuches gewesen waren. Benin hieß bis 1975 Dahomey und hat sich seither in eine Volksrepublik umbenannt und propagiert offiziell als politische Ideologie den Marxismus-Leninismus. Zumindest außenpolitisch hat die VR Benin eine fortschrittliche Rolle in Afrika gespielt und sich z.B. sehr für eine Anerkennung der Demokratischen Republik Sahara (Westsahara) durch die OAU eingesetzt. Mehr als ein Grund für einen imperialistischen Putschversuch.

Die Verurteilungen dieses Putsch-Versuches kamen dementsprechend von den eher fortschrittlichen bis antiimperialistischen Staaten Afrikas: Algerien, DR Sahara, Guinea-Conakry, Nigeria. Im nigerianischen Rundfunk wurde die Aktion als „barbarische und skrupellose Aktion" („Monitor-Dienst", 20.1.) verurteilt.

Es ist bemerkenswert, daß Radio Conakry als Hintermänner der Aggression Kreise in der Elfenbeinküste und dem Senegal vermutete, also Länder, die das traditionelle Aufmarschgebiet des Imperialismus gegen fortschrittliche Entwicklungen im westlichen Afrika darstellen („Süddeutsche Zeitung", 18.1. und „Neues Deutschland", 18.1.77).

Zaire: – Mobutu macht „Witze". Laut „Le Monde" vom 8.1. hat Mobutu (Zaire) anläßlich des Jahrestages der kubanischen Revolution ein Glückwunschtelegramm an Fidel Castro geschickt. In dieser Botschaft bringt Mobutu „*seine Freude zum Ausdruck, daß er die Bindungen der Freundschaft und Zusammenarbeit sich besser entwickeln sieht, die so glücklich zwischen unseren beiden Ländern bestehen, und dies zum größten Wohl unserer beiden Völker*" (!!!). – Wenn er auch auf kurze Gedächtnisse spekuliert – wir vergessen diesem schmierigen Heuchler nicht, daß er noch vor knapp einem Jahr seine Söldnertruppen mit der blutigen Erstickung der angolanischen Revolution und der Ermordung gerade der kubanischen Genossen beauftragt hat.

Elfenbeinküste. In der Staatsuniversität von Abidjan, der Hauptstadt der mit der RSA eng zusammenarbeitenden Elfenbeinküste, ist aufgrund von Disziplinierungen gegen fünf Studenten, die „*gegen die Universitätsbestimmungen verstoßen haben*" („Monitor-Dienst", 18.1.), ein Vollstreik ausgerufen worden. Der Streik begann am 8.1. an der Fakultät für Wirtschaftsforschung, breitete sich dann aber schnell auf die gesamten öffentlichen und privaten Einrichtungen aus, wurde aber erst am 15.1. durch die Presse bekannt.

Staatschef Houphouet-Boigny beeilte sich mit der Erklärung, daß die Studentenunruhen nichts mit der Opposition des Landes zu tun hätten und kündigte Beschlüsse auf höchster Ebene an, „*die der Krise ein Ende machen*" („Le Monde", 18.1.).

RSA. Nach Meldung der „Frankfurter Rundschau" vom 26.1.77 „will die südafrikanische Regierung die Erschießung von Schwarzen und andere Gewalttaten der Polizei...legalisieren". Stichtag soll der 16. Juni 1976 sein. An diesem Tag begannen die Kampfaktionen der Schwarzen in der RSA.

Darüber hinaus sollen in Zukunft alle „zivil- wie strafrechtlichen Fälle" von Staatsbediensteten gegenüber Schwarzen unter „die Immunität" fallen. Das heißt, sie sollen straffrei sein („Süddeutsche Zeitung", 27.1.77)!

Es wird jetzt in der RSA also ganz offen und unverhüllt für jeden Staatsbediensteten möglich sein, ihm mißliebige Oppositionelle auf der Stelle „zu erledigen", ohne dafür belangt zu werden!

RSA: „Rasante Fortschritte" macht augenscheinlich die „Annäherung zwischen Weiß und Schwarz" in der faschistischen RSA – laut einer afp-Meldung aus Durban ist in der südafrikanischen Kleinstadt Tongat zum ersten Mal ein „weißer" F r i e d h o f auch für Schwarze geöffnet worden. Sieben Schwarze wurden in den vergangenen Wochen beigesetzt und zwölf weitere eingeäschert („Neue Zürcher Zeitung", 26.1.). Begründung für dieses weitgehende Zugeständnis: auf dem schwarzafrikanischen Friedhof sei kein Platz mehr...

Nach einem Sprecher des Rathauses seien inzwischen keine Proteste seitens der weißen (Toten?) laut geworden – es seien auch keine zu erwarten, denn die Beziehungen zwischen Schwarz und Weiß seien „sehr herzlich" – auf dem Friedhof, oder wo??

RSA. Am 13.1. enthüllte der ANC in Daressalam, daß israelische Ingenieure in der südafrikanischen Hafenstadt Durban mit dem Bau von sechs raketenbestückten Motor-Patrouillenbooten beschäftigt seien. Die Boote seien mit Gabriel-11-Boden-Boden-Raketen bestückt, die Motoren seien von der BRD geliefert worden (Radio Daressalam lt. „Monitor-Dienst" vom 18.1.). Mit der Fertigung dieser Boote bezwecken RSA und Zionisten unter anderem die Einschüchterung der „Frontstaaten".

Nachdem die Zionisten bereits im August vergangenen Jahres den Bau und die Lieferung der Raketen-Patrouillenboote über den staatlichen israelischen Rundfunk verkündet hatten, erfolgte jetzt – prompt nach der Enthüllung des ANC – das offizielle Dementi der israelischen Rassisten.

Seit Anfang 1977 wird der französische Abfangjäger Mirage F-1-A in der RSA gebaut.

Die Lizenz hierfür hat die Regierung Frankreichs an die RSA verschachert. Noch „im Mai 1976 hatte die französische Regierung alle derartigen Gerüchte kategorisch dementiert". Lügen haben eben auch in diesen Kreisen kurze Beine („NZZ", 23.1.77)!

Afrika-Kommission

Kanarische Inseln: Aktionen gegen spanisch-südafrikanische Zusammenarbeit

Am 13. Januar explodierten sechs Bomben in Las Palmas in verschiedenen spanischen und südafrikanischen Reiseagenturen und in den „Simago"-Läden. Schon am 3. Januar explodierte eine Bombe in den Büros der „South African Airways", SAA.

Verantwortlich erklärte sich die „Bewegung für die Selbstbestimmung und Unabhängigkeit der Kanarischen Inseln", MPAIAC, die betonte, daß etliche Schäden angerichtet, aber keine Menschen verletzt wurden. Seit dem 1. November 1976 führt die MPAIAC diese Aktionen durch, die sich „*gegen die spanischen Interessen auf den Kanarischen Inseln oder gegen die Gebäude der Kolonialverwaltung*" richten, d. h. große Läden wie „Galeries Preciados" oder „Simago", Reisebüros, Hotels etc. sind betroffen.

In einem Kommunique erklärte die MPAIAC, daß die Aktion gegen die SAA „*aus Solidarität mit unseren afrikanischen Brüdern*" ausgeführt wurde, „*die gegen das Regime von Pretoria, das Rassisten- und Apartheid-Regime kämpfen, den Feind Nr. 1 unseres Kontinents, der auf den Kanarischen Inseln einen Stützpunkt hat*".

Angegriffen wird die spanische Regierung: Sie „*überläßt die Flughäfen der Kanarischen Inseln den Fluglinien Südafrikas und bricht so den Boykott gegen das faschistische Regime*". (Laut der spanischen Zeitschrift „Cambio 16" beliefen sich die Waffenverkäufe Spaniens an Südafrika 1976 auf nahezu 9 Mio. Dollar.)

Bedrohlicher sieht die Situation für die Kanarischen Inseln wie für Afrika aus, wenn Spanien in die NATO eintreten sollte. Die USA besitzen schon Stützpunkte auf den Inseln, auch andere NATO-Länder würden dort dann Militärbasen erhalten. Die MPAIAC appelliert daher an die afrikanische Solidarität, diese imperialistischen und kolonialistischen Pläne zu verhindern.

Nahost-Kommission

Mosambik

Wenn Maputo die Hauptstadt von Angola wäre ...

Am 18. Januar besuchte ein Zerstörer der sowjetischen Marine (die „Odarenni“) die mosambikanische Hauptstadt Maputo. Kommandeur Pedro Galvao Odala vom Generalstab der mosambikanischen Volksstreitkräfte begrüßte die Besatzung des Zerstörers. Der Flottenbesuch erfolgte auf Einladung der VR Mosambik, „*im Rahmen der Freundschaft, Solidarität, Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe zwischen der VR Mosambik und der UdSSR*“ (Radio Maputo, 18.1., nach „Monitor Dienst“, 22.1.). Am 19.1. besuchte Frelimo-Präsident Machel den Zerstörer.

Jeder Kenner der „ML-Szene“ wird sich bei dieser eigentlich lapidaren Nachricht vorstellen können, welch Zahnschmerzen solche Ereignisse in diesen Kreisen auslösen.

Der gleiche Besuch in Angolas Hauptstadt Luanda, welche Welle von Artikeln hätten wir da zu verzeichnen; welch „eindeutiger Beweis“ für die „Abhängigkeit Angolas vom Sozialimperialismus“ und die „Sowjethörigkeit der neuen Machthaber“ läge da vor!

Aber Mosambik – bisher als „revolutionäres Leuchtfeuer“ und „Bastion im Kampf der Völker gegen die Supermächte“ beschrieben – da schweigt die „scene“ ob solcher Anlässe verbissen.

Intern jedoch – so erfuhren wir aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen – kämpfen die diversen Linien der „scene“ wild miteinander:

Die Frankfurter Vaterlandsverteidiger „Marxisten Leninisten Deutschlands“ („MLD“) sollen erwägen, nunmehr auch Maputo als sowjetischen Flottenstützpunkt auf den so beliebten Landkarten einzutragen. Hieraus ergäbe sich zwingend die Parole „Schluß mit der sozialimperialistischen Einkreisung Diego Garcias“ (= größter Stützpunkt des US-Imperialismus im Indischen Ozean).

Die ebenfalls vaterländische „KPD“ widerspricht dieser These entschieden. Man tendiert hier mehr zu der Annahme, es handle sich um ein sowjetisches Spionageschiff, das nebenbei reichlich „cubanische Söldner“ für den Krieg in Zimbabwe von Bord schleuste. (Hierfür sprechen auch jüngere Meldungen von Radio Johannesburg.)

Der KBW meint – so berichtet unser Heidelberger Agent – daß oben Genannte der „sozialimperialistischen Täuschung“ voll auf den Leim gegangen sind. Schließlich weiß heute jeder einigermaßen wachsame Patriot, daß sowjetische Kriegsschiffe immer getarnte Fischfangtrawler und und die Fischfangflotte immer getarnte Kriegsschiffe sind. Hieraus ist (wenn auch wegen Erkrankung Fochlers noch nicht öffentlich) messerscharf zu folgern: Raubbau am Fischbestand im Hafen von Maputo! (Hierfür sprechen Meldungen der portugiesischen „ML-Zeitung“ Bandeira Vermelha (PCPr), die erstmals Kommuniques ihrer bisher noch unbekannten Bruderpartei „OCM“ (Kommunistische Organisation Mosambiks) veröffentlichte. Hier wird auf Kampfaktionen der armen Hafenanglermassen hingewiesen, die sinkende Fangquoten seit Auslaufen des sogenannten „Zerstörers“ feststellten.

Apropos AUSLAUFEN! Das sei doch wohl das Entscheidende, wurde uns aus der Ecke des immer etwas über den Dingen schwebenden KAB-„D“ gesteckt. Die schwäbischen Genossen vermuten, der Zerstörer wollte wesentlich länger in Maputo bleiben, mußte aber – auf Druck der Patrioten „innerhalb“ der Frelimo – bereits am 21.1. wieder abziehen. Schließlich soll erstmal einer beweisen, daß die von Radio Maputo (18.1.) gemeldeten *„traditionellen Salutschüsse zum Empfang“* tatsächlich Salutschüsse und keine W a r n schüsse waren.

Kopfschüttelnd gegenüber dem ganzen Rätselraten stehen – wenn auch unterschiedlich motiviert – nur die trotzkistische GIM („klarer Fall von Vordringen des stalinistischen Flügels der Frelimo“) und der bayrische ARBEITERBUND... („Nebenfrage, lenkt von der Tarifrunde ab“). Daß niemand auf den eigentlich naheliegenden Gedanken kam, der angolanische Kaffee werde jetzt (wegen der monatelangen Enthüllungen der hiesigen „scene“) heimlich via Maputo nach Petersburg verschifft, deutet fast auf eine übermäßige Bescheidenheit hin.

Was soll der „Unsinn“?

Wir haben diese kleine Auflistung möglicher „Kommentare“ zum Besuch eines sowjetischen Kriegsschiffes einmal ausgedacht, weil sie ziemlich genau den Einfallsreichtum der „scene“ bezüglich Angola wiedergeben, und weil jedermann weiß, daß eine ähnliche Hetze gegenüber Mosambik heute solange völlig ausgeschlossen ist, bis die VR-China ein Startsignal gibt.

Hieran wird nicht nur deutlich, wie willkürlich die Hetze gegen die VR Angola war und ist, sondern vielmehr noch, welch politisch offene Flanke diese Kreise gegenüber den Revisionisten haben.

Wer z.B. das sowjetisch-angolanische Abkommen, die Anwesenheit sowjetischer Militärs oder diplomatisches Lob für die SU als „Beweis“ für die „Abhängigkeit Angolas“ heranzieht, muß zwingend gegen Mosambik (auch Vietnam, Guinea-Bissao, etc.) hetzen, oder deren konkrete internationale Bündnispolitik, ihr Verhältnis zur SU totschweigen. Der muß Angst um jede Berichterstattung der Revisionisten über diese Dinge haben.

Erst wenn die Antiimperialisten in der BRD gelernt haben, die reale Innen- und Außenpolitik eines revolutionären Staates zu analysieren und hier die Bündnispolitik gegenüber der SU einzuordnen, erst dann wird es möglich sein, den an sich nicht sehr wichtigen Besuch irgendeines sowjetischen Kriegsschiffes als nicht beberichtenswert zu übergehen, bzw. das Geschrei um solche „Ereignisse“ der DKP und ihren Freunden zu überlassen. Die immer noch sehr mangelhafte Solidarität mit der VR-Angola bei vielen Antiimperialisten beweist, daß diese Reife heute noch nicht erreicht ist.

Afrika - Kommission



Sowjetischer Zerrtörer im Hafen von Maputo (Photo aus „Tempo“, Januar 1977)

Öffentliche Debatte über den zimbabweschen Widerstand nötig!

Schade, leider können wir in diesem AK noch keine Auseinandersetzung zu unserem Artikel „Anmerkungen zur Situation des zimbabwischen Widerstands“ (AK 96) dokumentieren, wie ursprünglich geplant. Wir hatten dort – u.a. als „offene Antwort“ auf Kritik des ZANU-Sprechers Motumbuka an unserer Berichterstattung – einige bisher nicht öffentlich erörterte Fragen (diametral entgegengesetzte Stellungnahmen verschiedener ZANU-Vertreter zu zentralen Fragen, „Krise der ZANU“, Verhältnis ZANU/ZIPA etc.) aufgeworfen und zur Diskussion gestellt.

Noch Ende Januar schien es, daß fast alle in Frage kommenden namhaften antiimperialistischen Gruppen auf unser Angebot der Diskussion bereits zu dieser Ausgabe reagieren würden. Leider haben die Genossen ihre Zusagen tlw. nicht halten können („Zeitgründe“), tlw. wurden wir auch kommentarlos hängengelassen.

Der Stand:

Zwei Stellungnahmen liegen uns vor. Eine vom langjährigen Vorstandsmitglied der „Anti-Apartheids-Bewegung“ (AAB), Wolff Geißler, die andere von mit Zimbabwe befaßten Genossen der Bielefelder Gruppe AKAFRIK, einer Gruppe die ebenfalls schon jahrelang praktisch wie publizistisch in der Afrika-Solidaritätsbewegung arbeitet.

Mit „100%iger Sicherheit“ ankündigen dürfen wir Stellungnahmen der „Informationszentrum 3. Welt“ (IZ3W) Freiburg, eventuell gemeinsam mit dem „Komitee Südliches Afrika“ (KSA) Heidelberg und dem „3. Welt Magazin“, Bonn. Schon zu dieser Ausgabe war uns ein Diskussionsbeitrag des Chef-Redakteurs der Zeitschrift „ISSA“ (Informationsstelle Südliches Afrika – Bonn) zugesagt. Ob dieses Projekt „gestorben“ oder nur verschoben ist, wissen wir nicht.

Wie wir hörten, erwägen auch die Genossen des „Afrika Komitee Göttingen“ und des „KSA Hannover“ Diskussionsbeiträge.

Sollten zur nächsten Ausgabe unserer Zeitung tatsächlich alle oder auch die meisten der versprochenen Beiträge eintreffen, (und sich mit dem Inhalt unseres Artikels befassen), könnte erstmals die Diskussion einer so wichtigen Frage öffentlich geführt werden. Jedenfalls aber hätte der interessierte Leser einen Einblick in Diskussionsstand und politisches Niveau der Afrika-Solidaritätsbewegung.

Nicht unerwähnt lassen wollen wir ein glänzendes Beispiel, wie man (bewußt) am Thema vorbeischreiben kann.

Die „Rote Fahne“ (3/77) der „KPD“ fand in unserem Artikel mal wieder bestätigt (die wissen das schon seit Jahren), *„daß der KB nur die Kräfte unterstützen will, die er für offen gegenüber sozialimperialistischen Einflüssen hält“*. Ganz können die Vaterlandsverteidiger der „KPD“ ihren Respekt vor unserer Dokumentation nicht verbergen, wenn sie zetern: *„Er (der KB) versucht durch Erfinden von Differenzen..., durch die Vermischung mit Hintertreppengeschichten (?) und geübter Schnüffelei in die inneren Angelegenheiten – deutscher und ausländischer – Organisationen, w i e e s d e r K G B n i c h t b e s s e r k ö n n t e,* (das schmeichelt uns aber, der sowjetische Geheimdienst hat immerhin tausende von „Agenten“!) *die westdeutschen Antiimperialisten zu verwirren.“*

Die „Rote Fahne“ beruhigt ihre Leser, indem sie erklärt, wir hätten nur „versucht“, der ZANU widersprüchliche Aussagen „nachzuweisen“. Vielmehr seien die Stellungnahmen der ZANU zu Angola und zur Sowjetunion „einheitlich“ (gegen den „Sozialimperialismus“ natürlich), nur *„sind die Deutlichkeit und Zuspitzung der Aussagen unterschiedlich.“*

Hier zur Erinnerung noch mal zwei kurze Passagen aus unserer Dokumentation. ZANU-ZK Mitglied Gumbo: *„Unserer Ansicht nach ist die Sowjetunion heute unser Verbündeter im Kampf gegen das Smith-Regime und die imperialistischen Kräfte... Ich bin der Ansicht, daß die SU eine Hauptstütze des revolutionären Kampfes im südlichen Afrika war und ist...“* (Interview mit dem KSA Heidelberg 1.11.76).

Dagegen ZANU-Auslandsvertreter Chidoda: *„Die Solidaritätsbewegung sollte tatsächlich lernen aus der angolanischen Situation, wo die Supermächte eine Spaltung und großes Blutvergießen im angolanischen Volk verursacht haben... Unser Feind ist eindeutig ein Produkt beider imperialistischer Supermächte...“* („KVZ“ August '76).

Wie schrieb die „Rote Fahne“: *„Einheitliche Aussagen nur unterschiedlich zugespitzt“* – das leuchtet ein!

Ernsthaft sei aber angemerkt: Wir meinen durchaus, daß auch die ZANU ein Teil Verantwortung trägt, wenn ein Schmierblatt wie die „Rote Fahne“ ihren Lesern eine ZANU verkaufen kann, die „einheitlich gegen den Sozialimperialismus“ kämpft.

Zum Schluß, um etwaige Zeitvergeudung zu verhindern: Raum für die im nächsten AK geplante Diskussion steht natürlich nur solchen Gruppen zur Verfügung, die im angolanischen Krieg auf der Seite der MPLA standen.

Dieser Trennungsstrich zwischen Antiimperialisten und Provokateuren steht nach wie vor!

Afrika-Kommission

CIA:
„Mitglieder des CIA und französi-
ehemals spanischen Kolonie West-
DGB-Protest gegen Apartheid:
scharf zu folgern: Raubbau am Fisch-
Wir haben diese kleine Auflistung
Afrika - Kommission
schon seit Jahren), „daß der KB
Afrika-Kommission

CIA: F. Polisario informiert richtig

„Mitglieder des CIA und französischer Geheimdienste in Marokko haben ihren jeweiligen Botschaften in Rabat mitgeteilt, daß die militärischen Bilanzen, die von F. Polisario im Jahr 1976 veröffentlicht wurden, zutreffend sind („Cambio 16“, 30.1.77).“

Die Befreiungsorganisation der ehemals spanischen Kolonie Westsahara, Saguia el Hamra und Rio de Oro, hatte die Verluste der marokkanischen mauretanischen Invasionstruppen mit 12.000 Toten und 500 gefangenen Soldaten angegeben.

Afrika-Kommission



Die Befreiungs-Streitkräfte der F. Polisario haben einen feindlichen Panzer zerstört.

DGB-Protest gegen Apartheid:

Außer Spesen nichts gewesen

Aufgrund der Tatsache, daß von den Rassisten in der RSA im November massenhaft Gewerkschaftsmitglieder inhaftiert worden sind, hatte am 25. 11.76 der „Internationale Bund freier Gewerkschaften“ (IBfG) zu einer Aktionswoche gegen die RSA aufgerufen.

Sie fand zwischen dem 17. und 22. Januar 1977 statt.

- So wurden z.B. in Italien, Schweden, Norwegen, Belgien – um nur einige Länder zu nennen – tatsächlich südafrikanische Flugzeuge, Schiffe und andere Transportmittel von den Gewerkschaftsmitgliedern boykottiert.
- In Großbritannien versuchte sogar ein Gericht die Postarbeiter „zu zwingen“, Post für Südafrika zu bearbeiten. Ohne Erfolg! (nach „Frankfurter Rundschau“, 17.1.77).
- Der Boß der US-Gewerkschaften, G. Meany, rief die Mitglieder auf, sich an dieser Boykottwoche nicht zu beteiligen, da *„es sich um eine kommunistisch gesteuerte Aktion handele“*. (Mit denselben Worten nahmen auch die Rassisten Stellung gegen den Beschluß des IBfG.)

Die DGB-Führung ließ sich zu dieser „Aktionswoche“ wieder mal etwas ganz Besonderes einfallen:

- Bis Ende Dezember wurde „beraten“, was zu tun sei. Da man irgendwie den IBfG-Beschluß „umsetzen“ mußte – schließlich ist der DGB über verschiedene Einzelgewerkschaften im Vorstand des IBfG vertreten – wurde in Briefen an die bundesdeutschen Kapitalisten appelliert, nicht in der RSA zu investieren, *„da das System der Apartheid unmenschlich ist“*.
- Eine andere Pflichtübung des Protestes war die Forderung an die Bundesregierung, das Kulturabkommen mit der RSA zu kündigen. Darüber hinaus errichtete die SPD einen „Solidaritätsfond“ für die Angehörigen derer, die während der Kämpfe in Soweto erschossen wurden, in Haft kamen oder ihre Existenzgrundlage durch die Rassisten einbüßten.

Das „Weitgehendste“, was sich die DGB-Führung leistete, „um über die Situation in Südafrika“ aufzuklären, war eine Rundreise mit einem Sprecher der „Black Allied Workers Union“. Einer illegalen schwarzen Gewerkschaft der RSA, die u.a. von der „Sozialistischen Internationale“ (europäische Sozialdemokratie) unterstützt wird und deren Mitglieder von den Rassisten – wie alle anderen Mitglieder illegaler Gewerkschaften auch – verfolgt werden!

Das Typische – damit aber nicht weniger bemerkenswerte – an der ganzen DGB-„Aktion“ gegen den Rassismus war, daß sie fast gesamt „unter Ausschluß der Öffentlichkeit“ und damit auch der Mitglieder in den Gewerkschaften gelaufen ist!

Es wurden weder südafrikanische Flugzeuge oder Schiffe boykottiert, noch fand eine größere Aufklärungsaktion über die verbrecherische Apartheidspolitik in der Gewerkschaftspresse statt!

Dies hätte allerdings auch peinliche Folgen haben können: Ist die DGB-Führung doch über die „Neue Heimat“ und die „Bank für Gemeinwirtschaft“ selber an Investitionen in der RSA beteiligt! Zwar nicht direkt, denn diese Investitionen – ein Stahlwerk in Natal und Wohnsiedlungen – werden aufgebaut durch israelische Firmen, an denen die „NH“ und die „BfG“ „nur“ beteiligt sind, aber immerhin! (nach „Rand Daily Mail“, 3.6.74). Man pißt sich nicht gern selbst ans Bein, diese Devise gilt auch bei der DGB-Führung.

Afrika-Kommission

Zur Außenpolitik der Sowjetunion

Teil 2

... gegenüber Indien

Dieser schon länger angekündigte 2. Teil der Artikelserie über die sowjetische Außenpolitik hat – eigentlich erwartet – durch die jüngste Entwicklung in Indien selbst einen aktuellen Bezug bekommen: die indische revisionistische „Kommunistische Partei" wird mit einer perverserweise als „Kulturrevolution" bezeichneten Kampagne von der Ghandi-Diktatur, mit der sie jahrelang eng zusammengearbeitet hat, zusehends in die Illegalität gedrängt. Damit erhalten diese Leute die Quittung dafür, daß sie der Ghandi-Diktatur während der letzten Jahre bei den einzelnen reaktionären Maßnahmen zur Errichtung und Verfestigung ihrer Terrorherrschaft behilflich waren, diese als *„Stärkung der Demokratie"* etc. („Horizont" 34/75) hochgejubelt haben usw.

„Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen". Nach



Indira Gandhi in Moskau

dieser Devise bezeichnet die Ghandi-Clique ihren dereinst willigsten Erfüllungsgehilfen inzwischen als *„korrupt"*, mit *„bourgeoisem Lebensstil"* („Hamburger Abendblatt", 28.12. 76), sogar als **„die reaktionärste Partei des Landes"** etc. („Neue Züricher Zeitung", 28.12.76).

Mit den Mitteln der Aufkündigung der noch bestehenden Landes-Koalitionsregierungen, der Vorzensur für die revisionistische Presse und auch der Verfolgung und Verhaftung einzelner KPI-Mitglieder oder Gruppen von KPI-Anhängern wird jedenfalls derzeit schon gearbeitet.

von KPI-Anhängern wird jedenfalls derzeit schon gearbeitet.

Mit Sicherheit wird diese Politik der indischen Reaktion ihre Auswirkungen auf das indisch-sowjetische Verhältnis haben. Leider nicht unbedingt in dem Sinne, daß die Sowjetrevisionisten ihre Zusammenarbeit mit der Ghandi-Clique einstellen bzw. abdämpfen. Daß diese Leute nicht einmal Prinzipien kennen, wenn es um die eigenen (Gesinnungs-) „Genossen" geht, das haben sie bei den vergleichbaren Prozessen in Ägypten beispielhaft deutlich gemacht – die Auflösung der „Bruderparteien" in diesem Land hat die herzlichen Beziehungen der Sowjetrevisionisten zu den dortigen reaktionären Führern in keiner Weise getrübt!

Allerdings konnten die Sowjetrevisionisten auch damit nicht verhindern, schließlich doch **selbst** von der ägyptischen Bourgeoisie vor die Tür gesetzt zu werden. Es sieht derzeit so aus, als wenn die sowjetisch-indischen Beziehugen einen ähnlichen Verlauf nehmen werden.

Im folgenden wollen wir zunächst die Beziehungen der Sowjetunion zu Indien in ihrer Entwicklung untersuchen, in einem weiteren Teil werden wir dann die sowjetische Politik in Nahost behandeln, schließlich die Politik gegenüber Indonesien, die ein besonders krasses Beispiel für die Entartung der sowjetischen Außenpolitik ist.

Anschließend wollen wir dann eine vorläufige Bilanz der sowjetrevisionistischen Politik gegenüber der „Dritten Welt" ziehen.

Die politische Lage nach 1945...

Nach dem Ende des zweiten imperialistischen Weltkrieges fiel die „Weltordnung" des alten Kolonialismus durch eine Reihe von Revolutionen und nationalen Befreiungskriegen in Scherben. Es bildeten sich in der sog. „3. Welt" eine Reihe von Nationalstaaten heraus, was durch die Schwächung der alten Kolonialmächte (Frankreich, England, im kleineren Rahmen die geschlagenen faschistischen Staaten Deutschland und Italien) durch die langen Kriegsjahre begünstigt wurde.

An der Spitze dieser Staaten standen zumeist zwar anti-koloniale, aber bürgerliche Kräfte, deren Zielsetzung nicht etwa die sozialistische Umgestaltung, sondern der eigenständige, ‚nationale', sprich: kapitalistische, Aufbau der unterentwickelt gehaltenen ehemaligen Kolonien war.

An die Stelle des alten Kolonialismus, d.h. der direkten Unterwerfung im wirtschaftlichen und politisch-administrativen Sinne (über Kolonialverwaltungen etc.) trat der neue, der Neo-Kolonialismus, getragen vor allem von der imperialistischen Macht, die durch den Krieg und seine Folgen am meisten gestärkt wurde, und sich anschickte, die Rolle als „Weltpolizist" Nr. 1 zu übernehmen: die USA.

Der US-Imperialismus trat sofort nach Kriegsende den Befreiungsbewegungen vor allem dort mit Waffengewalt entgegen, wo sie von sozialistischen, revolutionären Kräften geführt wurden, oder wo zumindest die Gefahr bestand, daß diese sich im Verlaufe der nationalen Befreiung durchsetzen. In Europa intervenierte er am massivsten in Griechenland, in Asien bemühte er sich durch Entfesselung des Korea-Krieges, später des Indochina-Krieges sowie durch

fesselung des Korea-Krieges, später des Indochina-Krieges sowie durch

ständige Aggressionen, Drohungen und Einkreisungsbestrebungen gegen die 1949 ausgerufene sozialistische Volksrepublik China, die Volksbefreiungsbewegungen zu stoppen und zu zerschlagen.

Gegenüber den von bürgerlichen Kräften geführten Nationalstaaten bemühte sich der US-Imperialismus durch neokolonialistische Infiltrationsversuche, durch wirtschaftliche und politische Bindung dieser Länder, die nationale Befreiung faktisch wieder rückgängig zu machen, die Unabhängigkeit dieser Länder zu einer papiernen Angelegenheit verkommen zu lassen.

Vielfach ließ die vom alten Kolonialismus produzierte Rückständigkeit den Nationalstaaten kaum eine andere Wahl als die, sich durch wirtschaftliche Zusammenarbeit etc. wieder in indirekte, neokoloniale Abhängigkeit zu begeben. Das **einzige Gegengewicht** gegen diese Strategie des Imperialismus war für die Nationalstaaten der Handel und die Zusammenarbeit mit den damaligen sozialistischen Ländern, namentlich mit der Sowjetunion.

Die Sowjetunion hatte naturgemäß ein starkes Interesse an intensiven Beziehungen zu diesen Ländern. Dies nicht allein aus wirtschaftspolitischen Erwägungen heraus, sondern vor allem wohl, um die gerade erst aus den Klauen des alten Kolonialismus befreiten Länder nicht in neokoloniale Abhängigkeit geraten und damit zu einem strategischen Aufmarschgebiet des US-Imperialismus werden zu lassen.

Die Theorie vom „nichtkapitalistischen Entwicklungsweg"

Wie schon in ihrer globalen Außenpolitik gegenüber dem Imperialismus („Entspannungspolitik" – siehe Teil 1, AK Nr. 93) haben die Sowjetrevisionisten auch bei ihrer Politik gegenüber den Ländern der „3. Welt" immer mehr revolutionäre Positionen verlassen und durch machtpolitische Erwägungen ersetzt. Zur ideologischen Abstützung dieser bürgerlichen Politik wurde eine besondere „Theorie" zusammengezimmert. So wie sie den Imperialisten umfangreiche, bis ins Detail zurechtgesponnene „Abrüstungsprogramme" vorlegten (bei gleichzeitiger Forcierung des Wettrüstens) und dabei den Klassenkampf „vergaßen", so erfanden sie alsbald bezüglich der Nationalstaaten, daß diejenigen, mit denen die Sowjetunion am engsten zusammenarbeitete (Ägypten, Syrien, Irak, Indien, Indonesien bis zum ‚Djakarta-Putsch' etc.) den sogenannten „nichtkapitalistischen Entwicklungsweg" gingen. Dieser merkwürdige „3.Weg" zwischen Kapitalismus und Sozialismus wird von den Revisionisten so erklärt: *„Einige dieser Länder (der dritten Welt) kämpfen für den sozialistischen Weg* (!) *ihrer Entwicklung. Aber in fast allen dieser Länder gibt es weder eine Schwer- noch eine Leichtindustrie, weder ein Industrieproletariat, noch eine Arbeiterklasse als Hegemon (= Führer), noch kommunistische Parteien, neuen leninschen Typs, als leitende und richtungsweisende gesellschaftliche Kräfte."* Man fragt sich nun, wie ein Land dieser Art den „sozialistischen Weg" einschlagen kann?! Dies wird im weiteren – wie sollte es anders sein – mit dem *„....Einfluß der allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten und Tendenzen unserer Epoche* (?) *, der Stärke der Sowjetunion, des gesamten sozialistischen Lagers sowie der internationalen kommunistischen Bewegung und aller revolutionären Bewegungen in der Welt..."* zu erklären versucht (Todor Pawlow, „Unter dem Banner Leninscher Ideen", Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr. 4/April 1968, S. 414 ff.).

Für die betreffenden Länder sei es daher nach Meinung der Revisionisten *„...in den weitaus meisten* (!) ***Fällen real möglich, den Bürgerkrieg zwischen den antagonistischen Klassen zu vermeiden, durch den Zusammenschluß des Volkes die feindlichen Klassenelemente mit friedlichen ökonomischen und politischen Mitteln zu isolieren und sie dem Willen der demokratischen Mehrheit gefügig zu machen"*** (Alexander Sobolew, „Einige Probleme des Friedens...", Nr. 1, Januar 1967).

„Einige Probleme des Friedens...", Nr. 1, Januar 1967).

Nach diesen Behauptungen der Revisionisten gibt es also einen sozialistischen Entwicklungsweg, der nicht des Marxismus-Leninismus und nicht der kommunistischen Partei bedarf, der nicht der Führung durch die Arbeiterklasse bedarf, der überhaupt nicht irgendwie klassenmäßig definiert ist. Tatsächlich ist jedoch das, was die Revisionisten mit dem von ihnen erfundenen „nichtkapitalistischen Entwicklungsweg" bezeichnen, gerade der **kapitalistische** Entwicklungsweg für ein „unterentwickelt" gehaltenes Land unter den Bedingungen des Imperialismus.

Diese kapitalistische Entwicklung der Nationalstaaten ist eben gar nicht anders **denkbar** als durch:

1. eine relative Unabhängigkeit vom Imperialismus, was nur durch enge Anlehnung an die Sowjetunion etc. überhaupt möglich ist, und
2. einen großen staatlichen Sektor (z.B. in Ägypten 85% der Industrieproduktion) unter Zurückdrängung privatkapitalistischer Ansätze in einigen Bereichen, als **schnellstem** Weg zur Akkumulation von Kapital und rationellstem Verfahren, dieses in den verschiedenen Industriezweigen planmäßig einzusetzen.

Es ist demnach unsinnig, einem Land das Prädikat „nicht kapitalistisch" oder gar „sozialistisch" anzuhängen, nur weil es „freundschaftliche" (politische und wirtschaftliche) Beziehungen zur Sowjetunion unterhält, und es einen starken staatlichen Sektor in der Wirtschaft gibt. Das mußten die Sowjetrevisionisten eigentlich spätestens mit ihrem Hinauswirf aus Ägypten 1972 erfahren haben (Ägypten kündigte den Freundschaftsvertrag mit der SU, warf die sowjetischen Militärberater hinaus und rüstete militärisch und wirtschaftlich zur stärkeren Zusammenarbeit mit dem Imperialismus um).

Rückblickend betrachtet diente und dient die Theorie vom „nichtkapitalistischen Entwicklungsweg" den Sowjetrevisionisten tatsächlich dazu, eine intensive Zusammenarbeit mit den Nationalstaaten **auch dann** noch zu rechtfertigen, wenn die Politik des betreffenden Landes nach innen wie nach außen immer reaktionärer wird.

So wurden diese Beziehungen etwa gegenüber Ägypten, Syrien etc. in keiner Weise dadurch getrübt, daß dort die revisionistischen „Bruderparteien" der KPdSU verboten, zerschlagen und ihre Mitglieder teilweise brutal verfolgt wurden.

Ebenso hat die Entwicklung in Indien hin zur Diktatur mehr und mehr faschistischen Typs und außenpolitisch zur aggressiven, expansionistischen Macht, die „herzlichen Beziehungen" zu den Sowjetrevisionisten in keiner Weise getrübt.

Anhand der Entwicklung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Indien wollen wir exemplarisch den Charakter der sowjetrevisionistischen Politik gegenüber den Nationalstaaten untersuchen.

Die sowjetische „Entwicklungshilfe"

Die Sowjetunion hat mit einer Reihe afro-asiatischer und anderer Länder Abkommen über eine wirtschaftliche und technische Hilfe für den Aufbau ihrer Volkswirtschaft abgeschlossen. Solche Abkommen unterzeichnete die Sowjetunion mit den Regierungen Indiens, Indonesiens, Burmas, Nepals, Ceylons, Afghanistans, Ägyptens, Iraks, Jemen, Äthiopiens, Ghanas, Guineas, Malis und anderer Länder. 1971 bestanden mit 38 Staaten derartige Abkommen.

Mit Unterstützung der Sowjetunion wurden in den Ländern Asiens (ohne die sozialistischen Länder), Afrikas und Lateinamerikas etwa 500 Industriebetriebe und andere Objekte geplant und gebaut. Anfang 1962 nahmen etwa 100 Objekte die Produktion auf. 1963 gewährte die Sowjetunion Indien, Indonesien, Afghanistan, dem Irak, Ägypten, Äthiopien, Ghana, Guinea, Mali, Argentinien, Bolivien und anderen Entwicklungsländern Kredite zur wirtschaftlichen Entwicklung in einer Gesamthöhe von etwa 3 Milliarden Rubel (1 Rubel = etwa 4 DM).

Die sowjetische Hilfe trug wesent-



Indiens Aggressions- und Bürgerkriegsarmee, zum größten Teil mit Waffen aus der Sowjetunion ausgerüstet.

lich dazu bei, den Bedarf vieler Länder zur Verwirklichung ihrer wirtschaftlichen Pläne zu decken. So konnte beispielsweise Indien 15% alle für die Realisierung des zweiten Fünfjahresplans benötigten Ausgaben in ausländischer Währung durch sowjetische Unterstützung decken (vgl. „Geschichte der sowjetischen Außenpolitik", Frankfurt/Main 1971, Seite 391 ff.).

1953 wurde zwischen Indien und der Sowjetunion ein Handelsabkommen geschlossen, das in den folgenden Jahren immer wieder erneuert und erweitert wurde. In den Jahren 1960/61 stiegen die sowjetischen Exporte nach Indien um das Doppelte an: von 1.587 auf 3.994 Milliarden Rupien. Insgesamt stieg das Handelsvolumen von 1953/54 von 17,5 Millionen Rupien auf 1970 3.145,3 Milliarden Rupien (vgl. „Eastern Economist, India in world trade", 1974, S. 1265).

Der Handel zwischen der Sowjetunion und Indien vollzog sich auf Rupienbasis. Dies bedeutete für Indien einen entscheidenden Vorteil, da es so nicht auf seine knappen Devisen zurückgreifen mußte. Zu annähernd Weltmarktpreisen verkaufte es Rohprodukte wie Tee etc. und kaufte Fertigprodukte wie Maschinen, Metall- und Erdölprodukte. Durch die längerfristigen Abkommen war Indien nicht den ständigen Schwankungen der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt unterworfen. Gleichzeitig konnte aufgrund des sowjetischen Bedarfs der indische Rohstoffexport ausgedehnt und gesichert werden. Die sowjetische Entwicklungshilfe, die in erster Linie die Förderung der Schwer- und Grundstoffindustrie im staatlichen Sektor der indischen Wirtschaft zum Ziel hatte, setzte 1955 ein, als in Indien gerade der zweite „Fünfjahresplan" vorbereitet wurde. Dieser „Plan" sollte als Richtschnur für die Industrialisierung Indiens gelten, war aber nicht gesetzlich verankert. Nur durch Vergabe von Lizenzen im privaten Sektor der Wirtschaft und durch Investitionen im staatlichen Bereich konnte der Staat Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung ausüben. Diese halbherzige „Planpolitik" ist charakteristisch für die Länder des „Dritten Weges".

Die Sowjetunion unterstützte den indischen Staat durch finanzielle Kredite, sowjetische Techniker und Maschinen, Bildungs- und Ausbildungshilfe. Mit dem Bhilai-Projekt (s.u.) wurden 200 Ingenieure und Techniker sowie 500 Facharbeiter in sowjetischen Fabriken ausgebildet. Inzwischen wurden Schulen mit sowjetischer Hilfe errichtet, an denen mittlerweile ca. 60.000 Inder eine Ausbildung erhielten (vgl. Mission of Friendship, New Delhi 1973).

Insgesamt macht die Sowjetunion im Zeitraum von 1955-1966 Kreditzusagen für den Bau von Industrieanlagen in Höhe von 1.351,8 Milliarden US-Dollar. Die Projekte im einzelnen: 1957 Bau eines Kraftwerks in Bhilai mit einer Anfangskapazität von 1 Million Tonnen Stahl zur Herstellung von Bauteilen von Eisenbahnschienen (sowjetischer Kredit: 137,5 Mio. US-Dollar).

1957 Werk für den Schwermaschinenbau in Ranchi, Werk für Bergbaumaschinen in Durgapur, Wärmekraftwerk in Neyveli, Glasfabrik zur Her-

maschinen in Durgapur, Wärmekraftwerk in Neyveli, Glasfabrik zur Her-

stellung von optischem Glas, Kohlebergwerk in Korba (125 Mio. US-Dollar), 1959 Sowjethilfe bei der Durchführung des 3. Indischen Fünfjahresplans (375 Mio. US-Dollar). Förderung von Grundstoffindustrien zur Gewinnung von Erdöl und Kohle (25 Mio. US-Dollar) Wärmekraftwerke in Korba, Präzisionsgerätewerk in Kotah.

1961 Bau eines Wasserkraftwerkes am rechten Ufer des Flusses Bhakra, Erdölraffinerie in Koyali, Kohleaufbereitungsanlage in Kathara, Bau eines Werkes für feuerfeste Materialien(125 Mio. US-Dollar).

1962 Bau eines Kraftwerkes in Patna, 1965 Bau eines Hüttenwerkes in Bokaro mit einer Jahreskapazität von 1,5 Mio.t (211 Mio. US-Dollar).

Anläßlich des Breshnew-Besuches 1973 in Indien wurde ein Wirtschaftsabkommen geschlossen, das eine Laufzeit von 15 Jahren haben soll. In ihm sind eine weitere Zusammenarbeit auf dem Sektor der Industrie, der Landwirtschaft und der Energiegewinnung enthalten, sowie eine um 150 - 200%ige Steigerung des Handelsvolumens bis 1980. Neu an diesem Vertrag ist der Plan für gemeinsame Produktionsunternehmen, die gemeinsame Erstellung von Dienstleistungen und Ausrüstungen für Drittländer (vgl. „Entwicklungspolitische Korrespondenz" 4.5.6/74; S.48).

Die von der Sowjetunion gewährten Kreditbedingungen waren vor allem in den ersten Jahren gegenüber denen der kapitalistischen Länder recht günstig. Die Kredite hatten eine 12jährige Laufzeit zu 2.5%(im Westen waren lange 6% üblich). Nach Fertigstellung der Betriebe gingen sie voll und ganz in den Besitz des Staates Indien über. Es wurde also von

Fortsetzung auf Seite 42

Fortsetzung von Seite 41

Seiten der Sowjetunion nicht „investiert" um direkt materielle Profite aus Indien zu ziehen!

Sowjetrevisionisten finanzieren die Militarisierung Indiens

Indiens Militärausgaben sind seit 1949 kontinuierlich gestiegen. Ein rasanter Anstieg war jedoch in den Jahren 1960 - 1965 zu verzeichnen. In diesem Zeitraum stiegen die Militärausgaben um 201%. Nach dem Grenzkonflikt mit der VR China wurde die Mannschaftsstärke des Heeres von 550.000 auf 825.000 erhöht. Nach dem Krieg mit Pakistan um Bangla Desh 1971 wurden die Militärausgaben um weitere 27% erhöht (U.Albrecht, Rüstung und Unterentwicklung, S.109).

Seit 1960 (also mit Beginn der rasanten Aufrüstung!!) erhält Indien von Seiten der SU umfangreiche Waffenlieferungen. Im Zeitraum von 1961 - 1971 kamen aus der SU 70% aller Waffenimporte Indiens, gefolgt von Großbrittannien mit 8%, der CSSR mit 7% und den USA mit 6%. Mit Waffenimporten über 1,6Milliarden US-Dollar im selben Zeitraum lag Indien nach Südvietnam, Nordvietnam, Ägypten, Südkorea und der Türkei an 6. Stelle aller Waffenimporteure der Länder der „Dritten Welt" (vgl. U.Albrecht u.a. Rüstung und Unterentwicklung, Reinbek 1976, S. 129). Dadurch unterstützte die SU die expansionistischen Bestrebungen Indiens, das allein seit 1947 in fünf internationale Konflikte, die mit kriegerischen Mitteln ausgetragen wurden, verwickelt war: 1947-1948 die Annektion Kaschmirs; 1962 Grenzprovokationen gegen China; 1971 Krieg mit Pakistan um Bangla Desh und 1975 die Annektion Sikkims. Die SU hat alle diese Schritte der indischen Reaktion unterstützt.

Sowjetrevisionisten - immer auf Seiten des indischen Expansionismus

Schon 1947, noch zu Stalins Zeiten, ergriff die SU im Kaschmir-Konflikt indirekt Partei für die indische Regierung. In Kaschmir waren seinerzeit Unruhen ausgebrochen, die sich gegen den feudalen Landesfürsten, einen Hindu , richteten. Der Landesfürst trat für den Anschluß an Indien ein, im Gegensatz zur Bevölkerung, die überwiegend (zu 80%) aus Mo-
fürst trat für den Anschluß an Indien ein, im Gegensatz zur Bevölkerung, die überwiegend (zu 80%) aus Mo-hammedanern bestand. Die Aufstände dienten dem Landesfürsten als Vorwand, um indische Truppen zu Hilfe zu rufen. Daraufhin schickte Pakistan ebenfalls Truppen nach Kaschmir. Der Lösungsvorschlag der UNO, nach Abzug der fremden Truppen eine Volksabstimmung in Kaschmir durchzuführen, wurde von Pakistan, nicht aber von Indien akzeptiert. In der UNO verhielt sich die SU zunächst „neutral", indem sie sich der Stimme enthielt. Kaschmir wurde geteilt. Indien lehnte es ab, seine Truppen aus dem von ihm besetzten Gebiet zurückzuziehen. 1957 wurde dieser Teil Kaschmirs gegen den Protest der UNO an Indien „angeschlossen". Seit 1951 hat die SU den Standpunkt Indiens in der UNO sogar unterstützt(vgl. D.Rothermund).

1955, nach der Rückkehr von einer Indienreise, erklärte Bulganin, der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, ganz offen:„Die Sowjetregierung unterstützt Indiens Politik in der Kaschmir -Frage, denn diese Politik entspricht durchaus den Belangen der Festigung des Friedens in einem Teil Asiens"(über die Reise nach Indien,... Bericht des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N.A. Bulganin, Januar 1956).

1962-Grenzprovokationen Indiens gegen China

Indische Truppen waren in chinesisches Grenzgebiet eingedrungen und von den chinesischen Truppen zurückgeschlagen worden. Obwohl die sowjetische Regierung sofort nach dem Überfall von der Aggression Indiens unterrichtet worden war, verweigerte die SU nicht nur eine Verurteilung Indiens - vielmehr kritisierte die sowjetische Führung, daß sich die chinesischen Truppen gegen den Überfall zur Wehr gesetzt hatten! In der Schrift „Die Wahrheit darüber, wie sich die Führer der KPdSU mit Indien gegen China verbündet haben" (Peking 1963) geben die chinesischen Kommunisten eine detaillierte Beschreibung des sowjetischen Vorgehens in dieser Auseinandersetzung: *„Am 8.Oktober 1962 teilte ein führender chinesischer Funktionär dem sowjetischen Botschafter mit, China hätte in Erfahrung gebracht, daß Indien an der chinesisch-indischen Grenze eine großangelegte Offensive zu starten beabsichtige. Wenn Indien diese Offensive begänne, würden wir uns entschlossen verteidigen. Er wies weiter auch darauf hin, daß Indien die von der SU hergestellten Hubschrauber und Transportflugzeuge dazu benutze, um Kriegsmaterial im chinesisch-indischen Grenzgebiet abzuwerfen und dorthin zu transportieren, was einen schlechten Eindruck auf unsere Grenzsoldaten mache,und daß China es als seine internationale Pflicht betrachtet, die Sowjetunion darüber zu informieren.*

Am 13. und 14. Oktober teilte Chruschtschow dem chinesischen Botschafter mit, daß sowjetische Informationen über indische Vorbereitungen für eine Offensive gegen China mit den chinesischen übereinstimmten. Wenn sich die Sowjetunion an Chinas Stelle befände, würde sie die gleichen Maßnahmen ergreifen. In der chinesisch-indischen Grenzfrage dürfe keine neutrale Haltung bezogen werden. Es wäre Verrat, wenn jemand China angreift, und wir uns neutral erklären.

Am 20.Oktober 1962 starteten die indischen Reaktionäre ihre großangelegte Offensive gegen China.

..Am 12. Dezember hatte Chruschtschow alles vergessen, was er vor zwei Monaten gesagt hatte, und fiel erneut auf die alte Leier zurück. Auf einer Sitzung des Obersten Sowjets der UdSSR redete er unter vielen Anspielungen davon her, daß die Bevölkerungsdichte in den umstrittenen Gebieten an der chinesisch-indischen Grenze unbedeutend sei, und daß sie keinen großen Wert für das Leben der Menschen hätten; die Sowjetunion wäre durchaus nicht der
und daß sie keinen großen Wert für das Leben der Menschen hätten; die Sowjetunion wäre durchaus nicht der
Meinung, daß Indien mit China einen Krieg anfangen wolle. In der Frage von Grenzstreitigkeiten verträte sie die Lenin'schen Ansichten. Die 45-jährigen Erfahrungen der Sowjetunion hätten bewiesen, daß es keine Grenzstreitigkeiten gäbe, die nicht ohne Anwendung von Waffen gelöst werden könnten. Es sei selbstverständlich sehr gut, daß China einseitig das Feuer eingestellt habe und seine Truppen zurückgezogen habe; aber wäre es nicht besser gewesen, gar nicht erst von jenen Positionen aus vorzurücken, auf denen diese Truppen seinerzeit gestanden haben?

Durch die Veröffentlichungen eines redaktionellen Artikels in der „Prawda" am 19.September 1963 ließen die Führer der Sowjetunion jede Maske völlig fallen, stellten sich offen auf die Seite des USA-Imperialismus und unterstützten die indischen Reaktionäre im Kampf gegen das sozialistische China."

Dies Verhalten der Sowjetunion gegenüber der VR China fand noch vor dem offenen Bruch der Sowjetrevisionisten mit China statt und bedeutete einen eklatanten Verstoß gegen die internationale Solidarität der sozialistischen „Bruderländer". Treffend urteilen die chinesischen Kommunisten:„Der Standpunkt der sowjetischen Führer in der chinesich-indischen Grenzfrage bedeutet nicht nur den Verrat an den Prinzipien des proletarischen Internationalismus, sondern kann nicht einmal neutral genannt werden. Die Führer der Sowjetunion unterstützen, zusammen mit den USA–Imperialisten, die indischen Reaktionäre gegen das sozialistische China, gegen das indische Volk. Sie haben damit nicht nur das sozialistische Lager , sondern auch das indische Volk verraten." (Die Wahrheit darüber... S. 26).

1971- Indien besetzt Ostpakistan

Bei den Parlamentswahlen 1971 in Ostpakistan erhielt die Awami-Liga, eine Partei der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums in Ostbengalen, die absolute Mehrheit der Sitze in der pakistanischen Nationalversammlung. Die herrschenden Klassen Westpakistans, die schon seit März 1969 mit Hilfe einer Militärdiktatur regierten, waren jedoch nicht bereit, dieses Wahlergebnis zu akzeptieren. Daraufhin brachen Aufstände in Ostbengalen aus, die vom westpakistanischen Militär grausam unterdrückt wurden.

Indien nutzte den Augenblick und marschierte unter dem Vorwand, das Selbstbestimmungsrecht des Volkes von Bangla Desh sichern zu wollen, mit seinen Truppen in Ostpakistan ein. In Wirklichkeit ging es der indischen Regierung jedoch darum, nach einer Teilung Pakistans, Bangla Desh wirtschaftlich und politisch von Indien abhängig zu machen und dort eine Marionettenregierung zu installieren. Eine Rückendeckung in diesem Krieg war Indien die Unterstützung der Sowjetunion durch den im Sommer 1971 geschlossenen Militärpakt.



Die von den Revis vielgepriesene „neue Ordnung": Erschossene Demonstranten in Indien

Innenpolitik: Die Reaktion marschiert

Die sowjetischen Waffen in den Händen der indischen Expansionisten fanden allerdings nicht „nur" im Einsatz gegen andere Völker Verwendung, sondern sie wurden auch bei ungezählten Anlässen gegen das indische Volk selbst gerichtet: regelmässig sind die Streitkräfte mit der Brechung von Streiks, Überwachung und Kontrolle von Agitation, sowie mit der Verhinderung von Demonstrationen und seit Verhängung des Ausnahmezustandes mit der Ausschaltung jeglicher Opposition beschäftigt. Der Ausnahmezustand war am 26.6.75 durch die indische Ministerpräsidentin Indira Gandhi verkündet worden, nachdem sie wegen korrupter Wahlpraktiken vom Obersten Gerichtshof verurteilt worden war und ihre und die Macht der regierenden Kongreßpartei merklich ins Schwanken geraten war. Durch den Ausnahmezustand wurden sämtliche bürgerliche Freiheiten wie Pressefreiheit und Streikrecht aufgehoben und der Regierung die Möglichkeit gegeben, ohne Gerichtsverfahren politische Gegner zu inhaftieren. Die Zahl der politischen Gefangenen, die zum Teil physisch brutal gefoltert werden, nahm um weitere 116.000 zu. (vgl. C.Sigrist u.a. Indien, Westberlin 1976, Wagenbach Verlag).

Gegen diese Maßnahmen hört man von revisionistischer Seite aus keine Kritik. Die revisionistische „kommunistische " Partei Indiens beteiligte sich ‚konstruktiv' an dem gleichzeitig mit dem Ausnahmezustand verkündeten Notstandsprogramm „der nationalen Wiedergeburt". Euphorisch berichtete etwa das „Neue Deutschland":„*Dieser Aktionsplan, der bis Ende des Jahres verwirklicht werden soll, zielt darauf, bürgerlich-demokratische Reformen, die früher von Indira Gandhi initiiert und von der regierenden Kongreßpartei beschlossen wurden, unter den jetzt entstandenen günstigen Bedingungen*(Ausnahmezustand-Anmkg. AK)*effektiver durchzusetzen. Damit könnte nicht nur das Leben von Millionen Werktätigen wesentlich erleichtert, sondern auch der ökonomischen Basis der Reaktion ein Schlag versetzt werden*"(ND, 22.6.76).

Entsprechend hochgejubelt von der sowjetischen und der DDR-Presse wurde Indira Gandhi bei ihren Besuchen in Moskau und Berlin im Juni letzten Jahres .„*Wir haben grosse Bewunderung für die Klugheit, Sicherheit , Herzenswärme und Intensität , mit der Indira Gandhi ihr riesiges Land mit seinen enormen Problemen auf dem Wege des Friedens führt. Dank ihrer umsichtigen und konsequenten Politik hat das Wort und die Tat Indiens im Kampf um den Frieden in der Welt großes Gewicht erhalten*"(ND,23.6.76).

In seiner Tischrede, anläßlich des Besuches Indira Gandhis, erklärt Breshnew:„*Durch seine Politik, die auf den Schutz des Friedens(!) und der friedlichen Koexistenz (!) gegen Imperialismus und Reaktion (!) , gegen Kolonialismus und Rassismus, gerichtet ist, hat sich Ihr Land große internationale Autorität erworben*" (Horizont, 26/76).

Nach wie vor gehen die Revisionisten von der Voraussetzung aus - oder besser gesagt, geben vor, davon auszugehen - daß Indien sich auf dem „nichtkapitalistischenWege" befindet:„*Die Entwicklung Indiens ist geprägt vom Übergang aus kolonialer Vergangenheit in eine neue moderne Ordnung, die unter Führung des nationalen Bürgertums erfolgt*"(ND, 22.6.76).

Geht man davon aus, daß für Indien das Ziel der Klassenkampfentwicklung die revolutionär - demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern (Volksrevolution) ist, so hat Lenin darauf hingewiesen, daß dem Klassencharakter nach zunächst „*die Umwälzung die Herrschaft der Bourgeoisie stärken wird. Das ist bei der gegebenen , d.h. kapitalistischen, ökonomischen Struktur der Gesellschaft unvermeidlich. Wird aber die Herrschaft der Bourgeoisie über ein politisch einigermaßen freies Proletariat gestärkt, so führt das unweigerlich zu einem erbitterten Kampf um die Macht zwischen ihnen, zu verzweifelten Versuchen derBourgeoisie, ‚dem Proletariat die Errungenschaften der revolutionären Periode zu entreißen '. Das Proletariat darf deshalb , während es allen voran und an der Spitze aller für die Demokratie kämpft , keinen Augenblick lang die im Schoße der bürgerlichen Demokratie verborgenen neuen Widersprüche und den neuen Kampf vergessen.*"(Lenin, Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution). Wiederholt hat Lenin darauf hingewiesen, daß diese „Umwälzung", soll sie in Richtung auf eine sozialistische Gesellschaft laufen, unter der Führung des Proletariats und andere mit ihr verbündeter Klassen, wie der Bauern, stehen muß.

Die Revisionisten aber sagen das genaue Gegenteil:Die „neue Ordnung " in Indien wird „unter Führung des Bürgertums" erreicht und dadurch sollte der „*ökonomischen Basis der Reaktion ein Schlag versetzt werden.*"

Die tatsächliche Entwicklung in Indien - terroristische Unterdrückung der Arbeiter und Bauern, Stärkung der nationalen Bourgeoisie durch verschärfte Ausbeutung -spricht natürlich für Lenin und gegen seine „modernen" Verfälscher.

RGW-Kommission **(wird fortgesetzt)**

VR Polen:

VR Polen:

Terror-Prozesse gegen Juni-Demonstranten abgeschlossen

Die Welle von Prozessen, mit der die polnischen Revisionisten auf die Juni-Kämpfe 1976 geantwortet hatten, sind kürzlich mit dem Abschluß der Revisionsverfahren beendet worden.

Bei den Kämpfen am 25. Juni gegen drastische Preiserhöhungen (bis zu 100%) wurden insgesamt 173 Personen verhaftet. Die polnischen Revisionisten – und im Nachtrab natürlich ihre westdeutschen Freunde von der D„K"P ebenso – versuchten bei der brutalen Verfolgung dieser Demonstranten von Anfang an den Eindruck zu erwecken, daß es sich um „kriminelle Elemente" etc. handele.

So verbreitet etwa die „Unsere Zeit" (Organ der DKP) bereitwillig die Zweck-Propaganda des polnischen Generalstaatsanwalts, Lucjan Czubinski, daß sich unter den Verhafteten „*44 Personen ohne festen Arbeitsplatz und 129 Vorbestrafte* (befanden). *Von den letzteren waren 22 wiederholt vorbestraft worden, einige über 10 Mal*" („Unsere Zeit", 7.1.77).

Nun liegt es in der Natur der Sache, daß bei derartigen Auseinandersetzungen wie sie im Juni 1976 in Polen stattfanden, der eine oder andere Kriminelle seine Chance sieht. Das jedoch – vorrausgesetzt die Fakten stimmen – in so großer Zahl „Vorbestrafte" und Leute „ohne festen Arbeitsplatz" unter den Verhafteten sein sollen, ist allerdings eher ein Bewies für den Justizterror der polnischen Revisionisten gegen ihre Kritiker, als etwa für den „kriminellen Charakter" der Aktionen vom Juni 76.

Wieviele der „Vorstrafen" denn zum Beispiel von den Arbeiterkämpfen 1970 oder von anderen fortschrittlichen p o l i t i s c h e n Aktionen herrühren, das haben Herr Czubinski und seine Freunde von der D„K"P natürlich nicht verraten!

Fakt bleibt jedenfalls, daß die Arbeiter, die jetzt in die Klauen der Revisionisten geraten sind, mit drastischen, mehrjährigen Strafen belegt wurden, daß sie reihenweise aus den Betrieben geworfen wurden – von den Prügel-und Foltermethoden (s. AK 95) in der „Prozeßvorbereitung" der polnischen Miliz ganz zu schweigen. Sie werden sicher die „Vorbestraften" „Arbeitslosen", etc. der nächsten Kämpfe sein ...

Von den 24 Revisionsprozessen, die jetzt vor dem Obersten Gerichtshof Polens verhandelt wurden, wurde nur ein Fall wegen Beweismangels an die erste Instanz zurückgewiesen: Bullen hatten ausgesagt, sie hätten den Angeklagten „in seiner hellen Hose" in der „randalierenden Menge" gesehen ... dumm nur, daß dieser lediglich bei der Gegenüberstellung eine weiße Hose trug, bei seiner Verhaftung am 25. Juni abends jedoch, als die Miliz wilkürlich gegen Passanten, versprengte Demonstranten etc. vorging, trug er eine dunkle ... („Frankfurter Rundschau", 3.2.77). Unter dem Druck der internationalen Empörung sind vor allem unmittelbar nach den brutalen Urteilen der ersten Instanz 5 Arbeiter durch die Revision auf Bewährung freigelassen worden, in sieben Fällen wurde das erstinstanzliche Urteil beibehalten, die restlichen Strafen wurden abgeschwächt.

Unter völliger Mißachtung der Proteste und Forderungen der Betroffenen (gefordert wurde vor allem die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission gegen die Ausschreitungen der Miliz), unter Mißachtung der Solidarisierung von einzelnen Belegschaften mit ihren verurteilten und gefeuerten Kollegen (z.B. der Ursus-Weke), sowie von einzelnen Intellektuellen, haben die Gerichte des revisionistischen Regimes Terror-Urteile gefällt. Das höchste Urteil für eine Demonstration, vielleicht für einige eingeschlagene Fensterscheiben und einige leergeräumte Lebensmittelregale beträgt immer noch 9 Jahre Gefängnis! („Frankfurter Rundschau", 3.2.77).

Der Gipfel der Perversion ist es u.E. jedoch, wenn man in der D„K"P Zeitung „Unsere Zeit" den Generalstaatsanwalt Czubinski damit zitiert findet, daß die Vorwürfe der Arbeiter gegen die Miliz „*völlig unbegündet*" seien, und es dann weitergeht:

„*Über die Beziehungen zwischen den Bürgern und den Verfolgungsorganen* (!! ein treffender Begriff!) *führte Generalstaatsanwalt Czubinski aus, daß die Staatsanwaltschaft im vorigen Jahr die Untersuchung von Beschwerden und Bürgerbriefen bedeutend verbessert habe* ..."(„Unsere Zeit", 19.1.77).

RGW-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

Letzte Meldung: „Begnadigung"?

Nach Redaktionsschluß erreichte uns die Meldung von Presseagenturen, daß die revisionistische Führung Polens offenbar beabsichtigt, denjenigen Verurteilten aus den politischen Prozessen eine „Begnadigung" zu gewähren, „*die Reue bewiesen haben und zu Hoffnungen berechtigen, daß sie nicht von neuen den Weg der Vergehen betreten*" (Antrag des polnischen Staatsrats, lt. „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 5.2.77).

Wer von den inhaftierten Demonstranten tatsächlich in den „Genuß" dieses „Großmuts" kommen wird, läßt sich natürlich noch nicht abschätzen. Eins ist jedoch klar: Die polnischen Revisionisten können sich mit einem derartigen Akt nicht von den Verbrechen loskaufen, die sie begangen haben – der Ermordung zahlreicher Arbeiter in den Kämpfen von 1970 und den Juni-Kämpfen des letzten Jahres. Sie können nicht vergessen machen, daß es in Polen Terrorgesetze gibt, nach denen auch in Zukunft Arbeiter und andere fortschrittliche Menschen wegen läppischer „Delikte" zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt werden.

Die Forderung bleibt:
Freiheit durch Freispruch für alle politischen Gefangenen!

Vorsicht Falle

Die ›KPD‹ auf Dummenfang

Die sogenannte „KPD" ist eine kleine Filiale der imperialistischen BRD-Bourgeoisie in der linken Bewegung. In diesem Sinn tritt die KPD ein für:

- „den Gedanken des gerechten Verteidigungskrieges" („Rote Fahne", Nr. 15/75).
- „**Maßnahmen zur Stärkung der militärischen Unabhängigkeit der westeuropäischen Staaten**" („Rote Fahne" – „RF" 15/75).
- Stärkung der Bundeswehr („RF" 15/75).
- Stärkung der „*Verteidigungskraft der westeuropäischen Länder*" („RF" 23/75).
- „Zusammenschluß der westeuropäischen Länder in der EG („RF" 26/75).
- „**Atomwaffen in den Händen der europäischen Staaten**" („RF" 27/75).
- NATO-Übungsplätze in der BRD („*Der Kampf, der sich überhaupt dagegen richtet, daß NATO-Truppenübungsplätze aufgebaut werden, führt gegenwärtig in die Irre*" – „RF" 28/75).
- **den Verbleib der US-Besatzungstruppen in der BRD** („RF" 28/75).

Die „KPD" hat indessen sehr schnell gemerkt, daß es sich derzeit in der linken Bewegung nicht gut o f f e n für diese imperialistischen Ziele kämpfen läßt. So hat sie, ohne auch nur ein einziges dieser Ziele selbstkritisch zu revidieren, bereits vor etwa einem Jahr einen Taktikwechsel vollzogen: Nicht mehr offen und direkt diese Ziele zu vertreten, sondern sich erst einmal „demokratisch" getarnt in bestehende antiimperialistische Bewegungen einzuschleichen und diese schrittweise von ihrer ursprünglichen Zielsetzung abzubringen und zu zersetzen. Die „KPD"-Chefs bezeichnen diese Taktik als:

„Antihegemonistisch-demokratischer Kampf"

„Antihegemonistisch-demokratischer Kampf"

In einem Artikel mit der Überschrift „*Aktionseinheit der Demokraten, Antifaschisten und Kommunisten*" („RF" 51-52/76) sind ausführlich die „**Hauptinhalte des antihegemonistisch-demokratischen Kampfes**" dargelegt, nämlich in folgenden fünf Punkten:

1. „*Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr*", wobei „**der Hauptschlag gegen den sowjetischen Sozialimperialismus zu richten**" sei; in diesem Sinn „**die Massen zur Vorbereitung auf den Kriegsfall zu erziehen**".
2. „*Den faschistischen Charakter des sozialimperialistischen Herrschaftssystems zu entlarven, die politische Linie 'Breschnew ist der Hitler von heute' zu propagieren*".
3. „*Für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes einzutreten*".
4. „*Gegen die faschistische Unterdrückung in der DDR und gegen die politische Unterdrückung und die wachsende faschistische Gefahr in der BRD und Westberlin zu kämpfen*".
5. „*Gegen die verschärfte Ausbeutung und die soziale Demontage in beiden Teilen Deutschlands einzutreten*" („RF" 51-52/76).

Der Sinn dieser politischen Linie besteht, kurz zusammengefaßt, in folgendem:

1. Die Sowjetunion als „**Hauptkriegstreiber**" darzustellen, um von den Kriegsvorbereitungen des US- und BRD-Imperialismus vollständig abzulenken bzw. diese als gerechtfertigte Verteidigungsmaßnahmen erscheinen zu lassen.
2. Das Märchen von der „militärischen Überlegenheit" der Sowjetunion zu verbreiten, um Stimmung für die „Verteidigungsanstrengungen" des BRD-Imperialismus und der NATO zu machen.
3. Das Schlagwort von der „faschistischen Unterdrückung" in der Sowjetunion zu benutzen, um nicht nur den heute existierenden Faschismus (Chile u.a.), sondern sogar den Hitler-Faschismus demgegenüber als vergleichsweise „weniger schlimm" hinzustellen.
4. Im selben Sinn das Schlagwort von der „faschistischen Unterdrückung" in der DDR zu verwenden, um den Kampf gegen die Faschisierung in der BRD zu desorientieren.

Diese Taktik der „KPD" als imperialistische Agentur in der linken Bewegung ist im Grunde leicht durchschaubar, zumal sie in dem erwähnten Artikel der „Roten Fahne" ganz offen beschrieben wird. Kompliziert wird die Sache jedoch dadurch, daß die „KPD" über einen Kaderstamm verfügt, der mit der eigenen pro-imperialistischen Linie relativ flexibel und geschickt zu arbeiten versteht. Das unterscheidet die „KPD" grundlegend von den beiden anderen „ML"-Organisationen der BRD, der „KPD/ML" und dem KBW, deren spezielles „Geschick" darin besteht, jeden nur möglichen Bundesgenossen durch blindes Herumgeholze von vornherein zu verprellen. Zugute kommt der „KPD" außerdem zum einen das Vorhandensein antikommunistischer Vorstellungen in der linken Bewegung und zum anderen die weitverbreitete „Einheits"-Duselei vieler Linker, die selbst gegenüber pro-imperialistischen Positionen noch um die sogenannte „Solidarität aller Linken" bemüht sind.

„Gegen die Unterdrückung in Ost und West"

Die günstigsten Chancen hat die „KPD" zweifellos, wenn sie mit Parolen wie etwa „Gegen die Unterdrückung in b e i d e n deutschen Staaten" auftritt. Diese Parole fällt auf vorbereiteten Boden. Ohne weiteres können die „KPD"-Kader in dieser Frage auf Übereinstimmung mit dem SB („Sozialistisches Büro") und den um diese herumflatternden Strategen vom Typ Rudi Dutschke rechnen. Auch zu den Trotzkisten der GIM ergeben sich eindeutige Berühungspunkte. Erst recht zieht die „KPD" in dieser Frage mit den Jusos an einem Strang. Erste Erfolge erreicht die „KPD", indem ihre Kader zunächst mit Zurückhaltung agieren. So gibt die „KPD" sich z.B. fürs Erste damit zufrieden, die Parole „Gegen die Unterdrückung in b e i d e n deutschen Staaten" (bzw. „in der BRD und in der DDR") in Resolutionen auf Studentenversammlungen etc. einzuschmuggeln, ohne ihre „antihegemonistische" Linie dabei voll herauszulassen. In der „Roten Fahne" freilich erscheinen dann derartige Resolutionen als Unterstützung für die pro-imperialistische Linie der „KPD".

Die „KPD" verfolgt mit dieser Taktik längerfristig ein zweifaches Ziel:

1. **Die Isolierung der DKP sowie der Kommunisten, die sich nicht auf die Parole „Gegen die Unterdrückung in b e i d e n deutschen Staaten" einlassen.**
2. **Die vollständige Desorientierung des Kampfes gegen die Faschisierung in der BRD.**

Was das erste Ziel angeht, so schwimmt die „KPD" dabei voll mit dem derzeitigen Trend der SPD, auf allen Ebenen die noch bestehenden Kontakte und „Aktionseinheiten" zur DKP zu liquidieren, als ein weiterer Schritt der imperialistischen „Salami-Taktik" zur Zerschlagung der linken Bewegung insgesamt. Den Vorwand dafür bietet die immer offensichtlichere Verschärfung innerer Widersprüche in den revisionistischen Ländern und unter den revisionistischen Parteien sowie das Verhalten der DKP dazu. Die DKP spielt diesem Vorgehen der Sozialdemokratie in die Hände, indem sie (am Fall Biermann u.a.) selbst ihren wohlmeinenderen bisherigen Bündnispartnern unmißverständlich vorexerziert, wie die DKP im „Sozialismus" mit ihnen umspringen würde. Dies unterstreicht die DKP noch, indem sie heute schon mit Schläger-Banden und übelsten Fälscher-Methoden in der linken Bewegung um sich holzt.

An diesem Verhalten der DKP setzen SPD und „KPD" gemeinsam den Hebel an, um die DKP vollends zu isolieren, was zum einen eine Schwächung der demokratischen Bewegung in der BRD bewirken soll, und was zum anderen ein Abdriften von großen Teilen der Jusos und linken Sozialdemokraten nach rechts begünstigt.

Was das zweite Ziel angeht, die vollständige Desorientierung des Kampfes gegen die Faschisierung in der BRD, so verfolgt die „KPD" dabei die folgende Taktik:

„*Unsere Linie besteht darin, die antihegemonistisch-demokratische Bewegung in beiden (!) Teilen Deutschlands auf den Kampf der Arbeiterklasse und der Volksmassen gegen den Sozialimperialismus und die faschistische Unterdrückung in der DDR zu gründen*" („RF", 51-52/76). Mit anderen Worten: Der Kampf gegen die Faschisierung in der BRD soll auf den Kampf gegen den „Sozialimperialismus" und die „faschistische Unterdrückung" in der DDR g e g r ü n d e t werden! Nein, das ist kein Mißverständnis! Ausdrücklich sagt die „KPD", daß sie den Kampf gegen (??) die Faschisierung in der BRD „**vor allem**" als „**Kampf gegen den sowjetischen Sozialimperialismus als Hauptunterdrücker und Hauptfeind für die demokratischen Rechte des deutschen Volkes**" führen will. Das heißt, mit anderen Worten, daß die „KPD" den demokratisch-antifaschistischen Kampf a b l e n k e n will auf die Mühlen der imperialistischen Kriegshetze und -vorbereitungen gegen die Sowjetunion. Aus dem Kampf gegen die imperialistische Bourgeoisie der BRD soll „vor allem" ein Kampf gegen den „Sozialimperialismus" gemacht werden, was faktisch die vollständige Zersetzung und Liquidierung des demokratisch-antifaschistischen Kampfes in der BRD und seine Verkehrung ins Gegenteil bedeuten würde.

Es versteht sich von selbst, daß die „KPD"-Kader dieses Endziel ihrer Partei in der Regel noch nicht voll herauslassen, sondern auf bescheidener Stufe erste Erfolge zu erreichen versuchen. Ihr Anliegen besteht für's Erste „nur" darin, in jeden antifaschistisch-demokratischen Kampf auch den Kampf gegen die („faschistische") „politische Unterdrückung" in der Sowjetunion und DDR „hineinzutragen" und dabei stets mehr oder weniger dezent darauf hinzuweisen, daß d i e s e Unterdrückung doch eigentlich viel schlimmer sei als die in der BRD.

„Gegen die Unterdrückung in beiden Teilen Deutschlands"

Es erscheint freilich auf den ersten Blick nicht unlogisch, sich gegen die politische Unterdrückung in der BRD u n d in der DDR zu wenden. Gerade der „Fall Biermann" hat für eine derartige Forderung Argumente geliefert. Man muß sich schon die Frage gefallen lassen: Sind wir etwa f ü r politische Unterdrückung in der DDR? Natürlich nicht! Was haben wir also gegen eine derartige Forderung einzuwenden?

1. Die Forderung geht von einer irrealen „deutschen Einheit" aus, d.h. von sogenannten „besonderen Beziehungen" zwischen BRD und DDR. Der chauvinistische Charakter dieser Forderung wird deutlich, wenn man sie beispielsweise logisch verlängert auf „Gegen die politische Unterdrückung in der BRD, DDR und Österreich". Oder: „Gegen politische Unterdrückung auf dem Territorium Deutschlands in den Grenzen von 1937" etc.

Geht man andererseits n i c h t von der Konstruktion „besonderer Beziehungen" zwischen BRD und DDR aus, so wäre die Forderung ebenso absurd und beliebig, als wenn wir z.B. fordern würden „Gegen die politische Unterdrückung in der BRD und Norwegen" etc.

Praktisch läuft das Einbringen der Forderung „Gegen die politische Unterdrückung in der BRD und in der DDR" in die demokratische Bewegung also von vornherein darauf hinaus, die Theorie der „besonderen Beziehungen" und die Ideologie der „Wiedervereinigung" zu einem Polarisierungspunkt der Bewegung zu machen, was wir als spalterisches Unterfangen entschieden ablehnen. Die „KPD" hingegen zielt gerade auf diese Spaltung ab, indem sie offen hervorhebt: „*Die Betonung der Notwendigkeit des Kampfes in b e i d e n deutschen Staaten führt zu einer Polarisierung im sogenannten 'linken Lager' in der BRD und Westberlin*" („RF" 51-52/76).

2. Prinzipiell halten wir das Argument für richtig, daß es innerhalb der demokratischen Bewegung eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit ist, wie sich eine bestimmte Kraft beispielsweise zum „Fall Biermann" verhält. Es ist tatsächlich ein offensichtlicher Widerspruch, wenn die DKP hierzulande für demokratische Rechte eintritt bzw. einzutreten vorgibt, in der DDR jedoch undemokratisches Vorgehen verteidigt und damit letztlich ja auch ihr eigenes Verhältnis zu ihren derzeitigen „Bündnispartnern" umreißt. Das Verhältnis der DKP-Führung zu ihren möglichen „Bündnispartnern" in der jetzigen Etappe ist von daher von vornherein als zynisch und unaufrichtig zu kennzeichnen.

Dennoch halten wir es für schädlich, in der demokratischen Bewegung an der Frage der Repression in der DDR und allgemeiner in den revisionistischen Ländern eine Polarisierung und in der Konsequenz einen Bruch herbeizuführen. Nämlich vor allem deshalb, weil diese Frage auch unter den Kräften, die nicht dem Umfeld der DKP zuzurechnen sind, alles andere als vereinheitlicht ist. Das ist für uns derzeit der primäre Aspekt. Wenn w i r sagen, daß wir „gegen Unterdrückung in Ost und West" sind, so deckt sich das nicht mit den Vorstellungen beispielsweise der Trotzkisten oder des SB, und es deckt sich erst recht nicht mit den Vorstellungen der „KPD". Wir sind nicht g e n e r e l l gegen Unterdrückung in den revisionistischen Staaten. Wir sind nicht dagegen, daß dort Konterrevolutionäre und Faschisten unterdrückt werden. Wir fordern nicht für d i e s e Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Demonstrationsfreiheit etc. Wir lehnen die Forderung der trotzkistischen GIM nach „Freilassung aller politischen Gefangenen in der Sowjetunion" daher ab (siehe AK 97, S. 44). Wir lehnen ebenso die Forderung der „KPD" nach „**Freiheit für alle politischen Gefangenen in der DDR!**" ab („RF", 50/76).

Man muß dabei klar sehen, daß die Frage des „alle" keine leere Wortklauberei ist, sondern daß die Trotzkisten und die „KPD" das tatsächlich wörtlich so meinen. Es ist bekannt, daß beide übereinstimmend sich mit dem ganzen reaktionären, pro-imperialistischen „Dissidenten"-Sumpf in den revisionistischen Ländern „solidarisieren", was bei der „KPD" z.B. soweit ging, den Strauß-Freund Bukowski als „*standhafte edle Natur*" zu verherrlichen. („RF", 50/76).

Es wäre unserer Meinung nach Wahnwitz, wenn man die demokratische Bewegung der BRD auf eine s o verstandene „Solidarität" mit reaktionären Elementen verpflichten würde, nur weil sie in den revisionistischen Ländern unterdrückt werden. Die Alternative wäre noch, daß die Bewegung sich auf die Parole „Gegen Unterdrückung in Ost und West" o.ä. „vereinheitlicht", und daß dies dann jeder für sich so interpretiert, wie er es für richtig hält: Die „KPD" wird das überall als großen Sieg im „antihegemonistischen Kampf" (d.h. im Sinne der psychologischen Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion) herumposaunen, die Trotzkisten werden es auf ihre Art darstellen, und im SB wird es vielleicht jeder für sich auslegen.

Es liegt auf der Hand, daß ein solches Vorgehen ein zusätzliches Element der Spaltung und Auflösung enthält.

Der sekundäre Aspekt für uns ist, daß ein solches Vorgehen es auch der DKP erleichtern würde, ihre spalterische Linie gegenüber den eigenen Mitgliedern durchzusetzen. Denn selbst gutwillige DKP-Genossen, die im „Fall Biermann" ihrer Partei absolut nicht mehr folgen konnten, werden abgeschreckt und in die Arme der Parteiführung getrieben, wenn ihnen „Solidarität" mit einer „standhaften edlen Natur" wie Bukowski oder einem „Humanisten" wie Solschenizyn als Voraussetzung einer Zusammenarbeit abgefordert wird. Unser Kampf gegen die politische Unterdrückung auch in den revisionistischen Ländern diskreditiert sich selbst, wenn wir ihn auf den reaktionären Abschaum ausdehnen, der sich dann hierzulande in Löwenthals ZDF-Studios und Springers Redaktions-Stuben ein Stelldichein gibt. Einen größeren Gefallen können wir übrigens auch der DKP-Führung gar nicht tun. S o werden wir bestimmt keinen Einbruch in die Reihen der DKP erreichen!

Offene Beschönigung des Faschismus

In der „Roten Fahne" treibt die „KPD" das Geschrei über die „faschistische Unterdrückung" in der Sowjetunion bis zur offensten Beschönigung des tatsächlichen Faschismus. So heißt es beispielsweise in einem Leitartikel zum Austausch Bukowski-Corvalan, daß sich die Sowjetunion „*nur durch das noch größere Ausmaß und durch die Perfektion des Terrors von Faschisten wie Pinochet unterscheidet*"; Folter etc. wie in Chile sei in der Sowjetunion „*an der Tagesordnung und wird in größerem Umfang und viel ausgeklügelter durchgeführt*" als in Chile („RF" 51-52/76). Offen den chilenischen Faschismus zu verteidigen, wagt die „KPD" noch nicht, sie relativiert ihn vorerst nur. Schon etwas kühner war sie im Falle Portugals, wo sie den Rechtsputsch vom 25. November 1975 und die Niederlage der revolutionären Bewegung unverhohlen begrüßte („RF" 50-51/75, u.a.)

Die „KPD" geht heute schon so weit, selbst den Hitler-Faschismus noch zu verharmlosen, indem sie etwa über die „faschistische Unterdrückung" in der Sowjetunion behauptet: „**Das Ausmaß der Internierung in solchen Lagern übertrifft bei weitem (!) die Praxis der Hitlerfaschisten**" („RF" 42/76). Mit Ignoranz und Unkenntnis allein ist eine derartige Äusserung nicht mehr zu erklären. „**Im April 1939 registrierte die Gestapo 162.734 politische Häftlinge in den Konzentrationslagern**" (Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. X, S. 186). „**Von rund 300.000 Mitgliedern, die die KPD 1933 zählte, wurden etwa 150.000 verfolgt, eingekerkert oder in die Konzentrationslager verschleppt. Zehntausende von Funk-**

DAS HÄLTSTE IM KOPF NICHT AUS

Auf der parteilos getarnten Veranstaltung der KPD am 18. Dez. 76 (s. Bericht in „radikal" Nr. 11, S. 6) bedauerte der Veranstaltungsleiter, daß der Schriftsteller Siegmar Faust nicht auf dem Podium, wie auf den Plakaten angekündigt, sitzen könne. Er fühle sich der Beantwortung der Fragen nicht gewachsen. Kreimeier sagte noch, er hoffe, daß Faust im Saal sei und sich wenigstens als Zuhörer in der Diskussion zu Wort melden möge. Dieses Werben um einen „Demokraten", der in der DDR 33 Monate im Gefängnis war, erfüllte sich nicht.

Damit blieb der KPD ein entlarvender Redebeitrag erspart:

Zitat:
Mich befremdet nicht nur dieser schon fast geduldete Terror, mit dem hier kommunistische Gruppen kulturelle und politische Veranstaltungen auf primitivste Weise stören dürfen, mich befremdet nicht nur, daß einem hier, besonders an den höchsten Bildungseinrichtungen die Fratzen des größten Massenmörders aller Zeiten, nämlich Stalin, unbehelligt entgegengehalten werden dürfen, mich befremdet nicht nur, daß man hier von maßgebenden Leuten der Berliner Kulturszene schon als Naivling, oder gar als reaktionärer Spinner abgetan wird, wenn man sich auch heute noch zu Solschenizyn bekennt.

Mich befremdet am meisten, daß gerade hier in Berlin die Sozialdemokraten in ihren Presseorganen kaum zu den eklatanten Menschrechtsverletzungen, die tagtäglich in den Ostblockstaaten begangen werden, Stellung nehmen, sondern dies fast ausschließlich dem Hause Springer überlassen.

Der ideologische Kampf gegen dieses zutiefst inhumane, so auch völlig unsozialistische System im Osten, wird meist am konsequentesten von kleinen Organisatinen geführt, die aber wie beispielsweise die Arbeitsgemeinschaft 13. August wenig staatliche Unterstützung erhalten.'

Diese Sätze stammen aus einer Rede, die Faust am 10.12. in der Berliner Kongreßhalle (also 8 Tage vor der KPD-Veranstaltung) hielt, anläßlich eines „Tages der Menschenrechte" den der Bund Freies Deutschland (BFD) veranstaltet hatte. Sie ist vollständig abgedruckt in der Weihnachtsausgabe der BFD-Nachrichten. Dort steht sein Beitrag in unschöner Eintracht mit denen von Frau Buber-Neumann („Ich bin wirklich jeden Morgen glücklich, als Bundesbürger zu erwachen.") Matthias Walden (Chefkommentator des SFB) oder Gerhard Löwenthal (ZDF-Magazin).

Was der BFD, diese Partei von Springers Geld und Strauß' Gnaden allein an antikommunistischen Tiraden und faschistoider Volksverhetzung geleistet hat, scheint der KPD offensichtlich noch nicht genug. Sie versuchte Faust für ihre Veranstaltung zu keilen, damit er die Illustration liefern sollte für einen Satz wie diesen:

> In der DDR herrscht heute eine neue Kapitalistenklasse mit faschistischen Methoden über das Volk, . . . (Rote Fahne 24.11.76)

Hier wird nochmal verstärkt deutlich, was für „antihegemonistisch – demokratische" Kräfte der Bourgeoisie die KPD umwirbt.

Sage mir, mit wem Du umgehst und ich sage Dir, wer Du bist!

Sr.

Aus der Westberliner Sponti-Zeitung „radikal" vom 26.1.77

tionären und Mitgliedern der Partei wurden ermordet" (Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. X, S. 206). Zum Vergleich: 'amnesty international' schätzt die Zahl der „Gewissensgefangenen" in der Sowjetunion (dieser Begriff beinhaltet außer politischen auch „religiöse" Gefangene) auf etwa 10.000! – Vollständig wahnwitzig wird jeder Vergleich, wenn man außerdem die ungeheuerlichen Verbrechen des deutschen Faschismus während des Krieges betrachtet: 5-6 Millionen ermordete Juden, mehrere Millionen verschleppte Zwangsarbeiter aus den besetzten Ländern, u.a.m.!

Mit der wahnwitzigen Lüge, die Sowjetunion sei „noch viel schlimmer" als der deutsche Faschismus, will die „KPD" zum einen das antifaschistische Bewußtsein in der BRD verschütten und zum anderen massive psychologische Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion betreiben. Am Ende soll dabei herauskommen, daß es für uns immer noch erheblich besser sei, von der eigenen imperialistischen Bourgeoisie „etwas" unterdrückt zu werden (wenn's halt im Interesse unserer „Verteidigungsbereitschaft" sein muß), statt unter das „faschistische Joch des Sozialimperialismus" zu geraten. **„Im Kampf gegen die sozialfaschistische Diktatur verbinden sich die Marxisten-Leninisten mit den Kräften aus der Bourgeoisie, die dem Vordringen des Sozialimperialismus Einhalt gebieten wollen"** („RF" 25/75).

Schon sind bei der „KPD" auch Rufe nach verstärkter Unterdrückung in der BRD zu hören – natürlich nur gegen die „Agenten des Sozialimperialismus", versteht sich, also gegen DKP, „KB Nord", linke Sozialdemokraten usw. usf. So fordert die „KPD" beispielsweise, *„Betriebe und Gewerkschaften von offenen und verdeckten* (!) *Agenten des Sozialimperialismus zu säubern"* („RF" 5/76).

Noch um einige Töne deutlicher und offener war die „KPD" in ihren Kommentaren zu Portugal, wo sie vor dem Rechtsputsch der reaktionären Regierung Azevedo vorwarf, sie habe sich **„eines zu schüchternen (!) Maßes an Repression bedient"**, und wo sie **„die Anwendung handfester Repressalien"** gegen die revolutionäre Bewegung forderte, **„um dem Klima der Anarchie und Unruhe ein Ende zu setzen"** („RF", 43/75). N a c h dem Rechtsputsch hetzte die „KPD", weil die Führer der revisionistischen PCP nicht verhaftet worden waren („RF", 4/76).

Logisch, daß die „KPD"-Kader diese Linie in der Zusammenarbeit mit demokratischen Kräften nicht voll herauslassen, weil ihnen sonst sofort ein Tritt in den Arsch sicher wäre. Man muß aber immer wieder betonen, daß die „KPD" k e i n e n dieser Punkte jemals zurückgenommen hat! Im Gegenteil: Zur „PCP/ML", die diese Linie in Portugal konsequent und offen vertritt, un-
men hat! Im Gegenteil: Zur „PCP/ML", die diese Linie in Portugal konsequent und offen vertritt, un-
terhält die „KPD" nach wie vor allerengste „bruderpartei"liche Beziehungen!

Die Politik der „KPD" in der Anti-KKW-Bewegung

Äußerst rührig ist die „KPD" in der Anti-KKW-Bewegung. Indem sie sich zum einen als „militante Platzbesetzer" aufspielte und zum anderen das pubertäre Herumgeprotze von „KPD/ML" und KBW vermied, hat sich die „KPD" zunächst einmal eine gewisse Vertrauensbasis geschaffen. Auf dieser Grundlage versucht sie nunmehr, schrittweise ihre Grundlinie (Kriegshetze gegen die Sowjetunion, Zersetzung antiimperialistischer Bewegungen) durchzusetzen.

Der erste Schritt dabei ist, den Kampf gegen KKW's a u c h in der DDR in die Bewegung „hineinzutragen". Dazu machen die „KPD"-Kader derzeit schon direkte Versuche, bis hin zum Vorschlag entsprechender Resolutionen. Die nächste Stufe wird logischerweise sein, daß die „KPD" dann „v o r a l l e m" gegen die KKW's in der DDR kämpfen will, mit der Begründung, daß diese noch viel gefährlicher seien als die in der BRD. Einen eindeutigen Ansatz dazu hat die „KPD" schon gemacht, indem sie von einem Unfall im DDR-KKW Greifswald zu berichten wußte („wahrscheinlich mehrere tödlich Verunglückte") und dazu den Kommentar abgab: „...*daß die in der heutigen sozialimperialistischen Sowjetunion konstruierten und im ganzen RGW-Bereich errichteten AKW's noch viel ungesicherter sind als die bei uns üblichen"* („RF", 50/76).

Da jedoch andererseits auf der Hand liegt, daß die westdeutsche Anti-KKW-bewegung schwerlich gegen Kraftwerke in der DDR kämpfen kann (nächste Demo in Greifswald, oder wie?!), wird die „KPD" schließlich in die Bewegung den Gedanken hineinzutragen versuchen, daß wir dann eben auch nicht gegen KKW's in der BRD sein dürften, weil wir sonst dem „Sozialimperialismus" helfen würden. Man halte das nicht für einen Witz – nach aller Erfahrung will die „KPD" die Bewegung genau auf d i e s e n Punkt hinsteuern, um sie zu zerschlagen. Daß sie das nicht schaffen wird, ist eine andere Sache.

Außerdem versuchen die „KPD"-Kader schon jetzt, die Anti-KKW-Bewegung im Sinne der Linie „Hauptschlag gegen den Sozialimperialismus" auszurichten. Das sieht so aus, daß der Gedanke der normalen Sicherheit von KKW's verdrängt werden soll zugunsten zweier anderer Überlegungen:

1. Kernkraftwerke machen die BRD von den Uran-Lieferungen der „beiden Supermächte" abhängig. In diesem Sinn plädiert die „KPD" für *„vorrangige Förderung der einheimischen Energievorräte"* und *„Entwicklung neuer, umweltfreundlicher Energiequellen, unabhängig von den Supermächten"*. Außerdem plädiert die „KPD" noch dafür, der BRD-Imperialismus möge sich doch aus den **„unermeßlichen (?!) Reserven an Erdöl und Erdgas"** der „Dritten Welt" bedienen. Diesen Aufruf zur Ausplünderung der „Dritten Welt" verbrämt die „KPD" mit der zynischen Floskel: *„Freundschaft und gleichberechtigte Beziehungen zur Dritten Welt"* („RF" 2/77). Als ob nicht klar wäre, daß die BRD ein imperialistisches Land ist und daß die Hauptlieferanten für Erdöl (Saudi-Arabien und die Emirate der
die Hauptlieferanten für Erdöl (Saudi-Arabien und die Emirate der
arabischen Halbinsel) reaktionäre Kompradoren-Staaten sind, daß es sich also um ganz normale kapitalistische Beziehungen und nicht um „Freundschaft mit der Dritten Welt" handelt. Zugrunde liegt dem „Energieprogramm" der „KPD" der Wunsch, daß sich der BRD-Imperialismus von dem US-Imperialismus „unabhängiger" machen möge. Dieser Gedanke ist den Imperialisten selbst durchaus nicht fremd. Damit rechnet auch die „KPD", wenn sie schreibt: *„Die antihegemonistisch-demokratische Bewegung muß auch Kreise der Bourgeoisie ansprechen, die die Gefährlichkeit des russischen Sozialimperialismus erkannt haben, die an die Zuverlässigkeit des ‚Atomschilds' der USA nicht glauben, und die an der Einheit der Nation festhalten"* („RF", 51-52/76).

2. Benutzung der berechtigten Furcht vor KKW's, um die „Gefahr aus dem Osten" noch drastischer auszumalen: *„Die Atomkraftwerke müssen verschwinden, denn sie sind eine besonders unerträgliche Bedrohung angesichts der wachsenden Gefahr eines Krieges durch das Ringen der beiden Supermächte um Weltherrschaft, sie stellen ‚schlafende Atombomben' dar, die es jedem Angreifer ermöglichen, einen Atomkrieg ohne Einsatz von Atomwaffen gegen unser Land zu führen und Erpressungen vorzunehmen"* („RF" 2/77). Man weiß schon, daß der „Angreifer" für die „KPD" auf jeden Fall nur die Sowjetunion sein kann und die Anti-KKW-Bewegung auch genau in d i e s e Richtung gelenkt werden soll. Dieses „Programm" versucht die „KPD" auch systematisch in der Anti-KKW-Bewegung durchzusetzen: **„Die KPD schlägt vor, daß sich alle entschiedenen Atomkraftwerksgegner über diese Punkte einigen und fest zusammenschließen sollten"** („RF" 2/77).

Wo es hingehen soll, hat die „KPD" an anderer Stelle noch einmal knapp und unmißverständlich zusammengefaßt: *„Die Menschenfeindlichkeit der AKW's in der BRD und in der DDR muß angeprangert werden, ihre Gefährlichkeit angesichts der durch das Ringen der beiden Supermächte (besonders des russischen Sozialimperialismus) wachsenden Kriegsgefahr muß aufgezeigt werden und zugleich mit dem Kampf gegen die AKW's muß der Kampf gegen die politische Unterdrückung in der BRD und DDR geführt werden"* („RF" 1/77), wobei ja auch letzterer wieder unter der Devise „Hauptschlag gegen den Sozialimperialismus" zu stehen hat.

Verfolgte Unschuld?

Der „KPD" ist es aus gut verständlichen Gründen peinlich, wenn jemand den „antihegemonistisch-demokratischen" Schleier über ihrer Politik der „Vaterlandsverteidigung" anlüftet. Vor allem dem „KB Nord" gilt daher ihr Haß. **„Der KB Nord tanzt zackig nach der Pfeife der Kremlzaren, wenn er die KPD bezichtigt, sie betreibe ‚Kriegshetze gegen die osteuropäischen Staaten'"** heißt es dazu z.B. in einem sechsseitigen Pamphlet der „KPD" gegen den KB, das im Februar herauskam. *„Dermaßen unverschämte und absurde Behauptungen können sich nur Leute zusammendenken, die ihrerseits – wie eben D,K'P und KB – alles daran setzen, die Anti-AKW-Bewegung in eine Bewegung gegen die atomare Aufrüstung der BRD umzumünzen"*, heißt es in demselben Papier. In einem ähnlichen Pamphlet, das schon im Januar verbreitet wurde, hatte die „KPD" bereits geklagt: **„Der KB Nord versucht, das Atomprogramm der Schmidt-Regierung als ‚Kriegsvorbereitungen des BRD-Imperialismus' und als ‚ersten Schritt zur Atombewaffnung' hinzustellen"**. Und damit ist die „KPD" natürlich nicht einverstanden.

Auf der anderen Seite wehrt sie sich hysterisch gegen die *„infame Unterstellung"*, sie sei f ü r die Atombewaffnung der BRD: *„Was die Haltung der KPD zu dieser Frage anbelangt, so war und ist diese klar und unmißverständlich: Wir Kommunisten sind selbstverständlich gegen die atomare Aufrüstung der BRD, weil Atomwaffen in den Händen einer expansiven imperialistischen, gegen die Interessen der Dritten Welt ausgerichteten Bourgeoisie ... niemals der Verteidigung des Weltfriedens dienen können"* (aus dem Anti-„KB Nord"-Papier vom Februar). Die „KPD" behauptet mit derart dreister Inbrunst, daß dies und nichts anderes seit eh und je ihre Überzeugung gewesen sei, daß man ihr fast glauben möchte. Schlägt man indessen die „Rote Fahne" Nr. 27/75 auf, so kann man auf Seite 3 lesen: **„Die europäischen Staaten und Völker müssen ihre Wachsamkeit gegenüber den beiden Supermächten, besonders gegenüber dem sowjetischen Sozial-**
müssen ihre Wachsamkeit gegenüber den beiden Supermächten, besonders gegenüber dem sowjetischen Sozial-
imperialismus erhöhen und ihre Verteidigungsbereitschaft verstärken. Atomwaffen in den Händen der europäischen Staaten sind gerechte Waffen, wenn sie der Verteidigung der Freiheit und Unabhängigkeit gegenüber den imperialistischen Supermächten dienen". Die Einschränkung des „wenn" ist angesichts der Tatsache, daß es sich um imperialistische Staaten handelt, wohl nur als Witz zu verstehen. Ähnlich verhält es sich z.B., wenn in der „Roten Fahne" Nr. 15/75 auf der Seite 3 zu lesen ist: **„Wir müssen deshalb Maßnahmen zur Stärkung der militärischen Unabhängigkeit der westeuropäischen Staaten unterstützen, sofern sich diese Maßnahmen gegen die imperialistischen Supermächte richten und nicht gegen die Völker der Dritten Welt gerichtet sind. Wir unterstützen diese Maßnahmen auch dann, wenn sie noch im Rahmen der Nato durchgeführt werden"**.

Ein weiterer Punkt: In der „Roten Fahne" Nr. 27/75 ist auf der Seite 1 zu lesen, daß die USA in der BRD *„einen Atomminengürtel errichtet"* und *„insgesamt 7.000 taktische Atomwaffen auf dem Gebiet der BRD stationiert"* haben, um – wie es weiter ganz richtig ist – im Kriegsfall die BRD in „verbrannte Erde" zu verwandeln. Welche Schlußfolgerung wird aber gezogen? Abzug dieser Waffen? Denkste! Man müsse vielmehr „die USA-Truppen noch zeitweilig dulden, auch wenn sie nicht für die Verteidigung unserer Unabhängigkeit hier stehen. Ihre Anwesenheit verschafft uns aber eine Atempause, die genutzt werden muß" („RF" 28/75, S. 7).

Heute indessen spricht die „KPD" nicht mehr gern offen darüber, daß sie für die Stärkung der Nato ist und eine atomare Aufrüstung der Bundeswehr für „gerecht" hält. Sie beschränkt sich darauf, diejenigen als „Wasserträger des Sozialimperialismus" anzugreifen, die g e g e n die atomare Aufrüstung und g e g e n Atomwaffen in der BRD sind. Vor allem wehrt sie sich heftig dagegen, wenn ein Zusammenhang zwischen dem Atomprogramm der Bundesregierung und der imperialistischen Kriegsaufrüstung hergestellt wird, weil das allerdings den Absichten, die sie s e l b s t in der Anti-AKW-Bewegung verfolgt, strikt zuwider läuft.

Anti-AKW-Bewegung im Dienst der Vaterlandsverteidigung?

Für die „KPD" geht es in der Anti-AKW-Bewegung darum, diejenigen Kräfte zu isolieren, von denen sie den größten Widerstand gegen ihre proimperialistischen Manöver erwartet. Konkret richtete sie dabei von Anfang an ihren „Hauptschlag" gegen den KB, da die DKP in der Bewegung kaum aktiv auftritt und der KBW als vergleichsweise „tolerant" gegenüber pro-imperialistischen Manövern gelten kann.

Nicht ungeschickt ging die „KPD" dabei in der ersten Phase des Kampfes so vor, daß sie ihre ganzen speziellen „Sozialimperialismus"-Geschichten gar nicht zum Polarisierungspunkt machte, weil sie auf diesem Feld keine gute Figur abgibt. Stattdessen baute sie den Widerspruch zwischen „Platzbesetzern" und „Abwieglern" gewaltig auf, wobei sie sich auch ganz ungeniert bei *„demokratischen Kräften, wie Pastoren und von ihnen beeinflußte Kreise der Bürgerinitiativen, die unbedingt gewaltlos kämpfen wollten"* anbiederte („Rote Fahne" – „RF" 46/76). Es war der „KPD" nicht einmal zu blöd, den „Abwieglern" das Scheitern des zweiten Besetzungsversuchs (13.11.) anzulasten:
das Scheitern des zweiten Besetzungsversuchs (13.11.) anzulasten:
„So waren es vor allem die organisierten Kräfte der DKP, SDAJ, KB Nord und KBW, die durch massives Spalten, Sabotieren und Abwiegeln während der Vorbereitungen, vor allem im entscheidenden Kampf selbst es vermochten, die große Masse der eigentlich zur Besetzung wie vor zwei Wochen kampfbereiten AKW-Gegner ins Schwanken zu bringen und zurückzuzerren. Sie sind die Hauptschuldigen (!), daß die fortschrittlichen und revolutionären Kräfte von der ehrlichen Bewegung der AKW-Gegner im entscheidenden Augenblick getrennt werden konnten und deshalb (!) ihr großes und wichtiges Kampfziel der Besetzung des Bauplatzes nicht erkämpfen konnten" („RF" 46/76).

Mit zunehmender Schärfe der Auseinandersetzungen in der Bewegung wurden die Pöbeleien der „KPD" immer grotesker. So hieß es schließlich: **„Der KB Nord hat längst beschlossen, sich mit aller Kraft gegen eine Besetzung des Bauplatzes zu stemmen... Tatsächlich mauschelt er hinter dem Rücken der AKW-Gegner auch schon längst mit den SPD- und D'K'P-Bonzen darüber, wie man eine Besetzung verhindern kann"** (Anti-KB-Papier vom Januar).

Mit der Zuspitzung der Frage innerhalb der Bewegung, o b überhaupt, w o und w i e am 19. Februar demonstriert werden soll, mußte die „KPD" zwangsläufig ihre bisherige „Bündnispolitik" umstellen. Gemäß der bisher von ihnen vertretenen Polarisierung in „Platzbesetzer" und „Abwiegler" hätte sich die „KPD" nunmehr offen gegen beträchtliche Teile der Bewegung stellen müssen. Dazu ist sie freilich zu schlau. So lügt sie jetzt plötzlich dreist: **„...Genausowenig hat die KPD in der Vergangenheit die Frage der Bauplatzbesetzung zum Trennungsstrich innerhalb der Anti-AKW-Bewegung gemacht, und sie wird so auch in der Zukunft nicht verfahren"** (aus dem Anti-KB-Papier vom Februar).

Der „KPD" ist so mit einem Schlag ihr wichtigstes demagogisches Instrument (die „Abwiegler"-story) weitgehend aus der Hand genommen: Bekanntlich haben wir nie ein Geheimnis daraus gemacht, daß wir unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Platzbesetzung nicht für möglich halten. Leuten, die nicht so genau hinhören, konnte man vielleicht erzählen, der KB wolle „also" eine Besetzung „v e r h i n d e r n" und sei einer der „Hauptschuldigen", wenn es mit dem Besetzen wieder nichts wird.

Dieser Möglichkeit durch die Umorientierung ihrer „Bündnispolitik" ziemlich beraubt, b l e i b t der „KPD" jetzt kaum noch eine andere Möglichkeit, als die Auseinandersetzung um d i e Fragen zu führen, um die es ihr in Wirklichkeit ja auch von Anfang an zentral schon ging, d.h. die Frage des „Sozialimperialismus", den Zusammenhang von Atom-Programm und Kriegsvorbereitung usw., wie es in dem zweiten Anti-KB-Pamphlet (Februar) auch bereits geschehen ist.

Die Ausgangsbasis für die „KPD" ist dadurch ungleich schlechter als vorher. Dieselben Menschen, die der „KPD" recht willig zuhörten, wenn es um Hiebe gegen die „Abwiegler" ging, äußern ganz unmißverständlich ihr Mißfallen, wenn es um „Wasserträger des Sozialimperialismus", „sozialfaschistische DKP" etc. geht. Zusätzlich ist die „KPD" in der Defensive, weil sie ihre ärgsten Bolzen (speziell die Unterstützung der imperialistischen Kriegsrüstung) in der Bewegung noch gar nicht offen herausgelassen hat, aber stets befürchten muß, auf
gar nicht offen herausgelassen hat, aber stets befürchten muß, auf
diese dunklen Punkte angesprochen und der Lüge überführt zu werden.

Der Vaterlandsverteidigung keinen Fußbreit!

Man muß sich klar machen, daß die „KPD" letzten Endes j e d e antiimperialistische Bewegung im Sinne des „Hauptschlags gegen den Sozialimperialismus" und der „Erziehung der Volksmassen für den Kriegsfall" zu verfälschen und zu zerstören versucht. Darum muß man die Vertreter der pro-imperialistischen Vaterlandsverteidigung aus der Bewegung h i n a u s w e r f e n , und dieser Hinauswurf muß zielstrebig vorbereitet und angegangen werden. Drönbüdelige Handwerkelei oder gar falsches Mitleid sind da völlig fehl am Platze. Das setzt voraus, daß man sich gut vorbereitet, indem man sich gründlich mit den tatsächlichen Standpunkten der „KPD" vertraut macht (möglichst zur Diskussion die entsprechenden Ausgaben der „Roten Fahne" bzw. Fotokopien gleich bereithalten, da die „KPD"-Kader sonst garantiert alles abstreiten und auszuweichen versuchen!!). Selbstverständlich ist, daß solche Auseinandersetzungen öffentlich geführt werden müssen, d.h. dort, wo die „KPD"-Kader in der Bewegung aktiv sind. Man muß sie zwingen, Farbe zu bekennen und entweder offen das pro-imperialistische Programm der „KPD" zu verteidigen (und sich dadurch in der Bewegung zu diskreditieren!), oder aber sich von diesem zu distanzieren. **Natürlich darf niemand ausgeschlossen oder abgewiesen werden, weil er Mitglied oder Sympathisant der „KPD" ist, sondern nur, insoweit er sich zu deren pro-imperialistischen Zielen – Aufrüstung, psychologische Kriegsvorbereitung etc. – bekennt. An dieser Frage verläuft allerdings in der Tat eine T r e n n u n g s l i n i e , u.a. auch in der Anti-AKW-Bewegung, die es deutlich zu ziehen gilt.**

Zwei Seelen der „KPD"

Unter dem Vorwand, gegen AKWs zu sein, versuchen die Vaterlandsverteidiger der „KPD" die Bewegung gegen Atomkraftwerke zu Public Relations für ihre Gruppe auszunützen. Dabei läßt sich Professor Dr. Jens Scheer als *„einer der führenden Kämpfer gegen AKWs"* bezeichnen („Rote Fahne", 3/77).

„KPD"- und KSV-Mitglied Dr Scheer scheint seine eigene Zeitung nicht zu lesen. Dort, im Zentralorgan des KSV, konnte man zum Abkommen BRD-Brasilien über den Verkauf von AKWs an Brasilien lesen:

„Dennoch ist dieses Abkommen zu begrüßen, stellt es doch einen Schritt hin zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit Brasiliens von der Supermacht USA dar, bedeutet es einen Angriff auf die Monopolisierung des Energiesektors durch die US-Imperialisten. Vor allem die geplante Zusammenarbeit zwischen der BRD und Brasilien auf dem Gebiet der Anreicherung von Uran schwächt die Vormachtstellung der beiden imperialistischen Supermächte." (aus „dem Volke dienen", 4. Jg., Nr. 10).

Ein Genosse aus Hof

Mit gespaltener Zunge...

Was die „KPD" in der „Roten Fahne" schreibt, und was sie z.B. in der Anti-AKW-Bewegung von sich gibt, das ist beileibe nicht dasselbe. So kann man z.B. in ihrer Broschüre „Nein zu den Atomkraftwerken" lesen, sie würden dafür eintreten, **„daß alle betreffenden Staaten eine verbindliche Erklärung abgeben, niemals als erste Atomwaffen einzusetzen, wie dies von Anfang an der gerechte Standpunkt der VR China und auch die Linie der KPD in dieser Frage ist"** (S.33).

Das ist g e l o g e n ! Kürzlich machte die sowjetische Regierung genau diesen Vorschlag. Die NATO lehnte diesen sowjetischen Vorschlag auf ihrer Tagung in Brüssel im Dezember '76 ab. Dazu schrieb die „Rote Fahne": **„Nicht die Tatsache der Ablehnung dieses Manövers** (d.h. des sowjetischen Vorschlages, Anm. AK) **ist zu kritisieren, sondern die Begründung** *und die hinter dieser Begründung stehende Konzeption. Die NATO dürfe ihre Abschreckungskraft nicht verlieren, hieß es. Das bedeutet: USA-Imperialismus und NATO setzen darauf, ihre Positionen in Westeuropa durch einen Atomkrieg zu halten. Die konventionelle Unterlegenheit bleibt unangetastet, der amerikanische 'Atomschild' soll uns sichern"* („Rote Fahne" 50/75, S. 3).

Im Übrigen enthält dieser Artikel noch folgenden bemerkenswerten Passus zum Selbstverständnis der „KPD": *„Gegen die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte und vor allem gegen die expansiven Pläne der gefährlicheren und aggressiveren Supermacht, der Sowjetunion, muß man die Volksmassen mobilisieren.* **Das können Imperialisten und imperialistische Militärbündnisse nicht.** *Daher verbreiten sie 'Entspannungs'märchen. Wir müssen diese Lügen zerstören, die beiden Hauptkriegstreiber, UdSSR und USA, isolieren und dabei vor allem auf die expansiven Pläne des sowjetischen Sozialimperialismus hinweisen, damit sich die Volksmassen auf den Kriegsfall vorbereiten können"*.

Die „KPD"-Führer überschätzen zweifellos ihre Bedeutung für den Imperialismus, wenn sie sich bei dessen psychologischen Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion und die DDR für völlig u n e n t b e h r l i c h halten. Ihr Beitrag ist, gemessen z.B. an der Springer-Presse vergleichsweise bescheiden. Aber immer noch groß genug, um etwas Schaden zu stiften. Daher muß man ihnen entgegentreten.

Jan Myrdal:
Auf den (vaterländischen) Hund gekommen

Jan Myrdal war vor einigen Jahren ein fortschrittlicher Schriftsteller, der mehrmals die VR China bereiste und darüber interessante Berichte verfaßt hat. Inzwischen hat er sich zur Vaterlandsverteidigung bekehrt und war bereits mehrmals der „KPD" zu Willen.

Logisch, daß Myrdal auch zum „Kampf gegen die Viererbande" etwas zu sagen hat, und zwar in der norwegischen „ML"-Zeitung „Klassekampen". Seine Äußerungen hat die „KPD" in ihrem „Rote Fahne-Pressedienst" (1.2.77) nachgedruckt. Die Lektüre des Textes empfiehlt sich als abschreckendes Beispiel geistiger Zerrüttung.

Myrdal z.B. zum offiziellen Vorwurf, die „Viererbande" habe ein Leben in Saus und Braus geführt, Scharen von Dienern um sich gehabt und diese in menschenverachtender Weise schikaniert: **„Als Staatsführer in einem großen Land wie China hat einer natürlich (!) viele Möglichkeiten, sich Vorteile zu verschaffen, auf Kosten des Staates zu leben"**. Daß China nicht bloß groß, sondern eigentlich auch sozialistisch ist, fällt dabei „natürlich" unter den Tisch.

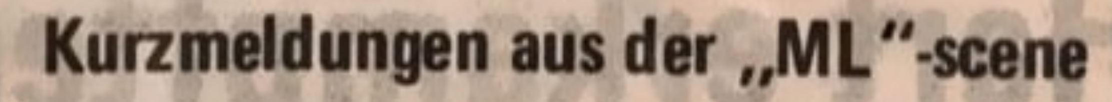
Myrdal über die „Viererbande": **„Die Gruppe war nicht besonders groß und nicht besonders populär. Aber sie bereiteten große Probleme"**. – Ja, wie kann das angehen, bei Leuten, die angeblich sowieso eine *„dunkle Vergangenheit"* (Myrdal) hatten, in der Kulturrevolution angeblich eine durch und durch schädliche Linie verfolgten und beim Volk verhaßt waren (Myrdal: **„Wenn irgendjemand wirklich unbeliebt war, so waren es diese vier"**)?

Der geistigen Zumutungen damit längst nicht genug! Myrdal über die Rolle der „Viererbande" in der Großen Proletarischen Kulturrevolution: **„Es war weder Mao Tse-tung noch dem Zentralkomitee damals klar, wofür sie verantwortlich waren. Djiang Djing forderte z.B. die Jugend auf, zu den Waffen zu greifen, und Yao Wen-yüan und Djiang Djing waren verantwortlich für eigenartige Parolen"**. Wiederum höchst bemerkenswert: Djiang Djing (stellvertretende Leiterin der Gruppe für Kulturrevolution beim ZK zu jener Zeit) hetzt „d i e J u g e n d" auf, und Mao plus ZK kriegen nichts davon mit. Sie sind für Parolen „verantwortlich", und wieder kriegen Mao plus ZK nichts mit. Hier wird doch deutlich, daß der Genosse Mao als trotteliger Opa verhöhnt werden soll, dessen „engster Waffengefährte" (Lin Biao) in Wirklichkeit ein tückischer Schurke war, und dessen engste Vertraute (Myrdal: **„Sie bekamen große Arbeitsaufgaben. Mao hatte am Anfang große Hoffnungen z.B. auf Wang Hung-wen und half Yao Wen-yüan beim Schreiben"**) „die Jugend" aufhetzten, ohne daß Mao es merkte.

Der Hinweis, Mao habe Yao beim Schreiben „geholfen", ist zudem höchst peinlich, weil Yao derzeit in der Polemik allgemein als „Clown-Schreiber" verhöhnt wird, der nichts anderes als „parteifeindliche" Artikel geschrieben habe.

Myrdal weiter über die „Viererbande": **„Sie kamen während der Kulturrevolution hervor, aber sie waren nicht die Kulturrevolution: Teils kamen sie hervor, weil Lin Biao sie hervorzog"**. Da geht es zu wie im Schrebergarten: das Radieschen kommt hervor, weil jemand es hervorzieht. Von demokratischen Strukturen in der KP Chinas keine Rede! Aber Djiang Djing und die anderen wurden schließlich vom Zentralkomitee (!) beauftragt (Gruppe für Kulturrevolution beim ZK) und vom Parteitag (!) der KPCh (1969) ins Politbüro gewählt. Logisch, weil die KPCh eben, was immer ihre „Freunde" von sich geben mögen, doch k e i n Schrebergarten ist, wo irgendein schurkischer Gärtner nach Belieben Unkraut „hervorzieht". Und außerdem, wenn man schon so unsinnig argumentiert wie Myrdal, muß man sich auch fragen lassen, wer denn Lin Biao „hervorgezogen" hat, der seinerseits die „Viererbande" „hervorgezogen" haben soll. Wer soll da der eigentliche Obergärtner im Unkrautbeet sein? Doch nicht etwa ...? Aber pfui doch!





Kurzmeldungen aus der „ML"-scene

„Lissabon: Honecker muß Mauer um DDR-Botschaft abreißen lassen" meldet triumphierend die „KPD" in ihrer „Roten Fahne" vom 2.2.77. Mit unverkennbarer Schadenfreude höhnt die „Rote Fahne": *„Pech für die Mauerbauer, die es gewohnt sind, sich mit Mauern vor dem Volk zu schützen"*. *„Im Volksmund"* sei die Botschaftsmauer *„in Anlehnung an die ‚Berliner Mauer' die ‚Lissabonner Mauer' genannt worden"*. Und wie bei den sozialfaschistischen Schleichern üblich *„findet der Mauerabbruch verstohlen hinter einem Holzzaun statt"*, nachdem die (sozialdemokratische) Lissabonner Stadtverwaltung den Abriß der Mauer angeordnet hat.

Der Hintergrund der Geschichte, den die „Rote Fahne" selbstverständlich verschweigt: Die Mauer um die DDR-Botschaft wurde errichtet, nachdem mehrmals faschistische Bombenanschläge, u.a. mit Hilfe geparkter Autos, gegen die Botschaft „sozialistischer" Staaten in Portugal verübt wurden! Bei einem Anschlag auf die kubanische Botschaft in Lissabon starben mehrere Menschen! – Der „KPD" dürfte übrigens dieser blutige Hintergrund wohlbekannt sein, zumal ihre portugiesische „Bruderpartei", die „PCP/ML", seit der antikommunistischen Terrorwelle vom Sommer 1975 enge Kontakte zur faschistischen Terror-Szene unterhält. Die Schadenfreude der „KPD" über den Abriß der Schutzmauer ist also wahrhaft entlarvend!

* * *

Ein weiterer wichtiger Schritt zur sozialistischen Revolution ist getan: Auch auf den Faröer-Inseln existiert jetzt eine „marxistisch-leninistische Vorhut"! Sie nennt sich „Oyggjaframi". Ihr Ziel: **„Die nationale und soziale Befreiung der Faröer-Inseln"**. Diese Inselgruppe liegt im nördlichen Atlantik, ist weitgehend von Dänemark abhängig und hat ca. 40.000 Einwohner, die es jetzt für die Revolution zu gewinnen gilt. Die Aussichten sind, wie üblich, glänzend: *„Auch auf den Faröern wächst die marxistisch-leninistische Bewegung und entwickelt sich im Kampf. Die Genossen der Oyggjaframi sind entschlossen, möglichst schnell die Bedingungen für die Gründung einer marxistisch-leninistischen Vorhutpartei zu schaffen, die an der Spitze der Werktätigen den Kampf für die nationale und soziale Befreiung, für die Revolution zum Sieg führen wird"* („Roter Morgen", 28.1.77).

* * *

In Rom hat am 30. Januar eine **„Großkundgebung gegen die Supermächte"** stattgefunden. Um die Größe der „Groß"kundgebung exakt anzugeben: 2.000 Teilnehmer (lt. „Ro-

In Rom hat am 30. Januar eine **„Großkundgebung gegen die Supermächte"** stattgefunden. Um die Größe der „Groß"kundgebung exakt anzugeben: 2.000 Teilnehmer (lt. „Ro-
ter Morgen" vom 4. Februar) aus ganz Italien sowie z.T. aus dem Ausland. Aufgerufen hatte die PCd'I (ml), die in Italien noch bedeutungsloser ist als hierzulande die „KPD/ML". Stoßrichtung: *„Gegen das Hegemoniestreben und die Kriegspolitik der beiden Supermächte, gegen die Kriegsschiffe der beiden Supermächte im Mittelmeer, für die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit"* (lt. „RM").

Anwesend auf der „Groß"kundgebung waren auch Vertreter von „ML"-„Parteien" aus Argentinien, Chile, Spanien und Griechenland. Brasilianische „ML"-er hatten ein Grußtelegramm geschickt. Anwesend waren außerdem Mitglieder der „KPD/ML" *„unter der Leitung des Genossen Ernst Aust"*. Aust sprach auch auf der Kundgebung. **„Seine Rede war insbesondere (!) eine scharfe Abrechnung mit der sozialchauvinistischen Strömung, die unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den russischen Sozialimperialismus eine Politik der Kapitulation vor der eigenen Bourgeoisie betreibt, die sich sogar im Kampf gegen den russischen Sozialimperialismus auf die andere Supermacht, den USA-Imperialismus stützen will"** („RM"). Die b e s o n d e r e Hervorhebung dieses Punktes bestärkt die Vermutung, die Kundgebung von Rom im Rahmen der albanischen Bemühungen zu sehen, eine eigene „ML"-Internationale zusammenzubringen, die sich nicht an der chinesischen, sondern an der albanischen Außenpolitik orientiert (vgl. u.a. AK 95, S. 43/44). Die PdA Albaniens bewies im übrigen auch durch eine Grußadresse, daß die Kundgebung ihren „Segen" hatte (lt. „RM"). Erklärlich ist unter diesem Aspekt das Fehlen der französischen „ML"-„Partei" in Rom (dafür konnten sie kürzlich eine Delegation nach China schicken). Weniger erklärlich ist das Fehlen der portugiesischen PCP (r), die bisher auch dem „gemäßigten" „ML"-Lager zuzurechnen war.

Eine Kuriosität am Rande: *„Ein anderer Genosse unserer Partei berichtete den Kundgebungsteilnehmern über den Aufbau der KPD/ML in der DDR und über die Bedingungen, unter denen die Genossen in der DDR und die Arbeiterklasse der DDR kämpfen"* („RM"). Wir wüßten gern, was der Vogel dem zweifellos gutgläubigen italienischen Publikum da vorgetünt hat! Im „Roten Morgen" hat man jedenfalls noch n i e etwas Konkretes über diese Geister-„Partei" gelesen! Woher denn auch? ...

* * *

Eine von den Vaterlandsverteidigern bisher verschwiegene sozialimperialistische Teufelei geistert von Zeit zu Zeit durch die bürgerliche Presse: Bereits im April 1976 berichtete der „Stern" über **„geheimnisvolle Erkrankungen in der US-Botschaft"**. *„Hautausschläge oder gar Krebs"* sollten aufgetreten sein. Die Ursache: **„Unbekannte Strahlen sind auf das Botschaftsgebäude gerichtet. Sie sind möglicherweise gefährlich"** (US-Botschafter Stoessel lt. „Stern" vom 14.4.76). *„Plötzlich wurde ich dieses verdammte Gefühl nicht los, daß da irgendwas in der Luft lag"* (Stoessel).

Anfang Januar dieses Jahres berichtete die „Süddeutsche Zeitung" Neues von den geheimnisvollen Vorgängen: Bei einem Drittel von 220 US-Diplomaten und ihren Angehörigen in Moskau sei *„eine überdurchschnittlich hohe Zahl von Lymphozyten – weiße Blutzellen – festgestellt (worden), ohne daß eine Ursache dafür ermittelt werden konn-*

gängen. Bei einem Drittel von 220 US-Diplomaten und ihren Angehörigen in Moskau sei *„eine überdurchschnittlich hohe Zahl von Lymphozyten – weiße Blutzellen – festgestellt (worden), ohne daß eine Ursache dafür ermittelt werden konn-*
te". Hierfür werden allerdings jetzt vom US-Außenministerium nicht mehr „geheimnisvolle Strahlen" verantwortlich gemacht, sondern *„ein bislang unbekannter Bestandteil der Moskauer Atmosphäre"* („SZ", 8./9.1.77).

Nichtsdestotrotz war in der „Bild am Sonntag" vom 23. Januar zu lesen: **„Unter Sowjet-Beschuß? Laserstrahlen? US-Diplomatenkind in Moskau mit Blutkrankheit in die Heimat"**. Die „Moskauer Atmosphäre" fand dafür keine Erwähnung.

Enttäuschend ist die Haltung der sonst stets wachsamen „Roten Fahne", die die geheimnisvollen Vorgänge krampfhaft totzuschweigen versucht. Was tut sich da in der „KPD"-Spitze? Sollten gar geheimnisvolle Strahlen das Wachsamkeits-Zentrum in den Gehirnen führender „KPD"-Genossen geschädigt haben?

Na also:
„Arbeiterbund" wieder bei Gott!

„Und Jakob blieb allein. Da rang ein Engel mit ihm, bis die Morgenröte anbrach" (1. Mose 32, 25).

Eine längere Glaubenskrise hat der südbayrische „Arbeiterbund" inzwischen gesund überstanden. Drei Monate hat der „Arbeiterbund" wie einst Jakob mit sich und seinen Zweifeln gerungen. Keine andere Organisation hat es sich so schwer gemacht, dem Rechtsputsch der Hua-Gruppe in China zuzujubeln. Aber nun endlich ist es vollbracht: **„Die KP Chinas, die chinesischen Volksmassen, verteidigen die Linie Mao Tse-tungs"** („KAZ", 23. 1. 77). Nun jubelt und seid froh!

Die Art, wie der „Arbeiterbund" seine Festigung im Glauben kundtut, spricht von sehr viel wissenschaftlicher Gründlichkeit: Ein kleiner Vorspann von 15 (!) Zeilen, dem dann der unkommentierte Nachdruck eines Textes aus der „Peking Rundschau" (Volle Kelle gegen die „Viererbande" natürlich!) über etwa eine dreiviertel Seite folgt. Noch in der „KAZ" vom 9. Januar war der KBW, der genau derselben Methode folgt (bloß schon früher), deshalb als **„unwissenschaftlich"** verunglimpft worden. Vielleicht wäre es nicht verkehrt, wenn der „Arbeiterbund" dafür jetzt den KBW um Vergebung bitten würde? Möglicherweise ist es ja auch schon als Schritt in diese Richtung zu verstehen, daß in der neuen „KAZ" der KBW bezeichnet wird als „wirklich revolutionäre Organisation, die sich ernsthaft zum Marxismus-Leninismus bekennt" (S. 7) ?! Das klingt jedenfalls ganz anders als die früheren von wenig Nächstenliebe zeugenden Worte: *„Sind im KBW jemals wesentliche Kräfte für den Wiederaufbau der KPD gewesen? Nein! Und das ist auch heute nicht der Fall, wir wissen, daß der KBW wesentlich liberalistische Kräfte gesammelt hat"* („KAZ" vom 27. 6. 76). Ein Widerspruch? Macht gar nichts! Denn weil der „Arbeiterbund" auf einem „PROGRAMM" sitzt,das seine „Prinzipienfestigkeit" garantiert, kann er sich bekanntlich in der p r a k t i s c h e n Politik unbeschadet jeden beliebigen Bocksprung und Purzelbaum erlauben.

Zurück zu China: Traditionsgemäß wird in der „KAZ" vom 23. Janaur natürlich mit k e i n e m Wort begründet oder auch nur erwähnt, warum der „Arbeiterbund" mehr als drei Monate benötigte, um wenigstens in Form eines intellektuell zweifellos nicht übermäßig anstrengenden Nachdrucks aus der „Peking „Rundschau" irgendeine Stellungnahme zu den Klassenkämpfen in der VR China abzugeben. Warum diese falsche Scham , ein Versäumnis einzugestehen? Selbst Petrus hat den Herrn dreimal verraten, da wird es doch wohl jeder dem „Arbeiterbund"-Team nachsehen, daß es zeitweise in Glaubensnöten und Versuchungen war, die „Peking Rundschau" für „unwissenschaftlich" zu halten.

Demnächst in diesem Theater: **„In einer der nächsten Nummern der KAZ werden wir ausführlicher auf China eingehen"** („KAZ", 23. 1. 77). Das könnte heiter werden. Vielleicht aber auch bloß langweilig. Warten wir's ab.

Bielefeld:
„KPD/ML" zerstört Stellschilder des KB

Nach mehrmaligen Drohungen einzelner „KPD/ML"er, den KB aus Bielefeld zu „vertreiben", griffen am Samstag, den 15.1., fünf „ML"er die Verkäufer des KB in Bielefeld an.

Sie schlugen einem Verkäufer die Zeitungen aus der Hand, um im Anschluß zwei Stellschilder der Genossen zu Atom-Kraftwerken zu zerstören. Nach dieser Aktion machten sich die „ML"-Provokateure sofort aus dem Staub.

Man muß dieses Auftreten vor dem Hintergrund sehen, daß die „KPD/ML" von einer ehemals starken Position in Bielefeld weitgehend abgewirtschaftet hat. Daß sie dies durch gesteigertes Sektierertum auszugleichen versucht, ist nichts Neues. Daß sie sich dabei allerdings der übelsten bürgerlichen Methoden bedient, macht es erforderlich, sie klar in ihre Schranken zu verweisen.

Wir werden uns bemühen, innerhalb der Bielefelder Linken eine Diskussion über diesen Vorfall zu initiieren, um ein einheitliches und möglichst breites Vorgehen gegen solche Gangster-Methoden zu gewährleisten.

KB-Sympathisantengruppe Bielefeld

Eine gute Idee der „KPD"!

In der „Spiegel"-Redaktion sitzt ein ganz faules Schwein, das sich für gutes Geld gelegentlich antikommunistische Artikel über die „linke Szene" zusammenschmiert. Da dieser Typ entweder zu faul oder zu blöd ist, um wenigstens seinen bürgerlichen Beruf ordentlich auszuüben, schreibt er mit Vorliebe kräftig aus dem „Arbeiterkampf" ab, was sich so tut, und bringt das dann nur noch auf „Spiegel"-Jargon. Wenn der Typ sich sehr viel Mühe macht, nimmt er sich auch mal eine oder gar zwei Ausgaben der „Roten Fahne" vor. Mehr ist bei ihm aber auf keinen Fall drin. Im „Spiegel" vom 17. Januar hatte der schräge Vogel wieder so ein Ding plazieren können. Das hat die „Rote Fahne" der vaterländischen „KPD" zu einer sehr hübschen Glosse veranlaßt, deren Fazit lautet: *„...an der Sache scheint mehr zu sein. Sollten sich in der ‚Spiegel'-Redaktion neben den bekannten offen prosozialimperialistischen Elementen auch Feierabendtrotzkisten des KB tummeln?"* („RF", 26.1.).

Wenn wir diese stilistisch reizvolle „Frage" richtig verstehen, so geht es der „Roten Fahne" darum, das faule Schwein vom „Spiegel" als KB-Mitglied bei seinem Brötchengeber in Verdacht zu bringen und ihm auf diesem Weg berufliche Schwierigkeiten zu bescheren. Diese Absicht können wir nur begrüßen und unterstützen. Als zusätzliches Verdachtsmoment möchten wir noch die vielsagende Tatsache anführen, daß der Typ in seinem letzten Artikel dem KB 5 0 0 0 „Sympathisanten" angerühmt hat und uns damit zur stärksten kommunistischen Organisation der BRD gemacht hat (dem KBW gibt der Typ nur 2000). Wenn das nicht mehr als deutlich ist?! In diesem Sinn: Feierabendtrotzkisten raus aus dem „Spiegel"!

Hart erkämpfter Erfolg

Nahostveranstaltungen zeigen Fronten auf

Vom 17. bis zum 28. Januar hat der Kommunistische Bund in Westberlin und zehn Städten der BRD Nahostveranstaltungen durchgeführt.

Die Veranstaltungen standen unter dem Motto: „Solidarität mit dem antiimperialistischen und antifaschistischen Kampf der arabischen Massen!"

Es sprachen auf allen Veranstaltungen ein Sprecher der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) und ein Vertreter der CISNU (Conföderation iranischer Studenten). Auf den Veranstaltungen in Köln, Bochum und Hamburg sprach außerdem ein Vertreter der F Polisario (Sahara).

An den Veranstaltungen haben nur etwa 3.500 Menschen teilgenommen, und es wurden über 17.000 DM Spenden gesammelt. Hiervon erhielt der Genosse der PFLP 13.500 DM – hinzu kommen 14.000 DM PFLP-Spenden des Solidaritätskontos (vergl. Abschiedsadresse des PFLP-Genossen) – und der Genosse der F Polisario 3.650 DM.

Die Veranstaltungen wurden von verschiedenen antiimperialistischen Organisationen unterstützt, so z.B. in Westberlin von ESG, VIK (Verein internationaler Kulturschaffender), MIR, ÄSU (Äthiopische Studentenunion), und EFLE (Eritreische Studenten), in Köln vom ISV (Iranischer Studentenverein) und ÄSU, in Darmstadt vom Kulturverein der Türkei, in Münster von der SHO (Sozialistische Hochschulorganisation), GIM und der Amilcar Cabral Gesellschaft und in Hamburg von GUAS (Generalunion arabischer Studenten) und MIR.

Diese Veranstaltungen fanden zu einem besonders wichtigen Zeitpunkt statt: in der Palästinafrage geht es um Kapitulation, Anerkennung Israels und eine „friedliche Lösung", d.h. um eine Zerschlagung der Revolution nach der Niederlage im libanesischen Bürgerkrieg. Es ist deshalb kein Wunder, daß durch diese Veranstaltungen mit aller wünschenwerten Klarheit aufgezeigt wurde, wo die politischen Fronten verlaufen.

Araber, die glauben, sie müßten die Linie der PLO-Führung verteidigen, sowie KBW, „KPD", Liga u.a. hatten sich zusammen, um über die PFLP und den KB herzufallen.

Der Genosse der PFLP betonte schon in seiner Rede, daß der palästinensische Widerstand sich in einem Zustand der Krise und der drohenden Spaltung befindet und er erläuterte Zustand der Krise und der drohenden Spaltung befindet und er erläuterte ausführlich den Standpunkt der PFLP, die in der gegenwärtigen Situation die Schritte der PLO-Führung in Richtung einer Anerkennung Israels und einer „friedlichen Lösung" als Schritte der Kapitulation betrachtet. In hitzigen Diskussionen, besonders in Göttingen und Darmstadt, stellte er die Argumente der PFLP gegen die Behauptung, die PFLP spalte den Widerstand, wenn sie die Politik der PLO-Führung angreift.

Feindliches Klima geschürt

Gegenüber dem palästinensischen Widerstand und insbesondere gegenüber der PFLP herrscht in der BRD ein feindliches Klima. Dieses Klima wird gezielt herbeigeführt und aufrechterhalten durch die zionistische Propaganda, die fest in allen Nachrichtenmedien verankert ist, und durch die Anti-„Terror"-Kampagne der Imperialisten. Diese Kräfte nutzen es aus, daß die Revolutionäre in Libanon eine Niederlage erlitten haben. Sie wollen Resignation verbreiten und die Revolutionäre mundtot machen.

In Libanon und anderen Ländern trägt die Reaktion ihren Kampf gegen die revolutionäre Linie des palästinensischen Widerstands durch Morde aus.

Am 25. Dezember wurden in Beirut zwei Mitglieder des ZK der PFLP ermordet. Am 4. Januar wurde in Paris der Vertreter der PLO ermordet, ein Mann, der die Politik der PLO-Führung kritisierte. Die Vorraussetzungen für eine Verfolgung der Anhänger der Ablehnungsfront werden auch in der BRD geschaffen. Am 17. Januar erschien in der Presse eine Meldung, daß der israelische Geheimdienst davor gewarnt hat, daß „arabische Terroristen" in diesen Wochen in Westeuropa Terroranschläge als Vergeltung für Entebbe planten (Neue Hannoversche Presse, NHP, 17.1.77).

Als der PFLP-Genosse am 18. Januar nach Frankfurt reiste, wurde er in Westberlin aus dem Flugzeug geholt und einer „Sicherheitsüberprüfung" unterzogen! Zur gleichen Zeit wurde auf der Zuschauerterrasse des Frankfurter Flughafens ein libanesischer Besucher bei einer „Personenkontrolle" von einem BRD-Bereitschaftspolizisten mit der Maschinenpistole niedergeschossen.

Die faschistische zionistische Hetze zeigte sich auch in Darmstadt, wo Plakate zu unserer Veranstaltung gezielt und organisisert beschmiert und überklebt worden waren, mit Sprüchen wie „Das Volk Gottes wird niemals untergehen", „Die Feinde Israels sollen verrecken" usw. In anderen Städten unterstützten KBW, „KPD" und „KPD/ML" die Zionisten beim Zerstören unserer Plakate.

Politische Kämpfe unter den Palästinensern in der BRD

Unter den Pallästinensern in der BRD ist eine scharfe Auseinandersetzung darüber im Gange, wie es mit dem pallästinensichen Befreiungskampf weitergehen soll.

Äußeres Anzeichen dieser inneren Auseinandersetzung ist die Hetze, mit der Vertreter der Linie der PLO-Führung gegen uns und gegen die PFLP vorgehen. Diese Veranstaltungsreihe war deshalb geradezu ein Stich ins Wespennest. Teilweise (Bochum) wurde die Diskussion auf arabisch abgehalten und für die deutschen Zuhörer übersetzt. Wie uns berichtet wurde, machten die Argumente der PFLP einigen Eindruck. Die PLO-Führungs-Linie griff deshalb zu anderen Mitteln.

In Frankfurt wurde zum Zeitpunkt einer arabischen Veranstaltung des PFLP-Genossen eine Gegenveranstaltung angesetzt. Dasselbe in Hamburg, wo das Flugblatt zur Gegenveranstaltung u.a. von KPD/ML, KPD, Liga, Rote Hilfe, KBW und EFLE unterschrieben wurde.

In Göttingen endete unsere Veranstaltung in einem ziemlichen Tumult. Unsere Genossen berichteten: *„Zusammen mit Mitgliedern des KSV (Studenten der KPD) und des Nahost-Komitees (auf KBW-Linie) wurde die Veranstaltung von einigen Palästinensern durch wilde und haltlose Pöbeleien gegen die PFLP chaotisiert. Die Gelegenheit zur inhaltlichen Auseinandersetzung nutzen diese Leute nicht. Ihre Redebeiträge glänzten durch allgemeinste Phraseologie und Vertrauenskundgebungen für die PLO-Führung. Zeitweilig schien die Veranstaltung im Tumult unterzugehen, und wir schließen nicht aus, daß dies von der Front der „Kritiker" auch so geplant war.*

gehen, und wir schließen nicht aus, daß dies von der Front der „Kritiker" auch so geplant war.

Es ist im wesentlichen dem PFLP-Genossen zu danken, daß diese Veranstaltung nicht abgebrochen werden mußte, da er sämtliche Provokationen immer wieder mit belegbaren Fakten über die tatsächliche Entwicklung im palästinensischen Widerstand beantwortete."

Ähnliche Vorfälle hatte es in Göttingen bereits bei einer früheren Nahost-Veranstaltung gegeben. Die Göttinger Genossen berichten weiter: „ ... *haben Nahost-Komitee und Palästina-Komitee in Göttingen in ihren Veröffentlichungen seit Monaten keine grundsätzliche Kritik mehr an der reaktionären Politik Syriens, Ägyptens und Saudi-Arabiens geübt. Stattdessen predigen sie mehr oder weniger offen die Einheit der PLO-Führung mit der arabischen Reaktion."*

Daß hier organisiert vorgegangen wird, ergibt sich auch daraus, daß etwa zehn der Araber, die in Göttingen Tumult gestiftet hatten, auch in Frankfurt wieder anwesend waren.

In Kiel wurde am Tag vor der Veranstaltung von Arabern das Gerücht verbreitet, der PFLP-Genosse sei aus der BRD ausgewiesen worden und werde nicht auf der Veranstaltung sprechen. Auf der Veranstaltung selbst traten einige Araber auf und gaben der PFLP und ihrer Politik in Libanon die Schuld an den Massakern der Faschisten und Syrer.

Letztlich machten sie die Ablehnungsfront für die gesamte Niederlage in Libanon verantwortlich.

Nachdem der PFLP-Genosse darauf antwortete, beklagten sie sich über die „einseitige" Diskussion.

Am nächsten Tag erschien von diesen Leuten im Namen der GUAS (die die Veranstaltung unterstützt hatte) ein Flugblatt, in dem der KB angegriffen wurde, er habe das Programm der Veranstaltung „diktiert" und eine Diskussion abgelehnt. Der Genosse der PFLP habe nur die Fragen beantwortet, die ihm angenehm gewesen wären. Dies war zweifellos ein Versuch dieser Leute, ihre Schlappe in der Diskussion zu vertuschen. Der Vorstand der GUAS in Kiel hat sich gegenüber dem KB offiziell von diesem Flugblatt distanziert. Wer ist also auch in diesem Fall der Spalter? Wir werden noch mehr Beispiele für die Spalterpolitik solcher Leute anführen.

KBW, KPD usw.: Zweckbündnis zur Unterstützung der arabischen Reaktion

Die Niederlage der Revolutionäre in Libanon und die Politik der PLO-Führung ist auch Wasser auf die Mühlen der Supermachtttheoretiker. Dabei besteht ein Zweckbündnis zwischen Arabern, die in der BRD die Linie der PLO-Führung vertreten, und der KPD, dem KBW, dem ISV (die Anhänger der Supermachtlinie unter den iranischen Studenten treten unter dem gleichen Namen auf wie die Unterstützer des antifaschistischen Kampfes) usw.

Es sind dies Kräfte, die von ganz verschiedenen Ausgangspositionen herkommen, aber sich einig darin sind,daß die Kapitulationslinie der PLO-Führung und das Bündnis mit der PLO mit den reaktionären Kräften unterstützt und vor den Massen vertreten werden muß.

Diese Leute organisierten mit bei den Gegenveranstaltungen. In Bochum und Kiel wurden sie ertappt, wie sie unsere Plakate abrissen oder überklebten.

EFLE auf Supermächtetrip

Die Eritreans for Liberation in Europe (EFLE) hatte sich schon Mitte Dezember in Hamburg geweigert, eine PFLP-MIR-Veranstaltung zu unterstützen, weil sie nur die PLO insgesamt unterstüfzen könnten.

In Kiel hatte die EFLE bei den Uni–Wahlen eine Wahlkampfempfehlung für den KBW – und damit g e g e n andere kandidierende Linke, u.a. KB – gegeben. Dieselben Genossen haben uns vor etwa einem halben Jahr ein Zusammengehen mit „ML"ern noch damit ‚begründet', daß sich die EFLE generell nicht in die Differenzen der westdeutschen Linken „einmische".

In Westberlin unterstützte die EFLE die Veranstaltung und bot sogar an, einen Sprecher der eritreischen Befreiungsbewegung EPLF für die gesamte Rundreise einzuladen.

In Köln hatte die dortige EFLE-Gruppe zunächst ihre Unterstützung zugesagt, wurde aber dann nicht mehr gesehen, so daß ihr Name auf dem Flugblatt vor dem Druck getilgt werden mußte.

mehr gesehen, so daß ihr Name auf dem Flugblatt vor dem Druck getilgt werden mußte.

Auch in Kiel wollte die EFLE unterstützen, erschien aber dann nicht zu den zwei Stunden später stattfindenden Aktionseinheitsverhandlungen.

In Bochum unterschrieb die EFLE zur gleichen Zeit zusammen mit Amnesty International, ISV (Supermachtstheoretiker), Liga u.a. ein Flugblatt, in dem von den „beiden Supermächten USA und UdSSR" die Rede war.

Wir fragen: Möchten Teile der EFLE ein Spiegelbild dessen liefern, was die Anhänger der PLO-Führung unter den arabischen Studenten in der BRD vorexerziert haben? Liegt einer der Gründe dafür vielleicht darin, daß kompromißlerische Kreise der eritreischen Befreiungsorganisationen offenbar einen eritreischen Staat mit Hilfe des reaktionären Regimes in Sudan errichten wollen?

ISV Darmstadt: Spalter im Namen der Einheit

Besonders typisch für die Linie der Angriffe auf unsere Veranstaltungen ist ein Flugblatt, das der ISV in Darmstadt verteilt hat. Darin bezeichnet er die CISNU als eine Gruppe, die *„von Komplotts und Aggressionen der beiden Supermächte im Nahen Osten und im Golfgebiet nichts wissen will und in der Ausbeutung unseres Landes, wenn es durch die konterrevolutionäre und volksfeindliche Sowjetunion geschieht, einen fortschrittlichen Moment sehen möchte".*

Dann kommt das Flugblatt zu *„einem Grüppchen namens KB"* und weiß darüber folgendes: *„In seinem Organ „Arbeiterkampf" von 1975 hat sie die neokolonialistischen Pläne des Schahs als fortschrittliche Reformen bezeichnet. Nach „Arbeiterkampf" wurde die ‚weiße Revolution des Schah' durchgeführt, um der Armut und dem Elend im Iran ein Ende zu setzen und das Land zu industrialisieren."*

Das Flugblatt fragt dann: *„Wie können Gruppen, die ... neokolonialistische Pläne des Terror-Regimes des Schah als fortschrittlich ansehen (elegante Wendung!), ein wahrer Freund der palästinensischen Revolution sein?"* und dann kommts heraus: *„Wir ... als eine Organisation, die die palästinensische Revolution voll und ganz unterstützt ..."*

Den Rest des Flugblatts können wir uns sparen. Es reicht, die Schlußparole zu zitieren. Bekanntlich ist die gemeinsame Hauptparole aller Organisationen des palästinensischen Widerstands: „Gegen Imperialismus, Zionismus und Reaktion". Wie lautet das aber auf dem ISV-Flugblatt? „Gegen Imperialismus, besonders gegen die beiden Supermächte, Zionismus und Reaktion"!

Ein solcher Quatsch wird von keiner einzigen palästinensischen Organisation vertreten. Nicht genug, daß diese Leute ihre scheinheilige Unterstützung des palästinensischen Widerstands dazu benutzen, um gegen die CISNU und den KB zu schießen, sie haben auch noch die Frechheit, dem palästinensischen Widerstand die Supermachttheorie zu unterschieben! Und diese Leute werfen u n s vor, w i r würden die Einheit der PLO spalten!

Die Hälfte aller in der PLO zusammengefaßten Befreiungsorganisationen lehnt die Politik der PLO-Führung ab. Zusätzlich befinden sich starke Fraktionen solcher ablehnenden Kräfte innerhalb der übrigen Widerstandsorganisationen. Es gibt also zur Zeit keine Einheit der PLO. Wenn disese Leute von KPD, KBW u.a. von Einheit reden, dann meinen sie damit , daß wir uns ihrer reaktionären Linie unterordnen sollen und uns gegen die Revolutionäre stellen sollen.

Außerdem benutzen sie ihr angebliches Eintreten für die Einheit dazu, die Ziele der palästinensischen Revolution zu verfälschen und ihre Supermachtmühle zu betreiben.

Ideologischen Kampf verschärfen

Ideologischen Kampf verschärfen

Diese Veranstaltungen mobilisierten weniger Zuhörer als bei der Rundreise im Jahr 1975. Bedenken wir aber, daß sich durch den libanesischen Bürgerkrieg die politischen Fragen im palästinensischen Widerstand außerordentlich zugespitzt haben und daß dies natürlich seine Auswirkungen auf die Solidaritätsbewegung in der BRD hat, so können wir von einem Erfolg sprechen.

In einigen Orten, so z.B. in Darmstadt und Köln gab es nach der Veranstaltung vor Freude strahlende Genossen.

Der Genosse der PFLP hob als positiv vor allem zwei Punkte hervor: erstens die Möglichkeit, den Standpunkt der PFLP in dieser kritischen Situation detailliert darstellen zu können, und zweitens die Chance, zu den arabischen Genossen in der BRD zu sprechen und sie von der Politik der PFLP zu überzeugen.

Was waren die Haupthindernisse für die Mobilisierung?

Die zionistische Propaganda macht es besonders schwer, Solidarität mit dem Kampf des palästinensischen Volkes zu entwickeln.

Pro-zionistische Standpunkte ragen z.T. weit in die Reihen der westdeutschen Linken hinein. Verglichen mit anderen anti-imperialistischen Veranstaltungen (z.B. zu Angola) waren diese nicht mal halb so gut besucht.

Verschärft wird das dadurch, daß die zusätzlichen Widersprüche im palästinensischen Widerstand für viele Menschen nicht verständlich sind.

Wie können wir diesen Hindernissen begegnen? Wir müssen erstens die Auseinandersetzung mit den Supermachttheoretikern an der Palästina-Frage noch schärfer führen. Die Parole der „Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der arabischen Länder" muß entlarvt werden, und es muß diskutiert werden, wer der Hauptfeind der arabischen Völker ist. Auf der Massenebene muß dargestellt werden, daß im Nahen Osten im Rahmen einer imperialistischen „Lösung" der gerechte antiimperialistische und antifaschistische Kampf der arabischen Massen niedergeschlagen werden soll.

Schließlich gilt es mehr als bisher unsere Solidarität mit den palästinen- geschlagen werden soll. Schließlich gilt es mehr als bisher unsere Solidarität mit den palästinen- sischen Gefangenen in Syrien, Jordanien, Israel usw. zum Ausdruck zu bringen, ebenso wie wir auch den faschistischen Charakter des Schah-Regimes an dieser Frage entlarven.

Nahostkommission



Auf der Hamburger Nahost-Veranstaltung nahmen etwa 1.400 Leute teil.

Chile-Solidarität in der BRD

Stuttgart. Am 20.11.76 fand in Stuttgart eine Veranstaltung des chilenischen MIR statt, die vom Chile-Komitee Stuttgart, der GIM, der MPLA, der Vereinigung Internationaler Kulturaustausch, des Antimilitaristischen Arbeitskreises und der KB-Sympathisantengruppe in Stuttgart unterstützt wurde. Auf der von rund 130 Menschen besuchten Veranstaltung sprach ein Stuttgarter MIR-Genosse und ein Mitglied des Auslandskomitees des MIR über die Situation in Chile, insbesondere über die Lage des Widerstands.

Emmerich. Am 15.1.77 erreichte der Protest gegen die erste direkte Beteiligung der chilenischen Faschisten an einem Industrieprojekt in der BRD, dem Drahtwerk in Emmerich, seinen vorläufigen Höhepunkt: 800 Demonstranten brachten auf der Demonstration durch Emmerich und auf der abschließenden Solidaritätsveranstaltung ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, nicht nachzulassen im Kampf gegen das Pinochet-Regime und deren Finanziers in der BRD.

Das Symbol für die harmonische Zusammenarbeit zwischen BRD-Regierung, westdeutschem Kapital und der chilenischen Militärjunta, das Gießwalzdrahtwerk Emmerich, begann Ende 1974 konkrete Formen anzunehmen, zu einer Zeit also, als die Lippenbekenntnisse der SPD/FDP-Regierung gegen Pinochet noch häufiger als heute zu hören waren.

Gegen diese massive Unterstützung der chilenischen Mörderbande begann Ende 1975 das wesentlich von den Falken begründete Chilekomitee Kleve-Emmerich den Kampf aufzunehmen. Inzwischen wurden zwei gutbesuchte Veranstaltungen durchgeführt.

Das demagogische Argument der Landesregierung von NRW, die Beteiligung der chilenischen Faschisten schaffe neue Arbeitsplätze, ist bislang der wichtigste Hemmschuh in der Entwicklung der Chile-Solidarität im Raum Emmerich mit extrem hoher Arbeitslosigkeit. Jedoch ist die versprochene Zahl von 120 neuen Arbeitsplätzen inzwischen auf ca. 60 geschrumpft, wovon ein Teil aus dem Hamburger „Mutterwerk" Norddeutsche Affinerie, sowie aus Chile selbst besetzt werden.

Die Anschrift der Initiative:

Initiative Emmerich
c/o Die Falken
Kreisverband Kleve
Südstraße 75
4180 Goch

Nach Berichten von Genossen aus Stuttgart, Emmerich und der Norddeutschen Affinerie (Hamburg)



1. Mai 1975: Kollegen der Norddeutschen Affinerie protestieren gegen das Drahtwerk in Emmerich

Gesellschaft für die Freundschaft

Gesellschaft für die Freundschaft zwischen den Völkern der BRD und SRV gegründet

Am 5. Dezember 1976 wurde in Düsseldorf die „*Gesellschaft für die Freundschaft zwischen den Völkern der Bundesrepublik Deutschland (BRD) und der Sozialistischen Republik Vietnam (SRV)*" gegründet.

Hier schlossen sich Organisationen und Persönlichkeiten, die seit Jahren in der Vietnam-Solidaritätsarbeit stehen, zu einer einheitlichen Organisation zusammen.

Darunter die „Hilfsaktion Vietnam e.V.", „Wissenschaftlich-technische Hilfe", „Initiative Internationale Vietnam-Solidarität" und „Initiativkomitee für deutsch-vietnamesische Kulturbeziehungen (BRD) e.v.".

„*Der Zweck des Vereins ist: Die Freundschaft zwischen den Völkern in der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Vietnam zu fördern. Der Verein bemüht sich deshalb, die Beziehungen zwischen beiden Staaten auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz verbessern zu helfen. Zu diesem Zweck wird der Verein Informationen über und zwischen den beiden Staaten vermitteln, Begegnungen zwischen den Menschen beider Staaten ermöglichen, und vor allem auf dem Gebiet von Kultur und Wissenschaft die Beziehungen fördern.(....)*

Der Verein nimmt sich darüber hinaus der Opfer des Krieges in Vietnam ungeachtet ihrer politischen und religiösen Überzeugung an und organisiert materielle Hilfe beim Wiederaufbau Vietnams."

Mitglied kann jeder werden, der „*den Vereinszweck anerkennt, sowie er in der Satzung festgelegt ist, und für die Förderung des Vereins und seiner Ziele bereit ist, einzutreten.*" (Zitate aus der Satzung).

Auf der Gründungsveranstaltung der Gesellschaft nahm der Geschäftsträger der Botschaft der SRV in der BRD zur Solidarität Stellung:

„*Vietnam war nicht nur eine das Herz erwürgende Addition von My Lai, sondern auch eine Gewissensfrage für uns alle, eine Gewissensfrage auch für das vietnamesische Volk selbst! Vietnam heißt nicht nur irgendein Land in der orientalen Ferne. Vietnam bedeutet auch die erneute Bestätigung, daß die Menschheit imstande ist, ihre Zivilisation und ihre moralischen Werte zu verteidigen. Liebe Freunde, daß heute in Vietnam die Kinder wieder auf allen Straßen und Gassen ihre lärmenden Spiele spielen, daß in Vietnam heute die Mütter - statt zum Gewehr greifen zu müssen - nun ruhig und gelassen ihrem Kind die Brust geben und es zum sanften Schlaf wiegen können, daß in Vietnam heute - statt Schützengräben tief in die Erde zu tauchen - nun neue Schulen und Krankenhäuser gebaut werden, all das ist nicht nur die Errungenschaft des vietnamesichen Volkes. All das ist zugleich Frucht der in vielen schweren Prüfungen zu bewahrenden Solidarität, die Sie gemeinsam mit der gesamten fortschrittlichen Menschheit für unser Volk geübt haben. (....) Vietnam hat Sie in seinem Kampf nicht enttäuscht. Vietnam wird Sie in seinem neuen Ringen für Menschenwürde und Glück in seinem Land sowie für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt nicht enttäuschen. In dieser historischen Stunde der Freundschaft zwischen unseren Völkern umarmt das vietnamesische Volk Sie und all seine Freunde innerhalb und außerhalb der Freundschaftsgesellschaft, und spricht innig zu allen: Herzlichen Dank.*

Wir sind unserem Vertrauen zueinander würdig.

Lassen wir uns weiterhin gemeinsam für die schönsten Ideale aller Völker eintreten"

(„Vietnam Kultur und Befreiungkampf" 39/40)!

Die Adresse der Freundschaftsgesellschaft lautet:

Gesellschaft für die Freundschaft zwischen den Völkern der BRD und der SRV p. Adr. Hilfsaktion Vietnam, Bilkerstr. 35, 4000 Düsseldorf

Asien-Kommission

Spendenliste

Wie üblich, veröffentlichen wir hier die laufenden, in den letzten zwei Wochen eingegangenen Spenden für ausländische revolutionäre Organisationen. Diese Veröffentlichung schließt an diejenige im letzten ARBEITERKAMPF an.
Wir sind grundsätzlich bereit, Geld- und Sachspenden an alle revolutionären Organisationen, Institutionen und Staaten auf der Welt zu überweisen bzw. zu überbringen. Dasselbe gilt für Projekte, die dem Aufbau des Sozialismus sowie dem Kampf der Arbeiterklassen und fortschrittlichen Bewegungen dienen.
Wir bitten alle Spender bei Überweisungen deutlich sichtbar den Empfänger zu vermerken; ebenso den Absender, damit wir den Spendeneingang quittieren können.
Die regelmäßige Veröffentlichung der eingegangenen Spenden soll der Kontrolle der Spender und Empfänger dienen. Wir werden alle Spenden ohne jeden Abzug weiterleiten.

Für PFLP, Palästina

Nahost-Veranstaltung Hamburg 28.1.77, Sammlung	7.033,33
Nahost-Veranstaltung Münster 25.1.77, Sammlung	175,00
KB/Gruppe Bochum, Sylvester-Feier	166,00
Nahost-Veranstaltung Bochum 22.1.77, Sammlung und Überschuß aus Essen	443,09
KB-Studenten Bochum	42,00
KB/Gruppe Bochum Streichholzverkauf	11,00
Nahost-Veranstaltung Bielefeld 25.1.77, Sammlung	433,00
Nahost-Veranstaltung Göttingen 20.1.77, Sammlung	1.203,18
Nahost-Veranstaltung Westberlin 17.1.77, Kartenverkauf	316,00
W., ÖTV-Bereich KB/Gruppe HH	100,00
Wohngemeinschaft Steilshoop, HH	275,00
Abschiedsfete für Jussuf	50,00
N.N.	162,80
P.K., Landshut	8,50
R.H., Bremerhaven – Sammeldose	37,66
KB/Gruppe Bremen Sammlung HfSS	18,00
Nahost-Veranstaltung Darmstadt 19.1.77, Sammlung	516,00
WG Schweinau, Nürnberg	30,00
H.T., Hamburg	300,00
KB/Gruppe Bochum	110,00
Genossen und Sympathisanten Bremerhaven, Sylvesterfete	100,00
Wohngemeinschaft Lübeck	114,00
KB/Gruppe Hildesheim	160,00
Sylvesterfete Bochum	116,00
N.N., Sammlung MIR-Fest 17.12.76	562,50
KB-Sympathisanten Stuttgart	123,38
P. St., Paderborn, „China-Essen Paderborn-Wedel"	20,00
Wohngemeinschaft HH-Harburg	150,00
KB/Gruppe Hildesheim, Spendendose	90,00
Wohngemeinschaft Bad Pyrmont	20,00
KB/Gruppe Lübeck	300,00
G.N., Nürnberg	75,00
R.H., Mannheim	100,00
Nahost-Veranstaltung Westberlin Sammlung	1.300,00
Nahost-Veranstaltung Frankfurt, Sammlung	570,00
Sammeldose HHer HDW-Genossen	80,00
Fest in Hamburg-Eimsbüttel	846,05
Unbekannt, Hamburg	42,00
Gen. der BO Hamburg-Wilhelmsburg	10,00
Betriebszelle Still, Hamburg	200,00
BO Hamburg Bergedorf	240,00
Hamburger Metall-Genossen	100,00
BO Hamburg-Altona	90,00
Summe	16.839,49

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für PFLP auf 113.661,87

Für MIR, Chile

Wohngemeinschaft Bad Pyrmont	10,00
U.M., Hamburg	100,00
G.W., Pforzheim	10,00
G.F., Braunschweig	100,00
Westberliner Genossin	200,00
Sylvesterfeier Hagen/Wetter	44,51
KB/Gruppe Bremen, Sammlung HfSS	1,00
KB/Gruppe Bremen	38,50
Summe:	504,01

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für MIR auf 280.846,27

Für MPLA

KB/Gruppe Kassel	130,00

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für MPLA auf 147.536,03

Frente Polisario, West-Sahara

W.G., Grafenheimfeld	68,00
Nahost-Veranstaltung Münster 26.1.77, Büchertisch	5,00
Nahost-Veranstaltung Bielefeld 25.1.77, Büchertisch	14,80
P.K., Landshut	8,50
Nahost-Veranstaltung Bochum 22.1.77, Sammlung und Überschuß aus Essen	221,55
Nahost-Veranstaltung Hamburg 28.1.77, Sammlung	3.516,67
Summe	3.834,52

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für Frente Polisario auf 25.467,86

len gesellschaftlichen Bereichen.



88 Seiten
Format A 4
DM 3,50

Leserbriefe

„Liebe Genossinnen/Genossen.
Ich wollte eigentlich zum AK 96 schon mal was schreiben, hab' dann aber keine Zeit und Lust gehabt. Aber der AK 97 hat mich dann doch dazu provoziert.

Ich hab' den AK so im November '76 das erste Mal gekauft und hielt ihn für ganz gut. Hauptsächlich deshalb, weil viele Informationen über Sachen, die in der BRD und sonstwo abgehen, drinstehen, die man sonst nirgendwo kriegt. Also z.B. die Rubriken ‚Betrieb und Gewerkschaft, Faschismus'. Das zum Einen. Zum Anderen halte ich eure Kommentare und Einschätzungen für recht vernünftig. Im Gegensatz zum Geschwätz der restlichen K-Gruppen. Also alles in allem recht lesenswert, da ihr, wie mir scheint, die Realitäten nicht so lange verdreht, bis das ganze „Volk" kämpft, wie's der KBW macht. Was mir allerdings jetzt stinkt, ist eure Auseinandersetzung mit den anderen Vereinen, wie KPD/ML usw. Das fand ich das erste Mal ganz interessant und vom Jargon her ganz originell, aber mit der Zeit ließ meine Freude nach.

Ihr habt im AK 97 einen Haufen Artikel über den Arbeiterbund, KBW, ML-er usw. Ich verstehe nicht mehr ganz den Sinn dieser Rubrik ML-Szene. Ich hab' in Frankfurt mit einem vom KB mal drüber gesprochen; der hat gemeint, das soll dazu dienen, Genossen-innen, die vom KBW usw. die Schnauze voll haben, zu agitieren oder wie ihr's nennen wollt. Damit soll die Gefahr des Abgleitens ins Nichtstun aufgefangen werden, die für die Leute in so einer Situation da ist. Das halte ich auch für wichtig, nur bezweifle ich, daß gerade d i e Leute den AK lesen. Ihr gewinnt die Leute doch viel eher mit eurer praktischen Arbeit und Politik, die ich von dem, was ich bis jetzt über den KB weiß (hauptsächlich vom KB-Frankfurt und AK) für nicht so borniert halte wie die der anderen Vereine, die mit ihrer Vaterlandsverteidigung z.B. viel eher zu den Nazis passen. Mir kommt z.B. der Artikel ‚Die OCA ist wieder aufgetaucht' oder ‚So sehen's die anderen' vor wie ein Streit unter kleinen Kindern, die sich um ihre Klikker kloppen. Einen praktischen Sinn sehe ich darin nicht, außer dem, daß ihr die Freude habt, den ML-ern wieder einen reingewürgt zu haben. Alles in allem: Ich würde es nicht bedauern, wenn so Artikel in der nächsten Ausgabe wegfallen würden und stattdessen noch mehr Informationen über Sachen in der BRD drinstehen würden. Macht's gut. (...) .
(Ein Genosse aus der Frankfurter Gegend)"

Antwort der Redaktion

Der Genosse steht mit seiner Meinung ganz bestimmt nicht allein. Andererseits ist uns bekannt, daß viele Genossen gerade den „ML"-Teil mit besonderem Genuß lesen.

Zunächst mal: Dieser Teil macht in der Regel nicht mehr als eine bis zwei Seiten in einem 48 bis 52-seitigen AK aus. Wer ihn überhaupt nicht

Antwort der Redaktion

Der Genosse steht mit seiner Meinung ganz bestimmt nicht allein. Andererseits ist uns bekannt, daß viele Genossen gerade den „ML"-Teil mit besonderem Genuß lesen.

Zunächst mal: Dieser Teil macht in der Regel nicht mehr als eine bis zwei Seiten in einem 48 bis 52-seitigen AK aus. Wer ihn überhaupt nicht

lesen mag, sollte – so meinen wir – einfach drüberweg sehen und hat dann für eine Mark immer noch eine sehr schöne dicke Zeitung auf der Hand. Zweitens meinen wir, daß bestimmte Artikel (beispielsweise zum „Arbeiterbund" oder KBW) tatsächlich notwendig und unverzichtbar sind, um wenigstens in schüchternen Ansätzen diese Holzköpfe zu öffentlichen Auseinandersetzungen zu drängen, die sie ja scheuen wie der Teufel das Weihwasser.

Bei einer Reihe anderer kleiner Artikel gestehen wir ohne weiteres zu, daß sie in erster Linie der Unterhaltung dienen (wenn auch vielfach nicht ausschließlich) und möglicherweise entbehrlich wären (die ganze „ML"-scene im engeren Sinn). Wir haben es bisher allerdings schon für s i n n v o l l gehalten, knapp (!) über die Vorgänge in dieser scene auf dem Laufenden zu halten, und zwar auch deshalb, um den surrealistischen und komödiantischen Charakter dieser scene zu verdeutlichen.

Wir möchten aber die von dem Genossen aufgeworfene Frage hiermit zur Diskussion stellen. Im Übrigen zur Information und Erinnerung: Zu der vor einiger Zeit von Genossen aufgeworfenen und im AK zur Diskussion gestellten Frage, ob es richtig ist, den KBW in konkreten Punkten (es ging um die schleimige Haltung des KBW gegenüber der jeweiligen chinesischen Führung) als „verfaultes Gesindel" zu bezeichnen, sind bisher nur zwei Stellungnahmen gekommen (eine positiv, eine negativ).

„Es kommt darauf an, zu weinen und zu lachen und zu begreifen! – Zum Kongreß von Lotta Continua (AK 94). Laut Darstellung im AK (andere Informationen dazu liegen mir nicht vor) brachen auf dem Kongreß der LC eine ganze Menge zuvor ungelöster Widersprüche auf, wie z.B. die Stellung der Frau in Italien und in linken Gruppen wie auch der LC, innerorganisatorische und zwischenmenschliche Probleme. Während des Kongresses selbst nun war sichtlich Chaos, und die Leitung – wie sie selbst zugestand – nicht in der Lage, orientierend einzugreifen.

Ich halte es daher für richtig, wenn im AK kritisiert wird, daß es versäumt wurde, die jetzt aufbrechenden Probleme schon viel früher anzugehen, daß es falsch war, während des Kongresses alles laufen zu lassen, ja ein politisches Eingreifen in die Widersprüche als „Unterdrükkung" anzusehen und daher die Frauen selbst mit reaktionärsten Tendenzen unwidersprochen zu Wort kommen zu lassen, nicht Inhalte und Fehler der Frauenbewegung zu diskutieren und die Situation z.B. der Frauen in der LC zu verändern zu versuchen. Auch hätte diskutiert werden müssen, wie nun in der Zukunft diese und die auf dem Kongreß zu kurz gekommenen Themen angegangen werden sollten.

Ich meine auch, daß die Leitung es sich zu einfach gemacht hat, wenn sie – vielleicht demonstrativ – Fehler zugibt und zurücktritt, statt ihre Erfahrung und ihre Energie für die Weiterentwicklung der Gruppe und des politischen Kampfes sowie die Korrektur von Fehlern zu verwenden.

Was mich aber nun an dem AK-Artikel sehr gestört hat, war die Ironie, mit der die aufbrechenden Probleme behandelt werden, wobei mit keinem Wort auf die Bedeutung der Lösung z.B. zwischenmenschlicher Probleme, die in kommunistischen Organisationen natürlich genauso wie überall sonst auftreten, eingegangen wird. ...

Im letzten Abschnitt kommt es

Artikel sehr gestört hat, war die Ironie, mit der die aufbrechenden Probleme behandelt werden, wobei mit keinem Wort auf die Bedeutung der Lösung z.B. zwischenmenschlicher Probleme, die in kommunistischen Organisationen natürlich genauso wie überall sonst auftreten, eingegangen wird. ...

Im letzten Abschnitt kommt es

dann ganz dick: Da wird das Weinen einer Genossin als operettenhaft lächerlich gemacht, ebenso die Tränen des LC-Führers. Glaubt ihr nicht an die Echtheit, dann solltet ihr begründen, warum. So aber erinnert es allzusehr an bürgerliche Männlichkeitsideale („Männer weinen nicht") oder eben an eine strikte Trennung von „Arbeit" und „Gefühl". Diese Trennung sollten wir eher überwinden, als sie aufrecht zu erhalten. Und der verspottete „lyrische" Ausklang trifft die Sache meiner Meinung nach völlig richtig: Es kommt darauf an, zu weinen, zu lachen und zu begreifen. Blieb das Lachen und Weinen nun lange Zeit unterdrückt, dann kommt es eben irgendwann einmal mit Macht zum Durchbruch, das ist dann kein Weltuntergang, sondern eine bessere Ausgangsbasis für ein ausgeglicheneres Verhältnis zwischen Verstand und Gefühl.

Für mich heißt kommunistische Politik Veränderung der Gesellschaft und Veränderung von uns selbst. Nur wenn wir als ganze Menschen daran beteiligt sind, ist eine konsequente, sinnvolle politische Arbeit möglich, nur dann gibt es einen positiven und festen Zusammenhalt der Linken, eine Macht gegenüber einem sonst immer übermächtigen Staatsapparat (mit vielen Möglichkeiten, psychisch kaputt zu machen). Dies heißt für mich selbstverständlich nicht Rückzug, wie es in der Solidarität ‚neue Innerlichkeit' beschrieben und zu Recht kritisiert ist. Eine KB-Sympathisantin in Heidelberg".

Antwort der Redaktion

Auf die von der Genossin aufgeworfenen Fragen bezüglich Trennung von Arbeit und Gefühl wird sicherlich im AK noch ausführlicher eingegangen werden.

Wir wollen uns hier mit folgender Klarstellung begnügen: Es liegt uns fern, Gefühle und „persönliche" Probleme geringzuschätzen oder ironisch abzutun. Zur Komödie wurde der LC-Kongreß in unseren Augen d e s h a l b, weil er eine gefühlsselige Nabelschau vor dem Hintergrund brennender Probleme der Arbeiterbewegung war, auf die kaum eine Antwort gegeben wurde. Und mehr noch: Weil dieser Kongreß eben nicht in dem Sinn aufgefaßt wurde: „Da haben wir mal Versäumtes nachgeholt und unseren Gefühlen freien Lauf gelassen. Und jetzt widmen wir uns unseren Aufgaben als Kommunisten". Sondern weil im Gegenteil dieser Kongreß in buntesten Farben als „große menschliche Erfahrung" angepriesen wurde, die man jetzt auch den Menschen außerhalb von LC vermitteln müßte. Zu sagen ist noch, daß man selbst aus der besten menschlichen Auseinandersetzung, aus den besten Gefühlen eine Schmierenkomödie machen kann, wenn man sie zum verkehrten Zeitpunkt bringt.

Wohin die Entwicklung der von uns beschriebenen kleinbürgerlichen Strömung in Italien geht, zeigt anschaulich übrigens der Bericht im „Informations Dienst" vom 29.1.77 über eine Frauendemonstration in Rom. Unter dem Stichwort „neue Inhalte" lesen wir mit Schaudern: **„Die Frauen auf der Demo fühlten sich stark und glücklich: An einem bestimmten Punkt ... hieß es nur noch: Eviva le donne! (Es leben die Frauen!). Die ‚politisch-materiellen' Forderungen, wie ‚freie Abtreibung' oder gar ‚Lohn für die Hausarbeit' usw standen absolut im Hintergrund: wenn, dann wollte Frau das Glück, und zwar für sich ...".**

Damit es überhaupt nicht mißzuverstehen ist, wird weiter geschildert, daß sich große Teile der kleinbürgerlichen Frauenbewegung

noch: Eviva le donne! (Es leben die Frauen!). Die ‚politisch-materiellen' Forderungen, wie ‚freie Abtreibung' oder gar ‚Lohn für die Hausarbeit' usw standen absolut im Hintergrund: wenn, dann wollte Frau das Glück, und zwar für sich ...".

Damit es überhaupt nicht mißzuverstehen ist, wird weiter geschildert, daß sich große Teile der kleinbürgerlichen Frauenbewegung

Italiens einfach w e i g e r n, den Kampf für freie Abtreibung weiterzuführen, denn die Abtreibung sei **„die Negation einer Möglichkeit des weiblichen Körpers, die die Frauen für sich zurückerobern müssen und nicht einfach leugnen können"** (lt. „ID").

Es ist u.E. ganz offensichtlich, daß sich hier Teile der kleinbürgerlichen Frauenbewegung auf einen persönlichen „Glücks"trip begeben haben, mit dem sie der Masse der proletarischen Frauen und deren Forderungen nicht bloß gleichgültig gegenüberstehen, sondern objektiv tatsächlich f e i n d l i c h! Daß dieser reaktionäre Trip seine objektiven Ursachen in den Zuständen der patriarchalischen Gesellschaft Italiens hat, haben wir allerdings stets betont.

Da staunt der Trotzkist

Die Trotzkisten waren bisher bestrebt, den Rechtsputsch in der VR China vom 7. Oktober 1976 als ein politisch recht bedeutungsloses Gerangel zwischen „verschiedenen Fraktionen der parasitären Bürokratie" abzutun. Es mag daher erstaunen, daß die „Renmin Ribao" („Volkszeitung", Peking) vom 27. Januar unter der Überschrift **„Die Viererbande und die Trotzkisten"** ganz neue Aspekte der Angelegenheit beleuchtet: **„Die Viererbande und die Trotzkisten hatten einen gemeinsamen Ausgangspunkt, gingen einen gemeinsamen konterrevolutionären Weg und werden daher dasselbe unrühmliche Ende finden".** Der Artikel beleuchtet viele in der Tat schlagende Parallelen:

- Trotzki bildete eine Fraktion, die „Viererbande" auch.
- Trotzki sprach von der Bürokratisierung des Parteiapparats, die „Viererbande" auch.
- Trotzki griff Stalin an, die „Viererbande" griff Hua an.
- Trotzki verschwor sich insgeheim mit den Weißgardisten, um Lenin zu ermorden; die Vier waren *„Mörder, die wie wahnsinnig den Vorsitzenden Mao verfolgten"*.
- Trotzki fälschte Lenins Testament, die „Viererbande" fälschte Mao's Testament.
- Im Moskauer Prozeß 1937 wurde *„festgestellt, daß die Trotzkisten schon seit langem eine konterrevolutionäre Clique waren, die mit den Weißgardisten im Inneren der Sowjetunion zusammenarbeiteten und für ausländische Geheimdienste arbeiteten."* – Ausblick auf einen „Pekinger Prozeß" 1977?

Das Stichwort „Trotzkisten", das man nun wohl häufiger hören wird, ist ein wahrhaft glücklicher Einfall der Hua-Gruppe. Vor allem ihre ausländischen Freunde werden diesen Einfall begrüßen: Sie brauchen nun nicht mehr langatmig und mit zweifelhaftem Erfolg zu erklären, was eigentlich exakt die „Verbrechen der Viererbande" waren; von jetzt an brauchen sie nur noch zu sagen: „Trotzkisten" – das versteht auf Anhieb jeder, dabei kann man sich sofort was denken. Unser besonderer Glückwunsch geht an unsere bayrischen Freunde.